

Regionale Bewegungen und Regionalismen in europäischen Zwischenräumen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts

TAGUNGEN  
ZUR OSTMITTELEUROPA-FORSCHUNG

Herausgegeben vom Herder-Institut

**18**

# Regionale Bewegungen und Regionalismen in europäischen Zwischenräumen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts

Herausgegeben von

PHILIPP THER und HOLM SUNDHAUSSEN

unter Mitwirkung von IMKE KRUSE



VERLAG HERDER-INSTITUT · MARBURG · 2003

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek  
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische  
Daten sind im Internet über  
<<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

© 2003 by Herder-Institut, 35037 Marburg, Gisonenweg 5-7

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany

Satz: Herder-Institut, 35037 Marburg

Druck und Bindung: betz-druck, 64291 Darmstadt

Umschlagbild aus: Pierre Nora: Les lieux de mémoire III. Les France 1. Paris 1992

ISBN 3-87969-306-4

# Inhalt

Vorwort.....	VII
Einleitung	
Philipp T h e r : Sprachliche, kulturelle und ethnische „Zwischenräume“ als Zugang zu einer transnationalen Geschichte Europas.....	IX
<b>Nationalismus und Regionalismus</b>	
Josep M. F r a d e r a : Regionalism and Nationalism: Catalonia within Modern Spain .....	3
Laurence C o l e : The Construction of German Identity in Tirol, c. 1848- 1945 .....	19
Ralph S c h a t t k o w s k y : Eine Autonomie mit Nachwirkungen: Re- gionale Identitäten in Galizien 1867-1918 .....	43
Robert L u f t : Die Grenzen des Regionalismus: Das Beispiel Mähren im 19. und 20. Jahrhundert .....	63
<b>Nationalstaat versus Regionalismus</b>	
Christiane K o h s e r - S p o h n : Der Traum vom gemeinsamen Europa. Autonomiebewegungen und Regionalismus im Elsaß, 1870-1970 .....	89
Przemysław H a u s e r : Von der Provinz zum Freistaat? Der oberschlesi- sche Separatismus im Jahr 1918/1919 .....	113
Zsuzsanna T ö r ö k : Transylvaniam: A Politics of Wise Balance? Minori- ty Regionalism in Interwar Romania (1918-1940).....	127
Hans-Christian T r e p t e : „Die Hiesigen“ (Tutejsi/Tutejšyja) – Regiona- les Bewußtsein im polnisch-weißrussischen Grenzraum.....	145
<b>Die Renaissance der Region</b>	
Xosé-Manoel N ú ñ e z : Zwischen regionaler Selbstwahrnehmung und radikalem Ethnonationalismus: Galicien, 1960-2000.....	161
	V

Stefan T r o e b s t : Separatistischer Regionalismus (post-)sowjetischer Eliten: Transnistrien 1989-2002 .....	185
Holm S u n d h a u s s e n : Vom Mythos Region zum Staat wider Willen: Metamorphosen in Bosnien-Herzegowina.....	215
Philipp T h e r : Der Zwang zur nationalen Eindeutigkeit und die Persistenz der Region: Oberschlesien im 20. Jahrhundert .....	233
<b>Kommentare und Konzepte</b>	
Celia A p p l e g a t e : Integrating the History of Regions and Nations in European Intermediate Areas .....	261
Peter H a s l i n g e r : Nationalismus und Regionalismus – Konflikt oder Koexistenz? .....	267
Robert T r a b a : Regionalismus in Polen: Die Quellen des Phänomens und sein neues Gesicht nach 1989 .....	275
Hans H e i s s : Zur aktuellen Bedeutung regionaler Akteure in Europa .....	285
Verzeichnis der Autoren .....	293

## Vorwort

Der Dank geht, wie üblich bei Sammelpublikationen, an die Tagungsteilnehmer und die Autoren, die zu diesem Band beigetragen haben. Die Übersetzungen und das Schreiben in fremder Sprache waren für viele Autoren sehr aufwendig. Um so mehr gilt es nun für die Geduld, die viele Arbeit und das Entgegenkommen zu danken. Von seiten des *Zentrums für Vergleichende Geschichte Europas (ZVGE)* und des *Herder-Instituts* war ein hoher Aufwand von vornherein einkalkuliert, denn er ist wohl unvermeidbar, wenn man europäische Geschichte nicht nur aus deutscher Sicht, sondern aus der Perspektive verschiedener Nationen, Regionen und Wissenschaftskulturen erarbeiten will. Eine Hauptlast ruhte dabei auf den Schultern von Imke Kruse, die inzwischen am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln tätig ist. Sie half bereits bei der inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung der Tagung über „Die Grenzen der Nationen und Nationalstaaten: Regionalismen in europäischen Zwischenräumen von der Mitte des 19. bis zum Ende des 20. Jahrhunderts“ Anfang 2001, stand dann im Kontakt mit den Autoren und hat schließlich das gesamte Buchmanuskript mehrfach durchredigiert. Die genannte Tagung wurde durch die Volkswagen-Stiftung, die seit 1998 auch das ZVGE finanziert hat, die Robert-Bosch-Stiftung und die Gerda-Henkel-Stiftung gefördert. Ohne diese großzügige Bezuschussung aus mehreren Quellen hätte sich der Versuch, Historiker und Sozialwissenschaftler aus Amerika, Westeuropa, den künftigen Beitrittsländern zur EU und aus Osteuropa zusammenzuführen, nicht realisieren lassen. Namentlich zu nennen sind dabei Rogers Brubaker, Manfred Hildermeier, Hartmut Kaelble, Wassyl Rassewytch und Rudolf von Thadden, die mit ihren Diskussionsbeiträgen und Referaten wesentlich zur Tagung beitrugen, außerdem Michael G. Müller, dessen Publikationen und anschließender Rat von großer Bedeutung für die Konzeption der Konferenz waren. Zu danken ist abschließend auch der Europäischen Akademie in Berlin-Grünwald, die einen angenehmen und produktiven Rahmen für diese Tagung bot.

# Einleitung: Sprachliche, kulturelle und ethnische „Zwischenräume“ als Zugang zu einer transnationalen Geschichte Europas

von  
Philipp T h e r

Es gibt wohl kaum eine Wissenschaft, deren Institutionalisierung so eng an das Projekt der Nation geknüpft ist wie die Geschichte.<sup>1</sup> Auch wenn sich die Geschichtswissenschaft in der Nachkriegszeit weitgehend von ihrer Instrumentalisierung durch verschiedene Nationalismen befreit hat, sind die Nation und der Nationalstaat bis zum Ende des 20. Jahrhunderts die wichtigsten Untersuchungsgegenstände oder zumindest Referenzpunkte von Historikern geblieben. Das gilt auch für den Vergleich, der überwiegend zwischen Nationalstaaten und national definierten Gesellschaften gezogen wurde. Auch wenn in der Bundesrepublik in jüngster Zeit eine Öffnung für transnationale Ansätze zu beobachten ist<sup>2</sup>, so beherrscht die deutsche Geschichte weiterhin Forschung und Lehre. In anderen europäischen Ländern verhält es sich ähnlich, es wird primär Nationalgeschichte betrieben. Nebenher beschäftigt man sich an den größeren Fachbereichen oder Lehrstühlen vielleicht noch mit der Geschichte größerer europäischer Länder wie England, Frankreich oder Deutschland. Es dominiert also eine *staatsnationale Sicht* der Geschichte Europas. Man erforscht und lehrt vorwiegend die Geschichte jener europäischen Nationen, die in den letzten 200 Jahren einen eigenen Nationalstaat hervorgebracht haben. Eine Ausnahme bilden noch am ehesten die osteuropäische Geschichte und andere „Area-Studies“ wie Lateinamerikastudien, die traditionell länderübergreifend arbeiten.

In den kartographischen Darstellungen Europas der gängigen historischen Atlanten wird das Problem, das sich damit verbindet, auf abstrakte Weise deutlich. Die modernen (National)Staaten sind in der Regel in *einer* Farbe verbildlicht, es wird also eine hohe sprachliche und ethnische Homogenität suggeriert. Zur Differenzierung

---

<sup>1</sup> Einen kompakten Überblick über die Institutionalisierung der Geschichtswissenschaft im europäischen Vergleich bietet RONALD GRIGOR SUNY: *History and the Making of Nations*, in: *Cultures and Nations of Central and Eastern Europe. Essays in Honor of Roman Szporluk*, hrsg. von ZVY GITELMAN u.a., Cambridge 2000, S. 569-589. Aus Platzgründen wird in dieser Einleitung in Fußnoten nur auf wenige wichtige Werke zu den jeweiligen Themenkomplexen verwiesen. Ein besonderer Dank geht an Celia Applegate und Holm Sundhaussen für ihre sorgfältige Lektüre, kritischen Anmerkungen und inhaltlichen Ergänzungen zur Einleitung.

<sup>2</sup> Vgl. dazu die von Jürgen Kocka angestoßene und seit dem Heft 3/2001 in der Zeitschrift *Geschichte und Gesellschaft* laufende Debatte.

erscheinen meist Karten über die Verteilung der Siedlungsgebiete und Sprachen der einzelnen Nationen. Von der Ferne erinnert all dies an ein Gemälde von Modigliani.<sup>3</sup> Es sind verschieden große und gefärbte, manchmal bizarr geformte, auf jeden Fall klar abgegrenzte Nationen abgebildet, die im Laufe ihrer Geschichte in der Lage waren, einen eigenen Staat zu bilden. Eine Schattierung oder Übergänge zwischen den einzelnen Farben bzw. Nationen ist nicht vorgesehen, auch kein Wechsel des Farbtons, obwohl eine bestimmte nationale Kategorie wie deutsch oder polnisch vor 200 Jahren etwas anderes bedeutete als heute.

Diese Modiglianische oder staatsnationale Sicht wird auch zahlreichen Regionen an den Randgebieten der europäischen Nationen und Nationalstaaten nicht gerecht. So war beispielsweise im tschechisch-polnisch-deutschen Dreiländereck bis weit ins 20. Jahrhundert hinein nicht klar zu bestimmen, welcher Nationalität die Bevölkerung angehörte. Ähnliches gilt für das Elsaß, die ehemaligen polnischen Ostgebiete, den makedonischen Raum, für Teile der Bevölkerung Bosniens und für zahlreiche weitere Regionen in Europa. Auch nationale Hochsprachen waren kaum verbreitet, da die Bevölkerung größtenteils in lokalen und regionalen Mischdialekten verkehrte oder – wie häufig in den Städten – polylingual war. Obwohl diese Nuancen den kulturellen und sozialen Alltag der Menschen bestimmten, im 20. Jahrhundert auch die internationale Politik und die Innenpolitik der betreffenden Staaten, können sie kaum wahrgenommen werden, wenn die Geschichte Europas in einer Kommode verpackt wird, die aus lauter nationalen Schubladen besteht. Innerhalb dieser Schubladen gibt es selbstverständlich gewisse Gestaltungsspielräume für Landesgeschichte, für Micro- und Alltagsgeschichte und viele andere Felder. Komparatisten haben Nationalgeschichten miteinander verglichen, Diplomatiehistoriker die Beziehungen zwischen den Nationalstaaten nachgezeichnet. Doch trotz aller Variationen in den Wissenschaftskulturen verschiedener europäischer Länder, der zunehmenden Sensibilität für die gegenseitige Beeinflussung zwischen Staaten und Nationen wie Frankreich oder Deutschland<sup>4</sup> ergibt sich damit letztlich eine europäische Geschichte, die aus der Summe ihrer jeweiligen Nationalgeschichten besteht.<sup>5</sup>

---

<sup>3</sup> Den Vergleich mit der modernen Malerei benutzte erstmals ERNEST GELLNER: *Nations and Nationalism*, Ithaca 1983, S. 139 f. Rogers Brubaker kopierte ihn in seinem Aufsatz *Myths and Misconceptions in the Study of Nationalism*, in: *The State of the Nation. Ernest Gellner and the Theory of Nationalism*, hrsg. von JOHN A. HALL, Cambridge 1998, S. 272-306, hier S. 294 f.

<sup>4</sup> Unter der Anleitung von Michael Werner und Michel Espagne sind an der „Pariser Schule“ für Transfersgeschichte zahlreiche Studien zu diesem Thema erschienen. Zu den wichtigsten Arbeiten gehören u.a. MICHEL ESPAGNE: *Les transferts culturels franco-allemands*, Paris 1999; *Transferts. Relations interculturelles franco-allemandes (XVIIIe-XIXe siècle)*, hrsg. von MICHEL ESPAGNE und MICHAEL WERNER, Paris 1988; *Le travail et la nation. Histoire croisée de la France et de l'Allemagne*, hrsg. von BENEDICTE ZIMMERMANN u.a., Paris 1999. In Deutschland hat vor allem Matthias Middell in Leipzig diese Impulse aufgenommen. Vgl. u.a. *Von der Elbe bis an die Seine: Kulturtransfer zwischen Sachsen und Frankreich im 18. und 19. Jahrhundert*, hrsg. von MICHEL ESPAGNE und MATTHIAS MIDDELL,

Aufgrund dieser staatsnationalen Sicht geraten nicht nur kleinere europäische Länder, sondern vor allem die Regionen aus dem Blickfeld, die hier als *Zwischenräume* zusammengefaßt sind. Dieses „zwischen“ ist nicht nur im geographischen Sinne als eine Lage zwischen den Kerngebieten, also am Rande der jeweiligen Nationen und Staaten zu verstehen. Sämtliche hier näher untersuchten Regionen sind sprachliche, kulturelle und ethnische Übergangsgebiete, in denen sich verschiedene Einflüsse überkreuzten, häufig auch vermischten. Ein plastisches Beispiel dafür liefert erneut Oberschlesien, wo die Zugehörigkeit zu Böhmen, Österreich, Preußen, Deutschland und Polen nicht nur die Geschichte prägte, sondern auch die Sprache. Im schlesischen Dialekt fährt man, rein sprachlich gesehen, mit einem alten polnischen Verb und in einer archaischen polnischen Grammatik auf einem tschechisch bezeichneten Fahrrad gegen einen tschechischen Baum, wenn die aus dem Deutschen importierte Lenkstange bricht.<sup>6</sup> Dieses kleine Beispiel hat mehr als anekdotische Bedeutung. Linguisten und Literaturwissenschaftler haben in den letzten Jahren nachgewiesen, daß „kontinuierliche Dialekte“ wie der schlesische nicht nur alltägliche Kommunikationsmittel waren, sondern auch der Abgrenzung zwischen Eigenem und Fremdem dienten, also Fixpunkte von Identität waren.<sup>7</sup> Unter anderem deshalb wurde in den Kreis der in diesem Band vertretenen Autoren auch ein Sprachwissenschaftler, Hans-Christian Trepte, aufgenommen, der sich mit einem kontinuierlichen Dialekt im polnisch-weißrussischen Grenzland befaßt. Wenn man an Oberschlesien, Polesien oder vergleichbare Regionen nur mit den gängigen staatsnationalen Kategorien, also Nominalismen wie deutsch, polnisch oder russisch herangeht, dann gehen solche Eigenheiten samt ihrer politischen Relevanz leicht verloren. Oft markierten regionale Identitäten in den hier beschriebenen Räumen auch eine Position zwischen konkurrierenden Nationalbewegungen und Nationalismen. Es gibt demnach in Europa empirisch nachweisbar eine Transnationalität „diesseits“ und nicht nur jenseits des Nationalstaates.<sup>8</sup> Sofern im „kurzen“ 20. Jahrhundert kontinuierliche Dialekte und andere regionale Traditionen oder Synkretismen wahrgenommen wurden, wertete man sie in der Regel als rückständig und minderwertig ab. Auch Bevölkerungsgruppen, die sich einer eindeutigen nationalen Zuordnung bzw. Vereinnahmung widersetzen (wie etwa die bosni-

---

Leipzig 1999. Vgl. auch HARTMUT KAEUBLE: *Nachbarn am Rhein: Entfremdung und Annäherung der französischen und deutschen Gesellschaft seit 1880*, München 1991.

<sup>5</sup> Kritisch dazu stellt sich MARY FULBROOK: *Introduction: States, Nations and the Development of Europe*, in: *National Histories and European History*, hrsg. von DERS., London 1993, S. 1-20.

<sup>6</sup> Im Dialekt lautet der Satz: „Jechołech na kole, trzasązech sie ze stromem i sie skrzywiła linksztanga.“ (In korrektem Polnisch würde es heißen: Jechałem na rowerze, zderzyłem się z drzewem i skrzywiła się kierownica).

<sup>7</sup> Vgl. zur sozialen Funktion derartiger „kontinuierlicher Dialekte“ am Beispiel des Teschener Schlesien KEVIN HANNAN: *Language and Identity in a West Slavic Borderland: The Case of Teschen Silesia*, Austin 1994.

<sup>8</sup> Vgl. zur Transnationalität „jenseits“ des Nationalstaats JÜRGEN OSTERHAMMEL: *Geschichtswissenschaft jenseits des Nationalstaats. Studien zu Beziehungsgeschichte und Zivilisationsvergleich*, Göttingen 2001.

schen Muslime), galten als vormodern. Wie Celia Applegate treffend kritisiert hat, wurde Modernisierung häufig mit Nationalisierung gleichgesetzt<sup>9</sup>, so daß die Befassung mit Regionen wie Oberschlesien, Siebenbürgen oder Polesien und Bosnien außer zu Legitimationszwecken der jeweiligen Nationalismen lange Zeit vernachlässigt blieb.

Es ist ein Merkmal fast aller in diesem Band behandelten Zwischenräume, daß sie im Laufe ihrer Geschichte eine hohe kulturelle und politische Eigendynamik entwickelten. Man kann diese Zwischenräume daher nicht als eine Randerscheinung der europäischen oder der jeweiligen nationalen Geschichten Europas betrachten. Gerade ihre Lage an den (wechselnden) Grenzen bedingte neben einer scheinbaren Peripherität auch eine Zentralität, da sich in den Zwischenräumen wichtige Verkehrsadern und Kommunikationswege kreuzten.<sup>10</sup> Dies gilt für das späte 19. Jahrhundert als einer ersten Phase der Europäisierung und Globalisierung ebenso wie heute. Bozen und Barcelona liegen aus einer gesamteuropäischen Sicht zentraler als Rom oder Madrid. Generell hat Celia Applegate in ihrem programmatischen Aufsatz über „A Europe of Regions“ festgestellt, wie sehr Regionen die wirtschaftliche und politische Entwicklung der einzelnen europäischen Nationen und Staaten prägten. Dies gilt auch für die meisten hier untersuchten Zwischenräume, deren Lage an der Grenze sie häufig zu symbolischen Orten der jeweiligen Nationalbewegungen und Nationalstaaten werden ließ.

Die Nationalismusforschung ist aus fachimmanenten Gründen weitgehend von demselben Telos der Nation geprägt wie die Geschichte, auch wenn sich die einzelnen Modelle für die Entstehung und Wirkung des Nationalismus unterscheiden. Nach Anthony Smith entstehen die Nationen aus ethnischen Kernen heraus, es ist also die Nation, die den Nationalismus erzeugt.<sup>11</sup> Ernest Gellner, Benedikt Anderson und andere haben eine entgegengesetzte Position eingenommen.<sup>12</sup> Ihnen zufolge erschufen der Nationalismus bzw. die Nationalbewegungen die Nation. Umstritten ist auch die Frage, ob der Nationalismus wie bei Gellner als ein Resultat von Modernisierungsprozessen, insbesondere der Industrialisierung anzusehen ist.<sup>13</sup> Unabhängig von diesen divergierenden Standpunkten gehen sämtliche gängige Nationalismustheorien davon aus, daß es den diversen Nationalbewegungen gelang, die Bevölkerung kontinuierlich

---

<sup>9</sup> Vgl. CELIA APPLGATE: A Europe of Regions: Reflections on the Historiography of Sub-National Places in Modern Times, in: *American Historical Review* 104 (Oktober 1999), S. 1157-1182.

<sup>10</sup> Zentrum-Peripherie-Modelle eignen sich demnach kaum zur Analyse der hier untersuchten Fallstudien. Vgl. zur Problematik derartiger Modelle ebenda, S. 1167.

<sup>11</sup> Vgl. ANTHONY D. SMITH: *Nations and Nationalism in a Global Era*, Cambridge 1995.

<sup>12</sup> Vgl. GELLNER: *Nations* (wie Anm. 3); BENEDIKT ANDERSON: *Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, 2. Aufl. London 1990.

<sup>13</sup> Für diese Streitfrage hat inzwischen Miroslav Hroch einen überzeugenden Kompromißvorschlag erarbeitet, indem er akzeptiert, daß die Nation als ein Projekt anzusehen ist, dessen Ausgestaltung auf vorher existierenden wirtschaftlichen, politischen und sprachlichen Kommunikationsräumen beruht. Vgl. MIROSLAV HROCH: *Real and Constructed: the Nature of the Nation*, in: *The State of the Nation* (wie Anm. 3), S. 91-106.

zu nationalisieren. Zahlreiche empirische Studien wie die klassische Studie von Eugen Weber über „Peasants into Frenchmen“ führten zu einer immer weiter gehenden Differenzierung dieses Befunds und der Einsicht, daß die Nationsbildung bestimmte Schichten und Gegenden erst spät erfaßte.<sup>14</sup> Es ist inzwischen auch weitgehend unumstritten, daß die Nation als ein Projekt und Prozeß zu erfassen ist. Inzwischen wird die Karriere des Nationalismus vor allem mit seiner Wandlungsfähigkeit und seiner Kompatibilität mit anderen politischen Programmen und ihren Trägern erklärt.<sup>15</sup> Dennoch sind der Dreh- und Angelpunkt von Nationalismusstudien, häufig auch das Finale der jeweiligen Narrative die voll ausgebildete moderne Nation und der Nationalstaat.

In der Konzentration auf den „Erfolg“ des Nationalismus liegt ein hermeneutisches Problem. Gerade weil sich die Forschung vorwiegend mit der schrittweisen Ausbreitung und der Durchsetzung des Nationalismus gegenüber anderen Ideologien befaßt hat, und dies mit einem Schwerpunkt auf den heute existierenden Staatsnationen Europas, wurden die alten Grundannahmen zwar differenziert, aber letztlich doch immer wieder bestätigt. Dies gilt insbesondere für die Nationalismusforschung in der Bundesrepublik, die von jeher von einer starken Assimilationskraft des deutschen Nationsprojektes und einer weitgehenden Nationalisierung der Bevölkerung bis zur Jahrhundertwende ausging.<sup>16</sup> Christian Geulen hat jüngst diese These auf das moderne Ich übertragen und behauptet, daß „alle anderen Differenzen und Identitäten durch das Nationale zum Verschwinden gebracht worden“ seien.<sup>17</sup>

Jüngere Forschungen, die vor allem von Michael G. Müller angeregt wurden, haben Kritik an diesen Theorien der Nationalismusforschung geübt. In einem Band über regionale und nationale Identitäten in Europa kommen die Herausgeber zu dem

---

<sup>14</sup> Vgl. EUGEN WEBER: *Peasants into Frenchmen: The Modernization of Rural France, 1870-1914*, Stanford 1976. Mit einem von Weber geprägten Ansatz kommt Alexej Miller zu ähnlichen Ergebnissen für das Russische Reich. Vgl. ALEXEJ MILLER: *Russko-ukrainskije otnošenija v 19 i načale 20 veka. Rusifikacija i pričiny ee neudači*, in: *Russkij istoričeskij žurnal* 1 (1998), S. 131-148.

<sup>15</sup> Vgl. TOM NAIRN: *Faces of Nationalism: Janus Revisited*, London 1997.

<sup>16</sup> Diese Sichtweise findet sich stellvertretend für den Mainstream der westdeutschen Geschichtsschreibung der Nachkriegszeit in HANS-ULRICH WEHLER: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3: *Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges*, München 1995, S. 962. Jüngere Publikationen haben die Annahme einer weitgehenden Assimilation der Minderheiten modifiziert oder revidiert. Vgl. *Nationale Minderheiten und Minderheitenpolitik in Deutschland im 19. Jahrhundert*, hrsg. von HANS HENNING HAHN und PETER KUNZE, Berlin 1999. Vgl. speziell zu Oberschlesien PHILIPP THER: *Die Grenzen des Nationalismus: Der Wandel von Identitäten in Oberschlesien von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1939*, in: *Nationalismen in Europa: West und Osteuropa im Vergleich*, hrsg. von ULRIKE V. HIRSCHHAUSEN und JÖRN LEONHARD, Göttingen 2001, S. 322-346.

<sup>17</sup> Vgl. CHRISTIAN GEULEN: *Die Metamorphose der Identität. Zur „Langlebigkeit“ des Nationalismus*, in: *Identitäten*, hrsg. von ALEIDA ASSMANN und HEIDRUN FRIESE, Frankfurt a.M. 1998 (*Erinnerung, Geschichte, Identität* 3), S. 346-373, hier S. 359.

Schluß: „It is no longer possible to maintain the tacit assumptions long made that the impact of national propaganda increases with its intensity and that the advance of the nation-building process means that thinking in national categories takes primacy over regional and local loyalties.“<sup>18</sup> Ein möglicher Weg, das hermeneutische Problem der Nationalismusforschung zu lösen, liegt darin, auf politik-, sozial- und kulturgeschichtlicher Ebene potentiell konkurrierende Identitätsangebote zu analysieren. Bei näherer Betrachtung stellt sich oft heraus, daß die Konfession, politische Überzeugungen, die soziale Stellung, ein Monarch oder der Staat vielen Menschen wichtiger waren als nationale Bekenntnisse und Identitäten. Das Problem einer derartigen Relativierung liegt aber einerseits in ihrer fehlenden Meßbarkeit, andererseits darin, daß Nationalismusstudien zu einem kaum mehr abgrenzbaren Forschungsfeld werden und sich z.B. Nation und Konfession oft wirkungsvoll ergänzen. Der Nationalismus wird in diesem Band daher zunächst von den Grenzen seiner Reichweite untersucht. Die Autoren beschränken sich dabei auf regionale Identitätsangebote, Bewegungen und Programme, die sich ebenfalls auf größere gesellschaftliche Gruppen und Territorien bezogen. Die Ausgangsfrage lautet also, inwieweit seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in den verschiedenen „Zwischenräumen“ regionale Identitäten eine Konkurrenz oder Ergänzung zu nationalen Identitäten darstellten, regionale Bewegungen die Massen mobilisieren konnten und welche politischen Programme daraus entstanden.<sup>19</sup>

Der Vorteil dieses Verfahrens ist, daß damit der aktuelle theoretische Erkenntnisstand der Nationalismusforschung weitgehend auf das hier skizzierte Forschungsfeld übertragen werden kann und damit auch ein Fortschritt gegenüber der häufig essentialistischen Regionalismusliteratur aus den 1970er und 80er Jahren möglich ist.<sup>20</sup> Analog zur Nation werden Regionen demnach als Konstrukte, nicht als vorgegebene Einheiten angesehen, da sich damit häufig falsche Annahmen territorialer Kontinuität und interner Homogenität verbinden.<sup>21</sup> Es liegt also nicht in der Absicht dieses Bu-

---

<sup>18</sup> Regional and National Identities in Europe in the XIX<sup>th</sup> and XX<sup>th</sup> Centuries, hrsg. von HEINZ-GERHARD HAUPT u.a., The Hague u.a. 1998, S. 4 und 14.

<sup>19</sup> Eine ähnliche Fragestellung, wenn auch indirekt, hat ein vor kurzem erschienener Band über die Nationalisierung von Grenzen. Vgl. Die Nationalisierung von Grenzen. Zur Konstruktion nationaler Identität in sprachlich gemischten Grenzregionen, hrsg. von MICHAEL G. MÜLLER und ROLF PETRI, Marburg 2002. In der Einleitung zu diesem Band ist auch die reichhaltige Literatur zu diesem Themenbereich aufgeführt, die hier aus Platzgründen nicht noch einmal aufgelistet werden soll.

<sup>20</sup> Vgl. als Beispiele DIRK GERDES: Regionalismus als soziale Bewegung. Westeuropa, Frankreich, Korsika: Vom Vergleich zur Kontextanalyse, Frankfurt am Main, New York 1988; DERS.: Regionalismus, in: Pipers Wörterbuch zur Politik, Bd. 2, hrsg. von DIETER NOHLEN, München, Zürich 1989, S. 852-855; Regionen und Regionalismus in Westeuropa, hrsg. von HANS-GEORG WEHLING, Stuttgart u.a. 1987.

<sup>21</sup> Gegen die Neigung, Regionen und Städte als gegeben oder essentiell anzusehen, richtet sich u.a. JACQUES REVEL: La Région, in: Les Lieux de Mémoire, 3: Les France, 1. conflits et partages, hrsg. von PIERRE NORA, Paris 1992, S. 851-883, hier S. 854. Eine überzeugende Definition findet sich auch in WOLFGANG SCHMALE: Historische Komparatistik und Kul-

ches, historische Regionen ideen- und sozialgeschichtlich zu füllen und damit letztlich zu einer Identitätsstiftung beizutragen. Der Schwerpunkt liegt auf dem Gebrauch von verschiedenen europäischen Regionen in Diskursen, also der Region als politischer, sozialer und kultureller Praxis. Es geht demnach nicht primär um Oberschlesien, Elsaß oder Katalonien an sich, da sich die Vorstellungen über diese geographisch-historischen Einheiten und ihre territoriale Ausdehnung im Laufe der Jahrhunderte immer wieder veränderten, sondern um die Frage, warum diese und andere Regionen zeitweise eine wichtige Rolle in politischen, sozialen und kulturellen Auseinandersetzungen spielten oder sogar als alternative Projekte zu bereits existenten Staatsnationen und Nationalstaaten gedacht wurden, warum aus einigen Regionen (oder Teilen von Regionen) schließlich Staaten wurden (z.B. Bosnien oder Vardar-Makedonien), aus anderen dagegen nicht (z.B. Wojwodina). Regionale Bewegungen sind diesem Ansatz zufolge als moderne Massenbewegungen zu verstehen, die sich für die Autonomie der jeweiligen Regionen im Verhältnis zu übergeordneten Einheiten wie Imperien und Nationalstaaten einsetzten. Regionalismus umschreibt die Programme und Ideologien, mit denen die jeweilige Konstruktion von Regionen begründet wurde. Gleichzeitig hat der Begriff eine sozialhistorische Dimension, denn ohne eine Kenntnis der sozialen Reichweite des Regionalismus läßt sich seine ideelle Veränderung nicht verstehen.

Der Rückgriff auf die Nationalismusforschung bedingt auch das Verhältnis von Regionalismus und Nationalismus. In der älteren Forschung, aber auch noch in einem themenspezifischen Heft von *Geschichte und Gesellschaft* aus dem Jahr 1994 wurden Region und Nation vor allem als konkurrierende Konzepte und Entitäten verstanden.<sup>22</sup> Diese spezifische Ausrichtung auf ethnisch differente und separatistische Regionen führt allerdings dazu, daß Regionalismus gewissermaßen zu einem Nationalismus auf der Basis von Regionen reduziert wird. Wie einige Aufsätze in diesem Buch zeigen, am deutlichsten die Fallstudien über Katalonien, das Elsaß, Oberschlesien und Bosnien, ist ein Konkurrenz- und Konfliktverhältnis zwischen Regionalismus und Nationalismus möglich. Das Beispiel Kataloniens, das zum Auftakt des Bandes behandelt wird, belegt zudem, daß aus regionalen Gesellschaften, die sich und ihre politischen Ambitionen lange Zeit einer größeren Einheit unterordnen, eigene Nationen hervorgehen können. Diese regionalistische Wurzel von Nationalbewegungen ist auch in Ostmittel- und Südosteuropa nachzuweisen. Wenn man zum Beispiel Böhmen betrachtet, dann fällt auf, daß die dort konzentrierte tschechische Nationalbewegung lange Zeit nur eine Autonomie innerhalb des Habsburgerreiches und eine Gleichberechti-

---

turtransfer. Europageschichtliche Perspektiven für die Landesgeschichte, Bochum 1998, S. 54.

<sup>22</sup> Vgl. die in *Geschichte und Gesellschaft* 20 (1994), S. 321-401, enthaltenen Studien. Der Herausgeber des Hefts, Hans-Jürgen Puhle, setzt diese Gleichsetzung explizit voraus, indem er als Thema „die zentrifugalen, peripheren Nationalismen oder regionalen Autonomiebestrebungen“ festlegt. Vgl. HANS-JÜRGEN PUHLE: Vorbemerkung, ebenda, S. 321.

gung mit den Deutschen in Böhmen anstrebte, nicht aber eine Selbständigkeit.<sup>23</sup> Ähnliches gilt für die bosnischen Muslime im 20. Jahrhundert.

Die fließenden Übergangsformen zwischen Regionalismus und Nationalismus machen es daher nötig, diesen Begriff zu definieren: Der grundsätzliche Unterschied beider Phänomene liegt darin, daß der Regionalismus nicht auf eine Souveränität oder Eigenstaatlichkeit für das von ihm beanspruchte Gebiet hinstrebt.<sup>24</sup> Während die Zugehörigkeit von Bürgern zu einem Nationalstaat mit klar identifizierbaren Kriterien wie der Staatsbürgerschaft, dem Wahlrecht und der Wehrpflicht zu bestimmen ist, verfügen Regionen nicht über derlei Legitimationsquellen und Institutionen ihrer Macht. Das Zugehörigkeitsgefühl zu Regionen bestimmt sich daher eher aus identitären Elementen, zu denen überwiegend „weiche“, kulturelle Kriterien wie Dialekte, Sitten, Gebräuche, personale Beziehungen und spezifische historische Erfahrungen und „Erinnerungen“ gehören. Generell fällt auf, daß sich konkrete Vorstellungen über Regionen, ihre klimatischen, naturräumlichen, kulturellen und anderen Spezifika sogar dann halten, wenn die jeweilige Region schon seit langem keine politische Relevanz mehr hat und auch keine administrative Einheit bildet. Beispiel hierfür wären das Dauphiné in Frankreich oder das Vogtland in Deutschland. Es gibt also offenbar eine kognitive Affinität des Menschen zu Räumen überschaubarer Größe, während Nationen stärker auf einer „Invention“ oder „Imagination“ beruhen.<sup>25</sup>

Aus diesen Unterschieden ergibt sich auch, daß Regionalismus und Nationalismus nicht a priori als konkurrierende Konzepte und soziale Bewegungen gedacht werden sollten. Auch im Zeitalter des Nationalismus waren multiple Identitäten verbreitet. Wie hier in den Beiträgen über Südtirol, Galizien, Siebenbürgen, Mähren und andere Regionen empirisch belegt wird, ergänzte sich das Bekenntnis zu einer Region und zu einer Nation häufig im Sinne einer Mehrfachidentität.<sup>26</sup>

---

<sup>23</sup> Vgl. MIROSLAV HROCH: *Na prahu národní existence. Touha a skutečnost* [Auf der Schwelle der nationalen Existenz. Sehnsucht und Realität], Praha 1999, S. 116-132.

<sup>24</sup> Für den Vergleich auf europäischer Ebene ergibt sich eine Komplikation, weil sich in Spanien einige (aber auch nicht alle) regionale Bewegungen, auch wenn sie nur eine Autonomie innerhalb des Gesamtstaates anstreben, als nationale Bewegungen ansehen. Man spricht daher von einem galicischen „Nationalismus“, der auf mitteleuropäische Verhältnisse übertragen aber als Regionalismus zu bezeichnen wäre. Auch wenn diese verschiedene Kategorisierung von Regionalismus und Nationalismus die hier aufgestellte Unterscheidung durchbricht, so ist sie als ein Resultat der Konferenz zu betrachten und im Sinne eines europäischen Pluralismus der Wissenschaftskulturen zu akzeptieren.

<sup>25</sup> Die Produktivität dieser beiden Begriffe (Invention wird im Deutschen oft verkürzt als Erfindung wiedergegeben, kann aber gleichzeitig „Entdeckung“ bedeuten) zeigt sich in: *The Invention of Tradition*, hrsg. von ERIC HOBSBAWM und TERENCE RANGER, Cambridge 1983; ANDERSON (wie Anm. 12).

<sup>26</sup> Für einige westdeutsche Regionen liegen bereits entsprechende Studien vor. Vgl. u.a. ALON CONFINO: *The Nation as a Local Metaphor: Württemberg, Imperial Germany and National Memory, 1871-1918*, Chapel Hill 1997; CELIA APPLIGATE: *A Nation of Provincials. The German Idea of Heimat*, Berkeley u.a. 1990. Einen theoretischen Einordnungsversuch des Verhältnisses von Region und Nation in Deutschland bietet SIEGFRIED

Laurence Cole zeigt für Südtirol paradigmatisch, wie dort Tiroler Regionalismus und deutscher Nationalismus Hand in Hand gingen und sich sogar gegenseitig verstärkten.<sup>27</sup> Da ähnliche Verbindungen auch in mehreren anderen Beiträgen thematisiert werden, ist der erste Teil des Bandes programmatisch mit „Nation *und* Region“ überschrieben. Dies klingt erst einmal nach einer Bestätigung des angesprochenen nationalen Telos, und doch ergibt sich gerade aus Coles Arbeit eine Relativierung der früheren Annahmen der Nationalismusforschung. Sehr lange hat man sich die Nationsbildung als ein flächendeckendes oder ein von bestimmten geographischen und klassenspezifischen Zentren auf die Peripherie und die Unterschichten ausstrahlendes Phänomen vorgestellt. Die Forschung über die Nationsbildung der Deutschen hat sich zudem fast völlig auf das Gebiet des Deutschen Reiches beschränkt. Cole leistet hier eine doppelte Ergänzung mit einer revisionistischen Note. Zum einen relativiert er die These vom Ausscheiden Österreichs aus Deutschland, da er die weiter vorhandene und grenzübergreifende Hinwendung zu einem deutschen Nationsprojekt zeigt.<sup>28</sup> Zum anderen belegt er, wie sehr das Projekt der Nation von einer Konkretisierung und Mobilisierung auf regionaler Ebene abhängig war.

Der Begriff „Piemont“ steht als Metapher exemplarisch für einen Prozeß der Nationsbildung, der von einer bestimmten Schlüsselregion ausgeht. Das habsburgische Kronland Galizien wird gern als „Piemont“ der ukrainischen *und* der polnischen Nationalbewegung bezeichnet. Obwohl Ukrainer und Polen also um Galizien konkurrierten, das mit seiner Hauptstadt Lemberg zum Symbol dieses Nationalitätenkonflikts wurde<sup>29</sup>, ist auf beiden Seiten, insbesondere den habsburgtreuen Eliten, weiterhin eine Identifikation mit Galizien nachweisbar, die aber seit 1848 im Verhältnis zu den Nationalismen nachrangig wurde. Robert Luft geht in seinem Beitrag über Mähren beispielhaft für das gesamte mittlere Europa den Gründen nach, warum sich der Regionalismus nicht gegenüber den diversen Nationalismen behaupten konnte. Ex post mag dies für Mähren als selbstverständlich erscheinen, nicht jedoch gemessen an der Sta-

---

WEICHLIN: Das Spannungsfeld von nationaler und regionaler Identität, in: Politische Kultur in Ostmittel- und Südosteuropa, hrsg. von WERNER BRAMKE in Zusammenarbeit mit THOMAS ADAM, Leipzig 1999, S. 241-252. Vgl. speziell zur regionalen Basis und Ausrichtung der deutschen Nationalbewegung DIETER LANGEWIESCHE: Föderativer Nationalismus als Erbe der deutschen Reichsnation: Über Föderalismus und Zentralismus in der deutschen Nationalgeschichte, in: Föderative Nation. Deutschlandkonzepte von der Reformation bis zum Ersten Weltkrieg, hrsg. von DEMS. und GEORG SCHMIDT München 2000.

<sup>27</sup> Gleichzeitig bedeutete dies, daß die italienischsprachige Bevölkerung aus diesem Konstrukt der Region Tirol ausgeschlossen wurde. Der Autor zeigt dies ausführlich in LAURENCE COLE: „Für Gott, Kaiser und Vaterland“. Nationale Identität der deutschsprachigen Bevölkerung Tirols, Frankfurt 2000.

<sup>28</sup> Vgl. dazu DIETER LANGEWIESCHE: Nation, Nationalstaat, Nationalismus, Frankfurt 2000, S. 174 f. und 204-208.

<sup>29</sup> Vgl. PHILIPP THER: Chancen und Untergang einer multinationalen Stadt: Die Beziehungen zwischen den Nationalitäten in Lemberg in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Nationalitätenkonflikte im 20. Jahrhundert. Ursachen von inter-ethnischer Gewalt im Vergleich, hrsg. von DEMS. und HOLM SUNDHAUSSEN, Wiesbaden 2001, S. 123-146.

bilität der Grenzen dieser Region seit dem Mittelalter, ihrer langen Tradition politischer Autonomie und Institutionen und nach der Gegenreformation auch ihrer konfessionellen Geschlossenheit. Luft führt die Verdrängung des Regionalismus durch den tschechischen und deutschen Nationalismus auf die habsburgische Nationalitätenpolitik zurück, die nur ethnisch verfaßte Nationen als politische Subjekte anerkannte und dadurch politische und kulturelle Zwischengruppen ohne eindeutige nationale Identität schwächte. Auch das Desinteresse des Adels als der wichtigsten Trägerschicht des Landespatritismus an einer modernen, an die Massen gerichteten Politik spielte eine Rolle. Anationalität, wie sie auch dem Konstrukt Mährens als einer politischen und territorialen Einheit zugrunde lag, wurde Ende des 19. Jahrhunderts nur von den oberen und unteren Rändern der Gesellschaft, also dem Adel und den ländlichen und urbanen Unterschichten getragen. Auch wenn Luft daher ein Scheitern des mährischen Regionalismus konstatiert, den man auf andere europäische Regionen übertragen kann, so verweist er darauf, daß eine Identifikation mit der Region weiter vorhanden war und in Krisenzeiten abgerufen werden konnte.

Der vorliegende Band ist so strukturiert, daß die ersten drei Teile nach chronologischen Schwerpunkten geordnet sind. Die Aufsätze des ersten Teils behandeln alle die Zeit von 1848 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Der Focus des zweiten Teils liegt auf der Zwischenkriegszeit, während sich der dritte Teil vorwiegend mit Zeitgeschichte befaßt. Aus den chronologischen Schwerpunkten ergeben sich auch die thematischen Aufhänger für die einzelnen Teile, die gleichzeitig als Stichpunkte für ein Entwicklungsmodell des Regionalismus von 1848 bis in die jüngste Zeit zu verstehen sind. Am Ende des Buchs sind Kommentare zu den vorherigen Sektionen enthalten, die gleichzeitig das Konzept des Regionalismus in theoretischer Hinsicht diskutieren und weiterentwickeln.

Celia Applegate kommt auf der Basis der ersten vier Beiträge zu dem Schluß, daß die diversen europäischen Nationalbewegungen und Nationalismen ohne einen regionalhistorischen Zugang nicht zu verstehen sind. Der Erfolg des Nationalismus ist nach Applegate nur durch seine Konkretisierung und Übersetzung auf regionaler Ebene und seine Verbindung mit regionalen Motiven zu verstehen. Zudem kritisiert sie auf der Basis ihrer eigenen Forschungen und der Beiträge die verbreitete Annahme, daß Modernisierungsprozesse und die Verbreitung demokratischen Denkens quasi automatisch eine Nationalisierung der Bevölkerung nach sich ziehen. Wirtschaftlicher Fortschritt und das Verlangen nach Partizipation konnten sich ebenso im Rahmen von und unter dem Banner von Regionen entfalten.

Nach dem Ersten Weltkrieg setzte sich die nationalstaatliche Ordnung in fast ganz Europa durch. Aus der Konkursmasse der Imperien gingen entweder Staaten hervor, die sich dezidiert als Nationalstaaten oder als ein Zusammenschluß verschiedener Nationalitäten verstanden. Die alte Forderung, daß jede Nation ihren eigenen Staat erhalten solle, war so weitgehend realisiert worden wie nie zuvor. Mit dieser Neuordnung ging ein Wechsel der Herrschaft über die meisten in diesem Band behandelten Regionen, häufig auch ihre Teilung einher. Nicht nur die nationalen, sondern auch die regionalen Bewegungen operierten also in einem völlig veränderten Umfeld.

Die neu gegründeten Nationalstaaten fußten nicht nur auf dem Selbstbestimmungsrecht, wie es der amerikanische Präsident Wilson proklamiert hatte, sondern auch auf der Mobilisierung der Bevölkerung für das jeweilige nationale Projekt und auf der Beschwörung „historischer Rechte“, die mitunter in einem eklatanten Gegensatz zur Selbstbestimmung standen (z.B. in Kosovo).<sup>30</sup> Die Nation stand auf der Agenda und nicht mehr die Autonomie für diverse Regionen innerhalb größerer staatlicher Verbände wie vor 1914, nicht ein Ausgleich von Konflikten auf regionaler Ebene, sondern die Durchsetzung „nationaler Interessen“. Die Nationalstaaten unterschieden sich von den älteren Imperien dadurch, daß sie eine ausschließliche Identifikation mit ihrer Trägernation und ihrem Staat verlangten. Hier gibt es auch keine grundsätzlichen Unterschiede zwischen vermeintlich „zivilen“ und „ethnischen“ Nationalismen und Nationalstaaten in West- bzw. Osteuropa. Auf dem gesamten Kontinent gerieten daher die „nationalizing nation-states“, wie Brubaker sie genannt hat<sup>31</sup>, häufig in Konflikt mit regionalen Identitätsangeboten und ihren Trägern. Insbesondere in Grenzregionen, die nach 1918 ihre staatliche Zugehörigkeit gewechselt hatten oder von nationalen Minderheiten bewohnt wurden, kamen Regionalismen generell in den Verdacht, ein trojanisches Pferd des verfeindeten Nachbarlandes zu sein. Die Einstellung der französischen Behörden gegenüber der Autonomiebewegung im Elsaß<sup>32</sup>, der serbischen/jugoslawischen Regierung gegenüber der Bevölkerung Vardar-Makedoniens in der Zwischenkriegszeit, der rumänischen Regierung gegenüber den verschiedenen Minderheiten in Siebenbürgen oder Italiens in Südtirol sind Beispiele hierfür. Anstatt die Eigenheiten der Regionen wenigstens teilweise zu akzeptieren, wurde jegliches Autonomiestreben als Separatismus und potentieller Verrat interpretiert. Die „nationalisierenden Nationalstaaten“ setzten auf Unterdrückung statt auf Kompromiß. Den Versuchen für einen Ausgleich stand zusätzlich der Zentralismus nach französischem Modell im Wege, der den Regionen Europas und den Träger-schichten regionaler Bewegungen nach der Neuordnung des internationalen Staatensystems von 1918/19 einen spürbaren Statusverlust einbrachte. Zwischen den Regionen und den Nationalstaaten entstanden, wie die Überschrift für den zweiten Teil des Bandes besagt, häufig unauflösbare Konflikte, die man nicht nur als Auseinandersetzung zwischen Mehrheit und Minderheit, sondern auch zwischen Zentren und an die Peripherie gedrängten Regionen interpretieren kann.

Die Unterdrückung regionaler Identitäten und Bewegungen bewirkte in den meisten Fällen das Gegenteil ihres Zwecks. Wie Christiane Kohser-Spohn für das Elsaß zeigt, hieß ein Großteil der elsässischen Bevölkerung die einrückenden Franzosen

---

<sup>30</sup> Vgl. HOLM SUNDHAUSSEN: Der Gegensatz zwischen historischen Rechten und Selbstbestimmungsrechten als Ursache von Konflikten: Kosovo und Krajina im Vergleich, in: Nationalitätenkonflikte im 20. Jahrhundert (wie Anm. 29), S. 19-33.

<sup>31</sup> ROGERS BRUBAKER: Nationalism Reframed: Nationhood and the National Question in the New Europe, Cambridge 1996.

<sup>32</sup> ALFRED WAHL, JEAN-CLAUDE RICHEL: L'Alsace entre France et Allemagne 1850-1950, Paris 1994, S. 217-257; SOLANGE & CHRISTIANE GRAS: La révolte des régions d'Europe occidentale de 1916 à nos jours, Paris 1982, S. 97-170.

zunächst willkommen. Wegen der Assimilationspolitik distanzierte sich jedoch ein erheblicher Teil der Bevölkerung von Frankreich. Ähnliches trifft auf andere Nationalstaaten zu.<sup>33</sup> Auch intermediäre Gruppen, die vor 1914 kein nationales oder gegen die jeweilige Titularnation gerichtetes Bewußtsein aufwiesen, entwickelten sich in diesem Kontext zu neuen Minderheiten. Zsuzsanna Török belegt in ihrem Beitrag über Siebenbürgen, wie Unterdrückung und Assimilationspolitik, in diesem Falle Rumäniens, auch die gemäßigten Kräfte der ungarischen Minderheit in die Arme der revisionistischen Regierung in Budapest trieben. Dennoch wäre eine Gegenüberstellung von unterdrückenden Nationalstaaten auf der einen Seite und emanzipativen, supraethnischen und damit gewissermaßen „unschuldigen“ regionalen Bewegungen auf der anderen Seite falsch. Das Pochen auf regionale Autonomie war nach Török immer auch ein Versuch der Angehörigen der vor 1918 herrschenden Nationen, im Rahmen der neu gegründeten Nationalstaaten politischen und kulturellen Spielraum zu bewahren. Das Verhältnis der regionalen Bewegungen zu den Nationalstaaten war also kein rein passives oder reaktives.

Der zweite Teil des Buches mit seinem Schwerpunkt auf der Zwischenkriegszeit wird von Peter Haslinger zusammengefaßt. Er bestätigt zunächst einen Befund für die vorherige Periode: Regionalismen konnten sich kaum gegen die jeweiligen Nationalismen durchsetzen. Dies lag nicht nur an den größeren Machtmitteln, die letztere durch die Bildung von Nationalstaaten erlangt hatten, sondern auch am relativ späten Aufkommen und der spezifischen Schwäche der Regionalismen. Sie entstanden alle zu einer Zeit, als die Nationsbildung in den jeweiligen Teilen Europas bereits vorangeschritten war. Der Partizipationsverheißung der Nationalismen und ihrem Versprechen von mehr Gleichheit hatten die Regionalbewegungen wenig, meist nur ähnliche Lockmittel entgegenzusetzen. Selbst wenn ihre Träger aus der Mitte und nicht den oberen oder unteren Rändern der Gesellschaft kamen und sie sich zu modernen Massenbewegungen entwickelten, boten sie selten mehr als die Berufung auf eine imaginierte, herkunftsmäßig definierte regionale Gemeinschaft. Deren Mobilisierung erwies sich als schwierig. Regionalismen konnten sich in der Regel nicht auf einen klar abgrenzbaren politischen, ökonomischen oder kulturellen Raum beziehen. Entweder richtete sich die jeweilige regionale Bewegung dezidiert gegen eine bestimmte Nation, schreckte damit aber all jene Mitbürger ab, die sich jener Nation zumindest teilweise als zugehörig oder verbunden empfanden, oder der Regionalismus war bewußt transnational, auf die Vermittlung zwischen verschiedenen nationalen Einflüssen ausgerichtet. Dies war aber in einem Zeitalter gewaltsamer Nationalitätenkonflikte und zweier Weltkriege nur schwer möglich. Oberschlesien ist ein gutes Beispiel, um dieses Dilemma aufzuzeigen. Eine klar anti-deutsche Stoßrichtung der Regionalbewegung kam nach 1918 kaum in Frage, weil das Kaiserreich und die lange preußische Herrschaft die Bevölkerung stark geprägt hatten. Leichter ließen sich anti-polnische Ressentiments zur Bestimmung von Alterität und damit Identität abrufen, aber damit

---

<sup>33</sup> Grundlegend dazu die Arbeit des Schweizer Historikers KARL-HEINZ ROTHENBERGER: Die elsäß-lothringische Heimat- und Autonomiebewegung zwischen den beiden Weltkriegen, Bern 1976.

verprellte man all jene slavophonen Mitbürger, die zu Hause den oberschlesischen Dialekt sprachen, der dem Polnischen weit näher war als dem Deutschen. Der *Bund der Oberschlesier* suchte einen Ausweg aus dem Dilemma, indem er 1919 behauptete, die Oberschlesier seien ein multilinguales Einheitsvolk und eine „slavo-germanische Blutmischung“.<sup>34</sup> Damit wurde eine multikulturelle mit einer abstammungsmäßigen Herleitung der regionalen Gemeinschaft verknüpft. Der deutsch-polnische Konflikt um Oberschlesien brachte es aber mit sich, daß eben jenes Einheitsvolk Farbe in den bewaffneten Auseinandersetzungen, den schlesischen Aufständen, bekennen und sich für eine der beiden Seiten entscheiden mußte. Einen dritten bzw. schlesischen Weg zwischen dem deutschen und dem polnischen Nationalismus sah auch der Völkerbund nicht vor, der schließlich zwischen Deutschland und Polen vermittelte. Das ethnische Argument des Bundes der Oberschlesier offenbart außerdem die ideologische Schwäche des oberschlesischen Regionalismus, der sich damit auf den ausgetretenen Pfad der deutschen Nationalbewegung begab. Die regionale Bewegung hätte einer lange gewachsenen, schlagkräftigen Struktur und der Massenmedien bedurft, um diese relative Verspätung gegenüber den Nationalbewegungen überwinden zu können, und das besaß sie nicht.

Ähnliche Befunde treffen auf andere europäische Regionen ebenfalls zu. Auch die bewußte Hinwendung der Elsässer zu Europa in der Zwischenkriegszeit, die heute als sehr modern erscheint, hatte angesichts der deutsch-französischen Konfrontation keine Aussichten auf Erfolg. Ähnliches könnte man über Bosnien sagen, wo ein supraethnischer Regionalismus schon vor dem Ausbruch des Bürgerkrieges wegen der Konfrontation zwischen Serben und Kroaten nur wenig Chancen hatte. Wie die Fallstudie von Christian Trepte über den polnisch-weißrussischen Grenzraum belegt, existierte in einigen Zwischenräumen nicht einmal eine voll ausgebildete regionale Bewegung. Zwar entwickelte sich in Polesien eine Resistenz gegen nationale Vereinigungsversuche, aber bis heute sind dort die politischen Organisationsversuche auf der Basis der Region fragmentarisch geblieben. Ähnliches trifft allerdings auch auf Weißrußland zu, das zwar bis 1939 eine schmale Nationalbewegung mobilisieren konnte, aber heute als ein Nationalstaat ohne Trägernation erscheint. In beiden Fällen wäre es irreführend, das Fehlen einer Nationalisierung und eines regionalistischen Programms nur als Rückständigkeit zu fassen. Nationen und Regionen sind Projekte, deren Attraktivität sich nach dem jeweiligen Kontext richtet. Im Weißrußland der Nachwendezeit ist der Abschied vom und die angestrebte Rückkehr zum Sowjetsystem der wichtigste Topos, also eine politische Standortbestimmung, keine territoriale oder ethnische.

Trotz des multiplen Scheiterns der hier analysierten Regionalismen lassen sich mit ihnen aber auch Grenzen der Nationalismen und Nationalstaaten belegen. Dies gilt insbesondere für die Zeit unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg. Die Abwendung großer Bevölkerungsteile im Elsaß und in Oberschlesien vom besiegten Deutschen

---

<sup>34</sup> Zit. nach dem Schriftgut des Bundes der Oberschlesier in ANDREA SCHMIDT-RÖSLER: Autonomie- und Separatismusbestrebungen in Oberschlesien 1918-1922, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 48 (1999), 1, S. 1-49, hier S. 11.

Reich sind ein Indiz dafür, daß sich ein deutsches Nationalbewußtsein zu wilhelminischen Zeiten nur bedingt verbreitet und vertieft hatte. Ähnliches gilt für Teile Spaniens nach der Franco-Ära, für den ethnischen Jugoslawismus in der Zwischenkriegszeit und den Versuch, ein Sowjetvolk zu formen. Die aus der Sowjetunion und dem zweiten Jugoslawien hervorgegangenen unabhängigen Staaten erwiesen sich jedoch mitunter als noch schwächer als ihre Vorgänger und erlitten, wie Stefan Troebst am Beispiel Moldawiens und Transnistriens zeigt, die Abspaltung wesentlicher Bestandteile des Staatsgebietes. Die Attraktivität und Kohäsion von Nationalstaaten hängt also stark von Kontexten ab, ebenso jedoch der Erfolg von Regionalismen. Alle Studien im zweiten Teil des Bandes belegen, daß die Nationalstaaten trotz ihrer zeitweise begrenzten Anziehungskraft letztlich doch am längeren Hebel saßen. Dies lag nicht nur an ihrer Macht und ihrem Prestige, sondern auch an ihrer größeren Flexibilität. Wie Przemysław Hauser in seinem Beitrag darstellt, gelang es dem Deutschen Reich 1919/20 mit dem Versprechen einer Autonomie für Oberschlesien, einen Teil der regionalen Bewegung auf seine Seite ziehen. Dagegen spalteten sich regionale Bewegungen immer wieder wegen derartiger Zugeständnisse. Es bestand also eine Inkongruenz an politischem Handlungsspielraum, wiederum ein Zeichen für die Schwäche der Regionalismen gegenüber den Nationalstaaten.

Peter Haslinger stellt im Anschluß an seinen Kommentar über die Beiträge des zweiten Teils ein Entwicklungsmodell über das Wechselverhältnis von Nation und Region vor. Seiner Ansicht nach verloren die Zwischenräume durch die territoriale Verfestigung und zunehmende Bürokratisierung der europäischen Staaten seit dem Ende des 18. Jahrhunderts Stück für Stück ihre Selbständigkeit. Mit der Gründung von Nationalstaaten bekam die Durchsetzung des staatlichen Machtmonopols eine neue Dynamik, denn nun wurden regionale Besonderheiten als ein Entwicklungshemmnis für die Nation verstanden. Gleichzeitig blieben die verschiedenen Nationalismen aber auf die Übersetzungsleistung und Vermittlung der Region angewiesen. Der Autor konstatiert daher ein grundsätzlich widersprüchliches Verhältnis von Nation und Region. Haslinger zufolge brachen Konflikte vor allem dann auf, wenn Nationalstaaten noch nicht genügend verfestigt waren, um ihre kulturelle und politische Dominanz über Regionen durchsetzen zu können, die insbesondere in Ostmitteleuropa aufgrund der bis 1918 bestehenden imperialen Ordnung eine hohe Eigendynamik bewahren konnten. Haslingers Kommentar ist für diesen Band von besonderem Interesse, weil er für das Phänomen des Regionalismus ein chronologisch und räumlich differenziertes Entwicklungsschema aufstellen kann.

In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg ließ die politische und kulturelle Aktivität aller hier behandelten Regionen nach.<sup>35</sup> Im Falle des Elsaß, Oberschlesiens und zahlreicher anderer Fälle an den Grenzen des Deutschen Reiches lag dies vor allem an der Kompromittierung der regionalen Bewegungen durch ihre Zusammenarbeit mit dem Nationalsozialismus. Die Elsässer distanzieren sich nach 1945 bewußt von der Auto-

---

<sup>35</sup> Vgl. zu Frankreich die jüngste Ausgabe von *Les temps modernes*, Nr. 608, 2000, in der in mehreren Aufsätzen historischer und zeitgenössischer Regionalismus in Frankreich untersucht wird.

nomiebewegung der Zwischenkriegszeit und wandten sich Frankreich und der französischen Kultur zu, in Ostmitteleuropa wurde jegliche Abweichung von einem engen polnischen oder tschechischen Nationsverständnis als „Deutschtum“ oder Nazismus verfolgt. Die politische und wirtschaftliche Zentralisierung im Stalinismus verstärkte die Marginalisierung von Regionen. Durch Verwaltungsreformen wie zum Beispiel die Bildung von Bezirken in der DDR wurden historisch gewachsene Regionen im gesamten kommunistischen Machtbereich auch als administrative Einheiten aufgelöst. Vorbild für derartige Maßnahmen war indes weniger die Sowjetunion mit ihrer Aufteilung in Einzelrepubliken, sondern der französische Zentralstaat. Auch in den Demokratien Westeuropas wurde mit Ausnahme der Bundesrepublik die Zentralisierung auf Kosten der Regionen nach 1945 zunächst fortgesetzt.

Ende der sechziger Jahre begann auf beiden Seiten des eisernen Vorhangs eine Föderalisierung und eine Renaissance der Regionen. Entsprechend ist der dritte Teil des Bandes überschrieben, der sich vorwiegend der Zeitgeschichte widmet.<sup>36</sup> In Westeuropa destabilisierte die Dekolonisierung die zentralistischen Nationalstaaten. Im Zusammenhang mit der 1968er Bewegung entstand zusätzlich ein erheblicher Reformdruck „von unten“ mit einer in der Forschung wenig beachteten regionalistischen Komponente. Wie Christiane Kohser-Spohn am Beispiel des Elsaß darstellt, kam dort erneut eine regionale Bewegung auf, die das Gedankengut der Befreiungsbewegungen in der „Dritten Welt“ aufnahm und ein Ende des „internen Kolonialismus“ forderte.<sup>37</sup> Der Regionalismus manifestierte sich auch auf kultureller Ebene mit der bewußten Hinwendung zum Dialekt und zahlreichen elsässischen Kulturinitiativen. Xose-Manoel Núñez verdeutlicht am Beispiel des spanischen Galiciens, daß der Regionalismus außerdem zu einem Reaktionsmuster gegen die Rückständigkeit und wirtschaftlichen Strukturprobleme von Regionen wurde. Die westeuropäischen Nationalstaaten reagierten auf diese Herausforderung anders als in der Zwischenkriegszeit. Sie unterdrückten die regionalen Bewegungen nicht mehr, sondern gaben ihren Forderungen mit einer Dezentralisierung, die sich für alle größeren Länder Westeuropa nachweisen läßt, ein Stück weit nach.

Für eine bis heute ungebrochene Dynamik des Regionalismus sorgte außerdem die Europäische Gemeinschaft bzw. Union. Die Förderprogramme in der Landwirtschaft, für bestimmte Industrien und in den Strukturfonds sind so ausgelegt, daß sich eine Interessenbündelung auf regionaler Ebene als effektiver Weg erweist, um an Mittel aus Brüssel heranzukommen. Die Fallstudie von Núñez über Galicien belegt, wie dies den Regionalismus stärkte und dazu beitrug, daß er sich aus einer eher von Intellektuellen und vom Marxismus geprägten zu einer Massenbewegung entwickelte. Die

---

<sup>36</sup> Interessante Erklärungsversuche für diese Renaissance in Westeuropa liefert GABRIELE MORDT: *Regionalismus und Spätmoderne*, Opladen 2000.

<sup>37</sup> Dieser Begriff ging Ende der 1970er Jahre auch in die Wissenschaftssprache ein. Vgl. MICHAEL HECHTER: *Internal Colonialism: The Celtic Fringe in British National Development 1536-1966*, Berkeley 1977; JOCHEN BLASCHKE: *Volk, Nation, interner Kolonialismus. Konzepte zur politischen Soziologie der westeuropäischen Regionalbewegungen*, Berlin 1984.

EU ließ außerdem eine Interessenvertretung auf regionaler Ebene, den Ausschuß der Regionen, zu. Dieses Gremium ist zwar noch schwach, ermöglicht aber eine Verlagerung politischer Diskurse und Praktiken in Europa.<sup>38</sup> Während es auf globaler Ebene zur Durchsetzung kollektiver Interessen unausweichlich ist, sich als Nation oder als nationale Bewegung zu definieren, denn schließlich ist die Welt als *United Nations* organisiert, ist es in Europa vor allem in den großen Mitgliedsstaaten aussichtsreich, sich als Region zu artikulieren. Wie weit sich das relative Gewicht der nationalen und regionalen Ebene in der EU bereits verlagert hat, wird sich auf der nächsten Regierungskonferenz 2004 in Brüssel zeigen, die sich der Kompetenzverteilung zwischen Nationalstaaten und Regionen widmet.

In mehreren Ländern des kommunistischen Machtbereichs begann in den 1960er Jahren ebenfalls eine Föderalisierung, dort allerdings eher in der Form einer Nationalisierung als einer Regionalisierung. So war etwa das wichtigste dauerhafte Ergebnis des Prager Frühlings die Stärkung der Slowakei innerhalb des tschechoslowakischen Gesamtstaates. Auch in der Sowjetunion und in Jugoslawien wurden die einzelnen Teilrepubliken selbständiger, ein Prozeß, der sich im Zuge der Wirtschaftsreformen in den 1980er Jahren beschleunigte. Alle drei Staaten zerbrachen schließlich nicht nur wegen des wirtschaftlichen und ideologischen Bankrotts des Kommunismus, sondern auch infolge der Nationalisierung ihrer Institutionen und ihrer politischen Kultur.<sup>39</sup> Die Nationalität wurde zum schlagkräftigsten Argument, um Interessen durchzusetzen, zum wichtigsten Referenzpunkt in politischen und wirtschaftlichen Konflikten und schließlich zu einem bestimmenden Faktor individueller und kollektiver Identifikation. Die nachlassende Macht der Zentralgewalt und die verfallende Legitimität der Staatsidee führten dazu, daß von den *multinationalen* Staaten in Südost- und Osteuropa nur noch *viele Nationen* übrig blieben. Ein vergleichbarer Prozeß der inneren Aushöhlung läßt sich im späten Habsburgerreich beobachten, wo die Monarchie zur persönlichen Identifikation mit Franz Joseph II. verkümmerte und auf der Ebene der Institutionen und politischen Diskurse ebenfalls eine durchgreifende Nationalisierung zu beobachten ist.<sup>40</sup>

---

<sup>38</sup> Die Position und Effektivität dieses Ausschusses wird in der Literatur unterschiedlich bewertet. Während KAI HASSELBACH: *Der Ausschuß der Regionen in der Europäischen Union*, Köln 1996, den Kompetenzzuwachs betont und damit den deutschen Föderalismus bestätigt sieht, hebt CARLOS MOLINA DEL POZO: *Federalism and Regional Representation in the Process of European Integration*, in: *Federal Conceptions in EU Member States: Traditions and Perspectives*, hrsg. von FRANZ KNIPPING, Baden-Baden 1994, vor allem die Schwäche des Ausschusses hervor.

<sup>39</sup> Vgl. zu dieser Erklärungsweise mit einem Schwerpunkt auf der Ukraine ROMAN SZPORLUK: *Russia, Ukraine, and the Breakup of the Soviet Union*, Stanford 2000. Für Jugoslawien HOLM SUNDHAUSSEN: *Ethnonationalismus in Aktion: Bemerkungen zum Ende Jugoslawiens*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 20 (1994), S. 402-423.

<sup>40</sup> Diesen Prozeß zeigt Jeremy King beispielhaft für Budweis. Vgl. JEREMY KING: *Budweisers into Czechs and Germans: A Local History of Bohemian Politics, 1848-1948*, Princeton i.E. 2003.

Auch wenn der Nationalismus 1989/91 ein weiteres Mal wesentlich zum Ende der alten Ordnung beigetragen hatte, war mit ihm ähnlich wie nach dem Ersten Weltkrieg nur schwer „Staat“ zu machen. Die Beiträge über Bosnien und Transnistrien im dritten Teil des Bandes zeigen, wie einige der Nachfolgestaaten Jugoslawiens und der Sowjetunion bald nach ihrer Unabhängigkeit zerfielen. Im Falle Bosnien-Herzegowinas kam ein Faktor zum Tragen, der in den anderen hier behandelten Regionen keine Rolle spielt: der Islam. Dabei ging es nicht allein um Religion, sondern um kulturelle Prägungen, die auch für nicht-religiöse „Muslime“ eine starke identitätsstiftende Bedeutung besaßen und besitzen. Die Krise des bosnischen Regionalismus war, wie Holm Sundhaussen zeigt, eine Folge der unterschiedlichen Gewichtung von regionalen und nationalen Identitätsmustern bei den drei großen Bevölkerungsgruppen der Region. Für serbische und kroatische Bosnier existiert ein Nationalstaat mit dem Zentrum außerhalb Bosniens, so daß die nationale Identität die regionale überlagern konnte, aber nicht mußte. Für die „Muslime“ (bzw. im ethnisch/nationalen Sinn für die Bosniaken) gilt dies nicht. Anders als die gläubigen Muslime haben zumindest die säkularisierten „Muslime“ keine Identität außerhalb Bosniens. Deshalb haben sie stets mit Zähnen und Klauen an Bosnien als Region (nicht unbedingt als Staat) festgehalten. Erst der Zerfall des multinationalen Jugoslawien und die Sezessionsbestrebungen serbischer und kroatischer Bosnier haben die Bosniaken zur Staatsbildung gezwungen. Die Ursache für die Sezession Transnistriens von Moldawien sieht Stefan Troebst dagegen in einem gewaltbereiten Regionalismus. Allerdings funktioniert der supraethnische Regionalismus in Transnistrien auch nur durch einen nostalgischen Rekurs auf die Sowjetzeit und die starke Hand einer mafiotisch organisierten Diktatur.<sup>41</sup> In Oberschlesien hingegen, das in einem Aufsatz von Philipp Ther bearbeitet wird, ist in jüngster Zeit ebenfalls eine Stärkung regionaler Identifikationen nachweisbar, ohne daß dies mit einer Schwächung des übergeordneten Nationalstaats einhergeht. In Umfragen geben immer mehr, vor allem junge Mitglieder der deutschen Minderheit eine primäre Identifikation mit Schlesien, nicht mit Deutschland oder Polen an. Angesichts der Tatsache, daß Oberschlesien bis 1991 ein Zankapfel zwischen den beiden Ländern und ein symbolischer Ort der Auseinandersetzung zwischen der deutschen und der polnischen Nationalbewegung war, überrascht diese Entwicklung zunächst. Der Beitrag erklärt dieses Wiederaufleben des oberschlesischen Regionalismus in einem längeren zeitlichen Horizont und stellt die Frage, ob der Nationalismus in Ostmitteleuropa als ein Phänomen der vergleichsweise kurzen Epoche zwischen dem Ende des 19. Jahrhunderts und des 20. Jahrhunderts historisierbar ist. Die Fallstudien über Bosnien und Oberschlesien oder ein Blick auf die Wojwodina zeigen außerdem, daß eine Gegenüberstellung ziviler westeuropäischer Regionalismen mit sezessionistischen in Ostmittel- und Osteuropa sich empirisch nicht belegen läßt.<sup>42</sup>

---

<sup>41</sup> Troebst hat weitere Fallstudien über Regionalismen erhoben. Vgl. dazu u.a. STEFAN TROEBST: Regionalismus und Autonomiestreben im Ostmitteleuropa der Nach-„Wende“-Zeit. Mährer und Russinen im Vergleich, in: Minderheiten, Regionalbewußtsein und Zentralismus in Ostmitteleuropa, hrsg. von HEINZ-DIETRICH LÖWE u.a., Köln u.a. 2000, S. 67-104.

<sup>42</sup> Eine derartige Gegenüberstellung findet sich beispielweise bei PUHLE (wie Anm. 22).

Wie sich von den Studien im dritten Teil des Bandes ableiten läßt, wird das Verhältnis zwischen Nationalismus und Regionalismus wesentlich von der Attraktivität und Inklusionsfähigkeit der jeweiligen Konzepte bestimmt. Das heißt aber, daß Nation und Region nicht als feste Größen zu erfassen sind, sondern als relationale Angebote innerhalb politischer Diskurse und Praktiken. Dieses Ergebnis bestimmt unter anderem den Gebrauch des Begriffs Identität in der vorliegenden Publikation. Er wird nicht als eine „anthropologische Grundkonstante“ verstanden, wie es die überwiegend auf Individuen zugeschnittene sozialpsychologische Definition suggeriert<sup>43</sup>, sondern als eine in der Intensität und Form variable Identifikation, die von historischen Rahmenbedingungen und Kontexten sowie ihrer Perzeption beeinflusst wird und als Ergebnis sozialer Interaktion entsteht.<sup>44</sup> Identitäten können also multipel sein, in ihrer Intensität variieren und von ihren Trägern instrumentalisiert werden. Mit diesem postmodernen Verständnis des Begriffs Identität lassen sich zugleich die jüngst von Rogers Brubaker und Lutz Niethammer geäußerten Bedenken weitgehend zerstreuen.<sup>45</sup> Es geht hier nicht um Identität im wörtlichen und kollektiven Sinne, sondern um das Verhältnis ihrer potentiellen Träger zu bestimmten Identitätsangeboten, hier der Region und der Nation. Im Mittelpunkt steht also die Frage, welche auf Gruppen und Territorien bezogenen Konstrukte im Wandel der Zeiten sozial- und kulturhistorische Relevanz besaßen.<sup>46</sup> Dies heißt auch, daß Identität als ein Prozeß der Identifikation, nicht als Zustand des Identisch-Seins verstanden wird. Selbst wenn man den Begriff der Identität aufgrund seiner völkischen Grundlagen aus dem Repertoire der Geschichtsschreibung streichen würde, wie Niethammers lehrreiche Monographie suggeriert, ließe sich nicht das Faktum beseitigen, daß es sich dabei um ein zentrales historisches Problem der Moderne handelt, das man je nach Periode lediglich anders

---

<sup>43</sup> Vgl. zur Evolution des Begriffs Identität STANLEY ARONOWICZ: Reflections on Identity, in: The Identity in Question, hrsg. von JOHN RAJCHMAN, New York 1995, S. 111-127; PETER WAGNER: Fest-Stellungen. Beobachtungen zur sozialwissenschaftlichen Diskussion über Identität, in: Identitäten, hrsg. von ALEIDA ASSMANN und HEIDRUN FRIESE, Frankfurt a.M. 1998 (Erinnerung, Geschichte, Identität 3), S. 44-72.

<sup>44</sup> Der Terminus Identität wird daher auch dem enger gefaßten Begriff Bewußtsein – für den hier untersuchten Fall: Nationalbewußtsein – vorgezogen, da dieser einseitig eine kognitive Form von Selbst-Identifikation hervorhebt.

<sup>45</sup> ROGERS BRUBAKER: Au-delà de l'«identité», in: Actes de la recherche en sciences sociales 139 (September 2001), S. 66-85. LUTZ NIETHAMMER: Kollektive Identität. Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur, Hamburg 2000.

<sup>46</sup> Dieser Frage weicht Brubaker in seinem Modell triangulärer Beziehungen zwischen nationalisierendem Nationalstaat, externem Heimatland und Minderheit aus (Vgl. dazu BRUBAKER: Nationalism Reframed [wie Anm. 31]). Sein abstraktes Modell läßt sich zwar empirisch auf der Ebene der internationalen Politik für bestimmte Perioden und einige Fälle belegen, nicht aber, wenn nachgefragt wird, inwieweit und wann sich die Minderheiten in den betreffenden Staaten tatsächlich mit *einem* „external homeland“ identifizierten. So gesehen ist Brubakers Kritik an der „proliferation“ des Identitätsbegriffs zwar nachvollziehbar, doch wäre sein eigenes Buch überzeugender, würde sein Modell unter dem Blickpunkt der Identifikation empirisch konkretisiert.

nannte. An den Rändern des Deutschen Reiches beispielsweise war das „Volkstum“ der Bevölkerung seit dem Ende des 19. Jahrhunderts ein zentraler Punkt politischer Auseinandersetzungen, die innerhalb der dort lebenden Bevölkerung, aber vor allem von externen Akteuren und Institutionen geführt wurden. Diesem Problem kann man sich als Historiker nicht einfach entziehen. Will man solch fragwürdige Kategorien wie „Volkstum“ oder „Deutschtum“ vermeiden, dann bedarf es eines abstrakten Terminus wie der Identität. Ohnehin stehen aber in diesem Band nicht die vergleichsweise schwer meßbaren Identitäten, sondern regionale Bewegungen und ihre politischen Programme im Vordergrund. Der Begriff wird also sozial- und politikhistorisch konkretisiert, ein möglicher Weg, um seine Omnipräsenz und damit den Überdruß verschiedener Historiker und Sozialwissenschaftler zu verringern. Einige der vorliegenden Aufsätze zeigen auch, daß die Nation und die Identifikation mit ihr selbst im „Zeitalter des Nationalismus“ begrenzt waren. Es gab neben dem „externen Heimatland“, den „nationalisierenden Nationalstaaten“ und den verschiedenen Ethno-Nationalismen der Minderheiten, die Brubaker in einem triangulären Verhältnis verstrickt sieht, noch andere Objekte territorialer und gruppenbezogener Identität. Meistens stand die Region in einem nachrangigen, oft auch ergänzenden Verhältnis zur Nation, doch in manchen Fällen und Perioden verhielt es sich umgekehrt. Wie die Kommentare von Celia Applegate und Peter Haslinger und der gesamte Band belegen, waren und sind Regionen eine wichtige mittlere Aggregatsebene für die soziale und kulturelle Verwurzelung von Menschen. Diese Ebene sollte nicht einfach übergangen werden, zudem bietet sie die Möglichkeit, Nationalismusstudien ohne die bisher dominierende Ausrichtung auf den Telos der Nation zu betreiben.

Wie dieser Band belegt, können kollektive Identitätsangebote wie die Nation oder die Region ephemeren Charakters sein. Die Nationalstaaten wurden im 19. Jahrhundert aufgrund ihrer internen Dynamik und als Objekt der Sehnsucht für die staatenlosen Völker Europas zu einem wesentlichen Orientierungspunkt. Das Prestige und die Macht der Nationalstaaten wuchsen nach dem Ersten Weltkrieg weiter, als sie zum wichtigsten Pfeiler der inneren Ordnung Europas wurden. Mit Hilfe der Nationalbewegungen gelang daher auch eine weitgehende Nationalisierung der Bevölkerung Europas. Es wäre also unsinnig, die Wirkungsmacht des Nationalen bestreiten zu wollen. Doch bietet sich auf der Basis der hier dargestellten Zwischenräume ein differenzierteres Bild. Nationale Identitäten können unter bestimmten Bedingungen abnehmen, sind also keineswegs so stabil, wie man lange Zeit annahm. Einige Fallstudien zeigen zudem, daß die Bewohner von Zwischenräumen sie zu verschiedenen Zwecken instrumentalisierten, also eine kognitive und emotionale Distanz zu jenen Werten möglich war, die man gemeinhin als „nationale Identität“ bezeichnet. Das Ende der Unabhängigkeitsbestrebungen beispielsweise in Oberschlesien, bei den Sorben, nach der Wende von 1991 vorläufig auch in Weißrußland und die offenkundige Schwäche nationaler Identifikationen mit Moldawien, Makedonien und Bosnien belegen die Vergänglichkeit nationaler Projekte und legen den Schluß nahe, daß es sich bei Nationen um ebenso ephemere Gebilde handeln könnte wie bei anderen sozialen Formationen. Gleichzeitig eröffnet sich damit eine neue Perspektive auf mögliche Nationsbildungen der Zukunft. An die Stelle existierender nationaler Konstrukte, die

an Anziehungskraft verlieren, könnten neue Nationen oder andere territoriale und gruppenbezogene Identitäten treten.<sup>47</sup>

Hans Heiss zeigt in seinem Essay, daß die Stärkung der Region nicht mit einer Destabilisierung der europäischen Nationalstaaten einhergehen muß, wie es die ältere Regionalismusforschung mit ihrer Konzentration auf separatistische Regionen nahelegt. Nach Heiss hat die Identifikation mit der Region eine stützende Funktion für den Staat, da auf regionaler Ebene durch die Globalisierung verursachte Krisen abgemildert werden können. Dort ist Politik durchschaubarer, übersichtlicher und bürgernäher und kann besser als auf europäischer oder nationaler Ebene vermittelt werden.<sup>48</sup> Deshalb ist zivilgesellschaftliches Engagement eher auf lokaler oder regionaler als auf nationaler Ebene nachweisbar. Heiss sieht die Stärke von Regionen vor allem in der Erzeugung von Identität, warnt aber vor der Selbstreferentialität und mangelnden Offenheit der europäischen Regionalismen.<sup>49</sup> Sein Essay ist gleichzeitig als eine Aufforderung an Historiker zu lesen, sich kritisch zu den Schattenseiten regionaler Identitätserzeugung zu stellen.

Robert Traba ergänzt diese westeuropäische durch eine ostmitteleuropäische Sicht. Er plädiert am Beispiel Polens für eine „offene Regionalgeschichte“. Im Vordergrund steht dabei einerseits die Stärkung der Zivilgesellschaft und Demokratie auf regionaler Ebene, zum anderen die Schaffung eines Korrektivs zur traditionellen ethnozentrischen Nationalgeschichte. Traba zufolge bietet die Geschichte der ehemaligen deutschen Ostgebiete ein besonders geeignetes Studienobjekt für eine derartige multikulturelle, multinationale und somit offene Regionalgeschichte. Der von den Annales geprägte Ansatz Trabas könnte auch für die Landesgeschichte in Deutschland Anregungen bieten<sup>50</sup>, insbesondere für Studien, die sich mit Ostmitteleuropa befassen.

Die Kritik an der traditionellen Nationalgeschichte steht auch im Zusammenhang mit der häufig beschworenen Krise der europäischen Nationalstaaten, die von zwei Seiten aus unter Druck stehen. Einerseits entziehen ihnen die Globalisierung und der europäische Einigungsprozeß immer mehr Kompetenzen und Handlungsspielraum. Andererseits sprechen das Prinzip der Subsidiarität, die Furcht vor anonymen Verwaltungsapparaten und die viel beschworene Bürgernähe für eine Verlagerung von Kom-

---

<sup>47</sup> Vgl. zur Möglichkeit zukünftiger Nationsbildungen GELLNER (wie Anm. 3), S. 112.

<sup>48</sup> Eine pointierte Kritik an der fehlenden Bürgernähe Europas ist jüngst formuliert worden in: LARRY SIEDENTOP: Demokratie in Europa, Stuttgart 2002.

<sup>49</sup> Hans Heiss hat vor kurzem eine Publikation über die Vorzüge und Nachteile des Regionalismus in Südtirol vorgelegt. Vgl. HANS HEISS: Fortschritt und Grenzen des Regionalismus. Südtirol nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Die Nationalisierung von Grenzen (wie Anm. 19), S. 199-230. Wie das Beispiel der Lega Nord zeigt, können Regionalismen auch dann xenophob und „ethnisch“ sein, wenn sie sich auf keine sprachlich, historisch oder kulturell gewachsene Region berufen. Vgl. zur Lega Nord MARGARITA GÓMEZ-REINO CACHAFEIRO: Ethnicity and Nationalism in Italian Politics. Inventing the *Padania*: Lega Nord and the Northern Question, Aldershot u.a. 2002.

<sup>50</sup> Interessante empirische Studien und methodische Überlegungen sind enthalten in: Region und Regionsbildung in Europa. Konzeptionen der Forschung und empirische Befunde, hrsg. von GERHARD BRUNN, Baden-Baden 1996.

petenzen auf eine subnationale Ebene. Die dynamische ökonomische Entwicklung kleinerer Staaten in Europa in den 1990er Jahren wie Irlands, der Niederlande, Österreichs, Sloweniens und Estlands deutet darauf hin, daß auch das Wirtschaften in einem kleineren Rahmen besser gelingt als in Ländern wie Frankreich, Deutschland und Italien. Zumindest die großen Nationalstaaten bekommen daher auch zunehmend Konkurrenz „von unten“, von den Regionen und Kommunen, die ihr Geschick stärker in die eigenen Hände nehmen wollen. Zahlreiche politikwissenschaftliche Studien haben darauf hingewiesen, daß der europäische Einigungsprozeß und die Regionalisierung miteinander zusammenhängen und sich gegenseitig verstärken.<sup>51</sup> Die Beitrittsverhandlungen zur EU haben in Ostmitteleuropa eine ähnliche Dynamik erzeugt. Um den Reformprozeß zu beschleunigen, die Demokratie zu stärken und EU-kompatibel zu sein, haben Beitrittskandidaten wie Polen und Tschechien ebenfalls eine Dezentralisierung begonnen, die den Regionen mehr Kompetenzen einräumt. Mehrere Studien in diesem Band zeigen, daß Regionalismen ihre Stärke vor allem aus der relativen Schwäche von Nationalstaaten und nationalen Identitätsangeboten gewinnen. Ob der Nationalstaat tatsächlich so stark in der Krise ist, wie im Zusammenhang mit der Globalisierung oft behauptet wird, mag dahingestellt bleiben. Eindeutig ist jedoch, daß die relative Dominanz der Nationalstaaten gegenüber Regionen schwindet. Dies liegt an der Krise von Citizenship im umfassenden Sinne nach Thomas Marshall.<sup>52</sup> Demokratie gibt es heute auch auf lokaler und regionaler Ebene, die Pässe sind europäisch, während die sozialen Sicherungssysteme staatlicher und tariflicher Natur (social citizenship), einst eine Bastion des Nationalstaats, abgebaut werden. Ein weiterer Faktor regionaler Eigendynamik sind wirtschaftliche Ungleichgewichte im negativen und positiven Sinne. Wie Núñez für Galicien zeigt, kann Rückständigkeit ebenso einen Impuls für regionale Bewegungen erzeugen wie vergleichsweise hoher Wohlstand, der in Abgrenzung nach außen verteidigt wird. Das unselige Beispiel „Padaniens“ entspricht der letztgenannten Variante und zeigt, daß das zunehmende ökonomische Auseinanderdriften verschiedener Regionen in Europa vor allem auf Kosten der Nationalstaaten gehen könnte. Auch die Geschichte bietet Anhaltspunkte für eine anhaltende Regionalisierung. Wenn sich in Europa größere transnationale Herrschaftsverbände wie das karolingische Reich, das Heilige Römische Reich deutscher Nation oder das Habsburgerreich bildeten, basierte deren innere Strukturierung auf überschaubaren territorialen Einheiten. Es ist also noch offen, ob die Europäische Union im 21. Jahrhundert entsprechend ihrer Gründungskonzeption ein Europa der Nationen bleiben oder sich zu einem Europa der Regionen entwickeln wird.

---

<sup>51</sup> Vgl. dazu MICHAEL KEATING: *The New Regionalism in Western Europe*, Cheltenham, Northampton 1998; *The European Union and the Region*, hrsg. von BARRY JONES und MICHAEL KEATING, Oxford 1995; *The Regions – Factors of Integration or Disintegration in Europe?*, hrsg. von GISELA FÄRBER und MURRAY FORSYTH, Baden-Baden 1996; *Regionen in der Europäischen Union*, hrsg. von RAIMUND KRÄMER, Berlin 1998.

<sup>52</sup> THOMAS H. MARSHALL: *Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates*, Frankfurt/Main u.a. 1992.

## Nationalismus und Regionalismus

# Regionalism and Nationalism: Catalonia within Modern Spain

von

Josep M. F r a d e r a

In social scientific publications about the nineteenth – and twentieth – century nationalism, Catalonia has been frequently depicted as a classic example of a nationalism arising within the borders of an old and large European state. Or rather, between two large European states. The reinforcement of this interpretation – the awakening of an old nation in recent times against the fatal fate of such aggressive neighbors – has been one of the objectives of the Catalan nationalist historiography of the 1920s and 1930s from the present, a tradition that had lost ground in the last decades only to arise from the ashes on more than one occasion. One only has to look at recent years to see how nationalist historians have sought to defend their canon from attacks generated by the revisionist tendencies of the last twenty years, chiefly inspired by the criticism of essentialist approaches present in Gellner, Hobsbawm<sup>1</sup> and Anderson. What is more, one can observe a new effort to extend the genealogy of the nation back in time to the constitutionalist tradition of the medieval and early modern Principality in order to recuperate and convert it, in a dubious fashion, into a representation of a continuum of national expression traversing both the Habsburg and Bourbon monarchies.<sup>2</sup> This approach had developed in a way that we can characterize as the shaping of a kind of a Catalan “Whig idea of history” in the sense that the main goal is to focus on the parallel development of a set of constitutional practices and the whole society that they represent. The inevitable result of this approach is to diffuse the contradictions within Catalan society (giving an extraordinary role to the legal profession and the urban oligarchies that had monopolized the power along *ancien régime* lines) and, secondly, to establish a one way connection between the institutional or political theories and the actual historical process that underlay it.<sup>3</sup> Thirdly

---

<sup>1</sup> It is worth noting that there is a Catalan but not a Spanish translation of Eric J. Hobsbawm and Terence Ranger’s “The Invention of Tradition”.

<sup>2</sup> There are good instances of this way of reasoning, but I do not want to suggest that the full book is devoted to this idea, in: *Del patriotisme al catalanisme*, ed. by JOAQUIM ALBAREDA et al., Vic 2001.

<sup>3</sup> See, for instance, JOSEP M. TORRAS I RIBÉ: *Els municipis catalans de l’Antic Règim, 1453-1808*, Barcelona 1983; DERS.: *Poders i relacions clientelars a la Catalunya dels Àustries*, Vic 1998. For a previous period, JAMES S. AMELANG: *Honored Citizens of Barcelona. Patrician Culture and Class Relations, 1490-1714*, Princeton, N.J. 1986.

but not less important, it would be difficult to fill the gap of what happened after the political defeat of 1714, which put an abrupt end to this distinctive constitutional tradition and forced the Catalan ruling class to negotiate their position within the political institutions of the Bourbon Monarchy.<sup>4</sup> Even in this respect, there is an attempt to build a new interpretation of the Catalan continuous regret for the institutions that had been abolished in 1714, and a thin line of “Austriacism” (that is a kind of a “Jacobite” culture of traditional constitutionalism that went beyond that political caesura).<sup>5</sup> But, it seems quite misleading to argue in favour of this continuing political and moral tradition without the texts or a set of events as observable underpinnings. I do not propose to launch a full-blown critique of this attempt to reformulate Catalan history under a nationalist imperative. I just only want to suggest that even for a more recent period, when nationalism it is a well-established factor in Catalan society, our most common interpretative set of ideas are insufficient in order to grasp the whole complexity of the past.

Catalan nationalism emerged as a mass movement at the outset of the twentieth century, acquiring force only following the defeat of Spain at the hands of the United States in 1898, and the corresponding loss of the last Spanish colonies: Cuba, Puerto Rico, and the Philippines. It was within this context that a group of young intellectuals and professionals of the middle classes elaborated a political program of national reconstruction.<sup>6</sup> As theoretical and programmatic texts began to pour it was clear that no one of the classical nationalist motives was omitted. Catalonia was depicted as a nation through centuries and historical events, a historical community that had kept alive a distinctive sense of identity and freedom beside the fact that it never was a fully independent political entity. Since the medieval Crown of Aragon to the Habsburg and Bourbon Empire, Catalonia constituted only a part of a complex political construction.<sup>7</sup> What was nothing but the usual bargaining impaired of common constitutional ideas of the post-medieval Europe in what has been called “composite states”, was, in fact, depicted as a continuous struggle for independence. In the ideas and programs of those founding fathers of the modern Catalan nationalism, those romantic and particularistic motives melted with much up-to-date ideas of an Iberian empire and national culture based in modern civic society and industrial values. Under this sophisticated mixture of old and new values, those groups of lawyers, architects and professionals could rally a movement firmly rooted among the Catalan ruling class and the middle ground, transcending the limited social coteries of nineteenth century

---

<sup>4</sup> The Bourbon political framework in Catalonia, in JOAN MERCADER I RIBA: *Felip V i Catalunya*, Barcelona 1968. Later developments in ERNEST LLUCH: *La Catalunya vençuda del segle XIX. Foscors i clarors de la Il·lustració*, Barcelona 1996.

<sup>5</sup> That is the case of a book from the late ERNEST LLUCH: *L’alternativa catalana (1700-1714-1740)*. Ramon de Vilana Perlas i Juan Amor de Soria: *teoria i acció austriacistes*, Vic 2000.

<sup>6</sup> VICENTE CACHO VIU: *El nacionalismo catalán como factor de modernización*, Barcelona 1998.

<sup>7</sup> THOMAS N. BISSON: *The Medieval Crown of Aragon*, Oxford 1986; JOHN H. ELLIOTT: *The Revolt of the Catalans*, Cambridge 1963.

proto-nationalism, called themselves as “Catalanism” or “Regionalism”, endowing a greater presence in the public sphere.<sup>8</sup> In less than a decade, the first nationalist political party, the Lliga Regionalista (later to be called, the Lliga Catalana) managed to become the principal party in Catalonia. It is important to notice that the emergence of the nationalist movement disrupted the Catalan political scenario and forced the old political parties – representatives of the nineteenth Century liberal tradition in both Catalan politics and the Spanish one (the two main monarchists parties, the republicans, socialists and anarchists) – to accommodate strategies to the broad nationalist coalition of interests.<sup>9</sup> In the middle run, the Lliga was able to become the chief representative of the powerful Catalan interests, and a major player within the Spanish political arena. Depending on the circumstances, the Lliga chose to be allied to the Spanish conservatives led by Antonio Maura which allowed the nationalist a frustrating bargaining concerning municipal reforms. Later, the Lliga moved close to the Liberal party as a way to attain such kind of limited but important reforms. From 1914 to 1923, the nationalist movement garnered a modest degree of home rule.<sup>10</sup> This was in fact the key point of their program since the inception: an idea of a redistribution of power within the framework of the Spanish liberal state inspired in the reforms of the status of the white dominions of the British Empire. Although its self-governing institutions faced severe limitations, it developed a rather ambiguous though classical project of “nation building”, formulated around the slogan of “Catalunya endins” (literally, “deep inside Catalonia”). It was an ambitious and ambiguous program which modeled Catalan social life in a decisive manner but that allowed, at the same time, to define alliances concerning the Spanish political life. In the following years, social conflicts of enormous proportions in Barcelona and the industrial areas of Catalonia and frequently violent strikes proved too complex for nationalist forces to handle.<sup>11</sup> Moreover, their presence demonstrated nationalism’s failure to orchestrate the proper transformations of the state to preserve a conservative order. Meanwhile, Catalan society was acutely split between a conservative coalition led by nationalists and anarchists, a division not only along social or class inflicted lines but also in cultural and moral terms.<sup>12</sup> During the first experiment of modern dictatorship

---

<sup>8</sup> JOAN-LLUÍS MARFANY: *La cultura del catalanisme*, Barcelona 1995.

<sup>9</sup> ANGEL DUARTE I MONTSERRAT: *El republicanisme català a la fi del segle XIX*, Vic 1987; J. ROMERO MAURA: *La “Rosa de Fuego”*. *El obrerismo barcelonés de 1899 a 1909*, Barcelona 1974.

<sup>10</sup> The best account in ENRIC UCÉLAY DA CAL: “La Diputació i la Mancomunitat: 1914-1923”, in: *Història de la Diputació de Barcelona*, ed. by BORJA DE RIQUER, Barcelona 1987, vol. III, pp. 36-177.

<sup>11</sup> SOLEDAD BENGOCHEA: *Organització patronal i conflictivitat social a Catalunya. Tradició i corporativisme entre finals de segle i la Dictadura de Primo de Rivera*, Barcelona 1994; ALBERT BALCELLS: *Trabajo industrial y organización obrera en la Cataluña contemporánea*, Barcelona 1974.

<sup>12</sup> The role of the republicans in a period of nationalist hegemony, JOAN B. CULLA: *El republicanisme lerrouxista a Catalunya (1901-1923)*, Barcelona 1986; SANTIAGO ALBERTÍ: *El republicanisme català i la restauració monàrquica*, Barcelona 1972.

in Spain (it is important to remember that the coup was held in Barcelona), that of General Primo de Rivera from 1923 to 1931, Catalan nationalists consented to the destruction of its precarious accomplishments of the previous decade while maintaining a certain calculated amount of ambiguity towards their precise degree of collaboration.<sup>13</sup> In the 1930's, the period of the Second republic in Spain, the recuperation and amplification of the home rule project was not resumed by the old nationalist party, which was tainted by its relationship to the previous regime and far too removed from the reformist republican spirit. Instead, a complex populist alliance of workers organizations and middle classes, led the way. Among them, the ERC a republican party recently constituted from a myriad of previous groups and parties became the central force in republican Catalonia and fuelled the idea of intermixing a social reform while reinforcing the Catalan autonomous government. Remarkably, even the powerful force of Catalan anarchism (CNT) participated in some sense with the republican experiment, although they launched some upheavals in the industrial and mining northern districts of Catalonia in 1933 and an impressive "revolution" once the republican regime devolved into civil war, from 1936 to 1939. All this ended abruptly with the victory of General Franco and his subsequent dictatorial regime.<sup>14</sup> Needless to say, this second dictatorship, lasting forty years, completely transformed the state of things which had developed during the first third of the century.

During the crucial moments of inception and formulation of nationalism at the beginning of the century, Enric Prat de la Riba, served as the movement's principle theorist. This young lawyer of rural origins and strong catholic convictions was an avid reader of the conservative European tradition, from Taine, Le Bon and Maurras as well as the imperial propaganda of Joseph Chamberlain and Teddy Roosevelt.<sup>15</sup> Digging in those readings and legacies from European right wing politics, and assuming the cultural and political Catalan tradition of nineteenth century within the Spanish liberal tradition, Prat de la Riba formulated an interpretation of Catalan history of lasting influence which was to be fully developed by nationalist historians of *grand élan* such as Raimon d'Abadal, Ferran Soldevila and Antoni Rovira i Virgili. In his "La Nacionalitat Catalana" (Barcelona, 1906), Prat de la Riba offered a complete and coherent interpretation of the past and present of Catalan society, a doctrine that served as the Bible of several generations of Catalan nationalists in the twentieth century, even of many intellectuals not necessarily in the main stream of conservative nationalism. Two central ideas formed the baseline of Prat's analysis. First, he stated that the presence of a discrete territory – in addition to history – was decisive in configuring collective identity and a sense of belonging. This idea, in line with Treitschke or the French school of geography and the chain that tights community to the condi-

---

<sup>13</sup> JOSEP M. ROIG I ROSSICH: La Dictadura de Primo de Rivera a Catalunya. Un assaig de repressió cultural, Barcelona 1992.

<sup>14</sup> The devastating effects of the Franco's victory over the old nationalist party in BORJA DE RIQUER: L'últim cambó (1936-1947). La dreta catalanista davant la guerra civil i el franquisme, Vic 1996.

<sup>15</sup> JORDI SOLÉ TURA: Catalanisme i revolució burgesa, Barcelona 1967.

tionings of geography, allowed Prat de la Riba to assume one of the basic ideas of what was called the Catalan Renaissance of the nineteenth century. Transcending the common bourgeois fear of city life and the masses, the bourgeois tradition of nineteenth century Catalonia developed the idea of two countries. On one hand, the industrial cities and their hinterland, full of corruption and danger, the second, the Catalan countryside or *la muntanya* (literally “the mountain”) an useful metaphor that reproduced easily the most obvious features of Catalan geography and rural constitution.<sup>16</sup> The two leading characters of the Catalan literary movement in the last quarter of nineteenth century, the priest Jacint Vedaguer and the playwright Àngel Guimera, both played at full with this *structure of feelings*, to use Raymond Williams’s concept. It is worth noting, however, that that elemental metaphor had already had some decades of development. It had been one of the intellectual devices in the hands of the liberal bourgeoisie in the mid-nineteenth century when, as it will be seen later, the disruptive effects of the liberal revolution (1835-1843) and the industrial revolution forced it to put into motion a strong sense of permanence and tradition. Prat de la Riba, a profoundly religious man as we have already pointed out, used this idea to outline, paradoxically from the Catholic wing of nationalism, a strong influence on the movement but one which had to respect its genuinely liberal ideological baseline.<sup>17</sup> These contradictions within the nationalist movement were the result of its plural social basis. In a way, the nationalist party, the Lliga Regionalista, was the amalgamation of both, the rural and traditional ruling classes (including some influential sectors of the Church) resentful of the political changes brought about by the Liberal state and the aims of the new Catalan ruling classes led by the industrial bourgeoisie.<sup>18</sup> Therefore, it is impossible to depict the nationalist movement as a traditional and conservative or as a modernizing force as it had had those two sides from the very beginning. The second idea of Prat de la Riba consisted in clearly establishing an essentialist version of the past, capable of changing present perceptions and actions. In short, Prat de la Riba held the following to be true: that Catalonia was a “nation”; that this constituted the central political assumption; and that the “state”, that is to say, Spain, was secondary. This “truth” became disseminated by Prat and his generation throughout Catalan society with lasting and peculiar consequences over the Catalan mind of the twentieth century, as we shall see later, although the distinction between state and nation had already been thoroughly discussed by proto-nationalist nucleus as

---

<sup>16</sup> JOSEP M. FRADERA: “Rural Traditionalism and Conservative Nationalism, 1865-1900”, in: *Family, Class and Nation in Catalonia*, ed. by JOSEP R. LLOBERA (*Critique of Anthropology* 10 (1990), 2-3), pp. 51-73.

<sup>17</sup> M. REMISA: *Els orígens del catalanisme conservador i “la Veu del Montserrat”* (1878-1902), Vic 1985. And DAVID IVERNON PEREZ: *A la decouverte du mouvement nationaliste catalan: La Veu del Montserrat, 1878-1891*, Paris 2001.

<sup>18</sup> On the political organization of the catalan nationalist movement, BORJA DE RIQUER: *La burgesia catalana i el nacionalisme, 1898-1904*, Barcelona 1977; and ISIDRE MOLAS BATLLORI: *Lliga Catalana. Un estudi d’estasiologia*, Barcelona 1972.

from the 1880s.<sup>19</sup> They used to emphasize the natural and permanent essence of the latter and the artificial and oppressive character of the state.

Prat's theories, articulated between 1898 and 1904-1904, had a strong influence on historiography.<sup>20</sup> A close reading of his articles and of *La Nacionalitat Catalana* would easily show that his historical vision linked two different elements: a) the common idea in every nationalist that his nation had centennial foundations, almost fused with a mythological past rooted in early medieval Catalonia; b) from the other side, an idea of the recent past far removed from genuine politics. This abstraction pervaded the idea of a eighteenth century, when Catalonia was drastically embedded within the Peninsular and Imperial impulse, and of the nineteenth century, the time when the Catalans were voluntarily bound to the making of the Liberal state, were thought inimical to the Catalan identity and national consciousness. In this way, the disclosure of Catalan nationalism at the turn of the century became a kind of being, a reborn society that finally identified itself. Summing up, the historical process became all but unnecessary to that estate of things of a nation that recast itself in a nationalist project aspiring to its plenitude. The sixteenth and seventeenth centuries required a different gloss due to the fact that a Catalan state formally existed, as I pointed out before, within the institutional network of the composite Monarchy designed by the Habsburg.<sup>21</sup> From the idealistic perspective borrowed from the current ideas of the legal tradition – reinforced at the end of the nineteenth century when Catalan lawyers resisted the centralizing Spanish civil code – the old, pre-Bourbonic institutions emanated from and, indeed, incarnated the existence of the Country. Yet, the paradox of this schema derived from the fact that the nationalism of Prat de la Riba was not a by-product of that old constitutionalist tradition or system of public law abruptly interrupted at the outset of the eighteenth century with the Bourbon ascendance to the Spanish throne. Nor was it a manifestation of a reborn Catalan spirit. On the contrary, it was none other than the result and the radicalization of political and cultural projects inherited from previous decades, which had in turn originated within the context of nineteenth century Spanish liberal politics.<sup>22</sup>

The Spanish absolute monarchy ended in crisis following the Napoleonic invasion and the loss of the lion's share of the American empire during the first two decades of the nineteenth century.<sup>23</sup> It was an early crisis of the structures of the Old Regime, exacerbated by the enormous dimensions of the Monarchy's colonial territories. It is

---

<sup>19</sup> J.A. GONZÁLEZ CASANOVA: *Federalismo y Autonomía*, Barcelona 1974.

<sup>20</sup> There are two volumes already printed of ENRIC PRAT DE LA RIBA: *Complete Works*, ed. by ALBERT BALCELLS and JOSEP M. AINAUD DE LASARTE, Barcelona 1998-2000, covering the period 1887-1905.

<sup>21</sup> VÍCTOR FERRO: *El dret públic català. Les institucions a Catalunya fins al Decret de Nova Planta*, Vic 1987.

<sup>22</sup> STEPHEN H. JACOBSON: *Professionalism, Corporatism and Catalanism: The Legal Profession in Nineteenth-Century Barcelona*, Medford, Ma., doctoral dissertation at Tufts University, 1998.

<sup>23</sup> JOSEP FONTANA: *La quiebra de la Monarquía absoluta (1814-1820). La crisis del Antiguo régimen en España*, Barcelona 1971.

worth noting that the failure of the Spanish Empire happened well before any genuine open manifestation of a Spanish national project. It is a paradox that even in quite marginal contexts of the American Empire, such as Venezuela or Río de la Plata (Buenos Aires), there was an imprecise but effective idea of making a national (or supranational) estate, that had a strong disruptive effect upon the crumbling consent and solidarities of an Empire built in the second half of sixteenth century. Looking with admiration, and some fear to the young, republic of North America, all the Spanish possessions, with the exception of the insular colonies of Cuba, Puerto Rico and the Philippines, followed a similar path of building new nations from 1810 to 1824.<sup>24</sup> The first national Spanish project came into being from that crisis, but it is important to point out that it included the enormous territory of the overseas possessions.<sup>25</sup> Only the misunderstandings among liberals from both sides of the Atlantic Ocean fuelled the crisis of the core territories of the Empire (Mexico and Peru) and forced them into secession.<sup>26</sup> At that point, the precocious replacement of the monarchical institutions in exchange for those of liberalism was directly caused by the events of the late eighteenth and early nineteenth century revolutions in the Atlantic world. Since then, the Spanish nationalist project relied on many institutions associated with the enlightened absolutism, such as the Royal Academy of Language or the Royal Academy of History, to name but a few, that they were infused with the mission of defining a national character and identity. Even the Monarchy and the Church were forced to become national institutions. As it is well known, both of them split out during the first half of the Century between a liberal-oriented and a counter-revolutionary wing. Even more, the national project was based on the structural reforms of state or promoted by the state, particularly with regards to the military and public finances, which helped to integrate the Peninsula as a new political entity and an economic integrated space. Notwithstanding, it should be noted that this tendencies were interfered by the imperial perspective and the economic monopolies and lobbying activities that had developed all along the imperial connections in Madrid, Cadiz and the powerful merchant Diaspora in the major peninsular and American cities. From these realities emerges a complex and rather ambiguous picture of the Spanish history of eighteenth century: some factors favored national integration and consensus around the state and the Bourbon dynasty; others kept alive the local and regional diversity that had defined through centuries the Old Regime. The exploitation of the colonial possessions was perhaps one of the main sources of cohesion among those of the most advanced economic regions of the Peninsula, such as the Basque Country, Asturias, West Andalusia and Catalonia.<sup>27</sup> But this factor shows how these tendencies endorsed more the

---

<sup>24</sup> Some of these topics in my *Gobernar Colonias*, Barcelona 1998.

<sup>25</sup> LEANDRO PRADOS DE LA ESCOSURA: *De Imperio a nación. Crecimiento y atraso económico en España (1780-1930)*, Madrid 1988.

<sup>26</sup> JAIME RODRIGUEZ: *The Independence of Mexico and the Creation of a New Nation*, Los Angeles 1989.

<sup>27</sup> JOSEP FONTANA et al.: *El comercio libre entre España y América latina, 1765-1824*, Madrid 1987.

imperial *ethos* than the national perspective, a feature of the Spanish development of the eighteenth century that helps to explain the recalcitrant temptatives to get over the lost sections of the Empire by the Absolute Monarchy from 1818 up to the thirties. Only with the final ascension to the state by the liberals before 1835 the Spanish government accepted to deal with the former colonies. In conclusion: it should be stressed that the absolutist Monarchy did not evolve into a liberal state by means of a process of reform and transaction between the old ruling class and the emerging bourgeois stratum. On the contrary, the political transition was actually realized within a context of enormous violence that commenced at the outset of the nineteenth century and did not end until the mid of the 1840's. This revolutionary process took place on three different stages. First, the replacement of all forms of transactional policies associated with the Old Regime and reforms from above, including moderate "Whigh" proposals to remodel and widen Monarchical institutions by using traditionalist patterns at the beginning of nineteenth century, during the war against the French invader.<sup>28</sup> Second, a civil war between absolutists and liberals, taking place in chiefly two phases, from 1822-1823 and 1833-1840, but also including further periods of violence in 1844-1845 and 1869-1875. And, finally, a bitter confrontation between adverse liberal factions, that, among other things, shaped the main features of the political model conveyed but the winning conservative faction (called the "moderados" or moderates) of liberalism, since 1845. The residue of those distinct aspects of overall conflict was the final implantation of liberalism in Spain which featured, as one of its components, the outlining of a Spanish national project.<sup>29</sup>

It is important to keep all of this in mind if we want to focus our attention in one of the historical Spanish territories, such as Catalonia. In fact, Catalans played the leading role among the protagonists within this process. Having been a peripheral region compared with the Castilian core of the Spanish state, the agrarian and commercial impulse of the Eighteenth century – the period when the old equilibrium between centre and periphery broke down – and the industrial development since the beginning of the nineteenth century endowed its new ruling classes, its middle and laboring classes, with an extraordinary maturity and self-consciousness.<sup>30</sup> They mobilized under the liberal banner and participated actively in spreading liberal dogma and ideas, turning Barcelona into one – if not the main – stage of political conflicts affecting all of Spain. This was particularly evident during the revolutionary years of 1835, 1837, 1840, 1842-1842, a critical moment in Barcelona and several Catalan cities. The 1835, 1837 and 1842-1843 uprisings in Barcelona – the *bullangues* as they were called or popular uprisings with political objectives – pointed out the distinct phases of the Liberal Revolution at Spanish scale. Since that period, it was perfectly clear for

---

<sup>28</sup> M. MORENO ALONSO: *La generación española de 1808*, Madrid 1988.

<sup>29</sup> The shaping of the liberal idea of the nation in the nineteenth century in JOSÉ ALVAREZ JUNCO: *Mater Dolorosa. La idea de España en el siglo XIX*, Madrid 2001.

<sup>30</sup> The best book about the economic differences between the Catalan region and Spain is still PIERRE VILAR: *La Catalunya dins l'Espanya Moderna. Recerques sobre els fonaments econòmics de les estructures nacionals*, Barcelona 1964, 4 vols.

all the observers and political journalists and writers that Catalan society played a major role in the political events that led to the emergence of the Spanish liberal estate and politics, side by side with the capital, Madrid, and the major cities of the country. When the political change was well into play in the middle decades of the century, Catalan society continued to experience extremely high levels of violence. Harsh political and social urban conflicts that included *Luddism* and an extremely strike-prone trade-unionist movement in the major cities intermixed with and extremely acute conflict among different factions of the liberal movement, including an strong republicanism and pre-Marxist socialism that mirrored the French experiences of the post-revolutionary period and 1848-1849.<sup>31</sup> The development of the factory system with the well known effects of undermining the artisan tradition and its heavy weight in municipal affairs since medieval and early modern times underwent this process of modernization of the Catalan social structures. The stabilization of liberal and bourgeois society was not without a critical confrontation inside and outside factories.<sup>32</sup> Open conflicts and violence broke off in 1842-1843, 1854-1855 – with a new moment of *luddism* and the first general strike held out in Spain – all of them usually ending in pitiless episodes of repression and violence from above.<sup>33</sup> These critical industrial relations were matched by an equally threatening Carlist counter-revolutionary insurgency and peasant unrest that spread in several parts of the Catalan countryside.<sup>34</sup> This intermixing of many levels of violence and political and social conflict is probably one of the main features of the Catalan society of the mid nineteenth century and constituted its most obvious peculiarity compared with other Spanish or European regions.

The violent and conflictive atmosphere of this crucial period of the Liberal Revolution laid the foundations of the new political, social and cultural structures of the modern and industrial society of nineteenth century Catalonia, but it did in a quite contradictory way. On the one hand, Catalans constituted a very important part of the Spanish liberal world, and, as such, they assumed the task of forging a new and common fatherland, an imagined space in which to articulate the ideals and the duties of the new citizen.<sup>35</sup> Moreover, the brand new Spanish liberal nation was the most obvious political device in order to reverse the worst consequences of the War of Success-

---

<sup>31</sup> The first stages of unions activity are traced in GENÍS BARNOSELL: *Orígens del sindicalisme català*, Vic 1999.

<sup>32</sup> GARY WRAY MCDONOGH: *Good Families of Barcelona. A social History of Power in the Industrial Era*, Princeton 1986.

<sup>33</sup> ALBERT GARCÍA BALANYÀ: *La fabricació de la fàbrica. Treball i política a la Catalunya cotonera*, Barcelona 2001 (forthcoming). See also, JOSEP BENET, CASIMIR MARTÍ: *Barcelona a mitjan segle XIX. El moviment obrer durant el Bieni Progressista (1854-1856)*, Barcelona 1976, 2 vols.

<sup>34</sup> About the peasant unrest, it is worth to consult, PERE ANGUERA: *El carlisme*, Barcelona 1999; and JORDI CANAL: *El carlismo*, Madrid 2000. See also, JOSEP FRADERA, JESUS MILLÁN, RAMON GARRABOU: *Carlisme i moviments absolutistes*, Vic 1990.

<sup>35</sup> ANNA M. GARCÍA ROVIRA: *La revolució liberal a España i les classes populars (1832-1835)*, Vic 1989.

sion that put an end to any idea of a particular political tradition. The idea of an equal and ahistorical nation, removed from the heavy Castilian legacy, served to liberate Catalan energies and bound Catalan liberals to this new all-encompassing national project from the very beginning. It should be recalled, that the reading of the past by liberalism in Catalonia shared many features with the common Spanish one. In short: the romantic idea of a golden age of freedom undermined by the kings and dynasties of modern period. Whereas the liberals of the Castilian core of the Monarchy emphasized the worst side of the Habsburg dynasty; the Catalans did the same with the Bourbons instead, setting up an obvious nexus between past and present.

Catalan liberal culture and perception were by no means more complex and nuanced. The political elite developed a response to the perceived risks inherent in the new order.<sup>36</sup> Very early and with strong accents, intellectuals and artists developed, quite successfully, a culture embedded in historicist and ruralist values of continuity, tradition and Christian values.<sup>37</sup> This idea of society was also pervaded with a complex and contradictory anti-industrialist vision of society, quite common in mid nineteenth century European culture but that made a strong contrast with the real nature of Catalan society. Catalan language became pretty soon a piece of that historicist vision.<sup>38</sup> The manipulation of Catalan language – at this time widely spoken but within a definite diglossic situation – led to carefully selective uses such as poetry, history and religious matters. In short, it served only as a way to express and control the making of that cultural vision, one in which Catalan society had to be quite the contrary of what it was. The linguistic and cultural revival, named later on as *Renaixença* (renaissance) led, then, to a very peculiar culture that never tried to compete with modern scientific or leisure culture.<sup>39</sup> The wide cultural market peculiar of a strong urbanized and industrialized society had to import (or translate) from France or the rest of Spain and its capital Madrid the common bourgeois culture. Beside this limited range, the importance of that culture was related to its capacity to emphasize Catalan peculiarity within the general liberal culture and the uniqueness of Catalan regional politics within the homogenous Spanish liberal framework. But, it never denied the shared roots with the Spanish patriotism and the national idea.<sup>40</sup> So far, it is important to stress that the idea of common culture was also supported by the understatement of an

---

<sup>36</sup> Many of these questions can be found in BORJA DE RIQUER: *Identitats contemporànies: Catalunya i Espanya*, Vic 2000.

<sup>37</sup> I fully developed this point in: *Cultura nacional en una societat dividida. Patriotisme y cultura a Catalunya, 1838-1868*, Barcelona 1992.

<sup>38</sup> The question of language has been approached by PERE ANGUERA: *El català del segle XIX. De llengua del poble a llengua nacional*, Barcelona 1997; and JOAN-LLUÍS MARFANY: *La llengua maltractada*, Barcelona 2001.

<sup>39</sup> It can be useful to consult the exhaustive biography of one of the leading intellectual of the *Renaixença* movement, the literary critic Manuel Milà i Fontanals, by MANUEL JORBA: *Manuel Milà en la seva època*, Barcelona 1984.

<sup>40</sup> I have developed the idea of shared patriotic values, Spanish and Catalan, in: *La política liberal y el descubrimiento de una identidad distintiva de Cataluña (1835-1865)*, *Hispania*, LX/2, 205, 2000, pp. 673-702.

economic division of labor within the home market which allowed the industrial Catalan economy to preserve an exceptional and crucial role.<sup>41</sup>

Taking into account all of those complexities, our key task then is to understand how – contrary to the traditional interpretation and all-encompassing schema produced by Prat de la Riba and his nationalist followers – this culture was not the expression of a spirit of the people that rose up against the state and the general Spanish liberalism. Although this “particularist” – both, politically and culturally – movement had complex origins, yet it clearly inscribed itself within what I have defined as the “culture of double patriotism”.<sup>42</sup> As such, without attempting to separate itself from a shared Spanish patriotism, it served to legitimize the power of local elites while also producing very profound consequences with respect to the formation of a collective identity and a particular regional culture. As it was widely expressed by politicians and intellectuals from the Catalan liberal establishment: “España es la nación, Cataluña la patria” (literally translated: “Spain is the nation, Catalonia the fatherland”). Catalans actively participated in the making of liberal Spain and were also able to manipulate the meanings of a shared Spanish liberal patriotism: the idea of a general space for the exercise of citizenship and a set of a shared common cultural values and sense of history. Any of these factors obliterated a spread consciousness and pride rooted in a specific past and reinforced by the historicist bias that was raised by the dramatic circumstances underwent by the liberal revolution and the fast process of mechanization of the leading textile industry, as we have seen before.<sup>43</sup> For all of these reasons, those middle-class sectors most sensitive to liberal reformism and less anxious about the possible consequences of regional class conflicts, were more open to the Spanish liberal culture and as a result sometimes quite reluctant to the nostalgic and paranoiac features of the Catalan *Renixença*, with its anti-modernists and anti-industrialists values as well as its catholic and conservative derivations.<sup>44</sup> With less introspection in identity metaphors, popular, artisan and working classes participated in the creation of a general patriotic vision of Spain, since it was within this political space that they could establish strategies of reform or democratic revolution look for allies or even achieve goals for the liberal politics and the State. In spite of these general distinctions, patrician and radical Catalan liberalism shared and interchanged many forms of cultural and political ways of defining both Catalan and Spanish patriotism.<sup>45</sup> To sum up: it seems a rather convenient and uncontroversial proposition to

---

<sup>41</sup> For the Catalan economy within the Spanish home market, see JORDI NADAL: *El fracaso de la Revolución industrial en España, 1814-1913*, Barcelona 1973.

<sup>42</sup> See, *Cultura nacional en una societat dividida* (as footnote 37), pp. 108-126.

<sup>43</sup> The best analysis of all this process in JOSEP FONTANA: *La fi de l'Antic Règim i la industrialització, 1787-1868*, Barcelona 1988.

<sup>44</sup> About religious feelings in mid-nineteenth Century Catalonia, see my Jaume Balmes. *Els fonaments racionals d'una política catòlica*, Vic 1995.

<sup>45</sup> The best account of political cultures in Catalonia from the turn of the centuries to the Civil War, is ENRIC UCCELAY DA CAL: *La Catalunya populista. Imatge, cultura i política en l'etapa republicana (1931-1939)*, Barcelona 1987.

simply state that Catalan politics from the building of the Spanish liberal state until the civil war of 1936 to 1939, were devised as variations on the culture of “double patriotism”.

Within this scheme that we can contrast to that built up by the intellectuals and historians of the nationalist movement, the main problem, then, is how to account for the meaning of the nationalist disclosure at the turn of the century. It is hard to accept the argument that the emergence of Catalan nationalism from the ashes of the Spanish defeat in the hands of the United States in 1898, suggested a radical turn in Catalan (and secondly, in Spanish) history, or, to put it in a more essentialist rhetoric, a recovering of the primeval Catalan identity. It is more realistic to depict reality in terms of a regional continuity that, from that time to the present, included a strong and in some moments a massive nationalist movement. To establish such a controversial image goes against both the enthusiastic and all-pervasive nationalist vision and the main currents of social sciences that prefer to explain it in terms of either nationalist movements or regional analysis. In our particular case the point is how to deal with both the never ending tendencies of the Catalan society of playing a well defined role within Spanish political framework and the existence of a very strict and challenging nationalist movement since the last decade of nineteenth century. Within this scheme, full-blown nationalism of the fin-de-siècle generation, and the relative success of home rule, occupied a very precise space: it provided a focal point for the radicalization of rhetoric and politics, yet at the same time it consolidated regionalist political goals.<sup>46</sup> Arguably, this characterization is valid for the whole twentieth century as it is still true today. It is even possible to sustain this assertion even though we consider the critical periods of Primo de Rivera and Franco’s dictatorships of 1923-1930 and 1939-1975.

After an initial period of radicalization, when nationalism was equaled by his followers as a genuine anti-establishment movement, it followed the only logical possible path: that of Spanish politics. That is to say, nationalism produced a revolution in the Catalan self-perception and the political rhetoric while, simultaneously, reinforcing the tension within the region and the policies of the state. In fact, the nationalist program was very conscious of the narrow limits of political action. In this light, Catalan nationalism from the first decades of the twentieth century promoted less a general political reform, at state level, than a cultural reform of the Catalan society. Moreover, the home rule demands and policies of the Mancomunitat period (1911-1923) and the Second Republic were conceived mainly as a way of protecting the Catalan peculiarities within the Spanish cultural and political landscape, and not as a first step towards secession. Enric Prat de la Riba and Francesc Cambó, the leaders of the Lliga Catalana, developed very early on strategies in order to keep alive and even

---

<sup>46</sup> In some ways this idea was already present in ISIDRE MOLAS BATLLORI: *El sistema de partits polítics a Catalunya, 1931-1936*, Barcelona 1974.

reinforce the bonds with the state and the main political parties in Spain.<sup>47</sup> They envisaged two ways in which Catalan politics could be articulated within the body of Spanish general politics. On one hand, municipal and regionally based political power did not necessarily imply a radical reform of the general structure of the state. On the other, they defined a rather ambiguous project of Spanish imperialism, which they called “Iberian”, rather than Spanish, and which aimed more at recovering the prestige lost as a result of military defeat in the hands of the United States in 1898 than to any improbable territorial gains.<sup>48</sup> Those national (or stately defined) objectives put into play the same ideological artifacts of the most modern and advanced states with an special attention to those, like the United States, Britain and France, which integrated those elements within resolute imperial and expansionist policies. In the hands of a nationalist movement with strong middle classes bias this idea was less a program of foreign or territorial expansion (although it is worth noting that the idea was put into play during the bloody and costly colonial war in Morocco) than a means of shaping a proud and self-centered civic society while, at the same time, confronting the Spanish state at many levels.<sup>49</sup> If we put all these elements together we can suggest that the nationalist movement never really broke up with the deeper trends active from the mid-nineteenth century. Many of them were redefined by nationalist impulse or impact because nationalism pervaded Catalan society far beyond nationalist politics and proposals. Catalan mass culture for instance did not move away from the path of shared liberal or consuming oriented tendencies that defined its market culture since the Liberal revolution. Besides, the Catalan and Spanish universes melted into each other in a continuous interchange that found its expression in the republican mass culture of the thirties.

We can also take this analysis one step further: the rise and development of nationalism in the twentieth century did not imply the disappearance of other traditions of nineteenth century politics. Rather the opposite: the coming of mass politics, following the introduction of universal manhood suffrage in 1891, propelled nationalism towards mass politics, weakened the traditional oligarchic mainstream politics based on patron-customer bargaining, and forced the democratization of republican and labor parties and unions. It is important to point out that the time of nationalist disclosure was also when left parties with lower middle classes, working class and peasants constituencies grew up fast. These organizations did not accept the nationalist hegemony based on the idea of a Catalan destiny and a homogeneously bound society. In 1902 and 1909 serious class conflicts pointed out at this interplay between nationalist

---

<sup>47</sup> About Francesc Cambó, see BORJA DE RIQUER: Francesc Cambó: un regeneracionista desbordat per la política de masses, in: *Identitats contemporànies: Catalunya i Espanya*, Vic 2000, pp. 181-212.

<sup>48</sup> An authoritative work about post-war reactions in ENRIC UCCELAY DA CAL: *El imperio de los catalanistas*. Prat de la Riba, Cambó y d’Ors, promotores ideológicos de la conquista moral del Estado Español, Barcelona (forthcoming).

<sup>49</sup> JOAN C. ULLMAN: *La Setmana Tràgica*. Estudio sobre las causas socioeconómicas del anticlericalismo en España (1898-1912), Barcelona 1972.

and reformist political practices; as it happened, the subsequent decade that ended in the dramatic events that led off to the exhaustion of both nationalism and anarchism, created a situation that opened the door to the General Primo de Rivera's dictatorship. A very complex interaction, then, between social policies and nationalist imperatives was constantly at play, but one thing was clear: despite varying and alternating Spanish and Catalan nationalist appeals, Catalan society never fully subscribed to the nationalist imperatives. To be sure, in the years most identified with the rise of electoral and home rule nationalism, the social and cultural gulf between nationalists and non-nationalists was as wide as ever. As it was, Catalan social life during the first third of the twentieth century featured an intense and permanent regionalist strain within the state, while, at the same time, Catalan political parties established various alliances at "Spanish" level. Within this heterogeneous collage, "nationalism" strictly defined, constituted an important aspect but not the whole political or cultural reality. As such, it implied a decisive and distinctive collective identity with radical implications for the rest of Spain. Even more crucially: the force and programmatic potential of nationalism endowed Catalan politics with some rather peculiar connotations, which undoubtedly distinguished it from other regionalist movements on the Peninsula. However, accepting this obvious fact does not mean that we should downplay the plurality of social movement and cultural features in Catalonia and their inevitable interplay and influence on Spanish politics.

To develop this last point a little bit more, it seems to me that the theoretical framework that we use in studying cases like this proves rather inadequate. There are two distinct but quite obvious misunderstandings. First of all, we should move beyond a depiction of the rise of nationalism in Europe that is too condescending with the narratives of the building up of the nation both, by state nationalism or by regionally-based nationalist movements. According to this picture of the past and present, the nation is the proper object of analysis, the object (and subject) that determines how we should organize facts and perceptions. From this vision we are likely to see the rising of nationalism – with its obvious importance – in several stages from the most modest origins to its full development. This way of looking at the problem can be easily grasped in both, Marxist and modernizing sociological theories. It is even present in updated studies based on post-modern and post-colonial theories, even though they tend to emphasize the artificial, linguistic or modern character of nationalism as such. Secondly, it is obvious that the historian should not accept uncritically the nationalist claim of representing the whole of society or its historical process. Even worse, that nationalism determines the whole history of a society, marking as a crucial turning point the nationalist movement coming of age. In many cases, regional dynamics precede and develop *vis à vis* well established nationalist movements. With respect to France, Caroline Ford, Anne-Marie Thiesse and Jean-François Chanet have worked towards analyzing regionalist political culture.<sup>50</sup> With respect to Germany, the discus-

---

<sup>50</sup> CAROLINE FORD: *Creating the Nation in Provincial France. Religion and Political Identity in Brittany*, Princeton, N.J. 1993; ANNE-MARIE THIESSE: *Écrire la France. Le mouvement littéraire régionaliste de langue française entre la Belle Époque et la Libération*, Paris 1991;

sion on the meaning of a regional “Heimat” within the process of political unification of the country by Celia Applegate and A. Confino had thrown new light on the futility of looking at just one instance of forging national identity.<sup>51</sup> No historian or social scientist would deny the crucial role of the nation, national identity and modern citizenship associated with it, but we are a little bit more aware about how the process of nation building was constructed and how complex the interplay between national and regional identities and political stages can be.<sup>52</sup>

But, besides all these considerations, arising from a new and innovative corpora of works about the making of the nations seen from within and from below, we still do not have any explanatory framework to depict the kind of scenarios I have tried to outline. The problem presents itself in all the complexity: we do not know how to analyze a society which managed to play with two distinct national identities and cultures (including both two languages in their relation with culture/s) for two centuries. We do not know how to understand a society that acted for decades as a regional complex within the framework of the Spanish liberal politics, but, that from 1900 on, managed to put into play a strong and well defined nationalism. It is important to stress, in this respect, that the nationalist culture used to reject the very use of the term “regionalism”, both as a political device as well as a historical concept. But, it is quite obvious that the very existence of that nationalist pole in Catalan politics and culture became a key factor in the radicalisation of the whole regional complex and a factor of permanent dynamism in respect with the major political structures to which it was linked (Spanish state; European Community). As a result and as a sort of final conclusion, we do not have a well defined approach to the study of those cases in which nationalism did not generate or evolve toward secessionist tendencies, but, which while remaining permanently critical of a state political structure, was, nonetheless, capable of devising effective strategies to adapt itself to this context. Such was the experience of Catalan nationalism in the twentieth century. It is no surprise that those difficulties to fit in a general explanatory framework due to the combination of regionally-based and nationalist dynamics have been similarly reflected in both, Catalan or Spanish nationalist approaches. And both for the same reasons.

In conclusion, I have not been able to provide an exhaustive analysis of all cultural or political aspects of Catalan history in the nineteenth and twentieth centuries, including the interesting subject of language use or how the arrival of millions of immigrants from southern Spain in the fifties altered the sociological underpinnings of

---

ANNE-MARIE THIESSE: *Ils apprennaient la France. L'exaltation des régions dans le discours patriotique*, Paris 1997; JEAN-FRANÇOIS CHANET: *L'école républicaine et les petites patries*, Paris 1996.

<sup>51</sup> CELIA APPLGATE: *A Nation of Provincials. The German Heimat*, Berkeley, Ca. 1990; ALON CONFINO: *The Nation as a Local Metaphor. Württemberg, Imperial Germany, and National Memory, 1871-1918*, Chapel Hill, N.Ca. 1997.

<sup>52</sup> New approaches in this line can be traced in: *Regional and National Identities in Europe in the XIXth and XXth Centuries*, ed. by HEINZ-GERHARD HAUPT et al., The Hague 1998; also *Identities: Nations, Provinces and Regions, 1550-1900*, ed. by ISABEL BURDIÉL and JAMES CASEY, Norwich 1999.

Catalan society. Nonetheless, I have tried to demonstrate the general outline of twentieth century Catalan politics and identity, inherited from the nineteenth century and necessarily conditioned by such historical parameters. When all is said and done, nationalist discourse equated the “region” with the past, identifying it as a construct that came to an end with the awakening of nationalist consciousness. This schema constituted one of the real forces of nationalism, the key of its pervasive sense of history. But it should be read as a part of the nationalist program. This does not mean, however, that it should be read as an accurate description of reality, especially a reality as pluralistic and complex as I have previously described. In conclusion, if social scientific analysis of nationalism has treated, so far, the existence of nationalist historiography as a positive proof of veracity, it is perhaps time to re-establish a more nuanced sequence of ideas and identities more in line with the facts and more in tune with the plurality of political and cultural discourses and movements in history.

# The Construction of German Identity in Tirol, c. 1848-1945

von

Laurence Cole

## Introduction

Few scholars would dispute the productive nature (in terms of quantity, at least) of the past two decades for the study of national identity in Europe: to the range of theoretical works on nationalism can now be added a plethora of specialist studies, within which the dominant trends have been to investigate, firstly, the social and cultural process of “becoming national”, and secondly, the relationship between national and sub-national levels of identity, above all that of the “region”.<sup>1</sup> This body of research has inevitably shown a particular interest in state boundaries and border regions, as historians have attempted to deconstruct dominant, received narratives of national histories. Yet, it is interesting to note that some areas of Europe have proved more impervious to detailed research than others, with the case of Austria being a pertinent example.

While there has in fact been a surge of scholarly interest in Austrian national identity since the late 1980s,<sup>2</sup> research on the transitional cultural zone historically consti-

---

<sup>1</sup> Useful surveys of the literature are provided by DIETER LANGEWIESCHE: *Nation, Nationalismus, Nationalstaat: Forschungsstand und Forschungsperspektiven*, in: *Neue Politische Literatur* 40 (1995), pp. 190-236; HEINZ-GERHARD HAUPT, CHARLOTTE TACKE: *Die Kultur des Nationalen. Sozial- und kulturgeschichtliche Ansätze bei der Erforschung des europäischen Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert*, in: *Kulturgeschichte heute*, ed. by WOLFGANG HARDTWIG and HANS-ULRICH WEHLER, Göttingen 1996, pp. 255-283; ANTHONY D. SMITH: *Nationalism and Modernism*, London, New York 1998; CELIA APPEGATE: *A Europe of Regions: Reflections on the Historiography of Sub-national Places in Modern Times*, in: *American Historical Review* 104 (1999), pp. 1157-1182.

<sup>2</sup> See, among others KARL-DIETRICH ERDMANN: *Die Spur Österreichs in der deutschen Geschichte. Drei Staaten, zwei Nationen, ein Volk?*, Zürich 1979; *Volk, Land und Staat. Landesbewußtsein, Staatsidee und nationale Fragen in der Geschichte Österreichs*, ed. by ERICH ZÖLLNER, Wien 1984; JOHN W. BOYER: *Some Reflections on the Problem of Austria, Germany and Mitteleuropa*, in: *Central European History* 22 (1989), pp. 301-315; ERIKA WEINZIERL: *Österreichische Nation und österreichisches Nationalbewußtsein*, in: *Zeitgeschichte* 17 (1989), pp. 44-62; ANTON PELINKA: *Zur österreichischen Identität*, Wien 1990; GERALD STOURZH: *Vom Reich zur Republik. Studien zum Österreichbewußtsein im 20. Jahrhundert*, Wien 1990; AGNES BLÄNSDORF: *Staat-Nation-Volk: Österreich und Deutschland*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 42 (1991), pp. 767-774; HAR-

tuted by Austria remains problematical and uneven in its coverage. Of recent work on Austrian identity, for example, the vast majority is concerned with the post-1945 period, while only a handful of works have been willing to take a longer-term perspective.<sup>3</sup> The reasons for this situation are of course not hard to find, deriving as they do from the long problematic relationship between Germany and Austria and their destructive symbiosis in the first half of the 20<sup>th</sup> century. In terms of post-1945 historiography, this has led to a situation where questions of Austrian identity in the pre-1945 era and of “German identity” in Austria have been marginalized from different directions, because historians have – for understandable reasons – broken with, or suppressed, previous narrative traditions.

Though a dynastic-patriotic historiographical tradition did emerge in late-19<sup>th</sup> century Austria,<sup>4</sup> the majority of Austrian historians of German nationality had continued to work within a broadly “Greater German” tradition after 1866/71. In the inter-war period, with the Habsburg dynasty banished, Austrian historians formed a remarkably coherent chorus in calling for “*Anschluß*” with Germany and wrote their work from an increasingly “*völkisch*” perspective.<sup>5</sup> While numerous members of the “national camp” continued to teach and research in post-war Austria, and traces of their influence can in fact still be found in historians with residual links to that tradition,<sup>6</sup> mainstream Austrian historiography nevertheless sought to distance itself from the German past. Historians played a full part in helping to establish the ‘Austrian nation’ after 1945. At the same time, the historiographical separation between “Austrian” and “German” history has been confirmed by the basic pattern of historical writing in Germany. Having attempted to overcome the limits of the “*kleindeutsch*” tradition in

---

RY RITTER: Austria and the Struggle for German Identity, in: German Studies Review 15 (Special issue, Winter 1992), pp. 111-129.

<sup>3</sup> These are FRIEDRICH HEER: Der Kampf um die österreichische Identität, Wien 1981; ERNST BRUCKMÜLLER: Nation Österreich. Kulturelles Bewußtsein und gesellschaftlich-politische Prozesse, Wien 1996; Was heißt Österreich? Inhalt und Umfang des Österreichbegriffs vom 10. Jahrhundert bis heute, ed. by RICHARD PLASCHKA, Wien 1995.

<sup>4</sup> ERNST BRUCKMÜLLER: Die österreichische Revolution von 1848 und der Habsburgermythos des 19. Jahrhunderts, in: Bewegung im Reich der Immobilität. Revolutionen in der Habsburgermonarchie 1848-1849. Literarisch-publizistische Auseinandersetzungen, ed. by HUBERT LENGAUER and PRIMUS HEINZ KUCHER, Wien et al. 2001, pp. 1-33.

<sup>5</sup> HERBERT DACHS: Österreichische Geschichtswissenschaft und Anschluß, Wien, Salzburg 1974; GÜNTHER FELLNER: Die österreichische Geschichtswissenschaft vom Anschluß zum Wiederaufbau, in: Unterdrückung und Emanzipation. Festschrift Erika Weinzierl zum 60. Geburtstag, ed. by RUDOLF ARDELT et al., Wien, Salzburg 1985, pp. 321-339.

<sup>6</sup> Recent historians who emphasize the importance of placing Austrian history within a German context include FRITZ FELLNER: The Problem of the Austrian Nation after 1945, in: Journal of Modern History 60 (1988), pp. 264-289; LOTHAR HÖBELT: 1848: Österreich und die deutsche Revolution, Wien 1998.

the years 1918-45,<sup>7</sup> most German historians likewise renounced the “Greater German” framework in the period after the Second World War.

In the final analysis, it is impossible to imagine how things could have been otherwise, because the notion of “Greater Germany” had been so discredited for entirely obvious reasons. Indeed, this remains a delicate subject even today, for there is no doubt that – because of past connotations – historians attempting to “re-join” Austrian and German history run the risk of being labelled dangerous revisionists, at least if they come from either of the respective countries.<sup>8</sup> Presumably, this might explain why so few historians have been inspired to heed American historian James Sheehan’s call to investigate the history of German culture(s) outside, as well as inside, the German nation-state formed in 1871.<sup>9</sup> For, as Dieter Langewiesche has consistently argued, the long-standing “Borussification” of German history has survived remarkably intact, with all the teleology that has implied for state formation and national identity in Central Europe.<sup>10</sup> Although recent historians of Germany have been willing to deconstruct earlier national paradigms by focusing on regions (the “*Heimat*”) and the multiplicity of German “Fatherlands”, most are still wary of moving beyond the usual, defining parameters of the 1870-71 state.<sup>11</sup> While accepting that the subject will continue to retain potential political and ideological dangers, this should not prevent us from recognising the existence of a serious gap in our historical understanding of the national identity of German-speakers in Austria. Indeed, we are confronted with a somewhat paradoxical situation, to the effect that – as Robert Evans has pointed out – the national identity of the Germans in Austria remains poorly under-

---

<sup>7</sup> STANLEY SUVAL: Overcoming *Kleindeutschland*: the Politics of Historical Mythmaking in the Weimar Republic, in: Central European History 2 (1969), pp. 312-330.

<sup>8</sup> By contrast, it can be noted in passing that research into German populations living in (or expelled from) parts of East-Central or South-Eastern Europe has shown much greater continuity.

<sup>9</sup> JAMES J. SHEEHAN: What is German History? Reflections on the Role of the Nation in German History and Historiography, in: Journal of Modern History 53 (1981), pp. 1-23. An interesting exception, actually anticipating Sheehan, remains: PETER J. KATZENSTEIN: Disjoined Partners. Austria and Germany since 1815, Berkeley, Los Angeles 1976.

<sup>10</sup> DIETER LANGEWIESCHE: Deutschland und Österreich: Nationswerdung und Staatsbildung im 19. Jahrhundert, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 42 (1991), pp. 754-766; DERS.: Reich, Nation und Staat in der jüngeren deutschen Geschichte, in: Historische Zeitschrift 254 (1992), pp. 341-381; DERS.: Kulturelle Nationsbildung im Deutschland des 19. Jahrhunderts, in: Nation und Gesellschaft in Deutschland. Hans-Ulrich Wehler zum 65. Geburtstag, ed. by MANFRED HETTLING and PAUL NOLTE, München 1996, pp. 46-64.

<sup>11</sup> See, among others CELIA APPLIGATE: A Nation of Provincials. The German Idea of Heimat, Berkeley 1990; CHARLOTTE TACKE: Denkmal im sozialen Raum. Nationale Symbole in Deutschland und Frankreich im 19. Jahrhundert, Göttingen 1995; ALON CONFINO: The Nation as a Local Metaphor. Württemberg, Imperial Germany and National Memory, 1871-1918, Chapel Hill 1997; Sachsen im Kaiserreich. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Umbruch, ed. by SIMONA LÄSSIG and KARL HEINRICH POHL, Weimar et al. 1997; ABIGAIL GREEN: Fatherlands. State-building and Nationhood in Nineteenth-century Germany, Cambridge 2001.

stood and has scarcely received detailed examination,<sup>12</sup> despite the fact that the nationalities question has traditionally dominated (and to a considerable extent still does dominate) the historiography of the Habsburg Empire.

In taking Tirol as a case study for German identity in a border zone, this article offers a preliminary investigation into these wider problems. My aim is to provide an overview of identity formation among the province's German population by analysing the changing relationship between three levels of identity: first, the Austrian sphere, which essentially involved orientation towards the dynasty and / or the state; second, German identity, resulting from a process of ethnic differentiation against the region's Italian speakers, combined with a sense of national identification with the German cultural and political world; third, Tirolian identity, constituting a primary focus of loyalty, through which other levels of identity were articulated. By adopting this approach, it will be possible to question prevailing teleological paradigms associated with Austrian and German historiography at the state level, and further to challenge some of the traditional preconceptions of Austrian local history writing ("*Landesgeschichte*").<sup>13</sup> Rather than seeing the "*Land Tirol*" as a hermetically sealed, eternally existing entity, it is necessary to place the Tirolian case within a wider, comparative context. In other words, "regionalising" national historiography on the one hand brings with it the corollary of "nationalising" local history on the other hand – not of course "nationalising" in a directly political sense, but in terms of re-connecting the sub-national unit to wider trends as part of a comparative "regional history" ("*Regionalgeschichte*"). With respect to the substantial historiography on the South Tirol question, the approach taken here also implies viewing issues of identity and allegiance over a longer-term perspective than is often the case.<sup>14</sup> While it would be an exaggeration to say that South Tirol historiography treats 1918-19 purely as a kind of "Zero Hour" ("*Stunde Null*"), it is nevertheless true that the inter-war years need to be more fully embedded within what was actually a continual, fluid process of identity formation, renegotiation and conflict. Accordingly, this article will concentrate mainly on the period c. 1848-1914, before providing a brief synopsis of problems that occurred after 1918 and raising questions that still require a more profound exploration.

---

<sup>12</sup> ROBERT J.W. EVANS: Josephinism, "Austrianness" and the Revolution of 1848, in: *The Austrian Enlightenment and Its Aftermath*, ed. by RITCHIE ROBERTSON and EDWARD TIMMS, Edinburgh 1991, pp. 145-160.

<sup>13</sup> On this latter point, see MICHAEL GEHLER: "Regionale" Zeitgeschichte als "Geschichte überschaubarer Räume". Von Grenzen, Möglichkeiten und Fragen einer Forschungsrichtung, in: *Geschichte und Region / Storia e Regione* 1/2 (1992), pp. 85-120; REINHARD STAUBER: Regionalgeschichte versus Landesgeschichte? Entwicklung und Bewertung von Konzepten der Erforschung von "Geschichte in kleinen Räumen", in: *Geschichte und Region / Storia e Regione* 3 (1994), pp. 227-260; LAURENCE COLE: "Fern von Europa"? The Peculiarities of Tirolian Historiography, in: *Zeitgeschichte* 23 (1996), pp. 181-204.

<sup>14</sup> The most authoritative recent survey is ROLF STEININGER: *Südtirol im 20. Jahrhundert. Vom Leben und Überleben einer Minderheit*, Innsbruck, Wien 1997.

## Tirol: an Alpine border zone

Tirol, a Western Austrian province that had come under the sovereignty of the Habsburgs in 1363, was at the start of our period a multi-ethnic region, comprising Germans, Italians and Ladins. Straddling the Alps, the region has historically been a transition zone between the Italian and German cultural worlds, both a meeting point and a contested area. Though emerging most forcefully from the late 18<sup>th</sup> century onwards, public debate as to where precisely the border between the realms of “*Italia*” and “*Germania*” should be drawn is traceable at least to the early modern period, as Reinhard Stauber’s major new study indicates.<sup>15</sup> Where travellers and intellectuals speculated, formal political arrangements firmly located the region within the boundaries of the Holy Roman Empire of the German Nation, to which all the three main territorial entities emerging from the medieval period belonged: the Princely County of Tirol and the two Prince-Bishoprics of Trento and Brixen. Though allied to Tirol for economic, fiscal and local defence purposes since the early sixteenth century, Brixen and Trento retained their sovereign status until 1803, when the Empire’s ecclesiastical territories were secularised. This created for the first time a unified political territory, and established the provincial boundaries that were to last down till 1918. This newly cohesive province of Tirol still left the Germans (around 55-57% throughout the nineteenth century) in a clear majority over the Italians (42-44%) and Ladins (approximately 1%), with the two main language groups occupying fairly homogeneous areas of settlement above and below the line of the Salurn gorge.

In analysing over the long term the process of identity formation among German-Tirolians, it is necessary to appreciate at the outset developments in the decades around 1800, for they helped establish two enduring fault-lines that were to endure throughout the modern period. Firstly, reforms by the enlightened Habsburg state under Maria Theresia and Joseph II, which seriously curbed Tirol’s vestiges of autonomy, confirmed the existence of a fundamental tension between the province and the centralising state.<sup>16</sup> Tirolian suspicion of Viennese centralism, as forcefully articulated at the 1790 Tirolian Diet, remained a powerful source from which expressions of regional identity could draw, above all in periods when the political interests of the Austrian government clashed with those of the provincial elites. Secondly, administrative reforms aimed at integration and state modernisation also provoked a response from the Italian-speaking part of Tirol, which called for greater autonomy from the regional capital of Innsbruck and equal rights within estates organisations.<sup>17</sup> Rejecting the power claims of the Austrian state, intellectuals in Italian Tirol came to argue dur-

---

<sup>15</sup> REINHARD STAUBER: *Der Zentralstaat an seinen Grenzen. Administrative Integration, Herrschaftswechsel und politische Kultur im südlichen Alpenraum 1750-1820*, Göttingen 2001.

<sup>16</sup> HELMUT REINALTER: *Aufklärung-Absolutismus-Reaktion. Die Geschichte Tirols in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts*, Wien 1974.

<sup>17</sup> STAUBER: *Der Zentralstaat an seinen Grenzen* (as footnote 15); MIRIAM J. LEVY: *Governance and Grievance. Habsburg Policy and Italian Tyrol in the Eighteenth Century*, West Lafayette 1988.

ing the period 1780-1820 that, while being politically part of Tirol, their part of the region naturally belonged to Italy in terms of culture.<sup>18</sup> These cultural and political expressions of Italian sentiment crystallised around a new term, “Trentino”, which became established as the preferred means for Italian inhabitants of Tirol to refer to their “sub-region”.<sup>19</sup>

In summary, the accelerated process of state modernisation stimulated an intensified public discourse as to what Tirol was, and what it meant for its respective ethnic groups. For German Tirolians, this involved a heightened awareness of their “*Vaterland*” or, as it was now sometimes termed, their “*Nation*” of Tirol, which implied both an assertion of political autonomy against the central state and a maintenance of Germans’ privileged position vis-à-vis the Italian minority. An extra dimension to this increased sense of being “Tirolian” was then added by the French Revolutionary and Napoleonic Wars, as the fight against foreign invasion in the late 1790s to early 1800s and then the famous rebellion in 1809 against French-backed Bavarian occupation mobilised large sections of the population. Strong anti-French feeling heightened a sense of German ethnic identity, revived a feeling of belonging to the political world of the Empire and sharing the fate of “*Germania*”,<sup>20</sup> and further led to a degree of reconciliation with the Austrian state.<sup>21</sup>

As elsewhere in Central Europe, the intense period of change in the period 1780-1815 helped set the terms for the debate accompanying Tirol’s integration into modern social, economic and political conditions. On the one hand, conflict between centre and periphery within the centralising Austrian state promoted the idea of Tirol as a distinct, (semi-) autonomous territory, though without allegiance to the Habsburg dynasty ever being questioned. On the other hand, as the process of state-building gathered pace in Germany and Italy after 1815, Tirol found itself at the intersection of two emerging national movements, both of which found adherents within the region and laid claims to all or parts of its territory. In short, this meant for German-Tirolians that a discourse centred on the “*Land Tirol*”, “*Tiroler Vaterland*”, and later, “*Tiroler Heimat*”, became the means of trying to protect regional prerogatives from the encroachments of the state, of defending the territory from the threat of outside invasion, and of maintaining the political and administrative unity of a province chal-

---

<sup>18</sup> REINHARD STAUBER: „Natur“ und „Politik“. Aufklärung und nationales Denken im italienischen Tirol 1750-1820, in: *Europa im Umbruch 1750-1850*, ed. by DIETER ALBRECHT et al., München 1995, pp. 103-123.

<sup>19</sup> MAURO NEQUIRITO: Territorio e identità in un area di frontiera fra Otto e Novecento: il dibattito sul nome “Trentino”, in: *Geschichte und Region / Storia e Regione* 9 (2000), pp. 49-84.

<sup>20</sup> To give just one example, a celebratory song after the victories of 1797, “Das gerettete Tyrol”, by military field-doctor Alois Weissenbach proclaimed: “Was deinen Millionen nicht gelungen, / Germanien, das hat Tyrol errungen”. Cited after: *Tiroler Kriegslieder aus den Jahren 1796 und 1797*, ed. by JOSEPH EMMANUEL BAUER, Innsbruck 1896, pp. 124-131.

<sup>21</sup> For a more extensive discussion, see LAURENCE COLE: Nation, Anti-Enlightenment and Religious Revival in Austria: Tyrol in the 1790s, in: *The Historical Journal* 43 (2000), pp. 475-497.

lenged by Italian calls for autonomy or secession. For all these reasons, the “regional” discourse of Tirolian identity was filled with political and national meanings at wider levels. As Stuart Woolf has argued, it is here, in the socially and politically rooted processes of cultural construction, rather than merely in the supposed “differences” or “peculiarities” of “mountain peoples”, that the persistence of regional identity in Alpine areas on the peripheries of nation-states (such as the francophone Aosta valley in Italy) must be found.<sup>22</sup>

#### German identity in Tirol, 1860-1914

If we are to outline the salient developments in the formation of national and regional identities amongst the German-speaking population in Tirol in the period 1860-1914, our starting point must be that national identity is a discursive process that achieves its dynamism through the political and cultural competition between individuals and socio-economic groups, who contest the production of a dominant interpretation of nation and society. From this point of view, our particular concern must be to demonstrate how and why a hegemonic, catholic-conservative definition of German-Tirolian identity emerged in the second half of the 19th century. This can be done in two main ways: first, by distinguishing between “external” factors, such as geopolitical changes, which affected Tirol as a whole, and more “internal” factors, such as constitutional and political changes in the Austrian state, whose impact affected German-Tirolian society in different ways. With respect to this latter point, it is, second, then necessary to identify the two main competing versions of German-Tirolian identity that emerged during the nineteenth century: the catholic-conservative interpretation, supported by the main regional elites, including nobility, clergy and property-owning peasants; and a liberal-bourgeois version, whose main constituency was to be found in towns such as Innsbruck, Bozen and Meran, with a few important pockets of support in the Lower Inn valley and parts of the Puster valley.

It was in the period starting around 1860 that the combination of external developments and internal socio-political competition reached a decisive conjuncture in Tirol. Austrian defeat in the 1859 war with Piedmont and France helped set in motion a chain of events that led on the one hand to the formation of a united Kingdom of Italy in 1860-61, and on the other hand to a series of changes to the Austrian state structure, involving the dismantlement of neoabsolutism and the start of a period of constitutional experimentation through until 1867. Taken together, these changes had a profound, radical effect on the nature and extent of public discourse on national identity

---

<sup>22</sup> STUART WOOLF: Introduzione, in: *Identità regionali nelle Alpi*, ed. by STUART WOOLF and AGOSTINO AMANTIA, *Protagonisti. Quadrimestrale di ricerca e attualità culturale dell'Istituto Storico Bellunese della Resistenza e dell'Età Contemporanea* 73 (1999), pp. 7-14.

and firmly entrenched the social and ethnic cleavages that had emerged in the “*Vormärz*” and then surfaced briefly, but dramatically, during the 1848-49 revolutions.<sup>23</sup>

Once Napoleon had been defeated and Tirol returned to the Habsburg dynasty in 1814, the Austrian state’s brusque policies of administrative centralisation had alienated much of the regional population. Despite Tirol having risen up against the Bavarians and French in the name of the Habsburgs, Austria in many ways treated the region like an occupied country in the post-1815 period. Emperor Franz I and Metternich were, for example, quick to repress any manifestations in favour of the “*Tiroler Nation*”, and were especially anxious about the possible symbolic use of the “martyred” leader of the uprising, Andreas Hofer, who had been executed by the French in 1810.<sup>24</sup> Criticism of government and social conditions came from three main directions, from the 1830s onwards. German-Tirolian Conservatives, influenced by Catholic romanticism, complained about Vienna’s truncation of the province’s traditional rights. German-Tirolian Liberals, drawing on the ideas of the wider German national movement, began to establish a common programme based on press and associative freedoms, some form of representative government and promotion of economic development. Lastly, in Italian-Tirol, a broad based national movement, comprising the patrician nobility, clergy, and commercial and professional bourgeoisies consolidated the idea of “Trentino” around an agenda of administrative separation from Innsbruck and equal political and language rights.

These basic divisions in Tirolian society then became politicised during the revolutions of 1848-49, as all groups sought to further their claims. Common to all parties was the demand for some kind of representative assembly at the provincial and state levels. Beyond that, opinions differed widely as to the actual forms and composition of these institutions. Within German-Tirol, the main dividing line between conservatives and liberals was formed by the issues of political representation, the position of the Church and the “German question”. Where liberals argued for greater bourgeois representation in the “*Landtag*”, conservatives remained basically in favour of the traditional system of representation by estates. Even more crucially, once the clergy’s initial welcoming of political change had turned lukewarm and the Catholic Church decisively rejected revolution, conservatives rallied in defence of Roman Catholicism’s monopoly position in Tirolian society.<sup>25</sup> German-Tirolian Catholics’ alienation from revolutionary, “anarchical” Vienna found a parallel in their reluctance to engage with the reform projects for the German Confederation. Liberals, by contrast, felt the pull of the German national moment and welcomed the possibility of closer ties with the rest of Germany as a means of rolling back conservative forces at home and reviving the moribund commercial trade. Yet, if this meant that German-Tirolian liberals displayed a greater sense of identification with plans for German unification that should not be taken to imply that their conserva-

---

<sup>23</sup> For a full discussion, see HANS HEISS, THOMAS GÖTZ: *Am Rand der Revolution. Tirol 1848/49*, Wien, Bozen 1998.

<sup>24</sup> LAURENCE COLE: “Für Gott, Kaiser und Vaterland”. *Nationale Identität der deutschsprachigen Bevölkerung Tirols 1860-1914*, Frankfurt am Main, New York 2000, pp. 235-246.

<sup>25</sup> GOTTFRIED MAYER: “Österreich als katholische Großmacht”. *Ein Traum zwischen Revolution und liberaler Ära*, Wien 1989.

tive counterparts were automatically “anti-national”. Even if they adhered to a rather old-fashioned, federalist view of the German Fatherland that had more to do with nostalgia for the Old Empire than an awareness of emerging social and economic forces, they nevertheless conducted a robust defence of “German interests” within Tirol. In the face of demands made by the national movement in Italian-Tirol for a loosening of ties to Innsbruck (either in the form of autonomy within Tirol, the formation of a separate crown land of “Trentino”, or union with the North Italian Habsburg Kingdom of Lombardy-Venetia), the German conservative “*Landtag*” majority upheld the province’s “historic unity”. A certain Dr. Staffler, leading member of the Catholic Constitutional Association, warned his compatriots: “Deutsche Brüder! Seid wachsam, es gilt des Vaterlandes Einheit. [...] Der Gesamtwille des deutschen tirolischen Volkes verdient und gebietet Achtung. Von der Weisheit und Gerechtigkeit der Minister erwarten wir, daß sie eine Landestrennung auch nur in Absicht auf die Verwaltung, [...] als höchst verderblich erkennen, und das Begehren der Welschtiroler, das augenscheinlich nur mit dem Ruine des deutschen Stammlandes gewährt werden könnte, auf das bestimmteste zurückweisen werden”<sup>26</sup>. Territorial particularism thus combined with a firm sense of Tirol as a “German land”.

As Hans Heiss and Thomas Götz have argued, the experience of 1848-49 constituted a vital phase for political and national mobilisation, despite there being no “revolution” as such in Tirol.<sup>27</sup> The period created organisational networks and forms of political behaviour that would form the basis for constitutional politics in the 1860s; it delineated social and ideological differences within German-Tirol; and it firmly established the concept of “Trentino” as a political and national idea in the minds of the Italian elites. Moreover, the uprisings in Lombardy-Venetia and the 1848-49 war against Piedmont served to sharpen further German-Tirolian national feeling against the province’s Italian minority, despite the fact that Garibaldi’s volunteers had found scant support among the latter.

If the revolutionary period had thus defined many of the parameters within which future political activity would take place, the decade beginning in 1859-60 amounted to an important turning point, because it witnessed such major geopolitical changes. After the war of 1859 and defeat against Prussia in 1866, Austrian territorial losses (Lombardy, Venetia), the formation of the united Kingdom of Italy, and Austrian exclusion from the new North German Confederation / German Empire, German-Tirolian consciousness of living on an ethnic borderline increased still further. This situation made the latter even less inclined to make concessions towards the autonomist demands put forward by the province’s Italian minority than had been the case in 1848, while for Italian-Tirolians, the events produced significant changes of perspective. Without question, the foundation of the Kingdom of Italy created a powerful new point of orientation for liberal politicians in Trentino, establishing a lasting fascination

---

<sup>26</sup> Volksblatt für Tirol und Vorarlberg, 5.10.1848.

<sup>27</sup> HEISS, GÖTZ: Am Rand der Revolution (as footnote 23).

with the new state and strengthening their disenchantment with Austrian rule.<sup>28</sup> It immediately encouraged them to put forward their autonomist demands with renewed vigour when the “*Landtag*” reconvened in 1861, which initiated a decades-long period of discussion and failed negotiations, accompanied by frequent boycotts of the Innsbruck assembly.<sup>29</sup> With the lack of a breakthrough on the autonomy question, and influenced by both Trentino’s economic downturn after the severance of Lombardy and the concentration of German power in the new Bismarckian Empire, the educated urban elites in towns such as Trento and Rovereto consistently felt a strong pull towards the south in social, economic and national terms, even if outright irredentism did not form the mainstream of cultural activities in the region.<sup>30</sup> At the same time, the events of the 1860s also led to a gradual polarisation of Trentine politics, as local Catholics displayed marked hostility to the anti-Church direction of the new, liberal Italian state, above all after its acquisition of Rome in 1870.<sup>31</sup> Ideological divisions thus produced marked fissures in the previously broad national movement, as the catholic, agrarian majority viewed Austria-Hungary with considerable sympathy, given that the latter was a state vowing to protect the Church, the more so after the liberal fall from Austrian government in 1879. By around 1890, the Italian-Tirolian autonomy movement had developed into distinct Italo-ophile and Austrophile tendencies, which differed primarily on the implications of their common pursuit of administrative separation from Innsbruck. The catholic Populist Party essentially viewed autonomy as the final goal, which would have represented a more or less final settlement within the multinational state, whereas national-liberals viewed the situation more openly, considering autonomy as a first step, potentially leading towards eventual secession. There is no space to go into the Italian-Tirolian situation in more detail, suffice it to say that, despite important differences of emphasis, the notion of the “*patria trentina*” meant that Italians from all sides increasingly viewed “Tirol” simply as that part of the province inhabited by German-speakers.<sup>32</sup>

For German-Tirolians, geopolitical changes thus brought about a more intense confrontation with the immediate “other”, as the Italian minority disputed the national and political meaning of Tirol. If this implied a continued defence of the “historic boundaries” of the province against what the conservative newspaper, the *Tiroler Volksblatt*, later aggressively referred to as “*irredentistische Kampfhähne*” in the “*Pseudo-Trentino*”<sup>33</sup>, the German question and constitutional change in the Habsburg Monarchy also

---

<sup>28</sup> THOMAS GÖTZ: *Città, Patria, Nazione. Geschichtskultur und liberales Milieu im Trentino 1840-1870*, in: *Geschichte und Region / Storia e Regione* 5 (1996), pp. 93-142.

<sup>29</sup> Full details in SERGIO BENVENUTI: *L’autonomia trentina al Landtag di Innsbruck e al Reichsrat di Vienna. Proposte e progetti 1848-1914*, Trento 1978.

<sup>30</sup> MARIA GARBARI: *Linguistica e toponomastica come difesa nazionale nella cultura trentina fra otto e novecento*, in: *Studi Trentini di Scienze Storiche* 63 (1984), S. 157-96.

<sup>31</sup> SERGIO BENVENUTI: *La chiesa trentina e la questione nazionale 1848-1918*, Trento 1987.

<sup>32</sup> MARIA GARBARI: *Il Trentino: piccola patria nella monarchia asburgica*, in: *Il luogo di cura nel tramonto della monarchia d’Asburgo: Arco alla fine dell’ottocento*, ed. by PAOLO PRODI and ADAM WANDRUSZKA, Bologna 1996, pp. 265-300.

<sup>33</sup> *Tiroler Volksblatt*, 1.9.1909.

raised the question as to what being Tirolian meant. In this respect, it is important to note that positions were defined above all according to the major issue for Tirolian politics in the second half of the nineteenth century, namely the relationship between Church, state and society. In brief, the Tirolian “*Kulturkampf*” began when, as part of constitutional reform, the Austrian government permitted the unrestricted practice of Protestant religions in 1861. Imbued with the spirit of missionary counter-reformatory Catholicism, the German conservative majority fought vigorously against the equalization of civil rights for non-Catholics, sought to prevent the foundation of Protestant parishes in Tirol, and argued for the maintenance of the Concordat that had been signed between Austria and the Papacy in 1855.<sup>34</sup> In 1876, however, the government decreed that there could no longer be any exceptions to the constitutional toleration of other religions and allowed the foundation of Protestant communities in Innsbruck and Meran. Although Vienna managed to force compliance in this regard, the question of control over the schools remained highly conflictual and was only finally resolved in 1892.

Given that the Catholic Church was the most powerful institution in Tirolian society, the start of the “*Kulturkampf*” placed the conservatives firmly on the defensive, and this was reinforced by simultaneous movement over the German question. The opportunities created by the liberalisation of Austrian government and the renewed debate over reform of the German Confederation provided the German-Tirolian liberals with the chance to mount a sustained challenge to the prevailing order.<sup>35</sup> In doing so, they articulated a vision of Tirol in which identification with the centralising Austrian state and participation in the national movement for greater unity in Germany were integrally linked elements in their programme of reform and modernisation. These ideas were articulated in a series of national festivals in the early 1860s, of which the most prominent was in 1863, the 500<sup>th</sup> anniversary celebration of Tirol’s union with the House of Habsburg.<sup>36</sup> On this occasion, liberals lavishly praised Emperor Franz Joseph as the man who had given Austria a constitution, while also hailing him as the renewer of Germany. To quote one of the invitations to a festivity held in January 1863: “Diesen Tag zu feiern, ist wohl ein Bedürfnis eines jeden tirolisch, – ja ich wage es im Hinblicke auf die Thaten unserer Väter zu sagen, – österreichisch fühlenden Herzens.”<sup>37</sup> Within this context, cultural and political identification with Germany represented an extension of Tirolian and Austrian patriotism, as one of the main organisers argued: “Tirol konnte und wollte bei seinem Hausfeste auch den allgemeineren Charakter, den ihm die Verbindung mit Deutschland und Oesterreich aufdrückt, nicht ablegen, sondern gerade als das erscheinen, was

---

<sup>34</sup> JOSEF FONTANA: *Der Kulturkampf in Tirol 1861-1892*, Bozen 1978; KARL VOCELKA: *Verfassung oder Konkordat? Der publizistische Kampf der österreichischen Liberalen um die Religionsgesetze des Jahres 1868*, Wien 1978.

<sup>35</sup> Extensive analysis is provided by THOMAS GÖTZ: *Bürgertum und Liberalismus in Tirol 1840-1873: Zwischen Stadt und “Region”, Staat und Nation*, Köln 2001.

<sup>36</sup> COLE: “Für Gott, Kaiser und Vaterland” (as footnote 24), S. 45-138.

<sup>37</sup> Stadtarchiv Innsbruck, 1862 Communalakten 1/6, Nr. 636 Stadtmagistrat Innsbruck, Einladung zur Betheiligung an dem am 26. Januar 1863 stattfindenden großen Fest-Ball.

es ist – als ein kaisertreues, österreichisches und deutsches Land.”<sup>38</sup> While the battlefield events of 1866 put an abrupt end to the possibility of closer integration into Germany, this in fact only led to a temporary sense of disorientation amongst German-Tirolian liberals, because their primary concern was to consolidate the constitutional gains of the early 1860s and to prevent their “feudalist” opponents from gaining a voice in government. As the leading liberal paper, the *Bozner Zeitung*, argued in the aftermath of Königgrätz: “Feudale und Föderalisten jubeln über Oesterreichs Austritt aus dem deutschen Bund. [...] Möge uns Zeit gegönnt sein, unser Staatswesen auf der Grundlage der Bildung und des gesunden Fortschritts zu ordnen, bevor neue Ereignisse hereinbrechen.”<sup>39</sup> In practice, therefore, the granting of a full constitution in 1867 refocused their attention more strongly still on the project of Austrian state-building under German liberal leadership.<sup>40</sup>

German conservatives initially reacted to the liberal ideological challenge and the changing geopolitics of the 1860s in very self-defensive fashion, claiming the supremacy of Tirolian provincial rights over Austrian state legislation and rejecting any closer involvement with Germany. Their narrow concentration on the “*Tiroler Vaterland*” was illustrated in their reaction to the liberal-organised 1863 festival. Conservatives stated that this should be a purely Tirolian occasion – “ein wahres freudenvolles Landesfest”<sup>41</sup> – devoid of wider connotations. From the mid-1860s onwards, however, the catholic-conservatives began to go on the counter-offensive and formulated a more coherent response to the national and ideological challenges facing them. They achieved this in three main ways, which together combined to mobilize the mass of the German-Tirolian population behind their cause. First, they strove to create a more organized form of Catholic politics, a move facilitated by their instrumentalization of the popular religious cult of the Sacred Heart of Jesus. Second, they encouraged a sense of local patriotism, which was embodied in the glorification of Andreas Hofer, leader of the 1809 uprising against the Bavarians and French. Major celebrations to commemorate the German-Tirolian national hero were held in 1893 and 1899. On the former occasion, Emperor Franz Joseph unveiled a statue of Hofer on the Berg Isel outside Innsbruck, scene of the most important battles during the uprising. In 1899, Franz Joseph assisted at the consecration of an “Andreas Hofer memorial chapel”, dedicated to the Sacred Heart and built near Hofer’s birth-place at St. Leonhard in southern Tirol. Furthermore, the centenary of the uprising formed the rationale behind the biggest provincial festival hitherto organised in Tirol, the 1909 “*Jahrhundertfeier*”. Where the cult of the Sacred Heart functioned as the ideological core of the catholic-conservative program, the mythified persona of Andreas Hofer acted as its symbolic figurehead. On all these occasions, conservatives presented Hofer

---

<sup>38</sup> TOBIAS WILDAUER: *Das Tiroler Landesfest 1863. Denkbuch der Feier der 500-jährigen Vereinigung Tirols mit Österreich*, Innsbruck 1864, pp. 17-18.

<sup>39</sup> *Bozner Zeitung*, 28.7.1866.

<sup>40</sup> GÖTZ: *Bürgertum und Liberalismus* (as footnote 35); PIETER M. JUDSON: *Exclusive Revolutionaries. Liberal Politics, Social Experience and National Identity in the Austrian Empire, 1848-1918*, Ann Arbor 1996, pp. 69-142.

<sup>41</sup> *Tiroler Stimmen*, 16.7.1863.

as the embodiment of Tirolian values: a martyr who had sacrificed his life for “*Gott, Kaiser und Vaterland*”. Third, the catholic-conservatives tried to stimulate stronger feelings of dynastic and “Austrian” loyalty through the distribution of subsidies to local militia companies (“*Schützenvereine*”). Working closely with the imperial ministry for local defence, the provincial administration oversaw a massive expansion in the numbers and activities of “*Schützen*” companies.<sup>42</sup>

From a purely regional perspective, the primary aim of the conservatives’ patriotic rhetoric was to assert their hegemonic position within German-Tirolian politics, while at the state level, their objectives were helped by a gradual reconciliation of interests with Vienna since a broad coalition of alpine conservatives and Slavic parties had taken over Austrian government in 1879. A good illustration of this trend is the changing emphasis within the conservative promotion of Andreas Hofer, whose invocation possessed strong anti-centralist overtones during the late 1860s and 1870s. By the 1890s, however, the discourse surrounding Hofer increasingly added an Austrian patriotic dimension, as Emperor Franz Joseph acknowledged in his speech at the unveiling ceremony in 1893: “Durch die Errichtung des Denkmals, [...] haben die Bewohner Tirols [...] eine Dankesschuld entrichtet an das Andenken jenes Mannes, der [...] keinen anderen Gefühlen als jenen treuester Liebe zu Kaiser und Vaterland gefolgt ist.”<sup>43</sup> If this led to a greater degree of “Austrification” of Tirolian identity than had been achieved hitherto (primarily in the form of an intensified focus on the ruling house), that did not mean a renunciation of a sense of being German, as a brief examination of the national component to the Sacred Heart cult suggests.

This quintessentially baroque cult had played a central role in the missionary triumph of the Counter-Reformation in Tirol in the seventeenth to eighteenth centuries, thanks to its sensual representation of the personal bond between the faithful and Christ the Redeemer. During the French Revolutionary Wars, the Tirolians had drawn on the cult as a source of spiritual and emotional sustenance when the land was under invasion from the “godless” French armies. With the local defences in a lamentable state, the Estates met in Bozen in June 1796 and officially declared a bond of alliance between Tirol and the Sacred Heart, which was called upon to protect the land and its people in times of danger.<sup>44</sup> Thereafter, the bond was solemnly renewed on occasions when Tirol was under threat from outside forces, such as during the 1809 uprising, and again in the war years 1848, 1859 and 1866. From the 1860s onwards, the German catholic-conservatives also began to use the Sacred Heart cult as an instrument for the political mobilization of the peasantry: previously a vital element in rallying the populace against the threat of military invasion, the patriotic rhetoric, symbols and ideological import of the Sacred Heart now served to defend Tirol from the “invasion” of liberal ideas and government legislation and acted as a focal point around which Catholic politics were organized from the mid-1860s onwards. In 1870, for ex-

---

<sup>42</sup> For an extensive analysis, see COLE: “Für Gott, Kaiser und Vaterland” (as footnote 24).

<sup>43</sup> JOSEPH EMMANUEL BAUER: *Innsbrucker Schützenwesen und Schützenfeste. Ein Beitrag zur Geschichte des tirolischen Schützenwesens*, Innsbruck 1903, pp. 187-188.

<sup>44</sup> COLE: *Nation, Anti-Enlightenment and Religious Revival in Austria* (as footnote 21).

ample, Prince-Bishop Vinzenz Gasser of Brixen formally renewed the bond with the Sacred Heart during a special ceremony in Bozen, which marked the first general meeting of the “Catholic-Conservative People’s Association for Bozen and District”.<sup>45</sup>

Alongside this ideological message, conservative use of the Sacred Heart contained an overtly national component. Or to put it another way, conservatives instrumentalised the Sacred Heart as a means of expressing German-Tirolian identity on a firmly religious basis.<sup>46</sup> To begin with, the very invocation of the Sacred Heart recalled the wars against the revolutionary French in the 1790s. Given that the French were seen as the traditional enemies of the German Fatherland, this in itself meant an affirmation of German identity, albeit one which derived in the 1860s-70s from a catholic-particularist conception that was opposed to the idea of a modern, centralised state. There could be no better demonstration of this standpoint than a speech given by Prince-Bishop Gasser of Brixen, the undisputed conservative leader, to the German Catholics’ Conference in Innsbruck in 1867. With the previous year’s war fresh in the minds of all present, Gasser told his audience: “Sie stehen auf deutschem und katholischem Boden. [Bravo.] Sie stehen auf deutschem Boden; denn Tirol hat seine deutsche Gesinnung nie verläugnet, wohl aber bei mancher Gelegenheit nicht ohne Ruhm bethätigt. [...] Im Beginne dieses Jahrhunderts hat zur Emancipation Deutschlands von der fremden Zwingherrschaft das kleine Tirol das Signal gegeben. Denn erst als die Herz-Jesu-Fahne Hofers von den Bergen Tirols flatterte, ist in den deutschen Herzen der Zauber der Erstarrung verschwunden, der sich bis dahin um dieselben gelegt hatte.”<sup>47</sup> This was a powerful affirmation of the vitality of an alternative, Catholic tradition in the face of Protestant triumph in Germany and what the conservatives saw as anti-religious liberalism in Austria. At the same time, invocation of the defence of German territory clearly referred to Austria’s successful repulsion of the attempted Italian invasion of Tirol in 1866. The import of this side of the Sacred Heart message only intensified in subsequent decades, as the period 1859-66 bequeathed a legacy of mutual animosity, with Germans in western Austria now seeing the Italians and no longer the French as the “main enemy”.<sup>48</sup> More specifically, as national tensions in late imperial Austria grew, the fight against the French was re-interpreted to signify the struggle against everything “*Welsch*”, which implicitly meant the province’s Italian minority. The national meaning of the Sacred Heart cult was explicitly stated during the 100<sup>th</sup> anniversary celebrations. As the leading Conservative newspaper explained to its readers on the eve of festivities in June 1896: “Tirol kämpfte vor Allem für seine

---

<sup>45</sup> FRANZ VON ZALLINGER: Zur feierlichen Erneuerung des Bundes mit dem göttlichen Herzen Jesu am 24., 25. und 26. Juni 1870 in Bozen [Flugblatt des katholisch-konservativen Volksvereins von Bozen und Umgebung, Jg. I, Nr. 2], Bozen 1870.

<sup>46</sup> LAURENCE COLE: Nationale Identität eines “ausgewählten Volkes”: zur Bedeutung des Herz Jesu-Kultes unter der deutschsprachigen Bevölkerung Tirols 1859-96, in: Nation und Religion in der deutschen Geschichte, ed. by HEINZ-GERHARD HAUPT and DIETER LANGEWIESCHE, Frankfurt am Main, New York 2001, pp. 480-515.

<sup>47</sup> Tiroler Stimmen, 11.9.1867.

<sup>48</sup> JOE BERGHOLD: Italien-Austria. Von der Erbfeindschaft zur europäischen Öffnung, Wien 1997, pp. 135-154.

Freiheit, es wollte sich nicht beugen unter das Joch, welches fast die ganze Welte trug. Tirol kämpfte für seine nationale Existenz, für sein Deutschthum wie man heute sagen würde. Die Söhne der Alpen gaben ihr Blut für deutsche Ehre und Treue dahin [...].”<sup>49</sup> Though it was not possible on an official occasion such as this to name Italy or Italian-Tirolians as the enemy, there can be little doubt that contemporaries understood that willingness to defend the German character of Tirol in terms of threats from the south.

Through their use of the Sacred Heart, the creation of a secular saviour in the form of Andreas Hofer, and the mobilisation of the population in militia companies, the conservatives created the hegemonic interpretation of German-Tirolian identity by 1914. Tirol was viewed as a basically German land, whose ties to the Austrian dynasty received ever greater emphasis. Yet, though they in practice asserted a virtual German monopoly over interpretations of Tirol, it must be recognised that the catholic-conservatives’ vision was not predicated upon complete national exclusion of the Italian minority. Particularly in rhetorical terms, German conservatives sought to include the Italians within the province’s historical boundaries. At the 1909 centenary of Hofer’s uprising, for example, the Italian language invitation to public participation spoke of “our traditional devotion and loyalty to our illustrious dynasty” as if the Italians too were part of the “Tirolian people”.<sup>50</sup> In short, Italians were included within the Tirolian Fatherland, but on the condition that they were “*tirolesi*”, not “*trentini*”, and with the assumption that they were the subordinate group to the historically dominant Germans – assumptions which the Italians contested in different ways.<sup>51</sup>

However, it is important to note that this essentially corporatist vision of Tirol’s ethnic membership differed in important respects to the “national-liberal” interpretation of German-Tirolian identity, as Thomas Götz has rightly observed.<sup>52</sup> While conservatives had set the agenda for defining German-Tirolian identity in the era of emerging mass politics, they received renewed challenges from the 1890s onwards, now based upon a more radical understanding of national identity, as articulated by a younger generation of the liberal-bourgeois milieu.<sup>53</sup> Around mid-century, German-Tirolian liberals had been more prepared to acknowledge the validity of greater equal-

---

<sup>49</sup> Neue Tiroler Stimmen, 31.5.1896.

<sup>50</sup> Tiroler Landesarchiv, Landschaftliches Archiv, Akten des Tiroler Landesoberstschtzenmeisteramtes Fz. 16 Jahrhundertfeier 1909, Sub-Faszikel VIII, Einladung zur Festzugsteilnahme der Schützen.

<sup>51</sup> On Italian reactions to national festivals in Tirol, see LAURENCE COLE: Patriotic Celebrations in Late Nineteenth and Early Twentieth Century Tirol, in: Staging the Past. The Politics of Commemoration in Habsburg Central Europe, 1848 to the Present, ed. by MARIA BUCUR and NANCY WINGFIELD, West Lafayette 2001, pp. 75-111.

<sup>52</sup> THOMAS GÖTZ: Gratwanderungen – liberale Katholiken deutscher und italienischer Nationalität im ultramontanen Tirol zwischen Restauration und liberalem Konstitutionalismus (1830-1880), in: Nation und Religion (as footnote 46), pp. 446-479.

<sup>53</sup> HANS HEISS, HUBERT MOCK: Kulturelle Orientierungen des Südtiroler Bürgertums 1890 bis 1930, in: “Durch Arbeit, Besitz, Wissen und Gerechtigkeit”. Bürgertum in der Habsburgermonarchie II, ed. by HANNES STEKL et al., Wien et al. 1992, pp. 141-159.

ity of rights and representations for Italian-Tirolians than had most conservatives, though they shared with the latter the rejection of any alteration to the province's "historic borders" and were likewise outraged by the repeated invasion attempts inspired by Piedmont and Garibaldi. Moreover, while relations between German and Italian liberals in Tirol were by no means without difficulty, the overriding political priority for both groups in the later 1860s and early 1870s was building a constitutional state, which meant a greater degree of cooperation on constitutional and ecclesiastical legislation than has been recognised hitherto.<sup>54</sup> From the mid-1870s, however, German-Tirolian liberals adopted a more pro-active stance towards what they termed the "defence" of German culture in Tirol, as they began to found language associations and made plans to erect a monument in Bozen to the medieval "German" poet, Walther von der Vogelweide (eventually unveiled in 1889).<sup>55</sup> To a considerable extent, political energies during the 1880s remained concentrated on the "*Kulturkampf*" or on reform projects at the municipal level, but this gave way in the 1890s to a dominant focus on national issues. This can be partly explained by the generational change within liberal politics, as well as by the perceived need to respond more firmly to Italian demands, but the decisive impulse came from a combination of liberal fall from state government at the tail-end of the 1870s and the movement's difficulties in expanding its social base as the political arena opened up to the masses. In short, rather than broadening their conception of civil society to include all classes, liberals revived their flagging movement by focusing on a nationalist, and increasingly antisemitic, rhetoric designed to appeal – in theory, at least – to all German-Tirolians, whilst simultaneously excluding Italians from an increasingly defensive vision.<sup>56</sup>

The logic of this position was for Tirol to be seen as a solely "German" territory, whose Italian inhabitants had to be re-claimed for "Germandom": German nationalists argued that most of Tirol had historically always been German-inhabited and that many current Italian-speakers were originally of "German stock".<sup>57</sup> Such at least was the view of the *Tiroler Volksbund*, a German national association founded in 1905, with the ostensible aims of promoting "Tirolian patriotism" and protecting the pockets of German-speakers in Italian-Tirol through the foundation of German schools. Influenced by pan-German elements from the German Empire, the association actually aimed at the creeping "Germanisation" of areas along the linguistic dividing-line between Germans and Italians.<sup>58</sup> In practice, the *Volksbund's* success proved rather lim-

<sup>54</sup> GÖTZ: Bürgertum und Liberalismus (as footnote 35).

<sup>55</sup> REINHARD STAUBER: Von der "welschen Volkskultur" zum "deutschen Kulturprinzip". Christian Schneller und die Anfänge deutschnationaler Schutzarbeit im Süden der Habsburgermonarchie 1860/70, in: *Geschichte und Region / Storia e Regione* 5 (1996), pp. 143-162; Walther. Dichter und Denkmal, ed. by OSWALD EGGER and HERMANN GUMMERER, Wien 1990.

<sup>56</sup> JUDSON: Exclusive Revolutionaries (as footnote 40), pp. 223-265; COLE: "Für Gott, Kaiser und Vaterland" (as footnote 24), pp. 357-375.

<sup>57</sup> WILHELM ROHMEDER: Die ehemalige Ausdehnung des Deutschtums in den italienischsprachigen Bezirken Tirols, in: *Tiroler Volksbund-Kalender* 1908, Innsbruck 1907.

<sup>58</sup> ALOIS THALER: *Der Tiroler Volksbund. Wollen und Wirken*, Diss., Innsbruck 1962.

ited in terms of concrete achievements, for several school projects were left uncompleted while numerous peasants (be they German, Ladin or Italian) distanced themselves from the group's activities when their true objectives became apparent. The significance and impact of the movement thus lay elsewhere, and this was essentially two-fold. In the first place, it demonstrated the substantial national radicalisation of liberal politics, which – in terms of rhetoric, at least – no longer envisaged any real place for Italian culture in Tirol. This also involved the politicisation of activities formerly the preserve of the Tirolian "*Heimat*" movement, which had emerged in the last quarter of the nineteenth century with the goal of preserving urban and rural material culture in the face of tourist development and economic progress.<sup>59</sup> Second, the "*Volksbund*" acted as a conduit for the general nationalisation of German-Tirolian politics, in that it brought together individuals from across the political spectrum. Hence, one conservative-oriented member of the association described it as "die einzige Organisation, welche allen Deutschen des Landes gemeinsam ist".<sup>60</sup> Particularly noticeable was the presence among the association's membership of leading members of the Tirolian Christian social party, the rival, populist Catholic party that successfully challenged traditional conservative dominance in provincial and parliamentary elections in 1907-1908. Based on a strong assertion of the peasantry's social and economic interests, the Christian socialists had begun to emerge in the 1890s, also proclaiming more forcefully the position of Germans in the Habsburg Monarchy. Without questioning the basic content of the conservative interpretation of German-Tirolian identity, the rise of the Christian socialists nevertheless represented a nationalising step for Catholic politics, as they firmly supported proposals such as that of making German the official language in the Austrian half of the Habsburg state.

By 1914, therefore, the hegemonic, German conservative version of Tirol had come under renewed challenge, but in a way that actually produced a general consolidation of national identity among German-Tirolians as a whole. This was not just because of the emergence of the rival Christian socialists, but because across the political spectrum national positions had actually moved closer together, as national-liberal attitudes towards the Andreas Hofer cult suggest. During the "*Kulturkampf*" era, catholic-conservatives had managed to appropriate Hofer as a symbolic figure for their political programme, overcoming his earlier association with the national and liberal movements in the 1830s-40s. Liberals had distanced themselves in the bitterest phases of the "*Kulturkampf*" from their earlier acclamation of Hofer as a fighter for "freedom", but their attention returned once the schools question had been formally resolved. Writers such as Adolf Pichler assessed Hofer's place within Tirolian culture in national terms,

---

<sup>59</sup> WOLFGANG MEIXNER: Mythos Tirol. Zur Tiroler Ethnizitätsbildung und Heimatschutzbewegung im 19. Jahrhundert, in: Geschichte und Region / Storia e Regione 1/1 (1992), pp. 88-106.

<sup>60</sup> Rede von Joseph Wackernell bei der 3. Vollversammlung des Volksbunds, in: Tiroler Volksbund-Kalender 1909, Innsbruck 1908.

considering him to be a freedom-fighter against “*welsch*” tyranny.<sup>61</sup> Or as the main national-liberal paper wrote during the 1909 centenary, the Tirolian uprising had prefigured Germany’s liberation “from the yoke of foreign oppression”.<sup>62</sup> Andreas Hofer and the story of 1809 had become the central “*mythomoteur*” around which all interpretations of German identity in Tirol revolved, thus creating a broader nationalisation of identity.<sup>63</sup> It should be remembered, however, that these were all expressions of German identity in Austria, to which attachment was consistently expressed, even if in differing forms. Where the conservative tradition of German-Tirolian identity tended to articulate the Austrian sphere in terms of “*Treue und Liebe zum angestammten Herrscherhause*”,<sup>64</sup> national liberals referred more explicitly to the Austrian state, whose constitution and reforming legislation they regarded as their own achievement.<sup>65</sup>

### Narrowing options in a divided land: Tirol 1914-1945

On balance, many historians now tend to take a rather less pessimistic view of the Habsburg Monarchy’s situation in 1914 than was once the case, in that they point to considerable dynamism in civil society and signs that nationality issues were not necessarily doomed to irresolution.<sup>66</sup> In the Tirolian case, the evidence is as ambivalent as elsewhere. On the one side, a gradual consolidation of German national feeling is observable, while autonomy negotiations on the status of Trentino had broken down in 1902 without subsequently resuming. That, and an escalation in national violence in 1904 and the years immediately afterwards (beginning with riots in Innsbruck when German nationalists prevented the opening of an Italian law faculty at the university), seem to have persuaded a number of supporters of Trentine autonomy that a satisfactory outcome would never be achievable under Austrian government. Such was the case with the local Social Democrat leader, Cesare Battisti, and it was true for several national-liberals too. On the other side, the pragmatic political strategy adopted by the Popular Party, once they had replaced the liberals as the dominant force in Trentine politics after 1907-1908, produced a break with the former group’s

---

<sup>61</sup> GOTTFRIED PFEIFFAUF: *Die Wandlungen des Hoferbildes in Tirol bis 1900*, Diss., Innsbruck 1938, p. 312.

<sup>62</sup> *Innsbrucker Nachrichten*, 28.9.1909.

<sup>63</sup> COLE: “Für Gott, Kaiser und Vaterland” (as footnote 24), pp. 225-321.

<sup>64</sup> *Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, Zeughaus, Vereinswesen-Schachtel L-V, XXIX. Rechenschaftsbericht des Landes- und Frauen-Hilfsvereines vom Roten Kreuze für die gefürstete Grafschaft Tirol 1909, Begrüßungsrede Landeshauptmann Kathreins bei der Jahres-Versammlung.*

<sup>65</sup> *Innsbrucker Nachrichten*, 28.9.1909.

<sup>66</sup> For two recent overviews of the debate, see GARY B. COHEN: *Neither Absolutism nor Anarchy: New Narratives on Society and Government in Late Imperial Austria*, in: *Austrian History Yearbook* 29 (1998), S. 37-61; GERALD STOURZH: *The Multi-national Empire Revisited: Reflections on Late Imperial Austria*, in: *Austrian History Yearbook* 23 (1992), pp. 1-22.

abstentionist tactics and actually led to a greater degree of interethnic cooperation, particularly on economic issues.<sup>67</sup> Whether this momentum would really have led to full, *de iure* autonomy is a moot point, but the Italians had nonetheless made some *de facto* gains. At the same time, it must be recognised that one of the main factors preventing further movement in Tirolian politics was in fact the factional in-fighting within the conservative political space (unlike in other alpine Austrian provinces, the conservatives electoral defeat did not in Tirol lead to their merger with the Christian socialists).

However one wishes to assess the chances of compromise prior to 1914, there can be no doubt that – as elsewhere in Austria-Hungary – the experience of the First World War destroyed any possibility of a meaningful solution to the region's nationality conflict. In Tirol, the situation was polarised irrevocably after Italy's entry into the war in 1915 and the arrival of conflict on Tirolian soil. The war's respective impact on the region's two main nationalities can succinctly be summed up as follows. In the first instance, it hardened German feeling against the Italians, who were now indiscriminately viewed as potential traitors. What is more, German-Tirolians were encouraged by the severe policies of the military command controlling the south of the region, who advocated a number of Germanisation measures regarding place-names, the public use of Italian, and the like.<sup>68</sup> Radicalisation of German opinion was evident, for example, in the arguments put forward by leading Christian social politician and *Tiroler Volksbund* member Michael Mayr, whose forthright condemnation of Italian irredentism included calls for the Germanisation of Italian-Tirol.<sup>69</sup> The war years thus accelerated the trend towards national consolidation in German-Tirol visible prior to 1914. Even if ideological differences by no means disappeared, the outbreak of revolution in Russia brought about a closer coincidence of interests between national-liberals and political Catholics as both found common ground in their hostility to Bolshevik-style socialism. At the same time as this national radicalisation, experience of military occupation, deprivations and economic shortages, together with the army's brusque treatment of the Tirolian militia ("*Standschützen*"), established a series of resentments towards Vienna. Though this did not lead to calls for a republic, disillusionment with Habsburg rule had reached a high-point by 1918.<sup>70</sup> For Italian-Tirolians, the war brought about the final end of the Austrian idea, even if this was not expressed in terms of rebellion or physical force. While a considerable number of national-liberal intellectuals, social democrats and students left Trentino in 1915 or

---

<sup>67</sup> FABIO GIACOMONI: *Potere clericale e movimenti popolari nel Trentino 1906-'15*, Trento 1985.

<sup>68</sup> GERD PIRCHER: *Militär, Verwaltung und Politik in Tirol im Ersten Weltkrieg*, Innsbruck 1995, pp. 76-122.

<sup>69</sup> MICHAEL MAYR: *Der italienische Irredentismus. Sein Entstehen und seine Entwicklung vornehmlich in Tirol*, Innsbruck 1917.

<sup>70</sup> MATTHIAS RETTENWANDER: *Stilles Heldentum? Wirtschafts- und Sozialgeschichte Tirols im Ersten Weltkrieg*, Innsbruck 1997; HANS HEISS: *Andere Fronten. Volksstimmung und Volkserfahrung in Tirol während des Ersten Weltkrieges*, in: *Tirol und der Erste Weltkrieg*, ed. by KLAUS EISTERER and ROLF STEININGER, Innsbruck 1995, pp. 139-177.

earlier to join the Italian army in the “War of Independence”, the majority of eligible Italian-Tirolians fulfilled their obligation as Austrian citizens in the ranks of the Habsburg army. The immediate decimation of the Tirolian regiments on the Eastern Front created as much shock as elsewhere, but it was ultimately the treatment of civilians that alienated the Trentine population. Harsh attitudes on the part of the occupying military, the mass removal of thousands to confinement camps in the interior, where undernourishment and maltreatment abounded, the physical destruction of vast swathes of their homeland, and the government’s view of Italians as a “traitorous” nationality – all these factors convinced most of the previously loyal rural masses that an end to Austrian rule was necessary.<sup>71</sup>

As is well known, the end of the war was accompanied by the collapse of Habsburg authority, the territorial fragmentation of the Austro-Hungarian Empire, and the formal split between “Tirol” and “Trentino”. This created a rapidly fluctuating situation in the period 1918-1921, as well as producing a dramatic series of dilemmas for the German-Tirolians once it became clear that South Tirol would be annexed to Italy. It is not possible to do justice to the details of a highly complex situation in the diffuse Tirolian sub-regions emerging from the post-war treaties, or to analyse in requisite depth the still highly controversial histories of the “*Anschluss*” movement or the “*Optionszeit*”. My intention is merely to provide some observations on the main trends and choices facing the Tirolian population, before concluding with some reflections on the relationship between regional and national levels of identity from the mid-nineteenth to mid-twentieth centuries.

To begin with, we must recognise that the continuing cultural and political resonance of Tirolian identity had to a considerable degree derived from the informally federal structure of the Habsburg Monarchy. This had given the notion of Tirolian identity a firm social and cultural base, as well as an institutional apparatus to defend against the increased claims of the modernising state. When added to Austria’s close relationship to “Germany” (the Holy Roman Empire, the German Confederation) and the traditional position of the Germans as the Habsburg Monarchy’s dominant ethnic group, this meant that the fluid relationship between Austrian, German and Tirolian levels of identity had rarely produced a serious crisis of incompatibility. Even when German-Tirolians rejected centralising absolutism or neo-absolutism (the 1790s, 1830s-50s), more or less no-one argued for a break with the Austrian dynasty. Equally, Tirol was always felt to be an integral part of Germany up until the 1860s, after which there had been a general rallying around the dynasty and the Austrian state, based upon the continued dominance of the Germans in the province and Austrian society at large. For all these reasons, Austrian, German and Tirolian identities had not been conflictual, and were indeed, in most instances, mutually reinforcing. By

---

<sup>71</sup> See, among others LUCIANA PALLA: *Il Trentino Orientale e la Grande Guerra. Combattenti, internati, profughi di Valsugana, Primiero e Tesino (1914-1920)*, Trento 1994; *La città di legno. Profughi trentini in Austria 1915-18*, ed. by DIEGO LEONI and CAMILLO ZADRA, Trento 1985; *Sui campi di Galizia (1914-1917). Gli italiani d’Austria e il fronte occidentale: uomini, popoli, culture nella guerra europea*, ed. by GIANLUIGI FAIT, Rovereto 1997.

claiming Tirol as a “German land”, for example, German-Tirolians had simultaneously been able to assert their strong sense of regional consciousness with an affirmation of their “Germanness”. After 1918-19, these options narrowed dramatically.

With respect to the concept of Tirol, there can be no question that territorial partition ensured the continuing resonance of the “*Tiroler Heimat*” as a social and political concept – indeed, the term was almost certainly imbued with greater emotional meaning than ever before as the population struggled to digest the implications of defeat and division. However, it is important to note that the effects of 1918-19 for “Tiroliness” amounted to a two-way process, which involved the confirmed centrality of the ideal of a unified Tirol in public discourse, yet also the partial fragmentation of that notion as partition impacted on daily life.

For all but a radical minority, the idea of Tirol in the sense of the pre-war “Old Tirol” (“*Alt-Tirol*”) that had included Italian-Tirol was now abandoned in favour of redefining the province within the boundaries of the area inhabited by German-speakers. In practice, the goal of a re-unified Tirol became the dominant strategy for most of the region’s population in the period down to 1945, and this priority can be witnessed in the willingness of Tirolian politicians during the discussions at St. Germain to renounce ties to Austria and / or Germany if this would enable the formation of an independent Tirolian “free-state” or “republic”.<sup>72</sup> However, such proposals never fully convinced the Italians or the other victorious powers for a variety of reasons (chiefly to do with Italy’s security concerns) and the project of a separate state remained still-born. When it became clear that Tirol would indeed be divided, the overcoming of that division remained a major objective for all north and south of the new Brenner border, but the actual existence of distinct sub-regions also led to a subdivision – or proliferation – of the concept of Tirol. In other words, there were now in a sense “three Tirols” – South Tirol, North Tirol, and East Tirol (the south-eastern part of the region, which was formally part of the Austrian federal state of Tirol, but which was geographically separated from North Tirol). This sub-regionalisation led to a degree of competition between the different areas, which actually accentuated divisions and tensions that had already emerged prior to 1918. For example, national-liberal elites in the district of Lienz (East Tirol) argued in 1919-20 that their area’s interests would best be served by separation from Innsbruck, which had allegedly always treated them with disdain, in favour of union with neighbouring Carinthia or even with Salzburg, and eventually, via Salzburg with Bavaria.<sup>73</sup> The plans foundered due to the opposition of the district’s peasantry, but they nevertheless implied that the concept of Tirol was by no means invulnerable, as the initial takeover in South Tirol also indicated. There is evidence to suggest that members of the South Tirolian elites, who were likewise by no means automatically in agreement with Innsbruck, would

---

<sup>72</sup> Full details in RICHARD SCHOBER: *Die Tiroler Frage auf der Friedenskonferenz von Saint Germain*, Innsbruck 1982.

<sup>73</sup> MARTIN KOFLER: *Osttirol: ein Grenzbezirk–zweiter Landesteil–“drittes Tirol” / Osttirol. Distretto di frontiera–porzione secondaria di un Land-“terzo Tirol”*, in: *Geschichte und Region / Storia e Regione* 9 (2000), pp. 209-243.

have found a *modus vivendi* with Italy had their social and economic interests been protected.<sup>74</sup>

On balance, however, it was not until after 1945 that these trends towards “identity building at a sub-regional level” developed most fully, when the boundary determined at St. Germain was confirmed. In the post-1918 period, contemporaries believed that a change in the situation was not only justified on the basis of the famous principle of self-determination, but was within the realm of power politics too. Moreover, the situation was decisively influenced by the advent to power of Mussolini and the Fascist regime’s “Italianisation” policies, which included the official abolition of the term Tirol in favour of “Alto Adige” [“Upper Etsch”].

Belief in the possibility of the situation altering and reactions to Fascist rule naturally raise the question of the relationship between Tirolian identity and the German and Austrian spheres. Again, only a rudimentary summary is possible, but it in general it is clear that – on both sides of the border – the basic orientation was towards Germany, as the notion of Austria became increasingly problematical.<sup>75</sup> It actually remains something of an unexplained mystery as to exactly how and why Tirol, which prior to 1918 had ritually spoken of itself in terms of the “most loyal” of all the Habsburg lands, came to abandon nearly all trace of the “Austrian idea” seemingly so rapidly and thoroughly. Certainly, there were legitimist elements in the northern *Tiroler Volkspartei* and in South Tirol, but these remained marginal in practical terms.<sup>76</sup> And even if there was something of a wave of pro-Habsburg nostalgia in the early to mid-1930s, this never translated into a meaningful political movement and North Tirol seems to have remained fairly unresponsive to the “Austrian ideology” propagated by Schuschnigg’s authoritarian regime (though it must be recognised that more research is needed, particularly at the local level, on all these questions). The reasons for the lack of an “Austrian” sentiment are certainly complex, but must include: the fact that catholic-conservative loyalty had focused on the dynasty more than the state, the discontent emerging from the First World War, the lasting legacy of the so-called “*Waffenbrüderschaft*” with southern German troops on the South-West Front, the factionalism and divisions that characterised right-wing, conser-

---

<sup>74</sup> HANS HEISS, GUSTAV PFEIFFER: “Man pflegt Südtirol zu sagen und meint, damit wäre alles gesagt”. Beiträge zu einer Geschichte des Begriffes “Südtirol” / “Si ha l’abitudine di dire ‘Südtirol’ e con questo ci sembra di aver detto tutto”. Contributi per una storia del concetto “Südtirol”, in: *Geschichte und Region / Storia e Regione* 9 (2000), pp. 85-134.

<sup>75</sup> For more detailed discussion, consult: *Handbuch zur neueren Geschichte Tirols*, vol. 2, *Zeitgeschichte*, part 1: *Politische Geschichte*, ed. by ANTON PELINKA and ANDREAS MAISLINGER, Innsbruck 1993.

<sup>76</sup> Here, it is interesting to note that during 1925-27 there were a number of contacts between leading circles in Tirol and Prince Albert von Thurn und Taxis in Regensburg concerning a plan to be enacted in case of a Social Democratic takeover of power in Austria. Were the latter to occur, those involved wished to establish an independent ‘Freistaat Tirol’ under the Thurn und Taxis house, on the basis that a return of the Habsburgs was not actually desired by the population. See RICHARD SCHÖBER: *Tirol und Fürst Albert von Thurn und Taxis: Verhandlungen zur Restauration der Monarchie nach dem Ersten Weltkrieg*, in: *Innsbrucker Historische Studien* 3 (1980), pp. 131-158.

vative politics in the Austrian First Republic, insufficient belief in the viability of the rump Austrian state, and often antisemitic hostility towards “Red Vienna”.

With the Austrian idea receiving inadequate support, the majority of Tirolians called for union with Germany, in an interesting reversal of the nineteenth-century dynamics. Where resistance to state-building had functioned as a classic generator of the hegemonic, catholic-conservative interpretation of regional identity, defence of Tirol as “German territory” was now combined with desires for integration into the German state – as expressed, for example, in the pro-“*Anschluss*” referendum of 1921. While this reversal of dynamics should not disguise the important break that occurred with the notion of Austria, there were nevertheless definite elements of continuity between the articulation of national identity in the late nineteenth century and the inter-war period. An increasing rhetorical emphasis on the “*Volk*” and “*Deutschtum*” had characterised national-liberal politics in the 1890s and 1900s, and this social group formed the core support for the “*Anschluss*” movement and National Socialism.<sup>77</sup> The nationalisation of Catholic politics undoubtedly favoured Christian social support for closer ties to Germany, but more decisive were power political and economic considerations, linked to the conviction that the Austrian government – which cultivated close links to Italy in the 1930s – was not doing enough to protect the German minority in South Tirol. If this represented a considerable degree of re-orientation for this milieu, it was mediated by the continued centrality of Andreas Hofer to the symbology of national discourse in Tirol. The figure of Hofer, who had been born in South Tirol, provided a conduit facilitating the change from Austrian imperial patriotism to German nationalism: rather than being seen as a humble patriot who had died for his Emperor, he was now seen as a martyr for the German “*Volk*”.<sup>78</sup>

In both the northern and southern parts of the region, therefore, there emerged a broad consensus for “*Anschluss*”, and this survived Hitler’s advent to power in Germany. Despite the Church’s reservations about the regime and Hitler’s public statements renouncing South Tirol for the sake of the alliance with Italy, the majority still seemed to have believed in Germany as the only means of securing a possible improvement to the situation in the region. From this perspective, the accord between Hitler and Mussolini that produced the “*Option*” represented something of a shock, though fanatical National Socialists still willingly put their loyalty to the “*Führer*” before the “*Heimat*”. Faced with the choice of opting to stay in Italy or migrating to Germany, by far the greater part of South Tirolians opted for the latter, influenced by the promises that they would have a distinct new homeland elsewhere (in fact, undefined and still to be conquered) and by the so-called “*Sicilian legend*”. Rumours, spread in particular by the Nazis, that those choosing to stay would be removed to Southern Italy, left many believing that the stark choice

---

<sup>77</sup> Tirol und der Anschluß. Voraussetzungen, Entwicklungen, Rahmenbedingungen 1918-1938, ed. by THOMAS ALBRICH et al., Innsbruck 1988.

<sup>78</sup> STEFAN NICOLINI: Andreas Hofer im Tiroler Geschichtsbewußtsein des 20. Jahrhunderts, in: *Zeitgeschichte* 22 (1995), pp. 405-414.

was between being “Italian” or “German”.<sup>79</sup> By this point, therefore, the range of options had reached an historic low, though it must be recognised that this was not simply a case of the South Tirolians being the “victims” of outside forces – orientation towards Germany, including considerable sympathy for the National Socialist regime amongst the bourgeoisie, and the lack of support for the Austrian state and the democratic republic in the 1920s meant that the population itself had helped close off other possibilities.

In conclusion, how we finally categorise the Tirolian case remains of course open to question, and given the seeming lack of agreement and clarity among scholars as to definitions of nationalism, regionalism and the interrelationship between the two phenomena, it may well be a mere exercise in word-play to try and arrive at a satisfactory definition. Are we dealing with perennial proto-nationalism, a kind of mini-Switzerland that never quite made it? Is this in a sense a “nationalist regionalism”? Or is it perhaps simply a peculiarly stubborn form of Austro-German provincialism? In the final analysis, the fluidity of identities, particularly in the nineteenth century, should not lead us to overlook the fact that arguments were never made for a separate Tirol based on ethno-cultural criteria. German-speakers in Tirol had always seen their region as part of a wider national community and as part of larger polities, even when disputing the authority of the state to which they belonged or asserting a particularist interpretation of the nation. From this point of view, Tirol was a region constructed on a national basis.

---

<sup>79</sup> See the contributions in: *Die Option. Südtirol zwischen Faschismus und Nationalsozialismus*, ed. by KLAUS EISTERER and ROLF STEININGER, Innsbruck 1989.

# Eine Autonomie mit Nachwirkungen: Regionale Identitäten in Galizien 1867-1918<sup>1</sup>

von

Ralph S c h a t t k o w s k y

Die Themenstellung verlegt das Problemfeld regionaler Identität in einen geographischen Großraum, der durch seine ethnischen Mischlagen nichts weniger als Einheitlichkeit zeigt. Während diese Diversifizierung in früheren Epochen nur bedingt als Problem wahrgenommen wurde, änderte sich dies in der hier untersuchten Hochphase der Nationsbildung. Die Nationalbewegungen zielten auf die Schaffung moderner Massengesellschaften nach dem Prinzip kulturell ethnischer Sammlung und Vereinheitlichung. Sie strebten dabei Vollständigkeit und ein einheitliches Territorium an. Wie schon bei den frühneuzeitlichen Staatsbildungen nach dem dynastischen Prinzip kam es zur Konkurrenz mit dem vorhandenen regionalen Bewußtsein.<sup>2</sup> Beeinflussungsfaktoren hierbei waren Bewußtseinslagen und Loyalitätsverhalten bestimmender sozialer und nationaler Gruppen, aber auch die Reichweite und Gestaltungskraft einer überregionalen, in diesem Fall nationalen Territorialvorstellung. Staatsfähige nationale Bindekraft kann sich im allgemeinen nur entwickeln, wenn ein überzeugendes politisches Angebot vorliegt. Gerade die Geschichte Ostmitteleuropas bietet einige Varianten, wie der potentielle Konflikt zwischen regionalen und nationalen Identitäten und politischen Strukturen gelöst wurde: Einerseits gab es eine „normale“ Unterordnung des regionalen Bewußtseins unter eine nationale Identität. Zumindest unter den Eliten war diese Variante, die auf die Vereinigung in einem Großstaat zielte, verbreitet und wurde den Massen über die Nationalbewegungen vermittelt. Dabei bleibt offen, ob sich ein regionales Bewußtsein erhält, sich verstärkt oder auch verloren geht. Andererseits existierte ein konstitutiver Pragmatismus, bei dem eine nationale Bewegung auf einem Teilgebiet des angestrebten nationalen Territoriums möglichst viel Autonomie zu erreichen versuchte, gleichsam als Teilstück der Gesamtaufgabe. Hier ist weder eine Verfestigung dieser Teillösung noch die Option einer gewaltsamen Vereinigung ausgeschlossen.

---

<sup>1</sup> Gefördert durch die Volkswagen-Stiftung als Drittmittelprojekt „Das Fremde und das Eigene: Probleme und Möglichkeiten interkulturellen Verstehens“.

<sup>2</sup> ERNST BRUCKMÜLLER: Österreichbegriff und Österreich-Bewußtsein in der Franzisko-Josephinischen Epoche, in: Was heißt Österreich? Inhalt und Umfang des Österreichbegriffs vom 10. Jahrhundert bis heute, hrsg. von RICHARD G. PLASCHKA u.a., Wien 1995, S. 255-288, hier S. 255 f.

## Historische Landschaft und regionale Identität

Die Reflexionsebenen über die historische Landschaft Galizien sind vielfältig und sehr unterschiedlich. Ganz allgemein betrachtet sagen sie zunächst erst einmal nicht mehr aus, als daß ethnisch-kulturelle und soziale Kommunikation, die sich im vorhandenen Beispiel vor allem in Konflikten verdichteten, sowohl in der Prozessualität als auch in ihrer Wahrnehmung und Darstellung einen regionalen Rahmen benötigen. Häufig verlieren sich die historischen Darstellungen in der Verortung von Besonderheiten. Dabei ist zweitrangig, ob sie literarisch oder episch sind und ob es um historische oder soziale Themen geht. Die Orientierungspunkte bei der Beschreibung eines historischen Bezugsraumes sind weniger landeskulturelle Gegebenheiten oder Tradition als vor allem Produkt herrschaftlicher Landnahme und machtstaatlicher Ordnung. Daß man dabei auf historische Vorbilder zurückgreift, hat legitimatorische Funktion. Man gewinnt sogar den Eindruck, je mehr man sich mit einer vermeintlichen Geschlossenheit und landschaftlichen Identität beschäftigt und sie sucht, desto mehr geht sie verloren und macht sich letztlich nur an der Außensicht und der administrativen Praxis fest. Die Diskussion um die historische Landschaft unter den historischen Geographen in den siebziger Jahren und die Debatten um Region und Regionalität unter Historikern und Soziologen führen uns die Unsicherheit mit diesen Kategorien noch einmal vor Augen.<sup>3</sup> Die Suche nach stringenter landschaftlicher Geschlossenheit, hoher Einheitlichkeit und einem gemeinsamen Landesbewußtsein in Galizien ist vergebens und wird allenfalls durch eine verklärende Außensicht bestätigt. Nicht nur die literarische Betrachtungsweise, die oftmals in der Lage ist, prägnanter zu fokussieren, sondern auch der Blickwinkel historischer Forschung zeigen, daß Charakter und Wahrnehmung einer Landschaft sich vornehmlich aus ihrer „Anormalität“ speisen. Daher liegt der Schwerpunkt oft auf kulturellen Uneinheitlichkeiten, sozialen Problemlagen und einem hohen Konfliktpotenzial respektive spektakulären Auseinandersetzungen.

Es besteht das Problem, inwieweit ein regionales Bewußtsein an sozialen Klassen oder nationalen Gruppen festzumachen ist. Wenn ein regionales Bewußtsein nachgewiesen werden kann, bleibt immer noch die Frage, wie weit es reicht und wie belastbar es ist. Gerade aus der empirischen Perspektive von Nationalisierungsprozessen sollte die Tragfähigkeit und Praktikabilität herkömmlicher Vorstellungen von regionaler Identität hinterfragt werden: Kann eine regionale Identität in eine nationale überführt werden, oder ist es sinnvoller zu untersuchen, ob ein regionales Bewußtsein eine nationale Deutung zuläßt und ob regionale Identität national umgewertet bzw. aufgefüllt werden kann? Letzteres würde bedeuten, sie aus der Perspektive konstitutioneller Funktionalität zu betrachten. Im Zusammenhang mit dem Prozeß der Natio-

---

<sup>3</sup> RALPH SCHATTKOWSKY: Forschungsgeschichtliche Aspekte der Regionalität und des Begriffs der historischen Landschaft unter besonderer Berücksichtigung Ostmitteleuropas, in: Studien zur ostelbischen Gesellschaftsgeschichte, Bd. 1: Festschrift für Gerhard Heitz zum 75. Geburtstag, hrsg. von ERNST MÜNCH und RALPH SCHATTKOWSKY, Rostock 2000, S. 81-93.

nalisierung und der Formulierung eines territorialen Anspruchs kann sowohl in der Innen- als auch Außensicht untersucht werden, in welchen Interessen- und Handlungsfeldern und Situationen die Region als Argument auftaucht.

In der Hochphase des Nationalismus, die generell von einer Politisierung und der Artikulation privater und gruppenspezifischer Interessen geprägt war, gewann die Region immer mehr an Gewicht. Das erklärt sich aus dem Charakter der nationalen Sammlung als kulturelle Integration mit sozialen, politischen und territorialen Momenten, die verschieden gewichtet sein können und die Teil der nationalen Kultur sind. Hierin liegen die Grundschemata der modernen Nation, in denen sich die Wirkungen dieser einzelnen Momente entsprechend der historischen Situation unterscheiden.

## Kulturelle und regionale Bindungen

Ein grundlegendes Prinzip sozialer Bindungen in Galizien war ihr territorialer Charakter. Dies entsprach der traditionellen Lebensweise, deren individuelle Überzeugungs- und Verhaltenssicherheit auf regionalen und lokalen Orientierungen beruhte.<sup>4</sup> Ihre stabilisierende soziale Kohäsions- und Integrationswirkung<sup>5</sup> hatte, aufbauend auf Tradition und Unbeweglichkeit, lediglich lokales Niveau. Gerade hieraus spinnt die Literatur den Faden einer Idealisierung, die uns allenthalben im Galizien-Mythos entgegentritt, der – vor allem durch eine Außensicht bestimmt – den Eindruck der Besonderheit und hohen mentalen Geschlossenheit vermittelt.<sup>6</sup> Eine überregionale Identifikation entstand jedoch kaum, weder bei den Ruthenen noch unter den polnischen Bauern. Über kulturelle Unterschiede hinweg entwickelte sich eine Reihe von Formen territorialer Symbiosen, gegenseitiger Abhängigkeiten und Kooperationen, die in der Forschung als „Zivilisationsgemeinschaft“ bezeichnet werden.<sup>7</sup> Aus den unterschied-

---

<sup>4</sup> ZBIGNIEW PUCEK: Galicyjskie doświadczenie wielokulturowości a problem więzi społecznej [Galizische Erfahrungen der Multikulturalität und das Problem der sozialen Bindungen], in: *Galicja i jej dziedzictwo*, Bd. 2: społeczeństwo i gospodarka, hrsg. von JERZY CHŁOPECKI u.a., Rzeszów 1995, S. 13-25, hier S. 20; WALDEMAR LILLI: Sozialpsychologische Implikationen regionaler Identität, in: *Westeuropäische Regionen und ihre Identität*, hrsg. von GEORG BOSSON u.a., Mannheim 1994, S. 85-98, hier S. 96.

<sup>5</sup> PETER WEICHHART: *Raumbezogene Identität. Bausteine zu einer Theorie räumlich-sozialer Kognition und Identifikation*, Stuttgart 1990, S. 92 ff.

<sup>6</sup> MARIA KLAŃSKA: *Problemfeld Galizien in deutschsprachiger Prosa 1846-1914*, Wien u.a. 1991; *Galizien als gemeinsame Literaturlandschaft. Beiträge des 2. Innsbrucker Symposiums polnischer und österreichischer Literaturwissenschaftler*, hrsg. von FRIDRUN RINNER und KLAUS ZERINSCHKE, Innsbruck 1988; LARISSA CYBENKO: *Mythen in der ukrainischen Vergangenheit und Gegenwart*, in: *Das Bild vom Anderen. Identitäten, Mentalitäten, Mythen und Stereotypen in multiethnischen europäischen Regionen*, hrsg. von VALERIA HEUBERGER u.a., Frankfurt am Main 1998, S. 105-122.

<sup>7</sup> JANUSZ TAZBIR: *Dawna Rzeczpospolita jako pomost cywilizacyjny* [Die alte Adelsrepublik als Brücke der Zivilisation], in: *Gdzie Wschód spotyka Zachód. Portret osobistości dawnej*

lichsten Formen von Annäherung und Distanz, die immer die Akzeptanz des Anderen voraussetzten, kam es zur Assimilation und damit zu einer gemischtkulturellen Einwohnerschaft. Auch die kulturellen Großgruppen waren nicht einheitlich, wie die Bergstämme der Karpathen zeigen. Trotzdem hatten sie alle ein tiefes, kleinräumiges, „hiesiges“ Bewußtsein<sup>8</sup>, das ihren archaischen Lebensformen entsprach. Die Armut war das nivellierende Element, das kulturelle und konfessionelle Teilungen zu kompensieren vermochte. Soziale Gegensätze brachen am ehesten die Prinzipien lokaler Bindungen. Mit zunehmendem Druck zweier rivalisierender Elemente auf die soziale Wirklichkeit zeigte sich die Ordnung jedoch zunehmend labil und ambivalent: Das territoriale Element stand dem nationalen gegenüber, das familiär nachbarliche dem ideologisch politischen.<sup>9</sup>

Mit der ersten polnischen Teilung von 1772 fiel Galizien an die Habsburgermonarchie. Nach Gebietsveränderungen durch die dritte polnische Teilung, die napoleonischen Kriege und den Wiener Kongreß entstand 1846 das „Königreich Galizien und Lodomerien, Großherzogtum Krakau, Herzogtum Auschwitz und Zator“.<sup>10</sup> Diese Titulierung war Ausdruck der geringen Einheitlichkeit und einer wenig ausgebildeten historischen Integrität der Region. Es wäre jedoch falsch, dieses unter der Bezeichnung „Galizien“ zusammengefaßte Kronland als reines Kunstprodukt der Wiener Bürokratie abzutun, wie es in der Literatur oft gehandhabt wird. Es gab durchaus historische Vorbilder, beispielsweise in Gestalt der galizisch-wolhynischen Rus; zudem nannten sich die ungarischen Könige schon im 14. Jahrhundert „Galicjae Lodomeriaequae rex“, und auch eine herrschaftliche Verbindung mit dem Krakauer Kleinpolen hatte es gegeben.<sup>11</sup> Unter polnischer Herrschaft war die „Rus czerwony“ [Rotrußland] fester Bestandteil des polnisch-litauischen Großreichs mit unterschiedlicher Eigenständigkeit. Allein durch seine Historizität kann Galizien der Charakter einer historischen Landschaft nicht abgesprochen werden. Es war nicht mehr und nicht weniger Kunstprodukt als andere historische Landschaften Ostmitteleuropas, z.B. die Bukowina.<sup>12</sup>

---

Rzeczypospolitej 1576-1763. Katalog wystawy pod kierunkiem JERZEGO MALINOWSKIEGO, Warszawa 1993, S. 15-21, hier S. 17.

<sup>8</sup> PUCEK (wie Anm. 4), S. 12.

<sup>9</sup> Ebenda, S. 13.

<sup>10</sup> WOLFDIETER BIHL: Die Ruthenen, in: Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Bd. 3: Die Völker des Reiches, hrsg. von ADAM WANDRUSZKA und PETER URBANITSCH, Wien 1980, S. 555-584, hier S. 557; DERS.: Aufgegangen in Großreichen. Die Ukraine als österreichische und russische Provinz, in: Geschichte der Ukraine, hrsg. von FRANK GOLCZEWSKI, Göttingen 1993, S. 126-155, hier S. 126.

<sup>11</sup> CHRISTOPH VON WERDT: Halyc – Wolhynien – Rotreußen – Galizien. Im Überlappungsgebiet der Kulturen und Völker, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 46 (1998), 1, S. 69-99, hier S. 75; ERNÖ DEÁG: Galizien bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts in statistisch-topographischer Sicht, in: Österreichische Osthefte 41 (1999), 3/4, S. 445-479, hier S. 447.

<sup>12</sup> Raimund Friedrich Kaindl als Historiker der Bukowina und des Karpathenraums hat in RAIMUND FRIEDRICH KAINDL: Die Geschichtswissenschaft der Gegenwart in Selbstdarstel-

Eine regionale Identität, die durch Akzeptanz und Wahrnehmungstiefe in der Eigen- und Fremdperspektive gespeist wird, ist für Galizien unbestritten. Dies ist die Voraussetzung, um über regionale Bewegungen und Perspektiven zu reflektieren. Dabei kann regionale Identität für Individuen und Gruppen derselben Region durchaus verschiedene Bedeutungen haben. Es gibt gruppenspezifische Identitätsentwürfe, weshalb innerhalb von Regionen gewisse Variationen des Verhaltens und Denkens anzutreffen sind.<sup>13</sup> Auch die geschichtliche Dimension der ohnehin facettenreichen regionalen Identität ist schwer faßbar, und eine gemeinsame staatliche Vergangenheit bildet nicht die unbedingte Voraussetzung für ein historisches Gemeinschaftsbewußtsein der Bewohner.<sup>14</sup> Unter dem Aspekt der Nationalisierung, der den gewählten Zeitraum durch eine kulturell-ethnische Bewußtwerdung und Sammlung charakterisiert, wird die Unterscheidung in geschichtlich-staatsrechtliche Tradition im Rankeschen Sinne einerseits und eine halb mythische Vergangenheit aus kulturellen Wurzeln andererseits geradezu bedeutungslos.<sup>15</sup> Für Ernest Renan waren geschichtliches Vergessen und der historische Irrtum wesentliche Faktoren der Nationenbildung.<sup>16</sup> Identifiziert man nun das regionale Bewußtsein über territoriale Interaktionsgrenzen und fixierte Handlungslandschaften<sup>17</sup>, so zeigt sich neben traditionellen kleinräumigen und lokalen Orientierungsmustern der Masse der Bevölkerung in den Eliten eine unterschiedliche Interpretation Galiziens. Jede kulturelle Großgruppe entwickelte ihre eigenen Vorstellungen von der Geschichte in Galizien.<sup>18</sup>

### Galizien als polnische Machtdelegatur

Das Kronland an der östlichen Peripherie des Reiches bildete mit Lemberg als Hauptstadt von vornherein eine höhere Verwaltungseinheit und war bezogen auf Gebiet und Bevölkerung die größte Provinz der Monarchie. 1867 wurde die formelle Unterteilung Galiziens endgültig aufgehoben, die westlich des San mit Kleinpolen und Krakau als Zentrum eine eigene Administration gebildet hatte. Eine solche Teilung hätte zur Schaffung eines ausschließlich von Polen bewohnten so genannten Westgaliziens geführt. Mit Ostgalizien, dem eigentlichen Galizien, wäre eine Provinz mit über 60%

---

lungen, Bd. 1, Leipzig 1925, S. 171 ff. von der Bukowina als Landschaft ohne geschichtliche Individualität gesprochen.

<sup>13</sup> LILLI (wie Anm. 4), S. 87.

<sup>14</sup> MICHAEL ERBE: Die historische Dimension regionaler Identität, in: Westeuropäische Regionen und ihre Identität (wie Anm. 4), S. 36-84, hier S. 39, 42.

<sup>15</sup> ROBERT A. KANN: Zur Problematik der Nationalitätenfrage in der Habsburgermonarchie 1848-1918, in: Die Habsburgermonarchie 1848-1918 (wie Anm. 10), S. 1304-1338, hier S. 1315.

<sup>16</sup> ERIC HOBBSBAWM: Nation und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1870, München 1996, S. 24, Anm. 10.

<sup>17</sup> WEICHHARDT (wie Anm. 5), S. 92 ff.; LILLI (wie Anm. 4), S. 90.

<sup>18</sup> PAUL ROBERT MAGOCSI: Galicia. A Historical Survey and Bibliographic Guide, Toronto u.a. 1985, S. 224.

Russinen (Rusyny) oder – wie Österreich sie latinisiert nannte – Ruthenen geschaffen worden, die aus Sicht des modernen Nationalismus als autochthone Bevölkerung die ukrainische Bevölkerung der Westukraine bildeten.<sup>19</sup> Befürworteten die Polen Galiziens in der Revolution von 1848 die Wiederherstellung eines großpolnischen Staates, so verhielten sie sich doch loyal zu Wien und nahmen als galizische Polen – „austriatisch und galizianisch orientiert“<sup>20</sup> – an der Regierungstätigkeit teil. Innerer Staatsumbau und die verfassungsmäßigen Veränderungen in der Habsburgermonarchie ab 1860 gaben Galizien vor allem zwischen 1868 und 1882 eine bevorzugte Stellung in Zisleithanien.<sup>21</sup> Polnisch als Dienst- und Unterrichtssprache, die Ernennung von Polen als Statthalter und die Einführung eines galizischen Ministeriums in Wien unter Leitung eines Polen verschafften Galizien eine Autonomie unter polnischer Herrschaft. Die Polen sahen sich gegenüber Wien als „Landesnation“ und beanspruchten als eigenmächtiger Repräsentant Galiziens die Autonomie.<sup>22</sup> Im Vergleich zu anderen nichtdeutschen Kronländern genöß Galizien weitestgehende nationale Sonderrechte.

---

<sup>19</sup> Einen statistisch-administrativen Überblick bietet RUDOLF A. MARK: Galizien unter österreichischer Herrschaft. Verwaltung, Kirche und Bevölkerung, Marburg 1994. Detailliert dazu BEATA WILPERT-KÓŁKIEWICZ: Informator statystyczny do dziejów społeczno-gospodarczych Galicji: Struktura agrarna wielkiej własności ziemskiej (tabularnej) w Galicji w dobie autonomii [Statistischer Informator zur sozial-wirtschaftlichen Geschichte Galiziens: Agrarstruktur des Großgrundbesitzes (tabularisch) in Galizien zur Zeit der Autonomie], Kraków 1989, und KRZYSZTOF ZAMORSKI: Informator statystyczny do dziejów społeczno-gospodarczych Galicji. Ludność Galicji w latach 1857-1910 [Statistischer Informator zur sozial-wirtschaftlichen Geschichte Galiziens: Die Bevölkerung Galiziens in den Jahren 1857-1910], Kraków, Warszawa 1989. Vgl. dazu auch die zeitgenössische Untersuchung von FRANZ STEFCZYK: Polen und Ruthenen in Galizien im Lichte der Bevölkerungs- und Steuerstatistik, Lemberg 1912.

<sup>20</sup> ANTONI CETNAROWICZ: Die proösterreichische Orientierung bei den Polen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Der Austroslawismus. Ein verfrühtes Konzept der Ausgestaltung Mitteleuropas, hrsg. von ANDREAS MORITSCH, Wien 1996, S. 68-76; JAKUB FORST-BATTAGLIA: Österreich im politischen Denken der Polen Galiziens (1848-1914), in: Österreichische Osthefte 20 (1978), 1, S. 99-115, hier S. 109.

<sup>21</sup> HENRYK BATOWSKI: Die Polen, in: Die Habsburgermonarchie 1848-1918 (wie Anm. 10), S. 522-554, hier S. 531; CHRISTOPH FREIHERR MARSCHALL VON BIEBERSTEIN: Freiheit in der Unfreiheit. Die nationale Autonomie der Polen in Galizien nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867. Ein konservativer Aufbruch im mitteleuropäischen Vergleich, Wiesbaden 1993, S. 37 ff.; PAUL RESPONDEK: Die Autonomie der Polen in Galizien nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich vom Jahre 1867, Diss. Berlin 1941, S. 28 ff.

<sup>22</sup> WLADIMIR RITTER VON SCHILLING-SINGALEWITSCH: Zur Frage der Sonderstellung Galiziens. Ein Streifzug in das galizische Problem, Wien 1917, S. 12; Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Bd. 2: Verwaltung und Verkehrswesen, hrsg. von ADAM WANDRUSZKA und PETER URBANITSCH, Wien 1975, S. 186 ff.; PIOTR S. WANDYCZ: The Poles in the Habsburg Monarchy, in: Nationbuilding and the Politics of Nationalism. Essays on Austrian Galicia, hrsg. von ANDREI S. MARKOVITS und FRANK E. SYSYN, Cambridge 1982, S. 68-93, hier S. 85 ff.

Das Engagement der Polen für eine kleinräumige nationale Entfaltung erklärt sich vor allem aus den Ereignissen des polnischen Aufstandes von 1863/64. Er orientierte die nationalpolnische Bewegung auf die „organische Arbeit“ zur Schaffung von nationalen Gesellschaften in den Regionen der Teilungsmächte. Zudem rückte die Bewegung von dem Maximalprogramm der Wiederherstellung eines polnischen Staates als vordringliche Aufgabe ab. Die Polen waren unabhängig vom Endziel der Wiederherstellung eines polnischen Staates, an dem alle relevanten polnischen Gruppierungen und Parteien festhielten, in Galizien vom nationalen Standpunkt aus kurzfristig saturiert.<sup>23</sup> Deshalb gab es vor 1914 kein echtes Unabhängigkeitsprogramm. Der Ausbau einer polnisch geprägten inneren Struktur des Landes und ihre Institutionalisierung kräftigten die regionale Orientierung und entwickelten eine Distanz und Unabhängigkeit zu den andern polnischen Gebieten, so daß von einer „galizischen Nationalität“ mit einem eigenen Lebensstil und einem eigenen Bewußtsein gesprochen wurde.<sup>24</sup>

Die Ereignisse im polnischen und russischen Teilungsgebiet beförderten unter den Polen Galiziens die Versöhnungsidee mit der Habsburgermonarchie und bedeuteten einen Verzicht auf die Unabhängigkeit. Statt dessen nahm man die österreichischen Offerten einer Autonomie an. Führende polnische Kreise sahen darin die Wiederherstellung eines polnischen Staates unter österreichischer Herrschaft.<sup>25</sup> Sie waren angesichts ihrer Machtfülle bereit, den Anspruch auf einen großpolnischen Staat, zu dem auch Galizien gehörte, einstweilen zurückzustellen.<sup>26</sup> „Unter diesen Umständen regierten in Galizien immer die Vertreter der polnischen Großgrundbesitzer, die von der Wiener Regierung das Surrogat eines eigenen Staatsapparates ausgehandelt hatten, nicht nur in der Form theoretisch bescheidener Institutionen, sondern auch in Form der tatsächlichen Übergabe des Staatsapparates in Galizien, der der Zentralbehörde unterstellt war, in ihre Hände.“<sup>27</sup>

Sieht man von den Nationaldemokraten ab, die Wien mit ihrem allpolnischen Programm eher feindlich gegenüberstanden, wollten es sich auch die Demokraten und Sozialisten nicht mit Österreich verderben. Mag die Sicherung Galiziens für den fernhin zu schaffenden großpolnischen Staat immer eine Rolle gespielt haben, vor allem in der Abwehr ruthenischer Ansprüche, so war diese polnische Herrschaft ein

---

<sup>23</sup> KANN: Zur Problematik der Nationalitätenfrage (wie Anm. 15), S. 1328.

<sup>24</sup> PUCEK (wie Anm. 4 ), S. 16 f.; JOANA RADZYNER: Die austro-polnische Orientierung. Galiziens Politiker in Wien 1867 bis 1914, in: Polen – Österreich. Aus der Geschichte einer Nachbarschaft, hrsg. von WALTER LEITSCH und MARIA WAWRYKOWA, Wien, Warszawa 1988, S. 202-219, hier S. 218.

<sup>25</sup> JÓZEF BUSZKO: Die galizische Autonomie und Wien zwischen 1869 und 1914, in: Donauraum – gestern, heute, morgen, hrsg. von JÓZSEF VARGA, Wien u.a. 1967, S. 81-91, hier S. 85; IVAN FRANKO: Polen und Ruthenen, in: DERS.: Beiträge zur Geschichte und Kultur der Ukraine. Ausgewählte deutsche Schriften des revolutionären Demokraten 1882-1915, hrsg. von EDUARD WINTER und PETER KIRCHNER, Berlin 1963, S. 332-343, hier S. 336.

<sup>26</sup> KLAUS BACHMANN: Kriegsgrund Galizien. Der ostgalizische Nationalitätenkonflikt und seine außenpolitischen Auswirkungen vor dem Ersten Weltkrieg, in: Österreichische Osthefte 32 (1990), 1, S. 40-68, hier S. 46.

<sup>27</sup> Zitiert nach BUSZKO: Die galizische Autonomie (wie Anm. 25), S. 89.

praktischer Beweis polnischer Staatsfähigkeit, die seit dem Untergang der Adelsrepublik von der europäischen Politik vehement in Frage gestellt worden war.<sup>28</sup> Die nationale Bevorzugung war sehr moderat und Wien als Verbündeter im Kampf gegen Rußland, das der Hauptgegner einer eigenen Staatlichkeit war, unentbehrlich. Umgekehrt stieg die Bedeutung der Polen für Wien in dem Maße, in dem sich die Beziehungen zum ehemaligen Verbündeten Rußland verschlechterten. Ohnehin wurde die Politik in Galizien bis zur Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts 1907 ausschließlich vom polnischen Landadel gemacht, der danach zwar an politischer Macht verlor, aber durch seine finanziellen Möglichkeiten und die Positionen in Wien weiter großen Einfluß besaß. Der polnische Großgrundbesitz hatte mit Wien gleichsam einen Pakt geschlossen, der durch die Autonomierechte legalisiert wurde. Ihm wurde die Beibehaltung des Status quo und vor allem seiner sozialen Stellung garantiert.<sup>29</sup> Der grundbesitzende Adel festigte seine politische Position im Land auf Kosten der liberal-demokratischen Elemente und auf Kosten der Ukrainer.<sup>30</sup> Der Bezug auf die Region war die beste Grundlage für die reformfeindliche Haltung des Adels.<sup>31</sup> Wiener Hof und galizische Konservative waren in hohem Maße aufeinander angewiesen. Die galizischen Polen sicherten auch nach 1907 die Unterstützung der Regierungspolitik im Reichsrat, und Wien konnte sich einer soliden Machtdelegatur an der östlichen Flanke des Reiches sicher sein. Grundlage war nicht unwesentlich der machtpolitische Pragmatismus der polnischen Eliten, der sich galizisch regional orientierte. Er war es auch, der letztlich der tiefen Zerstrittenheit in der polnischen politischen Gesellschaft zwischen Konservativen, Demokraten, Progressiven, Nationaldemokraten und Sozialisten die Sprengkraft nahm.

### Galizien als westukrainische Orientierung

Integrativ für die galizische polnische Gesellschaft wirkte auch das Verhältnis zu der anderen dominierenden Nationalität in Galizien, den Ruthenen. Dies hat in der Ge-

---

<sup>28</sup> IVAN FRANKO: Die Folter in Galizien, in: DERS.: Beiträge (wie Anm. 25), S. 372-375, hier S. 375.

<sup>29</sup> MARSCHALL VON BIEBERSTEIN (wie Anm. 21), S. 369 f.; PHILIP PAJAKOWSKI: Dynamics of Galician Polish Conservatism in the Late Nineteenth Century, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 43 (1995), 1, S. 19-33.

<sup>30</sup> BUSZKO: Die galizische Autonomie (wie Anm. 25), S. 89.

<sup>31</sup> HELENA MAĐUROWICZ-URBAŃSKA: Die Industrie Galiziens im Rahmen der wirtschaftlichen Struktur der Donaumonarchie, in: *Studia Austro-Polonica* 1 (1978), S. 157-173; CLAUDIA KRAFT: Das galizische Bürgertum in der autonomen Ära (1866-1914). Ein Literaturüberblick, in: *Polen und die böhmischen Länder im 19. und 20. Jh.*, München 1997, S. 81-110, hier S. 91; JÓZEF BUSZKO: Stosunki gospodarczo-społeczne w Galicji i na Śląsku Cieszyńskim po uwłaszczeniu [Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Galizien und im Teschener Schlesien nach der Bauernbefreiung], in: *Historia Polski*, Bd. 3, 1, Warschau 1963, S. 302 f.; DERS.: Zum Wandel der Gesellschaftsstruktur in Galizien und der Bukowina, Wien 1978, S. 6 ff.

schichtsschreibung vor allem als polnisch-ruthenischer Konflikt Niederschlag gefunden. Seit dem Frühjahr 1848 artikulierten sich die Ruthenen national und forderten die Anerkennung einer eigenen, von Polen und Russen unterschiedenen Nationalität sowie die Gleichberechtigung gegenüber den anderen Nationalitäten der Habsburgermonarchie. 1848 verlangte der maßgeblich von der ruthenischen Geistlichkeit beeinflusste „Haupttrat der Ruthenen“ eine Teilung Galiziens und die Zusammenfassung der ruthenischen Bevölkerung, die östlich des San die Majorität bildete.<sup>32</sup> Die Forderungen resultierten einerseits aus der administrativen Eigenständigkeit der Region und der kulturellen Entfaltungsmöglichkeiten der Ruthenen in der Habsburgermonarchie, andererseits aus der sozialen Auseinandersetzung mit dem polnischen Großgrundbesitz<sup>33</sup>, die zu kultureller Segregation und territorialer Grenzziehung geführt hatte.

Die polnischen Eliten, vor allem der alteingesessene Adel, lehnten jegliche Teilungsvorstellungen strikt ab, sie verstanden sich aufgrund ihrer sozialen Stellung, der historischen Ansprüche einer im öffentlichen Bewußtsein noch voll präsenten polnischen Staatlichkeit und der machtpolitischen Tatsache polnischer Eliten in der Habsburgermonarchie als legitime Vertreter eines Galizien in seiner gegebenen territorialen Gestalt. Gerade in dieser Abwehr des polnischen Elements lag eine wichtige Triebkraft der kulturellen Sammlung und Bewußtwerdung, mit der sich das Ukrainertum Galiziens kulturell und territorial fixierte.<sup>34</sup> Hauptanliegen der Teilung Galiziens waren die Schaffung eines polnischen und eines ruthenischen autonomen Teils mit dem San als Grenze sowie die Bildung eines selbständigen ruthenischen Kronlands, bestehend aus Ostgalizien, der Nordbukowina und den ungarischen Gebieten der Karpatoukraine. Dabei sollte der Gedanken einer ukrainischen Eigenstaatlichkeit jedoch nicht aufkommen.<sup>35</sup>

In den fünfziger Jahren entstand die so genannte altruthenische Bewegung unter Führung unierter Geistlicher des Lemberger Metropolitankapitels. Sie sahen die Ru-

---

<sup>32</sup> BORYS KRUPNYCKYJ: Geschichte der Ukraine, Leipzig o.J., S. 253; BIHL: Die Ruthenen (wie Anm. 10), S. 556 f.; STEPAN BARAN: Die erste ukrainische politische Organisation in Galizien, in: Die Ukraine in Vergangenheit und Gegenwart 27 (1964), S. 97-103.

<sup>33</sup> STELLA M. HRYNIUK: Polish Lords and Ukrainian Peasants. Conflict, Deference and Accommodation in Eastern Galicia in the Late 19<sup>th</sup> Century, in: Austrian History Yearbook 24 (1993), S. 119-132; DIES.: Peasants with Promise. Ukrainians in Southeastern Galicia 1880-1900, Edmonton 1991; KRZYSZTOF DUNIN-WĄSOWICZ: Die sozialen und politischen Bewegungen der polnischen und ukrainischen Bauern in Galizien am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas 4 (1960), S. 174-198.

<sup>34</sup> KERSTIN SUSANNE JOBST: Die ukrainische Nationalbewegung bis 1917, in: Geschichte der Ukraine (wie Anm. 10), S. 156-171, hier S. 163; ANDRZEJ ZIEBA: Gente Rutheni, nazione Poloni. Z problematyki kształtowanie się ukraińskiej świadomości narodowej w Galicji [Gente Rutheni, nazione Poloni. Zum Problem der Herausbildung des ukrainischen Nationalbewußtseins in Galizien], in: Polski Akademia Umiejętności, wydział historyczno-filozoficzny. Praca komisji wschodnoeuropejskiej, Bd. 2, Kraków 1995, S. 61-77.

<sup>35</sup> JAROSLAW HRYCAK: Zur Genese der Idee der politischen Selbständigkeit der Ukraine, in: Jahrbuch der Ukrainekunde 28 (1991), S. 67-90, hier S. 68.

thenen als einen Teil des russischen Volkes an und traten für das Kirchenslawische als Literatursprache der Ruthenen ein. Rußland unterstützte diese eher gemäßigte Richtung einer kulturellen Absonderung, die von Wien mißtrauisch beobachtet und von den Polen geduldet wurde. Seit den sechziger Jahren begannen sich die Jungruthenen in Abgrenzung zu den Altruthenen zu formieren. Sie traten für eine kulturelle und territoriale Eigenständigkeit ein und entsprachen mit ihrer klaren Massensorientierung und Programmatik eher dem Typ der modernen nationalen Bewegung. Die Jungruthenen übernahmen in den achtziger Jahren die Führung der nationalen Bewegung in Galizien. Die Unterstützung Wiens für die jungruthenische Bewegung, die auf einen Ausgleich mit den Polen drängte, vermochte zwar die national-ukrainische Bewegung zu regionalisieren und die von den sich moskalophil orientierenden Altruthenen ausgehende Gefahr einer Einbindung in das russische Reich<sup>36</sup> zu bändigen. Sie hatte aber nicht die Kraft eines austro-ruthenischen Nationalbewußtseins<sup>37</sup> und damit einer territorialen Sicherung der östlichen Flanke des Reiches. Dazu reichte auch die geradezu sprichwörtliche „Kaisertreue“ nicht aus, die in fast allen gesellschaftlichen Gruppen – auch unter den Polen – bis in den Krieg hinein ausgeprägt war.<sup>38</sup> Die desintegrierenden Faktoren sozialer Spannungen und national-kultureller Sammlung waren größer als die Potenz zu einem landesnationalen Bewußtsein. Die Autonomisierung und damit die Verfestigung regionaler Strukturen unterstützten also die Fixierung der Individuen auf eine Nationalität und forcierten die zisleithanische Nationalitätenpolitik sowie die nationalen Gegensätze. Daraus ist jedoch nicht die stringente Förderung des Zerbrechens eines Landesbewußtseins<sup>39</sup> abzuleiten, da hiermit vor allem die Eigendynamik der Nationalisierung und letztlich die Unzulänglichkeit der Autonomisierung vernachlässigt würden.

#### Polnisches und ukrainisches Piemont

Die polnische und die ukrainische Nationalbewegung, die auf ihrem Gesamtterritorium mit unterschiedlicher Intensität wirkten, verlagerten den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit in den siebziger Jahren nach Galizien. Damit wurde eine historische Landschaft, die an der Peripherie des beanspruchten Territoriums lag, zum Zentrum nationaler Anstrengungen. Aus einem Gebiet eher marginaler Bedeutung heraus sollte der

---

<sup>36</sup> PAUL ROBERT MAGOCSI: Old Ruthenianism and Russophilism: A New Conceptual Framework for Analysing Nationale Ideologies in Late 19<sup>th</sup> Century Eastern Galicia, in: American Contributions to the Ninth International Congress of Slavists, hrsg. von PAUL DEBRECZENY, Bd. 7, Columbus/Ohio 1983, S. 305-324.

<sup>37</sup> KANN: Zur Problematik der Nationalitätenfrage (wie Anm. 15), S. 1317.

<sup>38</sup> JOBST (wie Anm. 34), S. 166; BRUCKMÜLLER (wie Anm. 2), S. 281 ff.; ROBERT A. KANN: Die Frage der Einheit der östlichen Länder in der Habsburger Monarchie, in: Österreichische Osthefte 17 (1975), 3, S. 241-253, hier S. 250 f.

<sup>39</sup> MATTHIAS WEBER: Ein Modell für Europa? Die Nationalitätenpolitik in der Habsburgermonarchie – Österreich und Ungarn 1867-1914 im Vergleich, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 47 (1996), 11, S. 651-672, hier S. 669 ff.

Sammlungsprozeß von Individuen und Territorien zu einer Nation vollzogen werden. Sowohl für die Polen als auch für die Ukrainer befanden sich die Zentren ihrer staatlichen Vorstellungen in anderen Teilungsgebieten oder Großreichen und auch die Masse der Konnationalen außerhalb Galiziens. Der Grund für eine Orientierung auf Galizien lag vor allem in der nationalen Unterdrückungspolitik Rußlands und der antipolnischen Politik Preußens, aber auch in der kulturellen Trennung der Kleinrussen von den Großrussen im Zarenreich. In letzterem fehlten eine nationalsprachliche Kommunikation und die Einheitlichkeit der orthodoxen Kirche, die Möglichkeiten geboten hätte, aus den späteren Ukrainern und Russen eine Nation zu formen. Wesentlich anders waren die Voraussetzungen im zisleithanischen Teil der Habsburgermonarchie. Die De-facto-Autonomie bedeutete einen Ausgleich zwischen Wien und den Polen Galiziens und gab auch den Ruthenen ungleich bessere Entwicklungsmöglichkeiten. Der sich zuspitzende polnisch-ruthenische Konflikt zog in dieser Situation die nationalen Konturen schärfer und wirkte innerhalb des funktionierenden Aufbaus einer nationalen Gesellschaft national mobilisierend. Dieser Prozeß war zunächst eine Regionalisierung der nationalen Bewegung und wurde von dieser auch so wahrgenommen. Im Vollzug räumlicher Identität wurden spezifische Ausprägungsformen sozialer Systeme geschaffen, für die Gruppenkohäsion und Gruppenloyalität wichtig waren und denen sich die Mitglieder verbunden fühlten.<sup>40</sup> In diesem Zusammenhang entstand für beide Nationalitäten der Begriff und auch das Bewußtsein eines „Piemonts in Galizien“.<sup>41</sup>

Ein grundlegendes Element kultureller Identität der ruthenischen Bevölkerung Galiziens war die griechisch-katholische unierte Kirche, die ein geschlossenes galizisches Christentum konstituierte.<sup>42</sup> Die enge Bindung von Bauern und Priester lag darin begründet, daß der Priester von der ländlichen Bevölkerung als alleiniger Interessenvertreter und Garant der kulturellen Identität wahrgenommen wurde. Umgekehrt war die Gläubigkeit der ruthenischen Bauern im anders- wie auch konnationalen, religiös feindlichen Umfeld für die unierte Geistlichkeit von existentieller Bedeutung. Aus dieser kulturellen und territorialen Kongruenz entwickelte sich ein identifikationsstiftendes Verhältnis, das die Nationalisierung der Ruthenen in Galizien sowie eine landschaftliche Bewußtwerdung entscheidend mitbestimmte.<sup>43</sup> Einerseits standen

---

<sup>40</sup> WEICHHARDT (wie Anm. 5), S. 92 ff.

<sup>41</sup> JÓZEF BUSZKO: Das autonome Galizien als Zentrum der polnischen Unabhängigkeitsbewegung, in: Galizien um die Jahrhundertwende. Politische, soziale und kulturelle Verbindungen mit Österreich, hrsg. von KARLHEINZ MACK, München 1990, S. 27-43, hier S. 27 f., 30; RICHARD GEORG PLASCHKA: Polnisches „Piemont“ im Norden der Donaumonarchie, ebenda, S. 11-25, hier S. 16, 18; JÓZEF BUSZKO: Galicja 1859-1914. Polski Piemont?, Warszawa 1989; CYBENKO (wie Anm. 6), S. 112.

<sup>42</sup> PUCEK (wie Anm. 4), S. 12.

<sup>43</sup> OSYP DUMIN: Die nationale Wiedergeburt der galizischen Ukraine und ihre Geistlichkeit, in: Kyros 3 (1938), S. 75-88; JOHN PAUL HIMKA: Kościół grecko-katolicki a procesy narodotwórcze wśród Ukraińców w Galicji. Krótki przegląd [Die griechisch-katholische Kirche und der Prozeß der Nationsbildung in Galizien. Kurzer Überblick], in: Znak 37 (1985), S. 41-52; DERS.: Priests and Peasants: The Greek Catholic Pastor and the Ukrainian

griechisch-katholische ruthenische Bauern und unierte Priester in sozialer und kultureller, zunehmend auch machtpolitischer und nationaler Konkurrenz zum polnischen Landadel und seiner römisch-katholischen Kirche. Andererseits waren die Konnationalen in Südrußland sowie in der links- und rechtsufrigen Ukraine wie die Großrussen orthodox und damit nicht nur territorial, sondern auch konfessionell scharf getrennt. Unter einem von beiden Seiten permanent ausgeübten Druck zur Konversion<sup>44</sup> entwickelte sich in Galizien ein direktes Abhängigkeitsverhältnis zwischen Priester und Bauern, das die nationale Orientierung stärkte und regionalisierte. „Die unierte Kirche stellte das institutionelle Netzwerk für nationale Organisationen, Priester schufen die Infrastruktur der Bewegung auf dem Lande.“<sup>45</sup> Dadurch entstand das Bild der Bauernkirche<sup>46</sup> und die Sicht auf das ukrainische Volk in Galizien als das der Bauern und Priester – „Chłop i Pop“, wie es despektierlich von den Polen genannt wurde.<sup>47</sup> Der eigentliche Grund dafür lag in der wenig strukturierten Gesellschaft und dem fast völligen Fehlen eines einheimischen Adels. In der Auseinandersetzung mit den polnischen Großgrundbesitzern und – gewissermaßen nachgeordnet – mit den Juden als Pächtern oder in anderen Vermittlerfunktionen entstanden soziale Konflikte, aus denen die für Galizien typischen antisemitischen Exzesse der Bauern resultierten.<sup>48</sup>

Die Verquickung von sozialen und nationalen Problemlagen, die auch den Habitus der nationalen Bewegung der Ruthenen kennzeichneten, führten am Ende des 19. Jahrhunderts zu einer Radikalisierung der nationalen Konflikte und zu sozialen Unruhen in Galizien. Beeinflusst durch revolutionäre Elemente aus dem russischen Teil der

---

National Movement in Austria 1867-1900, in: Canadian Slavonic Papers 21 (1979), Heft 1, S. 1-14; DERS.: The Greek Catholic Church and Ukrainian Society in Austrian Galicia, Cambridge Mass. 1986; DERS.: The Greek Catholic Church and Nation-Building in Galicia, 1772-1918, in: Harvard Ukrainian Studies 8 (1984), 3/4, S. 426-452; ERNST C. SUTTNER: Österreichs Politik gegenüber der griechisch-katholischen Kirche Galiziens, in: Ostkirchliche Studien 46 (1997), 1, S. 3-14; EMANUEL TURCZYNSKI: The National Movement in the Greek Orthodox Church in the Habsburg Monarchy, in: Austrian History Yearbook 3 (1967), 3, S. 83-128.

<sup>44</sup> JAROSŁAW MOKLAK: Aspekty polityczne życia religijnego Ukraińców w Galicji. Ekspansja prawosławia rosyjskiego [Politische Aspekte des religiösen Lebens der Ukrainer in Galizien. Die Expansion der russischen Rechtgläubigen], in: Ukraina – Polska. 1000 lat sąsiedztwa, Bd. 1, Przemyśl 1990, S. 199-206.

<sup>45</sup> ANDREAS KAPPELER: Kleine Geschichte der Ukraine, München 1994, S. 136.

<sup>46</sup> VON WERDT (wie Anm. 11), S. 82 ff.

<sup>47</sup> ANDREAS KAPPELER: Die ukrainische Nationalbewegung im Russischen Reich und in Galizien: Ein Vergleich, in: Entwicklung der Nationalbewegungen in Europa 1850-1914, hrsg. von HEINER TIMMERMANN, Berlin 1998, S. 175-196, hier S. 187.

<sup>48</sup> JÓZEF BUSZKO: Die Stellung der Polen und Ukrainer zur jüdischen Frage im autonomen Galizien, in: Österreichische Osthefte 38 (1996), Heft 3, S. 275-291; CLAUDIA KRAFT: Die jüdische Frage im Spiegel der Presseorgane und Parteiprogramme der galizischen Bauernbewegung im letzten Viertel des 19. Jhs., in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung, N.F. 45 (1996), 3, S. 381-410; KAI STRUVE: Die Juden in der Sicht der polnischen Bauernparteien vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1939, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung, N.F. 48 (1999), 2, S. 184-225.

Ukraine kam es zu einer starken Politisierung der nationalen Bewegung und zu einer Reihe von Parteigründungen. Die nach Rußland hin orientierten Altruthenen mußten ihre Machtpositionen räumen und an die Jungruthenen abgeben, die Mitte der neunziger Jahre zum ersten Mal die Schaffung einer unabhängigen Ukraine forderten.<sup>49</sup> Vorausgegangen waren Arbeiten aus der Lemberger Universität, die den Gedanken der ethnischen Identität der Ruthenen in Galizien anhand der historischen Vorbilder einer Eigenstaatlichkeit entwickelt hatten.<sup>50</sup> Nunmehr bestimmten radikale nationale Parteien mit einer ausgeprägten sozialen Programmatik die ruthenische Bewegung und repräsentierten sie gegenüber den Andersnationalen und der Herrschaftsmacht. Infolge eines Generationswechsels standen neue Eliten an ihrer Spitze.<sup>51</sup> Vor allem Rechtsanwälte und Professoren, aber auch gebildete Bauern setzten sich für die Vereinigung aller Ukrainer und für ihre politische Unabhängigkeit ein, was sich prägnant in der Schrift Julijan Baczynskis „Ukraina Irredenta“ aus dem Jahre 1895 niederschlug.<sup>52</sup> Baczynski verkörperte den prononcierten Anspruch der galizischen nationalen Bewegung, sich innerhalb der ukrainischen Nationalbewegung von den Dneprukrainern in Rußland zu emanzipieren.<sup>53</sup>

Die Jungruthenen erhielten Unterstützung vom Lemberger Metropoliten der griechisch-katholischen Kirche, Alexander Scheptyckij. Anders als seine Vorgänger stand er der ukrainischen Nationalbewegung nahe. Er erhob die unierte Kirche zur Nationalkirche und rief orthodoxe Ukrainer und Russen zu einer Union mit Rom auf.<sup>54</sup> Die Radikalen wollten die stufenweise Herstellung eines zentralisierten ukrainischen Na-

<sup>49</sup> HRYCAK (wie Anm. 35), S. 75; JOHN PAUL HIMKA: Young Radicals and Independent Statehood. The Idea of a Ukrainian Nation-State, in: *Slavic Review* 41 (1982), Heft 2, S. 219-235; IVAN L. RUDNYTSKI: The Ukrainians in Galicia under Austrian Rule, in: *Nationsbildung* (wie Anm. 22), S. 23-67, hier S. 57 ff.

<sup>50</sup> VOLODYMYR POTULNICKYJ: Das ukrainische historische Denken im 19. und 20. Jahrhundert. Konzeptionen und Periodisierung, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 45 (1997), 1, S. 2-29, hier S. 21.

<sup>51</sup> KAPPELER (wie Anm. 47), S. 189; DERS.: Aspekte der ukrainischen Nationalbewegung im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: *Ukraine: Gegenwart und Geschichte eines neuen Staates*, hrsg. von GUIDO HAUSMANN und ANDREAS KAPPELER, Baden-Baden 1993, S. 70-81, hier S. 74 f.; JOHN PAUL HIMKA: *Galician Villagers and the Ukrainian National Movement in the Nineteenth Century*, London 1988, S. 143 ff.

<sup>52</sup> KERSTIN SUSANNE JOBST: Marxismus und Nationalismus: Julijan Baczynski und die Rezeption seiner „Ukraina irredenta“ (1895/96) als Konzept der ukrainischen Unabhängigkeit?, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 45 (1997), 1, S. 31-47.

<sup>53</sup> HRYCAK (wie Anm. 35), S. 78 f.

<sup>54</sup> BIHL: Aufgegangen in Großreichen (wie Anm. 10), S. 126-157, hier S. 133; VASYLO IVANYSYN: Die ukrainische Kirche und der Prozeß der nationalen Wiedergeburt, in: *Jahrbuch der Ukrainekunde* 27 (1990), S. 105-148, hier S. 131; EMANUEL TURCZYNSKI: Orthodoxe und Unierte, in: *Die Habsburgermonarchie 1848-1918*, Bd. 4: Die Konfessionen, Wien 1985, S. 413-418, 448-453; ALEKSANDER KRAWCZUK: Metropolita Szeptycki wobec politycznego zaangażowania kleru grecko-katolickiego w Galicji 1900-1914 [Metropolit Szeptycki und das politische Engagement des griechisch-katholischen Klerus in Galizien], in: *Metropolita Andrzej Szeptycki. Studia i materiały*, Kraków 1994.

tionalstaats. Der erste Schritt dazu sollte ein souveräner ukrainischer Staat mit Galizien und der Nordbukowina sein.<sup>55</sup> Obwohl in der ukrainischen Nationalbewegung zahlreiche Loyalitäten und sich ausschließende Anschauungen im Konflikt miteinander standen<sup>56</sup>, fanden diese in der Orientierung auf Galizien einen gemeinsamen Nenner. Das traf auch auf die Kreise zu, die sich seit der Jahrhundertwende wieder stärker für eine nationale Autonomie Ostgaliziens im Rahmen der Habsburgermonarchie aussprachen.<sup>57</sup> Sie wurden von den Radikalen zunehmend zurückgedrängt und stießen mit ihrem Plan, Galizien zu teilen, weiter auf die strikte Ablehnung der Polen.<sup>58</sup> Durch die enge Verbindung von sozialen und nationalen Forderungen in der ukrainischen Nationalbewegung, dem „ukrainischen Dualismus“<sup>59</sup>, war der Einfluß der galizischen Sozialisten groß. Allerdings setzte sich auch bei den Ukrainern das nationale Konzept gegen den internationalistischen Auftrag durch.<sup>60</sup> 1899 entschied Ivan Franko als einer der führenden Vertreter der Sozialisten: „Zuerst Ruthene und danach Radikaler.“<sup>61</sup>

---

<sup>55</sup> HRYCAK (wie Anm. 35), S. 76.

<sup>56</sup> PAUL ROBERT MAGOCSI: The Ukrainian National Revival: A New Analytical Framework, in: Canadian Review of Studies in Nationalism 16 (1989), Heft 1-2, S. 45-62.

<sup>57</sup> MICHAEL HRUSCHEWSKYI: Die ukrainische Frage in ihrer historischen Entwicklung, Wien 1915, S. 51.

<sup>58</sup> HEINZ LEMKE: Die Regierung Stürgkh und die Pläne zur Teilung Galiziens, in: Österreich-Ungarn in der Weltpolitik 1900-1918, hrsg. von FRITZ KLEIN, Berlin 1965, S. 267-283, hier S. 283; BATOWSKI (wie Anm. 21), S. 551.

<sup>59</sup> HRYCAK (wie Anm. 35), S. 81.

<sup>60</sup> KERSTIN SUSANNE JOBST: Zwischen Nationalismus und Internationalismus. Die polnische und ukrainische Sozialdemokratie in Galizien von 1890 bis 1914. Ein Beitrag zur Nationalitätenfrage im Habsburgerreich, Hamburg 1996, S. 157 ff.; JOHN PAUL HIMKA: Socialism in Galicia. The Emergence of Polish Social Democracy and Ukrainian Radicalism (1860-1890), Cambridge Mass. 1983; JÓZEF BUSZKO: Die Nationalitätenfrage in der Donaumonarchie und die Polnische Sozialdemokratische Partei Galiziens und Schlesiens, in: Polen im alten Österreich. Kultur und Politik, hrsg. von WALTER LEITSCH und STANISŁAW TRAWKOWSKI, Wien u.a. 1993, S. 22-32; WALENTYNA NAJDUS: Kwestia narodowa w ujęciu PPSD Galicji i Śląska [Die nationale Frage aus der Sicht der PPSD Galiziens und Schlesiens], in: Kwartalnik Historyczny 89 (1982), S. 271-297; DIES.: Polska Partia Socjalno-Demokratyczna Galicji i Śląska 1890-1919 [Die Polnische Sozialdemokratische Partei Galiziens und Schlesiens 1890-1919], Warszawa 1983; DIES.: Ruch robotniczy w Galicji w latach 1890-1900 [Die Arbeiterbewegung in Galizien in den Jahren 1890-1900], in: Przegląd Historyczny 53 (1962), S. 86-118, hier S. 91 ff.; ELŻBIETA HORNOWA: Ukraiński obóz postępowy i jego współpraca z polską lewicą społeczną w Galicji 1876-1895 [Das ukrainische progressive Lager und seine Zusammenarbeit mit der polnischen sozialen Linken 1876-1895], Wrocław 1968; DIES.: Współpraca Ukraińskiej Partii Socjalno-Demokratycznej z Polską Partią Socjalno-Demokratyczną Galicji i Śląska w latach 1899-1902 [Die Zusammenarbeit der Ukrainischen Sozialdemokratischen Partei mit der Polnischen Sozialdemokratischen Partei Galiziens und Schlesiens 1899-1902], in: Przegląd Humanistyczny 28 (1984), S. 69-86.

<sup>61</sup> HRYCAK (wie Anm. 35), S. 84.

Diese Entwicklungen um die Jahrhundertwende festigten die Sonderstellung Galiziens innerhalb der gesamten ukrainischen Nationalbewegung. Dabei wuchs der Einfluß der Nationalbewegung derartig, daß ein nationales gesellschaftliches System der Ukraine in Galizien entstand<sup>62</sup> und in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts von einer „ukrainischen Eroberung“ Galiziens die Rede war.<sup>63</sup> Sofern die Idee des ukrainischen Staates von der Existenz einer ukrainischen Nation im Sinne eines funktionierenden sozialen Organismus abhing<sup>64</sup>, zeigte sie sich bei der Suche nach ihrer territorialen Beschreibung ungleich offener als die polnische. Für die an Macht gewinnenden radikalen Kräfte in der ukrainischen Nationalbewegung Galiziens wurde die Vorstellung von Galizien als Ausgangspunkt einer ukrainischen Staatlichkeit, die zunächst zu einer Vereinigung mit der Nordbukowina führen sollte, immer wichtiger.<sup>65</sup> Schon während der praktischen Umsetzung der autonomen Regelungen entstanden unter den Ukrainophilen die Vorstellungen einer westukrainischen oder galizisch-ruthenischen Identität und eines Ausgleichs mit den Polen in Galizien.<sup>66</sup> Die Verständigung auf landschaftlicher oder regionaler Grundlage, die mehrmals im Ansatz scheiterte<sup>67</sup>, kam erst auf Druck Wiens und angesichts der drohenden Kriegsgefahr Anfang 1914 zustande.<sup>68</sup>

---

<sup>62</sup> NATALJA POLONSKA-VASYLENKO: *Geschichte der Ukraine. Von den Anfängen bis 1923*, München 1988, S. 648 ff.; KAPPELER (wie Anm. 45), S. 139; STELLA M. HRYNIUK: *Peasant Agriculture in East Galicia in the Late Nineteenth Century*, in: *The Slavonic and East European Review* 63 (1985), S. 228-243, hier S. 241 f.; STEFAN ZABROWARNY: *Institutionalny rozwój ukraińskiego ruchu narodowego w Galicji w latach 1864-1914* [Die Entwicklung der Institutionen der ukrainischen nationalen Bewegung in Galizien in den Jahren 1864-1914], in: *Warszawskie Zeszyty Ukrainoznawcze* 2 (1994), S. 69-81; ROMAN DRAZNIOWSKYJ: *Galizien unter österreichischer und polnischer Herrschaft. Kulturpolitische und wirtschaftliche Entwicklung der Ukrainer*, Phil. Diss. Innsbruck 1957, S. 86 ff.

<sup>63</sup> HRYCAK (wie Anm. 35), S. 83.

<sup>64</sup> Ebenda, S. 81.

<sup>65</sup> Ebenda, S. 76.

<sup>66</sup> HELMUT RUMPLER: *Österreichische Geschichte 1804-1914. Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie*, Wien 1997, S. 431; JAKUB FORST-BATTAGLIA: *Die polnisch-ukrainischen Beziehungen in Galizien zwischen 1866 und 1873*, in: *Studia Austro-Polonica* 1 (1978), S. 47-62, hier S. 53 ff.

<sup>67</sup> CZESŁAW PARTACZ: *Przyczyny i przebieg konfliktu ukraińsko-Polskiego w Galicji na przełomie XIX i XX w.* [Ursachen und Verlauf des polnisch-ukrainischen Konfliktes in Galizien um die Wende vom 19. zum 20. Jh.], in: *Przegląd Wschodni* 2 (1992/93), Heft 4 (8), S. 841-849; DERS.: *Od Badaniego do Potockiego. Stosunki polsko-ukraińskie w Galicji w latach 1888-1908* [Von Badeni zu Potocki. Die polnisch-ukrainischen Beziehungen in Galizien 1888-1908], Toruń 1996.

<sup>68</sup> GERALD STOURZH: *Die Gleichberechtigung der Nationalitäten in der Verfassung und Verwaltung Österreichs 1848-1918*, Wien 1985, S. 229 ff.

## Galizien als nationales Territorium

Der zu Beginn des neuen Jahrhunderts von den führenden nationaldemokratischen und sozialdemokratischen Parteien vertretene Selbstständigkeitsanspruch der Ukraine war eindeutig galizisch gefärbt. Er ging von der Ukraine als Nation in Galizien aus und sollte auf die anderen Gebiete übertragen werden.<sup>69</sup> Somit war die Möglichkeit der Formierung einer separaten ruthenischen, westukrainischen Nation trotz reger Wechselbeziehungen zwischen den nationalen Aktivisten im Russischen Reich und in Galizien vor dem Ersten Weltkrieg durchaus gegeben.<sup>70</sup> „Auch wenn die ukrainische Nationalbewegung scheinbar die West- und Ostukraine miteinander verband, ihre politische und kulturelle Sozialisation in Österreich/Ungarn bzw. dem Russischen Kaiserreich errichtete eine Kluft, die größer war, als die künstlichen Grenzen suggerierten, die Ende des 18. Jahrhunderts gezogen worden waren.“<sup>71</sup> Dabei war die Verbindung mit den Ukrainern in Rußland oder unmittelbar mit dem großen Brudervolk der Russen das Ziel der Ruthenen. Im Vordergrund des politischen Denkens stand hier unverrückbar der Nationalismus.<sup>72</sup> Die regionalen Gegebenheiten Galiziens haben diese Grundhaltung jedoch zunehmend zugunsten eines Abgleichs zwischen regionaler Persistenz und nationaler Konsistenz in Frage gestellt. Gerade im Zuge der Verfeinerung respektive der Konkretisierung des territorialen Konzepts des ukrainischen Nationalismus wurde die historische Landschaft als möglicher Verwirklichungsraum wahrgenommen. Regionalismus und Nationalismus gingen hier eine Symbiose ein, indem die territoriale Bestimmungsnot der nationalen Bewegung aufgrund des Realitätsgehalts staatlicher Verwirklichung durch ein begründbares und realisierbares Angebot abgefangen wurde. Unter dem Diktum Michailo Hruschewskijs<sup>73</sup>, „daß wenn sich Galizien und die Großukraine nicht um die Annäherung gekümmert hätten, so würden in 20, 30 Jahren zwei verschiedene Nationalitäten aus einer ethnischen Wurzel entstehen“<sup>74</sup>, war ein Verbleib im territorialen Nukleus nationalstaatlicher Idealvorstellungen durchaus möglich. Dies war unter den europäischen Nationalbewegungen, die immer bestrebt waren, ganze Nationen zu vereinen, außergewöhnlich, wenn nicht einzigartig.

---

<sup>69</sup> POTULNYCKYJ (wie Anm. 50), S. 4, 23.

<sup>70</sup> KAPPELER (wie Anm. 47), S. 196.

<sup>71</sup> BIHL: Aufgegangen in Großreichen (wie Anm. 10), S. 157.

<sup>72</sup> KANN: Zur Problematik der Nationalitätenfrage (wie Anm. 15), S. 1328.

<sup>73</sup> Michailo Hruschewskij war Nestor der ukrainischen Geschichtswissenschaft, Professor an der Universität Kiew, lehrte ab 1894 in Lemberg Ukrainische Geschichte und wurde 1918 der erste Präsident der Ukraine.

<sup>74</sup> CYBENKO (wie Anm. 6), S. 113. Zur Fragestellung einer einheitlichen Nation der ukrainischen Teilgebiete vgl. auch ANDREAS KAPPELER: Ein „kleines Volk“ von 25 Millionen: Die Ukrainer um 1900, in: Kleine Völker in der Geschichte Osteuropas. Festschrift für Günter Stökl zum 75. Geburtstag, hrsg. von MANFRED ALEXANDER u.a., Stuttgart 1991, S. 33-42, hier S. 36, 39.

## Galizien und der Erste Weltkrieg

Die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg und den Frontbildungen zwischen den dominanten Mächten Ost- und Ostmitteleuropas wurde stark durch das galizische Problem mit seinen unterschiedlichen nationalen Bestrebungen und territorialen Vorstellungen bestimmt.<sup>75</sup> Was für die Doppelmonarchie die Bedrohung durch eine Rußlandneigung ukrainischer Nationaler darstellte, war für Rußland das galizische Piemont und die starke Position der Polen in Galizien.<sup>76</sup> Auch glaubten Politiker und Militärs beider Reiche in der ukrainischen und polnischen Frage in Galizien einen Sprengstoff gefunden zu haben, der sich gegen den Rivalen verwenden ließ<sup>77</sup> und der in der Forschungsliteratur als „Kriegsgrund Galizien“ bezeichnet wurde.<sup>78</sup> Das Nationalitätenproblem und die Außenpolitik konnten im Zeitalter der Demokratisierung der Massen immer weniger auf einen Nenner gebracht werden.<sup>79</sup>

Der Erste Weltkrieg, in dem sich soziale Konflikte zuspitzten und der die überkommenen Ordnungen in Frage stellte, brachte für die nationalen Belange – wenn anfänglich auch eher zögerlich – reale Aussichten auf Lösungsmöglichkeiten. Im Laufe der Kriegsereignisse wurden mehrere Varianten der galizischen Staatlichkeit aus der Perspektive beider Nationalitäten durchgespielt. Der für Österreich-Ungarn und Rußland unglückliche Kriegsverlauf stellte alte Loyalitäten in Frage, und der polnisch-ruthenische Konflikt verschärfte sich zu einem Kampf um das als national empfundene Territorium. Die noch im Jahre 1915 favorisierte austropolnische Lösung eines Trialismus der Habsburgermonarchie ging bei einer Lösung der polnischen Frage weiter von einer stark regional geprägten Perspektive aus, mit der die polnischen Konservativen eine polnische Staatlichkeit in Galizien mit Anschluß Russisch-Polens erreichen wollten. Dieses Modell scheiterte schnell an der Ablehnung großdeutscher Kreise in Wien, am Desinteresse Ungarns und an der sprunghaft an Einfluß gewinnenden antideutschen und antiösterreichischen Haltung der polnischen Nationaldemokratie in Galizien<sup>80</sup> und Rußland. Nach der Wiedereroberung Galiziens im Früh-

---

<sup>75</sup> WOLFDIETER BIHL: Die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland in bezug auf die galizische Frage, in: Galizien um die Jahrhundertwende (wie Anm. 41), S. 35-50.

<sup>76</sup> BACHMANN (wie Anm. 26), S. 56.

<sup>77</sup> LEMKE (wie Anm. 58), S. 268; KERSTIN SUSANNE JOBST: Ein politischer Mord in der Habsburgermonarchie: Das Potocki-Attentat von 1908. Ein Kulminationspunkt der Galizischen Krise?, in: Österreichische Osthefte 41 (1999), 1, S. 25-45, hier S. 38 f.

<sup>78</sup> Vgl. BACHMANN (wie Anm. 26), S. 59 ff. und seine Polemik S. 64, mit HEINZ LEMKE: Die Reichsleitung und die Polen Galiziens 1906-1910, in: Jahrbuch für die Geschichte der sozialistischen Länder Europas 22/2 (1978), S. 61-84, und ARMIN MITTER: Galizien – Krisenherd in den Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland 1910-1914, ebenda 28 (1984), S. 207-233.

<sup>79</sup> KANN: Zur Problematik der Nationalitätenfrage (wie Anm. 15), S. 1337.

<sup>80</sup> ADAM WĄTOR: Działalność Stronnictwa Demokratyczno-Narodowego w zaborze austriackim do roku 1914 [Die Tätigkeit der Nationaldemokratischen Partei im österreichischen Teilungsgebiet bis 1914], Szczecin 1993; DERS.: Nationaldemokraten aus Galizien und die deutsche Frage bis 1914, in: Historische Grenzlandschaften Ostmitteleuropas im 16.-20. Jh.

jahr 1915 brachte das Militärregime Österreichs die Massen gegen Österreich und die Mittelmächte auf und trieb so die politische Entmachtung des polnisch-galizischen konservativen Adels voran. Den endgültigen Schnitt brachte jedoch der Brester Frieden, mit dem der österreichische Außenminister Graf Czernin der Ukrainischen Volksrepublik das Lubliner Gebiet und die Zweiteilung Galiziens versprach.<sup>81</sup> Schließlich trat im Oktober 1918 das kaiserliche Manifest alle polnischen Gebiete der Monarchie an den neuen polnischen Staat ab. Die Herrschaftsmacht hatte sich verabschiedet, und Galizien wurde zum Streitobjekt beider Nationalitäten. Monatlang führten Polen und Ukrainer einen blutigen Krieg um das Land, auf dem für kurze Zeit eine ukrainisch-galizische Staatlichkeit in Gestalt der Westukrainischen Volksrepublik realisiert worden war.<sup>82</sup>

Am Ende des Ersten Weltkriegs war eine Lösung der nationalen Frage dringlich. Galizien stellte eine kleinräumige Lösung dar, die durch äußere Einwirkungen zu nichte gemacht wurde. Dies bedeutete nicht, daß die Entwicklung in Richtung des Nationalstaats ihr Ende erreicht hatte und für alle Zeiten unerreichbar geworden war.<sup>83</sup> Einmal mehr erwiesen sich Nation und Territorium als zwei Seiten einer Medaille, die den Spannungsbogen des Nationalismus und den essentiellen Boden nationaler Konflikte bildeten. Der Zug der Zeit lag in der Bildung von Nationalstaaten und nicht in der Fortentwicklung von Nationalitätenstaaten.<sup>84</sup>

Es läßt sich nur schwer beurteilen und entzieht sich vielfach der quellenmäßigen Faßbarkeit, welche sozialen und nationalen Gruppierungen welches Bewußtsein in Galizien hatten und wie stark diese Frage von lokalen, regionalen oder nationalen Selbstzuordnungen abhängig war. Auch die Reichweite und die Gestaltung eines galizischen Bewußtseins sind umstritten. Die Vorherrschaft territorial-lokaler Beziehungen und Orientierungen blieb bis weit in die Zwischenkriegszeit hinein ein charakteristisches Merkmal der galizischen Gesellschaft.<sup>85</sup> Die Entwicklung eines ruthenischen galizischen Regionalbewußtseins war eng mit der Nationalisierung verbunden, deren konstituierende Faktoren grundlegend in der unierten Kirche zu suchen waren. Es wurde maßgeblich von der habsburgischen Gestaltung des politischen Umfelds und dem polnisch-ruthenischen Gegensatz beeinflußt. Gerade die Umformung und Zerstörung traditioneller kleinräumiger Orientierungen durch die Nationalisierung eröffneten den Bewohnern die Wahrnehmung größerer Beziehungsräume<sup>86</sup> und erweiterten die

---

Gesellschaft-Wirtschaft-Politik, hrsg. von MIECZYSLAW WOJCIECHOWSKI und RALPH SCHATTKOWSKY, Toruń 1996, S. 193-208.

<sup>81</sup> BATOWSKI (wie Anm. 21), S. 552.

<sup>82</sup> RUDOLF A. MARK: Die gescheiterten Staatsversuche, in: Geschichte der Ukraine (wie Anm. 10), S. 172-201; DERS.: Das Problem einer ukrainischen Nationalstaatsbildung im 20. Jahrhundert, in: Ukraine: Gegenwart und Geschichte eines neuen Staates. hrsg. von GUIDO HAUSMANN und ANDREAS KAPPELER, Baden-Baden 1993, S. 82-99, hier S. 85 ff.

<sup>83</sup> KANN: Zur Problematik der Nationalitätenfrage (wie Anm. 15), S. 1338.

<sup>84</sup> Ebenda, S. 1323.

<sup>85</sup> PUCEK (wie Anm. 4), S. 14 f., 22.

<sup>86</sup> LILLI (wie Anm. 4), S. 95.

Identifikationspotentiale territorialer Bindungen oder definierten sie neu.<sup>87</sup> Das galizische Territorium wurde Teil der Repräsentation des „Wir“-Konzepts der ruthenischen nationalen Bewegung. Der regionale Bezug wurde zunehmend durch die nationale Vergewisserung definiert, mit der die realen Interessen breiterer Schichten berücksichtigt wurden, und verlor dadurch seine übernationale Bedeutung. Inwieweit der Einzelne diesem Prinzip folgte und ein galizisches ruthenisches Landesbewußtsein entwickelte oder behielt, war zu dem Zeitpunkt einer etablierten nationalen Bewegung, gefestigter nationaler gesellschaftlicher Strukturen und der Realisierung sozialer Beziehungen innerhalb kultureller Einheitlichkeit<sup>88</sup> mit klaren territorialen Vorstellungen zweitrangig. Die Veränderung des Inhalts regionaler Identitäten ist gleichzeitig aber ein Beleg für ihre Persistenz und die Stabilität der Region als Identifikationsobjekt.

Die polnischen Eliten, allen voran der galizische Adel, hatten traditionell ein ausgeprägtes Landesbewußtsein, das von der staatlichen Tradition der Adelsnation und ihren sozialen sowie machtpolitischen Handlungsspielräumen geprägt war. Eine gewisse Tradition der Sonderstellung Galiziens blieb auch nach der Teilung durch die unterschiedlichen Bedingungen nationaler Emanzipation in den Teilungsgebieten bestehen, die vor allem durch die faktische Autonomisierung eine feste Grundlage bekam. Während der Adel sich im wesentlichen der modernen Nation verweigerte, entdeckten die neuen Eliten innerhalb des Übergangs von der agrarisch-konservativen zur bürgerlich-liberalen städtischen Seite<sup>89</sup> die regionale Orientierung als geradezu ideales Verwirklichungsfeld der modernen polnischen Nation. Das traditionelle Landesbewußtsein erfuhr durch die neuen Eliten gleichsam eine Umwidmung und wurde national angefüllt. Wenn auch im Ergebnis das großnationale territoriale Projekt obsiegte – nicht ohne Irritationen und Zwischenstufen hinsichtlich einer starken Österreicherorientierung –, wurde Galizien doch als ein entscheidendes konstitutives Element polnischer Nationalstaatsbildung empfunden. Die Stellung Galiziens innerhalb des zentralistisch verfaßten Nationalstaats führte dann auch zu einer stärkeren Identifizierung mit dieser Region.

---

<sup>87</sup> WEICHHARDT (wie Anm. 5), S. 92 ff.

<sup>88</sup> ERNEST GELLNER: Nationalismus. Kultur und Macht, Berlin 1999, S. 17.

<sup>89</sup> ROBERT A. KANN: Nationalitätenproblem und Nationalitätenrecht, in: Spectrum Austriae. Österreich in Geschichte und Gegenwart, hrsg. von OTTO SCHULMEISTER u.a., Wien 1980, S. 121-137, hier S. 128.

# Die Grenzen des Regionalismus: Das Beispiel Mähren im 19. und 20. Jahrhundert

von

Robert L u f t

Die „Bewegung für selbstverwaltende Demokratie / Gesellschaft für Mähren und Schlesien“ (Hnutí za samosprávnou demokracii / Společnost pro Moravu a Slezsko, HSD-SMS), die aus der in der Samtenen Revolution vom November 1989 gegründeten „Mährischen Bürgerbewegung“ (Moravské občanské hnutí) hervorgegangen war<sup>1</sup>, schnitt 1990 bei den ersten freien Wahlen nach Ende der kommunistischen Ära relativ erfolgreich ab. Sie konnte aufgrund ihrer regionalen Basis im östlichen Teil der tschechischen Teilrepublik mehrere Abgeordnete in die Parlamente der verschiedenen Verwaltungsebenen von den Kommunen bis hin zur Föderalversammlung entsenden.<sup>2</sup> 1991 bekannten sich bei der Volkszählung in der Tschechischen Republik 1,5 Millionen, in der Slowakei 6500 Personen zu einer „mährischen Nationalität“.<sup>3</sup> Eine Fülle von Literatur und Zeitungsbeiträgen setzte sich damals mit dem Phänomen einer „mährischen Nation“ auseinander. Zudem wurden nach dem Umbruch von 1989 mehrere Einrichtungen umbenannt. So heißt z.B. in Brünn (Brno) das „Mährische Museum“ (Moravské muzeum) nun wieder „Mährisches Landesmuseum“ (Moravské zemské muzeum) und das „Staatliche Gebietsarchiv in Brünn“ (Státní oblastní archiv v Brně) „Mährisches Landesarchiv“ (Moravský zemský archiv). Und sogar die seit

---

<sup>1</sup> JIŘÍ PERNES: Pod moravskou orlicí aneb dějiny moravanství [Unter dem mährischen Adler oder die Geschichte des Mährertums], Brno 1996; STEFAN TROEBST: Regionalismus und Autonomiestreben im Ostmitteleuropa der Nach-„Wende“-Zeit. Mährer und Russinen im Vergleich, in: Minderheiten, Regionalbewußtsein und Zentralismus in Ostmitteleuropa, hrsg. von HEINZ-DIETRICH LÖWE u.a., Köln u.a. 2000, S. 67-104.

<sup>2</sup> FLORIAN GROTZ: Politische Institutionen und post-sozialistische Parteiensysteme in Ostmitteleuropa. Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei im Vergleich, Opladen 2000, S. 319, Tab. 30, aufgrund der Angaben in: Volby do Federálního shromáždění České a Slovenské federativní republiky v roce 1990 [Wahlen zur Föderalversammlung der ČSFR im Jahr 1990], hrsg. von Federální statistický úřad, 4 Bde., Praha 1991.

<sup>3</sup> PERNES (wie Anm. 1), S. 23 f. In Südmähren lag der Anteil der Mährer sogar über 50 Prozent. Vgl. auch: Sčítání lidu, domů a bytů k 3.3.1991. Základní údaje za republiky, kraje a okresy [Volks-, Häuser- und Wohnungszählung zum 3.3.1991. Grunddaten für die Republik, die Kreise und Bezirke], hrsg. von Federální statistický úřad, Praha 1992; Statistická ročenka České republiky 1993 / Statistical Yearbook of the Czech Republic 1993, hrsg. von Český statistický úřad, Praha 1993, S. 412, Tab. 26/7. Zur Slowakei: Berichte zu Staat und Gesellschaft in der Tschechischen und in der Slowakischen Republik (2000), 3, S. 23 (nach Sme vom 4. Juli 2000 und Lidové Noviny vom 7. Juli 2000).

ihrer Gründung streng zentralistisch orientierte Kommunistische Partei der Tschechoslowakei bezog sich im Rahmen dieser Regionalisierungswelle erstmals auf die alte Landesgliederung und benannte sich in „Kommunistische Partei Böhmens und Mährens“ (Komunistická strana Čech a Moravy) um.

Knapp hundert Jahre zuvor hatte der Führer der tschechisch-mährischen Katholischen Nationalpartei, Mořic Hruban, im Wiener Reichsparlament in deutscher Sprache erklärt: „Meine Herren! Ich brauche gewiß nicht zu betonen, daß wir Autonomisten, und zwar im wahren Sinne des Wortes sind; [...] wir werden bei jeder Gelegenheit, wie wir es bisher getan haben, für die Kräftigung und Festigung und für die Erweiterung der Autonomie eintreten.“<sup>4</sup> Die Hruban nahestehende Zeitung *Moravan* [Der Mährer] hatte schon 1903 konstatiert: „Wir Mährer sprechen tschechisch, aber deshalb müssen wir keine Tschechen sein, wir bleiben tschechoslawische Mährer.“<sup>5</sup> Eine andere politische Richtung proklamierte in diesen Jahren: „Morava patří Moravě!“ [Mähren gehört Mähren!]. Die Landesgewerkschaftskonferenz der tschechoslawischen Sozialdemokratie stand im Jahr 1910 unter diesem Motto.<sup>6</sup> Das klare Bekenntnis zu Mähren, zur Landesautonomie und zu einem Mährertum war an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert eher die Regel als die Ausnahme. Mit dem politischen Katholizismus und der Sozialdemokratie sind zwar nur die beiden Extreme im politischen Spektrum der tschechisch-mährischen Gesellschaft benannt, doch vertraten auch andere tschechische Parteien, die Deutschliberalen und der mährische Adel in dieser Zeit autonomistische und landesbezogene Positionen. So setzte sich der deutschböhmische nationalliberale Historiker Adolf Bachmann 1907 mit den staatsrechtlichen Traditionen Mährens und dem „mährischen Staatsrecht“ auseinander, das er dem „Böhmischen Staatsrecht“, also der nationalstaatlichen Ideologie eines seit dem 16. Jahrhundert fortbestehenden souveränen Königreichs Böhmen gegenüberstellte.<sup>7</sup>

Geht man nochmals hundert Jahre zurück, so finden sich am Ende des 18. Jahrhunderts unzählige Belege, die eine mährische Nation, die „Natio Moravica“ konstatierten.<sup>8</sup> 1786 gab der Olmützer Bibliothekar und Universitätslehrer Johann Alois

---

<sup>4</sup> Rede von Mořic Hruban im österreichischen Reichsrat am 4. Juni 1908, in: Stenographische Protokolle des Hauses der Abgeordneten, 18. Session, Wien 1908, 82. Sitzung, S. 5412-5418, hier S. 5416.

<sup>5</sup> Nach JOSEF KOLEJKA: *Moravský klerikalismus v 19. století* [Der mährische Klerikalismus im 19. Jahrhundert], in: *Církev v našich dějinách*, Praha 1960, S. 74-92, hier S. 92.

<sup>6</sup> Zitiert nach JOSEF KOLEJKA: *Rozkol sociální demokracie na autonomisty a centralisty v roce 1910 a činnost centralistické sociální demokracie v letech 1911-1919* [Der Zerfall der Sozialdemokratie in Autonomisten und Zentralisten im Jahr 1910 und die Tätigkeit der zentralistischen Sozialdemokratie in den Jahren 1911-1919], in: *Slezský sborník* 54 (1956), S. 1-28, hier S. 9.

<sup>7</sup> ADOLF BACHMANN: *Die Mährer und ihr Staatsrecht*, in: *Österreichische Rundschau* 12 (1907), S. 164-187.

<sup>8</sup> Schon der „Vater der mährischen Geschichtsschreibung“, Tomáš Jan Pešina z Čechorodu, unterschied am Ende des 17. Jahrhunderts eine „Mährische Nation“ von der „böhmischen“. Dies und weitere Belege bei CHRISTIAN D'ELVERT: *Zur Geschichte des Deutschthums in*

Hanke von Hankenstein eine „Bibliothek der mährischen Staatskunde“ heraus. Diese Beschäftigung mit dem Mährischen setzte sich im Vormärz fort. Im Kontext der Revolution entstand 1849 in Brünn der tschechische Bildungsverein „Moravská národní jednota“ [Mährischer Nationalverband], der sich später in „Matice Moravská“ [Mährischer Kulturverein] umbenannte und bis heute besteht.

Während des ganzen 19. Jahrhunderts war es zudem üblich, von einer „mährischen Sprache“ als einem eigenständigen regionalen slawischen Idiom auszugehen<sup>9</sup>, womit die östliche Varietät des Tschechischen bzw. – wie es damals hieß – des Böhmisches mit Übergangsformen zum Slowakischen gemeint war. Auch wenn es für die Sprachwissenschaft – wie für die tschechischsprachige Öffentlichkeit der böhmischen Länder – schon in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts entschieden war, daß in Böhmen wie in Mähren tschechisch gesprochen wurde, unterteilten die altösterreichischen Volkszählungen noch 1910 das Tschechische in eine „böhmische“, eine „mährische“ und eine „slowakische“ Umgangssprache.<sup>10</sup>

Das Mährertum bzw. der Morawismus (*moravanství*) zeigt sich damit als ein – durch die beiden Jahrhunderte verstärkter Modernisierung durchgehend bestehendes – ausgeprägtes Regionalbewußtsein, das sowohl kulturell als auch politisch wirksam wurde.

Der mährische Regionalismus ist jedoch trotz allem niemals zu einem europäischen Konfliktthema, ja nicht einmal zu einem zentralen tschechoslowakischen oder innertschechischen Spannungsfeld geworden. Weder hat sich das Mährertum zu einer international anerkannten eigenen Nationalität entwickelt, noch ist im 20. Jahrhundert eine stärkere regionalistische politische Bewegung entstanden, die zu einem militanten Separatismus geführt hätte, wie dies im Baskenland, in Nordirland, Korsika oder auf dem Balkan der Fall war. Diese fehlende Aggressivität und die beschränkte Reichweite der politischen Forderungen sowie der erfolgreiche Emanzipationsprozeß der tschechischen Nation verdecken daher meist die Existenz und die Besonderheiten des mährischen Regionalismus.

Das tschechische Beispiel spielt in den Nationalismustheorien von Hans Kohn, Eugen Lemberg, Karl Deutsch, Miroslav Hroch, Ernest Gellner und anderen eine we-

---

Oesterreich-Ungarn, mit besonderer Rücksicht auf die slavisch-ungarischen Länder, Brünn 1884, S. 439, 441 und 447.

<sup>9</sup> Dazu u.a. die Ausführungen zum Mährischen bei JOSEF JAKUB JUNGMANN: *Slownjk česko-německý. Djl I: A-J* [Tschechisch-deutsches Wörterbuch. Teil I: A-J], Praha 1835, Ndr. Praha 1989, S. VII, und bei ADOLPH FICKER: *Die Völkerstämme der österreichisch-ungarischen Monarchie, ihre Gebiete, Gränzen und Inseln. Historisch, geographisch und statistisch dargestellt*, Wien 1869, S. 56 (zur Verbreitung des Mährischen und des Tschechischen um 1850). Zum Mährischen im frühen 19. Jahrhundert MILOSLAV HÝSEK: *Dějiny t.zv. moravského separatismu* [Geschichte des sog. mährischen Separatismus], in: *Časopis Matice moravské (ČMM)* 33 (1909), S. 24-51 und 146-172.

<sup>10</sup> Dazu eingehender EMIL BRIX: *Die Umgangssprachen in Altösterreich zwischen Agitation und Assimilation. Die Sprachenstatistik in den zisleithanischen Volkszählungen 1880 bis 1910*, Wien u.a. 1982, zu Mähren insb. S. 322-336.

sentliche Rolle.<sup>11</sup> Die Geschichte der tschechischen Nationsbildung vom Vormärz bis zur Staatsgründung von 1918 und dann weiter bis zur Entstehung eines national nahezu homogenen Tschechischen Staates 1992 kann geradezu als ein Paradebeispiel zur Entwicklung einer modernen europäischen Nation gelten. Warum aber entwickelte sich der kontinuierlich vorhandene mährische Regionalismus nicht zu einem kämpferischen politischen Separatismus? Warum besteht Mähren heute nicht einmal mehr als politisch-administrative Einheit? Weitergehend gefragt: Warum ist im 20. Jahrhundert nicht – parallel zur Slowakei – ein Nationalstaat „Morava“ (Mähren) entstanden?

Die Nationalisierung der deutschsprachigen und tschechischsprachigen Bevölkerung Mährens und die Intensivierung des politischen und sprachnationalen deutsch-tschechischen Gegensatzes während des 19. Jahrhunderts allein können das Scheitern des mährischen Regionalismus nicht erklären. Der nationale Antagonismus hat Mähren niemals völlig zerrissen oder der Auflösung preisgegeben. Vielmehr besteht bis heute eine regionale mährische Identität bei Tschechen, Juden und vertriebenen Deutschmähren fort, obwohl seit 1949 in administrativer Hinsicht eine regionale Einheit nicht mehr existiert. Die mährische Entwicklung scheint somit weder in das Erklärungsmuster gängiger Nationalismus- noch Regionalismus-Theorien zu passen.<sup>12</sup>

Im Folgenden soll am Beispiel von Mähren ein Gegenmodell zu nationalen und regionalen Erfolgsgeschichten skizziert werden. Die These, daß eine regionale Gesellschaft, die das Potenzial für eine Nationalstaatsbildung in sich hat, danach strebt, das Sonderbewußtsein in Abgrenzung zur Umgebung zu erweitern und die Differenz zur Umgebung in sprachlicher, kultureller und ethnischer Hinsicht zu betonen, soll am Beispiel Mährens überprüft werden. Es gilt daher zum einen, die Gründe und Bedingungen für Entstehung und Entwicklung eines ausgeprägten und fortlebenden Regionalismus darzustellen. Zum anderen ist nach möglichen Ursachen zu fragen, warum dieser Regionalismus vergleichsweise schwach, selbstgenügsam und begrenzt blieb und warum sich in den vergangenen 150 Jahren weder eine mährische Nation oder ein mährischer Nationalismus noch ein mährischer Staat herausbildeten. Die weiterführende Frage, ob Mähren eher die Norm oder die Ausnahme für regionale oder regionalistische Bewegungen in der Moderne darstellt, muß dabei weiteren, komparativ anzulegenden Forschungen überlassen bleiben.

---

<sup>11</sup> Dazu für die böhmischen Länder einschlägig die Beiträge im Sammelband: Formen des nationalen Bewußtseins im Lichte zeitgenössischer Nationalismustheorien, hrsg. von EVA SCHMIDT-HARTMANN, München 1994 (Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum 20).

<sup>12</sup> Regionalismus in Europa. Beiträge über kulturelle und sozio-ökonomische Hintergründe des politischen Regionalismus, hrsg. von KURT DUWE, Frankfurt am Main u.a. 1987; RAINER S. ELKAR: Die Ausbreitung regionalistischer Bewegungen in Europa. Ein Thema der gesellschaftswissenschaftlichen Analyse und der politischen Bildung, in: Europas unruhige Regionen. Geschichtsbewußtsein und europäischer Regionalismus, hrsg. von DEMS., Stuttgart 1981, S. 10-49.

## Die Ausgangssituation des mährischen Regionalismus

Die geographischen, ökonomischen, historischen, politischen, administrativen, kulturellen und mentalen Voraussetzungen für eine regionale Mobilisierung und Identitätsbildung waren und sind in Mähren ausgesprochen günstig:

1. Mähren ist politisch ein vergleichsweise altes Territorium, das vom Mittelalter bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs als Markgrafschaft, Kronland oder Land im Prinzip durchgängig eine eigene administrative Einheit darstellte. Mähren weist zudem eine große territoriale Stabilität auf, da sich die Außengrenzen vom 14. bis zum 20. Jahrhundert nur minimal veränderten.<sup>13</sup>
2. Mähren bildete seit dem Mittelalter kirchlich eine Einheit, deren Sonderstellung durch die 1777 erfolgte Aufwertung des Bistums Olmütz (Olomouc) zum Erzbistum, das nur mährische Diözesen umfaßte, noch unterstrichen wurde. Hinzu kommt, daß sich die kirchlichen Verwaltungseinheiten Jahrhunderte lang weitgehend mit den politischen deckten.
3. Mähren ist aufgrund seiner naturräumlich günstigen Situation eine alte europäische Transitlandschaft, in der sich wichtige Handels- und Migrationswege von Mittel- nach Osteuropa und von Nord- nach Südosteuropa kreuzen. Im Zentrum Mährens liegt die fruchtbare Ebene der Hanna (Haná), bestimmt vom Flußlauf der March (Morava), die zusammen mit einigen Bodenschätzen eine relative Prosperität des Landes garantiert.
4. Mähren stellt eine folkloristisch und dialektologisch vielfältige Region dar, wobei die meisten eigenständigen ethnographischen Einheiten ihr Zentrum innerhalb Mährens haben.<sup>14</sup>
5. Mähren nimmt seit dem Mittelalter an allen bedeutenden wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen Mitteleuropas teil. Das Land wurde insbesondere seit der Barockzeit und der Frühindustrialisierung von allen wesentlichen Wellen der Modernisierungen und des gesellschaftlichen Wandels erfaßt. Am Ende des 18. Jahrhunderts stieg es zu einem der bedeutendsten europäischen Wirtschaftsräume auf.

---

<sup>13</sup> ROBERT LUFT: „Alte Grenzen“ und Kulturgeographie. Zur historischen Konstanz der Grenzen Böhmens und der böhmischen Länder, in: Grenzen in Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert. Aktuelle Forschungsprobleme, hrsg. von HANS LEMBERG, Marburg/Lahn 2000 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 10), S. 95-135.

<sup>14</sup> RICHARD JEŘÁBEK: Ethnische und ethnographische Gruppen und Regionen in den böhmischen Ländern (17.-19. Jahrhundert), in: Ethnologia Slavica 19 (1988), S. 122-164; DERS.: Etnické a etnografické skupiny a oblasti [Ethnische und ethnographische Gruppen und Gebiete], in: JOSEF JANČÁŘ: Lidová kultura na Moravě, Stražnice, Brno 2001 (Vlastivěda moravský, Země a lid, Nová řada 10), S. 9-29 und 349 f.; VÁCLAV FROLEC: Etnografické skupiny a moravanství [Ethnographische Gruppen und das Mährertum], in: Jižní Morava 27 (1991), 30, S. 223-258; DERS.: Historické vědomí obyvatel Moravy a Slezska ve světle etnograficko-sociologického výzkumu v první čtvrtině roku 1990 a v historické retrospektivě [Das Geschichtsbewußtsein der Bewohner von Mähren und Schlesien im Licht der ethnographisch-soziologischen Forschung im ersten Quartal des Jahres 1990 und im historischen Rückblick], in: Vlastivědný věstník moravský 42 (1990), S. 358-384.

Die Brüner Textilfabriken um 1800, das Ostrau-Karwiner Montanrevier seit 1860, die süd- und mittelmährische Zuckerindustrie seit 1870, die Stahlwerke von Mährisch Ostrau (Ostrava), die Brüner Maschinenindustrie und die Brüner Messe im 20. Jahrhundert sowie der Schuhkonzern Baťa in Zlín (Zlín) sollen als Hinweise genügen.<sup>15</sup>

6. Mähren ist ein Kernland der mitteleuropäischen Kultur mit eigenständigen Elementen. Als Stichworte seien genannt die herausragende Schloßarchitektur von Barock, Klassizismus und Historismus sowie die Aufklärungsbewegung „Societas incognitorum“<sup>16</sup>, Leoš Janáček's „mährische Komponistenschule“<sup>17</sup> und der Brüner Funktionalismus der zwanziger und dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts<sup>18</sup> sowie die regional verwurzelte Literatur der Marie von Ebner-Eschenbach, des Ferdinand von Saar oder der tschechischen Katholischen Moderne.<sup>19</sup>
7. Mähren weist eine alte und besonders ausgeprägte ständische Tradition auf, die vom Mittelalter bis zum Ende des 19. Jahrhunderts die politischen Eliten des Landes von denen in Böhmen abgrenzte. Bereits im 15. und 16. Jahrhundert hatten die mährischen Stände ein „Landesdenken“ ausgebildet, das sie – ungeachtet ihrer Loyalität zum Herrscher – vom „Krondenken“ der böhmischen Stände unter-

---

<sup>15</sup> JAN JANÁK: *Hospodářský rozmach Moravy 1740-1918* [Der wirtschaftliche Aufschwung Mährens 1740-1918], Brno 1999 (Dějiny Moravy 3); HELMUT LACKNER: Vom Schusterhandwerk zur Großindustrie: Das Beispiel Baťa, in: *Kontakte und Konflikte. Böhmen, Mähren und Österreich*, hrsg. von THOMAS WINKELBAUER, Horn, Waidhofen a.d. Thaya 1993 (Schriftenreihe des Waldviertler Heimatbundes 36), S. 347-354.

<sup>16</sup> JIŘÍ KROUPA: *Alchymie štěstí. Pozdní osvícenství a moravská společnost, 1770-1810* [Alchemie des Glücks. Spätaufklärung und mährische Gesellschaft], Kroměříž, Brno 1986.

<sup>17</sup> JIŘÍ VYSLOUŽIL: O moravském směru v české hudbě, in: *Opus musicum* 12 (1980), 2, S. 49-56, deutsch: Die mährische Richtung in der tschechischen Musik, in: *Sborník prací filosofické fakulty brněnské university (SPFFBU)*, H 16 (1981), S. 31-45.

<sup>18</sup> VLADIMÍR ŠLAPETA: *Die Brüner Funktionalisten. Moderne Architektur in Brünn* (Brno), Katalog für eine Ausstellung des Tschechischen Nationalmuseums in Prag, Innsbruck 1985; *Jiný dům. Německá a rakouská architektura na Moravě a ve Slezku v letech 1890-1938 / Das andere Haus. Die deutsche und österreichische Architektur in Mähren und Schlesien in den Jahren 1890-1938*, Ausstellungskatalog der Národní galerie v Praze, Praha 1993; ILOŠ CRHONK: *Architekt Bohuslav Fuchs* [Der Architekt Bohuslav Fuchs], Brno 1995; DANIELA HAMMER-TUGENDHAT, WOLF TEGETHOFF: *Ludwig Mies van der Rohe. Das Haus Tugendhat*, Wien 1998.

<sup>19</sup> Dazu u.a. DIETHER KRYWALSKI: *Topographia Poesiae Moraviae. Überlegungen zur Erzähltradition in Mähren im 19. und 20. Jahrhundert*, in: *Sudetenland* 40 (1998), 3, S. 260-284; JIŘÍ MALÍŘ: *Od literatury k politice. Literární časopis Niva 1891 až 1897* [Von der Literatur zur Politik. Die Literaturzeitschrift Niva 1891 bis 1897], in: *Vlastivědný sborník moravský* 44 (1992), 4, S. 459-463; JIŘÍ HANUŠ: *Bílý Prapor – časopis moravského modernismu* [Bílý Prapor [Weißes Banner] – die Zeitschrift des mährischen Modernismus], in: *ČMM* 115 (1996), S. 315-332; LADISLAV SOLDÁN: *P. Dostál-Lutinov a Nový život: dva sloupy Katolické moderny* [P. Dostál-Lutinov und die Nový život [Neues Leben]: zwei Säulen der Katholischen Moderne], in: *ČMM* 115 (1996), S. 333-343. Dazu auch die Anthologie: *Europa erlesen: Mähren*, hrsg. von CHRISTA ROTHMEIER, Klagenfurt 1997.

schied.<sup>20</sup> Die separate Herrscherhuldigung der mährischen Stände sowie die bis 1918 bestehenden – ursprünglich ständischen – Institutionen des Landtags, des Landeshauptmanns und der Landtafel förderten ein regionalpolitisches Sonderbewußtsein, das in der konstitutionellen Ära der Habsburgermonarchie nach 1867 einen erneuten Aufschwung erlebte.

8. Das regionale Sonderbewußtsein wurde bei zahlreichen politischen Auseinandersetzungen (z.B. 1618, 1792, 1848 oder 1897) deutlich.<sup>21</sup> Seit der Aufklärung verbreitete sich ein – über das übliche Landesbewußtsein hinausgehender – Landes-patriotismus in breiteren Bevölkerungsschichten. Gefördert vom Adel entwickelte sich im 19. Jahrhundert eine eigenständige, kulturgeschichtlich ausgerichtete mährische Landeshistoriographie und eine vielseitige Landesforschung, die in deutscher und tschechischer Sprache regionale Traditionen und Besonderheiten erforschte und popularisierte.<sup>22</sup>

Zusammenfassend befindet sich Mähren seit der Neuzeit somit keinesfalls in einer peripheren und rückständigen Situation. Obwohl es niemals Herrschaftsmittelpunkt war, lag es den Machtzentren Prag und Wien (wie auch den bedeutenden Zentralorten Krakau (Kraków), Preßburg/Bratislava und Budapest) nahe genug, um in vielfacher

---

<sup>20</sup> JOSEF VÁLKA: „Moravanství“ v 15. století. Komplikace ve vývoje české nacionality [Das „Mährertum“ im 15. Jahrhundert. Eine Komplikation in der Entwicklung der tschechischen Nationalität], in: SPFFBU C 31 (1984), S. 145-154; DERS.: Středověka Morava [Das mittelalterliche Mähren], Brno 1991 (Dějiny Moravy 1); DERS.: Morava reformace, renesance a baroka [Das Mähren der Reformation, der Renaissance und des Barock], Brno 1996 (Dějiny Moravy 2).

<sup>21</sup> JAN KŘEN: Die Konfliktgemeinschaft. Tschechen und Deutsche 1780-1918, München 1996 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 71), S. 85, stellt für 1848/49 fest: „Das politische Leben der Markgrafschaft [...] stand weiterhin im Zeichen eines national wenig ausgeprägten Regionalbewußtseins, des Morawismus.“ Während des Sprachenkonflikts unter der Ministerpräsidentenschaft des Grafen Badeni formierte sich z.B. um 1897 eine politische Bewegung „Junges Mähren“. JIŘÍ MALÍŘ: Vznik, vývoj a rozpad politického hnutí Mladá Morava (1896-1897) [Entstehung, Entwicklung und Zerfall der politischen Bewegung Mladá Morava [Junges Mähren] (1896-1897)], in: Vlastivědný sborník moravský 29 (1977), S. 22-36.

<sup>22</sup> VIKTOR KOTRBA: Landespatriotismus und vaterländischer Historismus in der Vergangenheit Mährens, in: Stifter-Jahrbuch 9 (1971), S. 51-98; JAN SKUTIL: Mährische Landeskunde bis zum Ersten Weltkrieg. Ein Überblick, in: Unsere Heimat – Zeitschrift des Vereins für Landeskunde von Niederösterreich und Wien 46 (1985), S. 204-211; HORST GLASSL: Mährisches Landesbewußtsein am Beispiel eines historischen Vereins, in: Vereinswesen und Geschichtspflege in den böhmischen Ländern, hrsg. von FERDINAND SEIBT, München 1986, S. 61-70; FRANK HADLER: Die mährische Geschichtsschreibung in der zweiten Hälfte des 19. Jhs., in: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas 31 (1988), S. 265-280, insb. S. 270 und 273 f.; NAĎA FUNIOKOVÁ: Sto let Vlastivědy moravské [Hundert Jahre Vlastivěda moravský (der Publikationsreihe „Mährische Heimatkunde“)], in: ČMM 118 (1999), S. 111-127; Dějiny Moravy a Matice moravská. Problémy a perspektivy [Die Geschichte Mährens und die Matice Moravská. Probleme und Perspektiven], hrsg. von LIBOR JAN u.a., Brno 2000.

Weise an den Bedingungen und Entwicklungen der Kernräume zu partizipieren. Die mährische Situation läßt sich daher eher mit dem Ausdruck „Zentrallandschaft zweiten Grades“ als mit dem Begriff einer „Semiperipherie“ beschreiben.<sup>23</sup> Der mährische Regionalismus hatte im Zeitalter des Nationalismus und der Bildung von ostmitteleuropäischen Nationalstaaten daher insgesamt vergleichsweise günstige Ausgangspositionen für die Entwicklung eines mährischen Nationalismus und einer aktiven Regionalbewegung.

Das Spannungsfeld von Nationalismus und Regionalismus in Mähren läßt sich für das späte 19. und das frühe 20. Jahrhundert anhand von drei Kriterien thesenartig beleuchten, nämlich anhand der vorherrschenden politischen Konzeptionen, ihrer Trägergruppen sowie der gesellschaftlichen Milieus und Identitäten.

### Politische Konzeptionen in Mähren im 19. Jahrhundert

In Mähren konkurrierten am Ende des 19. Jahrhunderts mindestens sechs verschiedene politische Konzeptionen, die auf unterschiedlichen Ideologien und Weltanschauungen beruhten und verschiedene Herrschafts- und Gesellschaftsmodelle für das Land und seine Bevölkerung anstrebten.<sup>24</sup>

1. Die dynastisch-etatistische Konzeption läßt sich am ehesten mit dem Schlagwort des „österreichischen Patriotismus“ beschreiben. Gebunden an das österreichische Kaisertum und die katholische Kirche sah diese Konzeption vor, aus der Bevölkerung aller Länder der Monarchie eine gesamtösterreichische Staatsnation zu konstituieren, welche die verschiedenen sprachlichen und ethnischen Gruppierungen als Untertanen der Monarchie und als Staatsbürger in einem vernationalen Sinne einbinden und angleichen sollte. Dies beinhaltete ein zentralistisches Element, da den einzelnen Ländern nur begrenzte, insbesondere kulturelle Eigenheiten zugestanden werden sollten. Diese Konzeption fand in den einzelnen regionalen Teilsellschaften um so mehr Anklang, je schwächer die Traditionen politischer Autonomie ausgeprägt waren. Der österreichische Reichspatriotismus, der nach den

---

<sup>23</sup> ROBERT LUFT: Politische Kultur und Regionalismus in einer Zentrallandschaft zweiten Grades: das Beispiel Mähren im späten 19. Jahrhundert, in: Politische Kultur in Ostmittel- und Südosteuropa, hrsg. von WERNER BRAMKE, Leipzig 1999, S. 125-160, zum Begriff S. 134.

<sup>24</sup> Hierzu allgemein Kořalka, der nach anders ausgewählten Kriterien für Böhmen folgende fünf Bekenntniskategorien unterscheidet: Österreichertum, Großdeutschtum, Slawismus, Bohemismus und Tschechentum. JIŘÍ KOŘALKA: Fünf Tendenzen einer modernen nationalen Entwicklung in Böhmen, in: Tschechen im Habsburgerreich und in Europa 1815-1914. Sozialgeschichtliche Zusammenhänge der neuzeitlichen Nationsbildung und der Nationalitätenfrage in den böhmischen Ländern, Wien, München 1991 (Schriftenreihe des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts 18), S. 23-74. Dazu auch: Vaterlandsliebe und Gesamtstaatsidee im österreichischen 18. Jahrhundert, hrsg. von MORITZ CSÁKY und REINHARD HAGELKRYS, Wien 1989 (Beihefte zum Jahrbuch der Österreichischen Gesellschaft zur Erforschung des 18. Jahrhunderts 1).

Napoleonischen Kriegen seinen Höhepunkt erlebte, war in Mähren tiefer verwurzelt als beispielsweise in Böhmen.<sup>25</sup>

2. In einem politischen Dauerkonflikt mit der dynastisch-österreichischen Konzeption stand bis 1918 das ständisch-föderale Konzept der „historischen Individualitäten“. Im Rahmen der österreichischen Monarchie sollten die ständischen Länderkonglomerate, insbesondere die ungarischen und die böhmischen Länder, eine weitgehende Eigenständigkeit und Selbstverwaltung erhalten. Während der österreichisch-ungarische Ausgleich von 1867 dies für Ungarn ermöglichte, scheiterte mehrfach ein österreichisch-böhmischer Ausgleich. Die ständisch-föderale Vorstellung des „Böhmischen Staatsrechts“ knüpfte an die mittelalterliche Tradition der „Böhmischen Krone“ als Souveränitätssymbol an und strebte nach einer politisch-administrativen Zusammenfassung von Böhmen mit den beiden verbliebenen Nebenländern Mähren und Österreichisch-Schlesien.<sup>26</sup> Die Einbeziehung Mährens in einen „böhmischen Ausgleich“ erschwerte aber dessen Erfolgsaussichten. Für Mähren, das damit Wien gegen Prag als Herrschaftszentrum getauscht hätte, war dieses Programm wenig attraktiv. Die mährischen Stände und der Adel sprachen sich – trotz ihres Bekenntnisses zur Krone Böhmens – daher 1848, 1867 und 1871 für den Erhalt einer mährischen Sonderstellung aus.<sup>27</sup>
3. Eine politisch-konstitutionell weniger konkrete Form stellen großräumige kulturelle Ordnungsvorstellungen dar, die in verschiedenen Formen entwickelt wurden und die seit der Mitte des 19. Jahrhunderts an Bedeutung gewannen. Während der Slawismus in seinen rivalisierenden Ausformungen vom pro-russischen Pan-Slawismus über den katholisch kaisertreuen Austroslawismus bis zum Neoslawismus die Einheit der Slawen propagierte<sup>28</sup>, zielten Groß- und Alldeutschum auf eine gesellschaftliche und politische Zusammenfassung aller Deutschen in Mitteleuro-

---

<sup>25</sup> KOŘALKA (wie Anm. 24), S. 27-37.

<sup>26</sup> Das böhmische Staatsrecht in den deutsch-tschechischen Auseinandersetzungen des 19. und 20. Jahrhunderts, hrsg. von ERNST BIRKE und KURT OBERDORFFER, Marburg/Lahn 1960; VALENTIN URFUS: Die Ausprägungen der Idee des historischen böhmischen Staatsrechtes in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts und der österreichisch-ungarische Dualismus, in: Der österreichisch-ungarische Ausgleich 1867, hrsg. von L'UDOVÍT HOLO-TÍK und ANTON VANTUCH, Bratislava 1971, S. 545-554.

<sup>27</sup> JAROSLAV MEZNÍK: History of Czech Nation in Moravia (Outline of the Development [of] Consciousness in Moravia up to the Mid-19th Century), in: Independent Historiography in Czechoslovakia II. Presented to the 16th International Congress of Historical Sciences, Stuttgart, o.O. 1985, S. 91-146.

<sup>28</sup> KARL BOSL: Deutsche romantisch-liberale Geschichtsauffassung und „Slawische Legende“. Germanismus und Slawismus. Bemerkungen zur Geschichte zweier Ideologien, in: Bohemia – Jahrbuch des Collegium Carolinum 5 (1964), S. 12-52; HUGO HANTSCH: Pan-Slavism, Austro-Slavism, Neo-Slavism: The All-Slav Congresses and the Nationality Problems of Austria-Hungary, in: Austrian History Yearbook 1 (1965), S. 23-37; Austroslawismus. Ein verfrühtes Konzept zur politischen Neugestaltung Mitteleuropas, hrsg. von ANDREAS MORITSCH, Wien u.a. 1996.

pa.<sup>29</sup> Beiden Richtungen war gemeinsam, daß sie bestehende staatliche und administrative Einheiten zugunsten von ethnisch- oder sprachlich-national definierten Gemeinschaften auflösen bzw. mit diesen zur Deckung bringen wollten. Aufgrund der gemischten Siedlungsweise der deutsch- und tschechischsprachigen Bevölkerung in Mähren, die es kaum erlaubte, eine Sprachgrenze zu konstruieren, wurde diese Region von Vertretern beider Richtungen meist als Ganzes als slawisches bzw. deutsches Land beansprucht. Während für Böhmen konkrete Vorschläge für eine geographische Teilung des Landes ausgearbeitet wurden, kam es für Mähren nicht dazu. Als slawisch-deutscher Überlappungsbereich stellte Mähren für beide Konzeptionen daher ein besonderes Streitobjekt dar.

4. Politisch sehr viel konkreter und für breite Bevölkerungsgruppen attraktiver waren nationale Konzeptionen, die seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts in Mähren rasch Verbreitung fanden. Die bürgerlich-liberale Nationalbewegung und ihre nationalistischen und demokratischen Seitenzweige entwickelten sich gleichfalls in einer doppelten Form. Der tschechischen Nationalbewegung in Böhmen, Mähren und Wien stand das österreichische Deutschtum bzw. dessen deutschmährische Variante gegenüber. Beiden Nationalismen war gemeinsam, daß sie in der städtischen Bevölkerung ebenso verankert waren wie in der ländlichen und daß sie verschiedene parteipolitische Strömungen erfaßten, ja über parteipolitische Grenzen hinweg als Verbindungsglied wirkten. Der tschechischen Nationalbewegung sind nach 1900 sowohl die bürgerlich-liberalen Parteien, die nationalliberale Agrarpartei und kleinere radikale nationalistische Parteien als auch die tschechischen Nationalen Sozialisten und der tschechische politische Katholizismus zuzuordnen.<sup>30</sup> Auf deutscher Seite schloß die Nationalbewegung den deutschmährischen Liberalismus und die deutschnationale Richtung ebenso ein wie das Alldeutschtum oder die deutschen Christlichsozialen.<sup>31</sup> Gemeinsam war beiden nationalpolitischen Bewegungen auch, daß sie sich nicht nur gegenseitig heftig be-

---

<sup>29</sup> LOTHAR HÖBELT: Die deutschnationalen und liberalen Gruppierungen in Cisleithanien: Von der Vereinigten Linken zum Nationalverband, in: Das Parteienwesen Österreich-Ungarns, hrsg. von GÁBOR ERDŐDY, Budapest 1987, S. 77-90; DERS.: Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882-1918, Wien, München 1993. Für Mähren ist das Alldeutschtum noch nicht eingehender erforscht. Vgl. GÜNTER SCHÖDL: Formen und Grenzen der Nationen. Beiträge zu nationaler Integration und Nationalismus im östlichen Europa, Erlangen 1990 (Erlanger Osteuropa-Studien 2).

<sup>30</sup> JIŘÍ MALÍŘ: Morava na předělu. K formování národního vědomí na Moravě v letech 1848-1871 [Mähren am Scheideweg. Zur Formierung des Nationalbewußtseins in Mähren in den Jahren 1848-1871], in: ČMM 109 (1990), S. 345-363; DERS.: Od spolků k moderním politickým stranám. Vývoj politických stran na Moravě v letech 1848-1914 [Von Vereinen zu modernen politischen Parteien. Die Entwicklung der politischen Parteien in Mähren 1848-1914], Brno 1996; ROBERT LUFT: Tschechische Parteien, Vereine und Verbände vor 1914. Besonderheiten und Defizite der politischen Kultur einer modernen Nation in einem Vielvölkerstaat, in: Revolution und Recht. Systemtransformation und Verfassungsentwicklung in der Tschechischen und Slowakischen Republik, hrsg. von JOSEPH MARKO u.a., Frankfurt am Main u.a. 2000, S. 311-350.

<sup>31</sup> MALÍŘ: Od spolků (wie Anm. 30), S. 270-284.

kämpften, sondern vor allem danach strebten, im eigenen sprachlich-nationalen Milieu alle anderen nichtnationalen politischen Konzeptionen zu verdrängen. Beide Richtungen waren in der Praxis staats- und kaisertreu, enthielten aufgrund des Primats der Nation aber auch eine demokratisch-republikanische Sprengkraft. Zudem präferierten beide eine uneingeschränkte Beherrschung sprachlich oder ethnisch definierter territorialer Einheiten. Obwohl die Länder als wesentliche politische Aktionsebenen für diese Strömungen unverzichtbar waren, war der Landesbezug dem Nationalen zumindest ideologisch und im Selbstverständnis nachgeordnet.

5. Infolge der Industrialisierung verbreiteten sich in der mährischen Bevölkerung nach 1848 darüber hinaus sozialistische Ideen. Die übernationale Sozialdemokratie vertrat dabei ohne ausdrückliche Betonung der regionalen Besonderheiten einen staatlichen Zentralismus und bekämpfte nationale und nationalistische Positionen. Der in Mähren geborene zweisprachige Karl Renner und andere sozialistische Theoretiker plädierten für eine kulturelle Autonomie des einzelnen bzw. der Sprachgruppen und Ethnien ohne Rücksicht auf die bestehenden regionalen Einheiten. Die ökonomische und politische Geschlossenheit des Gesamtstaats sollte von der nationalen Kulturautonomie nicht tangiert werden. Für die altösterreichische Sozialdemokratie war Mähren bis 1918 nicht nur einer der mitgliederstärksten Stützpunkte, sondern es war auch eines der wenigen Länder, in denen parteiintern die übernationale Zusammenarbeit über mehrere Jahrzehnte hinweg erfolgreich praktiziert wurde. Als sich die mährische Sozialdemokratie um 1910 in eine deutsche und eine tschechische politische und gewerkschaftliche Organisation aufspaltete, zerbrach kurz darauf auch die gesamtösterreichische Sozialdemokratie in nationale Parteien.<sup>32</sup>
6. Während die bisher genannten Konzeptionen alle auch in Mähren zu finden waren, aber kein Spezifikum Mährens darstellten, war dies beim Morawismus anders. Es war die einzige Ideologie mit eindeutig regionalen Bezügen. Dabei standen einem älteren, ständischen „mährischen Landespatritismus“, der – ebenso wie der Bohemismus in Böhmen – alle Bewohner unabhängig von Sprache und ethnischer Herkunft einbezog<sup>33</sup>, mehrere Facetten eines ethnisch kulturellen oder nationalen Mährertums gegenüber.<sup>34</sup> Während um 1848 dieses Konzept noch die kulturelle und politische Zusammenfassung aller mährischen Volksgruppen einschließlich der deutschsprachigen meinte<sup>35</sup>, betonte der slawisch orientierte Morawismus die

---

<sup>32</sup> KOLEJKA: Rozkol sociální demokracie (wie Anm. 6); RAIMUND LÖW: Der Zerfall der „Kleinen Internationale“. Nationalitätenkonflikte in der Arbeiterbewegung des alten Österreich (1889-1914), Wien 1984.

<sup>33</sup> JIŘÍ KROUPA: Patriotismus na Moravě v pozdním osvícenství [Patriotismus in Mähren in der Spätaufklärung], in: ČMM 109 (1990), S. 337-343.

<sup>34</sup> MALÍŘ: Morava na předělu (wie Anm. 30); DERS.: Země, stát a národ v české a německé politice na Moravě 1848-1918 [Land, Staat und Nation in der tschechisch- und deutschmährischen Politik 1848-1918], in: Ústřední moc a regionální samospráva / Zentralmacht und regionale Selbstverwaltung. XXIII. Mikulovské Sympozium, Brno 1995, S. 215-227.

<sup>35</sup> So František M. Klácel 1848, nach MEZNÍK (wie Anm. 27), S. 124.

ethnische Eigenständigkeit der Einwohnerschaft aufgrund der mährisch-slawischen Sprache und der gemeinsamen territorialen Herkunft. Damit fand eine Abgrenzung nicht nur gegenüber Österreich und dem Deutschtum statt, sondern diese Mährer distanzierten sich so vor allem auch von Böhmen bzw. vom Tschechentum. Vertreter dieser ethnisch-morawistischen Richtung, die seit den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts an Einfluß verloren, sahen in den Mähren eine eigenständige, den Tschechen verwandte, aber gleichgestellte slawische Volksgruppe, während die Tschechen Böhmens die Mährer nur als regionale Sonderform der eigenen Nationalität interpretierten.

## Gesellschaftliche Milieus und Identitäten

Soziale Schichten und Gruppen und deren mentale Prägungen bilden neben den ideengeschichtlichen Linien einen weiteren wichtigen Bestimmungsfaktor gesellschaftlicher Bewegungen. Die sozialen und mentalen Milieus sind für Mähren noch kaum erforscht, da die vom Paradigma des Nationalen bestimmte Historiographie sich vor allem an den Nationalitätenfragen oder am Klassengegensatz orientiert hat. Identitäten sind aber in der Regel gerade in kulturell vielfältigen Gesellschaften mehrdimensional, situativ bedingt und stark wandelbar. Es kann daher nicht von einer Hierarchie der Identitäten ausgegangen werden, sondern nur von der Existenz mehrerer, hierarchisch nicht geordneter Identitätsbezüge.<sup>36</sup>

Die zeitgenössischen Nationalitätenstatistiken sind unter diesem Aspekt wenig ergebnisreich. Zum einen ist der Schluß von der bei einer Volks- oder Sprachzählung verzeichneten Umgangssprache eines einzelnen auf seine nationale oder ethnische Identität äußerst fragwürdig, zum anderen war es bei den altösterreichischen Erhebungen gar nicht erlaubt, mehr als eine Sprache anzugeben. Somit bestand keine Möglichkeit, Varianten, Zwischenstellungen oder nationale Distanzierungen auszudrücken. Weder konnte man einen doppel- oder zwischennationalen Status beanspruchen, noch hervorheben, daß man das Mährische in Differenz zum Böhmischem bzw. Tschechischen als etwas Eigenständiges verstand.

Bis ins 20. Jahrhundert hinein war Mähren zudem – stärker noch als Böhmen – eine Region starker sprachlicher und nationaler Übergangsprozesse. Viele wechselten ihre ethnische Zugehörigkeit, ihr nationales Bekenntnis und die dominant verwendete Sprache mit einer neuen Lebensphase und in veränderter gesellschaftlicher Umgebung. Die große Zahl der so genannten Mischehen und der weitverbreitete Bilingualismus, beides bislang wissenschaftlich wenig bearbeitete Phänomene, sind ein Hinweis darauf, daß ethnische und sprachliche Grenzen in Mähren bis 1938 bzw. 1945 durchlässiger waren, als meist angenommen wird.

---

<sup>36</sup> Vgl. für den deutsch-tschechischen Kontext methodisch anregend dazu KATHARINA EISCH: Grenze. Eine Ethnographie des bayerisch-böhmischen Grenzraums, München 1996 (Bayerische Schriften zur Volkskunde 5).

Der einfache Antagonismus von deutscher und tschechischer Bevölkerung bzw. entsprechender Identitätsmuster ist daher unzutreffend. Wäre nur dieser Gegensatz wirksam gewesen, wäre kaum zu erklären, warum Mähren als eigene Region in den schärfsten nationalen Zuspitzungen des 20. Jahrhunderts fortbestand und weder im Rahmen des „Mährischen Ausgleichs“ von 1905 noch 1918 territorial aufgeteilt wurde. Eine Ausnahme bildeten die Grenzziehungen der nationalsozialistischen Zeit, doch selbst in diesen Jahren bestanden auf deutscher Seite Konzeptionen zur Wiedererrichtung Mährens nach Kriegsende. Für die mährische Gesellschaft der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist daher nicht von zwei, sondern mindestens von fünf verschiedenen sozialen und mentalen Milieus auszugehen, von denen sich aufgrund der Sprache einige noch in deutsch und tschechisch dominierte Untermilieus aufspalteten.<sup>37</sup>

1. Zu den beiden sich primär ethnisch-national definierenden Milieus gehörten in Mähren bis 1900 extrem wenige Personen. Besonders fand sich dieses Identitätsmuster von nationalem Deutschtum und Tschechentum unter Intellektuellen und im deklassierten Kleinbürgertum der Städte, in einigen Fällen auch bei den Bauern.
2. Den umfangreichsten Personenkreis stellten die sich nicht in erster Linie national definierenden Gesellschaftsgruppen dar. Es waren Menschen, die sich ihrer ethnischen oder sprachnationalen Herkunft oder Zuordnung als mährische Tschechen oder mährische bzw. österreichische Deutsche bewußt waren, die jedoch ihren individuellen und gesellschaftlichen Eigenwert und ihre politischen Ziele lange Zeit nicht primär über die Nationalität, sondern über soziale, religiöse, berufsständische und kleinregionale Kategorien bestimmten. Insbesondere das Religiöse sowie alt- oder neoständische Kategorien waren dabei dem Nationalen übergeordnet. Auch kleinräumliche und lokale Zuordnungen konkurrierten mit nationalen. Obwohl man sich als Tscheche verstand, war es z.B. wichtiger, Bürger in Olmütz oder Bauer in der Hanna zu sein. Zu dieser Gruppe gehörten ein Großteil der bäuerlichen Bevölkerung und des Bürgertums, Teile der Arbeiterschaft und insbesondere der Klerus.
3. An der Gesamtbevölkerung hatten vor 1900 weitgehend anationale Gesellschaftsgruppen einen beträchtlichen Anteil. Zu diesen Bevölkerungsgruppen, für welche die Sprache keine identitätsstiftende Bedeutung hatte, gehörten lokal stark verwurzelte unterbäuerliche Schichten sowie städtische Unterschichten. Die verwendeten lokalen Mischsprachen, Dialekte und Argots des Tschechischen, Deutschen und Jiddischen sind aufgrund der fehlenden Schriftlichkeit meist gar nicht dokumentiert und nur aufgrund einiger zeitgenössischer Schilderungen überhaupt belegt. Sie werden daher in ihrem Verbreitungsgrad oft unterschätzt. Meist nur unter ethnographischen, nicht jedoch unter soziopolitischen und mentalen Aspekten wird bislang das für Mähren charakteristische Fortleben von lokalen und subre-

---

<sup>37</sup> Zum Folgenden ROBERT LUFT: Zwischen Tschechen und Deutschen in Prag um 1900. Zweisprachige Welten, nationale Interferenzen und Verbindungen über ethnische Grenzen, in: brücken – Germanistisches Jahrbuch Tschechien – Slowakei, N.F. 4 (1996), S. 143-169.

gionalen Dialekten und Volksgruppen – so den Horaken, Hannaken, mährischen Slowaken, Walachen, Lachen und Schlonsaken – betrachtet.<sup>38</sup> Auch diese gehörten in der Regel zu den vor- oder anationalen Personengruppen.

4. Das soziale Gegenstück zu diesem Gesellschaftsmilieu stellten vornationale Oberschichten dar, deren Bezugssystem aus Stand, Familie, Dynastie und Kirche gebildet wurde. Für sie verknüpfte sich mit Sprache und Nationalität keinerlei persönliche Identität, zumal sie meist in Wort und Schrift mehrsprachig waren. Für den Adel war das Französische – und teilweise auch das Italienische und das Englische – im gesellschaftlichen Umgang und als Indiz der Standeszugehörigkeit wichtiger als die so genannte Muttersprache, gleichgültig, ob dies das Tschechische oder das Deutsche war. Sich als österreichischer Slawe deutscher Kultur oder als deutschmährischer Österreicher böhmischer Herkunft zu fühlen, stellte für Adlige – wie auch für Einzelne unter den bürgerlichen Honoratioren und für breite Teile des Klerus – keinen Widerspruch dar.
5. Zu den Besonderheiten der böhmischen Länder gehörte schließlich die Gruppe der „nationalen Utraquisten“.<sup>39</sup> Menschen, die in Ableitung vom Begriff des „Abendmahls in beiderlei Gestalt“ sich entweder als Personen doppelter Nationalität oder als zwischen den Nationen Stehende empfanden. Das Spektrum reicht von nationalen Grenzgängern über vollständig bilinguale Personen bis hin zu solchen, die sich aus den verschiedensten Gründen nicht oder nicht dauerhaft auf eine nationale Identität festlegen wollten. Einige von ihnen betonten die lokale Identität, zum Beispiel als Brünnner oder Friedecker<sup>40</sup>, oder traten für eine Form des Kosmopolitismus und Weltbürgertums ein. Diese Gesellschaftsgruppe wies sozial und räumlich keine sehr große Geschlossenheit auf, auch wenn eigenständige Milieus in der Arbeiterschaft, in der jüdischen Bevölkerung und in kleinräumigen Gebieten, die einem besonderen sozioökonomischen Wandel ausgesetzt oder von einer nationalen Gemengelage geprägt waren (so z.B. dem Teschener Gebiet), bestanden.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß – mit Ausnahme der ersten Gruppe, deren Identität sich primär an nationalen und damit überregionalen Kategorien orientierte – alle mährischen Milieus als Trägerschichten eines mährischen Regionalismus in Frage kamen. Doch wurden die drei zuletzt genannten Milieus von Zeitgenossen als noch nicht ausgereifte oder zivilisatorisch nicht weit genug entwickelte Personengruppen angesehen, wenn sie nicht sogar als indifferente, ungesunde oder niedere Bewußtseinsformen diffamiert wurden.

---

<sup>38</sup> Vgl. dazu Anm. 14.

<sup>39</sup> ROBERT LUFT: Nationale Utraquisten in Böhmen. Zur Problematik „nationaler Zwischenstellungen“ am Ende des 19. Jahrhunderts, in: *Allemands, Juifs et Tchèques à Prague / Deutsche, Juden und Tschechen in Prag 1890-1924*, hrsg. von MAURICE GODE u.a., Montpellier 1996 (Bibliothèque d'Études Germaniques et Centre-Européennes 1), S. 37-51.

<sup>40</sup> Jiří MALÍŘ: Bürgertum in Mähren zwischen Prag und Wien, in: *Bürgertum in der Habsburgermonarchie*, Bd. 2: „Durch Arbeit, Besitz, Wissen und Gerechtigkeit“, hrsg. von HANNES STEKL u.a., Wien 1992, S. 94-111.

## Politische Trägergruppen zwischen Nationalismus und mährischem Regionalismus

Die politischen Akteure, welche die politisch-ideologischen Konzeptionen in und für die einzelnen gesellschaftlichen Milieus propagierten, gehörten in Mähren im Prinzip nur zwei Schichten an: dem Bildungsbürgertum, aufgrund der Herkunft von Jiří Kořalka auch Bildungskleinbürgertum genannt<sup>41</sup>, und dem Adel einschließlich des – meist nobilitierten – Wirtschaftsgroßbürgertums älteren Typs.

Die Strategien beider Trägerschichten verdeutlicht der Mährische Ausgleich von 1905, der einerseits die tschechische politische Macht in der Landespolitik stärkte, andererseits den politischen Einfluß des Adels und den Anteil der Deutschmährer an der Macht im Land sicherte.<sup>42</sup> Im Grunde bedeutete dieses Abkommen der im Landtag vertretenen politischen Kräfte jedoch eine Nationalisierung der mährischen Gesellschaft. Auch wenn damit kurzfristig die Nationalitätenfrage entschärft wurde, gelang mit diesen Regelungen weder politisch noch gesellschaftlich ein Abbau der nationalen Spannungen. Die nationale Separierung vertiefte vielmehr die gesellschaftliche Spaltung. Im Mährischen Ausgleich wurde erstmals in der Habsburgermonarchie die Nation faktisch als eine kollektive Rechtspersönlichkeit anerkannt. Die rechtlich und politisch nicht definierte Nation konnte seitdem auf dem Rechtsweg die Zugehörigkeit von einzelnen zur Nation erzwingen oder ausschließen. Jeder wahlberechtigte Landesbewohner mußte sich in einem nationalen Kataster als Tscheche oder Deutscher eintragen lassen. Dies galt auch für Dritte, die sich als übernationale Adlige, vornationale Einwohner oder nationale Utraquisten, als Juden oder als Angehörige einer anderen Nationalität in die lokale Mehrheit einordnen lassen mußten und damit indirekt zur Assimilation in eine der beiden großen nationalen Gruppen und tendenziell zur Einsprachigkeit aufgefordert wurden.<sup>43</sup> Eine mährische Nationalität oder eine andere dritte, regionalspezifische oder antinationale Kategorie wurden nicht zugelassen. Die Eintragung in eine der beiden Rubriken bedeutete nicht nur eine ethnisch-nationale Zwangsmitgliedschaft, sondern hatte auch nationale Pflichten zur Folge. So

---

<sup>41</sup> JIŘÍ KOŘALKA: Tschechische Bildungsbürger und Bildungskleinbürgertum um 1900 (am Beispiel der südböhmischen Stadt Tabor), in: Bürgertum in der Habsburgermonarchie, Bd. 2 (wie Anm. 40), S. 210-230, hier S. 211.

<sup>42</sup> HORST GLASSL: Der Mährische Ausgleich. München 1967; ROBERT LUFT: Die Mittelpartei des mährischen Großgrundbesitzes 1879 bis 1918. Zur Problematik des Ausgleichs in Mähren und Böhmen, in: Die Chance der Verständigung. Absichten und Ansätze zu übernationaler Zusammenarbeit in den böhmischen Ländern 1848-1918, hrsg. von FERDINAND SEIBT, München 1987, S. 187-243; JIŘÍ MALÍŘ: Der Mährische Ausgleich – ein Vorbild für die Lösung der Nationalitätenfrage?, in: Kontakte und Konflikte (wie Anm. 15), S. 337-345; DERS.: Der mährische Landtag, in: Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Bd. 7: Verfassung und Parlamentarismus, 2. Teilband: Die regionalen Repräsentativkörperschaften, hrsg. von HELMUT RUMPLER und PETER URBANITSCH, Wien 2000, S. 2057-2103, hier S. 2093-2103.

<sup>43</sup> HANNELORE BURGER: Der Verlust der Mehrsprachigkeit: Aspekte des mährischen Ausgleichs, in: Bohemia 34 (1993), S. 77-89.

durften nach der „Lex Perek“ Eltern ihre Kinder nur noch in konnationale Schulen schicken.<sup>44</sup>

Für die bürgerlichen politischen Akteure, die – meist aus einem bäuerlichen oder kleinbürgerlichen Elternhaus kommend – ihren Aufstieg über eine Bildungskarriere gemacht hatten, waren Schul- und Sprachfragen das maßgebliche politische Handlungsfeld. Sie hatten als Lehrer, Journalisten, Rechtsanwälte, Hochschullehrer, Pfarrer und Beamte die Erfahrung gemacht, daß ihre Berufsfelder nicht mehr lokal oder regional abgeschlossen waren, sondern daß sie im eigenen Land mit deutsch- oder tschechischsprachigen Bewerbern aus den benachbarten Regionen um Stellen und Interessen konkurrieren mußten. Die Beherrschung der tschechischen oder der deutschen Hochsprache wurde zu einem entscheidenden Zulassungs- oder Ausschlußkriterium für viele akademische Berufe. Ob Eltern ihre meist zumindest rudimentär zweisprachigen Kinder in eine Schule mit deutscher oder mit tschechischer Unterrichtssprache schickten, war für spätere Berufs- und soziale Aufstiegschancen in der Regel ebenso entscheidend wie die Sprache, die im lokalen Rahmen vor Gericht, in Ämtern oder in der Kirche Verwendung fand. Nationalisierung bedeutete für verschiedene soziale Gruppen daher vor allem die Erweiterung oder Sicherung der sozialen und wirtschaftlichen Möglichkeiten im regionalen Kontext.

Gerade die mährische Entwicklung im 19. Jahrhundert zeigt, daß wachsende Bildungsstandards nicht, wie oft erhofft, ethnische Konflikte entschärfen, sondern daß ein steigendes Bildungsniveau diese vielmehr verstärken kann. Die mährische Gesellschaft spaltete sich seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts zunehmend nach dem nationalen Bekenntnis – und weniger nach der Sprache – in Deutsche und Tschechen auf. Diesem Prozeß konnten sich angesichts seiner Bedeutung für Lebenswege und Karrieren auch ältere stadtbürgerliche Schichten mit ausgeprägt regionaler Verankerung nicht entziehen. Das sekundär nationale Milieu nationalisierte sich, die drei nichtnationalen Milieus verloren zahlenmäßig an Substanz. Durch seine soziale Dynamik und durch seine Integrationskraft erwies sich der Nationalismus anderen Konzeptionen gegenüber überlegen, insbesondere gegenüber dem österreichischen Patriotismus und dem Slawismus.

Dies galt auch für den Morawismus und allgemein für den mährischen Landespatritismus. Unter anderem durch die nationale Normierung, die am Sprachengebrauch orientierte nationale Zuspitzung im Rahmen des Gesamtstaats, das Monopol der tschechischen Hochsprache im slawischen Bildungs- und Verlagswesen des Landes und den Ausschluß des Mährischen aus den offiziellen Kategorien des Sprach- und Nationalitätenbekenntnisses befanden sich diese beiden regionalistischen Strömungen

---

<sup>44</sup> GERALD STOURZH: Die Gleichberechtigung der Nationalitäten in der Verfassung und Verwaltung Österreichs 1848-1918, Wien 1985; DERS.: Probleme der Konfliktlösung in multi-ethnischen Staaten: Schlüsse aus der historischen Erfahrung Österreichs 1848 bis 1918, in: Staat und Nation in multi-ethnischen Gesellschaften, hrsg. von ERICH FRÖSCHL u.a., Wien 1991, S. 105-120; DERS.: Ethnic Attribution in Late Imperial Austria: Good Intentions, Evil Consequences, in: The Habsburg Legacy. National Identity in Historical Perspective, hrsg. von RITCHIE ROBERTSON und EDWARD TIMMS, Edinburgh 1994 (Austrian Studies 5), S. 67-83.

in einer unterlegenen Position. Gleichwohl hatten beide im Rahmen der nationalpolitischen Konzeptionen und Strategien ihren Wert. Sie wurden vor allem zur Mobilisierung genutzt und ermöglichten in Krisenzeiten Kompromißlösungen. Ohne den mährischen Regionalismus wäre der Ausgleich von 1905 nicht zustande gekommen. Erst als die deutschen, tschechischen und adligen Politiker Mährens gemeinsam daran interessiert waren, den Einfluß von politischen Kräften außerhalb des Landes zurückzuweisen, brachten sie ihre Verhandlungen nach gut einem Jahrzehnt zum Abschluß. Die Betonung des gemeinsamen Landesinteresses wurde genutzt, um Eingriffsversuche aus Wien und Prag, vor allem von den tschechischen und deutschösterreichischen Parteiführungen und durch die Wiener Regierung abzuwehren. Der mährische Regionalismus zeigte sich hierbei als defensiv und sekundär genutzte Kraft. Doch markierte der Mährische Ausgleich von 1905 trotzdem den endgültigen Sieg des Nationalismus über den Regionalismus in Mähren.

Wenn mährische Politiker – wie der katholisch-nationale Parteiführer Hruban – in diesen Jahren von mährischer Autonomie oder mährischem Separatismus sprachen, so versuchten sie damit, ihren politischen Einfluß gegenüber den Zentren Wien und Prag zu stärken und das demokratische Mehrheitsprinzip angesichts der Größe Böhmens zu umgehen. Eine tatsächliche Erweiterung der Selbstverwaltungsrechte und der politischen Eigenständigkeit des Landes Mähren wurde faktisch nicht angestrebt. Es wurde damals nicht einmal versucht, eine regionale Ideologie zu konstruieren oder zu propagieren, obwohl die regionale Geschichte des Mittelalters, des frühen 17. Jahrhunderts und die der Mitte des 19. Jahrhunderts genügend Anknüpfungspunkte dafür geboten hätten. Der Föderalismus der Habsburgermonarchie hätte eine weitere Grundlage dafür sein können, doch entsprach das Paradigma der Dezentralisierung nicht den Diskursen der Zeit, die auf die Schaffung national oder gesellschaftlich homogener Staaten ausgerichtet waren.

Der politische Katholizismus, vor 1918 die stärkste politische Kraft in Mähren, griff nach der Gründung der Tschechoslowakei zwar als einzige Parteirichtung erneut auf eine regionalistische Strategie zurück, um seine Position im Rahmen der mehrnationalen und regional äußerst inhomogenen Republik zu verteidigen. Es gab aber keine Versuche, die Stellung Mährens im tschechoslowakischen Zentralismus zu verbessern und für die Landesselbstverwaltung das Ende 1918 verlorene Gesetzgebungsrecht zurückzugewinnen.<sup>45</sup> Dieses Muster der Instrumentalisierung regionalistischer Positionen zeigte sich allgemein in nationalen Krisensituationen, insbesondere während der deutschen nationalsozialistischen Besatzung von 1938/39 bis 1945<sup>46</sup> sowie in

---

<sup>45</sup> Aberkannt in der Provisorischen Verfassung vom 13. November 1918. Dazu HELMUT SLAPNICKA: Die Stellungnahme des Deutschtums der Sudetenländer zum „Historischen Staatsrecht“, in: Das böhmische Staatsrecht (wie Anm. 26), S. 15-41, hier S. 30 f., Anm. 76.

<sup>46</sup> FRANTIŠEK MEZIHORÁK: Moravský extrémní regionalismus a pokus o Velké Slovensko (1938-1939) [Der mährische extreme Regionalismus und der Versuch einer Groß-Slowakei (1938-1939)], Olomouc 1994; DERS.: Hry o Moravu. Separatisté, iredentisté a kolaboranti 1938-1945 [Spiele um Mähren. Separatisten, Irredentisten und Kollaborateure 1938-1945], Praha 1997; DERS.: Böhmen und Mährer, in: Deutsche und Tschechen. Geschichte – Kultur

den Umbruchs- und Föderalisierungsphasen des Jahres 1968/69<sup>47</sup> und der Jahre 1989 bis 1993.<sup>48</sup> Nach 1989 war es vor allem die alte Garde von Funktionären der nicht-kommunistischen Blockparteien, die sich für den mährischen Regionalismus und ein Autonomieprogramm engagierte.<sup>49</sup>

Träger eines primären mährischen Regionalismus hätten nach 1848 – neben dem bürgerlichen Liberalismus oder dem politischen Katholizismus – auch die traditionelle Oberschicht, also der Adel, oder eine revolutionäre Bewegung werden können. Insbesondere der mittlere, landesbezogene Adel und einige Magnatenfamilien waren Vertreter einer mährischen Landesidentität, zumal sie führende Positionen der Landesverwaltung besetzten. Der Adel war jedoch nicht daran interessiert, sich an die Spitze eines separatistischen Morawismus zu stellen oder gar den mährischen Patriotismus als politische Ideologie für breite Bevölkerungsschichten zu etablieren. Dazu war seine Integration in die gesellschaftliche und politische Struktur der Gesamtmoravie zu stark. Im Mährischen Ausgleich von 1905 ging es dem landsässigen Adel – gleichgültig, ob eher dem tschechischen konservativen Milieu nahestehend oder eher zur Wiener Hofgesellschaft tendierend – allein um die Verteidigung seiner politischen Privilegien und Einflußsphären. Die knapp 180 adligen Familienoberhäupter sicherten sich dabei nicht nur den Fortbestand ihrer exklusiven Wählerkurie des landtäflichen Großgrundbesitzes, sondern erreichten vor allem, daß ihnen eine Sperrminorität in der Landespolitik eingeräumt wurde.

Die 1879 entstandene „Mittelpartei des mährischen Großgrundbesitzes“ (Střední strana moravského velkostatkářstva) kann als einzige Partei dieser Epoche als regionalpolitische Kraft interpretiert werden.<sup>50</sup> Sie bestand nur in Mähren und strebte keine Ausweitungen ihrer Mitgliedschaft über die Landesgrenzen hinaus an. Aufgrund der Wahlrechtsprivilegien und eines Wahlabkommens mit den beiden anderen Adelparteien gelang es der Mittelpartei über Jahrzehnte hinweg, Abgeordnete in den Landtag

---

– Politik, hrsg. von WALTER KOSCHMAL u.a., München 2001, S. 309-316; LUBOMIR SLEZÁK: Separatistické hnutí na jihovýchodní Moravě v letech 1938-1945 z pohledu německých okupantů [Die separatistische Bewegung in Südost-Mähren in den Jahren 1938-1945 aus der Sicht der deutschen Besatzer], in: Politické strany a spolky na jižní Moravě. XXII. Mikulovské sympozium, Brno 1993, S. 153-156.

<sup>47</sup> JAN RYCHLÍK: Morava mezi Prahou a Bratislavou (Moravská otázka při státoprávních jednáních 1918-1992) [Mähren zwischen Prag und Bratislava (Die mährische Frage in den staatsrechtlichen Verhandlungen 1918-1992)], in: Dějiny Moravy a Matice moravská (wie Anm. 22), S. 251-260.

<sup>48</sup> JÜRGEN HERDA: Grundriß des politischen Systems der Tschechischen Republik, in: Tschechien, der ferne Nachbar. Politik, Wirtschaft und Kultur seit 1989, hrsg. von DEMS. und ADOLF TRÄGLER, Regensburg 1999, S. 53-74, hier S. 68-70.

<sup>49</sup> Vgl. dazu die Aufstellungen über politische Herkunft und Parteiwechsel von tschechischen Abgeordneten in LUBOMÍR BROKL, ZDENKA MANSFELDOVÁ, ALEŠ KROUPA: Poslanci prvního českého parlamentu, 1992-1996 [Die Abgeordneten des ersten tschechischen Parlaments, 1992-1996], Praha 1998 (Working papers, Sociologický Ústav 98,5), insb. S. 59.

<sup>50</sup> LUFT: Die Mittelpartei des mährischen Großgrundbesitzes (wie Anm. 42); JIŘÍ MALÍŘ: K vývoji velkostatkářských stran na Moravě [Zur Entwicklung der Großgrundbesitzerparteien in Mähren], in: ČMM 115 (1996), S. 35-58.

und in das Wiener Zentralparlament zu entsenden, obwohl sie nicht mehr als 100 Wähler hatte. Die Mittelpartei blieb aber eine Interessenpartei des Hochadels. Sie versuchte niemals, dieses selbstgewählte soziale und politische Ghetto zu durchbrechen oder gar sich mit einem regionalintegrativen Programm gegenüber anderen Parteien und politischen Gruppierungen zu profilieren.

In Mähren, wie insgesamt in den böhmischen Ländern, fehlte die Gentry. Es gab im Prinzip keinen Klein- und Mitteladel, der – ähnlich wie in Ungarn und Kroatien – zur Sicherung seiner sozialen und materiellen Positionen an einer stärkeren Regionalisierung und Separierung der Landesverwaltung und an einer regional autonomen Bürokratie interessiert gewesen wäre oder der sich gar an die Spitze einer mährischen Nationalbewegung gestellt hätte.

Auch im Rahmen sozialrevolutionärer Strömungen des 19. und 20. Jahrhunderts gab es – trotz der sozialen Krisen im Rahmen der Industrialisierung, die insbesondere das Brünnener und das Ostrauer Gebiet betrafen, und trotz der revolutionären Streikbewegungen, die nach 1918 Brünn und Ostrau erschütterten – keine Gruppierungen, die für einen auf Mähren beschränkten sozialistischen Sonderweg eingetreten wären und damit zum Kristallisationspunkt einer Regionalbewegung hätten werden können. Anders als in Ungarn, Bayern oder der Slowakei suchten sozialistische Räte nach 1918 auch nicht eine Festigung ihrer Position durch eine regionalistische Politik abzusichern.

### Die Gründe für das Scheitern eines politischen Regionalismus in Mähren

Mähren, die „Regio Moraviensis“, existiert bis heute in der Selbst- wie in der Fremdwahrnehmung als wichtiger Bestandteil Mittel- und Osteuropas.<sup>51</sup> Der Charakter dieser Region hat sich im 20. Jahrhundert maßgeblich gewandelt. Die Vielfalt der Ethnien, Sprachen, Nationen und Religionen, die Mähren ausmachte, ist deutlich geringer und schwächer geworden. Derartige Homogenisierungen gelten als vorteilhaft für die Entfaltung von Autonomie- oder Nationalbewegungen. Obwohl es kein entsprechendes Verwaltungsgebiet – und auch keine Landeshymne<sup>52</sup> – mehr gibt, ist Mähren weiterhin eine lebendige kulturelle Einheit, was sich in Wissenschaft, Theater, Literatur, Publizistik, Verlagswesen, Geschichtsbild und Volksmusik sowie Touristik zeigt.<sup>53</sup>

---

<sup>51</sup> JOSEF VÁLKA: Regio Moravensis, in: Europa und seine Regionen, hrsg. von ELISABETH VYSLONZIL und GOTTFRIED STANGLER, Frankfurt am Main u.a. 1996, S. 130-135.

<sup>52</sup> Ironisch dazu bereits in den sechziger Jahren JAN SKÁČEL: Kleine Rezension über die mährische Hymne, in: DERS.: Das elfte Pferd, deutsch von CHRISTA ROTHMEIER, Klagenfurt 1993, S. 160 f.

<sup>53</sup> IVO BOCK: Die Wiedergeburt der Kulturlandschaft Mähren, Bremen 1993 (Informationen zu aktuellen Entwicklungen, hrsg. von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Oktober 1993); DERS.: Die Wiedergeburt regionaler kultureller Traditionen in Mähren, in: Kollektive Identitäten in Ostmitteleuropa: Polen und die Tschechoslowakei,

Eine nennenswerte politische Regionalbewegung ist in Mähren jedoch weder im 19. noch im 20. Jahrhundert entstanden. Ansätze zu einer erneuten administrativen Regionsbildung und Autonomieforderungen sind seit 1993 aus der Parteipolitik in der Tschechischen Republik weitgehend wieder verschwunden. Es steht nicht zu erwarten, daß das kulturelle und historische Regionalbewußtsein und das Bekenntnis zu einer mährischen Nationalität sich zu einem politischen Regionalismus weiterentwickeln wird. Eine Regionalbewegung, ein eigener Nationalismus oder gar die separatistische Militanz einer selbst ernannten Untergrund- oder Befreiungsarmee sind nicht erkennbar.<sup>54</sup> Die wenigen mährischen nationalen Extremisten sind heute Außenseiter ohne Resonanz in der Bevölkerung und ohne konkrete Ziele.<sup>55</sup>

Für die politische Schwäche des mährischen Regionalismus im 19. und 20. Jahrhundert lassen sich Gründe anführen. In der mährischen Geschichte der letzten 200 Jahre fehlten einige Elemente, die einer Regionalisierung und mährischen Nationalisierung hätten Auftrieb geben können.

1. Mähren war ökonomisch, politisch und kulturell weder markant benachteiligt noch peripher.
2. Mähren war nicht von einem Zentrum allein abhängig.
3. In Mähren gab es keine nennenswerte Oberschicht, die im Zuge des Industrialisierungsprozesses marginalisiert oder deklassiert worden wäre und die so zu einer regionalistischen Trägerschicht hätte werden können. Die verschiedenen Oberschichten Mährens partizipierten alle an überregionalen Zusammenhängen.
4. Mähren fehlten in einer entscheidenden Phase eine Universität und andere, vergleichbare Bildungszentren, welche zum Kristallisationskern für eine regionalistische oder national-mährische Intelligenz, für die Entwicklung einer mährischen Hochsprache und eines mährischen separatistischen Programms hätten werden können.
5. Es fehlten daher auch die Konstrukteure und Propagandisten sowie die kulturellen und politischen Akteure, um ein mährisches Programm politisch zu vertreten und mittels eines politischen Organisationsnetzes zu verbreiten.
6. Interesse und Motivation, das Mährische als eine dritte über- oder gegennationale und politische Option oder politische Kraft zu etablieren und zu propagieren, waren aus all diesen Gründen generell gering.

Dabei zeigt sich ein innerer Zusammenhang dieser sechs verschiedenen Faktoren. Auch wenn es in Smetanas „Verkaufter Braut“ heißt, „Mähren, ein Land am Rande der Welt“, so traf dies keinesfalls zu. Mähren und die mährische Gesellschaft waren in überregionale soziale und ökonomische Zusammenhänge eingebunden und standen

---

Bremen 1994 (Veröffentlichungen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa 2), S. 134-184.

<sup>54</sup> Eher als Schwejkiaden sind Meldungen zu werten, die erneut im Jahr 2000 von der Gründung einer Mährischen Befreiungsarmee nach irischem Vorbild berichteten. Dazu auch VÁLKA: Regio Moravensis (wie Anm. 51), S. 133.

<sup>55</sup> So z.B. die obskure Kulturorganisation „Moravský národní kongres“ (Mährischer Nationalkongreß).

in engen Wechselbeziehungen zu den angrenzenden Regionen, insbesondere bis 1918 zur Reichshauptstadt Wien und zur böhmischen Hauptstadt Prag.<sup>56</sup> Die Zentrallandschaft zweiten Grades war weder von einer dauerhaften Benachteiligung noch einer Peripherisierung bedroht. Mähren befand sich zudem in der Regel nicht in einem reinen Abhängigkeitsverhältnis von einem einzigen Zentrum, sondern konnte seine Nachrangigkeit teilweise dadurch relativieren, daß es sich alternativ einem anderen Zentrum gegenüber öffnete. Einerseits lag Mähren in den letzten 200 Jahren in wechselnden zweipoligen Machtfeldern: Bis 1918 bestimmt von Wien und Prag, während der tschechoslowakischen Epoche von Prag und Bratislava, heute schließlich wieder von Prag und Wien sowie von Oberschlesien und Krakau. Andererseits war Mähren bei aller Prosperität niemals derart reich und benachbarten Regionen überlegen, daß deshalb ein darauf gegründeter Regionalismus den nationalen oder staatlichen Zusammenhalt politisch in Frage gestellt hätte, wie sich dies heute in Katalonien abzeichnet. Allgemein steht zu vermuten, daß regionalistische Bewegungen um so eher entstehen und sich dauerhaft etablieren können, je ausgeprägter die Abhängigkeit einer Region von einem Zentrum und je größer die Entwicklungsgefälle sind.

Mähren fehlte eine exklusiv morawistische Trägerschicht, die interessiert gewesen wäre, eine mährische Regionalpartei zu gründen und ein mährisches Programm zu verfolgen. Es gab keine bedeutendere Schicht, die – ähnlich dem Kleinadel in Ungarn – für diese Aufgabe in Frage gekommen wäre und sich aus einer Position der Deklassierung oder Entrechtung an die Spitze einer regionalistischen Bewegung gestellt hätte. Das regionalistische Potenzial der vornationalen, der anationalen und der utraquistischen Milieus allein reichte für einen solchen Weg nicht aus.

Ein mährischer Regionalismus wurde zudem nicht von außen gefördert. In der Geschichte Mährens gab es im Prinzip keine Staatsmacht, die nach dem Prinzip „Divide et impera“ versucht hätte, eine regionale politische oder neue nationale Bewegung als Gegengewicht gegenüber den nationalen Kräften oder gegenüber anderen oppositionellen Positionen aufzubauen oder zu stärken. Sowohl die Habsburgermonarchie als auch die Erste Tschechoslowakische Republik und die kommunistische Tschechoslowakei förderten vielmehr offen oder indirekt die vorhandene sprachnationale Polarisierung der mährischen Gesellschaft, so daß jeglicher regionaler Separatismus schwach bleiben mußte.

Mähren selbst war eine stark dezentralisierte Region mit den Zentren Olmütz, Brünn und Ostrau. Brünn als Landeshauptstadt und das alte ständische und kirchliche Zentrum Olmütz konkurrierten darum, den politischen Mittelpunkt zu bilden. Seit der Frühneuzeit hatte es in Mähren keinen Herrsersitz mehr gegeben, der als eigener Hof eine zentralistische und eigenständige Traditionslinie hätte ausbilden und stärken können. Hinzu kam die in ökonomischer und ethnographischer Hinsicht stark differenzierte subregionale Struktur des Landes, die dazu führte, daß diese kleinregionalen

---

<sup>56</sup> Jiří PERNES: Moravané, Vídeň a Praha [Die Mährer, Wien und Prag], in: Český lev a rakouský orel / Böhmischer Löwe und österreichischer Adler im 19. Jahrhundert, hrsg. von ZDENĚK HOJDA und ROMAN PRAHL, Praha 1996, S. 136-141 und 274 f.

Partialinteressen schwerer zu einem gemeinsamen Landesinteresse zu bündeln waren als z.B. im zentralistischen Böhmen.

In der entscheidenden Phase der nationalen Massenmobilisierung des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts gab es in Mähren keine Universität, die einer morawistischen Intelligenz als Ausbildungsstätte und politisch-ideologische Kernzelle hätte dienen können. Es kam daher auch nicht zur Konstruktion einer mährisch nationalen oder zumindest ausgereiften regionalen Symbolik. Weder entstand eine mährische Regional-, National- oder Staatsutopie, obwohl sich dafür genügend historische Anhaltspunkte anboten, noch ein entsprechendes politisches Programm. Für Mähren und die mährische Bevölkerung wurde im 19. Jahrhundert weder ein Landesmythos, vergleichbar dem böhmischen Urvater Čech oder der Libussa, noch eine Herkunftssage geschaffen, die Sprachen übergreifend alle Einwohner auf eine gemeinsame Wurzel zurückführte. Es gab keine Bestrebungen, regionale und vor allem übernationale Anknüpfungspunkte für ein Mährertum zu finden. Der vornationale mährische Landes-patriotismus, der stets pragmatisch und zeitbezogen war, wurde nicht in eine moderne nationale Identität transformiert, und es wurde auch nicht kontinuierlich versucht, die klassischen Elemente Sprache, Abstammung und Geschichtsbild als morawistische Besonderheiten in Abgrenzung zu anderen regionalen und nationalen Gesellschaften zu konstruieren. Der Großmähren-Mythos und die Cyrill-und-Method-Traditionen waren mit einzelnen politischen Konzeptionen verknüpft und nur für den slawischen bzw. den katholischen Teil der Bevölkerung attraktiv. Sie eigneten sich daher nur bedingt als regionale Integrationssymbole einer industrialisierten Gesellschaft.

Der mährische politische und kulturelle Regionalismus (Morawismus, Mährertum) gewann während des 19. und 20. Jahrhunderts immer dann Auftrieb, wenn in einer Krisensituation die außerhalb des Landes liegenden Zentren Prag, Wien und Bratislava an Einfluß und Bindungskraft verloren. Trotzdem wurde von keiner Gruppierung versucht, angesichts der deutsch-tschechischen oder der tschechisch-slowakischen Spannungsfelder das Mährische als autochthone Alternative, als dritten, regionalspezifischen Weg politisch-organisatorisch aufzubauen.

Der Dualismus von deutsch und tschechisch wurde seit dem 19. Jahrhundert auch in Mähren zunehmend als unausweichlich und alternativlos wahrgenommen. Das Mährische vermochte es nicht, sich als eine übernationale oder „utraquistisch“ regionale Option zu etablieren. Der über die Sprache definierte Nationalkonflikt in den böhmischen Ländern ließ selbst dem Mährischen als slawischer Variante keinen Raum für eine ethnische Eigenentwicklung. Insbesondere der bildungsmäßige Aufstieg breiter deutsch- und tschechischsprachiger Bevölkerungsschichten förderte die Nationalisierung von Gesellschaft, Politik, Kultur und Identitäten, so daß regionalen Entwürfen der Boden entzogen war. Eine Regionalisierung der Bildungseinrichtungen, der Bildungsinhalte und somit auch der Trägerschichten unterblieb.

Das von außen faktisch nicht bedrohte mährische historische und kulturelle Landes- oder Regionalbewußtsein war durchgehend ein wichtiger Bezugspunkt politischer Loyalitäten und teilweise auch ein taktisches Instrument für die verschiedenen politischen Parteien und Lager. Dieser regionale Bezug war eine, jedoch nicht die entscheidende oder einzige Ebene politischer und gesellschaftlicher Identitäten und ent-

wickelte daher keine Dynamik. Der Morawismus und der mährische Regionalismus blieben politisch defensive und sekundäre Wirkungskräfte, denen im Rahmen der nationalpolitischen Kämpfe nur eine komplementäre oder subsidiäre Funktion zukam.

## Fazit

Die Region Mähren wurde im 19. und 20. Jahrhundert gesellschaftlich und politisch von der Nationalisierung geprägt. Nach 1870 war die mährische Gesellschaft zunehmend nationalpolitisch polarisiert. Da alle parteipolitischen und ideologischen Zentren außerhalb des Landes lagen, bot der regionale Bezug jedoch eine ausreichende Grundlage, um ein „Zerreißen“ des Landes bzw. der Region durch die zentrifugalen Kräfte des Nationalismus zu verhindern. Mähren war aber auch nach 1918 keine national vollständig gespaltene Region. Die nationalen Zentren Prag und Wien fanden in Mähren kein regionales Pendant. Die weitverbreitete Zweisprachigkeit der Bewohner bestand als regionales Spezifikum trotz allem fort. Das regionale Sonderbewußtsein von der kulturellen Eigenheit bildete daher ein Gegengewicht und begrenztes Korrektiv gegenüber dem Nationalen. Die robuste tschechisch-mährische und die ältere übernationale mährische Identität konnten vom Nationalen nicht verdrängt werden. Mähren ist daher eine Region, die beispielhaft die Grenzen des Nationalismus aufzeigt.

In noch größerem Maße ist Mähren jedoch ein Beispiel für die Grenzen des politischen Regionalismus. Trotz günstigster Ausgangsbedingungen, trotz eines lebendigen kulturellen Regionalismus und trotz der vorhandenen kritischen Masse an regionaler Potenz kam es niemals zur Entstehung eines politisch dynamisierten Regionalismus oder eines mährischen Nationalismus. Das Vorhandensein historischer, ökonomischer, kultureller und mentaler regionaler Spezifika bedingte keinesfalls zwangsläufig eine Expansion oder Ausweitung regionalistischer Ambitionen bis hin zu Separatismus oder Eigenstaatlichkeit. Dem mährischen Regionalismus fehlten Trägergruppen, eine politische Ideologie, organisatorische Kristallisationskerne und regional begründete Partizipationshindernisse. Angesicht der vorhandenen dominanten nationalpolitischen und weltanschaulich-ideologischen Bewegungen verblieb der mährische Regionalismus stets im Status quo einer kulturellen, räumlich verorteten, jedoch weitgehend unpolitischen Teilidentität.

## Nationalstaat versus Regionalismus

# Der Traum vom gemeinsamen Europa. Autonomiebewegungen und Regionalismus im Elsaß, 1870-1970

von

Christiane Kohser-Spohn

[An Deutschland] „*Suis-je ton ennemie? Non, je suis ta soeur! Je t'ai tout repris, je te rends tout, à une condition: c'est que nous ne ferons plus qu'un seul peuple, qu'une seule République! Je vais démolir mes forteresses, tu vas démolir les tiennes. Ma vengeance, c'est ma fraternité! [...] Plus de frontières! Le Rhin à tous! Soyons la même République, soyons les Etats-Unis d'Europe, soyons la Fédération Continentale; soyons la liberté européenne!*“ (Victor Hugo, Assemblée Nationale de Bordeaux, 1er mars 1871)

Fragen Sie vierzig- bis fünfzigjährige Elsässer nach ihrer Familiengeschichte, so wird sie sich von folgender nicht wesentlich unterscheiden: Eine im Kaiserreich geborene Großmutter, die, kein Wort Französisch sprechend, nur durch Lächeln mit ihrer Enkelin kommunizieren konnte. Ihre beiden als Franzosen geborenen Söhne, die in die Wehrmacht als „Malgré-nous“<sup>1</sup> eingezogen wurden, fielen 1943 für ein fremdes Vaterland an der Rußlandfront. Ihre Tochter, Lehrerin, mit großer Hingabe nach den Prinzipien des Laizismus und der französischen republikanischen Ideale unterrichtend, heiratete einen Pfarrer, der das protestantische Deutschland hochschätzt(e).<sup>2</sup> Auch er, als Franzose geboren, größtenteils unter deutscher Staatsmacht zur Schule gegangen, wechselte im Jahre 1945 abermals zum Franzosentum. Auf das „Baccalauréat“ (Abitur) bereitete er sich mit Hilfe eines Wörterbuchs vor und lernte, wer dieser Monsieur Victor Hugo gewesen war. Sein Vater trug im Ersten Weltkrieg die preußische Uniform, da er als Deutscher geboren worden war. Als Franzose schloß er sich in den zwanziger Jahren der Autonomiebewegung an. Er wollte kein Deutscher sein, er konnte kein Franzose sein, also war er ein Elsaß-Europäer. Einer seiner Söhne kam nach 1945 in französische Gefangenschaft, weil er in seinem Dorf zur Hitler-Jugend gehört hatte.<sup>3</sup> Zwei seiner Enkelkinder heirateten „Innerfranzosen“, eine Enkelin einen Deutschen. Bei Familienfeiern lächeln sich alle an, ohne sich verständigen zu können, bis auf die Neffen und Nichten, die bilingualen Unterricht in der Schule ha-

---

<sup>1</sup> Elsässer, die zwangsweise in die Wehrmacht eingezogen worden sind. Der entsprechende Erlass wurde am 24. August 1942 verkündet. Siehe hierzu z.B. PIERRE BARRAL: La tragédie des „Malgré-nous“, in: L'Histoire 80, 1985.

<sup>2</sup> Frankreich zählt nur zwei Prozent Protestanten. Die Pfarrer werden in der Regel nicht vom Staat bezahlt, außer im Elsaß, wo sie als Beamte angestellt sind.

<sup>3</sup> Nach 1940 wurde die Mitgliedschaft in der HJ obligatorisch für alle Kinder und Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr.

ben. So komplex es für den unbedarften Leser auch erscheinen mag: Meine Familiengeschichte hat in den Augen eines Elsässers nichts Außergewöhnliches.

Die Elsässer wechselten im Laufe des letzten Jahrhunderts nicht weniger als viermal die Staatsangehörigkeit.<sup>4</sup> Die Pendelbewegung der Grenze zwischen Vogesen und Rhein bewirkte einen Wechsel der Sprache, der Kultur, der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bezugspunkte, der jedes Mal eine mühsam aufgebaute Welt über den Haufen warf. In dem Ringen zwischen Frankreich und Deutschland um die Vorherrschaft zum Spielball geworden, setzten die Elsässer auf den Mythos der heiligen Odile, dieser reinen, jungen Frau (das Elsaß), die von dem wilden Jäger (Frankreich oder Deutschland) verfolgt wird, und mehr noch auf den des „Hans im Schnokeloch“, diesen Helden, der sich nicht zu entscheiden vermag, in Wahnsinn verfällt und daran zerbricht. „D'r Hans im Schnokeloch het alles was er will!! Un was er het, dess will er nit, un was er will, dess het er nit [...] was er saat, dess denkt er nit, un was er denkt, des saat er nit.“<sup>5</sup> Gefangen im Paradox zwischen zwei Nationen und Kulturen, sahen die Elsässer sich selbst als widersprüchlich, angepaßt und unaufrichtig, wie eben der Hans im Schnokeloch. Sie mußten wählen, ohne in ihren Entscheidungen frei zu sein, taten aber nichts, um sich aus dieser Zwangslage zu befreien.

Als Antwort auf diese besondere Situation suchten die Elsässer auf politischer Ebene oft im Partikularismus Zuflucht. In einer Region, die von solch tiefgreifenden geschichtlichen Umwälzungen geprägt wurde, äußerte sich das Verlangen nach einer eigenen Identität heftiger und beharrlicher als in anderen Teilen Frankreichs oder Deutschlands.<sup>6</sup> Die regionalistische Tradition ist im Elsaß tief verankert.<sup>7</sup> Zur Zeit des

---

<sup>4</sup> Nach 1870 wurde das Elsaß in das Deutsche Reich eingegliedert. Nach 1918 wurde es wieder französisch. Von 1940 bis 1945 gehörte die Region erneut zu Deutschland. 1945 wurde sie abermals französisch.

<sup>5</sup> Der Mythos vom „Hans im Schnokeloch“ wurde auf sehr unterschiedliche Art und Weise benutzt und interpretiert. Frédéric Hoffet hat z.B. in dem Hans eine Metapher für die „Identitätsprobleme der Elsässer“ gesehen. FREDERIC HOFFET: *Psychanalyse de l'Alsace*, Paris 1951, Taschenbuch 1973, S. 105. Der Hans im Theaterstück von René Schickele, „Hans im Schnakenloch“, 1916 in Frankfurt uraufgeführt, ist hin- und hergerissen: „Spannen Sie einen Menschen mit Armen und Beinen zwischen zwei Pferde, jagen Sie die Pferde in entgegengesetzter Richtung davon, und Sie haben genau das erhabene Schauspiel der elsässischen Treue“, sagt er in Akt 2, Szene 2. Zitiert in EVE CERF: *Jean du Trou aux Moustiques. Un mythe transitionnel entre la France et l'Allemagne*, in: *D'une rive à l'autre. Kleiner Grenzverkehr*, hrsg. von UTZ JEGGLE und FREDDY RAPHAEL, Paris 1997, S. 263-284, hier S. 269-270. Für andere Interpretationen des Mythos siehe EVE CERF (wie Anm. 5).

<sup>6</sup> Nach Pierre Bourdieu ist das Stigma ein Träger der Autonomie. Das „Stigma“, definiert durch den verachtenden Blick der Verfechter eines reduzierenden Zentralismus, wird zum Sinnbild der Identitätsforderung. PIERRE BOURDIEU: *L'identité et la représentation*, in: *Actes de la recherche en sciences sociales* 35, 1990, S. 63-72.

<sup>7</sup> Der Begriff Regionalismus wird hier aus Vereinfachungsgründen benutzt. De facto ist er in Frankreich erst nach der Kommune von 1870 erschaffen worden. Zudem ist eine bedeutende regionalistische Bewegung in Frankreich erst um die Jahrhundertwende unter dem Impuls von Jean-Charles Brun (1870-1946) entstanden. Der Begriff und die Bewegung waren und werden im übrigen immer verschwommen bleiben. Zu dieser Bewegung gehörten

Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation gab es freie Städte. Auch noch deren Verschwinden konnte das französische Elsaß durch das 17., 18. und 19. Jahrhundert hindurch seine politischen, wirtschaftlichen und institutionellen Rechte gegenüber einem gleichmacherischen Zentralstaat behaupten. Entgegen der Analyse des Soziologen Freddy Raphael war der elsässische Regionalismus selten folkloristisch und vergangenheitsbezogen.<sup>8</sup> Der „Kult der Scholle“ wurde kaum gepflegt, die bäuerliche Gesellschaft von früher selten verherrlicht.<sup>9</sup> Der elsässische Regionalismus ging nicht durch die klar umrissenen Etappen sonstiger regionaler Bewegungen, von der Bewußtseinsentwicklung zur kulturellen und dann zur politischen Ebene.<sup>10</sup> Er war von vornherein eine politische Forderung.<sup>11</sup> Statt einer sentimentalen Rückbesinnung wollte er vielmehr als eine Öffnung und Überwindung der nationalen Grenzen verstanden werden. Die kollektive Identität im Elsaß bestand in der Treue zu und der Beteiligung an mehreren, teilweise konträren Kulturen. Der frankophile Schriftsteller und Heimatforscher Pierre Bucher drückte es 1912 wie folgt aus: „Die elsässische ‚Kultur‘, wie wir sie verstehen und pflegen wollen, besteht aus sukzessiven oder gleichzeitigen Leistungen des deutschen und des französischen Genies. Es heißt deshalb aber nicht, daß sie eine doppelte ‚Kultur‘ ist. Sie nährt sich aus zwei Substanzen, aber der elsässische Organismus hat es fertig gebracht und wird es in Zukunft auch schaffen, aus dieser Mischnahrung eine homogene Materie zu machen. Eines dieser beiden Elemente zu entfernen, seine Erneuerung zu verhindern, würde einer Entstellung unseres elsässischen Wesens gleichkommen.“<sup>12</sup> Alle elsässischen Regionalisten

---

und gehören sowohl Anhänger der Dezentralisierung als auch Regionalisten, Föderalisten, Autonomisten, Separatisten usw. Der gemeinsame Nenner all dieser Ideologien war die Ablehnung des jakobinischen, hyperzentralisierten Staates.

<sup>8</sup> Siehe hierzu FREDDY RAPHAEL: Revendication identitaire d'une minorité et ambiguïté du culte des racines, in: Mémoire plurielle de l'Alsace. Grandeurs et servitudes d'un pays des marges, hrsg. von FREDDY RAPHAEL und GENEVIEVE HERBERICH-MARX, Nancy 1991, S. 413-429. Siehe auch DERS.: Critique de la raison identitaire, in: D'une rive à l'autre (wie Anm. 5), S. 15-30.

<sup>9</sup> Wie es der Fall für andere regionalistische Bewegungen war, z.B. für den provenzalischen Dichterkreis Félibrige am Ende des 19. Jahrhunderts. Siehe hierzu PHILIPPE MARTEL: Le Félibrige, in: Les lieux de mémoire, III.: Les France, 2. Traditions, hrsg. von PIERRE NORA, Paris 1994, S. 567-611.

<sup>10</sup> Siehe hierzu z.B. SOLANGE GRAS, CHRISTIAN GRAS: La révolte des régions d'Europe occidentale de 1916 à nos jours, Paris 1982, S. 24-93.

<sup>11</sup> Selbst die kulturellen Ereignisse des ausgehenden 19. Jahrhunderts wie die Gründung des Musée alsacien und die Volksfeste oder Kirmessen, die zum Ziel hatten, bei den Elsässern ein Bewußtsein für ihre Bräuche und ihr Umfeld zu entwickeln, hatten einen politischen Charakter. Die Hervorhebung der elsässischen „Kultur“ war als eine politische Herausforderung gedacht: Sie sollte die Widerstandsfähigkeit gegenüber dem deutschen Aggressor mittels einer starken, eigenständigen Tradition bekunden. ROLAND OBERLE: L'Alsace au temps du Reichsland 1871-1914, Mulhouse (nicht datiert), S. 46 ff.

<sup>12</sup> PIERRE BUCHER: Editorial, in: Cahiers alsaciens 1, 1912, S. 3. Zitiert in KARL-HEINZ ROTHENBERGER: Die Elsaß-Lothringische Heimat- und Autonomiebewegung zwischen den beiden Weltkriegen, Frankfurt u.a. 1976, S. 251 f.: „La ‚culture‘ alsacienne, telle que nous

haben dem Elsaß den historischen Auftrag gegeben, für welchen es aufgrund seiner geographischen Lage, seiner Geschichte und seiner kulturellen Tradition bestimmt war: Ein Bindeglied zwischen zwei verfeindeten Völkern zu sein, eine Brücke der Versöhnung zwischen zwei Nationen, eine Kontaktzone zwischen zwei Kulturen. Auf dem Höhepunkt der Autonomiebewegung, d.h. zwischen beiden Weltkriegen, drückte der autonomistische Journalist Georges Wolf die Vermittlerrolle des Elsaß auf folgende Weise aus: „Die Antithese französisch-deutsch muß überwunden werden durch die Synthese europäisch-human. Auf diesem Boden muß zuerst europäisch gefühlt und gesprochen werden. Das ist das Ideal, das unserer gebildeten Jugend auf Schule und Universität eingepflanzt werden muß. Das ist das Ideal, das [...] unser Volk durchdringen muß, wenn [...] unsere Mission zur Wahrheit werden und keine schöne Phrase bleiben soll.“<sup>13</sup>

## Die Stigmatisierung der Sprache

Das elsässische Begehren nach der eigenen Identität geht auf das Jahr 1648 zurück, als die Region zum ersten Mal in einen Zentralstaat eingegliedert wurde. „Ne touchez pas aux usages de l’Alsace“ [„Faßt die Angelegenheiten des Elsaß nicht an“] wurde schließlich Ludwig dem XIV. empfohlen. Die Straßburger Stadtväter blieben so entschlossen, daß der König die Privilegien der Stadt und die deutsche Sprache nicht antastete. Letztere wurde in der Gerichtsbarkeit und den Behörden sowie in den Universitäten und Schulen häufig gebraucht. Während der Französischen Revolution und des Kaiserreichs wurde das Elsaß endgültig französisch. Es begrüßte enthusiastisch die Revolution. Die Revolutionäre mißtrauten jedoch den Elsässern, die ihre Sprache, ihre Religion und ihre Bräuche weiterhin pflegen wollten. Das Thema der Elsässer – „diese verdammte Rasse“ –, die „Tag und Nacht Machenschaften nachgehen, um wieder unter die Herrschaft ihrer alten Landesherrn zu kommen“<sup>14</sup>, ging vor allem den Jakobinern nicht aus dem Sinn. Der Jakobiner Monet, Bürgermeister von Straßburg, schlug 1793 sogar vor, diejenigen Elsässer, die kein Französisch sprachen, nach Frankreich zu deportieren oder sie „auf die Guillotine zu schicken, um ihre Bekeh-

---

la voulons concevoir et servir, est faite des apports successifs ou simultanés du génie allemand et du génie français. Ce n’est pas à dire qu’elle soit une double ‘culture’. Elle s’alimente de deux substances, mais de cette nourriture mixte, l’organisme alsacien a su et saura faire une matière homogène. Retrancher l’un ou l’autre de ces éléments, en empêcher le renouvellement, équivaudrait à dénaturer notre essence alsacienne.“

<sup>13</sup> GEORGES WOLF: Das elsässische Problem. Grundzüge einer elsässischen Politik im Zeitalter des Pakts von Locarno, Strasbourg 1926, S. 112. Zitiert in ROTHENBERGER (wie Anm. 13), S. 103.

<sup>14</sup> Der Volksrepräsentant im Elsaß Lacoste, zitiert in R. WERNER: L’esprit public et la langue en Alsace pendant la Révolution française, in: Société d’Histoire et d’Archéologie Dambach la Ville-Barr-Obernai 22, 1988, S. 24: „Les monstres [...] de cette maudite race, qui conspirent nuit et jour pour rentrer sous la domination de leurs anciens maîtres.“

nung zu bewirken“.<sup>15</sup> Man konnte seiner Ansicht nach solch unberechenbaren Bewohnern die Grenze nicht anvertrauen: „Die Bezeichnung Franzose oder Welscher war früher eine Art Schimpfwort; die Bezeichnung Deutscher kündigte einen Landsmann an [...]. Der Boden [ist] französisch, aber die Herzen schlagen für Österreich [...]. Der Landbewohner zeichnet sich durch sein bleiernes Phlegma, sein kraftloses Gemüt und einen Mangel an Stolz aus, die seiner primitiven Herkunft entspringen; Erziehung, Sitte, Liebe, die wertvollsten Gefühle scheinen sich gegen das Vaterland zu verschwören.“<sup>16</sup> Die Antwort eines elsässischen Jakobiners auf diese Form des Mißtrauens bildete die erste in einer langen Serie von Erwiderungen, zu denen die Elsässer sich zwei Jahrhunderte lang gezwungen sahen, um zu bekunden, daß das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Nation keine Frage der Sprache war: „Sollten wir, Menschen des Volkes, denjenigen verdammen [...], der nicht weniger patriotisch oder tugendhaft ist als der Bürger aller Gemeinden der Republik? [...] Wie kann man ein Volk erziehen, aufklären und überzeugen, wenn man eine ihm fremde Sprache spricht?“<sup>17</sup> Der eingeschränkte Gebrauch der französischen Sprache im Elsaß wurde immer als ein geringes Zugehörigkeitsgefühl zu Frankreich verstanden: Diejenigen, die für die deutsche Sprache eintraten, wünschten also auch ein deutsches Elsaß. Eine falsche Folgerung, die zu fatalen Fehlern führte.

Im 19. Jahrhundert war das politische Leben im Elsaß und in Lothringen bis zur Annexion der Region weitgehend konfliktfrei. Die Einwohner fühlten sich französisch, auch wenn zwei Drittel von ihnen nur Dialekt sprachen. Die deutsche Sprache war Unterrichtssprache geblieben. Sie wurde häufig auf der Universität gesprochen und war die Sprache der Religion, insbesondere für die Protestanten und unter ihnen vor allem für die Lutheraner. Paul Gerhardts Choräle wurden in den Kirchen aus vollem Halse auf deutsch gesungen, und die evangelischen Pfarrer weigerten sich, den „Kleinen Katechismus nach Martin Luther“ auf französisch zu lehren. Die französische Sprache war den besseren Kreisen der Gesellschaft vorbehalten. Wie in ganz Frankreich im 19. Jahrhundert üblich, spiegelte die sprachliche Trennlinie im Elsaß

---

<sup>15</sup> PIERRE FRANÇOIS MONET: Discours sur la conjuration de l'étranger dans le Bas-Rhin, prononcé à la société populaire de Strasbourg, 18 flor. II, in: Recueil de pièces authentiques servant à l'Histoire de la Révolution ou des actes des Représentants du peuple en mission dans le département du Bas-Rhin (Le livre bleu), hrsg. von ANDRE ULRICH, Bd. 1, Strasbourg 1795, S. 199: „[...] les [promener] à la guillotine pour opérer leur conversion.“

<sup>16</sup> MONET (wie Anm. 16), S. 99: „Le titre de Français ou de Velche était naguère une sorte d'insulte; celui d'Allemand annonçait un compatriote [...]. Le sol (est) français, mais les coeurs appart(iennent) à l'Autriche [...]. Un phlegme assoupissant, une âme sans énergie, le dédain de l'orgueil annonç(ent) l'habitant du pays et décèl(ent) son origine primitive; ainsi l'éducation, l'habitude, l'amour, les affections les plus chères sembl(ent) conspirer contre la patrie.“

<sup>17</sup> Le livre bleu (wie Anm. 16): Lettre du Sans-culotte Massé au général Dièche, commandant la division et la place de Strasbourg, S. 230-234: „Fallait-il que nous, hommes du peuple, condamnassions celui [...] qui n'en est ni moins patriote, ni moins vertueux que celui de toutes les communes de la République? [...] comment est-il possible d'instruire, d'éclairer et de persuader un peuple, en lui parlant une langue qu'il n'entend pas?“

eine soziale Realität wider. Französisch war die Sprache der Bourgeoisie, insbesondere der Industriellen und Kaufleute, die während des „Second Empire“ reich geworden waren. Sie waren frankophil<sup>18</sup>, unterhielten enge Beziehungen zu Paris und lebten in ihrer eigenen Welt, von der elsässischen Bevölkerung vollkommen abgetrennt. Die elsässische Bourgeoisie bildete 1871 das Gros der „*Optants*“, d.h. derjenigen, die nach der militärischen Niederlage Frankreichs gemäß § 2 des Frankfurter Vertrags<sup>19</sup> vor die Wahl gestellt wurden, für die deutsche oder die französische Staatsangehörigkeit zu optieren, und sich für letztere entschieden (diese Wahl hatte zur Folge, daß der „*Optant*“ das Land verlassen mußte).<sup>20</sup> In Paris oder Algier<sup>21</sup> hegte die Bourgeoisie den Kult der „kleinen Heimat“ (*petite patrie*) in den Klubs der Elsässer oder in der „*Ecole alsacienne*“<sup>22</sup> und erschuf den Mythos eines unter dem „deutschen Joch“ leidenden Elsaß.<sup>23</sup>

---

<sup>18</sup> Sie rühmten sich oft, die deutsche Sprache nicht zu beherrschen, und empfanden den Hinweis auf ihre germanische Herkunft als degradierend. Ihren Bediensteten verboten sie den Gebrauch des Dialekts.

<sup>19</sup> Vom 10. Mai 1871.

<sup>20</sup> ALFRED WAHL: *L'option et l'émigration des Alsaciens-Lorrains en 1871-1872*, Paris 1974. Nach Alfred Wahl optierte ein Zehntel der elsässischen Bevölkerung für Frankreich. Nicht alle *Optants* verließen das Elsaß. Zu den Emigranten zählten die Hälfte der Volksschullehrer, mehr als die Hälfte der Notare, das Militär, die meisten Förster, fast alle Lehrer der Sekundarschulen und Universitätsprofessoren. Die Städte Mülhausen, Bischwiller, Colmar und Zabern wurden am meisten von der Emigrationswelle betroffen. Vgl. auch OBERLE (wie Anm. 11), S. 31.

<sup>21</sup> Die französische Regierung gewährte den *Optants* kostenlose Konzessionen für Grundstücke in Algerien – seit kurzem französische Kolonie. Dazu kamen die Erstattung der Umzugskosten und eine dreijährige Steuerbefreiung. Dies veranlaßte einen Journalisten der Zeitung „*Mercure de France*“ im Jahre 1897 zu der Aussage: „Wehe dem Nicht-Elsässer [...]. Man gebe uns das Elsaß nicht zurück, wir haben leider schon viel zu viele Elsässer!“ Zitiert in PIERRI ZIND: *Elsaß-Lothringen. Alsace-Lorraine. Une Nation interdite 1870-1940*, Paris 1979, S. 18: „Malheur à qui n'est pas Alsacien [...] Qu'on ne nous rende point l'Alsace, nous n'avons hélas que trop d'Alsaciens!“

<sup>22</sup> Diese heute noch bestehende Pariser Schule wurde für die Erziehung der Kinder der *Optants* gegründet. Siehe hierzu GEORGES HACQUARD: *Histoire d'une institution française: L'Ecole Alsacienne. Naissance d'une école libre 1871-1891*, Paris 1982.

<sup>23</sup> Siehe hierzu die Propagandaliteratur wie MADAME FOUILLEE (Pseudonym für G. Bruno): *Le tour de la France par deux enfants*, Paris 1877. Der Erfolg dieses Buches über die Reise zweier Waisen aus Lothringen durch das „geliebte und verlorene Frankreich“ war immens: Zwischen 1877 und 1887 wurden drei Millionen Exemplare verkauft. Siehe dazu JACQUES OZOUF, MONA OZOUF: *Le tour de la France par deux enfants. Le petit livre rouge de la République*, in: *Les lieux de mémoire, I: La République*, hrsg. von PIERRE NORA, Paris 1984, S. 291-321. Siehe auch CHRISTIAN ALMAVI: *Découverte et apprentissage des régions françaises, à travers les livres de lecture et de prix*, in: *Enseigner la région*, hrsg. von PIERRE BOUTAN u.a., Paris 2001, S. 35-43.

## Das Elsaß im Reichsland (1870-1918)

Die Annexion des Elsaß und Lothringens durch Deutschland vollzog sich nicht ohne Schwierigkeiten. Schon im Jahre 1871 wurde die Region von einer weiten Protestbewegung erfaßt. Die oppositionellen Kräfte waren katholisch und republikanisch und richteten sich gegen ein dynastisches, protestantisches Reich. Neben der katholischen Protestbewegung entwickelte sich auch die erste Autonomiebewegung, die der politischen Enthaltung der Protestler die pragmatische Aktion im Dienst des Reichslands Elsaß-Lothringen innerhalb des deutschen Reiches entgegenhielt.<sup>24</sup> Im Jahre 1874 gewannen die Autonomisten unter der Führung von August Schneegans ihre erste Schlacht um Gleichberechtigung mit den Deutschen: Kaiser Wilhelm der Erste schuf in Elsaß-Lothringen einen Landesausschuß, der aus 30 Abgeordneten bestand. Die Entwicklung zur legislativen Autonomie mündete in die Verfassung von 1911, die aus dem Elsaß quasi einen deutschen Staat vergleichbar mit Württemberg und Baden machte.<sup>25</sup> Der einzige Unterschied zwischen dem Elsaß (sowie Lothringen) und den anderen deutschen Staaten bestand darin, daß es im Namen des Kaisers von einem Statthalter als Vertreter der exekutiven Gewalt regiert wurde. Umfangreiche gesetzgeberische Befugnisse wurden beiden Kammern des Parlaments gewährt. Um 1912 war sogar davon die Rede, Elsaß-Lothringen in ein Großherzogtum umzuwandeln, das einem katholischen Herrscherhaus, den Wittelsbachern oder den Hohenlohern, zugesprochen werden sollte. Der Status von Elsaß-Lothringen hätte sich dann nicht mehr von dem der anderen deutschen Staaten unterschieden.<sup>26</sup>

Der deutsche Liberalismus kam in den unterschiedlichsten Bereichen zum Ausdruck. Die Sozialgesetzgebung, von der die deutschen Arbeiter profitierten, wurde den elsässischen Unternehmern nicht auferlegt. Diese betrieben weiterhin die Ausbeutung der Arbeiterschaft nach frühkapitalistischen Methoden und machten enorme Profite.<sup>27</sup> Der Unterricht der französischen Sprache war als Zusatzfach in den Schulen beibehalten worden; in einigen elsässischen und lothringischen Gemeinden gehörte Französisch sogar zum offiziellen Fächerkanon. Französische Zeitungen wurden weiterhin gedruckt, und Vereine, die sich für den Einfluß Frankreichs im Elsaß einsetzten, wie „*Le Souvenir français*“, wurden geduldet.<sup>28</sup> Eine solche Politik wurde vor

---

<sup>24</sup> Diese erste Bewegung antiklerikaler und liberaler Ausrichtung wurde von einer zweiten klerikalen und frankophilen Autonomiebewegung schnell abgelöst.

<sup>25</sup> JEAN-MARIE MAYEUR: *Autonomie et politique en Alsace. La Constitution de 1911*, Paris 1970.

<sup>26</sup> HOFFET (wie Anm. 5), S. 41.

<sup>27</sup> Dies wird im zweiten Teil der vierteiligen französischen TV-Familienchronik „Die Elsässer“ von 1996 unter der Regie von Michel Favart gut dargestellt. Sie zeigt den Aufstieg und die beträchtliche Profitsteigerung des Fabrikanten Kempf-De La Tour im Bereich der Metallindustrie.

<sup>28</sup> Die Vereine bedeuteten in Wirklichkeit keine große Gefahr für den deutschen Staat. Sie stellten nach Jean-Claude Richez eine „Ersatzidentität“ dar und beruhten im Elsaß auf einer langen Tradition. Siehe hierzu JEAN-CLAUDE RICHEZ, ALFRED WAHL: *La vie quotidienne en Alsace. Entre France et Allemagne 1850-1950*, Paris 1993, S. 157-163. Einige Vereine,

allem von einigen Statthaltern betrieben, z.B. von General Manteuffel. Die deutsche Ära schloß aber auch besonders repressive Momente ein. Zahlreiche elsässische Beamte wurden aus ihren Ämtern entlassen, und es war Elsässern nahezu unmöglich, wichtige Posten einzunehmen, da diese den Deutschen vorbehalten waren. Die so genannte „Paß-Regelung“ machte lange Zeit Elsässern, welche für die französische Staatsangehörigkeit optiert hatten, jegliche Reise in ihre Heimat unmöglich. Die deutsche Botschaft in Paris als zuständige Behörde schloß die Optants einfach aus.

Diese „Paß-Regelung“, von den Elsässern auch „Chinesische Mauer“ genannt, trug erheblich dazu bei, die affektiven und wirtschaftlichen Bindungen zu Frankreich zu lösen. Im Laufe der Zeit kam es unweigerlich zu einem Bruch zwischen dem Elsaß und Frankreich. Die Arbeiter hatten durch die deutschen sozialistischen Ideen eine neue politische Heimat gefunden und wählten nicht mehr als Protestler. Die frankreichtreuesten unter den Elsässern, die Katholiken, konnten sich nicht mehr mit einem Frankreich identifizieren, das die Trennung von Kirche und Staat im Jahre 1905 vollzogen hatte. Dies nutzte die deutsche Propaganda aus und verbreitete aufschlußreiche Berichte über drangsalierte Kongregationen und das Verbot der Erstkommunion oder der Sakramente. Auf dem Land fiel es den Katholiken immer schwerer, der Parole der Nichtbeteiligung zu folgen, die von der Katholischen Partei ausgegeben worden war. In der Tat verstärkte der katholische Bauer seine wirtschaftliche Benachteiligung gegenüber seinem protestantischen Kollegen, wenn er nicht mit dem neuen Staat zusammenarbeitete, seine Söhne nicht in die neuen Landwirtschaftsschulen schickte, die von protestantischen Jungbauern besucht wurden, oder sich nicht an Landwirtschaftswettbewerben beteiligte.<sup>29</sup> Die Protestanten, vor allem aus den ländlichen Gebieten des Nord-Elsaß, bekannten sich ganz zu Deutschland, das sie als protestantische Macht vor der katholischen, französischen Kuratel schützte und ihnen erhebliche Vorteile bot. Die protestantische Landbevölkerung wurde sehr oft von ihren Pfarrern angeführt, die im deutschen System gut integriert waren, besonders diejenigen, die an deutschen Fakultäten Theologie studiert hatten. Diese Einstimmigkeit bezüglich Deutschland fand man aber ausschließlich bei den orthodox lutherischen Protestanten aus ländlichen Regionen. Ganz anders sah es in den Städten aus, in Straßburg oder Mülhausen, wo die liberale protestantische Bourgeoisie die Speerspitze der Frankophilie bildete. Ihr Einfluß wie auch die Bedeutung der katholischen Bourgeoisie sanken jedoch beträchtlich. Indem sie ihre Kinder in französische Internate schickten, sich oft weigerten, einen – sogar frankophilen – Elsässer als Schwiegersohn zu akzeptieren, der aus ihrer Tochter durch Heirat eine Deutsche gemacht hätte, stifteten sie Verwirrung in der elsässischen Gesellschaft. Ihr restriktives Verhalten gefährdete die

---

wie die Musikvereine oder der *Club Vosgien* [ein Wandererverein, der sich für die Instandhaltung der Vogesen einsetzte], wurden vom deutschen Staat kräftig unterstützt, weil in ihnen Träger der Germanisierung im Elsaß gesehen wurden.

<sup>29</sup> Während dieser ganzen Periode gab es im Elsaß eine tiefe Kluft zwischen den katholischen und den protestantischen Dörfern: ärmliche, schmutzige Häuser hier, schmucke Bauernhöfe dort; Stagnation hier, Dynamik, Unternehmungsgeist und Reichtum dort; hohe Geburtenrate, aber auch hohe Kindersterblichkeit hier, Geburtenkontrolle dort; ungleichmäßige Bodenteilung hier, Homogenität der Betriebe dort.

Ambitionen junger Leute aus dem Mittelstand. Der jüngeren, deutsch erzogenen Generation wurde trotz all ihrer Bemühungen der Zutritt zu den Kreisen der frankophilen Bourgeoisie verwehrt. Die neue Elite wandte sich der gehobenen Schicht der Einwanderer aus Deutschland zu, die sie mit offenen Armen empfing und ihnen das Studieren und den Start in das Berufsleben erleichterte.

Kurz vor 1914 schien die Einbindung des Elsaß in das Deutsche Reich verwirklicht, aber die drohende Kriegsgefahr und der Ausbruch des Ersten Weltkriegs führten eine irreversible Wende der deutschen Politik herbei. Gegenüber einer Region, die erneut verdächtigt wurde, „aus nationaler Sicht nicht sicher zu sein“, griff die Regierung auf die politische Methode der „eisernen Hand“ zurück, die schon unmittelbar nach dem Krieg von 1870 angewandt worden war. Französische Vereine und Zeitungen und der Gebrauch der französischen Sprache wurden verboten. Wer den aufrührerischen Ausruf „Es lebe Frankreich!“ wagte, kam für Monate ins Gefängnis. Das Aussprechen von sogar in Mainz und Darmstadt geläufigen Ausdrücken wie „*Adié*“, „*Appétit*“ oder „*Trottoir*“ wurde mit Strafen verhängt. Diese Verbote lösten nicht wenige heftige Reaktionen aus. Der geringste Zwischenfall, wie z.B. das Schimpfwort, das ein deutscher Offizier einem jungen Rekruten in der Kaserne des Städtchens Zabern an den Kopf warf, nahm gigantische Ausmaße an: Man sprach von der „Zaberner Affäre“. Auf einmal wurden die Deutschen in den Augen der Elsässer wieder die schwerfälligen, arroganten, militaristischen und unterwürfigen Wesen, wie sie elsässische Karikaturisten wie Hansi oder Zislin gerne porträtierten. Als das Elsaß im Jahre 1918 wieder französisch wurde, hatte die Bevölkerung dieses Bild der Deutschen noch lebhaft in Erinnerung. Dies erklärt unter anderem den triumphalen Empfang, den die Elsässer den französischen Truppen im November 1918 bereiteten.

## Die Autonomiebewegung zwischen beiden Weltkriegen

Die Euphorie über die Wiedereingliederung hielt jedoch nicht lange an. Das Mißverständnis zwischen der Region und dem laizistischen, antiklerikalen und systematisch zentralistischen Staat der Dritten Republik sowie die Ungeschicklichkeiten der Regierung und der Wille zur Französisierung riefen Unmut und autonomistische Reaktionen hervor. Der Vergleich mit dem deutschen Regime, das zum wirtschaftlichen Aufschwung der Region beigetragen hatte, fiel nicht immer zugunsten Frankreichs aus. Noch im Herbst 1918 wünschte ein großer Teil der Arbeitgeberschaft es nicht, sich von Deutschland zu lösen. Die Beamten bangten um ihre Ämter und die Arbeiter um die gerade neu erworbene deutsche Sozialgesetzgebung. Die Positionen waren nicht immer klar definiert, aber sie reichten bis zur Vorstellung eines autonomen und unabhängigen Elsaß.<sup>30</sup> Die deutsche revolutionäre Welle von 1918 veränderte die Problemstellung. Als die elsässische Bourgeoisie und die Sozialdemokraten sahen, wie

---

<sup>30</sup> Unter den ersten Autonomisten der Nachkriegszeit fielen einige durch ihre Harmlosigkeit und eine zeitweilige Skurrilität auf, wie z.B. die „Elsässische Partei“ von Klaus Zorn von Bulach.

sich Soldaten- und Arbeiterräte bildeten und die rote Fahne auf dem Straßburger Münster wehte, dachten sie, Frankreich sei das beste Bollwerk gegen die soziale Revolution. Sie organisierten mit großem Geschick Feste zu Ehren der französischen Armee.<sup>31</sup> Die Regierung setzte dies einem Referendum gleich und unterwarf das Elsaß einer Reihe von Ausnahmegesetzen und zentralistischen Maßnahmen. Der durch die Verfassung von 1911 aufgestellte Landtag wurde schon im Januar 1919 von einem Beamtenrat mit beratender Stimme abgelöst, dessen Befugnisse schrittweise beschnitten wurden, bis er jegliche Einflußnahme verlor. Es wurde ein Generalkommissar im Elsaß eingesetzt, aber seine Macht erreichte bei weitem nicht die des Statthalters. Zahlreiche Behörden wurden von nun an direkt von Paris aus gelenkt und die meisten Verwaltungsgremien nach Paris verlegt. Kommissionen wurden damit beauftragt, die Elsässer in Kategorien einzuteilen, entsprechend dem angeblichen Grad ihrer Verbundenheit mit Frankreich.<sup>32</sup> Diese Klassifizierung, die eine strenge Begrenzung der Rechte all jener bedeutete, die den Anspruch, „reine“ Elsässer zu sein, nicht erheben konnten, ist später als eine Konzeption anti-juristischer Natur bezeichnet worden: „Das französische Regime hat mit [den] reaktionären Bewegungen durch die Errichtung einer Art Sondergericht zur Prüfung des Patriotismus gemeinsame Sache gemacht. [...] Ich würde sagen, daß es anti-juristischer Prägung war.“<sup>33</sup>

Die desillusionierten Elsässer versuchten zumindest diejenigen Vorteile zu sichern, die im Zuge des Konkordats von 1801 und der „*Loi Falloux*“ von 1850 den Kirchen und den konfessionellen Schulen gewährt und vom Deutschen Reich nicht angetastet worden waren.<sup>34</sup> Es ergaben sich aber Probleme, die mit der Sprache, dem Unterricht und dem Gebrauch des Deutschen in Verwaltung und Justiz verbunden waren.<sup>35</sup> Im landwirtschaftlichen sowie industriellen Bereich verschlechterte sich die Lage, da der Verlust des deutschen Marktes durch die Absatzmöglichkeiten in Frankreich oder im Kolonialreich nicht kompensiert werden konnte.

All diese Schwierigkeiten, die Frankreich angelastet wurden, verursachten zunächst Gefühle der Beunruhigung und Verwirrung. Der Mißmut wurde noch verstärkt durch das extrem negative Verhalten der Franzosen, die von vornherein die elsässi-

---

<sup>31</sup> JEAN-CLAUDE RICHEZ: Novembre 1918 en Alsace. Revendications de classes et revendications nationales, Magisterarbeit, Strasbourg 1979.

<sup>32</sup> Über diese „*Commissions de triage*“ siehe CHRISTIANE KOHSER-SPOHN: Staatliche Gewalt und der Zwang zur Eindeutigkeit. Die Politik Frankreichs im Elsaß nach dem Ersten Weltkrieg, in: Nationalitätenkonflikte im 20. Jahrhundert. Ursachen von inter-ethnischer Gewalt im Vergleich, hrsg. von PHILIPP THER und HOLM SUNDHAUSEN, Wiesbaden 2001, S. 179-201.

<sup>33</sup> ROBERT REDSLOB in einem Zeitungsartikel von „*Le Temps*“ im April 1929: „Le régime français qui s’installait dans le pays a fait le jeu de ces mouvements réactionnaires par l’institution d’une sorte de Haute-Cour de justice en patriotisme. [...] Je dirai qu’elle fut une conception anti-juridique.“

<sup>34</sup> Die „*Loi Falloux*“ bekräftigte die Rolle der Kirchen und des Klerus neben dem Staat und gewährte religiösen Orden große Freiheiten auf dem Gebiet des Unterrichts in Primär- und Sekundarschulen. Die *Loi Falloux* wurde in den 1880er Jahren durch die antiklerikale Gesetzgebung von Jules Ferry abgeschafft.

<sup>35</sup> ROTHENBERGER (wie Anm. 13), S. 36-58; KOHSER-SPOHN (wie Anm. 34).

sche Bevölkerung als suspekt ansahen: „Wir haben fünfzigtausend von diesen „Boches“ [abfällige Bezeichnung für „Deutsche“] vertrieben. Ich verstehe nicht, daß es immer noch welche gibt!“ sagte ein Präfekt beim Aussteigen aus dem Zug in Straßburg, als er mit Verwunderung den elsässischen Dialekt vernahm.<sup>36</sup> Im Jahre 1919 empörte sich eine Reisende aus Paris, weil sie in Straßburg kein Französisch hörte: „Wenn man bedenkt, daß fünfhunderttausend unserer tapferen Soldaten ihr Leben für das Elsaß gegeben haben, da tut es einem wirklich weh in den Ohren, Deutsch in dieser Region sprechen zu hören!“<sup>37</sup> Aus dem Unbehagen und dem Gefühl der Demütigung heraus entwickelte sich das Streben nach Autonomie – bei den Streiks von 1919/20 bereits eine spürbare Größe. Die Streikwelle erfaßte die Arbeiter, Eisenbahner und Beamten. Neben höheren Löhnen forderten die Streikenden die Wahrung der unter dem deutschen Regime erkämpften Rechte. Die Parole „Elsaß den Elsässern“ der Protestbewegung von 1871 wurde im Jahr 1919 wieder aufgegriffen.

Die eigentliche autonomistische Krise entzündete sich im Jahre 1924, als die neugewählte Regierung des „*Cartel des Gauches*“ das Ende des Übergangsregimes und die Einführung der laizistischen Rechtsordnung in den drei wiedergewonnenen Departements<sup>38</sup> ankündigte. Dies bedeutete das Ende des Konkordats und der „*Loi Falloux*“. Da sie die Schließung der konfessionellen Schulen und den Schwund des Klerus fürchtete, organisierte die Kirche im Jahr 1925 mit Hilfe der großen Rechtspartei „Elsässische Republikanische Volkspartei“ (Union Populaire et Républicaine d’Alsace) einen Schulstreik, der in den ländlichen Gebieten und in den kleineren Städten starken Zuspruch erfuhr. Die feindselige Haltung des Klerus gegenüber dem französischen Zentralismus war jedoch keine antinationale Haltung. Die Ablehnung richtete sich gegen die Regierung, nicht aber gegen Frankreich. Die vom rechten Flügel des politischen Spektrums ausgehende Opposition wandte sich gegen eine laizistische Linksregierung.<sup>39</sup> Die religiöse Krise wurde von den Autonomisten als Sprungbrett benutzt. Seit dem Ende des Krieges hatten verschiedene Autonomiebewegungen – Regionalisten, Neutralisten, Partikularisten, Separatisten – vergeblich versucht, sich zu etablieren. Diese Organisationen waren politisch mundtot gemacht oder nicht ernst genommen worden. Aber mit der politischen Wende von 1924 wurde die Autonomiebewegung zur konkreten Realität.

Die Autonomiebewegung hatte zahlreiche Facetten. Im Jahre 1926 vereinigten sich die „gemäßigten“ Autonomisten im „Heimatbund“, dessen Wochenzeitschrift „Die Zukunft“ großen Erfolg hatte: Im Jahre 1926 kaufte jede zwölfte elsässische

---

<sup>36</sup> Zitiert in HOFFET (wie Anm. 5), S. 145: „Nous avons expulsé 50 000 boches. Je ne comprends pas qu’il en reste encore!“

<sup>37</sup> Zitiert in ZIND (wie Anm. 22), S. 136: „Dire que quinze cent mille de nos petits soldats ont donné leur vie pour l’Alsace, et qu’en venant dans ce pays, on a encore les oreilles écorchées à entendre parler boche!“

<sup>38</sup> Haut-Rhin, Bas-Rhin, Moselle.

<sup>39</sup> SOLANGE GRAS, CHRISTIAN GRAS (wie Anm. 10), S. 128.

Familie diese Zeitschrift.<sup>40</sup> Die Mitglieder des „Heimatbundes“ und die Anhänger der „Zukunft“ waren mehrheitlich Teil der christlichen Kreise der Gesellschaft, unter ihnen zahlreiche katholische und evangelische Pfarrer, und des Mittelstandes – Freiberufler, Kleinhändler und Kleinunternehmer. Viele Beamte und Volksschullehrer gehörten dazu, aber auch Landwirte und Winzer. Die Autonomisten rekrutierten sich also aus den Kreisen, deren Interessen durch die Wiedereingliederung in den französischen Staat am meisten geschädigt worden waren. Der „Heimatbund“ strebte jedoch nicht den Bruch mit Frankreich an. Es ging nicht um Separatismus, aber auch nicht mehr um Regionalismus, wenn zur Benennung der Elsässer der Begriff der „nationalen Minderheit“ benutzt wurde.<sup>41</sup> Man bewegte sich am Rande eines Intranationalismus, eines Nationalismus innerhalb Frankreichs. Der „Heimatbund“ fand sehr harte Töne gegen Frankreich, wie z.B. dem Manifest vom 8. Juni 1926 zu entnehmen ist: „Sieben Jahre lang haben wir zugesehen, wie man uns Tag für Tag in unserer eigenen Heimat entrechtet hat, wie all die Versprechungen [...] mißachtet worden sind. [...] Wir wissen nunmehr, daß die Assimilationsfanatiker es auf Wesen, Seele und Kultur des elsäß-lothringischen Volkes abgesehen haben.“<sup>42</sup>

Neben der christlich orientierten Autonomiebewegung entstand eine Strömung, die sich vornehmlich auf die Arbeiterschaft stützte. Ab 1924 engagierten sich die kommunistischen Elsässer für die Wahrung der elsässischen Rechte. Der Abgeordnete Hueber plädierte für die Beibehaltung der deutschen Sprache als zweite Landessprache in den Schulen und Verwaltungsämtern. Die kommunistischen Vereinigungen beschrieben die Lage vor Ort als „kolonial“ und kritisierten den „französischen Imperialismus im Elsaß“. Der Straßburger Arbeiter- und Bauernkongreß von September 1925 forderte die Amtsenthebung der französischen Beamten, die Beibehaltung der deutschen Sprache im öffentlichen Leben und die Verwaltungsautonomie. Die Forderungen der elsässischen Kommunisten deckten sich mit denen der „christlichen“ Autonomisten, obwohl sie weniger radikal waren als diese. Beide Autonomiebewegungen kamen sich schließlich näher. Wahlabkommen wurden getroffen und der gemeinsame Kampf im Jahre 1926 beschlossen.<sup>43</sup>

---

<sup>40</sup> Von einer Zukunft-Bewegung wurde gesprochen. Dabei divergierten die Forderungen der Zukunft kaum von dem üblichen Programm der Heimatrechtler: Gleichberechtigung der deutschen Sprache in den Schulen und im öffentlichen Leben, Erhaltung des Konkordats und der Konfessionsschulen, Einrichtung einer autonomen Landesverwaltung. Die Zeitschrift war aber politisch aktiv. Mit der Zukunft-Bewegung trat die elsässische Autonomiebewegung in die entscheidende Phase ihrer Entwicklung. Die Zukunft befreite die Bewegung von dem Verdacht eines bornierten Lokalpatriotismus.

<sup>41</sup> Hierunter war eine „ethnische Minderheit“ zu verstehen und keine antinationale Minderheit im politischen Sinn. Siehe dazu SOLANGE GRAS, CHRISTIAN GRAS (wie Anm. 10), S. 129.

<sup>42</sup> Die Heimat, 6, Juni 1926. Abgebildet in PHILIP BANKWITZ: Les chefs autonomistes alsaciens 1919-1947, in: Saisons d'Alsace 71, 1980, S. 22-24, hier S. 22.

<sup>43</sup> BERNARD REIMERINGER: Un communisme régionaliste? Le communisme alsacien, in: Régions et régionalisme en France du XVIIIe siècle à nos jours, hrsg. von CHRISTIAN GRAS und GEORGES LIVET, Paris 1977, S. 361-392.

Eine dritte, kleinere, aus den deutschen und später französischen radikal-demokratischen Parteien entstandene Bewegung hatte Georges Wolf und Camille Dahlet als Anführer. Der Protestant Dahlet gründete im Jahre 1926 die „Fortschrittsbewegung“ (Mouvement du Progrès). Er stand ein für eine laizistische Autonomiebewegung und die Wahrung der elsässischen Sprache und Kultur innerhalb Frankreichs. Darüber hinaus forderte er die Auflösung der Nationalstaaten zugunsten der „Vereinigten Staaten Europas“. Er verließ sich auf den Völkerbund, um die Rechte der nationalen Minderheiten (darunter auch die der Elsässer) in Frankreich sowie in ganz Europa zu sichern.

Indem sie sich bald zu einer „elsässischen Einheitsfront“ zusammenschlossen, innerhalb welcher die Opposition Klerikalismus versus Laizismus aufgehoben wurde, überwand die elsässischen Autonomiebewegungen die traditionelle politische Kluft zwischen Links und Rechts. Dieser Weg der Annäherung entsprach dem Wunsch des „Heimatbundes“, alle Elsässer, „Gegner des Chauvinismus, des Imperialismus und Militarismus“<sup>44</sup>, jenseits der politischen Spaltungen zu vereinen. Diese elsässische „*Union sacrée*“, die ein breites Spektrum von politischen Strömungen (von den Katholiken bis zu den Kommunisten) versammelte, verwirrte zunächst und verärgerte bald Frankreichs politische Kreise. Die Parteien reagierten mit Ausschlüssen aus ihren Reihen. So schloß die Kommunistische Partei Frankreichs die elsässischen Kommunisten aus, die daraufhin eine neue Partei gründeten, die „Kommunistische Partei-Opposition“ (Parti Communiste-Opposition/PC-O), die von Brandler und Thalheimer beeinflusst war und von den Trotzkisten unterstützt wurde. Für die PC-O hätte eine Abkehr von der Autonomiebewegung gleichzeitig die Abwendung von den Massen bedeutet. Der Zusammenschluß mit den „Klerikalen“ war in ihren Augen kein „Verrat“, da die Autonomiebewegung sich gegen den kapitalistischen Staat richtete. Nach Auffassung der PC-O sollte die Arbeiterklasse den Kampf um die Anerkennung der Minderheitenrechte anführen. Die Partei, die sich bald „Elsässische Arbeiter- und Bauernpartei“ nannte, kämpfte unerbittlich gegen den allgemeinen Gebrauch der französischen Sprache, die ihrer Meinung nach nur eine „Generation von Verblödeten“ hervorbringen konnte, sowie für die Selbstbestimmung des elsässischen Volkes. Auf dem Wahlsektor profitierten die elsässischen Kommunisten von ihrem Zusammenschluß mit der klerikalen Autonomiebewegung. Der Kommunist Hueber wurde im Jahre 1929 zum Bürgermeister von Straßburg gewählt und blieb es bis 1935.

Trotz ihrer ursprünglichen Absicht, überparteilich zu bleiben, sahen sich die Autonomisten ihrerseits allmählich veranlaßt, sich eine eigene Parteistruktur zu geben. Die 1927 gegründete „Elsaß-Lothringische Autonomiepartei“ (Parti Autonomiste d'Alsace-Lorraine) vereinte mehrere Flügel der Autonomiebewegung. In ihrem Organ „Elsaß-Lothringer-Zeitung“ (ELZ) plädierte sie im Sinne des Konzepts der Vereinigten Staaten Europas für eine Autonomie, die Elsaß und Lothringen eine Vermittlerrolle zwischen Frankreich und Deutschland verleihen sollte.

---

<sup>44</sup> Die Heimat (wie Anm. 43), S. 23.

## Die Reaktionen der französischen Öffentlichkeit

Die Vitalität der elsässischen Autonomiebewegung mußte eine Nation beunruhigen, die im Mythos der Einheit und Unteilbarkeit verharrte. In Frankreich wurden die Autonomisten zugleich von rechts und links angegriffen. Die sozialistische und radikale Linke schrieb die Autonomiebestrebungen den Klerikalen und der Rechten zu. So reduzierte die Linke die elsässische Frage auf das Problem der Religion: Würde sich dieses erst mal lösen, würde sich alles andere von alleine ergeben. Das Elsaß habe keinen wirklichen Grund unzufrieden zu sein, der Unmut sei nur das Werk der Feinde der Republik, der „Klerikalen“. Man müsse also den Prozeß der Laizisierung des Elsaß beschleunigen und die Französisierung fördern, denn die Aufrechterhaltung des Dialekts würde der Kirche nur helfen, ihre Machtposition in der Region zu sichern. Für die Linke waren beide Fragen, Sprache und Laizismus, eng miteinander verbunden. Auch rechts verhärtete sich die Position gegenüber den elsässischen Autonomisten. Man empfand die Forderung nach Autonomie als eine Beleidigung all der Soldaten, die für die Rückeroberung Elsaß-Lothringens gefallen waren. Der Föderalismus machte Angst; man bildete sich ein, daß die Autonomisten Deutschland in die Hände spielten. Die Aufforderung der Autonomisten, an den Völkerbund zu appellieren, um die Frage der „nationalen Minderheit“ zu lösen, wurde von der Rechten als eine von Deutschland ausgehende Bedrohung interpretiert. Durch ihre Forderungen würden die Autonomisten den Frieden gefährden und den Geist von Locarno aufs Spiel setzen, und durch ihre „Torheit“ liefe Europa Gefahr, auf einen neuen Krieg zuzusteuern. Die Autonomisten oder gar die Elsässer, die deutsch sprachen und nicht wünschten, Franzosen wie alle anderen zu sein, wurden schnell als Verräter betrachtet, als „*Boches*“, als „Anti-Franzosen“. Auf allen Seiten des politischen Spektrums interessierte man sich mehr für die internationalen Konsequenzen der elsässischen „*Malaise*“ als für ihre Ursachen.<sup>45</sup>

Das Mißtrauen einem Deutschland gegenüber, das sich in die Angelegenheiten des Elsaß einmischte, war nicht unbegründet. Es existierten in der Tat in Deutschland Organisationen, die es sich zur Aufgabe machten, das Deutschtum in den verlorenen Provinzen aufrechtzuerhalten, wie z.B. der paramilitärische „Schutzbund“, und unter anderem Zeitschriften publizierten (die berühmteste unter ihnen, die „Elsaß-Lothringer Heimatstimmen“, wurde von dem prodeutschen Elsässer Robert Ernst herausgegeben). Bis 1933 zeigten sich die deutschen Regierungen sehr reserviert und vorsichtig diesen privaten Organisationen gegenüber, auch wenn das Auswärtige Amt auf indirekte Weise den elsässischen Autonomisten half, z.B. indem es das „Wissenschaftliche Institut der Elsaß-Lothringer im Reich“ an der Universität von Frankfurt am Main finanziell unterstützte.<sup>46</sup> Die französische Presse nutzte die Gerüchte, die über

---

<sup>45</sup> PIERRE GUIRAL: Rapport général, in: Régions et régionalisme (wie Anm. 44), S. 311-325; SOLANGE GRAS: La presse française et l'autonomisme alsacien en 1926, ebenda, S. 337-360.

<sup>46</sup> Die Mitglieder des Instituts waren größtenteils aus Elsaß-Lothringen emigrierte Alt-Deutsche. Zu dem Thema siehe ROTHENBERGER (wie Anm. 13), S. 71-79; BANKWITZ (wie Anm. 43), S. 25-29; ZIND (wie Anm. 22), S. 270-276.

diese Finanzierung kursierten, um eine große Kampagne zu starten und die Autonomiebewegung als ein von Deutschland geschmiedetes Komplott anzuprangern.

Die Angst vor dem Komplott gab der französischen Regierung eine Legitimation, die Mitglieder der Autonomiebewegung streng zu überwachen. Ab 1926 wurden sie einer regelrechten Repression unterworfen: Gegen die Unterzeichner des Heimatbundes wurden administrative Sanktionen verhängt, von den Autonomisten herausgegebene Zeitungen und Zeitschriften wurden verboten, Hausdurchsuchungen bei den Anführern der Autonomiebewegung veranlaßt, ein Versammlungsverbot ausgesprochen, Wahlflugblätter beschlagnahmt und Personenkontrollen auf öffentlichen Straßen durchgeführt.<sup>47</sup> Die führenden Köpfe der Bewegung wurden verhaftet, und im Frühjahr 1928 wurde ihnen in Colmar der Prozeß gemacht.<sup>48</sup> Während des 24 Tage dauernden Prozesses betonten die Angeklagten immer wieder, daß sich die Autonomiebewegung im Rahmen der französischen Legalität bewegte und Autonomie nicht mit Separatismus verwechselt werden sollte.

### Die Radikalisierung (1928-1933)

Der Prozeß von Colmar hatte eine nachhaltige Wirkung auf die elsässische öffentliche Meinung. Sogar rein äußerlich begeisterten die Autonomisten die Bevölkerung: „Sie fielen durch ihr ungezwungenes Auftreten auf, so daß man sie für Südfranzosen hätte halten können. [...] Sie waren gesprächig und offenherzig. Sie sprachen wie ‚ihnen der Schnabel gewachsen war‘: Dialekt, Hochdeutsch, oft Französisch. Sie meisterten im übrigen unsere Sprache fast besser als viele überzeugte Patrioten, und einige von ihnen kannten sich in unserer Literatur und Kunst erstaunlich gut aus. [...] Sie waren vielleicht ohne es zu ahnen, wenn nicht die französischsten, so zumindest die französischiertesten unter den Elsässern.“<sup>49</sup> Was die Richter betrifft, – unter ihnen zahlreiche

---

<sup>47</sup> Siehe hierzu die Rede Camille Dahlets vom 29. Februar 1929 vor den Abgeordneten im Parlament: „Si l’interdiction de plus d’une douzaines de journaux, si les perquisitions domiciliaires dans 100 à 200 habitations à travers toute l’Alsace, si une douzaine d’Alsaciens jetés en prison [...], si la liberté de réunion est interdite, si sur les places publiques de Strasbourg les charges de cavalerie contre les masses humaines, si le contrôle des personnes sur les voies publiques, si l’extension de la terreur sur tout le pays par un système de basse police et d’agents provocateurs, si les confiscations des tracts électoraux [...], si tout cela ce n’est pas de la dictature, je voudrais bien savoir ce qu’elle pourrait être, si un beau matin elle était introduite en Alsace.“ Zitiert in ZIND (wie Anm. 22), S. 517.

<sup>48</sup> Vier von ihnen wurden angeklagt, sich gegen die Staatssicherheit verschworen zu haben, und einer wurde beschuldigt, deutsches Geld angenommen zu haben. Zehn weitere „Verschwörer“ und zwei Journalisten einer autonomistischen Zeitung wurden der Spionage verdächtigt.

<sup>49</sup> HOFFET (wie Anm. 5), S. 153: „Ceux-ci frappaient par un je ne sais pas quoi de dégagé et de libre dans les manières, qui les eût volontiers fait prendre pour des Méridionaux.[...] ils étaient loquaces et francs. Ils parlaient comme bon leur semblait, ‚comme le bec leur avait poussé‘, selon une amusante locution alsacienne, tantôt le dialecte, tantôt le haut-allemand,

„Revenants“, wie man die zurückkehrenden „*Optants*“ nach 1918 nannte –, so beschreibt sie Hoffet als „Hurra-Patrioten“: „Sie fielen durch ihre germanischen Allüren auf [...], waren verschlossen, distanziert, hochmütig.“<sup>50</sup> „Während man in Carcassonne, Orléans oder Clermont umsonst nach einem Nationalisten auf der Straße Ausschau halten würde, kann man die Hurra-Patrioten im Elsaß an ihrem Gebaren erkennen [...]. Er [der Patriot] spricht ein fehlerfreies Französisch, aber mit einer Betonung, die seine Affektiertheit noch verstärkt. Schauen Sie nur, wie er aufsteht: Er ist von einer steifen Korrektheit. Hören Sie ihn nur sprechen: Seine scharfen Urteile lassen keine Widerrede zu. Wenn das rote Band sein Knopfloch nicht zieren würde, könnte man ihn für einen preußischen Offizier a.D. halten.“<sup>51</sup>

Die Autonomisten waren die großen Sieger der Parlamentswahlen vom Frühjahr 1928. Nach diesem Erfolg radikalisierten sie ihr Programm. Die elsässische Autonomiebewegung war aber gespalten, obwohl sich alle Strömungen nach dem Prozeß von Colmar in einer Volksfront zusammengeschlossen hatten. Neben der Bewegung katholischer Prägung, die vor allem im Oberelsaß verbreitet war und sich für die Erhaltung der durch das Konkordat erworbenen Privilegien einsetzte, gab es auch einen profranzösischen und laizistischen Regionalismus im Unterelsaß. Die neugegründete, separatistische „Landespartei“ übte einen deutlichen Einfluß auf die lutheranischen und bäuerlichen Gemeinden im Nord-Elsaß aus, in denen sich das Französische nur schwer etablierte.

Die strenggläubigen Lutheraner ausgenommen, konnten sich die Elsässer in der Zwischenkriegszeit für den Separatismus nicht erwärmen. Die Mehrheit der Bevölkerung tendierte zum Regionalismus. Eine Regionalisierung schien der französischen Regierung jedoch unmöglich. Diese Angst vor der Regionalisierung ist heute schwer nachvollziehbar. War die Furcht vor Deutschland stärker als jede andere Betrachtung? War die Idee der Unteilbarkeit der Republik in Gefahr? Einige Bevölkerungsgruppen in Frankreich, die sich als ethnische Minderheit fühlten, fanden in der Tat noch 1918 in Wilsons Prinzipien, die in Vergessenheit geratene Völker wiederaufleben ließen, eine entscheidende Legitimitätsgrundlage. In der Bretagne z.B. hatten die Heimatrechtler schon 1918 folgende Petition bei dem Völkerbund eingereicht: „Die Bretagne bildet wahrhaftig innerhalb der französischen Gemeinschaft eine Nation und ein Volk

---

fréquemment le français. Ils connaissaient d'ailleurs notre langue aussi bien, si ce n'est mieux, que beaucoup de chauvins, et certains avaient de notre littérature et de nos arts une science étonnante. [...] Ils étaient peut-être, sans s'en douter, sinon les plus français, au moins les plus profondément francisés parmi les Alsaciens.“

<sup>50</sup> Ebenda: „Ils se faisaient remarquer par leurs allures germaniques [...] étaient fermés, distants, fiers.“

<sup>51</sup> Ebenda, S. 131: „Alors qu'à Carcassonne, à Orléans ou à Clermont, vous cherchiez vainement à reconnaître un patriote dans la rue, vous pouvez en Alsace, distinguer les chauvins à leur allure, à leur démarche.[...] Il [le patriote chauvin] parle le français sans fautes, mais avec un accent-intonation auquel ajoute encore son affectation. Voyez-le se lever! Il est correct avec raideur. Ecoutez-le parler: ses jugements tranchants ne laissent pas la place à la réplique. N'était le ruban rouge qui orne sa boutonnière, vous le prendriez pour un officier prussien à la retraite.“

für sich.<sup>52</sup> Solche Forderungen wurden von der französischen Regierung als inakzeptabel angesehen. Der Regionalismus stieß nicht nur auf die Feindseligkeit der politischen Instanzen, sondern auch auf die der öffentlichen Meinung, die den Widerstand gegen die Zentralisierung als das Werk von Zurückgebliebenen, von „Bauern“, von bornierten Reaktionären, von lächerlichen und vulgären Provinzlern betrachtete.<sup>53</sup> Es handelte sich vor allem um Unverständnis, wie die Historikerin Solange Gras es analysiert hat: Die öffentliche Meinung zeigte sich zunächst unbekümmert gegenüber dem Elsaß und betrachtete die Autonomiebewegung als einen momentanen Irrweg, ein Mißverständnis, einen Familienzwiß, einen Liebeskummer, aber sehr bald überwogen die Verurteilung und die kategorische Ablehnung angesichts der Beharrlichkeit der Bewegung. Von vornherein von der Öffentlichkeit verurteilt, blieben die Autonomisten unverstanden und befanden sich im Abseits.<sup>54</sup> Die separatistischen Hoffnungen wurden von der Feindseligkeit der französischen Regierung und dem Unverständnis der öffentlichen Meinung gegenüber dem elsässischen Regionalismus geradezu genährt.

### Die nationalsozialistischen Jahre

Einen zusätzlichen Auftrieb erfuhr der Separatismus durch den Aufstieg des Nationalsozialismus. Im Gegensatz zu den faschistischen Ländern, in denen die regionalen Bewegungen meist in den Widerstand gegangen waren, weil der Faschismus dort Zentralismus betrieb und die Minderheiten sowie jegliches Streben nach Regionalismus unterdrückte<sup>55</sup>, unterlagen die Autonomiebewegungen in Frankreich, einer parlamentarischen Demokratie, der faschistischen Versuchung. Die Aussichtslosigkeit der nationalen Minderheiten, im Rahmen des parlamentarischen Regimes ihre Forderungen erfüllt zu sehen, brachte gewisse regionale Gruppen dazu, mit den Faschisten zu kooperieren. Die Kooperation wurde durch den gemeinsamen Glauben an die Rassenlehre und die gemeinsame Ablehnung des Parlamentarismus noch begünstigt. Durch ihre antireligiöse Politik und ihre terroristischen Methoden erschreckten jedoch die Nationalsozialisten die Mehrheit der elsässischen Autonomisten, die ihre Forderungen allmählich mäßigten und sich bewußt aus dem politischen Leben zurückzogen<sup>56</sup>, so daß die Separatisten innerhalb der Landespartei in ein politisches Ghetto gerieten. Die Nationalsozialisten hatten Interesse an dieser Splittergruppe wie an allem,

---

<sup>52</sup> Zitiert in GUIRAL (wie Anm. 46), S. 311: „La Bretagne forme véritablement dans la communauté française une nation et un peuple distincts.“

<sup>53</sup> Über das herkömmliche Bild Frankreichs vom Leben in der Provinz siehe ALAIN CORBIN: Paris-Province, in: Les lieux de mémoire, III: Les France, 1. Conflits et partages, hrsg. von PIERRE NORA, Paris 1993, S. 777-823.

<sup>54</sup> GRAS (wie Anm. 46).

<sup>55</sup> Siehe die betreffenden Beiträge in diesem Band.

<sup>56</sup> Siehe hierzu die Analyse in JEAN-MARIE MAYEUR: Une mémoire-frontière, L'Alsace, in: Les lieux de mémoire (wie Anm. 54), S. 65-95, hier S. 83 f.

was die Demokratie(n) schwächen konnte, insbesondere in den Regionen, in denen sie im Sinne einer Zusammenführung aller Minderheiten germanischen Ursprungs territoriale Absichten hegten. Zwischen ihnen entstand eine gemeinsame Sprache und schnell auch eine gemeinsame Organisation. Im Elsaß bildeten sich Bündnisse, die den Naziorganisationen nahe standen. Die „Jungmannschaft“ z.B., eine Vereinigung von jungen, für Autonomie einstehenden Studenten (unter ihnen zahlreiche protestantische Theologiestudenten), deren verschiedene Untergruppen jeweils von einem „Führer“ geleitet wurden, sprach von „ethnischer Reinheit“. Die Jungmannschaftler sahen in der parlamentarischen Staatsform „ein Unglück für das Elsaß“, das eine neue politische „Ordnung“ brauchte.<sup>57</sup> Zwei weitere Organisationen, die „Nationale Arbeitsfront“ und der „Elsässische Bauernbund“<sup>58</sup>, hatten eindeutige ideologische Verbindungen zum Nationalsozialismus. Die Ideologie dieser Bewegungen baute zugleich auf Antisemitismus, Antikapitalismus und das Konzept einer christlichen, familienorientierten und korporativen Gesellschaft in einem autonomen Elsaß. Sie befürworteten eine Annäherung an Deutschland ebenso wie zahlreiche andere neoautonomistische Fraktionen. Der Neoautonomist Karl Roos hielt z.B. in Straßburg einen aufsehenerregenden Vortrag mit dem Titel „Schluß mit dem Hans im Schnokeloch!“. Sein Vortrag ist ein typisches Beispiel für die Manipulation der Ethnologie durch die NS-Ideologen: „Man frage uns einmal, was wir wollen, dann werden wir die Antwort geben, und so wird sich zeigen, daß der elsässische Hans sehr gut weiß, was er will und was er nicht will.“<sup>59</sup> Karl Roos wurde von der französischen Polizei festgenommen, in Nancy zum Tode verurteilt und von einem aus Elsässern bestehenden Erschießungskommando am 7. Februar 1940 in Champigneulles hingerichtet.<sup>60</sup> Die Nationalsozialisten stilisierten ihn zum Helden und Märtyrer. Sie fanden in der Region andere Gleichgesinnte, denen sie große Aufmerksamkeit schenkten. Sie finanzierten mehrere Jugendbewegungen, die für ein Wiederaufleben der deutschen Kultur im Elsaß eintraten. Oft versammelten sich die Jugendgruppen im Wald, wo sie nach altdeutschen Traditionen tanzten und deutsche Volkslieder sangen. Hinter diesen harmlosen Aktivitäten stand das Ziel, kulturelle Vorposten Deutschlands auf fremdem Territorium zu gründen. Unter diesen Gruppen gab es den nach dem berühmten Architekten des Straßburger Münsters genannten „Bund Erwin von Steinbach“. Der „Erwinbund“ war von Fritz Spieser gegründet worden, einem Pfarrerssohn, der in Deutschland studiert hatte und von der Jugendbewegung „Wandervogel“ beeinflusst war.<sup>61</sup> Auch wenn der „Erwinbund“ sich die Prinzipien des Wandervogels zu eigen machte, um junge Leute anzulocken, so war es sein Ziel, einen kulturellen Umsturz herbeizuführen, um einer Wiedereingliederung der Region in den deutschen Staat den Weg zu ebnen. Mit dem

---

<sup>57</sup> ROTHENBERGER (wie Anm. 13), S. 216 ff.

<sup>58</sup> Siehe hierzu z.B. BERNARD REIMERINGER: Un mouvement paysan extrémiste des années 30: Les chemises vertes, in: La Revue d'Alsace 106, 1980.

<sup>59</sup> Zitiert in CERF (wie Anm. 5), S. 272.

<sup>60</sup> Ebenda.

<sup>61</sup> Siehe dazu BANKWITZ (wie Anm. 43), S. 60-65; ZIND (wie Anm. 22), S. 597-608; ROTHENBERGER (wie Anm. 13), S. 219 ff.

Vermögen seiner deutschen Frau restaurierte Spieser das mittelalterliche, am Nordrand der Vogesen erbaute Schloß von der Huhneburg und errichtete dort ein Jugendzentrum. Spieser lud insbesondere Kinder aus protestantischen Pfarrersfamilien und aus der Bourgeoisie ein, um eine deutschfreundliche politische und kulturelle Elite im Elsaß heranzubilden. Er organisierte Exkursionen und Tanzabende für andere soziale Gruppen, vor allem für Bauernsöhne, in denen er „den Rohstoff des elsässischen Volkes“<sup>62</sup> sah. Er dachte, bei ihnen eine positive Einstellung gegenüber den elsässischen Sitten und Traditionen auf Kosten der „hergelaufenen Welschen“<sup>63</sup> bewirken zu können, indem er ihnen traditionelle Volkslieder und -tänze sowie die Schönheiten der Natur und den Reichtum der elsässischen Geschichte näher brachte. Für Spieser war es besonders wichtig, die auf der Huhneburg verfolgten politischen Ziele hinter einem harmlosen und unterhaltsamen Rahmen von Wanderungen, Gesang und Tanz zu verbergen.

Die Neoautonomisten – darunter werden hier diejenigen verstanden, die den Autonomiegedanken in reduzierender Weise verbreitet haben – spielten eine wichtige Rolle in der Akzeptanz des Faschismus und der Neugermanisierung des Elsaß. Sie wußten die Sehnsucht der Bevölkerung nach Autonomie zu nutzen, um sie dem Nationalsozialismus näher zu bringen.<sup>64</sup> Von 1933 bis 1940 zögerten die Abgeordneten der Neoautonomiebewegung nicht, die Wiedereingliederung des Elsaß in das Reich zu fordern. Nach der Annexion des Elsaß durch das Dritte Reich bekleideten sie oft relativ wichtige Posten in den örtlichen Verwaltungsämtern, im Propagandaamt und in anderen Parteiorganisationen, insbesondere in der SS. Doch sehr bald waren die Nationalsozialisten der Meinung, daß die Übergangszeit vorbei sei. Die elsässischen Autonomiebewegungen und deren Anführer wurden nicht mehr privilegiert, sondern in die totale Germanisierung und Kollaboration gedrängt. Während ihrer vierjährigen Besatzungszeit im Elsaß ignorierten die Nationalsozialisten ganz und gar das Programm der Autonomisten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Autonomiebewegungen der parlamentarischen Demokratien vollkommen diskreditiert. Sie hatten sich auf die Kollaboration mit den Faschisten eingelassen und waren infolgedessen moralisch in Ungnade gefallen. Im Elsaß löste das Problem mit den Autonomisten nicht die Bevölkerung wie in der Bretagne, war sie doch durch ihre aktive oder passive Kollaboration mit dem Nationalsozialismus selbst kompromittiert. Die Verurteilung ging von der französischen

---

<sup>62</sup> Friedrich Spieser in A. WANGENBURGER: Das elsässische Bauernvolk, in: Wanderfalke 3 (1935), S. 1 ff. Zitiert in ROTHENBERGER (wie Anm. 13), S. 220.

<sup>63</sup> Zitiert ebenda, S. 220.

<sup>64</sup> Die Neoautonomisten wandten sich besonders an die protestantischen Bauern aus dem Nord-Elsaß: Das Elsässertum hatte sich dort aufgrund der peripheren geographischen Lage und des besonders strengen protestantischen Glaubens erhalten. Sie wandten sich auch an die elsässischen Veteranen des Ersten Weltkriegs, die sich von Frankreich psychologisch schlecht behandelt fühlten, hatten sie doch damals die deutsche Uniform getragen. Die Neoautonomisten spekulierten auf die Bindungen der Frontsoldaten an Deutschland und auf ihre Ressentiments gegenüber Frankreich.

Regierung aus.<sup>65</sup> Die gegen die führenden Köpfe der Autonomiebewegungen geführten Prozesse fanden im Jahre 1947 statt. In diesen Prozessen wurde oft, im Elsaß wie auch anderswo, Autonomie mit Kollaboration gleichgesetzt. Es gab Todesurteile und Verurteilungen bis zu 15 Jahren Zwangsarbeit.

### Die Wiedergeburt der regionalistischen Bewegung (1970-1981)

Der Regionalismus kam erst in den siebziger Jahren wieder zum Vorschein, nachdem das Schreckgespenst des Faschismus mit der Zeit und dem Wechsel der Generationen vertrieben worden war. Dieses Mal setzte sich die Linke für regionalistische Bestrebungen ein. Im Elsaß wie in anderen Randregionen spielten die Befreiungsbewegung in Algerien und die Ereignisse vom Mai 1968 eine große Rolle bei diesem Linksrutsch.<sup>66</sup> Das enge Verhältnis zwischen Unterentwicklung und der wirtschaftlichen Ausbeutung der Kolonien, zwischen kultureller Überheblichkeit und politischer sowie administrativer Unterordnung wurden sehr früh erkannt. Die Entkolonisierung und die weltweiten Befreiungsbewegungen wurden überall begleitet von dem Bewußtwerden der sprachlichen und kulturellen Originalität der Völker, die ihre politische Unabhängigkeit wiedererlangt hatten. Dieser Prozeß wirkte sich auch auf die Nationalstaaten aus, die ein Erwachen ihrer Sprach- und Kulturminderheiten erlebten. Der vorliegende Band dokumentiert dies ausführlich. Wie auch in anderen Regionen der Welt spielte in Frankreich – wenn auch im Vergleich zu vielen anderen Ländern mit Verzögerung – der Wunsch eine Rolle, die Menschen vor der Allmacht des Staates zu verteidigen. „Bald sollte die Behauptung eines zu lange ignorierten Elementarrechts zwar nicht die Zugehörigkeit der Minderheiten zur französischen Nation, sondern die Beziehungen zwischen Regierten und Regierenden, zwischen dem Staatsbürger und der Staatsnation in Frage stellen.“<sup>67</sup> Diese Entwicklung war von großer Wichtigkeit für die Elsässer: Durch den Faschismus und den Krieg traumatisiert<sup>68</sup>, von Komplexen geplagt, die das satirische Theater „Barabli“ von Germain Muller nur teilweise durch-

---

<sup>65</sup> Bei den Verurteilungen durch französische Zivilkammern stand Paris mit 8245 Prozessen an erster Stelle, gefolgt vom Elsaß und von der Bretagne mit 6953 bzw. 3165 Prozessen.

<sup>66</sup> SOLANGE GRAS, CHRISTIAN GRAS (wie Anm. 10), S. 219-248.

<sup>67</sup> EUGENE PHILIPPS: La crise d'identité. L'Alsace face à son destin, Strasbourg 1978, S. 183: „L'affirmation d'un droit fondamental de l'Homme, trop longtemps ignoré, allait remettre en cause non pas l'appartenance des minorités à la nation française, mais les rapports entre gouvernés et gouvernants, entre le citoyen-homme et l'Etat-Nation.“

<sup>68</sup> Die erschütternden Erlebnisse flackerten während des Prozesses von Oradour im Jahr 1953 wieder auf. Dreizehn elsässische *Malgré-nous*, die während des Krieges an dem Massaker von Oradour-sur-Glane in der Dordogne beteiligt waren, wurden in Frankreich mit anderen Mitgliedern der Division „SS Das Reich“ zu mehreren Jahren Gefängnis bzw. zu Zwangsarbeit verurteilt. Die Urteile verbitterten so sehr die durch das Unverständnis gegenüber dem Drama der Zwangseinzug verletzte elsässische Bevölkerung, daß das Parlament ein Amnestiegesetz verabschiedete.

brechen konnte<sup>69</sup>, stellten die Elsässer fest, daß sie nicht die einzigen in Frankreich waren, die um die eigene Identität kämpften, und daß der „Partikularismus“ in Frankreich nicht nur elsässisch, sondern auch katalanisch, baskisch, bretonisch, korsisch oder flämisch war. In den sechziger Jahren entwickelte sich im Elsaß eine Bewegung des „Recht zum Anderssein“, die mit den Autonomiebewegungen der Zwischenkriegszeit nichts mehr gemein hatte.<sup>70</sup> Der in den zwanziger Jahren entstandene Begriff der „Innenkolonisation“ wurde – wie in den anderen Regionen, die der Staatswillkür zum Opfer gefallen waren – zwar neu entdeckt<sup>71</sup>, aber von den Befreiungsbewegungen nahm man das Konzept der sozialen Erneuerung und der direkten Aktion an. Die Ökologie und der Sozialismus kamen nach 1968 hinzu. Die Regionalbewegungen erschienen also in den siebziger Jahren als eine neue Front des Protests gegen die kapitalistische Gesellschaft. Dieses vor allem, da die Regionalisten der Ansicht waren, daß die Zentralisierung und der Kapitalismus sich historisch gegenseitig bedingen. In den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Schichten und auch innerhalb der schon weitgehend „französisierten“ Bevölkerung setzte man sich für das Sprachen- und Kulturerbe des Elsaß ein: in Arbeitskreisen, wie z.B. im „*Cercle René Schickele*“ (nach dem Namen des zweisprachigen, als Vermittler zwischen Frankreich und Deutschland agierenden Schriftstellers) oder bei den ICS („*Intellectuels Chrétiens Sociaux*“ [Sozial-Christliche Intellektuelle]), um die mythische Figur des Frère Médard, im Radio (France 3-Alsace und Radio Strasbourg) und im Fernsehen.<sup>72</sup> Diese Kreise, die sich der Reflexion über und der Analyse von linguistischen, politischen, wirtschaftlichen, philosophischen oder religiösen Fragen im Elsaß verschrieben hatten, trugen außerordentlich dazu bei, die den Elsässern eingeflößte Vorstellung auszuradieren, die elsässische Volkskultur sei plump, grob, folkloristisch und ungeeignet, einen abstrakten Gedanken zu formulieren.<sup>73</sup> Neben diesen Arbeitskreisen gab es revolutionäre Bewegungen wie z.B. im Umkreis der Zeitschrift „*Cahiers de*

---

<sup>69</sup> Das von dem „Barabli“ im Jahre 1957 aufgeführte politische Theaterstück „Enfin, rede m'r net m'r davon“, in dem sich die Elsässer über sich selbst und ihre Fehler lustig machen, hatte eine große Wirkung auf die Bevölkerung. Sie wurde durch das Lachen von ihren Komplexen befreit. Wie Frédéric Hoffet betont, entdeckten die Zuschauer, daß die Elsässer in Wirklichkeit viel mehr Angst vor ihrem eigenen Urteil als vor einer Verurteilung durch andere hatten.

<sup>70</sup> Es kam zu einer Wiederbelebung der Autonomiebewegungen im Laufe der siebziger Jahre, aber die Splittergruppen wie z.B. die rechtsextremistische „*Mouvement Régionaliste d'Alsace-Lorraine*“ [E.L. Landesbewegung], die „*Mouvement EL-Front autonomiste de Libération*“ [EL Autonomiebewegung-Befreiungsfront] oder die „*Parti fédéraliste d'Alsace-Lorraine*“ spielten keine Rolle mehr.

<sup>71</sup> Der Begriff ist von Paul Levy eingeführt worden in PAUL LEVY: *Histoire linguistique de l'Alsace et de la Lorraine*, Bd. 1, Paris 1929, S. 1. Er wurde von Robert Lafont aufgegriffen in ROBERT LAFONT: *Décoloniser la France*, Paris 1971; DERS.: *La révolution régionaliste*, Paris 1967.

<sup>72</sup> Die Radio- und Fernsehsender haben die meisten der besten Schriftsteller, Dichter und Sänger elsässischen Dialekts lanciert.

<sup>73</sup> Siehe dazu z.B. PHILIPPS (wie Anm. 68), S. 189-203.

*l'Alsace rouge*“ oder der Zeitungen „Üss'm Follik“ und „Klapperstei 68“. Diese Gruppen setzten sich für den Dialekt ein, der die Sprache des Volkes im Elsaß war. Ihre Forderungen auf dem Gebiet der Kultur gingen einher mit der radikalen Verurteilung der entfremdenden, repressiven und normativen kapitalistischen Gesellschaft. Wie in allen Bewegungen der Neuen Linken, die sich in den westlichen Ländern etablierten, gab es innerhalb der „neuen elsässischen Linken“ eine orthodox-marxistische und eine antiautoritäre Tendenz, zu welcher sich die politisch engagierten Sänger, Dichter und Schauspieler elsässischen Dialekts zugehörig fühlten. Die führende Zeitschrift dieser elsässischen „Gegenkultur“ war „D'r Budderflade“. Ihre Stimme galt der Bekämpfung einer „herrschenden, alles auf ein einziges Modell reduzierenden Kultur“ und der Förderung der „dreifachen sprachlichen Kompetenz der Elsässer und dem Reichtum aller kulturellen Formen unseres Volkes“. <sup>74</sup> Für diese neue Generation von Intellektuellen und Künstlern, die den elsässischen Dialekt benutzten <sup>75</sup>, war dieser allein aufgrund seiner Verwendung eine neue Form von Aktion, da er aus der Schule und dem öffentlichen Leben verbannt gewesen war.

Die regionalistische Welle wurde durch die ungeschickten Dezentralisierungsbestrebungen der Regierungen Pompidou und Giscard d'Estaing noch verstärkt. Die neuen Industrieansiedlungen, die Paris entlasten sollten, waren oft so schlecht konzipiert, so maßlos, so umweltverschmutzend, daß sie den Zorn der Bürger auf sich zogen. Die Errichtung des Kernkraftwerks in Fessenheim am Rhein erzürnte die Bevölkerung aufs Höchste. Es kam zu Konfrontationen mit der Staatsgewalt. Die Regionalisten stellten die Rolle des Staates im Kapitalismus in Frage, der die Landschaften nach seinen Bedürfnissen veränderte. Bis 1981 konnte der Regionalismus den französischen Zentralismus jedoch nicht erschüttern; er wurde vom Staat unerbittlich bekämpft. <sup>76</sup> Darüber hinaus waren die demokratischen Mechanismen selbst den Regionen abträglich, sei es, daß die großen Parteien einen Teil der regionalistischen Forderungen in ihre Programme aufnahmen, um die Konkurrenz der Ortsparteien zu schmälern, sei es, daß die Mehrheit die Proteste der Minderheiten ignorierte, weil sie von den Problemen der Wirtschaftskrise und den äußeren Gefahren ganz eingenommen war. Der Regionalismus blieb jedoch auf der kulturellen Ebene erfolgreich. Das ging vor allem auf den Beitrag des Volkstheaters, des Chansons und auf einen Teil der regionalen Literatur zurück. Besonders das junge elsässische Off-Theater spielte eine bemerkenswerte Rolle. Nach dem Beispiel des politischen Theaters, das sich nach 1968 überall entwickelte, entstand auf den elsässischen Bühnen eine neue Form von Theater, das an die Tradition des Volkstheaters anknüpfte. Man spielte in Arbeitervierteln und Dörfern und suchte den Dialog mit den Zuschauern. Theatertruppen wie „Narrespiegel“, „Babbedeckel Theater“ oder „D'jung Elsaßer Bühn“ versuchten, die

---

<sup>74</sup> Nach einem Flugblatt zitiert ebenda, S. 226.

<sup>75</sup> Unter anderen Roger Siffer, Conrad Winter, Sylvie Reff, René Egles, Roland Engel und Francois Brumbt.

<sup>76</sup> Siehe z.B. im Larzac 1974 – In dieser Region des Massif Central sollte eine Militärbasis errichtet werden. Also die dortige Bevölkerung gegen diese existenzbedrohende Pläne protestierte, ging der Staat ungewöhnlich hart vor.

Bevölkerung wachzurütteln, ihr den Sinn ihrer Geschichte und die Kräfte, die ihr Schicksal bestimmt hatten, aufzuzeigen. In den frühen siebziger Jahren fing man an, von „elsässischer Kultur“ und von der wiedererlangten Macht der Elsässer über ihre Kultur und Politik zu sprechen. Das Zusammenspiel zweier Faktoren, der wirtschaftlichen und sozialen Probleme einerseits und des Gefühls der neuen kulturellen Verwurzelung andererseits, erklärt den Erfolg der elsässischen Regionalbewegung in den siebziger Jahren. Beide Themen vermochten weite Teile der öffentlichen Meinung in Gang zu setzen, von den gemäßigten bis zu den radikalen Regionalisten, von den Intellektuellen bis zu den Arbeitern.

Indes: Die Erfolgchancen der Autonomiebewegungen im Elsaß blieben stets gering. Neben der Unnachgiebigkeit des französischen Staates, dem Zentralismus, der ablehnenden Haltung der öffentlichen Meinung gegenüber dem Autonomiegedanken sind die Hauptgründe für das Scheitern der Autonomiebewegung in der ideologischen Armut der Bewegung zu suchen. In Frankreich blieb der Autonomiegedanke de facto immer ein Traum, ob dieser Traum einst von den Notabeln und Klerikern geträumt wurde oder von den Linksradikalen in den siebziger Jahren. Die Autonomie war ein Protest- und Oppositionsthema. Gegen diesen Traum standen die Interessen, der Geist, die Gewohnheiten und das Prestige von Paris. Sogar Charles Maurras die Vaterfigur der konservativen Regionalbewegung in Frankreich erlag dem Zauber von der leuchtenden Hauptstadt: „Es gibt nichts über Paris. Natürlich hätte ich gerne in Avignon, dieser so geschichtsträchtigen Stadt, gewohnt. [...] Aix, das ist was anderes, eine jüngere Vergangenheit [...], aber Paris [...].“<sup>77</sup> Die Beziehung der nationalen Identität zu anderen kollektiven Identitäten hat sich erst mit der Entwicklung Europas zur realen Entität als Basis für die Bildung einer zweifachen und dreifachen Identität gewandelt: Region, Nation und Europa.

*Aus dem Französischen von  
Isabelle Quillévére*

---

<sup>77</sup> Zitiert in GUIRAL (wie Anm. 46), S. 325: „Il n’y a rien au-dessus de Paris. Bien sûr, j’aurais habité volontiers Avignon, on y plonge tellement dans l’histoire [...]. Aix, c’est autre chose, un passé plus proche [...] mais Paris [...].“

# Von der Provinz zum Freistaat? Der oberschlesische Separatismus im Jahr 1918/1919

von

Przemysław H a u s e r

Um die spezifische Situation Oberschlesiens 1918/1919, die verschiedenen regionalen und nationalen Identitäten und die konkurrierenden Interessen untersuchen und interpretieren zu können, ist eine kurze Betrachtung der wechselvollen Vorgeschichte unter polnischem, böhmischem, preußischem und deutschem Einfluß notwendig, welche die Identität und die Sprache in Oberschlesien stark prägte. Das Eigenbewußtsein der Schlesier blieb bis 1848 aber auf kleine, sozial nicht repräsentative Trägerschichten begrenzt.

Im Laufe des 19. Jahrhunderts gewannen die deutsche und die polnische Nationalbewegung in Oberschlesien an Bedeutung. Seit dem Vormärz verschärften sich neben den sozialen auch ethnische Trennlinien, insbesondere zwischen dem rein deutschen Niederschlesien und dem weitgehend polnischsprachigen Oberschlesien. Neben der Sprache wurde auch die Religion zu einem bestimmenden Charakteristikum, da sich die deutsche Nationalbewegung im Gegensatz zur polnischen überwiegend auf Protestanten stützte. Nach der Revolution von 1848 beanspruchte die deutsche Nationalbewegung die Provinz Schlesien für sich. Sie sah eine enge Verbindung zwischen dem schlesischen Regional- und dem deutschen Nationalbewußtsein und baute die deutsche Identität vor allem auf das protestantische Bürgertum. Die Bevölkerung Oberschlesiens hingegen war überwiegend katholisch und stand unter dem Einfluß der traditionell gemischten Sprache und Kultur der Region.

Die Reichsgründung 1871 führte zu einer Verschärfung der konfessionellen und sprachlichen Gegensätze. Anti-polnische und anti-katholische Maßnahmen während des Kulturkampfes führten zu einem erheblichen Mißtrauen der Katholiken gegenüber dem Staat. Oberschlesien war sozial gespalten in einerseits eine schmale Bevölkerungsschicht von Großgrundbesitzern, Industriellen sowie aus dem Reichsinnern stammenden Beamten und Militärs, andererseits die ländliche Bevölkerung und das wachsende Industrieproletariat. Die deutsche Identität verbreitete sich am ehesten im oberschlesischen Bildungsbürgertum. Die höhere Geburtenrate des regionalen Milieus führte aber dazu, daß der Anteil derer, die sich als Deutsche verstanden, an der Gesamtbevölkerung kaum stieg.

Ebenso wie dem deutschen Nationalismus standen weite Teile der oberschlesischen Bevölkerung auch dem polnischen Nationalismus skeptisch gegenüber. Beide Nationalismen hatten gegen die soziale und wirtschaftliche Struktur Oberschlesiens zu kämpfen. Insbesondere der Westen der Region blieb von der Landwirtschaft be-

stimmt, hier verbreiteten sich nationale Identitäten nur mühsam und blieb die regionale Identität bestimmend. Allerdings drückte sich eine „schlesische Identität“ bis 1918 nicht in einer politischen Bewegung aus.

Vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs unterschied sich Schlesien damit in vielerlei Hinsicht von den anderen preußischen Ostprovinzen. Maßgeblich hierfür waren die beschriebenen wirtschaftlichen, sozialen, politischen, ethnischen und religiösen Verhältnisse, welche die dort lebende Bevölkerung seit Jahrhunderten miteinander verbanden. Die preußische Politik im 19. und 20. Jahrhundert suchte dies mit einer Vereinheitlichung des Staates und seiner Bevölkerung zu überlagern und entscheidenden Einfluß auf die sich damals in dieser Region herausbildende moderne Nationalidentität zu nehmen.<sup>1</sup> In Oberschlesien unterschieden sich die ethnischen, sprachlichen und religiösen Bande unter der dortigen Bevölkerung sowie deren Nationalbewußtsein wesentlich von denen in anderen Provinzen im östlichen Grenzraum des Reiches. Diese Spezifik führte dazu, daß sich unter einem beträchtlichen Teil der oberschlesischen Bevölkerung ein Gefühl der Besonderheit sowie ein starker regionaler Zusammenhalt herausbildeten.<sup>2</sup> Mit Deutschlands Niederlage im Ersten Weltkrieg gewann dies stärker an Bedeutung, da den separatistischen Bewegungen in dieser Region ein Anreiz geboten wurde.

Im November 1918 änderte sich Schlesiens geopolitische Lage diametral, da es nunmehr an zwei neu entstandene Staaten – Polen und die Tschechoslowakei – grenzte. Die preußische Provinz, die wie ein Keil zwischen diesen beiden slawischen Ländern lag, erinnerte somit an eine von drei Seiten bedrohte „Halbinsel“, wie sich General Karl Hofer, einer der deutschen Militärbefehlshaber in Oberschlesien, bildhaft und treffend ausdrückte.<sup>3</sup> Sowohl die Tschechoslowakei als auch Polen erhoben Anspruch auf schlesisches Gebiet.

Die tschechischen Ansprüche traten in einigen Varianten auf: am häufigsten forderte man – ohne jede ethnische Begründung – den Glatzer Kessel (Kotlina Kłodzka) und das Waldenburger Revier (Zagłębie Wałbrzyskie) sowie den kleineren Teil Oberschlesiens links der Oder. Hier lebte nur im Südwesten des Kreises Ratibor (Ra-

---

<sup>1</sup> Vgl. u.a. MIECZYŚLAW PATER: *Polnische postawy narodowe na Śląsku w XIX wieku* [Polnische nationale Einstellungen in Schlesien im 19. Jahrhundert]. Teil I (bis 1870), Wrocław 1992, Teil II (1871-1890), Wrocław 1993; DERS.: *Polnische dążenia narodowe na Górnym Śląsku (1891-1914)* [Polnische nationale Bestrebungen in Oberschlesien (1891-1914)], Wrocław 1998; MARIA W. WANATOWICZ: *Spółeczeństwo polskie wobec Górnego Śląska (1795-1914)* [Die polnische Gesellschaft gegenüber Oberschlesien (1795-1914)], Katowice 1992; HELMUT NEUBACH: *Parteien und Politiker in Schlesien*, Dortmund 1988.

<sup>2</sup> Vgl. u.a. die Arbeiten der polnischen Soziologen JÓZEF CHAŁASIŃSKI: *Antagonizm polskoniemiecki w osadzie fabrycznej „Kopalnia“ na Górnym Śląsku* [Der polnisch-deutsche Antagonismus in der Siedlung der Fabrik „Kopalnia“ in Oberschlesien], Warszawa 1935; PAWEŁ RYBICKI: *O badaniu socjograficznym Śląska* [Über die soziographische Forschung in Schlesien], Katowice 1938; STANISŁAW OSSOWSKI: *O ojczyźnie i narodzie* [Über das Vaterland und über die Nation], Warszawa 1984.

<sup>3</sup> KARL HOEFER: *Oberschlesien in der Aufstandszeit 1919-1921. Erinnerungen und Dokumente*, Berlin 1938.

cibórz) um Hultschin (Hulczyn, „Hultschiner Ländchen“) eine mährische Bevölkerung in größerer Anzahl. Bedrohlicher stellten sich die polnischen Gebietsforderungen dar, die in der Regel auf ethnischen Kriterien basierten. Die Polen verlangten fast ganz Oberschlesien (mit Ausnahme der Kreise Neiße (Nysa), Grottkau (Grodzów) und von Teilen der Kreise Falkenberg (Niemodlin) und Neustadt (Prudnik)), wobei sie sich bezüglich des südwestlichen Teils der Kreise Leobschütz (Głubczyce) und Ratibor mit einer Grenzkorrektur zu tschechischen Gunsten bereit erklärten. An der Grenze zur Provinz Posen betrafen die polnischen Forderungen die Kreise Groß Warthenberg (Syców) und Namslau (Namysłów) im heutigen Mittelschlesien.

Die Bedrohung der Provinz Schlesien von innen, wie sie sich im Herbst 1918 abzeichnete, ließ keine der politischen Kräfte gleichgültig und schlug sich entsprechend in den Reaktionen der Berliner Machtzentralen nieder. So sprachen sich beispielsweise SPD und USPD, die seit dem 10. November in Deutschland regierten, dafür aus, der Unterdrückung von Nationalitäten ein Ende zu machen. Allerdings fand die SPD, die bestrebt war, Schlesien bei Deutschland zu halten, relativ rasch eine gemeinsame Sprache mit der alten preußischen Bürokratie, d.h. mit den Parteien der nationalistischen Rechten und der konservativen Führung des 6. Armeekorps in Breslau. Ein Zusammenwirken dieser und noch anderer Kräfte fand unter dem Patronat des Volksrats zu Breslau statt, der als „Zentralrat für die Provinz Schlesien“ dort faktisch die Macht ausübte. Allein Vertreter der USPD versuchten in den verschiedenen zentralen Gremien die Deklarationen über eine unbehinderte Entwicklung der im Deutschen Reich lebenden nationalen Minderheiten zu verwirklichen, und sie widersetzten sich Versuchen, die polnische Bewegung zu unterdrücken. Gleichzeitig vertrat die USPD aber die Ansicht, ganz Schlesien solle innerhalb der Reichsgrenzen verbleiben, wobei es aber manche Politiker in Führungspositionen der USPD für notwendig hielten, die oberschlesischen Besonderheiten zu berücksichtigen und somit eine gewisse Autonomie in Betracht zu ziehen. Es ist paradox, daß der Minister Adolph Hoffmann ausgerechnet dieser Partei angehörte, die den Polen unter allen politischen Kräften in Deutschland noch am freundlichsten gesonnen war. Seine Erlasse vom November 1918 über die Trennung von Staat und Kirche sowie eine Schule ohne Religionsunterricht riefen in der tief gläubigen schlesischen Bevölkerung große Verwirrung hervor und führten unter den polnischen Oberschlesiern zu der verstärkten Tendenz, sich von Deutschland lossagen zu wollen. Ende November 1918 beurteilten die Behörden im Regierungsbezirk Oppeln Adolph Hoffmanns Erlasse wie folgt: „Diesen fetten Bissen [d.h. Hoffmanns Erlasse; P.H.] konnten sich die Polen nicht entgehen lassen: sie brauchten nur zuzuschnappen, und sie haben auch zugeschnappt. Von der Kanzel herunter, in den Zeitungen, in Versammlungen und in zahllosen Reden von Mund zu Mund wird die Sache weidlich ausgeschlachtet.“<sup>4</sup>

Angesichts einer so ernsthaften Bedrohung bemühte sich die Zentrums-Partei, die den Berliner Regierungen nicht traute, um einen erweiterten Einfluß in Oberschlesien und schlachtete u.a. die unglückseligen Erlasse des Ministers Hoffmann für ihre Propaganda aus. Das Zentrum fand die volle Unterstützung der römisch-katholischen

---

<sup>4</sup> Zentral-Staatsarchiv (ZStA) Merseburg, Rep. 77, Titel 856, Nr. 205, Bl. 12.

Hierarchie, in erster Linie von Fürstbischof Adolph Bertram. Er war der polnischen Bevölkerung aus der Zeit des „Großen Krieges“ in positiver Erinnerung geblieben, als er sich im preußischen Herrenhaus für die Wiedereinführung des Religionsunterrichts in der Muttersprache der Kinder eingesetzt hatte. Obwohl Bertram kein Schlesier war, wußte er sehr wohl, daß für die oberschlesischen Polen „die polnische Sprache Bestandteil ihres Katholizismus“ war.<sup>5</sup>

Das Zentrum sprach sich für eine weitgehende Autonomie Oberschlesiens aus, das unter Beachtung seiner religiösen und nationalen Besonderheiten regiert werden sollte. Man forderte eine Gleichberechtigung von polnischer und deutscher Sprache und im Regierungsbezirk Oppeln (Opole) die Besetzung wichtiger Verwaltungsposten mit Katholiken, welche die polnische Sprache beherrschten.

Diese Forderungen erhöhten die Chancen des Zentrums, von dem Teil der polnischsprachigen Bevölkerung in Oberschlesien akzeptiert zu werden, für den „Polentum“ keine ideologische Kategorie war, sondern sich in Sprache und religiösem Bekenntnis erschöpfte. In diesem Verständnis waren Deutsche und Polen, die aus derselben Heimat stammten, demselben Glauben anhängen und die jeweils andere Muttersprache verstanden, füreinander zwar keine Landsleute, aber immerhin so etwas wie Einheimische. Dieses Phänomen suchten die oberschlesischen Separatisten für sich zu nutzen. Sie wurden von einem großen Teil des deutschen römisch-katholischen Klerus sowie von Funktionären des Zentrums im Regierungsbezirk Oppeln unterstützt, welche Entwürfe für eine umfassende Autonomie Oberschlesiens bis hin zum Status eines eigenen Staates im Reich zu lancieren begannen.<sup>6</sup>

Auch der Volksrat zu Breslau erwog Ende November 1918 die Möglichkeit, die Provinz Schlesien zumindest zeitweilig von Berlin unabhängig zu machen. Diesem Gedanken lag die Befürchtung zugrunde, die Reichsbehörden könnten den Spartakusbund nicht an der Regierungsübernahme in Berlin hindern. Dies erschien angesichts der schlechten wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung im Herzen Deutschlands, dem Mangel an Lebensmitteln und an Kohlen für den Winter sehr wahrscheinlich.<sup>7</sup>

Am 25. November warnten die dem Volksrat nahestehenden *Breslauer Neuesten Nachrichten*, die Provinz Schlesien werde dem Lauf der Dinge nicht untätig zusehen,

---

<sup>5</sup> Diese Feststellung machte der polnische Soziologe Stanisław Ossowski aufgrund empirischer Untersuchungen in Oberschlesien. Ossowski führt hierzu aus: „In dieser Region nahm sie [die polnische Sprache; P.H.] einen rituellen Charakter an, ungeachtet der Tatsache, daß in der katholischen Kirche Latein die rituelle Sprache ist. Ein Wechsel der Sprache konnte im Verhältnis zur übernatürlichen Welt Einfluß auf die Wirksamkeit der Riten haben. Gebete in anderen Sprachen konnten nicht so erhört werden, wie die Gebete in der Sprache der Väter erhört wurden. Der Glaube der Väter war mit der Sprache der Väter verbunden.“ OSSOWSKI (wie Anm. 2), S. 107.

<sup>6</sup> Vgl. EDMUND KLEIN: *Miarodajne czynniki niemieckie a sprawa Górnego Śląska w grudniu 1918 roku* [Maßgebende deutsche Faktoren und die Angelegenheit Oberschlesiens im Dezember des Jahres 1918], in: *Studia Śląskie* 13, 1968, S. 69-73.

<sup>7</sup> Vgl. WIEŚLAW LESIUK: *Rady robotnicze, żołnierskie, chłopskie i ludowe w rejencji opolskiej w latach 1918-1919* [Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- und Volksräte in der Regenschafft Oppeln in den Jahren 1918-1919], Opole 1973, S. 131.

falls die Regierung in Berlin der um sich greifenden Anarchie und der schweren Versorgungslage nicht Herr werden sollte: „Unternehmer und Arbeiter, Großgrundbesitzer und Bauern werden ihr Schlesierland schützen.“<sup>8</sup> Hierbei ging es nicht wie im Westen und Süden des Reiches um den Wunsch, sich von Deutschland abzutrennen, sondern um eine vorübergehende Verselbständigung, „bis in Deutschland und bis namentlich in Berlin Ordnung ist“.<sup>9</sup>

Diese Idee fand jedoch bei der Führung des 6. Armeekorps keine Unterstützung, da ein selbständiges Schlesien vor enormen militärischen Schwierigkeiten stehen würde.<sup>10</sup> Im Endeffekt rückte der Volksrat im Dezember 1918 von seinem Vorhaben ab. Für den Regierungsbezirk Oppeln forderte er jedoch bestimmte Autonomierechte, die hauptsächlich Sprach- und Glaubensfragen betrafen, sowie die Bevorzugung von Einheimischen bei der Besetzung von Ämtern und bei der Wirtschaftstätigkeit.<sup>11</sup>

Die Pläne eines Freistaats Oberschlesien oder einer Autonomie für diese Region fanden teilweise auch die Unterstützung des deutschen Kapitals und der Großgrundbesitzer im Regierungsbezirk Oppeln. In diesen Kreisen glaubte man nicht an die Fähigkeit der Berliner Behörden, ein Fortschreiten der Revolution zu verhindern und gleichzeitig Oberschlesien beim Reich zu halten. Des weiteren wurde befürchtet, daß die sozialdemokratische Berliner Regierung in Oberschlesien zu weit in das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eingreifen könnte. Und auch das Argument, daß eine „selbständige oberschlesische Republik“ nicht mit Kriegsentschädigungen belastet werde, ließ sich dort offenbar nicht gänzlich von der Hand weisen. Bereits Ende November 1918 gab es erste Ansätze einer Zusammenarbeit zwischen oberschlesischen Separatisten und Vertretern der Großindustrie. Die Separatisten rechneten ebenfalls mit Hilfe von seiten der Berliner Regierung, da sich der Volksbeauftragte Hugo Haase und der Unterstaatssekretär im Innenministerium Hellmut von Gerlach einige Tage zuvor für eine Autonomie Oberschlesiens ausgesprochen hatten.<sup>12</sup>

Zur Führungsgruppe der oberschlesischen regionalen Bewegung gehörten Dr. Ewald Latacz, Rechtsanwalt und Vorsitzender des Arbeiterrats in Loslau (Wodzisław) im Kreis Rybnik, sowie die Brüder Reginek. Dr. Jan Reginek war Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats in Ratibor, und Thomas Reginek war Kaplan in Beuthen (Bytom). Zu dritt bildeten sie Anfang Dezember 1918 ein Komitee, um die Grundlagen für einen „Freistaat Oberschlesien“ zu schaffen. Dieses oberschlesische Separatistenkomitee brachte im Regierungsbezirk Oppeln eine Broschüre mit dem Titel

---

<sup>8</sup> Breslauer Neueste Nachrichten, Nr. 323 vom 25.11.1918.

<sup>9</sup> Ebenda.

<sup>10</sup> Vgl. ERNST HESTERBERG: Alle Macht den Arbeiter- und Soldaten-Räten. Kampf um Schlesien, Breslau 1932, S. 65.

<sup>11</sup> LESIUK (wie Anm. 7), S. 132.

<sup>12</sup> PIOTR DOBROWOLSKI: Ugrupowania i kierunki separatystyczne na Górnym Śląsku i w Cieszyńskim w latach 1918-1939 [Separatistische Gruppierungen und Richtungen in Oberschlesien und im Teschener Land in den Jahren 1918-1939], Warszawa, Kraków 1972, S. 81; THOMAS REGINEK: Die oberschlesische Frage, Kattowitz 1920, S. 4; RUDOLF VOGEL: Deutsche Presse und Propaganda des Abstimmungskampfes in Oberschlesien, Leipzig 1931, S. 56.

*Oberschlesien als Selbständiger Freistaat* in Umlauf. Nach den Vorstellungen von Jan Reginek sollte die Schweiz einem ober-schlesischen Staat als Muster dienen. Um ihre Pläne verwirklichen zu können, mußten die Separatisten nicht nur Unterstützung in Deutschland finden, sondern auch das Wohlwollen der beiden Nachbarstaaten Polen und Tschechoslowakei sowie der Ententemächte gewinnen.<sup>13</sup>

Um den tschechoslowakischen Standpunkt zu sondieren, reisten Jan und Thomas Reginek Anfang Dezember 1918 nach Prag, wo sie mit Ministerpräsident Kramář Gespräche führten. Der tschechische Regierungschef erwies sich jedoch als sehr zurückhaltend, und ihre Mission brachte keine konkreten Ergebnisse.<sup>14</sup>

Die Brüder Reginek suchten für ein selbständiges Oberschlesien außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches auch die Unterstützung der Nachbarstaaten. Indessen gab es schon damals Anzeichen dafür, daß die Konzeption eines selbständigen ober-schlesischen Staates für einen Teil der Separatisten nur ein Hilfsmittel war, um den deutschen Einfluß in Oberschlesien zu stärken und die Region als Ganzes bei Deutschland zu halten. Am 6. Dezember 1918 fand in Gleiwitz ein vom Arbeiter- und Soldatenrat einberufenes Treffen statt, auf dem sich u.a. Anhänger der separatistischen Bewegung aus ganz Oberschlesien versammelten. Thema der Beratung war die sogenannte „polnische Gefahr“. Ewald Latacz wies auf die drohende Gefahr einer Teilung Oberschlesiens zwischen der Tschechoslowakei und Polen hin und forderte, in der Propaganda künftig die territoriale Integrität des Regierungsbezirks Oppeln herauszustellen. Nach der Versammlung traf er mit dem Volksbeauftragten Haase zusammen. Als Ergebnis ihres Gesprächs wurden Jan Reginek und der Vertrauensmann der ober-schlesischen Industriellen, Fritz Wenske, nach Prag entsandt. Sie sollten das Einverständnis der Tschechen für die eventuelle Ausrufung eines „ober-schlesischen Freistaates“ einholen und ihre Bereitschaft zu Gesprächen mit der Entente signalisieren. Doch ähnlich wie die vorherige Mission brachte auch diese keine konkreten Ergebnisse.<sup>15</sup>

Gleichzeitig versuchte man, Kontakt zur polnischen Vertretung in Oberschlesien herzustellen. Als sich Jan Reginek in Prag aufhielt, erschien bei Rechtsanwalt Czapla, einem führenden Funktionär des Unterkommissariats des Obersten Volksrates in Beuthen (Bytom), am Abend des 12. Dezember „ein gewisser Kaplan aus einem Ort in der Nähe des Industriebezirks“. Er stellte sich als Abgesandter „seriöser Kreise“ vor, deren Identität er nicht enthüllen dürfe, referierte detailliert die Prämissen der Abtrennungsbewegung und wies auf die Unterstützung dieser Idee durch Politiker der Zentrums-Partei hin.<sup>16</sup>

---

<sup>13</sup> Vgl. EDMUND KLEIN: Niemieckie plany separatystyczne na Śląsku w listopadzie i grudniu 1918 r. [Deutsche separatistische Pläne in Schlesien im November und Dezember des Jahres 1918], in: Acta Universitatis Wratislaviensis, Nr. 138, Seria Prawo H. 34 (1971), S. 3-35.

<sup>14</sup> VOGEL (wie Anm. 12), S. 55 f.

<sup>15</sup> Ebenda.

<sup>16</sup> Staatsarchiv Katowice, Polski Komitet Plebiscytowy [Das Polnische Plebiszitkomitee], Bd. 2, Bl. 1-4. Schreiben des RA Kazimierz Czapla aus Beuthen [Bytom] an den Obersten Volksrat in Posen [Poznań] vom 13. Dezember 1918.

In maßgeblichen politischen Kreisen des Reichs und in Preußen zeigten lediglich Hugo Haase und seine Anhänger in der USPD sowie im pazifistischen Milieu für die Forderungen nach einer weitgehenden Autonomie Oberschlesiens Verständnis. Unter den Mitgliedern der in Berlin residierenden Regierungen überwogen jedoch zentralistische Tendenzen, die entschieden gegen separatistische Bestrebungen waren.<sup>17</sup> Am 19. Dezember 1918 nahm der I. Allgemeine Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands in Berlin eine Resolution an, in der gegen jede separatistische Betätigung im Reich, auf welcher Grundlage auch immer, protestiert wurde.<sup>18</sup>

Alle Resolutionen blieben vergeblich, solange die Gründe für eine Entwicklung des Separatismus weiterhin bestanden. In Oberschlesien versuchte die regionale Bewegung daher auch, die Masse der Bevölkerung für sich zu mobilisieren. Am 20. Dezember 1918 brachte *Der Oberschlesische Kurier* einen „Aufruf zur Gründung eines selbständigen Freistaates Oberschlesien“.<sup>19</sup>

Darin wurde argumentiert, daß auch für die Oberschlesier die Stunde der Befreiung geschlagen habe. Sie seien in Preußen als Bürger zweiter Klasse behandelt und in Polen wegen ihrer Sprache verspottet worden. Man rief dazu auf, weder preußischen noch polnischen Versprechungen zu folgen, und erklärte den Oberschlesiern, daß es den Deutschen ebenso wie den Polen einzig und allein um die „Schätze ihrer Erde“ zu tun sei. Der beste Ausweg sei ein freier Staat, und für diesen sollte sich die Bevölkerung aussprechen, würde sie vor die Wahl gestellt. Weiter hieß es: „Der frühere Haktivist ruft: Ihr lieben guten Oberschlesier, bleibt doch bei uns Preussen; wir bauen Euch jedem ein schönes Häuschen mit einem Garten, es soll ein jeder nach Herzenslust in seiner Muttersprache lernen und lehren, singen und spielen, beten und flehen!“ Die Landsleute jenseits der Grenze im neuerstehenden Polenreich rufen: „Nein, nein Brüderchen! Kommt zu uns, wir haben Euch immer so sehr geschätzt und geliebt; bei uns bekommt jeder 2 Kühe und 20 Morgen Land, Speck und Fett. Ihr werdet leben (jak paćzek w maśle) wie die Maus im Speck.“<sup>20</sup>

Die zum Jahresende 1918 aus Oberschlesien eintreffenden Meldungen von zunehmenden separatistischen Tendenzen ließen die Gefahr einer Sezession vermuten. In Breslau versuchte man, dies mit allen nur denkbaren Mitteln zu vermeiden. Am 28. Dezember informierte die *Schlesische Tagespost* ihre Leser unter dem Titel „Gründung einer Republik Schlesien?“, daß der Zentralrat für die Provinz Schlesien seine Vertreter nach Berlin geschickt habe, um dort Gespräche über Pläne zu führen, nach denen am 30. Dezember in Breslau eine Republik Schlesien ausgerufen werden

---

<sup>17</sup> Vgl. RUDOLF MORSEY: Die Deutsche Zentrumspartei 1917-1923, Düsseldorf 1966, S. 117.

<sup>18</sup> Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands vom 16. bis 21. Dezember 1918 im Abgeordnetenhaus zu Berlin. Stenografische Berichte, Berlin 1919, S. 107, 142.

<sup>19</sup> Vgl. Der Oberschlesische Kurier, Nr. 294 vom 20.12.1918; vollständiger Text in: Dokumente der deutschen Politik. Die Zeit des Weltkrieges und der Weimarer Republik 1914-1933, Bd. 3: Novemberumsturz und Versailles 1918-1919, Teil 2, bearb. von HANS VOLZ, Berlin 1942, S. 483 ff.

<sup>20</sup> Der Oberschlesische Kurier, Nr. 294 vom 20.12.1918.

soll. Die SPD behielte in dieser Republik entscheidenden Einfluß, so daß die Verbindungen zur Berliner Reichsregierung nicht abrissen. Derartige Schritte seien notwendig, „um den kapitalistischen, polnischen und tschechischen Tendenzen entgegenzuwirken, die immer stärker auf die Gründung einer oberschlesischen Republik hinarbeiten“.<sup>21</sup>

Der Zentralrat entsandte in der Tat eine zweiköpfige Delegation, um der Reichsregierung den Ernst der Lage vor Augen zu führen: den Leiter seines Büros, Friedrich Ollendorf, und den Vorsitzenden des Zentralen Soldatenrates in Breslau, Fritz Voigt.<sup>22</sup> Am 28. Dezember nahmen die Breslauer Delegierten an einer Sitzung des Rats der Volksbeauftragten teil, zu der auch der preußische Ministerpräsident Hirsch und sein Innenminister Rudolf Breitscheid eingeladen worden waren. Die Besprechung war ausschließlich dem Thema Oberschlesien gewidmet. Die Breslauer Delegierten machten die Anwesenden mit der aktuellen Lage in Oberschlesien vertraut und stellten fest, daß sich die komplizierte Situation in dieser Region weiter verschärfe. Auf Grund der nicht durchdachten Erlasse der Regierung über die Trennung von Staat und Kirche sowie infolgedessen, daß „frühere Haktisten“ auf ihren Posten belassen worden seien (u.a. der Oppelner Regierungspräsident Walther von Miquel und der Breslauer Regierungspräsident Treugott von Jagow), habe die Agitation für die Abtrennungsbewegung ständig zugenommen. Sie werde unter dem Schlagwort „Oberschlesien den Oberschlesiern!“ geführt und finde auch in Kreisen offene Ohren, die weder dem Zentrum noch polnischen Organisationen naheständen. Ollendorf und Voigt teilten mit, daß für den 30. Dezember eine Konferenz über die Zukunft Oberschlesiens nach Breslau einberufen sei, zu der auch Vertreter des Rats der Volksbeauftragten und der preußischen Regierung delegiert werden sollten. Es sei gut, sie mit weitgehenden Vollmachten in Sachen Autonomie für Oberschlesien auszustatten.<sup>23</sup>

Angesichts der Absichten der regionalen Bewegung, zu Neujahr die Selbständigkeit Oberschlesiens zu verkünden, war der Einsatz ungewöhnlich hoch. Nach Voigt ging es darum zu verhindern, „daß uns Oberschlesien schon zum 1. Januar vor eine vollendete Tatsache stellt, und bei der bekannten [militärischen; P.H.] Machtlosigkeit haben wir kaum Mittel in der Hand, so etwas zu verhindern“.<sup>24</sup>

Im Verlauf der Diskussion erkannte Haase zumindest einen Teil der Forderungen der schlesischen Vertreter als begründet an. Er forderte, die Regierungspräsidenten von Miquel und von Jagow abzuberufen sowie die negativen Auswirkungen der Erlasse von Minister Hoffmann bezüglich der Trennung von Staat und Kirche durch die Zusicherung staatlicher Unterstützung für die ärmsten Parochien abzuschwächen. Bemerkenswerterweise sprach sich hier also ein Politiker der USPD zugunsten der Kirche aus. Großes Gewicht legte er auf die Verkündung einer kulturellen Autonomie, wozu u.a. die Einführung der polnischen Sprache in den Schulunterricht gehörte.

---

<sup>21</sup> Schlesische Tagespost, Nr. 355 vom 28.12.1918.

<sup>22</sup> KLEIN: Miarodajne czynniki niemieckie (wie Anm. 6), S. 81 f.

<sup>23</sup> SUSANNE MILLER: Die Regierung der Volksbeauftragten, 1918/1919, eingeleitet von ERICH MATTHIAS, Düsseldorf 1969, II. Teil, Dok. Nr. 76, S. 55-58.

<sup>24</sup> Ebenda, S. 57.

Der bekannte Separatistenführer Reginek habe ihm erklärt, „wenn das nicht geschieht, dann würde man damit rechnen müssen, daß Oberschlesien zu Polen kommt“. Haase hielt jedoch die Ausrufung einer selbständigen Republik Schlesien für sehr riskant, da dies in anderen Gebieten des Reiches Nachahmer finden könnte. Deshalb, so fuhr Haase fort, würde er den Vorschlag, „den die Herren aus Schlesien [d.h. Voigt und Ollendorf; P.H.] gemacht haben, befürworten. Es wäre sehr gut, wenn eine solche Proklamation [über die Einstellung der Regierung zu Oberschlesien; P.H.] herauskommt. Dabei kann keiner von uns voraussehen, ob das genügen wird. Jedenfalls hat man dann das Bewußtsein, getan zu haben, was man tun konnte.“<sup>25</sup>

Der preußische Innenminister Breitscheid verglich die Situation in Oberschlesien mit der in der Rheinprovinz. Er stellte fest, daß die Erlasse des Ministers Hoffmann in beiden Fällen nur ein Vorwand für separatistische Bestrebungen seien. Nicht der Erlaß selbst, sondern die Abneigung gegen die sozialistische Republik sei der springende Punkt. Breitscheid vertrat die Ansicht: „Auch wenn wir eine [...] neue Erklärung [...] abgeben, so bin ich persönlich überzeugt, daß sie zu praktischen Wirkungen nicht führen wird, sondern daß die Agitation in Oberschlesien in der gleichen Weise weitergeht.“ Er verteidigte von Miquel, der ihm „die geeignete Persönlichkeit am Platze“ sei und mit den revolutionären Institutionen sehr gut zusammenarbeite. Was von Jagow angehe, so wolle er darauf hinweisen, daß es an einer zufriedenstellenden Kandidatur für einen Nachfolger fehle. Er sei überzeugt, daß auch eine Neubesetzung der Beamtenposten nicht wesentlich zur Beruhigung „der Strömungen in Oberschlesien“ beitragen könne. Breitscheid argumentierte, daß nicht nur der Klerus den oberschlesischen Separatismus unterstütze. Ähnlich wie in der Rheinprovinz seien hier großkapitalistische Kreise aus wirtschaftlichen Beweggründen an der Ausrufung einer schlesischen Republik interessiert: Sie erblickten darin eine Möglichkeit, nicht nur Steuerlasten, sondern auch die zu erwartenden Belastungen infolge der von Deutschland zu leistenden Kriegsentschädigungen zu umgehen. Er sprach sich entschieden dagegen aus, die separatistischen Ideen durch Schaffung eines selbständigen schlesischen Staates zu fördern. Seines Erachtens wäre es „das Verkehrteste [...], eine selbständige Republik Schlesien ins Leben zu rufen; denn darüber dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben: in dem gleichen Moment haben wir die selbständige Republik Rheinland, die selbständige Republik Schleswig-Holstein, die selbständige Republik Hannover, die selbständige Republik Ostpreußen, wenn nicht in dieser Reihenfolge, so doch in dieser Zusammensetzung.“<sup>26</sup>

Außerdem wies er darauf hin, daß die Schaffung einer selbständigen Republik nur dazu führen werde, eine „noch selbständigere Republik Oberschlesien [...] ins Leben zu rufen in Anlehnung an die Polen und die Tschechen. Wir müssen alles tun, um eine solche Entwicklung in Oberschlesien zu verhindern.“ Über eventuelle Forderungen nach Autonomie innerhalb Deutschlands und über Einzelheiten des politischen Systems entscheide die zukünftige Nationalversammlung.<sup>27</sup>

---

<sup>25</sup> Ebenda, S. 60.

<sup>26</sup> Ebenda, S. 62 f.

<sup>27</sup> Ebenda, S. 63.

Auch der Volksbeauftragte der USPD, Emil Barth, wandte sich gegen die Ausrufung einer selbständigen Republik Schlesien. Er ging davon aus, daß auf jeden Fall mit dem Verlust eines wesentlichen Teils von Oberschlesien an Polen zu rechnen sei, und gab dem Reich insgesamt größere Chancen als einer Republik Schlesien, sich den polnischen Forderungen zu widersetzen. Gegen Barths pessimistische Sicht der politischen Zukunft Oberschlesiens legte Otto Landsberg heftigen Widerspruch ein. Lediglich die Kreise Rybnik und Pless (Pszczyna) wiesen eine polnische Mehrheit auf, und wenn es in Oberschlesien zu einer unparteiischen Volksabstimmung kommen sollte, werde diese zu Deutschlands Gunsten ausfallen. Er forderte die Entsendung von Militär nach Oberschlesien, um auf diese Weise Polen und Tschechen den Willen zu demonstrieren, dieses Gebiet innerhalb des Reiches zu behalten.<sup>28</sup>

Voigt und Ollendorf hielten ebenfalls eine Truppenverstärkung im Regierungsbezirk Oppeln für notwendig und unterstützten hierin Otto Landsberg. Zudem dächten die oberschlesischen Industriellen (mit geringen Ausnahmen) entgegen Breitscheids Befürchtungen in den Kategorien deutscher Staatlichkeit und hätten ein eigenes Interesse an einer weiteren Verbindung mit Deutschland und nicht mit Polen.<sup>29</sup>

Breitscheid sprach sich gegen die Entsendung von Truppen nach Oberschlesien aus: Die Mehrheit der oberschlesischen Bevölkerung, die zur Zeit noch bei Deutschland bleiben wolle, könne ihre Ansicht bei Ausbruch eines Konfliktes zwischen Militär und Bevölkerung ändern, welcher in der gegenwärtig gespannten Lage sehr leicht möglich sei.

Das Ergebnis der Sitzung faßte Friedrich Ebert zusammen. Es habe Einigkeit darüber bestanden, eine gewisse Kulturautonomie in Oberschlesien einzuführen und noch andere Maßnahmen mit dem Ziel zu treffen, diese Region beim Reich zu halten. Die Regierung beschloß, einen Delegierten auf die angekündigte Konferenz zu entsenden, und benannte den Volksbeauftragten Otto Landsberg aus Oberschlesien.<sup>30</sup>

Eine effiziente weitere Maßnahme, um die Provinz Schlesien im deutschen Staatsverband zu halten, war die am 28. Dezember von Minister Konrad Haenisch angeordnete Aussetzung der Erlasse zur Trennung von Staat und Kirche. Dieser Erlass sollte am 1. Januar 1919 in Kraft treten<sup>31</sup>, und die Anordnung von Haenisch trug in der Tat zur Entspannung der Lage bei. In Oberschlesien wurde dies mit unverhüllter Erleichterung aufgenommen. Am 29. Dezember brachte die *Kattowitzer Zeitung* mit fetten Lettern den Leitartikel „Aussetzung des Hoffmannschen Religionserlasses“.<sup>32</sup>

Dies alles mußte wesentlichen Einfluß auf den Verlauf und das Klima der Beratungen auf der erweiterten Sitzung des Provinzional-Volksausschusses haben, die angesichts der kritischen Situation in Schlesien zum 30. Dezember 1918 nach Breslau einberufen worden war. An dieser Sitzung – sie ist auch als Breslauer Konferenz bekannt – nahmen eine sehr breite politische Vertretung des Zentralen Volksrats, Dele-

---

<sup>28</sup> Ebenda, S. 65 ff.

<sup>29</sup> Ebenda, S. 67-70.

<sup>30</sup> Ebenda, S. 72.

<sup>31</sup> KLEIN: Miarodajne czynniki niemieckie (wie Anm. 6), S. 83.

<sup>32</sup> Kattowitzer Zeitung vom 29.12.1918.

gierte des Zentralen Soldatenrats, Vertreter des 6. Armeekorps sowie der amtierenden preußischen Verwaltung teil. Des weiteren hatte man Vertreter der Zentrums-Partei und des Fürstbischofs Bertram sowie eine Abordnung der oberschlesischen Separatisten eingeladen.<sup>33</sup> Zudem erschienen der Volksbeauftragte Landsberg und der preußische Ministerpräsident Hirsch als Delegierte der preußischen Regierung. Ihre Anwesenheit war ein Ergebnis der zwei Tage zuvor in Berlin getroffenen Vereinbarungen zwischen der Reichsregierung und Vertretern des Volksrates zu Breslau.<sup>34</sup>

Auf der Konferenz am 30. Dezember wurden Fragen zur Autonomie und Selbständigkeit Oberschlesiens in Zusammenhang mit dem drohenden Verlust eines Teils der Provinz an die Nachbarstaaten erörtert. Der erste Tagespunkt war der sogenannten „tschechischen Gefahr“ gewidmet. Der Waldenburger Landrat von Goetz umriß die tschechischen Annexionspläne, die den Glatzer Kessel, das Waldenburger Revier sowie einen Teil der Kreise Leobschütz (Głubczyce) und Ratibor (Racibórz) im Regierungsbezirk Oppeln betrafen. Zur Beruhigung unter den Teilnehmern trug eine Erklärung des Deutschen Außenamtes bei, die auf Zusicherungen der tschechischen Regierung beruhte und von Ministerpräsident Hirsch verlesen wurde. Danach wollte die Prager Regierung den Entscheidungen der Friedenskonferenz nicht vorgreifen und in der Region keine vollendeten Tatsachen schaffen. In dieser Situation schien die Bedrohung von polnischer Seite wesentlich ernsthafter zu sein, welche der zweite und hauptsächlichste Beratungspunkt war. Nach Ansicht des Kattowitzer Oberbürgermeisters Alexander Pohlmann wog dieses Problem umso schwerer, als die Polen im Gegensatz zu den Tschechen die Provinz Schlesien nicht nur von außen, sondern auch von innen bedrohten: Die nationale Betätigung der in Schlesien lebenden polnischen Bevölkerung zielte auf eine Loslösung von Deutschland.<sup>35</sup> Es waren insbesondere das Übergewicht der polnischsprachigen Bevölkerung im Regierungsbezirk Oppeln und die unter ihr verbreitete antipreußische Stimmung, die bei den Anwesenden berechtigte Befürchtungen um die Zukunft Oberschlesiens hervorriefen.

Der entschiedene Anhänger eines „selbständigen oberschlesischen Staates“, der katholische Geistliche Thomas Reginek, argumentierte in der Begründung der von ihm lanzierten Konzeption geschickt damit, daß die Forderungen nach einer weitgehenden Autonomie einen dritten Weg für diejenigen Oberschlesier darstellten, die andernfalls zwischen einem Verbleiben bei Deutschland und einem Anschluß an Polen zu wählen hätten.

Reginek, der sich auf seine weitreichenden Kenntnisse der Bevölkerungsverhältnisse und der Stimmung in Oberschlesien berief, warnte die Versammelten, ein eventuelles Plebiszit könne zum Nachteil Deutschlands ausfallen. Um sich der Gewogenheit der Anwesenden zu vergewissern, schloß er aber nicht aus, daß es in Zukunft auch zu einer Angliederung eines selbständigen Oberschlesiens ans Reich kommen könnte.<sup>36</sup>

---

<sup>33</sup> Ebenda, S. 83 f.

<sup>34</sup> Die Regierung der Volksbeauftragten, II. Teil, Dok. Nr. 76.

<sup>35</sup> KLEIN: Miarodajne czynniki niemieckie (wie Anm. 6), S. 88 f.

<sup>36</sup> Ebenda, S. 144 f.

Rechtsanwalt Latacz begann seine Ausführungen mit der Erklärung, er sei ein Gegner jeglichen Separatismus. Doch optierten im Falle einer Volksabstimmung gegenwärtig 80 Prozent aller Oberschlesier rechts der Oder (einschließlich der deutschen) aus unterschiedlichen Gründen für Polen. Er empfahl die Parole „Oberschlesien den Oberschlesiern!“, mit der viele Menschen von der pro-polnischen Orientierung abgezogen werden könnten. Seiner Meinung nach sei die Forderung, Oberschlesien zu einer selbständigen Republik zu machen, kein Separatismus, sondern Notwehr. Eine solche Republik werde nach Deutschland hin tendieren, und eine Garantie für ihre Unabhängigkeit werde die polnisch-tschechische Rivalität sein.<sup>37</sup> Auch der Vertreter der oberschlesischen Industrie, Werner, – er war Generaldirektor der Schaffgott'schen Werke – rief dazu auf, eine selbständige neutrale Republik Oberschlesien zu gründen. Seines Wissens habe die Entente den Teil Oberschlesiens rechts der Oder Polen, und den links der Oder der Tschechoslowakei versprochen.<sup>38</sup>

Die Forderungen nach Selbständigkeit für Oberschlesien fanden jedoch bei den Anwesenden keine Zustimmung, und es überwog die Ansicht, dieses Gebiet innerhalb der Reichsgrenzen zu halten. Folglich verlangte der Kattowitzer Oberbürgermeister Pohlmann, eine größere Anzahl disziplinierter und zuverlässiger Truppeneinheiten nach Oberschlesien zu verlegen. Eine ähnliche Forderung brachte Dr. Hans Herschel vom Zentrum vor. Einige Redner griffen die Hoffmannschen Erlasse zur Trennung von Staat und Kirche scharf an, welche die Einheit von Oberschlesien und dem Reich untergraben hätten. Die Vertreter der Regierung, aus der sich die Unabhängigen Sozialdemokraten inzwischen zurückgezogen hatten, konnten nun die ganze Schuld auf den Ex-Minister abwälzen und versprachen, sein Amtsnachfolger werde in dieser Angelegenheit entsprechende Schritte unternehmen.<sup>39</sup>

Auch wenn die meisten Anwesenden die Forderungen nach einer selbständigen Republik Oberschlesien nicht unterstützten, hielten sie begrenzte Zugeständnisse auf dem Gebiet der Kulturautonomie aufgrund des besonderen Charakters der Region für notwendig. Im Endergebnis wurden einige dementsprechende Beschlüsse angenommen: Auf leitende Posten im Regierungsbezirk Oppeln sollten Katholiken berufen werden, welche die Verhältnisse in Oberschlesien kannten, das Vertrauen der Bevölkerung besaßen und die polnische Sprache beherrschten. Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche sollte im Einvernehmen mit den Kirchenbehörden und unter Berücksichtigung der Wünsche der oberschlesischen Bevölkerung gesetzlich geregelt werden. Ähnliches betraf den Religionsunterricht in staatlichen wie in privaten Schulen, wobei den Kindern nach Möglichkeit ein Unterricht in der Muttersprache zugesichert wurde. Es wurde beschlossen, eine eigene Delegation des fürstbischöflichen Stuhls für Oberschlesien einzurichten. Die Reichsregierung wurde verpflichtet, künftig bei Oberschlesien betreffenden Entscheidungen die Ansicht der lokalen Behörden

---

<sup>37</sup> Źródła do dziejów powstań śląskich [Quellen zu den schlesischen Aufständen], Bd. I, Teil I (Oktober 1918 – Januar 1920), bearb. von HENRYK ZIELIŃSKI, Wrocław u.a. 1963, Dok. Nr. 41, S. 77-80.

<sup>38</sup> Ebenda, S. 82.

<sup>39</sup> Ebenda, S. 78-86.

einzuholen. Desgleichen wurde der Posten eines besonderen Kommissars für Oberschlesien vorgesehen, der die Interessen der Region bei den Provinzbehörden in Breslau vertreten sollte.<sup>40</sup>

Diese Beschlüsse wurden in deutscher und polnischer Sprache in ganz Oberschlesien als sogenannte „Breslauer Beschlüsse“ auf Plakaten veröffentlicht, um vor der Bevölkerung den guten Willen der Behörden zu dokumentieren.<sup>41</sup>

Am 4. Januar 1919 nahm die preußische Regierung die „Breslauer Beschlüsse“ an, führte jedoch vor ihrer Verabschiedung wesentliche Korrekturen durch. Demnach war die Kenntnis der polnischen Sprache für Beamte in Oberschlesien nicht mehr erforderlich, und in Breslau wurde auch kein Amt für einen besonderen Kommissar für Oberschlesien geschaffen. Auf Bitten des Breslauer Bischofs Bertram verzichtete man ebenfalls auf eine kirchliche Sonderstellung der Region.<sup>42</sup>

Diese sehr beschnittenen „Breslauer Beschlüsse“ halfen dennoch den Zentral- und Lokalbehörden sowie den deutschen politischen Gruppierungen in Oberschlesien, ihr Verhältnis gegenüber den starken separatistischen Gruppen deutlicher zu bestimmen. Die Beschlüsse boten sowohl den lokalen Funktionären der „Katholischen Volkspartei“ – so nannte sich das Zentrum in Oberschlesien seit dem 16. Dezember 1918 – als auch einem wesentlichen Teil der deutschen katholischen Priester eine ausreichende Grundlage, ihre eigene Zukunft sowie die der katholischen Kirche in Oberschlesien wieder innerhalb der Reichsgrenzen zu erblicken und auf die Unterstützung separatistischer Bestrebungen zu verzichten.

Die Separatisten verloren einen mächtigen Verbündeten und mußten das bei ihren weiteren Unternehmungen in Rechnung stellen. Ihr Separatismus konnte fortan nicht mehr nur „oberschlesisch“ sein, er mußte sich hinsichtlich der Nationalitätenfrage eindeutig definieren. Die weitere Entwicklung belegt überzeugend, daß dies innerhalb der separatistischen Bewegung tatsächlich stattfand. Im Januar 1919 wurde der „Bund der Oberschlesier“ gegründet. Der Geistliche Thomas Reginek, der zu seinem Generalsekretär gewählt worden war, trat jedoch nach einiger Zeit von seinem Amt zurück. Er hatte einsehen müssen, daß die meisten anderen Funktionäre eine pro-deutsche Orientierung vertraten. Der Bund bestand weiter, aber die separatistischen Ideen fanden nicht mehr den Widerhall und erlangten nicht mehr die Bedeutung, die sie Ende Dezember 1918 besessen hatten.

Ein zentrales Problem der Autonomiebewegung lag in dem Konflikt zwischen Polen und Deutschland. Ähnlich wie in Galizien scheiterte der Regionalismus in Oberschlesien an zwei konkurrierenden und gewaltsamen Nationalismen. In gewisser Wei-

---

<sup>40</sup> Ebenda, S. 87. Weiter als die angenommenen Resolutionen gingen frühere Autonomieprojekte des Zentralen Volksrates in Breslau und der Zentrumspartei in Schlesien. Vgl. EDMUND KLEIN: Rada Ludowa we Wrocławiu. Centralna Rada dla prowincji śląskiej [Der Volksrat in Breslau. Der Zentralrat für die Provinz Schlesien], Warszawa, Wrocław 1976, S. 219 f.; LESIUK (wie Anm. 7), S. 132.

<sup>41</sup> WOLFGANG SCHUMANN: Oberschlesien 1918/1919. Vom gemeinsamen Kampf deutscher und polnischer Arbeiter, Berlin 1961, S. 167.

<sup>42</sup> KLEIN: Rada Ludowa (wie Anm. 40), S. 221.

se könnte man aber auch behaupten, daß der integrale Nationalismus und die Ansprüche der neugegründeten Nationalstaaten Polen und Tschechoslowakei Auslöser für das Entstehen des oberschlesischen Regionalismus waren. In Reaktion auf die Besitzansprüche der Nachbarstaaten beharrte die regionale Bewegung auf der Integrität der Region und wehrte sich gegen die Teilungspläne. Hinzu kam zum einen die von Berlin eingeführte laizistische Gesetzgebung der Trennung von Staat und Kirche, die vor allem unter polnischsprachigen Katholiken Widerstand hervorrief und regionalen Politikern separatistische Programmatik lieferte. Zum anderen verschärften die sozial und wirtschaftlich schlechten Bedingungen die Angst an der relativ stabilen Peripherie vor Zerrüttungen, die vom Zentrum übergreifen könnten.

Deutschland, Polen, die Tschechoslowakei und die Alliierten lehnten die Idee eines weiteren Freistaats, wie es ihn schon in Danzig gab, strikt ab. Der politische Regionalismus in Oberschlesien war den intransigenten Verhandlungspartnern dieser Nationalstaaten unterlegen. Weder Warschau noch Prag machten der oberschlesischen Separatismusbewegung Zugeständnisse, und in Deutschland kooperierten die nationalstaatlichen Akteure aller Parteien mit den Gegnern des regionalen Separatismus in Breslau. Als dann die Reichsregierung die Trennung von Staat und Kirche zurücknahm und Katholiken in die örtliche Verwaltung zu berufen versprach, welche die Verhältnisse in Oberschlesien kannten und Polnisch sprachen, war das Ende der Bewegung besiegelt. Die „Breslauer Beschlüsse“ führten dazu, daß der wichtigste Partner der Separatisten, die katholische Kirche, ihre Unterstützung einstellte. An dem Beispiel des oberschlesischen Regionalismus werden somit die Rolle der Religion und die Abhängigkeit regionalistischer Ideen von den Einwirkungen des nationalstaatlichen Umfelds grundsätzlich deutlich.

*Aus dem Polnischen von Jürgen Hensel*

# Transylvaniam: A Politics of Wise Balance? Minority Regionalism in Interwar Romania (1918-1940)

von

Zsuzsanna T ö r ö k

“To be Hungarian only – is a parody. Because ‘to be Hungarian only’ means that we correspond to that image which is in circulation. This is a suicidal mistake. The good patriot, I think, continually changes the country with each breathtaking, and therefore himself and his nation. Now it is different to be Hungarian than at the beginning of the paragraph – to exaggerate a little.” *Péter Esterházy*<sup>1</sup>

The emergence of interwar Hungarian regionalism in Romania was the consequence of the geopolitical changes after World War I. It was initiated in Transylvania, a region with a complex ethno-linguistic and religious structure, including Romanians, Hungarians, Germans, Jews, Ukrainians, Roma and Serbs.<sup>2</sup> Similar to other regional movements developing in ethnically and confessionally mixed regions, it was built around the difficult task to harmonize local ethno-cultural interests with those of other nationalities (and confessions) from the region. In the context of consecutive Hungarian and Romanian nation-building politics before and after World War I, Romanian, German and Hungarian regionalists in Transylvania had been facing this dichotomy since the late 19<sup>th</sup> century. On the one hand, there had been the utopia of Transylvania as a “democratic Eastern Switzerland”, national supremacy pursued in political practice, on the other. Looking at the successive phases of Hungarian regionalist attempts in interwar Transylvania (in short, Transylvaniam), I will look at the way how its advocates balanced national allegiances to Hungary and local solidarity in the framework of the newly established Romanian state.

In contrast to grass-roots regionalisms, Transylvaniam was engendered by external political events. Its origin is inseparable from the dissolution of the Habsburg Monarchy after World War I, and the annexation of the Eastern Hungarian regions to Romania, including Transylvania. Here the former titular nation became a national minority. Their regionalist claims emerged simultaneously with the political self-under-

---

<sup>1</sup> PÉTER ESTERHÁZY: Függetlék a Kis Magyar Pornográfiához [Appendix to the Little Hungarian Pornography], in: Írások, ed. by IDEM, Budapest 1994, pp. 59-80, p. 77.

<sup>2</sup> Over half of the population was Romanian, who constituted 53.8 percent of the population in 1910. They were overwhelmingly rural (59.7 percent of the whole rural population and only 19.7 percent of the urban dwellers from Transylvania), whereas Hungarians, Germans and Jews formed 88.5 percent of the region’s urban population. See IRINA LIVEZEANU: Cultural Politics in Greater Romania. Regionalism, Nation Building and Ethnic Struggle, 1918-1930, Ithaca, London 1995, p. 135.

standing as a distinct ethno-national entity within the Romanian state and culturally participating in the Hungarian core nation. The regionalists advocated alternative minority politics that featured claims of territorial and administrative decentralization vis-à-vis institutionalization of minority rights.

Transylvaniam manifested itself successively in two phases, first in the political field, and later as a cultural political strategy. In the political phase, it rested on turn-of-the-century federalization proposals. Its advocates claimed regional self-government for Transylvania, and hoped to achieve it in cooperation with regional German and Romanian parties. But as the nationwide political landscape solidified in Romania, local interests became marginalized. Moreover, the regionalists were increasingly identified with Hungarian particularism and tacit revisionism. Finally, as the new constitution in 1923 defined Romania as a unitary nation state, the political regionalist aspirations of Transylvaniam became untenable.

The second phase began after the mid-twenties, with a stronghold among Transylvanian urban, middle-class intellectuals. Their circle, named after the mythological mountain of artistic inspiration *Helikon*, was a social club and informal literary institution, gathering authors of various political backgrounds. The *Helikonists* founded a publishing house (*Erdélyi Szépművés Céh* [Guild of Fine Arts, 1924-1944]) and the journal *Erdélyi Helikon* (Transylvanian Helikon, 1928-1944). Examining the Transylvaniam stance in the socio-cultural context, its ideological relevance for the interwar Hungarian minority becomes an important question. To what extent was this ideological option compatible with local demands, as well as with the political expectations of their mentors in revisionist Hungary? The propositions of Transylvaniam were relevant as a continuous search for balance and self-adaptation to antagonistic national loyalties that I consider emblematic for the East European national minorities since 1918. The strategy of the *Helikonists* was featured by the intention to accommodate diverging (and conflicting) ethno-cultural and political interests as long as it was possible amidst the radicalizing nationalisms of the 1930s.

### The Obscurity of Transylvaniam: Approaches and Definitions

What was Transylvaniam, the conceptual and ideological pendant of the regionalist claims? It was not a unified response, rather a multitude of divergent positions shared predominantly by Hungarians and much less by Romanians or Transylvanian Saxons. Transylvaniam was characterized by a strong regional note, linked to the democratic ideal of cultural pluralism. It postulated the existence of a distinct “Transylvanian psyche” based on the regional Hungarian, Romanian and Saxon historical tradition.<sup>3</sup> Its history has been divided into two distinct periods, an initial political one from

---

<sup>3</sup> GYÖRGY NAGY: A kezdeti transzilvanizmusról. Eszmetörténeti vázlat [About the early Transylvaniam. An outline of intellectual history], in: *Korunk* 32 (1973), pp. 1652-1658, p. 1654; ZSOLT K. LENGYEL: Auf der Suche nach dem Kompromiß. Ursprünge und Gestalten des frühen Transsilvanismus 1918-1928, München 1993 (*Studia Hungarica*, 41), p. 14.

1918 to 1928, the year of the first publication of the *Erdélyi Helikon*. This event is considered to be the beginning of the second, 'literary or aesthetic' phase.<sup>4</sup>

Transylvaniam has been predominantly viewed as a political ideology<sup>5</sup>, but the phenomenon was too heterogeneous and divergent to qualify as such. In the mid-eighties Gusztáv Láng considered it a specific form of "Hungarian national consciousness", generated by an "identity crisis" after the collapse of the Habsburg Monarchy after World War I and the dismemberment of Hungary.<sup>6</sup> In this "utopian world-vision" the region became not only the surrogate of the "lost" state, but also the pendant to a progressive ethno-cultural self-understanding for minority Hungarians. Influenced by the left-progressive critique on the nationalizing policy during the decades of Austro-Hungarian Compromise (1867-1918), and the federalist reform proposals of the civic radical thinker and politician Oszkár Jászi, its "post-national consciousness" promised the critical reevaluation of the past. In Gusztáv's interpretation, Transylvaniam was an effort to prove that minorities were morally and politically superior to self-centered majorities.

Éva Cs. Gyímesí rejected the "identity crisis" argument. She argued that the phenomenon was created par excellence by the political crisis of 1918 that left national identity unaffected. She regarded the "spontaneous ideology-production" as an attempt to reconcile the conflict between the sudden loss of status and the putatively stable cultural-linguistic affiliation of Transylvanian Magyars. Gyímesí insisted on the pathological nature of this "quasi-ideology". Instead of looking for pragmatic solutions to the minority status, (the latter defined in terms of complete loss of political and cultural power, legal and jurisdictional chaos, isolation and diasporisation as a result of Romanian repression) Transylvaniam veiled the crisis with regionalist rhetoric. Making a virtue out of necessity, it replaced the negative emotional charge of "Transylvanian minority", by filling it with positive options, that is, "specific Transylvanian values".<sup>7</sup> Gyímesí's skepticism expressed the resignation of the minority intellectual exposed to chauvinistic state nationalism of the 1980's. The Transylvaniam assertion of a self-sufficient minority culture was rejected on the ground that it defended intellectual provincialization and ghettoization and was read as a symptom of the historical dead end.

In the early nineties, Zsolt K. Lengyel further explored the ideological aspect of Transylvaniam. In contrast to the previous perspectives, focusing on the manifestation

---

<sup>4</sup> LENGYEL (see footnote 3), p. 21; BÉLA POMOGÁTS: A transzilvanizmus. Az Erdélyi Helikon ideológiája [Transylvaniam. The ideology of the Erdélyi Helikon], Budapest 1983, pp. 193-206.

<sup>5</sup> LENGYEL (see footnote 3); POMOGÁTS (see footnote 4); ÉVA CS. GYÍMESÍ: Gyöngy és homok. Ideológiai értékjelképek az erdélyi magyar irodalomban [Pearl and sand. Ideological value symbols in the Transylvanian Hungarian literature], in: Honvág a hazában, ed. by IDEM, Budapest 1993; GUSZTÁV LÁNG: Egy önmeghatározás tanulságai. Jegyzetek a transzilvanizmusról [The lessons of a self-definition. Notes on Transylvaniam], in: Kortárs 33 (1989), 8, pp. 89-100.

<sup>6</sup> LÁNG (see footnote 5), p. 90.

<sup>7</sup> GYÍMESÍ (see footnote 5), p. 54.

of Transylvaniam in the cultural realm, he followed its dynamics in politics. Unlike his earlier research that had primarily dealt with the late 1920s and the 1930s, he turned to the decade preceding this period. He addressed Transylvaniam as an expression of integration deficit of the region within Romania.<sup>8</sup> He related the regionalist self-image of the Transylvanist intellectuals to demands from the early 1920s for decentralization and self-administration.

Lengyel documented how Transylvaniam failed to evolve into a unified political program not so much due to its own inadequacy but because of the centralizing government's unwillingness to compromise. This was made evident in 1923 by the new constitution that defined Romania as unitary nation state. In Lengyel's opinion, the cultural stage of Transylvaniam after the political fiasco was merely the perpetuation of the autonomy idea "past the censorship", but without the potential of becoming the basis of a political agenda.

The perspectives on Transylvaniam referred to above do not exhaust the list of canonized interpretations. Nevertheless, they represent the most elaborated critical approaches to the phenomenon. They consider Transylvaniam an ideological construct, of which the political relevance faded rapidly, and degenerated into a self-deceptive game of minority intellectuals. Evaluating Transylvaniam in terms of its political success, its history was indeed a failure. But judging a historical phenomenon from the way it ended blurs its relevance in the contemporary context. I suggest considering Transylvaniam as a "political stance", shared by minority intellectuals "caught between the mutually antagonistic nationalism"<sup>9</sup> of the Hungarian and Romanian states. Transylvaniam is intriguing not in terms of its political consequences, but as a centrist liberal stance. The principle of ethno-cultural openness that lay at its core was instrumental in the search for balance between national and regional allegiances in a hostile political environment. Maintaining the idea of regional distinction, the Transylvanists hoped to assert themselves as a distinct voice in the Hungarian cultural sphere (with its center in Budapest) and to defend minority interests against the nationalizing Romanian cultural politics.<sup>10</sup>

### Political Antecedents: Emergence of the Minority Stance in Greater Romania

The politics of interwar Romania to integrate administratively the incorporated provinces and the ethno-socially divided population were not necessarily welcome on re-

---

<sup>8</sup> LENGYEL (see footnote 3), p. 29.

<sup>9</sup> ROGERS BRUBAKER: *Nationalism Reframed. Nationhood and the National Question in Europe*, Cambridge 1996, p. 60.

<sup>10</sup> I do not consider Transylvaniam a spontaneous gesture, as earlier monographers, like Béla Pomogáts suggests, but as a political attitude. The rationality of the Transylvanist stance, its constructed nature has not been emphasized in the earlier writings, although the socio-cultural meaning of its 'minority humanism' can be grasped only as a political deliberation, that became dysfunctional as soon as the minority status of the Northern Transylvanians temporarily ceased during World War II.

gional level. Establishing a centralized public administration, a nation-wide public school system, and unifying the economy and agriculture occasionally generated friction between the state and the local Romanian elites.<sup>11</sup> Nevertheless, the ethnic minorities, especially the former urban elites of the new provinces, were among the most disadvantaged. Hungarian grievances presented to the League of Nations concerning Romanian nation building policies (especially school and agrarian reforms<sup>12</sup>) demonstrate that minority status was perceived as a foreign state's self-imposition upon them.

The demand for minority rights emerged simultaneously with initiatives of preserving regional autonomy vis-à-vis the nationalizing center.<sup>13</sup> The pursuit of "double decentralization" was articulated differently by the two dominant factions of the Hungarian National Party (Országos Magyar Párt, OMP). The conservative, older political elite considered regional autonomy instrumental in maintaining (or restoring) the political continuity with the core nation.

But the integration of the larger, mostly rural population into minority politics required new policies as well. This necessity was largely responsible for the emergence of an internal opposition. The less visible group of "activists" to whom two protagonists of Transylvaniamism belonged, the ex-politician Miklós Bánffy<sup>14</sup> and the populist-democrat Károly Kós<sup>15</sup>, demanded the establishment of an autonomous infrastructure in order to preserve the minority's social and cultural integrity.<sup>16</sup> Their strategy appropriated partly the reform proposals of Oszkár Jászi, who, attempting to save the integrity of the Hungarian state in the last decades of the war, proposed a cantonal administrative structure that respected the ethno-linguistic boundaries of the Transyl-

---

<sup>11</sup> IRINA LIVEZEANU (see footnote 2), pp. 71-47.

<sup>12</sup> See CATHERINE DURANDIN: A román nép története [The history of the Romania people], trans. Noémi Saly et al., Budapest 1998, pp. 236 f.; IMRE MIKÓ: Huszonkét év. Az erdélyi magyarság politikai története 1918 dec. 1-től 1940. aug. 30-ig [Twenty-two years. The political history of the Transylvanian Hungarians from 1<sup>st</sup> December 1918 until 30<sup>th</sup> August 1940], Budapest 1941, pp. 303 f.

<sup>13</sup> LENGYEL (see footnote 3), p. 389. The details of the legal and political integration of the region were a hotly debated issue. Shocked by the "flood" of judges from Regat, who were unfamiliar with the Transylvanian legal system, the Hungarian specialists demanded constitutional guarantees for the recognition of regional differences "to secure the individual development of this territory for the benefit of the state and ourselves". The same worries accompanied the administrative and economic centralization. See Mire vezet a királyságbeli bírák beözönlése? [Where leads the invasion of judges from Regat?], in: *Ellenzék*, 17.01.1922, p. 3.

<sup>14</sup> Count Miklós Bánffy von Losoncz (1873-1950), politician, writer, artist, minister of foreign affairs of Hungary in 1919-1926. Of Transylvanian origin, in 1926 he returned home, acquired Romanian citizenship. Mentor of the *Erdélyi Helikon*.

<sup>15</sup> Károly Kós (1883-1977), architect, artist, writer, editor. Co-director of the *Erdélyi Szépművés Céh*, editor of the *Erdélyi Helikon* between 1932-1942.

<sup>16</sup> NÁNDOR BÁRDI: A romániai magyarság kisebbségpolitikai stratégiái a két világháború között [Political strategies of Romanian Hungarian minority between the two World Wars], in: *Régio* 5 (1995), pp. 32-67.

vanian population. Following his plan of “total administrative and cultural autonomy” for Transylvania within the framework of a “free, democratic Eastern Switzerland”, the progressive faction of the OMP sought regional self-administration in cooperation with Transylvanian Germans and Romanians.

The political pamphlet *Kiáltó Szó* [Calling Word] combined the demand for national self-organization with references to regional solidarity in the name of the distinct Transylvanian collective identity and history. Two co-authors of the pamphlet, Árpád Paál and István Zágoni, called for the establishment of minority-based legal and political institutions to facilitate regional Hungarian self-government, acquisition of national funds, public use of the Hungarian language, and education in the mother tongue. Károly Kós’s subjective account of Transylvanian history referred to the latent autonomy of the region during the decades of the Compromise:

“The old Hungary does not exist any more, but Erdély, Ardeal, Siebenbürgen, Transsilvania, or whatever its name should be, was resurrected and exists, just as it existed when we did not believe it, because we believed only in Hungary.”<sup>17</sup>

The reference to a putative Transylvanian identity implied that coercive nationalizing politics were not only unjust but also ineffective. The author pleaded for a regionalist third way, capable to protect Transylvanian Hungarian interests, either until a peaceful border revision or until a more democratic political system was established in the undefined future: “We have to prepare for the advent of the universal democracy.”<sup>18</sup>

The appeal to regional political solidarity against Bucharest failed to attract both the German and the Romanian counterparts. Especially the hopes for cooperation with the Romanian regionalist National Party had to be abandoned, even if the Transylvanian Romanian press sympathized to some extent with the political goals of the minority.<sup>19</sup> Most Romanian opponents of centralization, who feared the corrupt “politicianism” of Bucharest<sup>20</sup> and the limitations on the institutional autonomy of the Uniate Church (a branch of the Eastern Orthodox church that accepted union with Rome in the 17<sup>th</sup> century, forming thereby the Uniate or Greek Catholic denomination),

---

<sup>17</sup> KÁROLY KÓS: *Kiáltó szó Erdély, Bánság, Körösvidék és Máramaros magyarságához* [Calling Word to the Hungarians of Transylvania, Banat, Crişana and Maramureş], in: *Kiáltó szó. A magyarság útja. A politikai aktivitás rendszere*, ed. by KAROLY et al., Cluj 1921, p. 3.

<sup>18</sup> Cit. by ERNŐ LIGETI: *Súly alatt a pálma* [Palm under weight], Budapest 1942, p. 59. This was another hint to Jászi’s argument against the dismemberment of Hungary, and the advocating of national self-government as a politically safer order. He pleaded for economic and cultural self-administration of Transylvania’s “three nations”, whose democratic alliance would have made the region equally “free” in relation to Hungary and Romania. See OSZKÁR JÁSZI: *Magyar kálvária, magyar feltámadás. A két forradalom értelme, jelentősége és tanulságai* [Revolution and Counter-Revolution in Hungary], Vienna 1920, p. 64.

<sup>19</sup> *Központosítás vagy regionalizmus?* [Centralization or regionalism?], in: *Ellenzék*, 15.02.1922, p. 1; *A városi autonómiáról* [About urban self-government], in: *Ellenzék*, 17.01.1922, p. 3; LENGYEL (see footnote 3), pp. 144-155.

<sup>20</sup> “Politicianism” was a Romanian term with which Transylvanians referred pejoratively to the political practice in the Old Kingdom and in Bucharest in particular.

were avid promoters of national homogenization. They criticized the nationalizing policies for the inefficient Romanization of Transylvania.<sup>21</sup>

Romanian authorities opposed both Hungarian and Romanian regionalism. The politics of centralization not only refuted the federalization plans of the Hungarians, but also did not tolerate any regional, ethnic or religious issue considered divisive. After 1920, mainstream political opinion labeled cultural and political regionalism as irredentist, chauvinistic, separatist and ultimately directed against the state.<sup>22</sup> The Transylvanian Romanian literary journal *Cele Trei Crisuri* was attacked since cultural and political regionalisms were “just two sides of the same coin” that hindered the work of national unification. Moise Nicoară from the People’s Party dismissed the Romanian novelist Ion Agarbiceanu for writing “trivial prose”.

“We took firm action against political regionalism, the isolationist scope of which would attempt to block the circulation of our national strength. How would we not reject this miserably narrow intellectual regionalism that enters the service of the destroyed borders, so that under the label ‘Made in Transylvania’ ... it expresses banality, mediocrity and triviality.”<sup>23</sup>

The new Constitution of Romania, passed in 1923, put an end to the debate by proclaiming a “united, national and undivided state”. The establishment of centralized administrative politics impeded not only the regionalist attempts, but made any form of local self-government impossible. Regionalism became a marginal issue in the agenda of the Hungarian political elite as well, whose main activity became the defense of minority rights – on the whole Romanian territory.<sup>24</sup>

## Reshaping the Public Sphere

The debates on decentralization were part of a vivid discussion on reestablishing the Transylvanian public sphere after the war. The early 1920s witnessed a burgeoning regional press. Since the import of Hungarian books and newspapers was prohibited during the first two years after the union, public interest increased in local sources of information. The exiled civic-radical, social democrats or communist intellectuals of the democratic revolution of 1918 in Budapest often made a living as correspondents of provincial newspapers, and introduced higher professional standards into the Transylvanian newswriting.<sup>25</sup> Paradoxically, the detachment of provincial Transylvania from its former center contributed to regional cultural emancipation.

---

<sup>21</sup> LENGYEL (see footnote 3), p. 392.

<sup>22</sup> NICOLAE ARDELEANU: Înfrângirea regionalismului cultural [Defeating cultural regionalism], in: *Țara Noastră* 3 (1922), pp. 179-183.

<sup>23</sup> MOISE NICOARĂ: Orizonturile literaturii regionaliste [The horizons of regionalist literature], in: *Țara Noastră* 3 (1922), pp. 335-339, p. 335.

<sup>24</sup> BÁRDI (see footnote 16), p. 37.

<sup>25</sup> HUBA MÓZES: A Keleti Újság és az irodalom [Keleti Újság and literature], in: *Nyelv-és Irodalomtudományi Közlemények* 22 (1978), 2, pp. 123-136.

A recurrent theme in the early 1920s was the urgency of restructuring the public sphere, viewed as a means of political defense against Romanian nationalizing policy. Minority status was diagnosed as the coercive detachment from the former national center. Therefore, reestablishing the cultural, religious, charity and economic associations and social clubs, suspended in 1919, became a significant action since they were now considered the “bastions” of minority society and culture.<sup>26</sup>

The awareness of provinciality and the sense of disorientation in the new state made minority intellectuals seek for cultural models.<sup>27</sup> Often these were found in the historical past. The Calvinist bishop Sándor Makkai pointed out that Transylvanian Hungarians lacked moral maturity that bound the individual to the national community. Contrary to the fin-de-siècle modernism of “decadent” Budapest, he appealed to the moral ideals of the more traditional Transylvania of the past.<sup>28</sup> Others questioned altogether the legitimate existence of a Transylvanian intellectual milieu separate from Budapest, and maintained that it had to be reintegrated into the larger Hungarian orbit.<sup>29</sup> The emphasis on transborder ethno-cultural continuity with the core nation created a common base for contrasting opinions. The shared national culture was considered to reunite what politics had separated. It became a surrogate of politics.

The minority policy of the League of Nations encouraged informal cultural exchange between the Diaspora and their patron states. The League purported to safeguard the rights related to language, education and cultural activity of European national minorities. The treaty-bound successor states were required to grant their minorities the right to establish their own charitable, religious and social institutions, schools and educational establishments.<sup>30</sup> Civic self-organization was encouraged to

---

<sup>26</sup> Some of the many examples: GYULA WALTER: Irodalmi társaságok [Literary societies], in: Pásztortűz (September 1921), pp. 308-309; KÁROLY RASS: Erdélyi magyar akadémia [Transylvanian Hungarian Academy], in: Pásztortűz (1922), pp. 152-153; ISTVÁN SÜLYOK: Az aradi Kölcsey-Egyesület mozgalmához [To the movement of the Kölcsey Association from Arad], in: Magyar Kisebbség, 1.10.1922, pp. 81-87.

<sup>27</sup> A few examples: LAJOS BÉRCZY: Az erdélyi irodalom válsága [The crisis of the Transylvanian literature], in: Ellenzék, 18.06.1922, p. 9; ENDRE ANDOR: Jegyzetek a társadalmi és kulturintézményeink küzdelméhez [Notes on the struggle of our cultural institutions], in: Magyar Kisebbség II, 1.01.1923, pp. 30-33; MIKLÓS MESKÓ: A dévai Magyar Nemzeti Kaszinó ügye [The cause of the Hungarian National Casino], in: Magyar Kisebbség II, 1.04.1923, pp. 265-271.

<sup>28</sup> Sándor Makkai (1890-1951), Protestant bishop, professor, member of the parliament, and professor of theology, was one of the most influential intellectual founding fathers of Transylvanism. He resigned in 1936 and settled in Debrecen, Hungary, where he taught at the Academy of Protestant Theology. SÁNDOR MAKKAJ: Az erdélyi magyar irodalom kérdése [The question of the Transylvanian Hungarian literature], in: Pásztortűz (1921), pp. 589-593.

<sup>29</sup> ÁRPÁD BUDAY: Erdélyi Magyar Tudományos Akadémia [The Transylvanian Hungarian Academy of Science], in: Pásztortűz (September 1921), p. 410.

<sup>30</sup> INIS L. CLAUDE, Jr.: National Minorities. An International problem, New York 1969, p. 19.

increase self-protection and international cooperation<sup>31</sup>, and contributed to reestablishing ties between the minorities and their external homelands. By the mid-twenties, the minority policies of Budapest were based on “cultural unity” with Hungarians abroad.<sup>32</sup>

### Institutionalization of Transylvanism

Minority culture and language became a political issue. The opening headline of the *Erdélyi Szépmíves Céh* publishing house, founded in 1924 by Imre Kádár, Károly Kós, Ernő Ligeti, István Zágoni, Árpád Paál, and József Nyirő, made the political significance of minority art and literature explicit:

“Among every art the most important is literature [...] It is indispensable, educative, the prerequisite and fosterer of culture. In our minority fate it is even more important. It is almost the only means of defense and promoter [...] of our national language, culture, that is, of our national consciousness; it is the main pillar of our national life. The political changes stopped our literary life with one blow. We can start it again only from the roots.”<sup>33</sup>

It was also an appeal to the political sentiments of the reading public, since six years after the union the Transylvanian literature was still in need of self-legitimization. Between 1919 and 1925, public taste was still focused on Budapest, while the best-known Transylvanian authors were hardly known at home.<sup>34</sup>

In 1926 the *Helikon* literary circle was established. Throughout its existence until 1944, it remained an informal gathering of writers, poets and columnists. In 1928,

---

<sup>31</sup> ARTÚR BALOGH: A kisebbségek kérdése, mint világprobléma [The minority question as an international Problem], in: Pásztortűz (September 1921), pp. 353-358.

<sup>32</sup> The coordinator of the governmental support for Transylvania stated: “The Paris peace treaties did not tear apart our national integrity, that is, our cultural unity. On the contrary, they guaranteed for the integrity racial, national, religious minorities. If we demand from the states, where one third of the Hungarian nation lives, not to enhance any legal or governmental decision that would jeopardize the national culture and language of our brethren, we could not be charged with irredentism or intervening into their domestic affairs. Nobody could doubt the legitimacy or loyalty of our requests referring not only to the protection but also the cultural, economic and statistical growth of our co-nationals.” BENEDEK JANCsó: A magyar társadalom és az idegen uralom alá került magyar kisebbség sorsa [Hungarian society and the fate of the Hungarian minority under foreign domination], in: Magyar Szemle 1 (1927), pp. 50-57, p. 57.

<sup>33</sup> Erdélyi Szépmíves Céh, Cluj 1926. Cit. by ILDIKÓ MAROSI: A Helikon és az Erdélyi Szépmíves Céh levelesládája [The letterbox of the Helikon and the Erdélyi Szépmíves Céh], Bucharest 1979, pp. 9-10.

<sup>34</sup> In Marosi's account, the number of the subscribers to the limited edition copies was 1924: 130 persons; 1926: 320; 1927: 344; 1928: 556 persons in Romania and 50 persons abroad; beginning with 1931 the number decreases, 480 subscribers abroad; 1935: 225 persons; 1937: 190; 1938: 188; 1940: 200; 1941: 198 persons. The numbers indicate a small size enterprise with outspokenly reduced Transylvanian interest. MAROSI (see footnote 33), p. 12.

they launched the literary monthly *Erdélyi Helikon*. The informal yearly gatherings of the circle, the *Helikon Days*, were a forum of discussions on the policies of the journal and the publishing house. Many debates initiated at the *Helikon Days* were discussed at large on the pages of the journal.

The fiction published by the *Céh* and the literary debates appearing in the *Erdélyi Helikon* reflected Transylvanist positions. These defined the region as a distinct cultural-historical unit that positioned the literary community towards the external homeland. Vis-à-vis Budapest, they claimed emancipation, the recognition of the region not only as a provincial tag but as a distinct entity with its own history, even more advanced, more liberal and more cosmopolitan than the former.

The first issue of the *Erdélyi Helikon* poetically formulated these claims by juxtaposing two antagonistic conceptual poles, the particularity of regionalism and the universality of European culture: “Transylvanistism is world-observer peak, no sight-narrowing provincialism.”<sup>35</sup>

“Minority exists only in politics, in literature and culture it is universality itself. It is able to preserve and defend its national values only in the broad perspective of universal culture. Only in this way it is able to contact other literatures and civilizations, and this way it can be part of the cultural homeland.”<sup>36</sup>

This liberal conception of the minority culture was the essence; the “Transylvanian idea” united intellectuals of different political opinions in the sphere of artistic creation. The “spiritual orchestra above politics”<sup>37</sup>, as the Helikonists saw themselves, brought together personalities such as the civic radical Jenő Szentimrei, with the Calvinist bishop Sándor Makkai, the avant-garde Dániel Nagy, the neo-romanticist Domokos Gyallai, or the expressionist Áron Tamási and the conservative politician Count Miklós Bánffy, who were all members of the Helikon club.

The informal cultural politics of the Helikon circle, initiated in the leisurely salon atmosphere, attracted the attention of the literary press in the Hungarian capital. Prominent personalities of the cultural establishment of Budapest took positions on the new institutionalization of the minority literature. The distinct Transylvanian position was acknowledged – but only as part of the larger national entity. The Transylvanists’ claims to esthetic and moral universalism were received with a mixture of hope and reservation:

“Those who experience most intensively the relation between Man and Nation have the greatest chance to reach to the roots of the fate of contemporary Humankind; and those, whose particularity has become their existential problem, can reach to the roots of the cultural crisis. And here is the hope for the small literatures to make important and inspiring contributions now, when the larger ones [i.e. national; TZs] are hardly able to do so.”<sup>38</sup>

---

<sup>35</sup> Lajos Áprily, in: *Erdélyi Helikon* 1 (1928), p. 1.

<sup>36</sup> ALADÁR KUNCZ: Tíz év [Ten years], in: *Erdélyi Helikon* 1 (1928), p. 2.

<sup>37</sup> LIGETI (see footnote 18), p. 84.

<sup>38</sup> MIHÁLY BABITS: Európaiság és regionálizmus [Europeanism and regionalism], in: *Erdélyi Helikon* 1 (1930), pp. 3-6, 3.

## Historical Fiction – the Fiction of History

The conservative reaction in Budapest and at home was less favorable. It criticized the modernist-universalistic stance of Transylvaniam as the influence of the decadent West. The latter was considered detrimental to the purity of national values, even more dangerous than provinciality. For the conservatives in Budapest, nothing was safe from Romanian cultural assimilation that deviated from the harmony with the core culture. László Ravasz, repatriated Transylvanian Calvinist bishop, even accused the Transylvanists for engendering a “literary schism” that would be fatal since “Transylvania lacks the ancient binding force”.<sup>39</sup>

The *Helikon* authors emphasized their agreement on the topic of cultural unity across the political border. However, they did take a stance on the regional distinctiveness. They looked back at the history of the quasi-independent principality of Transylvania in the second half of the 16<sup>th</sup> and throughout the 17<sup>th</sup> century. The cultural glamour and international respect of what was later called the “Fairyland” became the reference point of Transylvanist interpretations of history. The Transylvanists’ intention to rise above the biases of national historiography and to accomplish a “wise balance between nations, religions and social classes”<sup>40</sup> led to subjective and ideological interpretations of the tradition.

Károly Kós’s *Erdély. Kultúrtörténeti vázlat* [Transylvania. An outline of cultural history]<sup>41</sup> was a unique attempt at a historical essay, reflecting the Transylvanist point of view. Kós wrote about the politically most conflict-ridden moments of Transylvanian history from the late Middle Ages through the revolution of 1848/1849 to the nationalizing politics of Hungary during the Compromise. His intention was not only to integrate the political perspective of the Saxon and Romanian historiography, but also to tell the history of the anonymous masses.<sup>42</sup> Kós even asserted that neither the 1848 ratification of Transylvania’s union with Hungary, nor its recent annexation to Romania had the approval of Romanian, Saxon and Magyar “common people”, but only of the political elites.

Gyula Szekfű, the leading historian of interwar Hungary and an authority on political journalism, was asked for a critical review. His answer, published in the *Erdélyi Helikon*, supported the argument on the separate political orientation of the 17<sup>th</sup> century Transylvanian estates. Himself a relentless critic of the political bias of late 19<sup>th</sup> century “unionist” historiography, he found Kós’s intention “a healthy reaction of the Transylvanist historical perspective”, an important subjective contribution of a lay historian. Szekfű praised the ethno-cultural tolerance underlying the writing, but he

---

<sup>39</sup> LÁSZLÓ RAVASZ: Irodalmi skizma [Literary schism], in: Keleti Újság, 29.05.1928, p. 4.

<sup>40</sup> ESTERHÁZY (see footnote 1).

<sup>41</sup> KÁROLY KÓS: Erdély. Kultúrtörténeti vázlat [Transylvania. An outline of cultural history], Cluj 1929.

<sup>42</sup> See also ANDRÁS BALOGH: Die Siebenbürger Deutschen in der ungarischen Literatur, in: Das Bild des Anderen in Siebenbürgen, ed. by KONRAD GÜNDISCH et al., Siebenbürgisches Archiv, Vol. 33, Köln et al. 1998, pp. 285-316, p. 300.

pointed out that Kós's insistence on the "Transylvanist politics", based on the "organic, inner link" between the Romanian, German and Hungarian regional traditions, lacked historical evidence. That the author of the *Outline* could not defend his views was "[...] not Kós's fault, but that of the Hungarian, Romanian and Transylvanian Saxon 'professionals', who, understandably enough, were seeking their own particularities, their national distinctive features in the past". The class ideology, reducing history to the repressive dominance of the "oligarchy" over the "poor people" was also criticized.<sup>43</sup>

Karl Kurt Klein, professor of German language and literature at the University of Iasi and editor in chief of the *Siebenbürgische Vierteljahrsschrift*, the bulletin of the *Siebenbürgische Landeskundeverein*, was even more sympathetic to the Transylvanist interpretation. The writing was considered a valuable effort, especially in contrast to the nationalist biases of many pre-war Hungarian and interwar Romanian historians: "[...] one can not deny that Kós presents convincingly the entanglement and collective participation of all Transylvanian nations in the Transylvanian fate," even if it did not stand up, as he argued, to the professional requirements.<sup>44</sup>

As illustrated above, the Transylvanian uniqueness became accepted more as a subjective account, and ideological stance, than a scientific argument. By the early thirties the conservative-centrist intellectual elite from Budapest had acknowledged the regionalist vocation in the Transylvanian art, literature, and essay writing. The claim to a distinct cultural tradition was accepted. Those Transylvanian Saxon intellectuals, who, like Klein, had a leading role in the German regional cultural institutions, proved also receptive to the Transylvanist initiative.

### The Informal Politics of Culture: German and Romanian Contacts

The cultural enterprise was announced to fulfil the needs of "spiritual self-maintenance" of the Transylvanian Hungarians. It had to be effective both in the "fight for freedom" against cultural assimilation in Romania and against provincialization and cultural dependence on Hungary. The Transylvanists rendered regional identity both as a pre-national, as well as a post-national category. On the one hand they postulated that Romanians, Germans and Magyars of the region had been distinguished by the existence of a distinct regional identity – the "Transylvanian psyche" – that neither the centralizing Dualist Hungarian state nor its successor, the nationalizing Romania, could erase. On the other hand they maintained that local loyalties transgressed the narrow exclusivity of the nation and made individuals receptive to universal human values. So regionalism was the local manifestation of ethnic tolerance, international openness, and democracy. This was the core of the "Transylvanian psyche", that is,

---

<sup>43</sup> GYULA SZEKFÜ: Kós Károly Erdélye [Károly Kós's Transylvania], in: Erdélyi Helikon 1 (1930), p. 75.

<sup>44</sup> KARL KURT KLEIN: Karl Kós: Transylvania, in: Siebenbürgische Vierteljahrsschrift 1 (1931), pp. 77 f.

the capacity to strike a balance between conflicting political loyalties, between Romanian citizenship and membership in the Hungarian culture. The image of the utopian past, as expressed most vocally by the *Outline*, was inseparable from the ideal of ethno-cultural tolerance in a period when both the Romanian and Hungarian intellectual mainstream rejected the idea of cultural rapprochement.<sup>45</sup>

The deliberation of the Helikonists had been the establishment of exchange “beyond politics” with the Transylvanian Romanian and German cultural institutions. In 1928 the *Helikon* circle joined the recently founded Romanian Pen Club, and established itself as the latter’s “minority section”.<sup>46</sup> The vice-president of the Club and later Secretary of the Ministry of Culture, Emanoil Bucuță, was a frequent guest of the *Helikon* meetings, transmitting the “brotherly regards” of Romanian writers. The ambivalence of these formal gestures reminds one of the skeptical comments of Zsolt K. Lengyel, qualifying them squarely as the “exchange of half-hearted courtesies”.<sup>47</sup> Reading the Romanian comments on Transylvaniam, the hostility, condescension and occasional suspicion, referring to the political unreliability of Transylvaniam, is evident.<sup>48</sup> Similarly, the writings are a testimony to the suppressed antipathy of several *Helikon* authors towards the Romanian cultural politics, and the xenophobic nationalism of the leading Romanian intellectuals like Lucian Blaga, Nichifor Crainic, or Octavian Goga. On the other hand, the *Erdélyi Helikon* pursued its attitude of ethno-cultural openness, facilitating the acknowledgement of the Transylvaniamists as the representatives of Hungarian minority literature in Romania. It was also the *Helikonists* and their Romanian partners who contributed to the systematization of literary translations and reviews.<sup>49</sup> This accounts for the *Helikonists*’ cautiously optimistic account

---

<sup>45</sup> See GYULA DÁVID: Román irodalom magyarul [Romanian literature in Hungarian], in: Erdélyi irodalom – világirodalom, ed. by IDEM, Miercurea Ciuc 2000, pp. 233-253, p. 236; BÉLA POMOGÁTS: Magyar-román kiegyezési kísérletek a két világháború közt [Attempts for a Hungarian-Romanian compromise in the interwar period], in: Nyugat és kelet között, ed. by IDEM, Budapest 2000, pp. 150-167, p. 151.

<sup>46</sup> See ALADÁR KUNCZ: A Pen Klub és a kisebbségi írók [The Pen Club and the minority writers], in: Erdélyi Helikon 4 (1928), pp. 245-248.

<sup>47</sup> LENGYEL (see footnote 3), p. 394.

<sup>48</sup> Attacks on the Helikonist politics were frequent, such as the one on behalf of the journal Cuvântul, who suspected covert irredentism behind the “unnatural” “allegorical” language. See ERNŐ LIGETI: Hol kezdődik a román-magyar kulturális közeledés? [Where does the Romanian-Hungarian cultural approach begin?], in: Erdélyi Helikon 10 (1931), pp. 662-665; also ZSIGMOND VITA: Transzilvánizmus a román irodalomban [Transylvaniam in the Romanian literature], in: Erdélyi Helikon 1 (1934), pp. 73-75. At the same time the Transylvaniamists were targets of both the nationalist Hungarian press for their cultural opening, as well as the left-wing journal Korunk that blamed the Transylvaniamists with middle-class exclusivity. See: Isolation of the Helikon circle, in: Az “erdélyi gondolat” tartalma és terjedelme, ed. by GÁBOR GAÁL, Korunk 12 (1928), pp. 907-910.

<sup>49</sup> The *Erdélyi Helikon* and related periodicals published continually poems, prose and essays of Romanian authors, but see also the translated volumes from Ion Luca Caragiale, Victor Eftimiu, Octavian Goga, Ion Minulescu, Ion Marin Sadoveanu, Vasile Alecsandri, as well

after a decade of intercultural initiations. By 1935 the journal achieved a certain circulation outside the Hungarian reading public. Some of the outstanding Romanian authors wrote about the Transylvanist fiction, a few journals of literature and the prestigious *Sociologia Românească* reviewed them occasionally<sup>50</sup>, and the *Fundația Regală* [Royal Foundation] in Bucharest published a translated collective volume from the work of the regionalists.<sup>51</sup> The slowly establishing exchange was abruptly cut off at the beginning of World War II. After the reattachment of Northern Transylvania to Hungary in August 1940, and the ensuing political conflict with the neighbour state, the topic of the Romanian rapprochement disappeared from the journal.

Contacts with the Transylvanian Saxon literature were facilitated by the literary journal *Klingsor* (1924-1939). With its dual focus on the multiethnic Transylvanian and the larger German literary context, the journal was a promising partner of the *Erdélyi Helikon*.<sup>52</sup> The first encounter of Saxon and Hungarian authors in 1928, with the scope to revise the historical “role of the fathers”, was followed by common reading events, banquets, mutual reviews and translations in each other’s literary supplement. Personal accounts of the *Klingsor* writers Otto Folberth, Robert Maurer and Egon Hajek on the occasion of these meetings in the late twenties expressed sympathy and openness towards the Hungarian authors, drawn closer by a shared minority status. The sensitivity of the German counterparts to a humanist conception of minority culture, which was free of political interests, was evidenced by the comments of Heinrich Zillich, the *Klingsor*’s editor in chief:

“Our [shared; TZs] specific minority position is evidenced and highlighted by the *Transylvanian thought*, which is [...] still often provincial, needs to be enlarged, intellectually polished to become efficient.”<sup>53</sup>

---

as a collection of folk ballads, in the publications of the *Erdélyi Szépmíves Céh*. *Az Erdélyi Szépmíves Céh könyvsorozata* (1925-1944), in: MAROSI (see footnote 33), pp. 302-312.

<sup>50</sup> The critical reviews of Transylvanism on behalf of Romanian authors provided opportunities of comparison with the history of Romanian regionalism during the “Ausgleich”. IMRE KÁDÁR: Új román folyóirat Erdélyben [A new Romanian journal in Transylvania], in: *Erdélyi Helikon* 4 (1930), pp. 340-341.

<sup>51</sup> In 1928 the first anthology of Transylvanian prose writers was published with the support of the Cultural Ministry. IMRE KÁDÁR: Erdélyi magyar elbeszélők románul [Transylvanian Hungarian writers in Romanian], in: *Erdélyi Helikon* 6 (1928), pp. 479-480.

<sup>52</sup> The German-Hungarian literary contacts of the second half of the twenties were not confined to the *Erdélyi Helikon*. The latter published the most translations, reviews, and essays but other journals had started the ‘tradition’, such as the *Pásztortűz*, *Erdélyi Irodalmi Szemle*, *Brassói Lapok*, *Keleti Ujság*. See JÁNOS RITOÓK: Kettős tükör. A magyar-szász együttélés múltjából és a két világháború közötti irodalmi kapcsolatok múltjából [Double mirror. From the past of the Hungarian-Saxon coexistence and the history of interwar literary contacts], București 1979; GUSZTÁV LÁNG: Intézmények, folyóiratok, törekvések. A két világháború közötti romániai magyar irodalom történetéhez [Institutes, periodicals, movements. To the history of Romanian Hungarian literature between the two World Wars], Bucharest 1971.

<sup>53</sup> HEINRICH ZILLICH: Gyávák-e az erdélyi költők? [Are the Transylvanian writers coward?], in: *Erdélyi Helikon* 1 (1930), pp. 52-54, p. 54.

Paradoxically, what the search for common features brought to the fore was the evidence of alienation: “[...] the three peoples had been aimlessly scattered by the wind of Transylvanian history and now they live one thrown next to the other.”<sup>54</sup> Since the Transylvanists did not clearly reject Hungarian revisionist politics, their political loyalty to Romania was questioned. Otto Folberth, the author of the lines above, compared the true minority ideology to a Transylvanian river, emphasizing the incompatibility between the regionalist loyalties and those towards the external homeland:

“The Olt flows through the Szekler pine woods, then touches the most beautiful Saxon villages, [...] then breaks rumbling through the peaks of Geisterwald to carry the rafts of Romanian peasants in the open valleys of Fogaras. No further. Breaking through the mountains to bind the peoples of the same country, this should be the teaching for the future Transylvanian soul. It should withdraw the attention from every border-related dream, back to the inner understanding and peace.”<sup>55</sup>

The diverging intellectual and political affiliations turned into dissent by the mid-thirties. Both the Germans and Hungarians took sides in defending the politics of their respective external homelands. The disputes that tore apart the two camps were paradigmatic to the failure of the minority intellectual elites in order to maintain neutrality in an atmosphere of radicalizing right-wing-nationalisms, Hungarian revisionism and the establishing German National Socialism.<sup>56</sup>

The Transylvanist program had an inner handicap as well. The literary exchange made it increasingly obvious that the ideological perspective alone was not enough to revise the “role of the fathers”. As pointed out earlier by Szekfű and Klein, in the absence of critical comparative analysis, that obviously surpassed the capacities of any intellectual movement, German and Hungarian writings only reverberated the nationalist clichés.<sup>57</sup> It could not but create distance and doubts began to be heard on the sincerity of a German-Hungarian rapprochement.<sup>58</sup> The Helikonists concluded in 1935 that “the official (Transylvanian) Saxon literature has detached itself from us”.<sup>59</sup>

<sup>54</sup> OTTO FOLBERTH: Die drei Durchbrüche. Eine Vision der siebenbürgischen Landschaft. Den Dichtern des Erdélyi Helikon gewidmet, in: *Klingsor* 9 (1929), pp. 321-327.

<sup>55</sup> IDEM, p. 325.

<sup>56</sup> KÁROLY MOLTER: Az elvarázsolt varázsló. Válasz Heinrich Zillichnek [The enchanted sorcerer. Answer to Heinrich Zillich], in: *Erdélyi Helikon* 6 (1934), pp. 459-453.

<sup>57</sup> See KÁROLY MOLTER, EDITH KONRADT: Identität als Dilemma. Anmerkungen zur Realitätsbildung in den Selbst- und Fremdbildern der Siebenbürger Sachsen, in: *Das Bild des Anderen* (see footnote 42), pp. 237-261; GYULA DÁVID: Három erdélyi elbeszélő emberképe [Human images by three Transylvanian writers], in: *Erdélyi irodalom* (see footnote 45), pp. 138-183. Among the publications of the *Céh*, there is one poem known that addressed critically the historical responsibility of the Transylvanian Hungarian nationalists. BALOGH (see footnote 42), pp. 302 f.

<sup>58</sup> See footnote 51, also BALOGH (see footnote 42), p. 304.

<sup>59</sup> A tizedik helikoni találkozó jegyzőkönyve. Marosvécs, 1935 [The protocol of the tenth Helikon meeting. Brincovenesti, 1935], in: MAROSI (see footnote 33), Vol. II, pp. 48-66, 57. Nevertheless the political alienation was not irrevocable and personal exchanges of friendly

## Budapest and the Periphery

By the late thirties the Transylvanist centrist-liberal approach lost its appeal. The economic crisis and the rise of right-wing nationalism contributed to the fading of inter-ethnic solidarity, which was replaced by ethnocentric identification with the external political homeland. Criticized from the left, the right, and even by the young generation, the “literary parliament” found itself trapped in its own political vocation. The new generation of minority intellectuals, socialized already as minority, rejected the stance of ethno-cultural tolerance. Their first political priority became national self-organization instead of ethno-national consensus.

The narrow Transylvanian market did not absorb the literary production of the regionalists, who increasingly became dependent on commissions from Hungary. By the middle of the 1930s personal changes took place in the editorial board of the *Helikon* and the *Céh* that left an impact on the ideological orientation of the two literary enterprises. The moral universalism and the ethno-cultural tolerance were replaced by a tacit nationalist-conservative course as the Transylvanists established themselves as part of the Hungarian cultural mainstream in Budapest. At book fairs in Budapest, the artistic display of the bibliophile editions by the *Erdélyi Szépmíves Céh* became a cultural event, attended and supported by the political prominence.<sup>60</sup>

The political adaptation corresponded with the increasing orientation towards the Hungarian literary market. Since 1928, the publishing house contracted with publishers from Budapest for the distribution of the *Céh* books in Hungary. After several changes, it was taken over by the Révai Brothers Corporation, the prestigious publisher of national classics and the 21-volume *Révai Nagy Lexikona* (Révai Encyclopedia). Its executive director, Kálmán Lantos, recognized the market potential of the crafty decoratively bound Transylvanian books in Hungary and started an advertising offence.<sup>61</sup> The nationalist propaganda of Gyula Gömbös’ regime in the mid-thirties was the background upon which the nostalgic Transylvania-image was cast, emphasizing its “pure Hungarianness” and “heroic struggle for existence” of its people. “Through its literature Transylvania is talking to us, uncovers the bleeding wounds of her hearts, shouts soundlessly her woes in our ears, looks at us with eyes burning of the tears shed; Hungarians, do love Transylvania!”<sup>62</sup> This was the rhetoric of the national campaign around the books from Transylvania, including those of the *Céh*. Its

---

gestures continued until the re-annexation of Northern Transylvania in 1940. Then the widespread anti-German feeling in Hungary was articulated in the as well, the thesis of cultural opening yielded to the one of cultural isolation, so that by 1943 *the Erdélyi Helikon* disclaimed its own ideology. See KÁROLY KÓS: A szászok és mi [The Saxons and us], in: *Erdélyi Helikon* 10 (1935), pp. 617-619; ISTVÁN SZABÓ: Erdélyi Szászok és magyarok [Transylvanian Saxons and Hungarians], in: *Erdélyi Helikon* 2 (1943), pp. 114-119.

<sup>60</sup> ZSUZSA FRISNYÁK: Az “Erdély-üzlet” működése Magyarországon. Az Erdélyi Szépmíves Céh [The Transylvanian business in Hungary. The Transylvanian Szépmíves Céh], in: *Századok* 126 (1992), 2, pp. 173-201, p. 182.

<sup>61</sup> *Ibid.*, p. 178.

<sup>62</sup> *Erdélyi Figyelő* 7 (1937), p. 7. Quote from *ibid.*, p. 173.

phrasing was not exclusively the creation of the revisionist propaganda of the Gyula Gömbös administration. Some of its elements, like the uniqueness of the “Transylvanian psyche”, referred to the more authentic, more traditional, and from Western decadence uncorrupted regional mores originated from the Transylvanist debates. Themes from the already successful novels of Károly Kós, Sándor Makkai and Áron Tamási<sup>63</sup>, and the poetic rendering of the landscape were recycled into tear-shedding clichés.

The Révai publications were distributed through agents based on an installment plan. Subscribers ordered yearly series involving nine to ten books, according to the capacity of the Transylvanian publisher. For a greater effect, Kálmán Lantos founded the circle *Erdélyi Helikon Magyarországi Barátai* [Erdélyi Helikon’s Friends in Hungary], for whom the *Erdélyi Figyelő* [Transylvanian Observer, 1937-1938] was published. The logic of the campaign was simple: through the purchase of books, the subscribers were supposedly serving a patriotic cause. The effect of the advertising campaign led to a large demand for the *Helikon* literature. In 1937, the number of the subscribers in Hungary reached almost 20 000 persons and 1000 institutes, mostly high schools.<sup>64</sup> Their social background reveals that the most frequent buyers of the Helikon books were middle-class and petty bourgeois: teachers, high school professors, medical doctors, low-ranking ministerial staff, the main targets and supporters of the right-wing nationalist propaganda and border revision with Romania.

Why did the Transylvanists conform to their manipulated public image in Hungary? The answer should be sought partly in the changes of the external political circumstances in the late 1930s and the co-optation of the Helikon authors for the re-emerging Hungarian revisionism and its aggressive and sentimental rhetoric. Furthermore, the most talented writers found their own publishers, more lucrative than the humble royalties paid by the *Céh*, who became increasingly dependent on the cultural market in Hungary. While in Budapest and other larger towns a politically motivated (and incited) interest in the Transylvanist fiction increased by the end of the thirties, it failed to attract a large public at home.<sup>65</sup> The disinterest of the Transylvanian public towards fiction published by the *Céh* was in striking contrast with the nation-saving and patriotic promises of the Transylvanist literature. As argued by the literary historian and critic Elemér Jancsó, the regionalist stance and its political implications remained the preoccupation of a select circle of middle-class intellectuals:

“The decisive influence of literature on real life was exaggerated not only by the Transylvanian writers but also by the fans of ‘Transylvanist’ in Budapest. This gave birth to the false conception that the fate of the Transylvanian Hungarians was not tragic since there was a large literary production and a rich intellectual life. This idea is even more popular as

---

<sup>63</sup> KÁROLY MOLTER: Visszapillantás az Erdélyi Szépmíves Céh egyévi könyvtermelésére [Review of the last year’s book publication by the Erdélyi Szépmíves Céh], in: Erdélyi rozsdá Tanulmányok, esszék, tárcák, cikkek [Transylvanian rust. Studies, essays, feuilletons, articles], ed. by IDEM, Marosvásárhely 2000, pp. 139-147.

<sup>64</sup> FRISNYÁK (see footnote 60), p. 183.

<sup>65</sup> ELEMÉR JANCÓSÓ: Az erdélyi magyarság irodalmi élete 1918-tól napjainkig [The literary life of the Transylvanians from 1918 until today], in: Nyugat 4 (1935), pp. 283-298, p. 296.

the success of the Transylvanian writers grows in Budapest. But those who take a closer look can see that literature is the cause of a few hundreds. [...] The great Hungarian ‘masses’ and the ‘whole Transylvanian Hungarian nation’, mentioned so often by writers and politicians, does not have the slightest idea about their ‘own’ ‘independent’ intellectual life.”<sup>66</sup>

## Conclusion

The history of Transylvanism, the *Erdélyi Szépmíves Céh* and the “literary parliament” was neither a success story nor a failure. Its informal strategies, pursued by minority intellectuals, attempted to balance the antagonistic nationalisms of their two reference states. In the initial phase Transylvanism was able to address a relatively large circle of authors with different political orientations. After a decade of consolidation, however, the limitations of the minority ideology and its dependence on politics, respectively, came to the fore.

In the phase of institution building, cultural Transylvanism proved effective. It filled the intellectual vacuum that the collapse of the Habsburg Monarchy left in the local Hungarian cultural sphere. The emphasis on local values and sensitivities, as well as the literary exchange with Transylvanian Germans and Romanians, contributed to regional self-assertion vis-à-vis Budapest, the formerly undisputed center of Hungarian culture. The regionalist ideology was critically received in Hungary. The revisionist policies did not favor particularistic regional efforts. The critics of Transylvanism disapproved of the ideological reinvention of the past and the lacking professional basis of the Transylvanist utterances. The politically deteriorating climate of the thirties, the rise of the radical right made the liberal stance of Transylvanism untenable. The contacts with Hungary as well as Transylvanian Germans and Romanians revealed that in the context of increasingly exclusive nationalisms, the democratic idea of cultural pluralism could not be defended.

Nevertheless, the *Erdélyi Helikon* did play a role as a cultural channel between the different cultural milieus. Its reviews on the Romanian intellectual life show an increasing familiarity with its main institutions and authors. Unfortunately this contact ceased after the new border changes and the institutional reintegration of the Northern half of Transylvania to Hungary during World War II. The cultural reorientation towards Budapest was reflected in the attitude towards the Transylvanian Germans as well. By 1942 the Transylvanist statement on cultural exchange, the basis of minority humanism, gave place to condemnation of the “Saxon isolationism”. In the circumstances of the new-old national dominance, Transylvanism as a political stance and an informal strategy of cultural politics was discarded.

---

<sup>66</sup> IDEM, p. 297.

# „Die Hiesigen“ (Tutejsi/Tutejšyja) – Regionales Bewußtsein im polnisch-weißrussischen Grenzraum

von

Hans-Christian T r e p t e

## Einleitung

Aus der räumlichen und zeitlichen Distanz, der „Time-space-distanciation“, sollen die Wechselwirkungen von Weltgeschehen und Region, von ethnischer Gruppe und Nation, von Sprache und Dialekt in einer besonderen (kulturellen) Übergangsregion im polnisch-weißrussischen Grenzraum am Beispiel der „Hiesigen“ (Tutejsi/Tutejšyja) betrachtet werden.<sup>1</sup>

Die in polnischen und russischen Quellen vor allem im 20. Jahrhundert Erwähnung und zunehmende Aufmerksamkeit findende ethnische Gruppe der „Hiesigen“ (Tutejsi/Tutejšyja) nimmt – geographisch, kulturell und sprachlich gesehen – eine Sonderstellung im östlichen Europa ein. Bereits seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts hatten sowohl Russen als auch Polen immer wieder versucht, ihnen ihre eigene nationale Identität aufzudrücken, sie zu russifizieren bzw. zu polonisieren. Ein anonym er weißrussischer Autor des 19. Jahrhunderts hatte die Zwischenstellung der „Hiesigen“ zwischen beiden Ländern, Völkern, Kulturen und Sprachen, die insgesamt wohl auf ganz Weißrußland und die Weißrussen zutrifft, wie folgt charakterisiert: „Unser Land ist nicht polnisch, ist nicht russisch, sondern erobertes Land.“<sup>2</sup>

Polnische Wissenschaftler, die im Gebiet der „Hiesigen“ 1995/96 empirische Feldstudien betrieben, nannten diese Region „terra incognita“, bezeichneten sie als ein „Niemandland“ zwischen den Sprachen, Kulturen und Ethnien.<sup>3</sup>

Die Diskriminierung, Unterdrückung und Ermordung der Weißrussen in zahlreichen Kriegen, Aufständen und Katastrophen wurden von Vertretern des polnischen Exils wie Józef Mackiewicz und Barbara Toporska, die sich für eine neue Ostpolitik Polens gegenüber den östlichen Nachbarvölkern einsetzten, in ihrer Tragik und in ih-

---

<sup>1</sup> Vgl. dazu ANTHONY GIDDENS: *Consequences of Modernity*, Stanford 1990.

<sup>2</sup> ALEXANDER ANTIPENKA: *Today's Belarusian (Surviving the Ethnicity Crisis)*, in: *Stereotypes and Nations*, hrsg. von TERESA WALAS, International Cultural Centre Cracow, Cracow 1995, S. 97.

<sup>3</sup> MAREK ŚLIWIŃSKI, WALERY CZEKMAN: *Białoruś: ziemia niczyja?* [Weißrußland: Ein Niemandland?], in: *Obóz* nr. 30, Warszawa 1996, S. 19-33.

rem Überlebenskampf unter anderem mit dem Schicksal der nordamerikanischen Indianer und ihrer Kulturen und Sprachen verglichen.<sup>4</sup>

Die „Hiesigen“ leben im östlichen Grenzland der nach der dritten Teilung von der Landkarte verschwundenen Polnischen Adelsrepublik (Rzeczpospolita Obojga Narodów) bzw. im Osten der in der Zwischenkriegszeit von 1919 bis 1939 bestehenden Zweiten Polnischen Republik (II. Rzeczpospolita). Vom russischen Standpunkt aus gesehen gehörte ihre Region zu den ehemaligen westlichen Provinzen des Russischen Reiches bzw. zu „West-Weißrußland“ (Zapadnaja Belarus'), dem heutigen Staatsgebiet der Republik Weißrußland, Belarus. Eine andere Bezeichnung für diese ca. 80 000 Quadratkilometer große Region im Flußgebiet des Pripjat (Pripjet) und seiner zahlreichen Nebenflüsse, die auch in den westlichen Sprachen, wie beispielsweise im Englischen oder Deutschen Verwendung findet, ist Polesje oder Polesie/Polesien.

### Die Spezifika der Nationsbildung im polnisch-weißrussischen Grenzraum

Infolge der im Vergleich mit Mittel- und Westeuropa verspäteten Ausbreitung und geringen Aktivität der Nationalbewegungen in den sprachlich, ethnisch und kulturell gemischten östlichen Grenzgebieten Polens legte sich die Mehrzahl der Bewohner dieses Gebietes bis weit in das 20. Jahrhundert und zum Teil bis heute sprachlich, kulturell und national nicht fest. Oft lehnten sie diesbezüglich eine eindeutige Zuordnung kategorisch ab. Dabei handelt es sich nicht um eine besondere, womöglich „verspätete“ Form der Nationsbildung oder kulturellen Renaissance, wie sie beispielsweise den Kaschuben, den Masuren oder auch den Schlesiern häufig bescheinigt wird. Vielmehr geht es hier um eine besondere Form des Verharrens in der regionalen Identität.<sup>5</sup> In der Polnischen Adelsrepublik gab es zwar für nicht-polnische Adlige eine besondere Form der eigenen Identitätsbestimmung, wie beispielsweise für die Litauer mit der Formel *gente Lithuani, natione Polonii*. Ein entsprechendes weißrussisches Pendant fehlte allerdings bzw. ging in der polnischen Bezeichnung *ruski, Ruś* im Sinne von (ost)slawisch<sup>6</sup>, d.h. in der heutigen Bedeutung von ukrainisch und weißrussisch auf. Die Bauernschaft artikulierte keine über die Region hinausgehende nationale, sprachliche oder kulturelle Identität. Nur wenige Vertreter der weißrussischen nationalen Bewegung – sie kamen zum größten Teil aus dem katholischen Kleinadel – hatten vage Vorstellungen von der altweißrussischen Sprache und Literatur. Ausnahmen bil-

---

<sup>4</sup> BARBARA TOPORSKA, JÓZEF MACKIEWICZ: *Polityka polska wobec Białorusinów* [Die polnische Politik gegenüber den Weißrussen], in: Dies.: BARBARA TOPORSKA: *Droga Pani* [Sehr geehrte Frau], London 1984.

<sup>5</sup> Vgl. dazu MARIA WANDA WANATOWICZ: *Odrodzenie narodowe na Śląsku i Mazurach pruskich* [Nationale Wiedergeburt in Schlesien und im preußischen Masuren], in: *Kultura wobec kręgów tożsamości*, hrsg. von TERESA KOSTYRKO und TADEUSZ ZOŁKA, Poznań, Wrocław 2000, S. 171-189. Vgl. auch JERZY SAMP: *Odrodzenie kulturowe Kaszubów i powstanie literatury w języku kaszubskim* [Die kulturelle Wiedergeburt der Kaschuben und die Entstehung einer Literatur in kaschubischer Sprache], ebenda, S. 191-206.

<sup>6</sup> Im östlichen Grenzland der polnisch-litauischen Adelsrepublik.

deten der in weißrussischer und polnischer Sprache dichtende Uładzislau Syrakomla / Władysław Syrokomla (1823-1862) und nach ihm der größte weißrussische Dichter des 19. Jahrhunderts und Begründer der modernen weißrussischen Literatur, Francišk Bahuševič / Franciszek Bahuszewicz (1840-1900). Letzterer wurde aufgrund seiner „nationalistischen“, der Eigenständigkeit des weißrussischen Volkes dienenden Aktivität von der zaristischen Verwaltung verurteilt, flüchtete ins galizische Krakau und schrieb dort unter dem Synonym Maciej Buraczok seine wichtigsten Werke.

Der weißrussischen Nationalbewegung wurde international kaum Interesse geschenkt, sie wurde zumeist als eine innerrussische Angelegenheit betrachtet. Eine Ausnahme bildete Polen, nicht zuletzt auch wegen des aus der Geschichte der Adelsrepublik herrührenden alten territorialen Anspruchs auf diese Gebiete. Die Aktivitäten der aus dem kulturellen Grenzraum stammenden und in der weißrussischen Historiographie als „paczynalniki“<sup>7</sup> bezeichneten Initiatoren oder Pioniere einer polnisch-weißrussischen Literatur zwischen den polnischen Aufständen von 1830 und 1863 hatten mit ihrem demonstrativ zur Schau gestellten polnischen Nationalgefühl zumeist zu einer weiteren Isolation und Abgrenzung des weißrussischen Ethos von den im ehemals polnischen Grenzland aufkommenden Nationalismen, zu einem Verharren im „Hiesigen“ beigetragen. Ebenso wie die Mehrzahl der Bauernschaft in Zentralpolen hatten sich auch die weißrussischen, „hiesigen“ Bauern nicht an den großen romantischen Aufständen der polnischen Adligen, der „Herren“ (Panowie), vor allem am Januaraufstand von 1863 beteiligt.<sup>8</sup> Das Verharren, ja der Rückzug in die regionale Identität der „Hiesigen“ verstärkte sich weiter, insbesondere nach der Niederlage des polnischen Aufstandes von 1863, durch nunmehr verstärkte russische Unterdrückungsmaßnahmen gegen die „polnischen Umtriebe“, die sogenannte „polnische Intrige“, und die sich angeblich als Polen ausgebenden Russen (polakujuščie russkie). Des Weiteren fehlte es an einem die nationale Bewegung einigenden religiösen Element, das weder in der orthodoxen noch in der katholischen Kirche vorhanden war.

Erst nach 1904/05 kam es im zaristischen Machtbereich gegenüber der weißrussischen Bewegung zu einer gewissen Liberalisierung, die mit antipolnischen Aktivitäten einherging. Erste, oft anonyme weißrussische Veröffentlichungen konnten nunmehr legal erscheinen.

Die weißrussische nationale Bewegung erlebte nach 1915 einen kurzzeitigen Aufschwung. Die deutschen Besatzungsbehörden gestatteten – im Unterschied zu den zaristischen – die Gründung von Schulen mit Weißrussisch als Unterrichtssprache. Unter deutscher Besatzung konnten auch in offiziellen Bezeichnungen und Dokumenten die nationale Zugehörigkeit und die Sprache mit „weißrussisch“ angegeben werden. Doch bereits im Jahre 1919, nach der Besetzung weiterer Gebiete des heutigen Weiß-

---

<sup>7</sup> Vgl. dazu: Paczynalniki. Z historyka literaturnych materyjala u XIX st. [Paczynalniki. Aus der Geschichte literarischer Stoffe im 19. Jahrhundert], bearb. von H. W. KISIAŁOU, Minsk 1977.

<sup>8</sup> PIOTR ŁOSSOWSKI, ZBIGNIEW MŁANARSKI: Rosjanie, Białorusini i Ukraińcy w powstaniu styczniowym [Russen, Weißrussen und Ukrainer im Januaraufstand], Wrocław 1959. Vgl. dazu auch STEFAN KINIEWICZ: Powstanie styczniowe [Der Januaraufstand], Warszawa 1963, S. 416 f.

rußlands durch Polen, wurden die weißrussischen Schulen von den polnischen Behörden wieder geschlossen. Im erstandenen polnischen Staat gab es, die Kommunisten einbegriffen, keine einzige politische Kraft, die die Existenz eines weißrussischen Volkes anerkannt hätte. Statt dessen wurden die Weißrussen zumeist als schlecht polnisch sprechende Polen angesehen. Mit der Gründung der Weißrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik sollte von russisch-sowjetischer Seite der polnische Einfluß eingeschränkt und zurückgedrängt werden. Im Jahr 1933 wurde dann als deutliches Zeichen gegen die polnische Vorherrschaft die weißrussische Schrift russifiziert.

Trotzdem erwiesen sich die „Hiesigen“ im Verlauf des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts gegenüber den Polonisierungs- und Russifizierungsbestrebungen weitgehend resistent. Während des Ersten Weltkrieges sowie im Polnisch-Sowjetischen Krieg von 1919/20 war ihre Haltung gegenüber den Polen von Gleichgültigkeit, zeitweise auch von Feindseligkeit geprägt. Daran änderte auch der Friedensvertrag von Riga (1921) nur wenig, als infolge der neuen Grenzziehungen zwischen der Sowjetunion und dem polnischen Staat die „Hiesigen“ – zumindest laut polnischer Verfassung – zu gleichberechtigten Staatsbürgern der Unabhängigen Zweiten Polnischen Republik wurden.

Generell war es als „Hiesiger“ leichter zu sagen, wer oder was man nicht war, als sich auf eine eindeutige nationale und kulturelle Identität festzulegen. Dieser Schwebezustand zwischen der polnischen nationalen Identität im Westen, der russischen im Osten, der litauischen im Norden und der ukrainischen im Süden spiegelt sich nicht zuletzt im Eigenbild der „Hiesigen“, aber auch zahlreicher Weißrussen als „people in between“, als „weder-noch-Menschen“, weder Polen noch Russen, noch Litauer oder Ukrainer wider. „We were a part of Lithuania, a part of Russia. Our history is theirs. Their symbols are ours“, zitiert die in Washington, D.C. geborene Herausgeberin des *Spectator* und Korrespondentin des *Economist* Anne Applebaum in ihrem Buch „Between East and West. Across the Borderlands of Europe“ einen Weißrussen im Jahr 1994.<sup>9</sup> Der aus dem östlichen Grenzland stammende polnische Schriftsteller Jerzy Stempowski verweist in seinen Essays über die verlorenen östlichen Gebiete darauf, daß die Weißrussen im Unterschied zu ihren Nachbarn generell keine Identifikationsfiguren wie beispielsweise große Herrscher und Könige besitzen. Des weiteren hätten sie auch keinen eigenen, national- und kulturbewußten Adel wie etwa die Polen oder Litauer, nicht einmal national motivierte Rebellen und Aufständische wie die ukrainischen Kosaken. „Ihre Geschichte“, schreibt Stempowski, „war eine Geschichte sich abwechselnder Besatzungen, von Gewaltherrschaft und Unterdrückung und befand sich in einem Schlafzustand, und die beiden Adels-Nationen der Rzeczpospolita Obojga Narodów, die Litauer und Polen waren kaum bereit, die von den Weißrussen vorgetragenen Ansprüche ernst zu nehmen.“<sup>10</sup> Im Unterschied zur bäuerlichen Masse der „Hiesigen“ war die weißrussische Intelligenz mehrsprachig. Viele ihrer Vertreter besaßen eine bipolare oder sogar multiple Identität, mit deren Hilfe sie sich wech-

---

<sup>9</sup> ANNE APPLEBAUM: *Between East and West. Across the Borderlands of Europe*, New York 1994, S. 169.

<sup>10</sup> JERZY STEMPOWSKI: *Bibliothek der Schmuggler*, Hamburg 1998, S. 44.

selnden historischen, sozialen und kulturellen Bedingungen und Herrschern anpassen konnten. Die Wahl der Sprache, die sie offiziell verwendeten, beruhte dann fast immer auf einer freien Option und richtete sich nach den gewählten Adressaten.

Der Begriff der „Hiesigen“ selbst geht auf zwei in den Jahren 1921 und 1931 in der Zweiten Polnischen Republik durchgeführte Volkszählungen zurück, war aber auch in der Volkssprache des Polnisch-Weißrussischen Grenzlandes verbreitet. Beide benachbarten Nationalbewegungen, die weißrussische und die polnische mit Hilfe des Staates, versuchten aus dieser Gruppe loyale Anhänger der eigenen Nation zu formen. Oft wurde die Bezeichnung „tutejšyja“ verallgemeinernd auf alle Menschen in Weißrußland übertragen, die kein ausgeprägtes Nationalgefühl besaßen. Der Zensus von 1921 hatte gezeigt, daß aus rein „konjunkturellen Gründen“ eine große Zahl von Nichtpolen für die polnische Nationalität optiert hatte. Zahlreiche Weißrussen, Juden und Ukrainer hatten Polnisch als ihre Muttersprache angegeben. Die Mehrheit der Bevölkerung in Polesje hatte 1921 unter der nach der nationalen Zugehörigkeit fragenden Rubrik jedoch „swój język“ (eigene Sprache), „po naszymu“ (unsere Sprache) oder „tutejszy“ (hiesige Sprache) angegeben.<sup>11</sup> Im Zensus von 1931 wurde deshalb im Gegensatz zu 1921 auf die Frage nach der Nationalität verzichtet, um Unklarheiten und erneute Streitfragen wie bei der Interpretation der Ergebnisse von 1921 zu vermeiden. Statt dessen wurden zwei „ethnische Kategorien“ verwendet, die Religionszugehörigkeit (wyznanie religijne) und die Muttersprache (język ojczysty) mit dem erläuternden Zusatz „die am nächsten stehende Sprache“ (język najbardziej bliski sobie).<sup>12</sup> Die vor allem auf dem Land lebende und sich auf keine ethnische und kulturelle Zugehörigkeit festlegende Bevölkerungsgruppe machte dabei mit 61,6% die Mehrheit der Gesamtbevölkerung der polnischen Wojewodschaft Polesien/Polesje aus und wurde in den Statistiken sowie in offiziellen polnischen Dokumenten als „Poleszucy“ (Polesjer) oder „Tutejsi“ (Hiesige) und in russischen als „Polischtschuki“ oder „Poleschtschuki“ ausgewiesen.<sup>13</sup> Die tatsächliche Situation stellte sich allerdings weitaus komplizierter dar. Diese Erhebungen unterschieden nicht zwischen orthodoxen und katholischen „Hiesigen“, zwischen orthodoxen Polen und katholischen und evangelischen Weißrussen, und auch die allgemein verbreitete Zwei- bzw. Mehrsprachigkeit fand keine entsprechende Berücksichtigung.

---

<sup>11</sup> JERZY BORZĘCKI: Issues of Language and National Identity in the Population Censuses of the Polish Russian Borderlands: Reexaminations and Comments, in: *The Polish Review* 44 (1999), 1, S. 39.

<sup>12</sup> Vgl. dazu *Kwestia narodowościowa w programie drugiego powszechnego spisu ludności Rzeczypospolitej Polskiej: Wywiad z Generalnym Komisarzem Spisowym p. Dr. Rajmundem Bulawskim* [Die nationale Frage im Programm der zweiten allgemeinen Volkszählung: Interview mit dem Generalkommissar des Zensus, Herrn Dr. Rajmund Bulawski], in: *Sprawy Narodowościowe*, Bd. 1, 1932, S. 3; JERZY TOMASZEWSKI: *Ojczyzna nie tylko Polaków: Mniejszości narodowe w Polsce w latach 1918-1939* [Eine Heimat nicht nur für Polen: Nationale Minderheiten in Polen in den Jahren 1918-1939], Warszawa 1985, S. 32 ff.

<sup>13</sup> Vgl. dazu: *An Ethnohistorical Dictionary of the Russian and Soviet Empires*, hrsg. von JAMES S. OLSON, London, 1994, S. 537.

Der beste polnische Kenner dieser Problematik, Jerzy Borzęcki, verweist zum Beispiel auf ein polnisch-weißrussisches Dorf in der Nähe von Białystok, in dem 1931 festgestellt wurde, daß sowohl katholische als auch orthodoxe Christen kein nationales Bewußtsein besaßen. Während sich die Orthodoxen zum ruthenischen, das heißt zum Glauben der Rus bekannten und sich auch selbst als „ruthenisch“ bezeichnen (nazywają siebie ruskimi), besaßen die Katholiken ihren „polnischen Glauben“ und bezeichneten sich selbst als „polnisch“ (nazywają siebie polskimi).<sup>14</sup> Viele der Hiesigen sprachen zu Hause ihren Dialekt, während sie im offiziellen Umgang und in der Kirche die dem jeweiligen Adressaten bzw. der Glaubensrichtung entsprechende Sprache, d.h. Polnisch, Weißrussisch oder Russisch verwendeten. Das Votum für die polnische Sprache im Zensus von 1931 läßt sich somit zum einen auf politische Erwägungen, zum anderen auf die Zweisprachigkeit zurückführen. Die Entscheidung für das Polnische könnte aber auch wegen des höheren Prestiges, das die polnische Sprache genoß, gefallen sein, da ein solches Bekenntnis eine Aufwertung der eigenen Stellung in der polnischen Gesellschaft ermöglichte und zweifelsohne einer (weiteren) Karriere förderlich war.<sup>15</sup> Die Beibehaltung der besonderen regionalen Identität wurde bei den „Hiesigen“ durch die geographische Isolation in den häufig überschwemmten Ebenen, in den Sumpf- und Mooregebieten des Pripjat, aber auch durch die weitgehende wirtschaftliche Autarkie ermöglicht. Kontakte mit der Außenwelt, z.B. über den Handel, wurden fast immer über „Mittlerpersonen“ abgewickelt, die zumeist keine „Hiesigen“, sondern Juden, aber auch Polen oder Russen waren. Diese spezifische, freiwillig gewählte Isolation machte es den „Hiesigen“ möglich, ihre ethnisch-kulturelle Eigenart, ihre Folklore, ihre heidnischen Riten und Bräuche sowie ihren Dialekt (gwara poleska) über die historischen und gesellschaftlichen Veränderungen hinweg zu bewahren. Sie widersetzten sich weitgehend nationaler Bevormundung, ohne aber selbst eine nennenswerte Autonomiebewegung hervorzubringen. Diese Tatsache ist vor allem auf das Fehlen einer entsprechenden Elite zurückzuführen. Nach dem Abschluß einer höheren Bildung an einem Gymnasium oder an einer Hochschule kam es infolge des Akkulturations- und späteren Assimilationsdrucks zu einer Option für die eine oder andere nationale Identität, so daß Intellektuelle „hiesiger“ Herkunft fast immer in der polnischen, der russischen oder der weißrussischen Kultur und Sprache aufgingen und das „Hiesige“ auf die Bauernschaft beschränkt blieb.

Es gibt allerdings Hinweise darauf, daß nach 1991 in der Region der „Hiesigen“ eine separatistische Bewegung im Entstehen begriffen war, die eine Autonomie von

---

<sup>14</sup> BORZĘCKI (wie Anm. 11), S. 45, Anm. 73.

<sup>15</sup> Ein ähnlicher Prozeß konnte während der deutschen Besetzung im Zweiten Weltkrieg beobachtet werden, als „polnische Hiesige“ sich als katholische Polen bezeichneten, weil die orthodoxen „Hiesigen“ und Weißrussen sowohl von den deutschen Besatzern als auch von den polnischen Soldaten der „Heimatarmee“ (Armia Krajowa) pauschal beschuldigt wurden, Kommunisten zu sein. Vgl. dazu SOKRAT JANOWICZ: *Ojczyństwo. Białoruskie ślady i znaki* [Das Heimatliche. Weißrussische Spuren und Zeichen], Olsztyn 2001, S. 222.

Minsk forderte.<sup>16</sup> Die bereits erwähnte amerikanische Publizistin und Schriftstellerin Anne Applebaum berichtet von Bestrebungen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der zaghaft beginnenden demokratischen Wende in Weißrußland, für Polesien und seine Bewohner gewisse autonome Sonderrechte einzufordern. Vertreter dieser Autonomiebewegung versuchten, die Herkunft der „Hiesigen“ von einem alten keltisch-germanischen Stamm, den „Jatwigen“ abzuleiten, der angeblich in Polesien bis ins neunte Jahrhundert geherrscht habe. Mit Hilfe dieser Genealogie sollte nicht nur die eigene „westliche“ Herkunft demonstriert und genealogisch abgeleitet, sondern auch eine deutliche Abgrenzung von den anderen Slawen vorgenommen werden.<sup>17</sup> Weißrußland gehört zu jenen slawischen Ländern, in denen die eine eigene Nationalbewegung erst Ende des 19. bzw. Anfang des 20. Jahrhunderts aktiv wurde, also fast ein Jahrhundert später als beispielsweise bei den Tschechen oder Serben. Die „Hiesigen“ blieben selbst davon jedoch weitgehend unberührt. Dabei fühlte sich vor allem die ländliche, bäuerliche Bevölkerung als „Örtliche“ oder „Hiesige“ und wehrte sich gegen die nationale, sprachliche und kulturelle Bevormundung der polnischen „Panowie“ wie auch der „Großrussen“.<sup>18</sup>

Mit der „nationalen Renaissance“ ging u.a. der Druck von Büchern in weißrussischer Sprache einher, der bis 1905 verboten gewesen war. Die in den zwanziger Jahren von Lenin in der Sowjetunion betriebene Politik der „korenizatsija“, der nationalen Verwurzelung des kommunistischen Systems, schien seinerzeit die Weißrussen vor einer totalen Assimilation durch Rußland und das Russische bewahrt zu haben. In den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts ersetzten weißrussische Nationalisten den Begriff „Weißrusse“ – wohl auch wegen seiner großen Nähe zur Bezeichnung „Russe“ – durch „Kryvičan“, den Namen eines alten slawischen Stammes. Außerdem wurden die amtierenden russischen bzw. jüdischen Kommissare durch nationale weißrussische ersetzt, „nationale“ Universitäten gegründet, die weißrussische „Nationalliteratur“ gefördert und Zeitungen und Bücher in der Nationalsprache publiziert.

Doch bereits am Ende des Jahrzehnts wurde die kurzzeitige nationale Renaissance mit der Aufhebung der nationalen Selbstverwaltungen zugunsten der zentralistischen Herrschaft durch Stalin gewaltsam beendet und Russisch erneut zur „offiziellen“ Sprache erhoben. Von nun an bekämpften die stalinistischen Machthaber schonungslos jegliche Form eines „nihilistischen Nationalismus“. Die nationale Intelligenz wurde deportiert oder vernichtet, was katastrophale Folgen nach sich zog: 1989 gab es in der weißrussischen Hauptstadt Minsk keine einzige Schule mehr, deren Unterrichtssprache Weißrussisch war. Die verstärkte Polonisierungspolitik der polnischen Regierungen in der Zwischenkriegszeit, die Polnisch zur einzigen Amtssprache des Landes machen wollten, hatte auch in den seinerzeit zu Polen gehörenden Gebieten zum weitgehenden Verschwinden des Weißrussischen geführt.

---

<sup>16</sup> Vgl. PIOTR EBERHARDT: *Przemiany narodowościowe na Białorusi* [Nationale Veränderungen in Weißrußland], Warszawa 1994, S. 156 und 159. Vgl. auch STEFAN MATUNIUK: *Jeszcze jeden naród* [Noch eine Nation], in: *Polityka*, Nr. 32 (1993), S. 19.

<sup>17</sup> APPLEBAUM (wie Anm. 9), S. 181.

<sup>18</sup> MARCEK KOSMAN: *Historia Białorusi* [Geschichte Weißrußlands], Wrocław 1979, S. 257.

Im September des Jahres 1939 begann auch in den zur Zweiten Polnischen Republik gehörenden Gebieten des heutigen Weißrußlands die sowjetische Gewaltherrschaft, die eine weitreichende Entnationalisierung anstrebte. Es wurde im Rahmen der Kategorie des „Sowjetmenschen“ experimentiert, und tatsächlich gelang es, in Weißrußland eine Form des „homo sovieticus“ zu schaffen. Die besondere Entwicklung des weißrussischen Volkes bewegte den polnisch-weißrussischen Schriftsteller Sokrat Janowicz dazu, die Weißrussen zu den Kolonialvölkern zu zählen.<sup>19</sup> Das Nationalbewußtsein, zumeist Ergebnis kritischer Perzeption der umgebenden Wirklichkeit von Ländern, Staaten, Regionen, ethnischen und kulturellen Gruppen als Fremde bzw. als der Andere, war in Weißrußland generell unterentwickelt. Lediglich ein Fünftel der Bevölkerung konnte sich das Weißrussische bewahren.

Während sich nach dem Untergang der Sowjetunion in anderen ehemaligen Republiken und Regionen lang unterdrückte Nationalismen in gewalttätigen Kämpfen und Kriegen zwischen einzelnen ethnischen Gruppen entluden, blieb Weißrußland davon weitgehend verschont. Die in den von polnischen Wissenschaftlern 1996 in der Ukraine, in Litauen und in Weißrußland durchgeführten Feldstudien zur nationalen und kulturellen Identität wurden von 25% der Bevölkerung mit der Begründung abgelehnt, daß die Fragen auf Sympathien und Aversionen gegenüber anderen Völkern und Kulturen abzielten und offene „nationalistische Leidenschaften“ erweckten. Die Weißrussen seien hingegen im Geiste des proletarischen Internationalismus erzogen worden. Allein die Verwendung des Weißrussischen und nicht des Russischen disqualifizierte die Befragenden in den Augen der lokalen Bevölkerung als „weißrussische Nationalisten“, da sie nicht in dem regionalen Dialekt sprachen, sondern sich einer ungewohnten Sprache bedienten („potomu shto vy havorite tak, jak my ne havorym“). Die Ergebnisse der Studie bestätigen die freiwillige Isolation und Selbstexklusion der regionalen Gruppe der „Hiesigen“. Die weißrussische Hoch- bzw. Literatursprache wurde nicht als ein Faktor angesehen, der die nationale und kulturelle Identität weitgehend bestimmt.

Die Herausbildung des weißrussischen Nationalbewußtseins gestaltet sich mühsam und ist bis heute nicht abgeschlossen. Gründe dafür liegen u.a. im Fehlen eines nationalen Bildungswesens, das fast vollständig russifiziert worden war. Nationalkultur und Nationalsprache waren auf die Ebene folkloristischer Besonderheiten im Rahmen einer sowjetischen Identität und Kultur reduziert worden. Die für die weißrussische Sprache und Kultur zentrale Bauernschaft hatte sich infolge von Industrialisierung und Migration immer mehr aufgelöst und begonnen, einen russischen oder sowjetischen Lebensstil zu übernehmen. Ein autochthones weißrussisches Bürgertum war nicht entstanden.

Eine Ausnahme bilden bis heute die „Hiesigen“ in ihrer geographischen und kulturellen Isolation.<sup>20</sup> Der polnisch-weißrussische Schriftsteller Sokrat Janowicz charakte-

---

<sup>19</sup> JANOWICZ (wie Anm. 15), S. 120 f.

<sup>20</sup> Vgl. dazu K. JASIEWICZ: Kształtowanie się narodu białoruskiego [Die Herausbildung der weißrussischen Nation], in: Europa nieprowincjonalna. Przemiany na ziemiach wschodnich dawnej Rzeczypospolitej (Białoruś, Litwa, Łotwa, Ukraina, wschodnie pogranicze III

risierte dieses bis heute anhaltende Dilemma wie folgt: „In Belarus wird um den Erhalt der nationalen Identität gekämpft, genauer gesagt geht es darum, eine Agonie der weißrussischen Kultur nicht zuzulassen. [...] Wir kämpfen darum, daß das Weißrussische in irgendeiner Form überhaupt am Leben gehalten wird, wenn es sein muß am Wegesrande, aber nicht tot in einem marmornen Grab mit einem vergoldeten Epitaph.“<sup>21</sup>

## Das Verhältnis von Nationalsprache und regionalen Dialekten

Das Weißrussische, das sich bereits an der Wende des 13. zum 14. Jahrhundert herausgebildet hatte, spielte im Großfürstentum Litauen sowie in den östlichen Grenzregionen der Polnischen Adelsrepublik eine wichtige, kommunikativ-vermittelnde Rolle, die im Laufe der Geschichte – nicht zuletzt durch forcierte Polonisierung und Russifizierung – wieder verloren ging. Heute ist nicht mehr Weißrussisch, sondern Russisch die „lingua sacra“ des Landes, im westlichen und nördlichen Teil von Weißrußland teilweise noch das Polnische. Ein Weißrusse zeichnet sich heute dadurch aus, daß er Russisch spricht, russischsprachige Zeitungen liest, eine äußerst begrenzte Vorstellung von der eigenen Nationalgeschichte und Kultur hat, russische Fernsehprogramme anschaut und in die russisch-orthodoxe Kirche geht.<sup>22</sup> Das weißrussische nationale Selbstbewußtsein ist sehr gering, vor allem in der Hauptstadt Minsk und in den anderen großen Städten des Landes. Soziologische Studien zeigen, daß in Minsk nur noch etwa zwei Prozent der Bevölkerung das Weißrussische zu Hause und in der Öffentlichkeit verwenden. Dabei setzt sich die Bevölkerung der weißrussischen Hauptstadt nach Angaben des Zensus von 1993 ethnisch aus 71,8% Weißrussen, 20,2% Russen, 3,3% Ukrainer und 1,2% Polen zusammen.

Fast 90% der heute in Weißrußland veröffentlichten Zeitschriften und Illustrierten sind zweisprachig oder werden in russischer Sprache herausgegeben. Die Verwendung des Russischen verbindet die weißrussische Bevölkerung mit Rußland, mit der russischen Kultur und führt zu einer weitgehenden Identifizierung mit allem, was russisch ist. Die Verwendung des Weißrussischen (oder seiner Dialekte) dagegen signalisiert eine positive Haltung gegenüber Polen und damit gegenüber dem Westen. Die weißrussischen Muttersprachler betrachten sich als eine Minderheit im eigenen Land. Die weißrussische Unabhängigkeitsbewegung, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion für die nationale Unabhängigkeit und eine Nationalkultur kämpft, verwendete offiziell und im täglichen Umgang demonstrativ das Weißrussische. Doch wird der Gebrauch des Weißrussischen fast immer mit der politischen Bewegung, aber nicht mit der weißrussischen Identität gleichgesetzt.

---

Rzeczypospolitej Polskiej) w latach 1772-1999 [Das nichtprovinzielle Europa. Veränderungen in den Ostgebieten der ehemaligen Polnischen Adelsrepublik (Belarus, Litauen, Lettland, Ukraine, das östliche Grenzgebiet der III. Polnischen Republik) in den Jahren 1772-1999], Warszawa 1999.

<sup>21</sup> JANOWICZ (wie Anm. 15), S. 120 f.

<sup>22</sup> ANTIPENKA (wie Anm. 2), S. 97.

Die Mehrheit der Bevölkerung von Weißrußland fühlt sich bis zum heutigen Tag stärker mit der „(ost)slawischen Gemeinschaft“, in erster Linie mit den Russen, verbunden. Die Zahl der sogenannten Paß-Weißrussen, die sich zur russischen Identität bekennen, steigt dabei ständig. Gegenwärtig betrachten sich Umfragen zufolge ungefähr 17,6% der Bevölkerung Weißrußlands als Russen, zwischen 11 und 18% identifizieren sich als Weißrussen, während 20,5% jegliche weißrussische Identität ablehnen.<sup>23</sup> Aufschlußreich ist hierbei der Vergleich mit einer Umfrage im Zensus von 1989. Damals gaben 80% der sich ethnisch als Weißrussen fühlenden Bevölkerung, die das Weißrussische jedoch nicht in ihrem Alltag verwenden, dieses Idiom als ihre Muttersprache an. Wahrscheinlich ist dieses Verhalten im Zusammenhang mit der nationalen Euphorie und versuchten eigenständigen Entwicklung in der postsowjetischen Phase in Weißrußland zu erklären, in der die nationale Sprache kurzzeitig ein wichtiger Faktor des wieder erwachenden weißrussischen Nationalbewußtseins war.

Nach dem im Mai 1995 durchgeführten Referendum über den offiziellen Gebrauch des Weißrussischen und Russischen wurde Russisch erneut als offizielle Landessprache in Belarus eingeführt. Lukaschenkas Bodyguards rissen die weißrussische Fahne herab, entfernten die nationalen Symbole vom Palast des Präsidenten und zertraten sie. An ihrer Stelle wurden die alten sowjetischen Insignien wieder angebracht, die Sowjetzeit schien nach Weißrußland zurückgekehrt zu sein.

Folgt man einer Einschätzung der weißrussischen Soziologin Larissa Titarenko, Professorin für Soziologie an der Staatlichen Universität von Belarus, dann bekennen sich gegenwärtig etwa 66% der jungen Weißrussen zu ihrer nationalen Identität.<sup>24</sup> Mental gesehen stellt Belarus heute tatsächlich ein Überbleibsel der Sowjetunion dar. Der weißrussische Staat ist an einer allgemeinen Rückkehr des Weißrussischen als Verwaltungs-, Verkehrs- und Umgangssprache nicht interessiert. Die Zukunft des Weißrussischen wird oft mit dem metaphorischen Begriff der „Irlandisierung“ beschrieben. Es kommt zu einem spezifischen Dualismus: Die bisherige Nationalkultur, die sich auf eine autochthone, vor allem sprachliche Basis stützte, schrumpft und wird bei einer Dominanz der russischsprachigen weißrussischen Kultur zur Minderheitenkultur.<sup>25</sup>

Die „Hiesigen“ dagegen verbleiben mit ihrem Dialekt, der kennzeichnenderweise auch als „Trasjanka“ (trasianka) bezeichnet wird, in einer sprachlichen Übergangszone vom Polnischen zum Russischen. Sie definieren sich über ihren Dialekt und grenzen sich von den anderen (Hoch-)Sprachen sowie von der urbanen Zivilisation ab. Auch heute kommt es erst bei einem sozialen Aufstieg, beim Verlassen des regionalen „orbis interior“ – die „Tutejsi“ sind in ihrer überwiegenden Mehrheit bis heute Bauern, Forstarbeiter, Handwerker und Jäger – zur Entscheidung für eine oder mehre-

---

<sup>23</sup> ŚLIWIŃSKI, CZEKMAN (wie Anm. 3), S. 29 f.

<sup>24</sup> Larissa Titarenko in einem Vortrag am Kennan Institute in den USA. Vgl. dazu LARISSA TITARENKO: The Meeting Report of the Kennan Institute 16 (1999), 11, zitiert nach: The Sarmatian Review 19 (1999), 3, S. 639.

<sup>25</sup> JANOWICZ (wie Anm. 15), S. 103 ff.

re sprachlich-kulturelle Optionen. Nur dann wird der „orbis exterior“, die geographische, soziale und kulturelle Reichweite von Nation, wahrgenommen.

### Die Thematisierung der „Hiesigen“ in der fiktionalen Literatur

Die weißrussische Literatur war traditionell multinational und mehrsprachig. Der konkrete Sprachgebrauch ging nicht selten mit dem sozialen Status der jeweiligen literarischen Figur einher: Polnisch und Russisch galten traditionell als Sprachen der Gebildeten, während der einfache Landmann entweder Dialekt oder Weißrussisch sprach. Die Epoche der weißrussischen Nationalbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts brachte zahlreiche literarische Werke, vor allem Gedichte hervor, von denen einige in lateinisch-polnischen Buchstaben gedruckt wurden. 1859 wurde die Verwendung der lateinischen Schrift durch die zaristischen Behörden verboten, und von 1863 bis 1889 wurde jeglicher schriftliche Gebrauch der weißrussischen Sprache mit einem Bann belegt. Nach 1918 setzte sich mit der Rechtschreibreform von Bronisław Taraszkiewicz (Bronislav Taraškievič), der so genannten „Taraškievica“, die an das weißrussische Lautsystem angepaßte kyrillische Schrift durch. Latein wurde allerdings weiterhin von den katholischen Verlagen und im Exil verwendet. Diese sogenannte zweite weißrussische Orthographie wurde von Jazep Losik 1943 standardisiert und bei der Transliteration von in kyrillischer Schrift geschriebenen Texten verwendet. Oft wurde zudem in beiden Alphabeten gedruckt.<sup>26</sup>

Im 19. Jahrhundert wurde durch das Interesse der Romantiker am einfachen Volk, seiner Sprache und Folklore der einfache Bauer zum Gegenstand literarischer Betrachtungen. Mit ihren Sitten und Gebräuchen schienen gerade die Weißrussen Menschen voller Geheimnisse zu sein. Das galt sowohl für die weißrussische als auch für die polnische Literatur. In der Auseinandersetzung mit einer angeblich moralisch verdorbenen städtischen Zivilisation avancierte z.B. der einfache Bauer im literarischen Schaffen der polnischen Schriftstellerinnen Eliza Orzeszkowa (1841-1910) und Maria Konopnicka (1842-1910) zum Vertreter alter und bewährter moralischer Werte, Gesetze und Gebräuche und wurde zu einem beliebten Motiv zahlreicher Schriftsteller. Das ländliche Weißrußland ging als Topos eines „traurigen Arkadiens“ in die polnische Literatur ein, ohne daß jedoch literarische Werke im engeren Sinne einer weißrussischen „Heimatliteratur“ in polnischer Sprache entstanden wären. Recht unterschiedlich fallen die Bewertungen polnischer Schriftsteller zu Weißrußland, seiner Kultur und seinen Bewohnern im 20. Jahrhundert aus. Im Buch des polnischen Exilschriftstellers und Nobelpreisträgers Czesław Miłosz, „Rodzinna Europa“ (Heimatliches Europa), das 1960 in Paris veröffentlicht wurde<sup>27</sup>, beschäftigt sich der Autor u.a. mit dem von Stereotypen geprägten Verhältnis der Polen und Litauer zu Weißruß-

---

<sup>26</sup> Vgl. ARNOLD MCMILLIN: A History of Byelorussian Literature from Its Origins to the Present Day, Gießen 1977, S. 241 f.

<sup>27</sup> Das Werk erschien in deutscher Übersetzung unter dem Übersetzungstitel CZESŁAW MIŁOSZ: West- und östliches Gelände, Köln, Berlin 1961.

land: „Ich muß gestehen, daß die Weißrussen bis heute für mich ein Rätsel sind. Ein großer Raum, bewohnt von einer großen Masse, deren Sprache man als eine Brücke zwischen Polnisch und Russisch bezeichnen könnte, deren Volksbewußtsein das späteste Produkt der nationalistischen Bewegung in Europa ist, deren Grammatik erst im 20. Jahrhundert fixiert wurde.“<sup>28</sup>

Am Beispiel der „Hiesigen“ wurden nicht nur in der Belletristik die ländliche Zivilisation und Rückständigkeit der „ubi leones“, der, vom Abendland aus gesehen, unzivilisierten und von wilden Tieren bewohnten Grenzgebiete des östlichen Europas, der Konflikt von Urbanismus und Ruralismus sowie die Dialektik von Eigenem und Fremdem, von Globalisierung und regionaler Identität demonstriert. Eine besondere Karriere machte in diesem Zusammenhang der 1965 in den USA geschriebene Bestseller von Jerzy Kosinski, „The Painted Bird“ (Der bemalte Vogel). Hierin thematisiert Kosinski ebenso wie in seinem letzten Roman, „The Hermit of 69<sup>th</sup> Street“, literarisch das Problem der „Hiesigen“ auf spektakuläre und umstrittene Art und Weise. Im Grunde genommen nimmt er den alten, aus der kritisch-realistischen Literatur des polnischen Positivismus bekannten Gegensatz von Stadt und Land, von Provinzialismus/Ruralismus und Urbanität auf. Dabei steht bei ihm das östliche Europa als „Huculandia“, „Ruthenia“ oder „Ruthlandia“ für die rurale, unverdorben östliche Kultur und deren biologische Lebenskraft, die er der anfälligen, technisierten „Massen-“, „Mosaik- oder Puzzlekultur“ des Westens gegenüberstellt. In „The Hermit of 69<sup>th</sup> Street“ verweist Kosinski auf ein von Joseph Obrebski (1905-1967) verfaßtes Buch mit dem Titel „The Changing Peasantry of Eastern Europe“, in dem die heterogene bäuerliche Bevölkerung Osteuropas, darunter auch die „Hiesigen“, vorgestellt wird. Kosinski übernimmt Obrebskis den Lehrbüchern der Antike entlehnte Bezeichnung, „Mare Herodotis (Herodotos)“ und bezeichnet damit die Sumpfgebiete des Flusses Pripjat, in dem Menschen mit undefinierbarer nationaler und kultureller Zugehörigkeit leben.<sup>29</sup>

In der weißrussischen Literatur war es der 1882 geborene weißrussische Nationaldichter und Mitbegründer der weißrussischen Akademie der Wissenschaften und der Weißrussischen Staatsuniversität, Janka Kupala (eigentlich Ivan Daminikavič Lucevič, 1882-1942), der das Problem der „Tutejšyja“ – zunächst in Gedichten – thematisierte. Sein Credo als „Hiesiger“ formulierte er in Anlehnung an das Glaubensbekenntnis des „kleinen Polen“ (Polak mały).<sup>30</sup>

---

<sup>28</sup> CZESŁAW MIŁOSZ: Rodzinna Europa [Heimatliches Europa], zitiert nach HEINRICH OLSCHOWSKY: Emigrantenschicksal und literarische Strategie, in: Im Dissens zur Macht. Samizdat und Exilliteratur der Länder Ostmittel- und Südosteuropas, hrsg. von LUDWIG RICHTER und HEINRICH OLSCHOWSKY, Berlin 1995, S. 61.

<sup>29</sup> JERZY KOSINSKI: The Painted Bird, New York 1965; DERS.: The Hermit of 69<sup>th</sup> Street, New York 1988, 1991.

<sup>30</sup> JANKO KUPALA: Chto ty hetki? [Wer bist du, armer Schlucker?], in: Wybranyja twory, Minsk 1952, S. 159: „Chto ty hetki? – Swoj, tutejszy. Czaho choczasz? – Doli lepszej. Jakoj doli? – Chleba soli. A szto bolej? – Ziemi, woli. Dzie radzusia? – W swajoj wioscy. Dzie chryścusia? – Pry darožcy. Czym aswieczan? – Krouju, potam. Czym być choczasz?“

Des weiteren schrieb Kupala ein Schauspiel mit dem Titel „Tutejšyja“ (1922), das der Problematik der „Hiesigen“ gewidmet ist und im Exil verfilmt wurde. Es waren und sind gerade die weißrussischen Schriftsteller, die die nationale Eigenart, die besondere Zwischenstellung ihres Volkes und ihrer Kultur sowie die Schönheit der weißrussischen Landschaften in ihren literarischen Werken hervorheben.<sup>31</sup> Von besonderem Interesse ist heute die in Polen, vor allem im Gebiet von Białystok entstehende weißrussische Literatur von Aleksandr Barščeuŭski/Aleś Barski und Sakrat Janovič/Sokrat Janowicz. Janowicz gehört dabei zu jenen weißrussischen Schriftstellern, die in zwei Sprachen, in seinem Fall in Polnisch und Weißrussisch, publizieren und in zwei Kulturen, der weißrussischen und der polnischen, leben. Zu seinem literarischen Schaffen gehören Erzählungen, Romane und Gedichte. Von besonderer Bedeutung ist Janowiczs Essayistik und Publizistik, die immer wieder Probleme Weißrußlands, der weißrussischen Geschichte, Kultur und Identität aufnehmen und erörtern.<sup>32</sup> Mit der Gründung der „Villa Sokrates“ will Janowicz in einer Zeit, in der es dem weißrussischen Diktator Lukashenka darum geht, daß „die Weißrussen verschwinden“<sup>33</sup>, einen Beitrag zur Rettung der weißrussischen Kultur und Literatur mit Hilfe von Treffen, Diskussionen, Kritiken, Übersetzungen und Publikationen leisten. Der Schriftsteller müsse wie der Drucker den „Geruch der Druckerschwärze in der Nase spüren“, denn „ohne Veröffentlichungen verharret jedes Talent in einer Art Dämmerzustand, es wird träge und vermag nicht von der kindlichen Graphomanie zur reifen literarischen Leistung vorzudringen“.<sup>34</sup>

---

– Nia być skotam ...“ Die Wiedergabe des Textes erfolgt hier in der polnischen Schreibversion HCT.

<sup>31</sup> So wird für die Lyrikerin Nina Šklarava das Weißrussische zur Rettung: „mova moja, moj ratunak“ [meine Sprache, meine Rettung]. Vgl. Nina Šklarava: Rodnaja mova [Muttersprache], in: Maja wioska [Mein Dorf], Minsk 1971, S. 6.

<sup>32</sup> SOKRAT JANOWICZ: Wielkie miasto Białystok [Die große Stadt Białystok], Warszawa 1973 (Erzählungen), Ściana [Die Wand], 1979 (Roman), Białoruś, Białoruś [Weißrußland, Weißrußland], Warszawa 1987, und Terra incognita: Białoruś [Terra incognita, Weißrußland], Białystok 1993 (Essayistik und Publizistik), Ojczyźność. Białoruskie ślady i znaki [Das Heimatliche. Weißrussische Spuren und Zeichen], Olsztyn 2001 (Sammelband, Publizistik, Essayistik, Lyrik).

<sup>33</sup> Ebenda, S. 20.

<sup>34</sup> Ebenda, S. 20.

## Die Renaissance der Region

# Zwischen regionaler Selbstwahrnehmung und radikalem Ethnonationalismus: Galicien, 1960-2000

von

Xosé-Manoel Núñez

Bei den galicischen Regionalwahlen im Oktober 1997 konnte der Galicische Nationalistische Block (*Bloque Nacionalista Galego*, BNG) 24,8% der gültigen Stimmen auf sich vereinigen und verwies damit den galicischen Zweig der sozialistischen Partei Spaniens (PSOE-PSdG) auf den dritten Rang. Dieser Wahlerfolg der bedeutendsten nationalistischen Formation Galiciens überraschte nicht nur die politischen Kommentatoren, sondern auch spanische und ausländische Politologen.<sup>1</sup> Einige sprachen sogar von einem durch das Autonomiesystem hervorgebrachten „neuen Nationalismus“, der dem baskischen oder katalanischen Vorbild folge. Infolgedessen sei es unumgänglich, den weiteren Ausbau des politischen Systems der Autonomen Gemeinschaften (*Comunidades Autónomas*) zu bremsen oder gar, wie bestimmte Parteiführer des PSOE und des Partido Popular (PP) verlauten ließen, das Wahlgesetz zu ändern, um das Wachstum nationalistischer Tendenzen am Rande des Staatsgebietes zu unterbinden. Allerdings strebt der heutige galicische Nationalismus meist nicht nach Eigenstaatlichkeit, sondern nach dem Selbstbestimmungsrecht und entspricht daher in mehrerer Hinsicht dem gebräuchlichen Verständnis von „Regionalismus“.

Der galicische Nationalismus ist keinesfalls eine neue Erscheinung, sondern blickt auf eine 150-jährige Geschichte zurück. Er erlebte in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts eine gewisse Blüte und war im politischen und gesellschaftlichen Leben des Landes stets präsent, wenn auch nicht so ausgeprägt wie in Katalonien und dem Baskenland.<sup>2</sup> Sein gegenwärtiges Erstarken wirkt nicht mehr so spektakulär, wenn wir seinem allmählichen Wachstum in den letzten zehn Jahren und der Bedeutung der Nationalisten im kulturellen und gewerkschaftlichen Bereich Beachtung schenken. Spätestens seit 1918 vertritt der *Galeguismus* eine eindeutig nationalistische Ideologie, und sein heutiges politisch-ideologisches Profil

---

<sup>1</sup> Vgl. EQUIPO DE ANÁLISES ELECTORAIS: As eleccións do 19-O: cambios no sistema de partidos, in: *Tempos Novos* 6 (1997), S. 35-43.

<sup>2</sup> Zum Gesamtüberblick über die Entwicklung der nationalen Frage in Spanien vgl. LUDGER MEES: Der spanische „Sonderweg“. Staat und Nation(en) im Spanien des 19. und 20. Jahrhunderts, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 40 (2000), S. 29-66; vgl. auch HANS-JÜRGEN PUHLE: Staaten, Nationen und Regionen in Europa, Wien 1995, und eine einführende Synthese bei XOSÉ-MANOEL NÚÑEZ: *Los nacionalismos en la España contemporánea* (siglos XIX y XX), Barcelona 1999.

läßt sich nicht mit dem neuen „regionalistischen Autonomiedenken“ vergleichen, das die *Coalición Canaria* [Kanarische Koalition], der *Partido Aragonés* [Aragoniesische Partei] oder andere Mitte-Rechts-Formationen vertreten. Diese Parteien gingen in einigen autonomen Regionen Spaniens nach der Einführung des jetzigen politischen Systems aus den lokalen Eliten hervor, die in den achtziger Jahren ursprünglich mit der ehemaligen Mitte-Rechts-Partei *Unión de Centro Democrático* (UCD), die zwischen 1977 und 1982 die Madrider Regierung bildete, in Verbindung gestanden hatten und die sich danach opportunistisch zum Regionalismus bekannten.<sup>3</sup>

Der galicische Nationalismus ist für spanische und sogar für die meisten europäischen Verhältnisse eher untypisch.<sup>4</sup> Es handelt sich um eine vorwiegend links ausgerichtete Bewegung – der einzigen innerhalb Spaniens, der es bisher gelungen ist, den PSOE im linken Spektrum um mehr als fünf Prozentpunkte zu übertreffen. Sie hat eine eigentümliche ideologische und organisatorische Entwicklung durchlaufen, wobei es ihr gelang, ohne nennenswerte Unterstützung seitens der regionalen Oberschichten eine starke politische Präsenz zu erzielen. Aber am Anfang des 21. Jahrhunderts sind die zukünftigen Möglichkeiten des galicischen Nationalismus von der allmählichen Konsolidierung eines populistisch und stark regionalistisch geprägten politischen Projektes, das durch den regionalen Zweig der konservativen Volkspartei (*Partido Popular*, PP) vertreten wird, ständig blockiert. Die galicische PP appelliert zwar an die Verstärkung der ethnokulturellen Eigenartigkeit Galiciens als legitimierende Grundlage ihrer politischen und ideologischen Praxis, doch geht sie von der völligen Kompatibilität der selbstbewußten regionalen Identität der gesamten spanischen Nation aus.

## Die historische Entwicklung der galicischen Bewegung

Für die internationale Nationalismusforschung der drei „historischen Ethnonationalismen“, die sich seit dem 19. Jahrhundert innerhalb des spanischen Staates entwick-

---

<sup>3</sup> Vgl. zu Aragonien CARLOS GARRIDO-LÓPEZ: *Demanda regional y proceso autonómico. La formación de la Comunidad Autónoma de Aragón*, Madrid 1999; zu den kanarischen Inseln vgl. JUAN HERNÁNDEZ-BRAVO DE LAGUNA: *Historia popular de Canarias. Franquismo y Transición política*, Santa Cruz de Teneriffa 1992. Für einen allgemeinen Interpretationsversuch vgl. XOSÉ-MANOEL NÚÑEZ: *Autonomist Regionalism within the Spanish State of the Autonomous Communities: An Interpretation*, in: *Nationalism & Ethnic Politics* 5 (1999), 3/4, S. 121-141.

<sup>4</sup> Zur Geschichte des galicischen Nationalismus seit seinen Anfängen bis zur Gegenwart verweisen wir auf JUSTO BERAMENDI, XOSÉ-MANOEL NÚÑEZ: *O nacionalismo galego*, 2. Aufl., Vigo 1996, sowie JUSTO BERAMENDI: *El nacionalismo gallego*, Madrid 1997. Auf Deutsch: XOSÉ-MANOEL NÚÑEZ: *Die galicische Nationalbewegung (1840-1939): Ein historischer Überblick*, in: *Zeitschrift für Lusitanistik* 30 (1996), S. 91-110. Über die jüngste Entwicklung vgl. DERS.: *National Reawakening within Changing Society: The Galician Movement in Spain (1960-1997)*, in: *Nationalism & Ethnic Politics* 3 (1997), 2, S. 29-57.

kelten, ist die galicische Nationalbewegung der am wenigsten bekannte Fall. Verglichen mit der stets wachsenden Literatur zum baskischen und katalanischen Nationalismus bildet die Geschichte und die aktuelle Entwicklung des Nationalismus in Galicien in der internationalen Geschichtsschreibung weiterhin eine „Lücke“. Die Gründe für diese geringe Beachtung liegen nicht nur darin, daß die galicische Gesellschaft im Vergleich zu Katalonien und dem Baskenland eine rückständige, „vormoderne“ und vom soziopolitischen und wirtschaftlichen Standpunkt aus weniger dynamische Entwicklung aufwies, sondern auch darin, daß die galicische Nationalbewegung eine im westeuropäischen Kontext relativ „untypische“ historische Entwicklung durchlief. Obwohl die ideologischen und politischen Ursprünge der galicischen Nationalbewegung fast parallel zu denen der katalanistischen Bewegung etwa auf die Mitte des 19. Jahrhunderts datiert werden können (*Provinzialismus*), fehlte dem galicischen Nationalismus ein Element, das ab 1898 sowohl für den katalanischen als auch für den baskischen Nationalismus entscheidend war: die zunehmende Ausweitung seiner sozialen Trägerschichten und seiner Wählerschaft, besonders durch die Unterstützung eines bedeutenden Teils der regionalen Mittel- und Oberschichten. Seit dem ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts blieben die „Galeguisten“ weit zurück. Der ideologische Sprung zum Ethnonationalismus fand erst nach der Gründung der „Sprachbrüderschaften“ zwischen 1916 und 1918 statt, die in ihrem politischen Programm 1918 Galicien als eine Nation mit Anspruch auf ein eigenes Selbstbestimmungsrecht definierten.<sup>5</sup>

Galicien war bis in die siebziger Jahre eine überwiegend landwirtschaftliche Region, geprägt von der wirtschaftlichen Rückständigkeit<sup>6</sup>, der geringen Bedeutung des regionalen Bürgertums, einer umfangreichen Auswanderung (zuerst nach Lateinamerika, seit den sechziger Jahren nach Mitteleuropa) und der allmächtigen Herrschaft des politischen Klientelismus (*Kazikismus*). In diesem Kontext blieben soziale und wirtschaftliche Wandlungsprozesse aus: Infolge der geringen Industrialisierung und Urbanisierung sowie der geringen Einwanderung kastilischer Industriearbeiter fehlten die Faktoren, die im Baskenland und in Katalonien die Entstehung und Entwicklung des peripheren Nationalismus seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts begünstigt hatten.

Dennoch verfügte Galicien über theoretisch „starke“ ethnokulturelle Merkmale, u.a. die Präsenz einer eigenen Sprache, Galicisch, welche die selben Ursprünge wie das Portugiesische hat und heute von 80% der Bevölkerung gesprochen wird. Zudem wurde die geringe Effizienz des Prozesses der spanischen Nationsbildung des 19. Jahrhunderts, die manchmal als Faktor für die Entstehung und Konsolidierung peripherer Nationalbewegungen erwähnt wird, nirgendwo so deutlich wie in Galicien. Kulturelle Massenassimilation und völlige sprachliche „Hispanisierung“ waren in diesem Land – genauso wie im Land Valencia oder auf den Balearischen

---

<sup>5</sup> Vgl. JUSTO BERAMENDI: Vicente Risco no nacionalismo galego, 2 Bde., Santiago de Compostela 1981.

<sup>6</sup> Vgl. XAQUÍN FERNÁNDEZ-LEICEAGA, EDELMIRO LÓPEZ-IGLESIAS: Estructura económica da Galiza, Santiago de Compostela 2000.

Inseln – sehr begrenzt. Trotzdem war das spanische Nationalgefühl am Ende des 19. Jahrhunderts in Galicien weit verbreitet. Es stand nicht im Gegensatz zu einer anhaltend starken regionalen Identität, die manchmal Galicien als „die Erste unter den spanischen Regionen“ und das Galicische als den Ursprung der spanischen Sprache begriff. Darüber hinaus fehlten in Galicien zusätzliche Bedingungen, die in den anderen Fällen für das Überdauern einer starken protonationalen oder ethnokulturellen Identität entscheidend waren. Es gab in Galicien fast keine eigenen politischen oder administrativen Institutionen (wie die baskischen Sonderrechte [*Fueros*], die noch im 19. Jahrhundert gültig waren, oder die bis 1714 existierende katalanische *Generalitat*), weil das Land seit Ende des 15. Jahrhunderts politisch völlig in die kastilische Monarchie integriert worden war. Dadurch gab es in Galicien auch kein soziales Gedächtnis einer Vergangenheit mit einer „Selbstverwaltung“.

Eine stark definierte ethnokulturelle Identität, je nach „Gemeinden“ und Gebieten fragmentiert in lokale Identitäten, und eine eigene Sprache reichten nicht aus, um ein sozial verbreitetes Gefühl eines eigenen, exklusiven Nationalbewußtseins zu schaffen. Darüber hinaus galten die meisten Elemente der galicischen Ethnizität, vor allem die Sprache, als negative Merkmale („*social marker*“) derjenigen Bevölkerungsgruppen, die nicht die Amtssprache des spanischen Staates beherrschten.<sup>7</sup> Die regionalistischen und (seit 1916) ethnonationalistischen Aktivisten mußten ihre Tätigkeiten unter ungünstigen Bedingungen ausüben: Die Macht des Kazikismus und der zentralistischen Parteien, die geringe Mobilisierung und die sprachlich-kulturelle Assimilation des größten Teils der städtischen Mittelschichten sowie die weitgehende (wenn auch unvollständige) Verankerung eines spanischen Nationalgefühls und der spanischen Nationsbildung behinderten die Verbreitung des galicischen Nationalismus. Die wichtigste soziale Bewegung, die Bauernbewegung der Kleinpächter, bildete bis in die dreißiger Jahre kein dauerhaftes Bündnis mit der galicischen Nationalbewegung. Auch die galicische Arbeiterbewegung (sowohl sozialistischer als auch anarchistischer Prägung) hielt bis 1936 an ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem Nationalismus und sogar dem Regionalismus fest.<sup>8</sup> Dennoch erlebte in diesen Jahren die galicische Kultur, und seit den zwanziger Jahren besonders die galicische Hochkultur, eine große Blüte, obwohl es ihr im Gegensatz zu Katalonien nicht gelang, die endgültige Standardisierung der Sprache zu erreichen.

Die Entwicklung der galicischen Nationalbewegung zwischen 1916 und 1936 weist einige Parallelen zu den schottischen, walisischen, bretonischen oder friesischen Nationalbewegungen auf. Doch war ab 1931 das soziale Wachstum der galicischen Bewegung viel stärker, genauso wie die Ausweitung und die soziale Diver-

---

<sup>7</sup> Vgl. HENRIQUE MONTEAGUDO: *Historia social da lingua galega*, Vigo 1999; JUSTO BERAMENDI: *Conciencia étnica e conciencias nacionais en Galicia*, in: *Galicia fai dous mil anos. O feito diferencial galego*, Bd. 1, Santiago de Compostela 1998, S. 277-300; MARCIAL GONDAR: *Crítica da razón galega*, Vigo 1995.

<sup>8</sup> Vgl. MIGUEL CABO-VILLAVARDE: *O agrarismo*, Vigo 1998; DIONISIO PEREIRA: *A CNT na Galicia, 1922-1936*, Santiago de Compostela 1994; MANUEL GONZÁLEZ-PROBADOS: *O socialismo na II República*, Sada-A Coruña 1992.

sifizierung ihrer Trägerschichten. Im Jahr 1936 war die 1931 gegründete galicische nationalistische Partei (*Partido Galeguista*, PG) auf dem Weg, sich in eine Massenbewegung zu verwandeln. Die gesellschaftliche Ausdehnung des galicischen Nationalismus zwischen 1931 und 1936 war bemerkenswert. Bei den letzten Wahlen der Zweiten Republik vor dem Ausbruch des Bürgerkrieges im Februar 1936 erhielt der PG nach unterschiedlichen Wahlerfolgen in den Jahren zuvor etwa 26% der gültigen Stimmen. Die geographische Verteilung der sozialen Basis der PG war relativ unregelmäßig und konzentrierte sich vor allem auf die stärker modernisierten Provinzen Pontevedra und A Coruña. Die soziale Gliederung des PG, die an den überlieferten Daten von 3337 Parteimitgliedern zu erkennen ist, spiegelt eindeutig die rasche Ausbreitung der Nationalbewegung in verschiedenen sozialen Schichten wider. 1936 wirkte der PG weitgehend klassenübergreifend. 27,26% der Mitglieder waren Lohnarbeiter, Angestellte und Handwerker; Bauern, Seeleute und Fischer waren mit 31,96% vertreten. Dagegen blieben die Intellektuellen und die freien Berufe, die bis 1930 die Mehrheit der nationalistischen und regionalistischen Trägergruppen gebildet hatten, deutlich in der Minderheit. Somit war der PG während der dreißiger Jahre auf dem Weg, eine Massenbewegung zu werden, und erreichte die so genannte „Phase C“ des Hroch'schen Modells der Nationsbildung.<sup>9</sup> Trotzdem war die soziale Basis des PG je nach lokalen Umständen sehr unterschiedlich, und im Gegensatz zum baskischen Fall hatte die galicische Nationalbewegung noch keine Zeit gehabt, beispielsweise eine eigene Gewerkschaft zu gründen. Vor allem richtete sich das politische Projekt des PG, das sozial-reformistisch orientiert war, an die agrarischen Kleinbesitzer, die Fischer und die städtischen Mittelschichten und viel weniger an die Arbeiterklasse.

Obwohl der linke Flügel des galicischen Republikanismus und weite Teile der politischen Eliten Galiciens die Forderung nach der Autonomie unterstützten, kam das Autonomiestatut, das in einer Volksabstimmung im Juni 1936 (drei Wochen vor dem Militärputsch vom 18. Juli 1936) angenommen wurde, spät. Die Verabschiedung des Statuts erfolgte letztlich aufgrund der Unterstützung der republikanischen Regierung in Madrid und der linken Parteien Spaniens, während die Mobilisierung der galicischen Bevölkerung für die Autonomie relativ schwach blieb.<sup>10</sup>

Der Bürgerkrieg unterbrach eine Dynamik der raschen sozialen Verbreitung des galicischen Nationalismus, und er verhinderte – wie im Baskenland und in Katalonien –, daß sich nationalistisches Gedankengut in den informellen sozialen Netzwerken konsolidierte. In den vierziger Jahren erhielten nur einige Dutzend Aktivisten das Erbe des politischen Nationalismus in Galicien am Leben. Im Exil, vor

---

<sup>9</sup> Vgl. MIROSLAV HROCH: *Social Preconditions of National Revival in Europe*, Cambridge u.a. 1985; DERS.: *On the National Interest*, Prag 2000. Zur Anwendung des Hroch'schen Modells auf die galicische Nationalbewegung vgl. JUSTO BERAMENDI, XOSÉ-MANOEL NÚÑEZ: *The Social Background of Galician Nationalism (1840-1950)*, in: *Canadian Review of Studies in Nationalism* 22 (1995), 1-2, S. 33-51.

<sup>10</sup> Vgl. XOSÉ VILAS-NOGUEIRA: *O Estatuto galego*, A Coruña 1975; CARLOS VELASCO: *Galiza na II República*, Vigo 2000; EMILIO GRANDÍO: *Eleccións e caciquismo na Galiza da II República*, Vigo 1999.

allem in Buenos Aires, hatten die galicischen Nationalisten und die Exilierten bis Mitte der sechziger Jahre relativ großen Einfluß in den wichtigsten Emigrantenvereinen. Parallel dazu kam es zu einer ideologischen Umformulierung der Bewegung in Galicien, die zum Konflikt mit den exilierten Nationalisten führte. Ab 1950 konzentrierte sich die Mehrheit der überlebenden Nationalisten in Galicien auf kulturelle Tätigkeiten, so z.B. auf die Gründung eines Verlags und die Veröffentlichung von Literatur und Essays auf Galicisch. Der „Galeguismus“ beschränkte sich auf die Affirmation der ethnokulturellen Identität des Landes, die auf der Existenz eines „kulturellen Geistes“ und einer eigenen Sprache basierte.<sup>11</sup> Diese Doktrin zielte aber nicht auf das Selbstbestimmungsrecht oder auf die Gründung einer eigenen nationalistischen Partei. Man erwartete, daß alle demokratischen Parteien in Galicien nach dem Ende des Franco-Regimes die Verteidigung der kulturellen Identität Galiciens innerhalb eines zukünftigen föderalen Europas und Spaniens akzeptieren würden, so daß die kulturelle Eigenartigkeit Galiciens nicht in Frage gestellt würde. In diesem Sinne stellte die galicische Bewegung eine ziemlich untypische Entwicklung dar: Sie verzichtete auf die „Nation“ zugunsten der „kulturellen Gemeinschaft“, während sie den Begriff „Region“ nie verwendete.

Dieses Gedankengut wurde jedoch von einer neuen Generation ethnonationalistischer Aktivisten nicht akzeptiert. Seit Ende der fünfziger Jahre geriet diese Generation unter neue Einflüsse, wie z.B. den Marxismus-Leninismus, die nationalen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt (Dekolonisation) und das Erbe der Generation vor 1936, das die Exilierten übermittelt hatten. Seit den sechziger Jahren beherrschten zwei Hauptströmungen den politischen Diskurs und die praktische Arbeit des galicischen Nationalismus. Nachdem die Überlebenden des politischen Galeguismus der Vorkriegszeit 1950 beschlossen hatten, den PG aufzulösen und sich auf den Erhalt der galicischen Kultur zu konzentrieren, griffen die in den dreißiger und vierziger Jahren geborenen Generationen das nationalistische Erbe auf und paßten es den in den sechziger Jahren in der europäischen Linken vorherrschenden Strömungen an.

Schließlich wurde 1963 die sozialdemokratisch und europäistisch orientierte Galicische Sozialistische Partei (*Partido Socialista Galego*, PSG) gegründet, deren politischer Diskurs sich Anfang der siebziger Jahre verschärfte und radikalisierte. 1964 entstand dann die marxistisch-leninistische (und im Laufe der Jahre sogar maoistische) Galicische Volkunion (*Unión do Pobo Galego*, UPG), die mit der bretonischen UDB oder der sardischen *Su Populu Sardu* zu vergleichen war und die These vertrat, daß Galicien eine innere Kolonie des spanischen Staates sei.<sup>12</sup> Um die Selbstbestimmung und Unabhängigkeit Galiciens – ob im Verband mit an-

---

<sup>11</sup> Vgl. z.B. RAMÓN PIÑEIRO: *Olladas no futuro*, Vigo 1974; XOSÉ-LUÍS FRANCO-GRANDE: *Os anos escuros. I. A resistencia cultural da xeración da noite (1954-60)*, Vigo 1985; CARLOS FERNÁNDEZ: *O vento do espírito*, Vigo 2000.

<sup>12</sup> Zur Geschichte der UPG vgl. FERMÍ RUBIRALTA: *De Castelao a Mao*, Santiago de Compostela 1999. Vgl. auch die „offizielle“ Geschichte der Partei, die von ihren „organischen“ Intellektuellen geschrieben wurde, in: *35 anos da UPG ao servizo da Terra*, Sonderausgabe von *Terra e Tempo*, 12, 1999.

deren iberischen Nationen oder alleine – zu erreichen, sollte zuerst eine klassenübergreifende „Befreiungsfront“ nach algerischem oder vietnamesischem Vorbild geschaffen werden, die dann als „Klassenblock“ den Befreiungskampf einleiten und die „nationale Volksrevolution“ durchführen würde. So war es möglich, gleichzeitig marxistisch und nationalistisch zu sein, wenn man Galicien aufgrund seines „Kolonialstatus“ per definitionem als eine proletarische Nation betrachtete. In den siebziger Jahren näherte sich der PSG mehr und mehr an diese ideologischen Positionen an, vor allem durch die Theorien des Wirtschaftswissenschaftlers Xosé-Manoel Beiras (1936), der an der Pariser Sorbonne u.a. von den Theorien des Okzitanen Robert Lafonts geprägt worden war.<sup>13</sup>

Der galicische Nationalismus interpretierte auch das nationalistische Erbe der Vorkriegszeit unter linken Vorzeichen neu und stand insgesamt den in der baskischen Linken maßgeblichen Tendenzen weit näher als der zeitgleichen Entwicklung in Katalonien. Von vereinzelt Ausnahmen und bestimmten Minderheiten einmal abgesehen, erlagen die Nationalisten in Galicien nach 1975 jedoch nie der Versuchung, zum „bewaffneten Kampf“ überzugehen.<sup>14</sup> Man bemühte sich im Gegenteil, eine gesamtgesellschaftliche Bewegung zu schaffen, die sowohl Arbeiter als auch Pachtbauern, Kleinbürger, Studenten und Intellektuelle vereinen sollte. Die UPG fächerte in den siebziger Jahren ihre Aktivitäten weiter auf, gründete eine Landarbeitergewerkschaft, mehrere Industrie- und Einzelgewerkschaften sowie eine überparteiliche Organisation, die als eine Befreiungsfront die unabhängigen und alle anderen Nationalisten miteinander vereinigen sollte. So entstand 1975 die Nationale Versammlung des Galicischen Volkes (*Asamblea Nacional-Popular Galega*) und drei Jahre später die Galicische Nationale Volksfront (*Bloque Nacional-Popular Galego*, BNPG)<sup>15</sup>, aus der dann 1982 der jetzige BNG hervorgehen sollte.

Im Rahmen des spanischen Transitionsprozesses zur Demokratie (1975-1978) und der Umsetzung eines dezentralisierten Systems, der 1978 zur Verabschiedung einer Verfassung und zu dem sogenannten „Staat der Autonomen Gemeinschaften“ führte, wurde auch Galicien in die drei „historischen Nationalitäten“ eingeschlossen.<sup>16</sup> Das Autonomiestatut von 1980 verlieh ihm den Rang einer „historischen

---

<sup>13</sup> Vgl. MIGUEL-ANXO FERNÁN-VELLO, RAFAEL PILLADO-MAYOR: *A nación incesante. Conversas con Xosé Manoel Beiras*, Santiago de Compostela 1988; XOSÉ-MANOEL BEIRAS: *O atraso económico de Galicia*, Vigo 1972.

<sup>14</sup> Es gab einzelne Gruppierungen, die im Laufe der siebziger und achtziger Jahre zum Terrorismus übergingen; vgl. XABIER NAVAZA: *Disparos*, Vigo 1990.

<sup>15</sup> Vgl. LUÍS DOMÍNGUEZ-CASTRO, XOSÉ-RAMÓN QUINTANA-GARRIDO: *Nacionalismo radical, transición y proceso autonómico en Galicia (1975-1990)*, in: *Historia de la Transición y Consolidación Democrática en España*, Bd. 1, hrsg. von JAVIER TUSELL u.a., Madrid 1995, S. 457-473, sowie JUAN-JOSÉ TORREIRO-LAREO: *Mobilisations périphériques et stratégies nationalistes: Succès et échecs des partis nationalistes galiciens (Espagne) 1976-1983*, unveröffentlichte Magisterarbeit, Université Paris I, Département de Science Politique, 1999, S. 77-110.

<sup>16</sup> Zum allgemeinen Prozeß vgl. u.a. PETER KRAUS: *Nationalismus und Demokratie. Politik im spanischen Staat der Autonomen Gemeinschaften*, Wiesbaden 1996; ELISEO AJA:

Nationalität“ und stattete Galicien mit den gleichen Vollmachten wie das Baskenland und Katalonien aus. Gemäß der Verfassung von 1978 wurde im Jahr 1980 in einer Volksbefragung über das Statut abgestimmt. Die geringe Wahlbeteiligung (28%) zeigte jedoch das mangelnde Interesse der meisten Galicier, die durch die Meinungsverschiedenheiten der Parteien über die Reichweite des Statuts enttäuscht worden waren. Die Nationalisten sahen dem Statut überwiegend mit Ablehnung oder Gleichgültigkeit entgegen, da sie ihrer Forderung nach einem „demokratischen Bruch“ (d.h. nach Abschaffung der Monarchie und einem Ende der Kompromisse mit den aus dem Franco-Regime stammenden „Reformisten“) treu blieben, und verlangten die sofortige Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts. Doch die Konsolidierung des Staates der Autonomen Gemeinschaften und die wachsende Gewißheit, daß der Übergang von der Diktatur zur Demokratie mittlerweile abgeschlossen war, zwang die Nationalisten, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen.

Während der siebziger und achtziger Jahre bestand die ursprüngliche Trennung zwischen UPG und PSG fort. Die UPG verteidigte die „nationale Volksrevolution“ marxistisch-leninistischer Prägung mit einer wachsenden populistischen Praxis und der Forderung nach einem radikalen „demokratischen Bruch“ mit dem Erbe des Frankismus sowie der Ablehnung einer „von den Kaziken gebrachten“ Autonomie, die als unzureichend für die Bedürfnisse der galicischen Nation betrachtet wurde. Der PSG repräsentierte einen sozialistischen, demokratischen, teils auch sozialdemokratischen Nationalismus, der die Annahme des Autonomiestatuts eher pragmatisch sah. Dies war die grundlegende Dichotomie zwischen dem BNG und PSG-*Esquerda Galega* (PSG-EG) unter der Führung von Camilo Nogueira während der achtziger und Anfang der neunziger Jahre.<sup>17</sup> Im gewerkschaftlichen Bereich spiegelte sich diese Auseinandersetzung in abgewandelter Form in den Leitungsorganen der *Intersindical Nacional dos Traballadores Galegos* (INTG) und der *Confederación Xeral dos Traballadores Galegos* (CXTG) wider, die bei den Wahlen der

---

El Estado autonómico. Federalismo y hechos diferenciales, Madrid 1999, sowie ANDREAS HILDENBRAND, DIETER NOHLEN: Regionalismus und politische Dezentralisierung in Spanien nach Franco, in: Spanien heute. Politik-Wirtschaft-Kultur, hrsg. von WALTHER BERNECKER und JÜRGEN OEHRLEIN, Frankfurt am Main 1993, S. 41-75; ANDREAS HILDENBRAND: Das Regionalismusproblem, in: Spanien nach Franco. Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie 1975-1982, hrsg. von WALTHER BERNECKER und CARLOS COLLADO-SEIDEL, München 1993, S. 104-126; XOSÉ-MANOEL NÚÑEZ: Nationalismen und Regionalismen in Spanien, von der Diktatur zur Demokratie (1975-1995), in: Nationalismus in Europa nach 1945, hrsg. von HEINER TIMMERMANN, Berlin 2001, S. 177-219.

<sup>17</sup> Zur Entwicklung der Parteien (*Partido Obreiro Galego, Esquerda Galega*, PSG-EG), die die sozialistische Strömung der galicischen Nationalbewegung zwischen 1978 und 1993 vertraten, vgl. SUSO DE TORO: Camilo Nogueira e outras voces. Unha memoria da esquerda nacionalista, Vigo 1991.

Arbeitnehmervertreter ihren gemeinsamen Anteil von 17,5 (1980) auf 21,3% (1987) aller Betriebsräte in Galicien steigern konnten.<sup>18</sup>

Das eher schwache Abschneiden der galicischen nationalistischen Linken bei den Wahlen jener Jahre (siehe Tab. 1) verdeckt leicht einige andere Entwicklungen: das Wachstum der Gewerkschaftsbewegung in der Industrie und auf dem Lande – im Zuge der Proteste gegen die Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge in den siebziger Jahren und gegen die EG-Agrarpolitik in den achtziger und neunziger Jahren –, das Erstarken der Studentenbewegung und die Tatsache, daß die „volksnationalistische“ Strömung von 1975 bis 1985 eine relativ solide organisatorische Struktur im ländlichen und kleinstädtischen Bereich aufbauen und damit den galicischen Zweig der spanischen Kommunisten (PCG) völlig an den Rand drängen konnte.<sup>19</sup> Dies zeigte sich etwa bei den ersten Kommunalwahlen (1979), bei denen der BNPG fast ebenso viele Kandidaten wie der PSOE aufstellte. Die soziale Gliederung der Mitgliedschaft der Bewegung zeigte eine starke Präsenz unter den städtischen und kleinstädtischen Mittelschichten sowie unter Beamten (vor allem Lehrer und Professoren) und Angestellten der Industrie und des tertiären Sektors. Dabei war die Beteiligung von Bauern und qualifizierten sowie nichtqualifizierten Industriearbeitern an dem BNPG (und seinen Nachfolgeorganisationen) nicht zu unterschätzen. Im Gegensatz dazu beschränkte sich die Mitgliedschaft des PSG-EG auf die Intelligenzia und die Mittelschichten, und seine Wählerschaft konzentrierte sich vor allem in den Großstädten.<sup>20</sup>

Von 1981 bis 1989 funktionierte der PSG-EG vor allem als Ideenwerkstatt, um die neugeschaffenen Institutionen der Autonomen Gemeinschaft mit Leben zu füllen. Mehr als 70% der von dem galicischen Parlament angenommenen Gesetzesvorlagen waren von Nogueira und seinen Mitarbeitern ausgearbeitet worden, die auf diese Weise die fehlende Begeisterung von PSOE, UCD und Alianza Popular/Partido Popular (PP, spanische Volkspartei) für die Sache der Autonomie wettmachten.

---

<sup>18</sup> Vgl. INGRID FÜHRER-RIES: Gewerkschaften in Spanien. Vom Klassenkampf zu kooperativen Strategien, Frankfurt am Main 1991, S. 265-270; A semente do 72, a forza da nosa clase. Vintecinco aniversario do dez de marzo (1972-1997), hrsg. von CARLOS DÍAZ-MARTÍNEZ, A Coruña 1997; XAN LEIRA: Manuel Mera. A paixón militante, Vigo 2000.

<sup>19</sup> Zur Entwicklung der durch die Nationalisten beeinflussten Studentenorganisationen und Gewerkschaften vgl. ERGA. Un lume que predeu, Santiago de Compostela 1997, und Na Defensa da Terra: Xove, As Encrobas, Baldaio, Autopistas ... Crónica do nacionalismo na Transición, Sonderheft von: Cadernos A Nosa Terra de Pensamento e Cultura 23 (1997).

<sup>20</sup> Vgl. BERAMENDI, NÚÑEZ: O nacionalismo (wie Anm. 4), S. 283 f.; LUÍS DOMÍNGUEZ-CASTRO, XOSÉ-RAMÓN QUINTANA: Contribución a una sociología de los actores políticos en la Galicia de los inicios de la Transición democrática, in: II Jornadas Internacionales sobre Historia Contemporánea y Nuevas Fuentes, hrsg. von JOSEP-MARÍA SANTACREU-SOLER, Alicante 1997, S. 357-378; XOSÉ-MANOEL NÚÑEZ: Radicais e pragmáticos: Do nacionalismo galego a finais do século XX, in: Grial 138 (1998), S. 313-348, bes. S. 323 f.

Tabelle 1: Prozentualer Wähleranteil der nationalistischen Parteien Galiciens (in %)

Spanische Parlamentswahlen

1977	1979	1982	1986	1989	1993	1996	2000
6,72	11,22	4,61	11,9	9,52	13,97*	13,1	18,8

Wahlen zum Regionalparlament

1981	1985	1989	1993	1997	2001
12,73	24,77	15,41	22,34*	25,1	22,8

\* Hier sind die Stimmenanteile des Wahlbündnisses von Esquerda Unida und Unidade Galega (UG-EU) enthalten, von denen nur letztere als nationalistisch bezeichnet werden kann. Der BNG erreichte 1993 bei den allgemeinen Wahlen 8% der Stimmen, bei den Regionalwahlen desselben Jahres 18,8%.

Daneben gab es noch eine kleinere Strömung eines politisch mitte-rechts angesiedelten bzw. christlich-demokratischen Nationalismus, der jedoch gesellschaftlich niemals Fuß fassen konnte und dessen Parteiorganisationen schließlich in den rechten und linken Staatsparteien aufgingen. Die Gründe dafür waren nicht nur der Mangel an aktiver Unterstützung der regionalen Oberschichten, sondern auch die ablehnende Haltung der galicischen katholischen Kirche gegenüber der galicischen Sprache und jeder Form des peripheren Nationalismus (und sogar des Regionalismus), was – im Gegensatz zum Baskenland und Katalonien, aber auch zur Bretagne und zum französischen Baskenland – die Konsolidierung eines regionalen christlich-demokratischen Gedankenguts verhinderte.<sup>21</sup> Auch dem Experiment der 1984 gegründeten *Coalición Galega* [Galicische Koalition, CG], die einen Großteil des Kazikentums des Spätfranquismus und der UCD in den ländlichen Gebieten der Provinzen Lugo und Ourense aufnahm, war nur zeitweiliger Erfolg beschieden. Von 1987 bis 1989, nach mehrfacher Umgestaltung, regierten die CG und eine ihrer Abspaltungen, die Galicische Nationalistische Partei (PNG), zusammen mit dem regionalen Zweig der PSOE und unterstützt von fünf Abtrünnigen der PP in einer Koalition der Autonomen Gemeinschaft. In den neunziger Jahren verschwand die CG dann praktisch von der politischen Bühne, nachdem die meisten ihrer lokalen Vertreter zum PP oder zum PSOE übergelaufen waren.<sup>22</sup> Die organisatorische Vielfalt und das Festhalten an einer politischen Kultur des „Widerstands“, die eher zu einem Untergrunddasein als in ein gefestigtes demokratisches System paßte,

<sup>21</sup> Über die Haltung der galicischen Kirche zur galicischen Kultur vgl. DANIEL LÓPEZ-MUÑOZ: *O idioma da Igrexa en Galicia*, Santiago de Compostela 1989. Trotzdem fand der linksorientierte Nationalismus eine stärkere Resonanz bei den katholischen Basisbewegungen. Vgl. XOSÉ-ANTÓN MARTÍNEZ GARCÍA: *A Igrexa antifranquista en Galicia* (1965-1975), Sada, A Coruña 1995.

<sup>22</sup> Vgl. RAUL SOUTELO u.a.: *Transición y élites políticas: el nacimiento de Coalición Galega en Ourense*, in: *Historia de la Transición* (wie Anm. 15), S. 475-495.

wirkten sich fatal auf die tatsächliche Präsenz des galicischen Nationalismus im politischen Leben aus. Erst Ende der achtziger Jahre sollte sich das ändern.

### Das unerwartete Wachstum der Nationalisten in den neunziger Jahren

Gegen Ende der achtziger Jahre legte der marxistisch-leninistische Nationalismus sein radikales Gebaren ab und begann, die Autonomie als ersten Schritt auf dem Wege zu einer eigenständigen galicischen Regierung zu betrachten. Vor allem Beiras, der ehemalige Führer des PSG, der den BNG ab 1982 anführte, radikalisierte einerseits seine ideologischen Postulate und setzte andererseits eine stark pragmatische Linie durch<sup>23</sup>, die die Beteiligung der Koalition in den verschiedenen politischen Institutionen einschloß. Der „baskische“ Weg war als Irrweg erkannt worden, und der BNG hörte auf, die Rolle der baskischen radikalen und ETA-nahen Koalition „*Herri Batasuna*“ (HB) zu spielen. Von einigen taktischen Korrekturen einmal abgesehen, hat sich diese allmähliche Reorientierung zwar nicht direkt in einer ideologischen Überarbeitung der von den Linksnationalisten vertretenen Thesen niedergeschlagen. Aber dem BNG gelang es aufgrund der Mäßigung seines Diskurses und seiner Praxis, in das Terrain des PSG-EG einzudringen und 1994 schließlich die Mehrheit von dessen Mitgliedern aufzunehmen. Am entgegengesetzten Rand des politischen Spektrums schaffte es der ehemalige Minister der frankistischen Diktatur Manuel Fraga (geboren 1922) nach seiner Thronbesteigung im galicischen PP im Jahr 1989, sich als Präsident der „*Xunta*“, der Regionalregierung, an der Macht zu halten, den politischen Diskurs des gemäßigten, konservativen *Galeguismus* zu besetzen und dabei die Festigung des Systems der Autonomen Gemeinschaften voranzubringen.

Als Fraga im Dezember 1989 die Regionalwahlen gewann und den PP in Santiago de Compostela an die Macht brachte, sagten die Nationalisten für Galicien „stürmische Zeiten“ voraus. Paradoxerweise bewirkte Fraga indirekt den Zusammenschluß der Nationalisten zur wichtigsten Gruppe der Opposition, als er ein neues Wahlgesetz erließ, das die Fünfprozenthürde bei Regionalwahlen einführte. Mit dieser Maßnahme hatte er eigentlich den Einzug nationalistischer Linksparteien in den galicischen Landtag verhindern wollen, erreichte jedoch deren Einigung. So wurde der BNG zum Auffangbecken für fast das gesamte politische Spektrum des galicischen Nationalismus der neunziger Jahre. Den verschiedenen Gruppen war nur die Definition „nationalistisch“ und die Berufung auf das Erbe des galicischen Nationalismus des Zeitraums 1916-1936 gemeinsam. Sie reichten vom gemäßigten sozialdemokratischen PNG bis zu den revolutionären Befürwortern der Unabhängigkeit, über die klassischen Kommunisten, den Marxismus-Leninismus (UPG), den sozialistischen Befürwortern der Unabhängigkeit (Nationalistische Linke, *Esquerda Nacionalista*), den klassischen Sozialdemokraten (Galicische Ein-

---

<sup>23</sup> Vgl. XOSÉ-MANOEL BEIRAS: *Constitución española e nacionalismo galego*, A Coruña 1985.

heit, *Unidade Galega*) bis hin zu Hunderten nicht-parteigebundenen Mitgliedern, die die Mehrheit der Anhänger des BNG bildeten. Außerhalb des BNG existierte seither nur noch eine organisatorisch stark zersplitterte Minderheit radikaler Nationalisten.<sup>24</sup>

Es ist dem BNG also gelungen, sein radikales, marxistisch-leninistisches Image abzulegen, indem er ein realistisches, klassenübergreifendes Programm mit konkreten Maßnahmen entwarf und die sozialen und wirtschaftlichen Spannungen ausnutzte, die der EG-Beitritt Spaniens im Jahr 1986 in Galicien ausgelöst hatte. Eine effektive, gut durchstrukturierte Parteiorganisation, die charismatische Führungspersönlichkeit von Beiras und die Botschaft, realpolitische Möglichkeiten auszunutzen anstatt Maximalforderungen zu stellen – dies alles sprach für den BNG, der sich als Verteidiger der galicischen Erwerbsbevölkerung gegen die „Bedrohung“ durch die wirtschaftliche Rezession und die nachgiebige Haltung gegenüber der EG darstellte.<sup>25</sup> Seit 1993 konnte der BNG einen Großteil der Jungwähler sowie des Potenzials der linken und der Mittelklassewähler für sich gewinnen.<sup>26</sup> Er entwickelte sich von einer vor allem im ländlichen Umfeld vertretenen Partei, die ihre besten Wahlergebnisse in vereinzelt Hochburgen und in den Kleinstädten erzielte, zu einer politischen Kraft, die zwischen 1997 und 1999 den PSOE in fast allen Großstädten und in den meisten mittelgroßen Städten überrundete. Dagegen blieb

---

<sup>24</sup> Für die Geschichte der Gruppierungen und Tendenzen des galicischen Nationalismus, die sich für die völlige Unabhängigkeit des Landes erklärt haben, vgl. Por umha Galiza independente, hrsg. von DOMINGOS-ANTÓN GARCÍA, Santiago de Compostela 2000.

<sup>25</sup> Zur ablehnenden Haltung gegenüber der EG/EU, die sich schon in den siebziger Jahren ausdrückte, vgl. LUÍS DOMÍNGUEZ-CASTRO, XOSÉ-RAMÓN QUINTANA: El discurso internacional del nacionalismo gallego durante la Transición a la democracia, in: La política exterior en España en el siglo XX, hrsg. von JAVIER TUSELL, Madrid 1997, S. 633-644; BLOQUE NACIONALISTA GALEGO: O Tratado da Unión Europea (TUE) asinado en Maastricht, in: A Trabe de Ouro 12 (1992), S. 157-166. Seit 1998, im Laufe seiner Ausbreitung, hat der BNG allmählich eine neue, pragmatischere Haltung gegenüber der „neuen Wirkungsebene“ und den „breiteren Möglichkeiten“, die die Konsolidierung der EU und ihrer Regionalpolitik anbietet, eingenommen. Die Tatsache, daß bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 1999 der BNG einen Abgeordneten in Straßburg erreicht hat, hat die Tendenz, die Ablehnung durch den Pragmatismus zu ersetzen, deutlich verstärkt. Zu den Implikationen der europäischen Integration für die Wirtschaft und Politik Galiciens vgl. auch die vergleichende Studie von NIELS LANGE: Zwischen Regionalismus und europäischer Integration. Wirtschaftsinteressen in regionalistischen Konflikten, Baden-Baden 1998.

<sup>26</sup> Seit Beginn der neunziger Jahre gibt es zwei parallele Tendenzen bei der Altersgruppe unter 30 Jahren, besonders bei den 18- bis 25-Jährigen: die Zunahme der Stimmen für den BNG und die gleichzeitige Stärkung des PP bei entsprechender Schwächung des PSOE. Vgl. A Mocidade Galega. Informe 1993, Santiago de Compostela 1993, S. 243 ff., und XOÁN LEIRA-LÓPEZ: A Xuventude ferrolá. Composición, estrutura e expectativas, Ferrol 1995, S. 121-124. Den Angaben des CIS zufolge stimmten in den Regionalwahlen 1997 etwa 60% der Jugendlichen, die zum ersten Mal an Wahlen teilnahmen, für die Nationalisten. Vgl. La Voz de Galicia, 24.10.1997, S. 4.

seine Mitgliedschaft in den siebziger und achtziger Jahren auf die Mittelschichten, Beamten, Professoren und Studenten im städtischen Bereich sowie auf die Pachtbauern, Kleinunternehmer, Beamten und qualifizierten Arbeiter im ländlichen und kleinstädtischen Bereich beschränkt. Die Mehrheit der BNG-Mitglieder ist heute allerdings besser ausgebildet als der Durchschnitt der galicischen Bevölkerung.

Da die zunehmenden Wahlerfolge der inneren ideologischen Heterogenität des BNG bisher keinen Abbruch getan haben, stellt sich die Frage nach der Weiterentwicklung und Durchführbarkeit des Programms dieser Sammelpartei. Gerade das Selbstverständnis des BNG als eine pluralistische Front, die sich auf den Nationalismus als Kernidee und auf die als „grundlegenden Widerspruch“ verstandene Dichotomie zwischen Galicien und Spanien gründet, garantiert den internen Zusammenhalt. Dabei hat das Zusammenleben sehr unterschiedlicher Gruppierungen, Tendenzen und Parteien hinsichtlich ihrer sozialen Programme und politischen Ziele zu einer wenig flexiblen inneren Dynamik und sogar zum Mangel an demokratischer Beteiligung der Parteimitglieder an den Entscheidungsprozessen geführt.

Letztlich ist eben diese Dualität ausschlaggebend für den Anspruch, die gemeinsamen Interessen aller Galicier zu verteidigen: In der VI. Nationalversammlung des BNG von 1993 wurde diese Rahmenstrategie als „gemeinsames Projekt“ definiert. Und als solche wird der BNG von vielen Bürgern wahrgenommen: 1998 sahen 37,4% der galicischen Bevölkerung die Nationalisten als die besten Verteidiger der sogenannten „galicischen Interessen“; und Mitte der neunziger Jahre gaben 35% der BNG-Wähler „die Verteidigung der galicischen Interessen“ als ersten Grund an, für die Nationalisten zu stimmen.<sup>27</sup> Auf dem 7. Parteitag (Ferrol 1995) bestätigte der BNG nochmals seine grundsätzlich linksorientierten ideologischen Leitlinien, die an die traditionellen Thesen der UPG (Schema Zentrum – Peripherie, Galicien als Kolonie) anknüpften, dabei aber ein sozialdemokratisch zugeschnittenes Programm (u.a. gesellschaftliche Reformen, staatliche Eingriffe zum Ausgleich von sozialen Ungleichheiten und ein weitreichendes Sozialsystem) aufwies und mit einem politischen Programm einhergingen, das in seiner populistischen Tendenz vor allem auf die Stärkung der Autonomie Galiciens ausgerichtet ist. Auf diese Weise will man die galicischen Produktivkräfte vor der Bedrohung durch die nachteiligen Folgen der EU-Politik schützen. Das politische Endziel der Nationalisten bleibt einigermaßen unbestimmt: Obwohl der Zweck der galicischen Selbstbestimmung nicht aufgegeben wird, betrachtet man die Autonomie im jetzigen politischen System als einen ersten Schritt auf dem Weg zum Aufbau der galicischen Nation. Die Nationalisten treten zur Zeit eher für eine Neuordnung des spanischen Staats als Bundesstaat oder Staatenbund ein, bei dessen Bildung Galicien als einer der Nationen des multinationalen spanischen Staates eine Schlüsselrolle zukäme. Diese Postulate wurden durch die VIII. (1998) und IX. Versammlung des BNG (2001) wieder bestätigt und haben sich teilweise in der sogenannten

---

<sup>27</sup> Vgl. RAMÓN MÁIZ: Nación de Breogán: Oportunidades políticas y estrategias enmarcadoras en el movimiento nacionalista gallego (1886-1996), in: Revista de Estudios Políticos 92 (1996), S. 33-75.

„Erklärung von Barcelona“ (Juli 1998) niedergeschlagen, die gemeinsam von der katalanischen CiU, der Baskischen Nationalistischen Partei (PNV) und dem BNG unterzeichnet wurde. Innerhalb des BNG gibt es jedoch noch immer Verfechter der Unabhängigkeit bzw. einer föderativen Staatsstruktur.<sup>28</sup>

Der BNG beherrscht heutzutage das ideologische und wahlpolitische Feld des galicischen Nationalismus, vor allem nachdem die letzten Versuche, eine „galeguistische“ Mitte-Rechts-Alternative zu schaffen, fehlgeschlagen sind. Meist handelte es sich dabei um kurzfristig angelegte politische Schachzüge ehemaliger PP-Mitglieder, um unabhängige Kandidaten auf kommunaler Ebene oder um erfolglose Politiker, die in die politische Arena zurückkehren wollten, ohne über ausreichenden gesellschaftlichen und organisatorischen Rückhalt zu verfügen. Der galicische PP hält sich unerreichbar bei einem Stimmenanteil von 50% und hat die verschiedenen konservativen lokalen Eliten und deren „Pfründe“ gut integriert. In Anbetracht seiner populistischen, relativ galeguistischen Programmaussagen, die anknüpfend an das Erbe des galicischen Regionalismus und Nationalismus des ersten Drittels des 20. Jahrhunderts sogar zur Entstehung eines eigenen regionalistischen Gedankenguts geführt haben, scheint die Entstehung einer konservativen nationalistischen Partei in Galicien eher unwahrscheinlich.<sup>29</sup> Fraga appelliert ebenso wie die organischen Intellektuellen des galicischen PP im allgemeinen nicht an den Begriff des „Nationalismus“, vermeidet dabei den Gebrauch des Worts „Regionalismus“ und verwendet eher das neue Schlagwort „Selbstidentifizierung“. Dies wird als ein Gefühl regionaler Zugehörigkeit mit tiefen kulturellen Wurzeln definiert und setzt die bewußte Verteidigung der Sprache und Kultur des Landes voraus, ohne aber Galicien als ein souveränes Subjekt zu konzipieren. Statt dessen werden die Verfassungsloyalität sowie der Glaube an Spanien als einzige, aber kulturell vielfältige Nation hervorgehoben.<sup>30</sup> Damit sind die galicischen Konservativen zu den besten

---

<sup>28</sup> Vgl. BNG, VII Asemblea Nacional. Ponencia Política, o.O., o.J. (1995), S. 5 ff.; BNG, VIII Asemblea Nacional. Ourense, 27-28 de xuño de 1998, o.O., 1998, S. 23-32; vgl. auch RAMÓN MÁIZ: „España“ y „Estado Español“ en el discurso político del nacionalismo gallego histórico (1886-1993), in: *Historia y Política* 4 (2000), S. 171-208, bes. S. 192-205.

<sup>29</sup> Vgl. die oberflächliche Beschreibung von NIEVES LAGARES-DÍAZ: *Génesis y desarrollo del Partido Popular de Galicia*, Madrid 1999, S. 281-305. Zur Entwicklung des autonomistischen und regionalistischen Gedankens Manuel Fragas vgl. seine Werke: *Da acción ó pensamento*, Vigo 1993; DERS.: *Administración única. Una proposta desde Galicia*, Barcelona 1993; DERS.: *Impulso autonómico*, Barcelona 1994; DERS.: *A contribución de Brañas á identificación dunha política galega*, Santiago de Compostela 1999. Eine Zusammenfassung der Ansichten Fragas über die nationale Frage im heutigen Spanien kann man in einem Interview mit dem Journalisten R.L. Acuña finden: RAMÓN-LUIS ACUÑA: *Las tribus de Europa*, Barcelona 1994, S. 373-382, sowie bei XOSÉ-LUÍS BLANCO-CAMPAÑA: *Manuel Fraga Iribarne, galego universal*, Vigo 2000.

<sup>30</sup> Zum Konzept der „Selbstidentifizierung“ vgl. FRANCISCO PUY: *Ensaio acerca da nosa autoidentificación*, Santiago de Compostela 1990.

Verfechtern der „regionalistischen Tendenz“ innerhalb des Spektrums des spanischen Nationalismus der Rechten geworden.<sup>31</sup>

Die Nationalbewegung Galiciens hat sich in den letzten Jahren des 20. Jahrhunderts (1995-2000) organisatorisch und aufgrund der Wahlerfolge konsolidiert, sowohl bei den Regional- und Kommunalwahlen (1995: 13,1%; 1999: 18,5%) als auch bei den spanischen Parlamentswahlen (1996: 13,4% und zwei Abgeordnete; 2000: 19% und drei Abgeordnete). Schon bei den Kommunalwahlen von 1995 zeichnete sich die Festigung des Nationalismus als eine nicht zu vernachlässigende politische Kraft in Galicien ab. Die Absprachen mit dem PSOE auf lokaler Ebene drückten mit der Zusammenarbeit mit den Nationalisten eine Kehrtwendung in der Haltung des PSOE aus, um in Zukunft die Mehrheit des PP zu brechen. Die Kommunalwahlen im Jahr 1999, in denen die Nationalisten ihre Wahlergebnisse in den Städten deutlich verbesserten (21,8% in jenen Gemeinden, die über 50 000 Einwohner zählten), haben es ermöglicht, daß eine Koalition zwischen PSOE und BNG in fünf der sieben Städte Galiciens regiert, drei davon mit nationalistischen Bürgermeister.

Allerdings haben die unterschiedlichen Meinungen zu diesem Thema bei den galicischen Sozialisten in den letzten Jahren zu zahlreichen Reibereien geführt. Daneben gibt es noch andere Umstände, die es den galicischen Sozialisten erschweren, eine eindeutig galeguistische Aussage zu formulieren. Einige ihrer Führer, wie der Bürgermeister von A Coruña, Francisco Vázquez, lehnen die Normalisierung der galicischen Sprache ab, bevorzugen Spanisch als einzige Amtssprache und scheinen in der Politik die kommunale der regionalen Ebene vorzuziehen.<sup>32</sup> Vor den Regionalwahlen im Oktober 1997 hatte der PSdG-PSOE in der Erwartung eines Wahlsiegs erklärt, er befinde sich von PP und BNG gleich weit entfernt. Das Ergebnis war eine historisch zu nennende Niederlage. Erst in den letzten zwei Jahren hat sich der galicische PSOE für die Annäherung an eine eher föderalistische Doktrin ausgesprochen, die derjenigen des katalanischen Zweigs des PSOE gleicht und die Umwandlung Spaniens in einen asymmetrischen Bundesstaat sowie die Wiederbelebung der galicischen Kultur und Sprache fordert.<sup>33</sup> Ohne den Appell an die Förderung der regionalen Identität kann keine Partei die Regionalwahlen in Galicien gewinnen.

---

<sup>31</sup> Vgl. XOSÉ-MANOEL NÚÑEZ: What Is Spanish Nationalism Today? From Legitimacy Crisis to Unfulfilled Renovation (1975-2000), in: *Ethnic and Racial Studies* 24 (2001), 5, S. 719-752.

<sup>32</sup> Vgl. die Ausführungen zu Francisco Vázquez bei JOSÉ-ANTONIO SILVA: V de Vázquez, Barcelona 1994, S. 89-92.

<sup>33</sup> Vgl. z.B. EMILIO PÉREZ-TOURIÑO: A Galicia emprendedora, Vigo 2000; DERS.: En clave de País, Santa Comba 2001, S. 21-53.

## Nationalisten im Land der Regionalisten

Auf der 7. Parteiversammlung des BNG stellten die Parteiangehörigen selbstkritisch fest, daß die Mitgliederzahl der Organisation trotz einer Verdopplung in den letzten fünf Jahren im Vergleich zu den Wahlerfolgen noch immer sehr niedrig sei.<sup>34</sup> Trotzdem hat es die allmähliche Mäßigung der politischen Praxis dem BNG ermöglicht, seinen sozialen Einfluß auf breitere Schichten der galicischen Gesellschaft auszudehnen. Dabei bleibt die stärkste Partei innerhalb des Bündnisses, die UPG, immer noch ihren grundsätzlichen ideologischen Postulaten der siebziger Jahre treu, obwohl der letzte Parteitag der UPG (Oktober 2000) die schrittweise Mäßigung ihrer politischen Praxis bestätigte. Den Schlußfolgerungen des Parteitags zufolge dürfen auch die regionalen und lokalen Institutionen genutzt werden, um den Prozeß der Selbstbestimmung Galiciens voranzubringen. Trotzdem soll dem Vorsitzenden der UPG und Vizepräsidenten des galicischen Landtags Bautista Álvarez zufolge der Begriff der Selbstbestimmung nicht mit einer konkreten Wahl oder Volksabstimmung gleichgesetzt, sondern eher in einer „dynamischen“ Weise interpretiert werden. Gemeint ist ein allmählicher Prozeß der Eroberung der Selbstverwaltung und Autonomie.<sup>35</sup>

Allerdings ist der Prozeß der galicischen Nationsbildung noch weit davon entfernt, das Denken eines Großteils der Gesellschaft zu bestimmen, so daß Galicien nur für eine Minderheit der Bevölkerung ihre bevorzugte „imaginierte Gemeinschaft“ ist. In diesem Zusammenhang ist auf folgendes allen Nationalismusforschern wohlbekanntes Problem zu verweisen: Das Nationalbewußtsein und die Identität eines bestimmten Kollektivs sind ständigen Wandlungen unterworfen, so daß die Wahlergebnisse nicht als einziger Indikator genommen werden können. Wenn unter galicischer Nation hier die Menge aller Einwohner Galiciens verstanden wird, die glaubt, daß Galicien eine Nation ist (also eine Einheit mit kollektiven politischen Rechten und dem Recht auf Selbstbestimmung), dann ist diese Gruppe mit etwa 15 bis 20% der Gesamtbevölkerung noch in der Minderheit, und sie ist dabei auch recht zersplittert. Wenn wir dem Diktum von Max Weber folgen, die Nation existiere nur im Bewußtsein ihrer Angehörigen, oder – wie es Seton-Watson formuliert hat – die Nation bestehe aus denjenigen Individuen, die fest überzeugt davon seien, eine Nation zu bilden, dann ist die „galicische Nation“ höchstens für ein Fünftel der Bevölkerung Galiciens eine Tatsache. Sie definieren Galicien als ihre *putative nation* (wie es R. Brubaker nennt).<sup>36</sup>

<sup>34</sup> BNG, VII Asemblea Nacional. Ponencia de organización, S. 9.

<sup>35</sup> Vgl. Discursos e resolucións do X Congreso da UPG. Pontevedra, 28 e 29 de Outubro de 2000. Programa e Estatutos, Santiago de Compostela 2000; BAUTISTA ÁLVAREZ: Autonomía e autodeterminación, in: Terra e Tempo 8 (1998), S. 6 ff.

<sup>36</sup> Vgl. MAX WEBER: Wirtschaft und Gesellschaft. Umriß der verstehenden Soziologie, Tübingen 1922 [Ich zitiere nach der spanischen Ausgabe: Economía y Sociedad. Esbozo de sociología comprensiva, Mexiko 1984, S. 678-682]; HUGH SETON-WATSON: Nations and States. An Inquiry into the Origins of Nations and the Politics of Nationalism, London 1977; ROGERS BRUBAKER: Nationalism Reframed, Cambridge 1996, S. 7-10.

Die gesellschaftliche Repräsentanz der nationalistischen Industrie- und Landarbeitergewerkschaften ist bemerkenswert. Das gilt nicht in gleichem Maße für die nicht-parteebundenen Bürgerinitiativen, deren Mitglieder anderen Bereichen der Zivilgesellschaft entstammen, die sich ebenfalls mit den vom Nationalismus vertretenen Grundsätzen identifizieren. Teilweise liegt dies sicher an der schwachen Tradition einer galicischen Zivilgesellschaft nach dem Bürgerkrieg von 1936. Aber es ist auch auf die seit der demokratischen Transition herrschende politische Kultur innerhalb der galicischen Nationalbewegung zurückzuführen, die von einem gewissen Sektierertum und von dirigistischen Tendenzen gekennzeichnet war und daher diese „unkontrollierten“ Initiativen nicht immer mit Wohlwollen betrachtete.<sup>37</sup> Wie kürzlich der Vorsitzende der *Mesa pola Normalización Lingüística* (MNL), eines 1986 gegründeten Bürgerforums zur Förderung der galicischen Sprache, ausführte, ist ein Beispiel dafür die Forderung nach der Normalisierung der galicischen Sprache, deren gesellschaftliche Unterstützung sich bisher nicht in den Wahlergebnissen der Nationalisten ausdrückt, obwohl sich die Situation in den letzten Jahren verbessert hat.<sup>38</sup> Der kulturellen Produktion auf Galicisch fällt es immer noch schwer, sich auf dem Markt gegen die spanische Kultur durchzusetzen.<sup>39</sup> Dafür ist u.a. das Fehlen eines umfassenden Konsenses innerhalb der nationalistischen „Gemeinschaft“ zur Normierung des Galicischen verantwortlich, da es die ideologischen Differenzen und der Einfluß der oben erwähnten politischen (Un-)Kultur fast unmöglich machen, zu einer Übereinstimmung zu kommen und unfruchtbare Diskussionen zu vermeiden.<sup>40</sup>

---

<sup>37</sup> Eine eindeutige Kritik an dieser politischen Kultur, deren wichtigster Vertreter die UPG ist, findet sich in XAQUÍN FERNÁNDEZ-LEICEAGA u.a.: *Catro ensaios sobre a esquerda nacionalista*, Santiago de Compostela 1990.

<sup>38</sup> Vgl. XOSÉ-MANOEL SARILLE: *O idioma como anécdota*, in: *A Nosa Terra* vom 17.4.1996, S. 7; Interview mit Concha Costas, in: *A Nosa Terra* vom 6.11.1997, S. 9.

<sup>39</sup> Vgl. auf Deutsch FRANCK MEYER: *Das galicische Verlagswesen*, in: *Galicien-Magazin* 9 (2000), S. 28-33.

<sup>40</sup> Es existiert zwar eine Normierung, die 1982 vom *Instituto da Lingua Galega* [Institut der galicischen Sprache] ausgearbeitet, von der *Real Academia Galega* bestätigt und 1983 von der Regionalregierung offiziell eingeführt wurde, doch ein großer Teil der nationalistischen Bewegung lehnt sie ab. Die Nationalisten schlagen entweder eine alternative Norm mit einigen Veränderungen vor (so z.B. die vom BNG, der nationalistischen Wochenzeitung *A Nosa Terra* und der MNL vorgeschlagene „Minimalnorm“), oder eine Norm, die das Galicische orthografisch dem Portugiesischen angleicht, aber auch einige Varianten aufweist. Der BNG sieht in seinem Parteiprogramm die „Normfreiheit“ für die zukünftige Sprachpolitik einer nationalistischen Regionalregierung vor, solange das Grundproblem nicht gelöst werde, nämlich die umfassende gesellschaftliche Normalisierung der Sprache. Zur Einführung in das Thema JOHANNES KABATEK: *Der Normenstreit in Galicien: Versuch einer Erklärung*, in: *Zeitschrift für Lusitanistik* 18 (1992), S. 5-83; *Estudios de sociolingüística galega*, hrsg. von HENRIQUE MONTEAGUDO, Vigo 1995; und XOSÉ-MANOEL NÚÑEZ: *Lengua y nacionalismo en Galicia en el siglo XX: Un desencuentro histórico y algunos dilemas en el futuro*, in: *Revista de Antropología Social* 6 (1997), S. 165-191.

Es ist problematisch zu behaupten, die Zunahme der Wählerstimmen für die Nationalisten komme einem entsprechenden Anstieg des Nationalbewußtseins der Einwohner Galiciens gleich. Für einige Beobachter ist der Stimmenzuwachs für den BNG lediglich darauf zurückzuführen, daß dieser in Galicien die Stelle besetze, die in anderen Regionen der spanischen Linkskoalition „*Izquierda Unida*“ zufalle. Andere meinen, der BNG fange die Stimmen der enttäuschten PSOE-Wähler auf; wieder andere schließlich gehen davon aus, daß die moderatere Selbstdarstellung der Partei den BNG auch für Teile der Bevölkerung wählbar mache, die sich nicht unbedingt als galicische Nationalisten fühlten. Zahlreiche dem BNG nahestehende Politiker und Journalisten vertreten die entgegengesetzte Meinung, nach der sich der BNG noch immer dort befinde, wo er Anfang der achtziger Jahre gestanden habe. Vielmehr habe sich die Gesellschaft verändert und fühle sich nun seinen Standpunkten näher, da sie von einem gestärkten Nationalbewußtsein oder auch einem intensiveren Wunsch nach Verteidigung der gemeinsamen Identität erfaßt sei. Die Wahrheit liegt irgendwo in der Mitte. Die heutige BNG-Wählerschaft ist sehr vielgestaltig, und es gibt gesellschaftliche Gruppen, die im BNG den Verteidiger galicischer Interessen sehen und ihn wegen seinen praktischen Vorschlägen wählen. Diese Wählerschaft ist zahlenmäßig stärker als jene mit eindeutig nationalistischer Ideologie oder mit galicischem Nationalgefühl, wie Beiras selbst zugibt. Auch die einzige verfügbare Untersuchung zum Thema geht davon aus, daß die BNG-Wähler sich selbst als überwiegend links bzw. in der politischen Mitte stehend definieren. Mehr als die Hälfte von ihnen bezeichnet sich als „*galeguistas*“. Diese Bezeichnung beanspruchen aber auch ein Drittel der Wähler der PP und der PSOE für sich.<sup>41</sup> Die Nationalisten haben zudem die Stimmen der Zukunft, nämlich die der Jugendlichen und der neuen städtischen Mittelklassen.

Nichtsdestoweniger steht fest, daß die Zunahme der Wahlerfolge des BNG mit einem Anstieg des Nationalbewußtseins in der Bevölkerung Galiciens einhergeht, auch wenn ähnlich wie in Katalonien und im Baskenland bislang noch die „Doppelidentität“ überwiegt, nur ausgeprägter als dort. Den Nationalisten ist es teilweise gelungen, das in der Bevölkerung weit verbreitete Gefühl der galicischen Identität auf sich zu konzentrieren und politisch umzusetzen, ebenso wie es Manuel Fraga am entgegengesetzten Extrem des Wählerspektrums realisiert hat. Jetzt heißt es für die Nationalisten, diese Identität mit konkreten Inhalten zu füllen.

Dies ist für die Nationalisten die größte Herausforderung, da die galicische Bevölkerung noch weit davon entfernt ist, eine Nation im subjektiven Sinne zu bilden. Die wenigen vorliegenden Untersuchungen zum galicischen Regional- und Nationalbewußtsein können allerdings nur Richtwerte geben. Laut einer 1994 ver-

---

<sup>41</sup> Vgl. El País vom 21.10.1997, S. 18. Gemäß einer ausführlichen Untersuchung stammen die BNG-Wähler mehrheitlich aus dem Links- oder Mitte-Links-Bereich (70%), wobei sie im Vergleich zu den Wählern der PSOE eher zur Mitte tendieren; hinsichtlich des Nationalbewußtseins bezeichnen sich 51% der BNG-Wähler als *Galeguisten* gegenüber 36% der PP-Wähler und 34% der Wähler der PSOE; 46% bezeichnen sich als neutral gegenüber 53% der Wähler der PP und der PSOE. Vgl. La Voz de Galicia vom 21.10.1997, S. 60.

öffentlichten Studie des Madrider CIS (*Centro de Investigaciones Sociológicas*) bezogen sich 18% der Galicier auf ihr Land als eine „Nation“, 59% fühlten sich ebenso als Spanier wie als Galicier, 23% eher als Galicier und 1% nur als Galicier. 1996 sprachen 16,4% der Galicier von ihrem Land als einer „Nation“ (gegenüber 34,1% in Katalonien und 39,5% im Baskenland). 1990 hatten sich 21,1% der Galicier für eine umfassendere Autonomie ausgesprochen, 11,2% für einen Bundesstaat und 2,2% für das Recht auf Selbstbestimmung. Sechs Jahre später war der Anteil der Befürworter des Selbstbestimmungsrechtes auf 5,8% angestiegen.<sup>42</sup> Diese Neigung hat sich im Laufe der letzten fünf Jahre deutlich stabilisiert. 1998 waren 17,9% der galicischen Bürger der Meinung, daß Galicien eine Nation sei, während 72,3% Galicien für eine Region hielten. Jedoch definierten 33,7% der BNG-Wähler Galicien als eine Nation gegenüber 14,1% der Wähler des PSOE und 11% der PP-Wählerschaft (siehe Tab. 2). Darüber hinaus weisen die Umfragen auch darauf hin, daß das Gefühl einer doppelten Identität, ebenso Spanier wie Galicier zu sein, auch von 46,8% der nationalistischen Wähler geteilt wird (siehe Tab. 3). Lediglich 12,3% der Wähler des BNG verstehen sich nur als Galicier.

Tabelle 2: Wahrnehmung Galiciens in der galicischen Bevölkerung nach Wahlpräferenzen, 1998 (in %)

	Nation	Region	Andere
PP	11,0	82,0	7,0
BNG	33,7	58,1	8,2
PSOE	14,1	77,4	8,5
Gesamt	17,9	72,3	9,8

Quelle: JOSÉ-MANUEL RIVERA u.a.: O disputado voto do galeguismo de centro, in: *Tempos Novos* 20 (1999), S. 23.

Tabelle 3: Nationale Identität in der galicischen Wählerschaft, 1998 (in %)

	Nur Spanier	Eher Spanier als Galicier	Spanier genauso wie Galicier	Eher Galicier als Spanier	Nur Galicier
PP	6,2	5,0	61,9	18,8	8,1
BNG	2,5	1,2	46,8	37,2	12,3
PSOE	8,6	4,8	59,6	18,4	8,6

Quelle: Ebenda, S. 25.

<sup>42</sup> Vgl. MANUEL GARCIA-FERRANDO, EDUARDO LOPEZ-ARANGUREN, MIGUEL BELTRAN: *La conciencia nacional y regional en la España de las autonomías*, Madrid 1994, bes. S. 169-190. Die Ergebnisse der CIS-Umfrage von November/Dezember 1996 werden kommentiert in FERMÍN BOUZA: *Galicia, a mirada interior*, in: *Tempos Novos* 1 (1997), S. 19-30. Für eine vergleichende Analyse mit anderen spanischen Regionen vgl. auch LUIS MORENO: *La federalización de España*, Madrid 1997, S. 123-140; FÉLIX MORAL: *Identidad regional y nacionalismo en el Estado de las Autonomías*, Madrid 1998, und JUAN DIEZ-NICOLÁS: *Identidad nacional y cultura de defensa*, Madrid 1999, S. 15-90.

Bei aller Vorsicht, die angesichts derartiger Umfrageergebnisse geboten ist, wird deutlich, daß die letzten 15 Jahre des Autonomiestatuts entscheidend für die Herausbildung einer galicischen Identität in der Gesamtbevölkerung waren. Das Vorhandensein des regionalen institutionellen Rahmens sowie Effektivität und Effizienz der Regionalverwaltung haben dazu beigetragen, daß die Aufrechterhaltung der Autonomie für die galicischen Bürger – wie auch für die Einwohner anderer autonomer Gemeinschaften in Spanien – zu einer wichtigen Forderung geworden ist.<sup>43</sup> Die Einschätzung der ethnischen Merkmale des Landes (Sprache, Kultur) sowie die Bestätigung des kollektiven Identitätsgefühls – der „Stolz auf Galicien“ – haben sich deutlich verstärkt. Sowohl für die Mehrheit (über 60%) jener, die Galicien für eine Nation halten, als auch für die meisten, die Galicien als eine Region verstehen, sind die eigene Sprache und die Kultur des Landes Hauptelemente einer „eigenständigen Identität“ Galiciens.<sup>44</sup>

Es ist zudem ein Anstieg des Nationalbewußtseins bei den Jugendlichen zu beobachten, vor allem bei denjenigen, die sich selbst im linken politischen Spektrum ansiedeln. Dabei werden aber noch keine so hohen Werte wie im Baskenland erreicht. Aus verschiedenen Umfragen geht hervor, daß sich 13,6% der galicischen Jugendlichen im Jahr 1990 eher als Spanier denn als Galicier fühlten, 38% ebenso als Spanier wie als Galicier und 44,9% eher als Galicier. 35,7% forderten eine größere politische Autonomie und 6,6% die Unabhängigkeit.<sup>45</sup> Nach einer umfassenden Umfrage über die nationale Identität der spanischen Jugendlichen, die 1999 veröffentlicht wurde, identifizierten sich 6% der galicischen Jugendlichen eher mit Spanien, 48% sowohl mit ganz Spanien als auch mit ihrer Region und 45% eher mit Galicien. Darüber hinaus hielten 31% der Jugendlichen Galicien für eine Nation, eine Meinung, die 16% der regionalen Gesamtbevölkerung teilten. Ein so großer Abstand zwischen der intergenerationellen territorialen Identität existiert in den anderen „historischen Nationalitäten“ nicht: Im Baskenland betragen die jeweili-

---

<sup>43</sup> Vgl. – trotz der mangelhaften Literaturangaben – ANTÓN LOSADA: National Identity and Self-government in Spain: The Galician Case, in: Identity and Territorial Autonomy in Plural Societies, hrsg. von WILLIAM SAFRAN und RAMÓN MÁIZ, London 2000, S. 142-163; vgl. auch RAMÓN MÁIZ, ANTÓN LOSADA: Institutions, Policies and Nation-building: The Galician Case, in: Regional & Federal Studies 1 (2000), S. 62-91, und FABIOLA MOTA-CONSEJERO: Cultura política y opinión pública en las Comunidades Autónomas: un examen del sistema político autonómico en España 1984-1996, Barcelona 1998 (ICPS Working Paper 153).

<sup>44</sup> Vgl. die Angaben von JOSÉ-MANUEL RIVERA u.a.: O desputado voto do galeguismo de centro, in: Tempos Novos 20 (1999), S. 20-25.

<sup>45</sup> Vgl. XOSÉ-MANOEL SABUCEDO, CONSTANTINO ARCE, MAURO RODRIGUEZ: Xuventude e política en Galicia, Santiago de Compostela 1992, S. 25-31. Im Jahre 1993 ergab eine vergleichbare Umfrage recht ähnliche Ergebnisse: 10% der Jugendlichen fühlten sich nur als Spanier oder eher als Spanier denn als Galicier; 45% ebenso als Spanier wie als Galicier und 40% eher als Galicier oder nur als Galicier; vgl. A Mocidade Galega (wie Anm. 26), S. 236 f. Die Jugendlichen aus der Stadt Ferrol (Nordgalicien) teilten sich 1995 folgendermaßen auf: 14,1% (eher als Spanier); 50,7% (ebenso Spanier wie Galicier); 32% (eher Galicier). Vgl. LEIRA: A Xuventude ferrolá (wie Anm. 26), S. 123.

gen Zahlen 39% und 40% sowie 39% und 34% in Katalonien. Zudem gibt es in Galicien anders als in Katalonien und im Baskenland keinen direkten Zusammenhang zwischen Muttersprache und ethnoterritorialer Identität; galicisch sprechende Jugendliche unterscheiden sich in dieser Hinsicht kaum von spanisch sprechenden Jugendlichen. Die politische Umsetzung des überwiegend regionalen Identitätsgefühls ist bei den galicischen Jugendlichen viel gemäßiger als bei den katalanischen oder baskischen Jugendlichen: Lediglich 7% der galicischen Jugendlichen sind für die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts, während es in Katalonien 22% und im Baskenland 25% sind. Dabei sind 31% der galicischen Jugendlichen aber für eine Erweiterung der Kompetenzen der autonomen Gemeinschaft, und 53% sind mit der gegenwärtigen Autonomie eher zufrieden (gegenüber 46% in Katalonien und 33% im Baskenland).<sup>46</sup>

Diese Zahlen vermitteln eine ungefähre Vorstellung davon, wie es um das Nationalbewußtsein der Galicier bestellt ist. Dabei ist das Gefühl nationaler Identität nicht vorhersehbar und kann nicht verallgemeinert werden. Es unterliegt verschiedenen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Einflüssen. Das Wahlverhalten in Katalonien und im Baskenland zeigt, daß die nationalistischen Parteien vor allem bei Regionalwahlen gewählt werden, während bei den Parlamentswahlen den im ganzen Staat vertretenen Parteien der Vorzug gegeben wird. Dies spricht für eine doppelte Identität: einerseits die Treue zur regionalen Identität, andererseits die zur spanischen Identität als Ganzem. Dies gilt auch für Galicien. Das prozentuale Mißverhältnis zwischen dem nationalistischen Stimmverhalten bei Madrider Parlamentswahlen und dem bei Regionalwahlen<sup>47</sup> verweist darauf, daß die nationalistische Wählerschaft Galiciens noch nicht fest umgrenzt ist. Sie konsolidiert sich gerade erst und bildet einen so genannten „harten Kern“ von Wählern heraus, der zur Zeit bei etwa 15% liegen dürfte. Je nach soziopolitischen Umständen sind relativ große Schwankungen zu erwarten, da nahezu die Hälfte der nationalistischen Wähler keine exklusive oder vorwiegend galicische Identität aufweist.

In Anbetracht der dargestellten Verhältnisse ist es äußerst schwierig, eine Aussage über die zukünftige Entwicklung der galicischen Nationalbewegung zu machen. Einerseits sind in einer vom politischen Klientelismus und von bäuerlichen Sitten geprägten Gesellschaft wie der galicischen die Linien der politischen Kultur(en) noch nicht eindeutig festgelegt, andererseits hat das Land in den letzten fünfzehn Jahren einen großen gesellschaftlichen Wandel durchgemacht: eine zunehmende Verstädterung, die mit einer Überalterung der Erwerbsbevölkerung in der Landwirtschaft und einem Rückgang ländlicher Lebensweisen einherging. Dies bewirkte paradoxerweise einen verstärkten Ausdruck subjektiver, ortsungebunde-

---

<sup>46</sup> Alle Angaben bei FÉLIX MORAL, ARACELI MATEOS: *La identidad nacional de los jóvenes y el Estado de las Autonomías*, Madrid 1999.

<sup>47</sup> Vgl. JOSÉ-MANUEL RIVERA u.a.: *Las elecciones autonómicas en Galicia*, in: *Las elecciones autonómicas en España, 1980-1997*, hrsg. von MANUEL ALCÁNTARA und MARÍA-ANTONIA MARTÍNEZ, Madrid 1999, S. 285-307.

ner „galicischer Identität“.<sup>48</sup> Umfassende Studien der *Real Academia Galega* belegen, daß die Zahl der galicisch sprechenden Personen unter den jungen Leuten vor allem im städtischen Umfeld abnimmt.<sup>49</sup> Allerdings ist der nur galicisch sprechende Bauer im Gegenteil zu Wales, dem Baskenland oder Katalonien nicht unbedingt der typische nationalistische Wähler. Und umgekehrt sprechen die meisten der im städtischen Umfeld aufgewachsenen Jugendlichen, die in den Fußballstadien der galicischen Clubs Unabhängigkeitsparolen aufgreifen, das Galicische nicht als ihre Muttersprache. Die nationalistische Wochenzeitung *A Nosa Terra* kommentierte dieses Paradox im Oktober 1993: „Es heißt, mit dem Tode jedes alten Menschen gehe ein Roman verloren. In Galicien stirbt auch ein Sprecher des Galicischen, ein wahrscheinlicher PP- oder PSOE-Wähler, ein Rentner, jemand, der hofft, daß der örtliche Kazike dem Enkel Arbeit gibt, bevor der sich auf Drogen einläßt, jemand, der nie vom Krieg spricht, sich aber noch immer mit Schrecken an den erschossenen und in den Straßengraben geworfenen Vetter erinnert. Mit jedem Jungen wird ein Sprecher des Spanischen geboren, jemand, der drei Stunden täglich vor dem Fernseher hockt, ein Knabe, der nicht mehr an die Heiligen Drei Könige glaubt, aber den Weihnachtsmann [...] gesehen hat, ein Fan von Magic Johnson und des Deportivo da Coruña, ein zukünftiger Arbeitsloser, ein wahrscheinlicher BNG-Wähler.“<sup>50</sup>

Doch anders als das Baskische oder das Walisische ist das Galicische eine romanische Sprache, die von spanischen Muttersprachlern ohne sonderliche Anstrengung erlernt und damit auch zu einem Element der Integration werden kann. Je nach Motivation der Sprecher kann die Sprache in allen gesellschaftlichen Bereichen wieder angewendet werden. Im Gegensatz zu Katalonien, zu Wales oder zum Baskenland gibt es in Galicien aber keinen direkten Zusammenhang zwischen sprachlicher Kompetenz und Nationalgefühl. Galicisch sprechende Personen sind genauso nationalistisch – oder auch nicht – wie spanisch sprechende.

Damit wird hier zusammenfassend festgestellt, daß subjektive Nationalität und objektive, auf ethnischen Merkmalen basierende Volkszugehörigkeit nicht immer Hand in Hand gehen. Gleichzeitig können starke regionale Identitäten und politische Regionalismen, die die Wiederbelebung der regionalen oder lokalen Identitäten und Kulturen betreiben können und die in einigen Fällen auch die politische oder administrative Dezentralisierung als Ziel haben, unter bestimmten Umständen zu Nationalismen werden. Dies bedeutet weder, daß sich alle Regionalismen in

---

<sup>48</sup> Vgl. XULIO CABRERA: Las condiciones sociales de la identidad colectiva en Galicia, in: *Historia y Crítica* 4 (1994), S. 209-238. Die Ergebnisse der galicischen Fußballvereine seit den neunziger Jahren haben auch dazu beigetragen, eine lokalübergreifende galicische Identität zu schaffen: vgl. ALFONSO EYRÉ: *O fútbol e a sociedade galega*, Vigo 1999.

<sup>49</sup> Zur soziolinguistischen Situation im heutigen Galicien vgl. die drei bisher veröffentlichten Bände des Sprachatlas Galiciens: Bd. 1: *Lingua inicial e competencia lingüística en Galicia*, 1994; Bd. 2: *Usos lingüísticos en Galicia*, 1995; und Bd. 3: *Actitudes lingüísticas en Galicia*, 1996 (A Coruña, Real Academia Galega).

<sup>50</sup> *Volver ao rego*, in: *A Nosa Terra* vom 21.10.1993, S. 28.

neue, gegen den Nationalstaat gerichtete Nationalismen umwandeln<sup>51</sup>, noch daß alle peripheren Nationalismen andere, im gleichen Gebiet existierende Regionalismen ausschließen müssen. Im Gegenteil ist das Repertorium der beiden politisierten Identitätsdiskurse (des Nationalismus und des konservativen Regionalismus) ganz ähnlich: Beide heben die Relevanz „objektiver“ Faktoren wie Geschichte, Sprache, Kultur und die Vorstellung der Rückständigkeit des Landes als Folge der diskriminierenden Madrider Politik hervor. Beide Diskurse betonen auch die Notwendigkeit der „Wiederentstehung“ Galiciens und bewerten die Bauernkultur als ursprünglichen Kern der galicischen Identität und Kultur positiv, sprechen sich aber gleichzeitig für die völlige Modernisierung des Landes aus. In ihren politischen Zielvorstellungen unterscheiden sich diese beiden Ideen aber. Während die Nationalisten das Selbstbestimmungsrecht des galicischen Landes fordern, bleibt die spanische Nation für die Regionalisten das einzige Subjekt kollektiver politischer Rechte. Sie weisen auf die Notwendigkeit hin, einen größeren Einfluß der politischen Eliten Galiciens auf die Madrider Regierung sowie einen höheren Grad an Autonomie zu erreichen.

Der galicische Fall zeigt, daß politische Regionalbewegungen aus der Existenz von territorialen oder autonomen Institutionen heraus entstehen und von ihr verstärkt werden können. Obwohl die radikale Nationalbewegung auf über 100 Jahre Geschichte zurückblicken konnte, erzielte sie nie einen großen sozialen Widerhall. Sie wurde indirekt durch die Auswirkung der „von oben“ eingeführten regionalen Autonomie begünstigt, da viele Bürger und besonders die neuen Generationen die positive Rückwirkung der Dezentralisierung erfahren konnten. Das Regionalbewußtsein gilt somit als effiziente Basis für den relativen Erfolg einer nationalistischen Partei, die ihre Postulate den neuen Rahmenbedingungen des Staates der Autonomen Gemeinschaften angepaßt hat. Der regionalistische Diskurs, der sich nach der Umsetzung der Autonomie in der galicischen Öffentlichkeit verbreitete, hat dank der kulturellen Politik der regierenden konservativen Eliten die Verstärkung der Nationalisten begünstigt. Umgekehrt könnte man aber fragen, ob Regionalismus und regionales Bewußtsein zur Geburt neuer peripherer Nationalismen beitragen oder ob sich periphere Nationalismen im Rahmen einer parlamentarischen Demokratie und unter den Bedingungen des relativen sozialen und wirtschaftlichen Wohlstandes in der Praxis zu Regionalismen umwandeln müssen, um erfolgreich zu sein.

---

<sup>51</sup> Vgl. zum spanischen Fall einen umfassenden Interpretationsversuch bei XOSÉ-MANOEL NÚÑEZ: *Region-building in Spain During the 19<sup>th</sup> and 20<sup>th</sup> Centuries*, in: *Region und Regionsbildung in Europa. Konzeptionen der Forschung und empirische Befunde*, hrsg. von GERHARD BRUNN, Baden-Baden 1996, S. 175-210, sowie DERS.: *The Region as Essence of the Fatherland: Regionalist Variants of Spanish Nationalism (1840-1936)*, in: *European History Quarterly* 31 (2001), 4, S. 483-518. Für den valencianischen Fall vgl. auch FERRÁN ARCHILÉS, MANUEL MARTÍ: *Ethnicity, Region and Nation: Valencian Identity and the Spanish Nation-state*, in: *Ethnic and Racial Studies* 24 (2001), 5, S. 779-797.

# Separatistischer Regionalismus (post-)sowjetischer Eliten: Transnistrien 1989-2002\*

von

Stefan Troebst

*Holm Sundhaussen zum 60. Geburtstag*

Am 9. Dezember 2001 wurde der Maschinenbauingenieur Igor' N. Smirnov mit 79,4% der abgegebenen Stimmen für eine dritte Amtszeit zum „Präsidenten“ des auf dem Territorium der Republik Moldau gelegenen staatsähnlichen Gebildes der „Transnistrischen Moldauischen Republik“ (*Pridnestrovskaja Moldavskaja Respublika*, PMR) gewählt.<sup>1</sup> Smirnov, ein Russe aus der Nähe von Chabarovsk im Amur-Gebiet, also vom entgegengesetzten Ende der ehemaligen Sowjetunion, hat seine Ausbildung bei Čeljabinsk im Südrural erhalten, dann Karriere in einer Elektromotorenfabrik im südkrainischen Cherson gemacht und ist im November 1987 als Direktor des Großbetriebes „Ėlektromaš“ nach Tiraspol' (Tiraspol'<sup>2</sup>), der zweitgrößten Stadt der damaligen Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik (MSSR) und heutigen PMR-„Hauptstadt“, gekommen.<sup>3</sup> Gleich Smirnov haben auch die meisten anderen Mitglieder der PMR-Führung „Allunions“-Biographien, haben Karriere in KPdSU, KGB, Armee, Staatsbürokratie oder Planwirtschaft im Riesenreich zwischen Kamčatka und Kaliningrad gemacht und sind von der Implosion des Imperiums in Tiraspol' oder einer der

---

\* Der Beitrag beruht auf Forschungsaufenthalten in Transnistrien in den Jahren 1996, 1997 und 2001 sowie auf einem Einsatz in den Jahren 1994-1995 als Mitglied der Langzeitmission der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE, heute OSZE) in Moldova – eine Mission, deren Hauptaufgabe mandatsgemäß die Bearbeitung des Transnistrien-Konflikts ist. Der Verfasser dankt seinen Nachfolgern in der Mission, Klemens Büscher, Claus Neukirch, Randolph Oberschmidt und Gottfried Hanne, sowie überdies Alena Guboglo, David D. Laitin, Valeriu Moșneaga und Alla Skvorčova für zahlreiche Hinweise und Materialien.

<sup>1</sup> DPA: Smirnov als Präsident der Dnjestr-Republik bestätigt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 288 vom 11. Dezember 2001, S. 1.

<sup>2</sup> Im folgenden werden Ortsnamen im Einflußbereich der PMR-Behörden in russischer Form, solche unter der Kontrolle der Zentralregierung in moldauischer angegeben – bei erstmaliger Nennung mit dem anderssprachigen Äquivalent in Klammern.

<sup>3</sup> T. G. DEJNENKO u.a.: Igor' Nikolaevič Smirnov. Bibliografičeskij ukazatel' [Igor' Nikolaevič Smirnov. Bibliografisches Verzeichnis], Tiraspol' 2001, S. 3 f. Vgl. auch die „offizielle“ Smirnov-Biographie von ANNA Z. VOLKOVA: Lider [Der Leader], Tiraspol' 2001, samt elektronischer Fassung auf der Homepage der offiziellen PMR-Nachrichtenagentur „Olvia-Press“ unter <http://www.olvia.idknet.com>.

anderen Industriestädte im Dneestr-Tal wie Bendery (Tighina) oder Rybnica (Rîbnița) überrascht worden.<sup>4</sup>

Die mehrheitlich von Russischsprachigen bewohnten Städte Transnistriens, zu denen auch die agrarischen Zentren Dubossary (Dubăsari) und Kamenka (Camenca) zu rechnen sind, waren in der Sowjetzeit ihrer klimatischen und versorgungstechnischen Bedingungen wegen auch von Militär- und anderen Pensionisten sehr geschätzt. Die Folge ist ein hoher Bevölkerungsanteil allochthoner russophoner Rentnerinnen und Rentner – eine demographische Besonderheit, die der PMR zusammen mit sowjet-nostalgischen Tendenzen in der „staatlichen“ Symbolsprache, der Wirtschaft und der Kultur wenig schmeichelhafte Bezeichnungen wie „Museum des Kommunismus“ und „Stalins letzte Kolonie“ eingetragen haben.<sup>5</sup>

## Die PMR in Moldova

Der „Pseudo-Staat PMR“<sup>6</sup>, der sich mittlerweile zu einem veritablen „De Facto State“<sup>7</sup> ausgewachsen hat, umfaßt den östlichen Uferstreifen des in der Antike Tiras genannten Flusses, der auf moldauisch/rumänisch Nistru, auf russisch Dneestr und auf ukrainisch Dnister heißt sowie in deutschen Atlanten in der Regel als „Dnjestr“ firmiert. Die PMR ist ca. 205 Kilometer lang, doch nur zwischen sechs und 35 Kilometer breit, umfaßt ganze 4163 Quadratkilometer (12% des Gesamtstaates Moldova), produzierte zu sowjetischen Zeiten aber 90% der Energie der MSSR, 40% des Brutto-sozialprodukts und ein Drittel der gesamten Industrieproduktion – vornehmlich durch Großbetriebe, die zum militärindustriellen Komplex gehörten und zumeist einem der zahlreichen Unionsministerien in Moskau unterstellt, Republiksbetrieben gegenüber also entsprechend privilegiert waren. Die Minirepublik wird nach offiziellen Angaben

---

<sup>4</sup> KLEMENS BÜSCHER: Separatismus in Transnistrien. Die „PMR“ zwischen Rußland und Moldova, in: Osteuropa 46 (1996), S. 860-875; DAN IONESCU: Lethal Expansion in the Dniester Security Ministry, in: Transition 2 (1996), 22, 1. November 1996, S. 6-8; DOV LYNCH: Managing Separatist States: A Eurasian Case Study, Paris 2001, <http://www.issueu.org/occasion/occ32f.html>.

<sup>5</sup> KENO VERSECK: Die „idyllischen Gärten“ sind erstarrt, in: Die Tageszeitung vom 10. Februar 1995, S. 12-13; OLIVER HOISCHEN: Transnistrien ist zu einer Grauzone zwischen Ost und West geworden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 225 vom 28. September 1999, S. 3; WALTER MAYR: Stalins letzte Kolonie, in: Der Spiegel, Nr. 40 vom 2. Oktober 2000, S. 223; MATTHIAS RÜB: Das kleine Königreich des kleinen Lenin, in: Der Spiegel, Nr. 7 vom 9. Januar 2001, S. 6.

<sup>6</sup> VLADIMIR KOLOSSOV, JOHN O'LOUGHLIN: Pseudo-States as Harbingers of a New Geopolitics: The Example of the Transdniestr Moldovan Republik (TMR), in: Boundaries, Territories and Postmodernity, hrsg. von DAVID NEWMAN, London 1999, S. 151-176. Vgl. auch den Artikel „Dniestria“ bei JAMES MINAHAN: Nations Without States. A Historical Dictionary of Contemporary National Movements, Westport, London 1995, S. 153-155.

<sup>7</sup> SCOTT PEGG: International Security and the De Facto State, Aldershot 1998. Vgl. auch LYNCH (wie Anm. 4).

aus dem Jahr 2001 von ca. 660 000 Menschen bewohnt<sup>8</sup>, was etwa 15% der Gesamtbevölkerung Moldovas entspricht.<sup>9</sup> Mit einem Drittel bilden die Ostromanen, also Moldauer oder – je nach ethnopolitischer Weltsicht – Rumänen<sup>10</sup>, die relative Bevölkerungsmehrheit der PMR, dicht gefolgt von Ukrainern und Russen mit jeweils mehr als einem Viertel. Da jedoch Ukrainer und Russen gemeinsam mit kleineren Gruppen wie Bulgaren, Juden, Gagausen, Weißrussen, Polen und anderen in sprachlicher wie partiell politischer Hinsicht den „Block“ der Russophonen bilden, sind die Sprecher des Ostromanischen in der PMR in der Minderheit. Dies geht aus der nachfolgenden Tabelle hervor, die überdies die gleichsam seitenverkehrten Verhältnisse in der MSSR zeigt.

Tabelle: Ethnische Struktur Moldovas

	PMR (in %, Stand 1. Januar 1998)	MSSR (in %, Stand 1. Januar 1989)
Moldauer/Rumänen	33,8	64,5
Russen	28,8	13,0
Ukrainer	28,7	13,8
Bulgaren	2,1	2,0
Juden	1,9	1,5
Gagausen	0,7	3,5
Sonstige	4,0	1,7
<i>Insgesamt</i>	<i>100,0</i>	<i>100,0</i>
	Quelle: NIKOLAJ V. BABILUNGA u.a.: Fenomen Pridnestrov'ja [Das Phänomen Transnistriens], Tiraspol' 2000, S. 122.	Quelle: CHARLES KING: The Moldovans. Romania, Russia, and the Politics of Culture, Stanford 1999, S. 97, Tab. 5: MSSR Population, 1941-89.

<sup>8</sup> So „Außenminister“ Valerij A. Lickaj in einem Gespräch in Tiraspol' am 30. Oktober 2001. – Die PMR-Volkszählung vom 1. Januar 1998 hatte die Zahl von 670 800 Einwohnern ergeben, und 1989 waren es noch 770 000 gewesen. Vgl. NIKOLAJ V. BABILUNGA u.a.: Fenomen Pridnestrov'ja [Das Phänomen Transnistriens], Tiraspol' 2000, S. 122.

<sup>9</sup> Dniester Moldavian Republic, in: Atlas of the Dniester Moldavian Republic, hrsg. von Dniester Moldavian Republic, 2. Aufl., Tiraspol' 2000, S. 3.

<sup>10</sup> Grundlegend zu den Ambivalenzen moldauischer Nationsbildung CHARLES KING: The Moldovans. Romania, Russia, and the Politics of Culture, Stanford 1999; DERS.: Moldovan Identity and the Politics of Pan-Romanism, in: Slavic Review 53 (1994), 2, S. 345-368, und CLAUS NEUKIRCH: Die Republik Moldau. Nations- und Staatsbildung in Osteuropa, Münster 1996. – Zu den besonders konflikträchtigen sprachlichen Aspekten der Frage, ob Moldauisch gleich Rumänisch ist oder nicht, vgl. KLAUS HEITMANN: Sprache und Nation in der Republik Moldova, in: Konfliktregion Südosteuropa. Vergangenheit und Perspektiven, hrsg. von WILFRIED POTTHOFF, München 1997, S. 79-105; KLAUS BOCHMANN: „Moldauisch“ oder „Rumänisch“. Linguistische, kulturelle und politische Aspekte der Amtssprache, in: Der Donauraum 36 (1996), 3-4, S. 95-102, und CHARLES KING: Ambivalence of Authenticity, or How the Moldovan Language was Made, in: Slavic Review 58 (1999), 1, S. 117-142.

Obwohl de jure dreisprachig – Russisch, Ukrainisch und Moldauisch sind gleichberechtigte „Staats Sprachen“ –, ist die PMR de facto russophon. Anders die Republik Moldau, in der Moldauisch/Rumänisch alleinige Staatssprache ist und Russisch den Status einer „Sprache interethnischer Kommunikation“ besitzt. Allerdings dominiert auch hier in den Großstädten die russische Sprache.

In der MSSR waren die Relationen der Sprachgruppen also ganz ähnlich wie in anderen Sowjetrepubliken, in denen sich die Russophonen nach 1991 als „gestrandete Minderheit“ außerhalb des größten UdSSR-Nachfolgestaates, der Russischen Föderation, wiederfanden. Dennoch bildete der Osten der neuen Republik Moldau dem Soziologen David D. Laitin zufolge „the only exception to the absence of ethnic conflict directed at Russians in the union republics“<sup>11</sup>. Hier findet sich der UdSSR-weit einzige Fall einer militanten Bewegung von Russ(ischsprachig)en im sogenannten „Nahen Ausland“ – eine Ausnahme, die überdies in der Gründung eines staatsähnlichen Gebildes mit hoher „Russizität“ resultierte. Diese sich vom Ereignisverlauf etwa in Estland, Lettland, der Ukraine – zumindest in ihrem östlichen Teil, weniger auf der Krim – oder Kasachstan gänzlich unterscheidende Entwicklung nimmt sich um so schwerer erklärbar aus, als es im Dnestr-Tal vor 1989 keinerlei Anzeichen für sich aufbauende interethnische Spannungen gab, die Region folglich in keinem Szenario ethnopolitischen Konflikts der Perestrojka-Zeit figurierte. Selbst die Regionalbezeichnung „Transnistrien“ existierte bis dahin, wenn überhaupt, nur als geographischer, nicht aber als administrativer oder gar politischer Begriff.

Haupttriebfeder der von ihren Protagonisten so genannten „transnistrischen Revolution“<sup>12</sup> war (und ist) das Streben nach Besitzstandswahrung der regionalen Eliten im Dnestr-Tal, die sich in ihrer sozioprofessionellen, sprachlichen und demographischen Struktur deutlich von derjenigen der agrarisch geprägten Teile der MSSR, also des historischen Bessarabien, unterscheiden. Die großen urbanen Zentren auf dem Westufer allerdings, wie die Republikshauptstadt Chişinău (Kişinëv) oder die zentralmoldauische Großstadt Bălţi (Bel’cy), bilden insofern Ausnahmen, als ihre Struktur derjenigen der Städte des Dnestr-Tals gleicht und sie entsprechend russophon sind.<sup>13</sup> Der vom moldauischen Alteritätsanspruch ausgelöste Prozeß regionaler Identifikation mit

---

<sup>11</sup> DAVID D. LAITIN: Identity in Formation. The Russian-Speaking Populations in the Near Abroad, Ithaca, London 1998, S. 330. Siehe auch DERS.: Secessionist Rebellion in the Former Soviet Union, in: Comparative Political Studies 34 (2001), S. 839-861; LOUK HAGEDOORN, HUB LINSSEN, SERGEJ TUMANOV: Intergroup Relations in States of the Former Soviet Union. The Perception of Russians, Philadelphia 2001, S. 70 ff.

<sup>12</sup> D. F. KONDRATOVIČ: Pridnestrovskaja revoljucija, 1989-1992 gg. [Die transnistrische Revolution, 1989-1992], in: Ežegodnyj istoričeskij al'manach Pridnestrov'ja 3 (1999), S. 23-25.

<sup>13</sup> In Tiraspol' waren gemäß der letzten Volkszählung in der UdSSR von 1989 nicht weniger als 88% der 196 000 Bewohner Russen und Ukrainer. 70% der 138 000 Bewohner Benderys und 58% der 700 000 Bewohner Chişinăus waren damals Nicht-Moldauer, d.h. vor allem Ostslaven. Und selbst Bălţi mit seinem rein moldauischen Umland wies eine absolute russisch-ukrainische Bevölkerungsmehrheit von 64% auf. Vgl. VALERIJ MOŠNJAGA [VALERIU MOŞNEAGA] u.a.: Konflikt v Moldove: Opyt etnopolitičeskogo analiza [Der Konflikt in Moldova: Versuch einer ethnopolitischen Analyse], Kişinëv 1992, S. 21.

der gänzlich unhistorischen Region Transnistrien (bzw. genauer deren äußerstem westlichen Rand) wurde bereits 1991 partiell zutreffend als „reaktiver Nationalismus“ klassifiziert.<sup>14</sup>

Holm Sundhausen zufolge unterscheiden sich Eliten von Nichteliten durch „den Besitz von oder die Verfügungsmacht über gesellschaftliche Ressourcen“, seien diese materieller oder immaterieller Art, so lange sie „knapp, erstrebenswert und appropriierbar“ sind. Ist dies der Fall, so der Berliner Historiker, entsteht „Verfügungsmacht“ in Form von „Wirtschaftsmacht“, „Ordnungsmacht“, „Deutungsmacht“ oder „Wissen“.<sup>15</sup> In Zeiten des Regimewandels, gar der Umwälzung des politischen Systems, des Rechtssystems und der Wirtschaftsverfassung bei gleichzeitiger *inversion of ethnic group status*, wie etwa im „Postsozialismus“ der Fall<sup>16</sup>, sind „alte“ Positions- bzw. Funktionsebenen bemüht, ihre überkommene Verfügungsmacht in möglichst allen vier genannten Formen zu behalten – in einigen Fällen sogar mit Gewalt.<sup>17</sup>

Für den raschen Erfolg elitenbetriebener Besitzstandswahrungspolitik im gewaltförmigen Fall Transnistriens sind vor allem fünf Gründe zu nennen:

1. Der Umstand, daß die 1989 gleichsam pilzartig aus dem Boden der Region Transnistrien schießende politische Elite zu einem sehr großen Teil deckungsgleich mit der Wirtschaftselite war, „Wirtschaftsmacht“ also unmittelbar in „Ordnungsmacht“ und sukzessiv auch in „Deutungsmacht“ transformiert werden konnte.

---

<sup>14</sup> WILLIAM CROWTHER: The Politics of Ethno-National Mobilization: Nationalism and Reform in Soviet Moldavia, in: *The Russian Review* 50 (1991), S. 183-203, hier S. 189. Siehe auch JEFF CHINN, STEVEN D. ROPER: Ethnic Mobilization and Reactive Nationalism: The Case of Moldova, in: *Nationalities Papers* 23 (1995), 2, S. 291-324.

<sup>15</sup> HOLM SUNDHAUSEN: Eliten, Bürgertum, politische Klasse? Anmerkungen zu den Oberschichten in den Balkanländern des 19. und 20. Jahrhunderts, in: *Eliten in Südosteuropa. Rolle, Kontinuitäten, Brüche in Geschichte und Gegenwart*, hrsg. von WOLFGANG HÖPKEN und HOLM SUNDHAUSEN, München 1998, S. 5-30, hier S. 5. Zur Nach-„Wende“-Zeit siehe STEVEN SAMPSON: *Beyond Transition: Rethinking Elite Configurations in the Balkans*, in: *Postsocialism: Ideals, Ideologies and Practices in Eurasia*, hrsg. von CHRISTOPHER M. HANN, London, New York 2002, S. 297-316.

<sup>16</sup> Zu dieser Epochenbezeichnung vgl. KATHERINE VERDERY: *What Was Socialism, and What Comes Next?*, Princeton 1996, und CHRIS HANN: Farewell to the Socialist „Other“, in: *Postsocialism* (wie Anm. 15), S. 1-11.

<sup>17</sup> Zu einigen einschlägigen Fallbeispielen siehe HOLM SUNDHAUSEN: Ethnonationalismus in Aktion: Bemerkungen zum Ende Jugoslawiens, in: *Geschichte und Gesellschaft* 20 (1994), 3, S. 402-423; DAVID D. LAITIN: National Revivals and Violence, in: *Archives européennes de sociologie* 36 (1995), 1, S. 3-43; SØREN RINDER BOLLERUP, CHRISTIAN DONS CHRISTENSEN: *Nationalism in Eastern Europe: Causes and Consequences of the National Revivals and Conflicts in Late-Twentieth-Century Eastern Europe*, London 1997; *Nationalitätenkonflikte im 20. Jahrhundert. Ursachen von inter-ethnischer Gewalt im Vergleich*, hrsg. von PHILIPP THER und HOLM SUNDHAUSEN, Wiesbaden 2001; *Radical Ethnic Movements in Contemporary Europe*, hrsg. von FARIMAH DAFTARY und STEFAN TROEBST, Oxford, New York 2003 (im Erscheinen).

2. Ein externer Faktor, nämlich die Rolle Moskaus mit seiner militärischen Präsenz vor Ort, seinem politischen Rückhalt für die separatistische Führung und seiner psychologischen Wirkung auf die russophone Bevölkerungsmehrheit.
3. Der politische Wille (und die Gewaltbereitschaft), mit dem sich die separatistische Bewegung den Versuchen der Zentralregierung zur Wiederherstellung der Kontrolle über das Ostufer und über die 1992 umkämpfte westufrige Stadt Bendery widersetzte.
4. Der Mythos dieser „Schlacht um Bendery“, der umgehend zum Kristallisationspunkt einer mit historischen Argumenten operierenden „staatlichen“ Propaganda wurde, die auf die – unübersehbaren – Unterschiede beider Landesteile abhob. Mit hohem Effizienzgrad wurde in der Folgezeit ein hierauf basierendes, spezifisch transnistrisches Geschichtsbild konstruiert und propagiert: In Rekordzeit wurde in den neunziger Jahren die „historische Meistererzählung“ dessen geschaffen, was in der Präambel der PMR-Verfassung von 1996 noch als das „multinationale Volk der PMR“ firmierte, mittlerweile aber explizit als „transnistrisches Volk“ bezeichnet wird<sup>18</sup>, in praktisches Identitätsmanagement umgemünzt und massenwirksam disseminiert. Die „Deutungsmacht“ war errungen.
5. Die normative Kraft des faktischen Bestehens der PMR seit 1990, was eine ganz neue Verräumlichung sozialer Prozesse mit sich brachte. Waren zuvor an erster Stelle Moskau, an zweiter dann Chişinău die Bezugspunkte ökonomischen, politischen und anderen Handelns der transnistrischen Elite, so ist diese nun auf das Territorium ihres Kleinstaates verwiesen. Dasselbe gilt für die Bevölkerung – zwei Veränderungen, die den Prozeß der „Transnistrisierung“ deutlich verstärken.

Der transnistrische Fall erscheint selbst seinen Protagonisten dadurch besonders kompliziert, daß Größe (bzw. besser Kleinheit) sowie vor allem die extrem langgezogene, an Chile oder Norwegen erinnernde äußere Form des Territoriums dieses „Staates“, also ihr Kartenbild, ungewöhnlich sind. Entsprechend ist *mental mapping* ein zentraler Bestandteil transnistrischer Geschichtspolitik. Paradigmatisch hierfür ist die Charakterisierung dieses Kartenbildes in einem transnistrischen Schulbuch für den Geschichtsunterricht aus dem Jahr 1997: „Aus der Höhe des Adlerfluges betrachtet“, heißt es hier mit historisierendem Pathos, „erinnert Transnistrien, dieser dünne Landstreifen am Ufers des grauen Dnestr, an einen gespannten skythischen Bogen.“<sup>19</sup> Der

<sup>18</sup> Siehe dazu neben BABILUNGA u.a. (wie Anm. 8), als Synthese neuen Datums Istorija Pri-dnestrovskoj Moldavskoj Respubliki [Geschichte der Transnistrischen Moldauischen Republik], Bd. 1, Tiraspol' 2000, samt der Besprechung von STEFAN TROEBST in H-Soz-u-Kult (<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de>) vom 27. März 2002, 16:29 Uhr, und der Reaktion hierauf von WIM VAN MEURS in HABSBURG vom 31. Mai 2002, 9:03 Uhr (<http://www2.h-net.msu.edu/~habsweb/>).

<sup>19</sup> NIKOLAJ V. BABILUNGA, BORIS. G. BOMEŠKO: Stranicy rodnoj istorii. Učebnoe posobie po istorii dlja 5 klassa srednej školy [Seiten heimatlicher Geschichte. Unterrichtshilfe im Fach Geschichte für die 5. Oberstufenklasse], Tiraspol' 1997, innerer Einband, vorn. Siehe auch STEFAN TROEBST: Wie ein skythischer Bogen. Transnistrien als slawisches Bollwerk zwischen dem Orient und Europa, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 232 vom 7. Oktober 2002, S. 8.

Bezug auf die Skythen, der die „eurasische“<sup>20</sup>, explizit anti-westliche, ja europafeindliche Traditionslinie in der russischen Geistesgeschichte invoziert, belegt dies ebenso deutlich wie die kartographische Praxis der PMR. In zweierlei Hinsicht ein Paradebeispiel hierfür findet sich im amtlichen „Atlas der Transnistrischen Moldauischen Republik“ in Form einer Karte zur „geopolitischen Position“ der PMR: Zum einen wird deren Territorium dabei wesentlich kompakter („dicker“) abgebildet als es den geodätischen Tatsachen entspricht, zum anderen wird eine geopolitisch bedeutsame Mittellage suggeriert: Die PMR wird gleich doppelt mittig verortet, nämlich zum ersten zwischen den slavisch-orthodoxen „Bruderstaaten“ der Rußländischen Föderation und Belarus’ einerseits und Bulgarien, Serbien und Makedonien andererseits, zum zweiten zwischen den NATO-Mitgliedstaaten Polen, Ungarn, Griechenland und Türkei auf der einen und der Rußländischen Föderation mit ihren imperialen Reflexen auf der anderen Seite.<sup>21</sup> Daraus abgeleitet wird, die PMR sei „nicht allein“, obwohl ausschließlich an das „feindliche“ Moldova und die ungeachtet ihres gleichfalls ost- wie pravoslavischen Charakters politisch „indifferente“ Ukraine angrenzend. Dieses *special relationship* der PMR und ihrem *kin state* „Mütterchen Rußland“ – so diese Perzeption –, ergebe sich aus dem Umstand, daß Transnistrien geostrategisch gesehen die „historische Enklave Rußlands vor dem Tor zum Balkan“ sei<sup>22</sup> – ein vorgebliches Faktum, das als Moskauer Sicherheitsgarantie für Tiraspol’ interpretiert und mit der fortdauernden Stationierung von Teilen der ehemaligen 14. Sowjetischen Gardarmee, die derzeit als Operative Gruppe der Streitkräfte der Rußländischen Föderation firmiert, belegt wird.

Im folgenden werden Triebkräfte, Transmissionsriemen und Wirkungen der auf Besitzstandswahrung zielenden separatistischen Regionalbewegung der russophonen Elitengruppen im Dneestr-Tal vor dem Hintergrund der sowjetischen Politik eines moldauischen *nation-building*, den Erschütterungen der Perestrojka samt Implosion der UdSSR sowie schließlich des moldauisch-transnistrischen Kurzkrieges von 1992 und der bis heute anhaltenden Nachkriegszeit untersucht. Dabei wird für die Zeit bis 1992 davon ausgegangen, daß das Propagieren von Bedrohungsvorstellungen der wichtigste Mechanismus der Regionalbewegung zur Mobilisierung ihrer Zielgruppe war, wohingegen seit 1992 zusätzlich zum Wachhalten dieser Perzeption „staatliches“ Identitätsmanagement in Gestalt einer aktiven Geschichtspolitik des Regimes den

<sup>20</sup> Auch im ersten Satz der besagten „Geschichte der PMR“ wird ein entsprechender Bezug hergestellt: „Seit jeher nehmen die transnistrischen Gebiete eine außerordentlich wichtige Stellung in den gewaltigen Räumen Eurasiens ein.“ Siehe *Istoriija Pridnestrovskoj Moldavskoj Respubliki* (wie Anm. 18), S. 5. Vgl. zum ideologischen Hintergrund des Eurasismus MARK BASSIN: *Russia and Asia*, in: *Cambridge Companion to Russian Culture*, hrsg. von NICHOLAS RZHEVSKY, Cambridge 1998, S. 57-84.

<sup>21</sup> Karte „Geopolitical Position“ in: *Atlas of the Dniester Moldavian Republic* (wie Anm. 9), S. 7. – Die erste (russische) Auflage dieses Atlases enthielt lediglich eine „Karte der geographischen Lage der PMR“. Siehe *Atlas Pridnestrovskoj Moldavskoj Respubliki* [Atlas der Transnistrischen Moldauischen Republik], hrsg. von Pridnestrovskij gosudarstvenno-korporativnyj universitet im. T.G. Ševčenko, Tiraspol’ 1996, S. 3.

<sup>22</sup> BABILUNGA u.a. (wie Anm. 8), S. 245.

Loyalitätsgrad der Bevölkerung der Region erhöht und dessen Legimitätsbasis verbreitert hat.

### Gibt es Regionalismus?

Der transnistrische Separatismus unterscheidet sich auf den ersten Blick von anderen militanten Sezessionsbewegungen im postsowjetischen Raum wie etwa den abchasischen, gagausischen, ossetischen, tschetschenischen oder bergkarabachischen dadurch, daß er in der Anfangsphase nicht ethnonational begründet werden mußte. Da er zudem auf Abtrennung einer ebenso kleinen wie klar abgrenzbaren Region innerhalb einer einzelnen größeren politischen Einheit beschränkt ist, wurde für diese Untersuchung der Begriff „separatistischer Regionalismus“ gewählt. Separatismus ist dabei das auf äußere Selbstbestimmung zielende politische Programm einer sozialen Bewegung, und Regionalismus meint den Bezugsrahmen eben dieser Bewegung – im konkreten Fall eine innerstaatliche Region, nicht etwa eine Nation oder eine staatsgrenzenübergreifende Großregion. Daß dies idealtypische und damit nicht durchgängig realitätstaugliche Deutungskategorien sind, versteht sich dabei von selbst: Zum einen ist das, was hier als transnistrischer Regionalismus bezeichnet wird, nur einer, wenngleich ein herausragender Faktor in einem ganzen „separatistischen“ Faktorenbündel, und zum anderen macht bereits die Begriffsgeschichte des Terminus „Regionalismus“ dessen inhaltliche Nähe zur Ethnizität deutlich. Denn die in Westeuropa vor 1989 geprägten Termini „Regionalismus“ und „Regionalbewegung“ nehmen sich aus der Perspektive des beginnenden 21. Jahrhunderts als Euphemismen aus, deren Hauptzweck die Vermeidung der als pejorativ empfundenen Begriffe „Nationalismus“ und „Nationalbewegung“ war.<sup>23</sup> Bereits damals schimmerte jedoch durch, daß Regionalismus und Ethnonationalismus lediglich durch ihre staatsordnenden Bezugssysteme – hier ein „subnationales territoriales“ (Dirk Gerdes<sup>24</sup>), dort ein nationales bzw. nationalstaatliches – unterscheidbar waren. Der Definitionsversuch des Soziologen Jürgen Nowak von 1994 macht dies deutlich: „Regionalismus ist eine bestimmte Form der ethnosozialen Bewegung und Mobilisierung, um innerhalb der Grenzen eines Nationalstaates kulturelle und soziale Autonomie für eine *ethnische Minderheit* im Rahmen

---

<sup>23</sup> Vgl. etwa DIRK GERDES: Regionalismus als soziale Bewegung – Westeuropa, Frankreich, Korsika: Vom Vergleich zur Kontextanalyse, Frankfurt am Main, New York 1988; JOCHEN BLASCHKE: Volk, Nation, interner Kolonialismus. Konzepte zur politischen Soziologie der westeuropäischen Regionalbewegungen, Berlin 1984; Handbuch der westeuropäischen Regionalbewegungen, hrsg. von JOCHEN BLASCHKE, Frankfurt am Main 1980; Aufstand der Provinz. Regionalismus in Westeuropa, hrsg. von DIRK GERDES, Frankfurt am Main, New York 1980; sowie neuerdings GABRIELE MORDT: Regionalismus und Spätmoderne, Opladen 2000; Regions in Central Europe. The Legacy of History, hrsg. von SVEN TÄGIL, London 1999; MICHAEL KEATING: The New Regionalism in Western Europe, Cheltenham 1998.

<sup>24</sup> DIRK GERDES: Regionalismus, in: Pipers Wörterbuch zur Politik, Bd. 1, hrsg. von DIETER NOHLEN, München, Zürich 1989, S. 852.

einer föderativen Staatsordnung zu erreichen [Hervorhebung im Original; S.T.].<sup>25</sup> Zuvor hatte bereits ein anderer Soziologe, Peter Waldmann, derselben Sichtweise Rechnung getragen, indem er das terminologische Kompositum „Ethnoregionalismus“ prägte.<sup>26</sup> In der Tat weisen nahezu sämtliche Regionalismen im Europa der Gegenwart bei näherem Hinsehen eine starke ethnische Komponente auf oder haben eine solche im Laufe der Zeit entwickelt. Dies gilt mittlerweile selbst für die „padanische“ Autonomiebewegung der *Lega Nord* in Italien.<sup>27</sup> Vergleichbare nichtethnisch motivierte bzw. sich als nichtethnisch deklarierende zentrifugale Tendenzen gibt es höchstens noch in den sibirischen Teilen der Rußländischen Föderation, wohingegen sie in Ostmittel- und Südosteuropa mittlerweile sämtlich „ethnisiert“ sind.<sup>28</sup> Das heißt allerdings nicht, daß sie alle ein nationales Programm ausgebildet haben: Die Gagausen im Süden Moldovas, ein turksprachiges, christlich-orthodoxes „kleines Volk“, das im 19. Jahrhundert aus dem Osmanischen Reich in das damals russische Bessarabien eingewandert ist, begreift sich als Ethnie und hat als solche erfolgreich innere Selbstbestimmung in Form von Territorialautonomie eingefordert. Äußere Selbstbestimmung, d.h. ein gagausischer Nationalstaat, stand hingegen nicht zur Debatte, auch wenn das Autonomiestatut explizit das Recht auf Sezession für den Fall vermerkt, daß die Staatlichkeit Moldovas endet.<sup>29</sup> Andere Beispiele wären die Sorben in Deutschland, die Südtiroler in Italien, die Elsässer in Frankreich, die Galicier in Spanien oder die Oberschlesier in Polen. Insofern hat Philipp Ther recht, wenn er konstatiert, „[n]icht

---

<sup>25</sup> JÜRGEN NOWAK: Europas Krisenherde. Nationalitätenkonflikte vom Atlantik bis zum Ural – Ein Handbuch, Reinbek 1994, S. 312.

<sup>26</sup> PETER WALDMANN: Ethnoregionalismus und Nationalstaat, in: *Leviathan* 21 (1993), 3, S. 390-406. Vgl. auch MICHAEL HECHTER, MARGARET LEVI: *The Comparative Analysis of Ethnoregional Movements*, in: *Ethnic and Racial Studies* 2 (1979), 3, S. 260-274.

<sup>27</sup> Siehe dazu jetzt umfassend MARGARITA GÓMEZ-REINO CACHAFEIRO: *Ethnicity and Nationalism in Italian Politics. Inventing the Padania: Lega Nord and the Northern Question*, Aldershot u.a. 2002.

<sup>28</sup> Dies gilt etwa für die mährisch-schlesische Bewegung im Osten der Tschechischen Republik oder für die transkarpatische Bewegung von Russinen, Ungarn, Russen, Rumänen und Roma im äußersten Westen der Ukraine, die beide zunächst mit kulturellen Argumenten Territorialautonomie forderten, sich dann aber in ethnonationalem Sinne radikalisierten und damit zugleich marginalisierten. Vgl. STEFAN TROEBST: Regionalismus und Autonomiestreben im Ostmitteleuropa der Nach-„Wende“-Zeit. Mährer und Russinen im Vergleich, in: *Minderheiten, Regionalbewußtsein und Zentralismus in Ostmitteleuropa*, hrsg. von HEINZ-DIETRICH LÖWE u.a., Köln u.a. 2000, S. 67-104.

<sup>29</sup> Siehe dazu RUDOLF A. MARK: Das Gesetz über die besondere Rechtsstellung von Gagausien (Gagauz Yeri) in der Republik Moldova, in: WGO. Die wichtigsten Gesetzgebungsakte in den Ländern Ost- und Südosteuropas. Monatshefte für Osteuropäisches Recht 37 (1995), 5, S. 291-297, und Gesetz über die besondere Rechtsstellung von Gagausien (Gagauz Yeri) vom 23. Dezember 1994, ebenda, S. 297-306. – Zu den politischen Implikationen des Autonomiestatuts vgl. STEFAN TROEBST: Glückliches Gagausien. Lernen von der Republik Moldova?, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 237 vom 12. Oktober 2001, S. 10.

jede regionale Bewegung muss [...] national enden“.<sup>30</sup> Aber auch Nowaks und Waldmanns implizites Postulat, daß es keinen Regionalismus ohne ethnischen Kern gibt, trifft zu. Das eigentliche Spannungsverhältnis besteht daher nicht zwischen „Region“ und „Nation“ bzw. „Regionalbewegung“ und „Nationalbewegung“<sup>31</sup>, wie auch unstrittig ist, daß mesoregionale, mikroregionale und lokale Loyalitäten durch Nationsbildungsprozesse nicht notwendigerweise überformt, transformiert oder gar ersetzt werden.<sup>32</sup> Die zentrale Konfliktachse ist vielmehr diejenige von „(Regional-)Ethnie“ und „(National-)Staat“: Dort, wo es den Akteuren in Zentrale und Region gelingt, einen „devianten“ Ethnoregionalismus verfassungsrechtlich, politisch und kulturell in einen „andersethnisch“ dominierten Staat zu (re-)integrieren, bleibt der Umschlag in Ethnonationalismus und damit Separatismus aus. Dort, wo dies nicht gelingt, stehen die Zeichen auf Sezession. „Autonomy is not a panacea“, so Ruth Lapidoths begründete Warnung, „but only a tool or a framework that can constitute an adequate compromise if the parties are looking for one.“<sup>33</sup> Unabhängig davon, ob man mit Anthony D. Smith von einem „ethnischen Ursprung der Nationen“ ausgeht, diese mit Benedict Anderson als „vorgestellte Gemeinschaften“ perzipiert, mit Ernest Gellner zwischen „nabellosen Nationen“ und solchen, die einen „historischen Nabel“ besitzen, unterscheidet oder mit Miroslav Hroch die Nation für zugleich „real *und* konstruiert“ hält<sup>34</sup> – die Dichotomie Nation versus Region greift zu kurz. Sie muß vielmehr unter Einbeziehung des ethnischen Faktors zu einem Dreieck ausgebaut werden.<sup>35</sup>

<sup>30</sup> PHILIPP THER: Programm und Exposé der Konferenz „Die Grenzen der Nationen und Nationalstaaten: Regionalismen in europäischen Zwischenräumen von der Mitte des 19. bis zum Ende des 20. Jahrhunderts“, Zentrum für Vergleichende Geschichte Europas, Berlin, 9.-10. Februar 2001, Ms., S. 5.

<sup>31</sup> Ebenda, S. 6. Vgl. auch SIEGFRIED WEICHLIN: Das Spannungsfeld von nationaler und regionaler Identität, in: Politische Kultur in Ostmittel- und Südosteuropa, hrsg. von WERNER BRAMKE in Zusammenarbeit mit THOMAS ADAM, Leipzig 1999, S. 241-252.

<sup>32</sup> DIETER LANGEWIESCHE: Nation, Nationalismus, Nationalstaat: Forschungsstand und Forschungsperspektiven, in: Neue Politische Literatur 40 (1995), 2, S. 190-236, hier S. 218. Ähnlich auch HEINZ-GERHARD HAUPT, MICHAEL G. MÜLLER, STUART WOOLF: Introduction: The Study of Territorially Based Identities – Concepts and Approaches, in: Regional and National Identities in Europe in the XIX<sup>th</sup> and XX<sup>th</sup> Centuries, hrsg. von DENS., Den Haag u.a. 1998, S. 1-21, hier S. 4.

<sup>33</sup> RUTH LAPIDOTH: Autonomy – Flexible Solutions to Ethnic Conflicts, Washington/DC 1997, S. 204.

<sup>34</sup> ANTHONY D. SMITH: The Ethnic Origins of Nations, Oxford, Cambridge, 1986; BENEDICT ANDERSON: Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism, revised edition, London, New York 1991; ERNEST GELLNER: Nationalism, New York 1997, S. 90-101; MIROSLAV HROCH: Real and Constructed: the Nature of the Nation, in: The State of the Nation. Ernest Gellner and the Theory of Nationalism, hrsg. von JOHN A. HALL, Cambridge 1998, S. 91-106.

<sup>35</sup> MIROSLAV HROCH: Ethnische, regionale und nationale Identität in historischer Perspektive, in: Europa zwischen Integration und Regionalismus. 51. Deutscher Geographentag Bonn 1997, Bd. 4, hrsg. von KLAUS-ACHIM BOESLER u.a., Stuttgart 1998, S. 69-73.

Um so auffälliger ist zumindest auf der ersten Blick die Sonderstellung der transnistrischen Bewegung, denn der „staatsbildende“ Separatismus Transnistriens definiert sich selbst als primär regionalbezogen und explizit nichtethnisch, da vorgeblich plurinational und mehrsprachig, und nimmt als sein Gegenlager einen sich mononational gerierenden Zentralstaat. So heißt es in einer im Jahr 2000 in Tiraspol' erschienenen offiziellen Publikation mit dem Titel „Das Phänomen Transnistriens“, die PMR sei nicht „auf nationaler oder gar nationalistischer Grundlage, sondern nach humanistisch-zivilgesellschaftlichen polyethnischen Prinzipien geschaffen“.<sup>36</sup> Als weiterer Beleg für die „Einzigartigkeit“ der PMR wird der Umstand genannt, daß diese sich von anderen selbsternannten postsowjetischen „Staaten“ wie Südossetien, Tschetschenien, Abchasien oder Bergkarabach kardinal durch „Lebensfähigkeit und Selbstgenügsamkeit“ unterscheide.<sup>37</sup> Ihr industrielles Potential, so dieses Argument, mache das „moldauische Ruhrgebiet“ am Dnestr autark, und in Verbindung mit militärischer Potenz garantiere dies die Fortexistenz des „Phänomens Transnistriens“.<sup>38</sup> Eben diese beiden hochgradig wirkungsmächtigen Faktoren sind die Erklärung dafür, daß der ethnische Faktor in der PMR so gut wie gar nicht bemüht werden muß. In dieser Hinsicht gleicht das politische Handeln der Russophonen im Dnestr-Tal demjenigen der Russen in der Ostukraine: „[T]he Donbas Russians“, so der Geograph David J. Meyer, „need not mobilize ethnically when they can mobilize more easily, efficiently, and effectively as purely political and regional force that operates in cooperation with Russified Ukrainians as well as with other regions.“<sup>39</sup>

#### Versuch einer Konflikthanamnese

Wie alle inner- und zwischenstaatlichen Konflikte hat auch der Transnistrien-Konflikt seine Vorgeschichte, und wie bei anderen gewaltförmigen Konflikten, in denen es nicht nur um Territorium, sondern gerade auch um Identität geht, ist diese Vorgeschichte vielschichtig und nur sehr aufwendig rekonstruierbar. Allerdings weist der Konflikt zwischen Tiraspol' und Chişinău zwei Besonderheiten auf, die einen historischen Rückblick in vertretbaren Grenzen halten: Zum einen gerieten die Konfliktparteien nicht im Zuge eines langen Eskalationsprozesses in eine Konfrontation, sondern als Folge rascher und tiefgreifender Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen gleichsam über Nacht. Zum anderen sind auch die Ursachen des Konflikts im Dnestr-Tal relativ neuen Datums und überdies nur zu einem geringen Teil endogen. Hauptsächlich nämlich sind sie exogen, da sie in der Verquickung sowjetischer au-

<sup>36</sup> BABILUNGA u.a. (wie Anm. 8), S. 6.

<sup>37</sup> Ebenda.

<sup>38</sup> Ebenda, S. 7. – Zur Wortprägung *Moldavskij Rur* siehe ebenda, S. 108.

<sup>39</sup> DAVID J. MEYER: Why Have Donbas Russians Not Ethnically Mobilized Like Crimean Russians Have? An Institutional/Demographic Approach, in: *State and Nation Building in East Central Europe: Contemporary Perspectives*, hrsg. von JOHN S. MICGIEL, New York 1996, S. 317-330, hier S. 328.

Benpolitischer Zielsetzungen mit Stalinschem *nation-building* liegen: Im Ergebnis der realpolitischen Wende der UdSSR-Außenpolitik im Jahr 1924 geriet die vormalig russische, seit 1918 aber zu Rumänien gehörende historische Region Bessarabien – heute zu großen Teilen deckungsgleich mit der Republik Moldau – ins Visier Moskaus.<sup>40</sup> Da damals ein Anschluß Ostrumäniens an die Sowjetunion weder mit diplomatischen noch mit militärischen Mitteln realistisch erschien, beschränkten sich die Bol'sheviki auf expansionsorientierte Ethnopolitik: Gemäß der byzantinischen Tradition, derzufolge der einer zu erobernden feindlichen Provinz am nächsten gelegenen eigenen Provinz der Name des Eroberungszieles gegeben wurde, wurde 1924 auf dem Territorium der Ukrainischen SSR die „Moldauische Autonome Sozialistische Sowjetrepublik“ (MASSR) gegründet.<sup>41</sup> Deren Territorialbestand deckte sich zu großen Teilen mit demjenigen der heutigen PMR, umfaßte aber auch weiter östlich liegende Gebiete, darunter den MASSR-Hauptort Balta. 1929 wurde die Hauptortfunktion dann auf Tiraspol' übertragen. Nach sowjetischen Statistiken bildeten 1939 die Ukrainer mit 51% die Mehrheit der damals 599 000 Bewohner der MASSR, gefolgt von Moldauern/Rumänen mit 29%, Russen mit 10%, Juden mit 6% und 4% Sonstigen, darunter Deutsche, Bulgaren, Polen, Weißrussen, Tataren, Armenier und Tschechen.<sup>42</sup> Im Hauptort Balta gab es nur wenige Dutzend Moldauer, und selbst in Tiraspol' bildeten sie 1926 ganze 1,4%.<sup>43</sup>

Sinn dieser „Republikgründung“ war, wie ihr Namen bereits sagte, die Schaffung einer neuen moldauischen Nation in der Retorte sowjetischer Nationalitätenpolitik. Am Tag X, dem Anschluß Bessarabiens und seiner rumänischen Bevölkerungsmehrheit an die UdSSR, sollten dann die in der MASSR aufgebauten „moldauischen“ Kader die Entrumänisierung Bessarabiens mittels seiner „Moldausierung“ durchführen. Die Gelegenheit zur Umsetzung dieses ambitionierten Plans kam früher als erwartet: Im Zuge des Hitler-Stalin-Paktes von 1939 schob die UdSSR ihre Westgrenze im Sommer 1940 bis an den Pruth vor, und Bessarabien wurde sowjetisch. Umgehend wurde die MASSR, die nun ihren Zweck erfüllt hatte, aufgelöst und ihre Institutionen und Führungskräfte auf dem anderen Ufer des Dnestr gleichsam „ausgewildert“. Lediglich die fünf unmittelbar an den Dnestr reichenden Rayons der ehemaligen MASSR gingen in den Territorialbestand der am 2. August 1940 gebildeten MSSR ein; die anderen acht verblieben in der Ukrainischen SSR, nun allerdings ohne Autonomiestatus. Um Proteste der ukrainischen Republikführung in Kiev gegen die Ab-

<sup>40</sup> KING: The Moldovans (wie Anm. 10), S. 51-57.

<sup>41</sup> CHARLES KING: Ethnicity and Institutional Reform: The Dynamics of „Indigenization“ in the Moldovan ASSR, in: Nationalities Papers 26 (1998), 1, S. 57-72; DERS.: The Moldovan ASSR on the Eve of the War: Cultural Policy in 1930s Transnistria, in: Romania and World War II, hrsg. von KURT W. TREPTOW, Iași 1996, S. 9-36.

<sup>42</sup> OLEG GALUŠČENKO: Naselenie Moldavskoj ASSR (1924-1940 gg.) [Die Bevölkerung der Moldauischen ASSR (1924-1940)], Kišinev 2001, S. 45, Tab. 7: Nacional'nyj sostav naselenija Moldavskoj ASSR po dannym Vsesojuznoj perepisi 17 janvarja 1939 g. [Die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung der Moldauischen ASSR nach den Daten der Allunionsvolkszählung vom 17. Januar 1939].

<sup>43</sup> BABILUNGA u.a. (wie Anm. 8), S. 48.

trennung des Uferstreifens am Dneestr zu dämpfen, dekretierte Stalin, daß als Kompensation der Süden des bis an Donau und Schwarzes Meer reichenden und mittlerweile sowjetischen Bessarabiens, nämlich der neue Rayon Izmail, der Ukraine zugeschlagen werden sollte. Sowohl die Abgrenzung zwischen dem nun zur MSSR gehörigen Westrand Transnistriens und der Ukraine als auch diejenige zwischen beiden Teilrepubliken im „Bugeac“ (Budžak, Bucak = „Winkel“) genannten Süden Bessarabiens wurde ausschließlich auf Grundlage von Verwaltungskriterien durchgeführt – auf ethnische, sprachliche, geschweige denn historische oder konfessionelle, ja selbst auf wirtschafts- und verkehrsinfrastrukturelle Faktoren wurde dabei keine Rücksicht genommen. Mit anderen Worten: Die MASSR, diese in gewisser Weise als Vorläufer transnistrischer „Staatlichkeit“ zu wertende sowjetische Verwaltungseinheit, wurde 1940 zwischen der ukrainischen und der neuen moldauischen Sowjetrepublik geteilt. Die Ergebnisse dieses Teilungsvorganges wurden 1944 bestätigt, als die im Zuge des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion 1941 errichtete rumänische Herrschaft über Bessarabien und Transnistrien endete und die Rote Armee den Weg zur Wiederherstellung der MSSR in den Grenzen von 1940 frei machte.

Wenn die „unnatürliche“ Grenzziehung im Osten und Südosten der MSSR bis 1989 keine sichtbaren negativen Folgen gehabt hat, dann lag dies zum einen am eisernen Griff der Moskauer Zentrale, zum anderen an verschiedenen pragmatischen Lösungen, die die Republikführungen in Chişinău und Kiev sowie die Rayonführungen im „Grenzgebiet“ für eine Reihe drängender Probleme wie etwa die Irrigation des ariden Bugeac, dessen Verkehrsinfrastruktur und andere Bereiche entwickelten. Das moldauische Unabhängigkeitsstreben hat dann allerdings nicht nur in Transnistrien, sondern gerade auch im Bugeac eine Gegenbewegung ausgelöst – hier den sich gleichfalls rasch radikalierenden Ethnoregionalismus der Gagausen sowie die politische Mobilisierung der dortigen Bulgaren. Anders als im Dneestr-Tal jedoch befriedigte die moldauische Zentralregierung das gagausische Streben nach Selbstbestimmung durch die Gewährung von Territorialautonomie, wohingegen die bulgarischen Forderungen durch einen de facto-Nationalrayon, das Judeţ Taraclia, weitgehend erfüllt wurde.<sup>44</sup> Das Kalkül Chişinăus, das Autonomiestatut für Gagausien als Blaupause für die Regelung des Konflikts mit Tiraspol' zu nutzen, stieß bei den Adressaten auf unterschiedene Ablehnung.

Auf die Gefahr der Simplifizierung hin könnte man also die Grundkonstellation des Transnistrien-Konflikts als Spätfolge diktatorialer Machtpolitik Stalinscher Prägung bezeichnen – ein Konflikt, dessen detonationsverdächtige Rahmenbedingungen „von oben“ oktroyiert wurden und nicht etwa „von unten“ gewachsen sind. Auf den ersten Blick mag diese Feststellung außer historischem Wert nur geringe Praxistauglichkeit aufweisen. Zum Verständnis des Konfliktgeschehens, der Weltsicht der Konfliktakteure sowie vor allem für die Möglichkeiten der Bearbeitung des Konflikts

---

<sup>44</sup> Vgl. zu Gagausien STEFAN TROEBST: Von „Gagauz Halki“ zu „Gagauz Yeri“: Die Autonomiebewegung der Gagausen in Moldova 1988-1998, in: *Ethnos – Nation* 7 (1999), 1, S. 41-54, und zu den Bulgaren des Bugeac DERS.: Die bulgarische Minderheit Moldovas zwischen nationalstaatlichem Zentralismus, gagausischem Autonomismus und transnistrischem Separatismus (1991-1995), in: *Südosteuropa* 44 (1995), 9-10, S. 560-584.

durch Dritte im Sinne einer Deeskalation, gar „Lösung“, ist die Kenntnis der willkürlichen innersowjetischen Grenzziehungspraxis des Nationalitätenkommissars und Diktators der Jahre 1924-1953 jedoch unerlässlich.

#### Die „heiße“ Phase des Transnistrien-Konflikts 1989-1992<sup>45</sup>

Die Gorbačëvsche Politik von Glasnost und Perestrojka begünstigte auch in der Moldauischen SSR das Entstehen einer autochthonen, d.h. moldauisch/rumänischen Volksfrontbewegung der zwar in Partei, Verwaltung und Wirtschaft, aber eben nicht im Obersten Sowjet der Teilrepublik unterrepräsentierten Titularnation. Die moldauisch/rumänischsprachige Parlamentsmehrheit beschloß am 31. August 1989, daß künftig das Moldauische/Rumänische in lateinischer, nicht länger kyrillischer Schriftform Staatssprache sein, Russisch hingegen lediglich informellen Status besitzen solle. Das nicht-moldauische bzw. nicht-rumänischsprachige Bevölkerungsdrittel wertete die neue Sprachengesetzgebung zum einen als ersten Schritt zur Angliederung der MSSR an das benachbarte Rumänien, zum anderen als Mittel zur Marginalisierung all

---

<sup>45</sup> Grundlegend dazu AIRAT R. AKLAEV: Dynamics of the Moldova-Trans-Dniester Ethnic Conflict (late 1980s to early 1990s), in: *Ethnicity and Power in the Contemporary World*, hrsg. von KUMAR RUPESINGHE und VALERY A. TISHKOV, Tokyo 1996, S. 83-115; und PÅL KOLSTØ, ANDREI EDEMSKY, NATALYA KALASHNIKOVA: The Dniester Conflict. Between Irredentism and Separatism, in: *Europe-Asia Studies* 45 (1993), 6, S. 973-1000. Aus moldauisch-nationaler Sicht vgl. *Conflictul din Transnistria: adevărul așa cum a fost el. Materialele conferinței științifico-practice „Interesele de stat și rolul organelor de interne în asigurare ordinii constituționale și libertăților omului în raioanele de est ale Republicii Moldova“* [Der Konflikt in Transnistrien: Wie es sich in Wahrheit zugetragen hat. Materialien der wissenschaftlich-praktischen Konferenz „Die Staatsinteressen und die Rolle der Sicherheitsorgane bei der Wahrung der Verfassungsordnung und der Freiheiten des Menschen in den östlichen Rayons der Republik Moldova“], Chișinău 1996; ANATOL CARANU [ANATOL ȚARANU]: Pridnestrovskij konflikt v Respublike Moldova: protivostojanie identičnostej? [Der Transnistrienkonflikt in der Republik Moldova: Gegensatz der Identitäten?], in: *Moldova între Est și Vest. Identitatea națională și orientarea europeană*, hrsg. von VALERIU MOȘNEAGA, Chișinău 2001, S. 255-273; GHEORGHE E. COJOCARU: Separatismul în slujba Imperiului [Der Separatismus im Dienste des Imperiums], Chișinău 2000; aus moldauisch-russophoner Sicht PETR M. ŠORNIKOV: Pokušenje na status. Etnopolitičeskie processy v Moldavii v gody krizisa 1988-1996 [Anschlag auf den Status: Ethnopolitische Prozesse in Moldova in den Jahren der Krise 1988-1996], Kišinëv 1997; sowie aus transnistrischer ANDREJ SAFONOV: Vzaimootnošenija Moldovy i Pridnestrov'ja: Istorija problemy i perspektivy (osnovnye aspekty) [Die Beziehungen zwischen Moldova und Transnistrien: Geschichte des Problems und der Perspektive (grundlegende Aspekte)], in: *Statul național și societatea polietică: Moldova în anii 90. Materiale I simpozion moldo-german* (Chișinău, 13-18 octombrie 1996), hrsg. von VALERIJ MOŠNJAGA [VALERIU MOȘNEAGA], Chișinău 1997, S. 149-159; VALERIJ A. LICKAJ: Status i garantii [Status und Garantien], in: *Ot etnopolitičeskogo konflikta k mežnacional'nomu soglasiju v Moldove. Materialy naučno-praktičeskogo seminară (Flensburg, Germanija, i B'erremark, Danija, 12-17 sentjabrja 1997)*, hrsg. von VALERIJ MOŠNJAGA [VALERIU MOȘNEAGA], Kišinëv 1998, S. 18-25.

derjenigen, deren Muttersprache nicht die neue Staatssprache war. Denn laut Gesetz hatten die Inhaber von Führungspositionen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft entweder gute Kenntnisse des Moldauischen/Rumänischen nachzuweisen bzw. diese zügig zu erwerben oder aber ihre Positionen aufzugeben. Derartige Sprachkenntnisse aber fehlten den Russen und anderen Russischsprachigen in Moldova, die 1989 allein in der Industrie der Republik zwei Drittel aller Leitungsfunktionen inne hatten<sup>46</sup>: Ganze 6,0% der 562 000 Russen in der MSSR beherrschten 1989 Moldauisch/Rumänisch<sup>47</sup>, und auch bei den Ukrainern, Gagausen, Bulgaren und anderen dürfte der Prozentsatz ähnlich niedrig gewesen sein. Weiter angeheizt wurde die sich aufbauende Spannung durch den Beschluß des Obersten Sowjets zur Übernahme der rumänischen Trikolore als Nationalflagge der MSSR und zur Übernahme der rumänischen Nationalhymne „Erwache Rumäne, aus deinem Totenschlaf“ – der förmliche Anschluß der MSSR an den westlichen Nachbarstaat schien unmittelbar bevorzustehen. Die Parole der republiksweiten Proteste der Russophonen lautete „Wir wollen keine Rumänen sein!“<sup>48</sup>, was die Anhänger der Volksfront Moldovas mit dem russophoben Slogan „Koffer – Bahnhof – Rußland!“ beantworteten.<sup>49</sup> Bezeichnenderweise wurden beide Parolen in der Sprache der jeweils anderen Gruppe skandiert.<sup>50</sup>

Von besonderer Intensität sowie von flächendeckendem Charakter war die Protest- und Streikbewegung in den urban-industriellen Zentren des Dnestr-Tals, deren Koordinierungsinstanz der „Vereinigte Rat der Arbeitskollektive“ (*Ob'edinennyj Sovet trudovyh kollektivov*, OSTK) war. Gesteuert allerdings wurde der OSTK vom informellen „Direktorenkorpus“ der Großbetriebe der Region, dem auch „Elektromaš“-Direktor Smirnov angehörte. Als Kandidat dieses Gremiums wie des OSTK wurde er am 23. März 1989 zum Vorsitzenden des Stadtsowjets von Tiraspol' und zum Mitglied des Obersten Sowjets der MSSR gewählt. Damit hatte der Ingenieur eine politische Schlüsselstellung in Transnistrien eingenommen.

Die Souveränitätserklärung der MSSR vom 23. Juni 1990 beantwortete das OSTK mit der Einberufung des so genannten „Zweiten Außerordentlichen Kongresses der Volksdeputierten aller Ebenen der transnistrischen Region“, der aus 579 Personen bestand. Dieses Gremium rief am 2. September 1990 eine neue Sowjetrepublik (den

<sup>46</sup> Entsprechend waren 1989 lediglich 32,8% aller Führungspositionen in den Industrien der MSSR von Angehörigen der Titularnation besetzt. Vgl. VLADIMIR SOLONAR, VLADIMIR BRUTER: Russians in Moldova, in: *The New Russian Diaspora. Russian Minorities in the Former Soviet Republics*, hrsg. von VLADIMIR SHLAPENTOKH u.a., Armonk, London 1994, S. 72-90, hier S. 77.

<sup>47</sup> TAT'JANA MLEČKO: „Bereg levyj, bereg pravij ...“ Russkie v Moldavii [„Linkes Ufer, rechtes Ufer ...“ Die Russen in Moldova], in: *Rossijskaja Federacija 1997*, 5, S. 51-52, hier S. 51.

<sup>48</sup> *Nu vrem să fim români!* Vgl. BABILUNGA u.a. (wie Anm. 8), S. 152.

<sup>49</sup> *Čemodan – vokzal – Rossija!* Vgl. I. F. SELIVANOVA: Pridnestrovskij konflikt i problemy ego uregulirovanija [Der Transnistrien-Konflikt und die Probleme seiner Regulierung], in: *Étnopolitičeskie konfliktky v postkommunističeskom mire*, Teil II, Moskva 1996, S. 3-25, hier S. 4.

<sup>50</sup> BABILUNGA u.a. (wie Anm. 8), S. 152.

Vorläufer der PMR) mit Tiraspol' als Hauptstadt aus, die „Transnistrische Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik“ (*Pridnestrovskaja Moldavskaja Socialističeskaja Sovetskaja Respublika*, PMSSR).<sup>51</sup> Damit spaltete sich Transnistrien von der Moldauischen SSR ab, verblieb aber wie diese in der Sowjetunion. Erst nach der Sezession der MSSR als Republik Moldau aus der UdSSR, die Chişinău mit der Unabhängigkeitserklärung vom 27. August 1991 vollzog, sowie angesichts des bevorstehenden Zerfalls jener „unzerstörbaren Union sowjetischer Republiken“, wie es in der sowjetischen Nationalhymne hieß, nahm das transnistrische Eigenständigkeitsstreben ebenfalls separatistische Züge an. Am 1. Dezember 1991 wurden zeitgleich Wahlen zur „Präsidentschaft“ der PMSSR sowie ein Referendum über deren „staatliche“ Unabhängigkeit durchgeführt. Mit dem Ergebnis, das 98% Ja-Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 80% gelautet haben soll, proklamierte der mit angeblich 65% neu gewählte „Präsident“ Smirnov selbigentags die „Eigenstaatlichkeit“ Transnistriens, jetzt bereits unter der Bezeichnung PMR. Diese „Eigenstaatlichkeit“ sollte vorzugsweise, so der Referendumstext, „innerhalb einer erneuerten Sowjetunion“ realisiert werden<sup>52</sup> – eine Formulierung, die sich mit dem Jahreswechsel 1991/92 von selbst erledigte.

Zum Zeitpunkt des Referendums hatte der Grad der Spannung zwischen der Zentralregierung in Chişinău und den Behörden in Tiraspol' die Gewaltschwelle bereits überschritten. Der Führung Transnistriens kam dabei zugute, daß die transnistrische Bewegung unter Smirnovs Leitung von 1989 an nicht nur eigene Verwaltungsstrukturen mit Justizwesen, Zoll und einer provisorischen „Nationalbank“, sondern auch eigene Sicherheitsorgane wie Miliz, Geheimdienst und den Nucleus einer eigenen Ar-

<sup>51</sup> Vgl. Postanovlenie Vtorogo Črezvyščajnogo s-ezda narodnych deputatov vsech urovnej Pridnestrovskogo regiona, 2 sentjabrja 1990 g. [Beschluß des Zweiten Außerordentlichen Kongresses der Volksdeputierten aller Ebenen der transnistrischen Region, 2. September 1990], und Deklaracija ob obrazovanii Pridnestrovskoj Moldavskoj Sovetskoj Socialističeskoj Respubliki [Erklärung zur Formierung der Transnistrischen Moldauischen Sowjetischen Sozialistischen Republik], in: Bessarabskij vopros i obrazovanie Pridnestrovskoj Moldavskoj Respubliki. Sbornik oficial'nych dokumentov, hrsg. von VASILIJ N. JAKOVLEV u.a., Tiraspol' 1993, S. 82-84 und 85-90. Siehe auch ALEKSANDR A. KARAMAN: O samoprovozglasnenii i priznanii Pridnestrovskoj Moldavskoj Respubliki [Über die Selbstproklamation und die Anerkennung der Transnistrischen Moldauischen Republik], in: Ežegodnyj istoričeskij al'manach Pridnestrov'ja 4 (2000), S. 4-12, und VASILIJ N. JAKOVLEV: Ternistyj put' k spravedlivosti [Dorniger Weg zur Gerechtigkeit], Tiraspol' 1993; sowie DERS.: Voleiz-javlenie naroda vsesil'no i neotmenno [Die Willensbekundung des Volkes ist allmächtig und unabänderlich], Tiraspol' 1995.

<sup>52</sup> KLEMENS BÜSCHER: Die „Staatlichkeit“ Transnistriens – ein Unfall der Geschichte? Beitrag für das Projekt „Die ‚zweite nationale Wiedergeburt‘. Nationalismus, nationale Bewegungen und Nationalstaatsbildungen in der spät- und postkommunistischen Gesellschaft“. Ms. eines Vortrags auf einer internationalen Konferenz an der Universität Mannheim, 20.-22. Februar 1998, S. 16. Siehe jetzt auch DERS.: Ethnische Diaspora zwischen Residenz- und Referenzstaat. Transnationale Beziehungen der Russen in Moldova und der Ukraine, Phil. Diss. Universität Köln 2002.

mee aufgebaut hatte.<sup>53</sup> Hatte es sich bis Ende 1990 um einen hochemotional geführten, aber weitgehend gewaltfreien politischen Machtkampf zwischen der transnistrischen Bewegung und der MSSR-Spitze um die urban-industriellen Zentren im Dnestr-Tal gehandelt, so änderte sich das, als der bis dato „kalte“ Krieg auf die ländlichen Regionen des linken Dnestr-Ufers übergriff. Denn im Unterschied zu den Städten waren die in Ufernähe gelegenen Dörfer Transnistriens mehrheitlich von Moldauern bewohnt. Der Übernahme kommunaler Verwaltungen durch Tiraspoler Emissäre versuchte Chişinău mit polizeilichen Mitteln zu begegnen, was zu örtlichen Zusammenstößen mit bewaffneten PMR-Organen und Kosakenfreiwilligen führte.

Eine neue Qualität gewann der bis dahin noch immer latente Konflikt durch die politischen Ereignisse in der zweiten Hälfte des Jahres 1991. Die regierende Volksfront in Chişinău wählte in der Auflösung der UdSSR eine Schwächung der PMR und verstärkte den militärischen Druck auf den Ostteil des Landes sowie vor allem auf das separatistisch kontrollierte Bendery. Hierin bestärkt fühlten sich Präsident, Parlament und Zentralregierung Moldovas durch die internationale Staatengemeinschaft, welcher die Republik Moldau seit ihrer Aufnahme in die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) am 3. Januar 1992 nun auch formal angehörte. In seinem Pochen auf territoriale Integrität und Ablehnung jeglicher einseitiger Grenzveränderungen sah sich Chişinău im Einklang mit den Grundprinzipien des Helsinki-Prozesses.

Ein erster Ausdruck des neuen Selbstbewußtseins war eine verlustreiche und erfolglose Kommandoaktion von Spezialtruppen des moldauischen Innenministeriums gegen transnistrische Gardes im Gebäude des Stadtsowjets von Bendery am 2. April 1992. Nachdem schon am 2. März transnistrische Einheiten die moldauische Polizei aus der linksufrigen Rayonhauptstadt Dubossary vertrieben hatten<sup>54</sup>, waren nun sämtliche der von der PMR beanspruchten städtischen Zentren entlang des Dnestr unter der alleinigen Kontrolle Tiraspol's. Die gespannte Situation verkomplizierte sich im kritischen Frühjahr 1992 durch Stellungnahmen unterschiedlicher politischer und militärischer Faktoren in Moskau, welche die Eigenstaatlichkeitsbestrebungen der PMR befürworteten, sowie durch widersprüchliche Äußerungen und Maßnahmen des Kommandeurs der in und um Tiraspol' stationierten 14. Sowjetischen Gardedee, Generalmajor Jurij Netkačev. Die Diffusion zwischen transnistrischen Gardes und der 14. Armee wurde nun immer offenkundiger: Zum einen beteiligten sich Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Stationierungsarmee an den Abwehraktionen

---

<sup>53</sup> Siehe Z. G. TODORAŠKO: *Istorija gosudarstvennyh učreždenij Pridnestrovskoj Moldavskoj Respubliki. Vysšie organy vlasti i upravljenija 1990-1995* [Geschichte der staatlichen Behörden der Transnistrischen Moldauischen Republik. Die obersten Organe der Macht und der Verwaltung 1990-1995], Tiraspol' 1999. Vgl. auch *Nepriznannaja respublika. Očerki. Dokumenty. Chronika* [Die nichtanerkannte Republik. Abrisse. Dokumente. Chronik], 5 Bde., hrsg. von V. F. GRYZLOV und MICHAÏL N. GUBOGLO, Moskva 1997-1999.

<sup>54</sup> Zu den Kämpfen bei Dubossary vgl. NIKOLAJ P. RUDENKO: *Dubossary – gorod zaščitnikov PMR* [Dubossary – Stadt der Verteidiger der PMR], Dubossary 1995, und VIKTOR V. DJUKAREV: *Dubossary 1989-1992 gg. Za kulisami politiki* [Dubossary 1989-1992. Hinter den Kulissen der Politik], Tiraspol' 2000.

der Separatisten gegen Chişinău – „auf eigene Initiative“, wie es offiziell hieß –, zum anderen schieden hochrangige Offiziere der 14. Armee aus dem Dienst aus, um jetzt den Aufbau einer regulären transnistrischen Armee zu leiten.

Im Mai 1992 hatten sich die Truppen der Zentralregierung auf wenige Brückenköpfe in Transnistrien zurückziehen müssen. Nicht zuletzt diese de facto-Kapitulation vor den PMR-Autoritäten war es, die den damaligen moldauischen Präsidenten Mircea Snegur bewog, sein lädiertes Prestige mittels einer spektakulären Militäraktion aufzupolieren<sup>55</sup>: Am Nachmittag des 19. Juni 1992 befahl er der embryonalen Armee seines Landes, verstärkt um Truppen des Innenministeriums – darunter reguläre Polizei, Sonderpolizeieinheiten und Carabinieri, Freiwilligenformationen und Abteilungen der dörflichen Selbstverteidigung –, das von transnistrischen Behörden kontrollierte Stadtzentrum von Bendery zu besetzen. Anlaß der Aktion war eine Provokation des Kommandeurs der 300 Mann starken, in Bendery stationierten Einheit der transnistrischen Nationalgarde, Jurij A. Kostenko, vom Morgen des 19. Juni. Bis heute ist unklar, was Chişinău zu der Annahme verleitete, zum einen der transnistrischen Seite militärisch überlegen zu sein, zum anderen die 14. Armee aus den Kampfhandlungen heraushalten zu können. Nach längeren Schußwechseln kontrollierten die über Panzer und Artillerie verfügenden moldauischen Einheiten den Großteil der Innenstadt Benderys sowie die einzige Dnestr-Brücke nach Transnistrien. Am Abend des 20. Juni jedoch setzte die transnistrische Seite zum Gegenschlag an: Die rasch um Miliz, Betriebskampfgruppen, Geheimdienst, das Freiwilligenbataillon „Dnestr“, Kosakenein-

---

<sup>55</sup> Zu detaillierten Berichten über die Kampfhandlungen siehe ERIKA DALEY: *Human Rights in Moldova. The Turbulent Dniester*, New York, Washington 1993, S. 27-69; NEIL V. LAMONT: *Territorial Dimensions of Ethnic Conflict. The Moldovan Case, 1991 – March 1993*, in: *The Journal of Slavic Military Studies* 6 (1993), 4, S. 576-612; DERS.: *Ethnic Conflict in the Transdnier*, in: *Military Review* 74-75 (1994), 12-1, S. 56-69; und *Doklad pravozashčitnogo centra „Memorial“: Massovye i naibolee ser'eznye naruşeniya prav čeloveka i položenie v zone vooružennogo konflikta v g. Bendery za ijun'-ijul' 1992 g.* [Bericht des Rechtsschutzzentrums „Memorial“: Die massenhaften und schwerwiegendsten Verletzungen der Menschenrechte und die Lage in der Zone des bewaffneten Konflikts in der Stadt Bendery im Juni-Juli 1992], in: *Nezavisimaja gazeta* vom 22. September 1992, S. 4-5. Aus rumänischer Sicht vgl. VICTOR BÂRSAN: *Masacrul inocenţilor. Războiul din Moldova, 1 martie – 29 iulie 1992* [Das Massaker an den Unschuldigen. Der Krieg in Moldova vom 1. März bis zum 29. Juli 1992], Bucureşti 1993; aus moldauischer Sicht *Conflictul din Transnistria* (wie Anm. 45); aus rußländischer EDWARD OZHIGANOV: *The Republic of Moldova: Transdnier and the 14<sup>th</sup> Army*, in: *Managing Conflict in the Former Soviet Union: Russian and American Perspectives*, hrsg. von ALEXEI ARBATOV u.a., Cambridge, London 1997, S. 145-209; sowie aus transnistrischer Sicht GRIGORIJ V. VOLOVOJ: *Krovavoe leto v Benderach. Chronika pridnestrovskoj tragedii* [Blutsommer in Bendery. Chronik der transnistrischen Tragödie], Bendery 1993; NIKOLAJ V. BABILUNGA, BORIS G. BOMEŠKO: *Pridnestrovskij konflikt: Istoričeskie, demografičeskie i političeskie aspekty* [Der Transnistrien-Konflikt: Historische, demographische und politische Aspekte], Tiraspol' 1998; DIES.: *Bendery: rasstreljannye nepokorennye* [Bendery: Erschossen, aber nicht unterworfen], Tiraspol' 1993; DIES.: *Kniga pamjati zaščitnikov Pridnestrov'ja* [Gedenkbuch für die Verteidiger Transnistriens], hrsg. von ALEKSANDR A. KARAMAN, Tiraspol' 1995.

heiten aus der Region wie anderen Teilen der Sowjetunion, Freischärler, Wochenendpartisanen, Scharfschützinnen des „Bundes der weiblichen Verteidiger Transnistriens“ sowie vor allem Angehörige der 14. Armee verstärkten PMR-Kräfte gewannen unter Einsatz von Panzern und anderen schweren Waffen binnen weniger Stunden die Kontrolle über das engere Stadtzentrum zurück. Am 21. und 22. Juni standen sich die feindlichen Einheiten entlang einer Zentrum und angrenzende Wohngebiete durchschneidenden Frontlinie gegenüber. Die heftigen Kämpfe veranlaßten ca. 70 000 Einwohner Benderys zur Flucht über den Dnestr oder in angrenzende moldauische Dörfer. Bereits am 20. Juni hatten moldauische Einheiten begonnen, das auf dem östlichen Dnestr-Ufer gelegene Großdorf Parkany (Parcani) zu beschießen, und am 22. Juni warfen moldauische Kampfflugzeuge mehrere Bomben über diesem Dorf ab. Beginnend mit der Nacht vom 22. zum 23. Juni mußte die Armee Moldovas der gegnerischen Übermacht weichen. Bis zum 26. Juni hatte sie sich fast völlig ins Umland zurückgezogen; lediglich ein einzelner Block in der Innenstadt sowie das periphere Wohngebiet „Leninskij mikrorajon“ samt dem angrenzenden, mit der Stadt zusammengewachsenen Dorf Varnița (Varnica) verblieben unter der Kontrolle Chișinăus. Allerdings belegte die moldauische Artillerie bis zum 3. Juli von der strategischen Suworov-Höhe im Westen der Stadt die transnistrischen Stellungen im Stadtzentrum durchgängig mit schwerem Feuer.

Die Bilanz der Kämpfe in und um Bendery waren mehr als tausend Todesopfer, ca. 10 000 Verletzte und über 130 000 Flüchtlinge, darunter ca. 80 000 in den Nachbarstaaten und im fernerem Ausland, vor allem in der Bundesrepublik Deutschland.<sup>56</sup> Der Grund für die hohen Verluste war, daß beide Seiten die Auseinandersetzung mit großer Erbitterung führten. Man konnte sich nicht einmal darauf verständigen, Gefechtpausen zur Bergung der Verwundeten festzusetzen, so daß viele Verletzte in der sommerlichen Hitze verdursteten oder verbluteten. Bezeichnend war auch die verwendete Haßrhetorik, die Heterostereotype wie „moskowitische Okkupanten“ und „Zombie-SSR“ auf der einen<sup>57</sup> und „Chișinăuer Nazis“, gar „rumänische Menschenfresser“ auf der anderen Seite einsetzte.<sup>58</sup>

<sup>56</sup> VALERIJ MOŠNJAGA [VALERIU MOȘNEAGA]: Vooružennyj konflikt v Respublike Moldova i problema peremeščennyh lic [Der bewaffnete Konflikt in der Republik Moldova und das Problem der dislozierten Personen], in: Moldoscopie. Problemy političeskogo analiza. Sbornik statej, Teil VII, Kišinev 1995, S. 82-126, hier S. 93, Tab. 1: Raspredelenie bežencev i peremeščennyh lic v chode vooruženogo konflikta v Respublike Moldova (vesnalo 1992 g.) po gosudarstvam SNG [Verteilung der Flüchtlinge und der im Zuge des bewaffneten Konflikts in der Republik Moldova dislozierten Personen (Frühjahr-Sommer 1992) auf die GUS-Staaten].

<sup>57</sup> R. S. S. *Mancurtă* im moldauischen Original – nach Čingiz Ajtmatovs bekannter Mankurt-Sage. Vgl. NICOLAE DABIJA: Moldova de peste Nistru – vechi pămînt strămoșesc [Moldova jenseits des Dnestr – seit Urzeiten unser Land], Chișinău 1990, S. 4, 28 und 54.

<sup>58</sup> Zum Ausdruck *kišinevskij nacizm* vgl. VOLKOVA (wie Anm. 3), Vvedenie [Einführung], zum zweiten siehe eine auf Juni 1992 datierte Fotografie, die transnistrische Kriegsfreiwillige auf einem LKW zeigt, auf dessen Ladeklappe „Tod den rumänischen Menschenfressern!“ (*Smert' rumynskim ljudoedam!*) geschrieben steht, bei VALERIJ KRUGLIKOV, N. VO-

Der von Moskau auf dem Höhepunkt der Kampfhandlungen als neuer Oberkommandierender der 14. Armee entsandte Generalleutnant Aleksandr I. Lebed' trennte die Kontrahenten umgehend und setzte eine provisorische Konfliktregelung in Form einer Sicherheitszone entlang des Flusses Dnestr durch. In der Sicherheitszone wurde eine quadrilaterale rußländisch-ukrainisch-moldauisch-transnistrische Blauhelmmtruppe unter dem Kommando der Armee der Rußländischen Föderation stationiert.<sup>59</sup> Die Stadt Bendery bildet bis heute eine „Zone erhöhter Sicherheit“ innerhalb der gesamten Sicherheitszone. Ihrem rußländischen Stadtkommandanten unterstehen zwei Polizeiformationen – die transnistrische Miliz und die moldauische Polizei. Unverkennbar ist allerdings, daß das rußländische Oberkommando gravierende Verstöße der transnistrischen Seite gegen die Demilitarisierung der Sicherheitszone duldet, so die Stationierung von Truppen und Kriegsgerät in der historischen Festung von Bendery.

Seit dem Sommer 1992 ist der Konflikt zwischen Chişinău und Tiraspol' also eingefroren, aber von einer dauerhaften Lösung weit entfernt – trotz intensiver Vermittlungsbemühungen durch die KSZE/OSZE und etlicher internationaler Nichtregierungsorganisationen sowie (weniger zielgerichtet) durch die Rußländische Föderation und die Ukraine.<sup>60</sup> Ein 1994 zaghaft in Gang gekommener Prozeß bilateraler Gespräche zwischen den beiden verfeindeten Landesteilen, der transnistrischerseits primär als Ablenkungsmanöver betrieben wurde, ist moldauischerseits 2001 durch Dilettantismus der neuen kommunistischen Regierung gescheitert. Beiderseits des Dnestr – und wohl auch in Moskau und Kiev – fehlt jeglicher politischer Wille zum Kompromiß. Das Resultat ist eine Dekade Stillstand.

---

ROB'EVA: Bendery. Leto-92. Vojna (Fotoal'bom) [Bendery. Sommer-92. Krieg (Photoalbum)], Bendery 1995, S. 40.

<sup>59</sup> JEFF CHINN: The Case of Transdnier (Moldova), in: Peacekeeping and the Role of Russia in Eurasia, hrsg. von LENA JONSON und CLIVE ARCHER, Boulder, Oxford 1996, S. 103-120; und GERALD B.H. SOLOMON: Peacekeeping in the Transdnier Region. The Test Case for the CSCE. Report of the Political Committee of the North Atlantic Assembly, Brussels 1994.

<sup>60</sup> STEFAN TROEBST: Der Transdnierkonflikt und seine Bearbeitung durch die OSZE, in: Friedensbericht 1998: Afrikanische Perspektiven: Theorie und Praxis ziviler Konfliktbearbeitung, hrsg. von GÜNTER BAECHLER und ARNO TRUGER, Chur, Zürich 1998, S. 347-379; CLAUS NEUKIRCH: Transdnier and Moldova: Cold Peace at the Dniestr, in: Helsinki Monitor 12 (2001), 2, S. 122-135; G. G. GOL'DIN, V. N. MATJAŠ: OBSE i Pridnestrov'e: Učebnoe posobie [Die OSZE und Transdnier. Ein Lehrbuch], Moskva 2000. Zur bislang letzten Vermittlungsinitiative der OSZE vom Juli 2002 vgl. VLADIMIR SOCOR: Federalization Experiment in Moldova, in: Russia and Eurasia Review 1 (2002), 4 (16 July), URL [http://russia.jamestown.org/pubs/view/rer\\_001\\_004\\_001.htm](http://russia.jamestown.org/pubs/view/rer_001_004_001.htm), und BRUNO COPPIETERS, MICHAEL EMERSON: Conflict Resolution for Moldova and Transdnier through Federalization? Centre for European Policy Studies Policy Brief No. 25, August 2002, URL <http://www.ceps.be/Pubs/2002/No25Moldova-Transdnier.pdf>.

## Erklärungsmuster für Konfliktursachen

Der Forschungsstand zu Gründen, Natur und Verlauf des Transnistrien-Konflikts ist mittlerweile gut, denn der Ausbruch offener Gewalt im Dnestr-Tal vor zehn Jahren hat das Interesse der sozialwissenschaftlichen Forschung in beträchtlichem Maße auf diese bisher gänzlich unbekannte Krisenregion gelenkt. Dabei wurde der Konflikt anfänglich mehrheitlich als ein ethnischer interpretiert, also als eine Auseinandersetzung zwischen „(Ost-)Slaven“ bzw. „Russen“ auf der einen Seite und „(Ost-)Romanen“ bzw. „Moldauern“ oder „Rumänen“ auf der anderen. Einige Regionalfachleute relativierten diese Charakterisierung unter Hinweis auf die ideologischen Aspekte des Konflikts, als dessen Akteure in stereotyper Simplifizierung „Sowjetnostalgiker“ auf der einen und „Demokraten“ auf der anderen ausgemacht wurden. Im Jahr 1998 wurden gleich acht Studien vorgelegt, die von dieser Mono- bzw. bestenfalls Stereokausalität abrückten und deutlich differenziertere Erklärungen unternahmen. Deren Kernthesen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Der norwegische Politikwissenschaftler Pål Kolstø schlug gemeinsam mit seinem ukrainischen Kollegen Andrej Mal'gin eine Interpretation vor, die in der transnistrischen Bewegung und der PMR „a case of politicized regionalism“ erblickte.<sup>61</sup> Der Konflikt, so diese Autoren, besitze zwar ethnische und ideologische Komponenten, doch sei Ethnizität ebensowenig seine Triebkraft wie Ideologie. Sie identifizierten die aus divergierenden historischen Erfahrungen resultierenden unterschiedlichen Regionalidentitäten auf beiden Seiten des Dnestr als eigentliche Konfliktauslöser.<sup>62</sup>
2. Diese revisionistische Sichtweise löste eine direkte Replik der beiden US-amerikanischen Politikwissenschaftler Stuart J. Kaufman und Stephen R. Bowers aus, die an der Interpretation des Konflikts als einem im klassischen Sinn ethnischen festhielten. Dieser ethnische Charakter sei lediglich deswegen partiell schwer zu erkennen, weil die gegen ein Zusammenspiel von moldauischer Volksfront mit dem benachbarten Rumänien gerichtete Intervention der Rußländischen Föderation auf seiten der PMR dem Konflikt einen mächtropolitischen und staatensystemgeschichtlichen Anstrich gegeben habe.<sup>63</sup>
3. Der Berliner Politikwissenschaftler Gottfried Hanne bezog ebenfalls eine Gegenposition zu Kolstø und Mal'gin und urteilte, der Konflikt trüge „weniger regionalen als vielmehr ideologischen, machtpolitischen, ökonomischen und teilweise ethnischen Charakter“. Die Territorialisierung des Konflikts, also die Bildung des

---

<sup>61</sup> PÅL KOLSTØ, ANDREI MALGIN: The Transnistrian Republic: A Case of Politicized Regionalism, in: Nationalities Papers 26 (1998), 1, S. 103-127.

<sup>62</sup> Ebenda, S. 103 f.

<sup>63</sup> STUART J. KAUFMAN, STEPHEN R. BOWERS: Transnational Dimensions of the Transnistrian Conflict, in: Nationalities Papers 26 (1998), 1, S. 129-146. Vgl. auch STUART J. KAUFMAN: Spiraling to Ethnic War. Elites, Masses, and Moscow in Moldova's Civil War, in: International Security 21 (1996), 2, S. 108-138, sowie DERS.: Modern Hatreds. The Symbolic Politics of Ethnic War, Ithaca, London 2001, S. 129-163 und 241-247.

genannten OSTK auf dem Ostufer und in Bendery war nach Hanne *Folge*, nicht etwa *Ursache* des Konflikts.<sup>64</sup>

4. Der britische GUS-Fachmann und Politikwissenschaftler Andrew Williams hat in einer Studie ein für einen Nicht-Historiker ebenso apodiktisches wie überraschendes Urteil über die Ursachen des Transnistrien-Konflikts gefällt: „The conflict in Moldova has its origins in rival interpretations of history by the various parties concerned.“<sup>65</sup>
5. In einer Studie über die Bearbeitung des Konflikts durch die KSZE/OSZE von Stefan Troebst wurden die Positionen der Konfliktparteien als „Machtinteressen spätsovjeterischer Eliten versus moldauischer Nationalismus“ gekennzeichnet und dabei die Ethnisierung des Konflikts als rationale, auf Ressourcenschöpfung zielende Strategie seiner Akteure gewertet.<sup>66</sup>
6. Ein rußländisch-US-amerikanisches Geographenteam, bestehend aus John O’Loughlin, Vladimir Kolossov und Andrej Čepalyga, diagnostizierte bezüglich der Bewohner der PMR „eine neue Regionalidentität“<sup>67</sup>, die durch das Konfliktgeschehen zutage getreten sei. „In the TMR [= PMR] the visible signs of a new national construction are evident and in less than a decade, a new identity has taken shape.“<sup>68</sup>
7. Die moldauischen Politikwissenschaftler Valeriu Moşneaga und Alexei Tulbure machten die unterschiedliche ökonomische Entwicklung der beiden Landesteile der MSSR, ihre soziodemographischen Folgen und ihre mentalen Wirkungen als Ursachen sowie Hauptcharakteristika des Konflikts aus: „The social basis of the population [of Trans-Dnestria] became (and still is) the workers and managers of numerous large union-level industrial enterprises. These groups were dependent on Moscow rather than Kishinev in psychological and economic terms. For them,

---

<sup>64</sup> GOTTFRIED HANNE: Der Transnistrien-Konflikt: Ursachen, Entwicklungsbedingungen und Perspektiven einer Regulierung, Köln 1998 (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 42-1998), S. 3.

<sup>65</sup> ANDREW WILLIAMS: The Conflict in Transnistria: Its Dynamics and Possible Solutions, Ms., Brussels, Ebenhausen 1998 (Stiftung Wissenschaft und Politik – Conflict Prevention Network Briefing Paper, 9 November 1998), S. 5. Vgl. auch DASS. in The Republic of Moldova: Time for a New EU Strategy, hrsg. v. LEILAH BRUTON, Brussels, Ebenhausen 1999, S. 45-56 (Stiftung Wissenschaft und Politik – Conflict Prevention Network Selected Contributions Nr. 5), URL <http://www.swp-berlin.org/cpn/main/moldovsc.pdf>, sowie DERS.: Conflict Resolution After the Cold War: The Case of Moldova, in: Review of International Studies 25 (1999), 1, S. 71-87.

<sup>66</sup> TROEBST: Der Transnistrienkonflikt (wie Anm. 60), S. 358.

<sup>67</sup> JOHN O’LOUGHLIN, VLADIMIR KOLOSSOV, ANDREI TCHEPALYGA: National Construction, Territorial Separatism, and Post-Soviet Geopolitics in the Transdnister Moldovan Republic, in: Post-Soviet Geography and Economics 39 (1998), S. 332-358, hier S. 322 (auch unter URL <http://www.colorado.edu/IBS/PEC/johno/pub/PsgeTMR.doc>).

<sup>68</sup> Ebenda, S. 352.

the very idea of the disintegration of the USSR was perceived to be an error of history, and the existence of an independent Moldova an absurdity.“<sup>69</sup>

8. Der Kölner Politikwissenschaftler Klemens Büscher charakterisierte in einer provokant mit „Die ‚Staatlichkeit‘ Transnistriens – ein Unfall der Geschichte?“ betitelten Untersuchung „die ‚transnistrische Bewegung‘ als komplexe Verbindung verschiedener, sich überschneidender und wechselseitig beeinflussender Antriebskräfte“.<sup>70</sup> Als Komponenten dieser Bewegung nannte er „Nationalismus der in Transnistrien ansässigen nationalen Gruppen; Sowjetpatriotismus; Ansätze einer regionalistischen Bewegung; politisch-ideologisch motivierte Handlungskräfte; wirtschaftliche und machtpolitische Motivationen alter und neuer Eliten.“<sup>71</sup> „[I]n Transnistrien“, so das Ergebnis seiner Analyse der Trägergruppen der Bewegung, „[waren] im Umfeld der strategisch bedeutsamen Schwer- und Rüstungsindustrie mächtige Klanstrukturen aus miteinander verfilzten Partei-, Sowjet-, Verwaltungs- und Betriebsführungen entstanden“<sup>72</sup>, die im Wendejahr 1989 zugleich Nucleus und Motor der separatistischen Regionalbewegung wurden.

Als gemeinsamen Nenner der meisten dieser Erklärungsmodelle ist das Vorhandensein gesellschaftlicher, politischer und ökonomischer Strukturen auszumachen, die von „*in group*-Akteuren“ wie Smirnov im entscheidenden Moment polarisiert, instrumentalisiert, radikalisiert und schließlich mobilisiert werden konnten.

### *L'URSS après l'URSS*

Diese Quintessenz neuester Forschung deckt sich mit den Ergebnissen einer nahezu in Vergessenheit geratenen Fallstudie über sowjetische politische Eliten am Beispiel Tiraspol's, die der Londoner Soziologe Ronald J. Hill bereits 1977 vorgelegt hatte. In dieser minutiösen Untersuchung über die Jahre forcierter Industrialisierung von 1950 bis 1967 im Dnestr-Tal beschrieb der Brite am Beispiel der größten Stadt dort „a common system of recruitment to these positions“ – gemeint sind Funktionen im Stadtsowjet, im Stadtparteikomitee und in Stadtteilkomitees – „with members apparently moving on a more or less random basis between positions in the party, the state apparatus, industry and perhaps other branches of administration“, ein Rotationsprozeß also, aus dem Hill mit Blick auf die Mitglieder der daran beteiligten Tiraspoler Funktionselementen schloß, „the chances of their establishing strong informal ties seem to be high, and this would add further to their dominant position. They are linked, moreover, by a common interest in maintaining the success – economic and otherwise – of

---

<sup>69</sup> VALERIU MOȘNEAGA, ALEXEI TULBURE: Some Aspects of the Trans-Dnestr Problem, in: European Conflicts and International Institutions: Cooperating with Ukraine, hrsg. von HANS-GEORG EHRHART und OLIVER THRÄNERT, Baden-Baden 1998, S. 135-144, hier S. 136.

<sup>70</sup> BÜSCHER: Die „Staatlichkeit“ Transnistriens (wie Anm. 52), S. 2.

<sup>71</sup> Ebenda.

<sup>72</sup> Ebenda, S. 17.

the town.“<sup>73</sup> Allerdings handelte es sich ihm zufolge bei der damaligen MSSR-Rayonhauptstadt Tiraspol' mitnichten um ein geschlossenes System: „There is [...] a high level of recruitment from outside the town to leading positions in all categories of administration.“<sup>74</sup>

Der Fall von „Präsident“ Smirnov, der aus Sibirien über den Ural und die Ukraine nach Tiraspol' kam, war also alles andere als eine Ausnahme. Vielmehr sind, wie wiederum Büscher zeigt, im Zuge der forcierten Industrialisierung des Dnestr-Tals seit dem Ende der vierziger Jahre mehrere hunderttausend Facharbeiter, Ingenieure, Verwaltungsfachleute, Parteifunktionäre, Offiziere, Unteroffiziere sowie Armeepensionisten aus anderen Teilen der ehemaligen Sowjetunion dorthin gezogen. Zwei Drittel der heutigen Russischsprachigen in der PMR sind Immigranten oder ihre Nachkommen.<sup>75</sup> Die mehrheitlich moldauischen Einheimischen, die 1989 noch 40% ausmachten, waren bereits damals in Führungspositionen in Industrie, Verwaltung, Partei und Armee deutlich unterrepräsentiert – ihr Anteil belief sich auf knapp 33%. Dennoch wurden 15% aller Ehen über ethnische Grenzen hinweg geschlossen – eine im sowjetischen, zumal moldauischen Durchschnitt hohe Rate.

In den Industriestädten des Dnestr-Tals entstand also in den sieben Jahrzehnten sowjetischer Herrschaft, vor allem aber seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, eine industriell geprägte Wirtschaftsstruktur, die in einer sozialen, demographischen, sprachlichen und ethnokulturellen Bevölkerungsstruktur resultierte, welche sich vom agrarischen Südwesten der Sowjetukraine ebenso unterschied wie vom gleichfalls rural-landwirtschaftlich geprägten Bessarabien, das erst 1940 bzw. 1944 an die UdSSR fiel. Auf dem Territorium des heutigen Transnistriens entstand eine urbane, russophone Wirtschafts-, Verwaltungs-, Militär-, Partei- und Kulturelite, die aufgrund starker Funktionsrotation, weitreichender Interessenkoinzidenz und hoher Rate interethnischer Eheschließungen in sich ungewöhnlich geschlossen war und die sich aufgrund vielfältiger und enger Bindungen an das Moskauer Machtzentrum des Sowjetreiches regelrecht „reichsunmittelbar“ wähnte. In Gestalt der ihr durch Patronage- und Gefolgschaftsverhältnisse verbundenen Belegschaften der großen Staatsbetriebe kam dieser Elite auch quantitatives, in Wählerstimmen meßbares Gewicht zu. Das pejorative Schlagwort von der „Verschwörung der Direktoren“<sup>76</sup>, mit dem die Gegenseite die transnistrische Bewegung belegte, traf diesen Sachverhalt durchaus. Die genannte Geschlossenheit war die Voraussetzung dafür, daß die regionale Funktionselite zur Formulierung einer Politik der Wahrung des eigenen Besitzstandes und Einflusses sowie zu deren kompromißlosen Durchsetzung in der Lage war und auch vor Gewaltanwendung nicht zurückschreckte. Der Kurzkrieg um Bendery von 1992 war ein deutlicher Beleg hierfür, desgleichen die anschließende Liquidierung von Dissidenten

---

<sup>73</sup> RONALD J. HILL: *Soviet Political Elites. The Case of Tiraspol*, London 1977, S. 173.

<sup>74</sup> Ebenda, S. 174.

<sup>75</sup> SOLONAR, BRUTER (wie Anm. 46), S. 76.

<sup>76</sup> D. F. KONDRATOVIČ: *Predistorija Pridnestrovskoj Moldavskoj Respubliki* [Die Vorgeschichte der PMR], in: *Ežegodnyj istoričeskij al'manach Pridnestrov'ja* 1 (1997), S. 57-59, hier S. 57.

in den eigenen Reihen und die Vertreibung mißliebiger oder als unzuverlässig eingestufte Gruppen – Juden etwa, Journalisten oder Anhänger der Zentralregierung. Insgesamt trägt das politische System der PMR spätestens seit 1994 autoritäre, ja diktatorische Züge.<sup>77</sup>

### Geschichtspolitik *po pridnestrovskomu*

Neben dem *push-factor* der Einschüchterung setzte die regionale Elite frühzeitig auch etliche *pull-factors* zur eigenen Herrschaftslegitimation sowie zur Erhöhung der Loyalität der Bevölkerung ein.<sup>78</sup> Dies galt vor allem für die Bewahrung sowjetischer Maximen in der Sozial- und Wirtschaftspolitik, also für den Erhalt der staatlichen Großbetriebe und der Systeme sozialer Sicherung<sup>79</sup> – eine Politik, die auf die Wählerstimmen von *blue collar* wie *white collar workers* sowie des im Rentenalter befindlichen Bevölkerungsdrittels zielte. Eine von 1994 bis 1998 anhaltende tiefe Krise von Wirtschaft, Währung und „Staatsfinanzen“ der PMR konterkarierte jedoch den Erfolg dieser Politik.<sup>80</sup> Um so größere Bedeutung kam einem anderen, weniger kapitalintensiven Politikbereich zu, nämlich der „staatlichen“ Geschichtspolitik. Deren zentrale Begriffe lauten „Eigenständigkeit“, „Staatlichkeit“, „Polyethnizität“, „östliche (orthodoxe) slavisch-rußländische Ausrichtung“ sowie „Moldauertum“, letzteres nicht im ethnischen Sinne, sondern in einer historisch-regionalen Bedeutung, die auf das in der frühen Neuzeit mit dem Moskauer Reich politisch verbündete Fürstentum Moldau sowie MASSR und MSSR abhob.

Das unübersehbare und bis zur Mitte der neunziger Jahre auch zu spürende Spannungsverhältnis zwischen diesem Moldau-Bezug und der genannten „slavisch-rußlän-

---

<sup>77</sup> DAN IONESCU: Media in the „Dniester Moldovan Republic“: A Communist Memento, in: Transition 1 (1995), 19 (20. Oktober 1995), S. 16-20.

<sup>78</sup> Zum Folgenden vgl. ausführlicher STEFAN TROEBST: „Wir sind Transnistrier!“ Geschichtspolitik im Osten Moldovas, in: GegenErinnerung. Geschichte im Transformationsprozeß Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas, hrsg. von HELMUT ALTRICHTER, München 2003 (im Erscheinen), sowie VLADIMIR SOLONARI: Creating „a People“: a Case Study in (Post-) Soviet History Writing, Vortrag im Rahmen des Post-Communist Politics and Economy Workshop des Davis Center for Russian and European Studies der Harvard University am 8. Mai 2002, URL <http://www.fas.harvard.edu/~postcomm/papers/2001-02/solonari.pdf>.

<sup>79</sup> FRANK-DIETER GRIMM: Transnistrien – ein postsowjetisches Relikt mit ungewissen Perspektiven, in: Europa Regional 5 (1997), 2, S. 23-34.

<sup>80</sup> DAN IONESCU: Life in the Dniester „Black Hole“, in: Transition 2 (1996), 20 (4. Oktober 1996), S. 12-14; JULIE MOSTOV: Trading Priorities: Transnistria and the Moldovan Economy, in: ACE. Analysis of Current Events 9 (1997), 7, S. 3 und 11; Sharp Drop in Value of Transdnier Ruble, in: Radio Free Europe/Radio Liberty Newslines, Bd. 2, Nr. 54, Teil II, 19. März 1998. – Als „not self-sufficient, but viable“ charakterisiert ein Wirtschaftsexperte die primär auf Tauschhandel mit der Rußländischen Föderation sowie wirtschaftskriminelle Aktivitäten der Staatsführung gegründete Volkswirtschaft der PMR. ANATOLIJ GUDYM: Evolution of the Transnistrian Economy: Critical Appraisal, Chisinau 2001, <http://www.cisr-md.org/reports/cont-transn.html>. Vgl. auch LYNCH (wie Anm. 4).

dischen Ausrichtung“ hat mittlerweile durch deutliche Reduzierung des „Rußlandtums“ (*rossijskost'*) – nicht des „Russentums“ (*russkost'*)! – stark nachgelassen.<sup>81</sup> Die fünf genannten Schlüsselbegriffe werden durch die Jahrhunderte hindurch dekliniert, wobei man in der Regel auf die Kiever Rus', gelegentlich aber auch auf die Altsteinzeit zurückgeht. Kern der Argumentation ist, daß sich gleichsam unbemerkt von der Außenwelt, ja von den Bewohnern Transnistriens selbst, zahlreiche Besonderheiten herausgebildet hätten, die erst im Zeichen der spätsowjetischen Krise zutage getreten seien. Diese an Platos „neue Gesellschaft im vollkommenen Staat“ erinnernde „Wir-sind-schon-immer-anders-als-die-anderen“-Botschaft wird im Auftrag der PMR-Führung von einem „Wissenschaftlichen Forschungslabor der Geschichte Transnistriens, das 1991 an der Staatlich-Transnistrischen Taras-G.-Ševčenko-Universität“ in Tiraspol' eingerichtet wurde<sup>82</sup>, mit den Methoden professioneller Geschichtswissenschaft ausgebaut und mit denjenigen regierungsamtlicher Propaganda disseminiert. Diese Vermittlung geschieht nur zu einem geringen Teil in Form handelsüblicher Produkte akademischer bzw. akademisch verbrämter Geschichtsforschung, wie sie etwa eine im Jahr 2000 in Tiraspol' erschienene „Geschichte der Transnistrischen Moldauischen Republik in zwei Bänden“ darstellt.<sup>83</sup> Zentrale Transmissionsriemen „staatlicher“ Geschichtspolitik sind vielmehr Schulen, Schulbücher und Medien sowie Erinnerungsorte, Denkmale, Museen, „staatliche“ Symbole, Banknoten, Münzen und Briefmarken. Eine ganz besondere Rolle kommt sowjetischer Tradition zufolge Jubiläen und Jahrestagen zu. Dies gilt in erster Linie für den „Nationalfeiertag“ am 2. September, den Tag der Proklamation transnistrischer „Staatlichkeit“ in Form einer Sowjetrepublik im Jahr 1990, sowie für den 19. Juni, den Beginn der „Schlacht um Bendery“ im Jahr 1992.

Die Inhalte dieser Geschichtspolitik lassen sich in drei Kategorien einteilen: Es handelt sich *erstens* um ein Raster von stereotyp wiederholten historischen Ereignissen, Prozessen und Perioden, die als konstitutiv für die Geschichte der Region gewertet werden; *zweitens* wurden drei personenbezogene Kulte geschaffen, in deren Mittelpunkt der zarische General Aleksandr V. Suworov, der – neben seinen Siegen über Napoleon – als Befreier Transnistriens sowie als Gründer Tiraspol's gilt, der Schöpfer der Sowjetunion Vladimir I. Lenin und PMR-„Präsident“ Smirnov stehen; und *drittens* werden zwei Prinzipien ganz besonders hoch gehalten, nämlich dasjenige der die Multiethnizität und damit angeblich auch die Nationalismusresistenz belegenden Dreisprachigkeit der PMR sowie dasjenige der „Bewahrung des sowjetischen Erbes“.<sup>84</sup>

<sup>81</sup> IGOR' N. SMIRNOV: Pridnestrov'e – častička velikogo rossijskogo gosudarstva [Transnistrien – ein Stückchen des großen rußländischen Staates], in: Dnestrovskaja pravda vom 23. September 1995.

<sup>82</sup> Istorija Pridnestrovskoj Moldavskoj Respubliki (wie Anm. 18), S. 8.

<sup>83</sup> Istorija Pridnestrovskoj Moldavskoj Respubliki, Bd. 1 (wie Anm. 18). Der aus zwei Halbbänden bestehende zweite Band ist Ende 2001 gedruckt, aber nicht ausgeliefert worden.

<sup>84</sup> Ansätze zu einer Erforschung der „transnistrischen Ideologie“ finden sich bei CONSTANTIN CHIROȘCA: Ideologia Transnistreană [Die transnistrische Ideologie], in: Arena Politicii

Was berechtigt nun, aus diesem historisierenden Kaleidoskop auf den Erfolg „staatlicher“ Geschichtspolitik in der PMR zu schließen? Neben dem Umstand, daß dieses staatsähnliche Gebilde auch zwölf Jahre nach seiner Proklamation noch immer existiert und daß es sich ungeachtet interner Probleme wie externen Drucks als relativ stabil erwiesen hat, sind dies auch eine Reihe demoskopischer Daten wie etwa eine Erhebung zum Thema „Nationale Prozesse, Sprachbeziehungen und Identität“, die im Frühjahr 1998 moldauische, transnistrische, rußländische und US-amerikanische Soziologen im Auftrag des *Carnegie Endowment for International Peace* durchgeführt haben. Zentrales Ergebnis der Umfrage unter 350 Bewohnern Transnistriens, deren ethnische Zusammensetzung diejenige der Region widerspiegelte, war der Nachweis von „Prozessen der Formierung einer territorialen soziokulturellen Identität der Transnistrier“. Das scheint nicht zu hoch gegriffen zu sein, denn 83% der Befragten sprachen sich für den Erhalt der „Eigenstaatlichkeit“ der PMR aus, und immerhin 44% gingen von der Existenz einer „einzigartigen einheitlichen Gemeinschaft [, des] transnistrischen Volkes“ aus.<sup>85</sup> Neueres Datenmaterial bietet eine ganz ähnliche Umfrage vom April 2000 zum Thema „Moldovan and Transdnestrian Identity“, unternommen von dem Moskauer Politikwissenschaftler Vladimir Kolossov.<sup>86</sup> Diesmal wurden 498 Transnistrier befragt, deren Antworten denen von 513 Bewohnern „Rest“-Moldovas gegenübergestellt wurden. Während die politisch-territoriale Identifikation mit Region und „Staat“ annähernd gleich war, gab es bezüglich der Einschätzung des Lebensstandards signifikante Unterschiede: Transnistrier hielten ihre sozio-ökonomische Lage zwar mehrheitlich für schlecht, aber doch für deutlich besser als diejenige der Moldauer Moldovas.<sup>87</sup> Auffällig hoch im Vergleich zu Moldova ist daher das Vertrauen der Transnistrier in ihre politische Führung: Dem „Präsidenten“

---

(1997), 10, S. 21, 22, sowie bei BÜSCHER: Die „Staatlichkeit“ Transnistriens (wie Anm. 52), und DERS.: Separatismus in Transnistrien (wie Anm. 4).

<sup>85</sup> NIKOLAJ V. BABILUNGA: Territorial'naja identičnost' kak faktor političeskoj stabil'nosti Pridnestrov'ja [Territoriale Identität als Faktor politischer Stabilität in Transnistrien], in: Ėtničeskaja mobilizacija i mežėtničeskaja integracija, hrsg. von MICHAİL N. GUBOGLO, Moskva 1999, S. 185-194. Siehe auch MICHAİL N. GUBOGLO: Mežnacional'naja naprjaženost' v real'nosti i v predstavlenijach graždan [Interethnische Spannung in der Realität und in den Vorstellungen der Bürger], ebenda, S. 172-184; DERS.: Tjažkoe bremja konkurirujuščich identičnostej. Opyt Pridnestrov'ja [Die schwere Bürde konkurrierender Identitäten. Die Erfahrung Transnistriens], in: Ežegodnyj istoričeskij al'manach Pridnestrov'ja 4 (2000), S. 13-35; NIKOLAJ V. BABILUNGA: Ėtničeskaja identičnost' naselenija Pridnestrov'ja [Die ethnische Identität der Bevölkerung Transnistriens], in: Ėtničeskaja mobilizacija i mežėtničeskaja integracija: Istorija. Faktory. Gorizonty. Naučno-praktičeskaja konferencija. 29 sentjabrja 1998 g. Doklady i soobščeniija, Kišinėv 1999, S. 30-32.

<sup>86</sup> VLADIMIR KOLOSSOV: A Small State vs. a Self-Proclaimed Republic: Nation-Building, Territorial Identities and Prospects of Conflict Resolution (The Case of Moldova-Transdnestria), in: From the Adriatic to the Caucasus. The Dynamics of (De)Stabilization, hrsg. von STEFANO BIANCHINI, Ravenna 2001, S. 87-114, hier S. 98-104.

<sup>87</sup> Ebenda, S. 100 f.

Smirnov vertrauen 45,2%, der Regierung 38,7%, dem Obersten Sowjet 37,1% und der eigenen Armee sogar 64,7%.<sup>88</sup>

## Zwischenbilanz 2002

„Transnistrien und die Transnistrier“, so PMR-„Präsident“ Smirnov im Jahr 2000, „– das ist eine eigentümliche Region mit einem erstaunlichen Volk, das selbstlos für seine Staatlichkeit gekämpft hat. Unser Staat ist Wirklichkeit geworden. Und darin liegt das wichtigste Ergebnis der vergangenen zehn Jahre.“<sup>89</sup> Das was der „Präsident“ mit großer Geste „die Wahrheit über unseren kleinen, aber freiheitsliebenden und lebensfähigen Staat“ nannte<sup>90</sup>, nämlich die erfolgreiche Besitzstandswahrung der von ihm geführten regionalen Elite, versuchte er über den Transmissionsriemen „staatlicher“ Geschichtspolitik auch einem Großteil der Bewohner der PMR zu vermitteln. Beleg dafür, daß er dabei nicht gänzlich erfolglos war, ist seine Wiederwahl 2001. Den Wahlkampf bestritt Smirnov dabei vor allem mit dem bereits genannten Plakat, das den Kult um seine Person geschickt mit der internationalen Anerkennung, der sozialen Sicherheit, dem Fortbestand der PMR sowie der beschriebenen Geschichtspolitik verknüpfte. Es zeigte neben der Aufschrift „Unseren Führer haben sie bereits anerkannt – sie werden auch unsere Republik anerkennen!“<sup>91</sup> drei Fotografien des PMR-„Präsidenten“ beim Händeschütteln mit seinen rußländischen, weißrussischen und ukrainischen „Kollegen“ Vladimir V. Putin, Aljaksandr G. Lukašenka und Leonid D. Kučma. Ergänzt wurde diese Zukunftsbotschaft durch die eine historische Kontinuität suggerierende „dreieinige“ Beschwörungsformel: „Der Fluß heißt Dnestr, der Staat PMR, der Präsident Smirnov“.<sup>92</sup> Das Wahlergebnis von fast 80% der Stimmen für Smirnov belegt, daß – Einschüchterung und Wahlfälschung mit eingerechnet – die Mehrzahl der Wähler durchaus empfänglich für diese Art der personalisierender Geschichtspolitik ist.

Die Explosion des Wir-Gefühls von Elitegruppierungen und großen Teilen der Bevölkerung im Dnestr-Tal Ende der achtziger Jahre, die in einer machtvollen Bewegung für Autonomie, sehr bald dann für Sezession resultierte, wurde zwar durch sprachpolitische Maßnahmen der moldauischen Volksfront losgetreten, besaß anfänglich aber dennoch keinen ethnisch konnotierten Hintergrund. Allerdings wurde dadurch das materiell motivierte Streben der regionalen Eliten nach Besitzstandswahrung in Form einer Regionalbewegung der Bevölkerungsmehrheit im Dnestr-Tal erfolgreich kommuniziert, wodurch diese für den bewaffneten Konflikt mit der Zentralregierung mobilisiert werden konnte. Die bis dahin gleichsam negativ definierte re-

---

<sup>88</sup> Ebenda, S. 101. Die Vergleichszahl für die orthodoxe Kirche ist 48,6%.

<sup>89</sup> IGOR' N. SMIRNOV: Dorogie čitateli! [Liebe Leser!], in: BABILUNGA u.a. (wie Anm. 8), S. 3.

<sup>90</sup> Ebenda.

<sup>91</sup> *Priznali lidera – priznajut i respubliku!* Ein Exemplar dieses Plakats verdanke ich Gottfried Hanne. Zu einer Internetversion vgl. URL <http://www.bhhrg.org/zubr.htm>.

<sup>92</sup> *Reka – Dnestr, gosudarstvo – PMR, prezident – Smirnov.*

gionale Spezifik der Transnistrier, ihr „Nicht-so-Sein“ wie die moldauische Titularnation, wurde im Folgejahrzehnt durch die beschriebene Form regionalistischer Geschichtspolitik positiv gefüllt. Nicht zuletzt aus diesem Grund ist eine „Lösung“ des Transnistrien-Konflikts, wie sie die internationalen Vermittler bzw. zumindest die OSZE weiterhin anstreben, illusorisch: Der Konflikt ist bereits „gelöst“, lediglich die zu seiner Aufführung notwendig gewesen Kulissen stehen noch. Denn die PMR hat das Ziel der „Eigenstaatlichkeit“ de facto erreicht und befindet sich auf dem Weg der inneren wie äußeren Konsolidierung – „Reintegration“ in die GUS, neuer überstaatlicher Zusammenschluß, gar Anschluß an eine föderalisierte Ukraine nicht ausgeschlossen. Und die Republik Moldau hat den Phantomschmerz des Verlustes des 1944 angegliederten Ostufers überwunden und erkennt bereits ansatzweise die politischen wie sozialen Vorteile des Abstoßens des artifiziellen Appendixes jenseits des Dnestr. Zugleich ist auch auf dem Westufer, also im bessarabischen Teil Moldovas, die Option staatlicher Reintegration in den rumänischen Zentralstaat, wie schon zweimal zuvor – 1918-1940 und 1941-1944 –, nicht gänzlich auszuschließen. Mit anderen Worten: Bezüglich der staatsrechtlichen Zukunft der Republik Moldau und der PMR sind zahlreiche Optionen offen; diejenige einer „Wiedervereinigung“ gehört mittlerweile aber nicht mehr dazu.

Es bleibt allerdings der „Konflikt im Konflikt“, also die hochgradig explosive Frage nach dem künftigen Status des transnistrisch kontrollierten, aber auf dem westlichen Dnestr-Ufer gelegenen Bendery – eine von den Tiraspoler Behörden mittlerweile ethnisch stark gesäuberte und daher fast völlig russophone Großstadt, die der ebenso geschichtsbewußte wie international versierte PMR-„Außenminister“ Lickaj als „unser West-Berlin“ zu bezeichnen pflegt<sup>93</sup> und die selbst für den letzten demokratisch gesinnten transnistrischen Separatisten, den Politiker, Politikwissenschaftler und Journalisten Andrej Safonov, „eine Art sakrales Symbol“ ist.<sup>94</sup> Ein im Mai 2002 von der PMR-Führung lancierter Vorschlag einer administrativen Vereinigung Benderys mit dem nur wenige Kilometer entfernten Tiraspol' zur „neuen Hauptstadt Transnistriens“ kommt daher dem Gießen von Benzin ins Feuer gleich.<sup>95</sup>

Der Rußlandhistoriker Jörg Baberowski hat im Jahr 2001 mit Blick auf die in der Außensicht zerklüfteten, im Innern jedoch „funktionierenden“ spät- und postsowjetischen Gesellschaften geurteilt, diese würden „offenbar [...] von Kräften zusammengehalten und vor Stabilitätsverlusten bewahrt, die im Kanon der europäischen Moderne nicht zu finden sind“.<sup>96</sup> Als Quelle dieser „Kräfte“ identifizierte er auf Anerkennung und Zustimmung basierende Autorität, personale Netzwerke, Patronageverhält-

<sup>93</sup> So in einem Gespräch am 13. September 1997 in Flensburg.

<sup>94</sup> ANDREJ SAFONOV: Vzaimootnošenija Moldovy i Pridnestrov'ja (wie Anm. 45), S. 153.

<sup>95</sup> Novaja stolica Pridnestrov'ja (k voprosu ob-edinenija Tiraspolja i Bender) [Die neue Hauptstadt Transnistriens (zur Frage einer Vereinigung Tiraspol's und Benderys)], in: Ol'vija-press. Informacionnoe agentstvo vom 29. Mai 2002, URL <http://www.olvia.idknet.com/ol72-05-02.htm>.

<sup>96</sup> JÖRG BABEROWSKI: Die Entdeckung des Unbekannten. Rußland und das Ende Osteuropas, in: DERS. u.a.: Geschichte ist immer Gegenwart. Vier Thesen zur Zeitgeschichte, Stuttgart, München 2001, S. 9-42, hier S. 14 f.

nisse, Gefolgschaftsbindungen, informelle Einflußnahme und nicht zuletzt Korruption.<sup>97</sup> Im transnistrischen Fall wird die Haftwirkung dieses gesellschaftlichen Kitts durch zwei zusätzliche Ingredienzen weiter erhöht. Dies sind zum einen das durch „staatliche“ Erinnerungspolitik und durch Augenzeugen- wie Mitleidenschaft eines Großteils der Bevölkerung der PMR wach gehaltene Erlebnis des Krieges der Jahre 1990-1992, zum anderen die zielgerichtete „staatliche“ Geschichtspolitik, innerhalb derer der Kult um die Ereignisse von 1992 eine tragende Rolle spielt.

Ob allerdings dieses enge Verhältnis von Führern und Geführten in der PMR einen Umschlag des separatistischen Regionalismus in eine veritable *Nationalbewegung* und schließlich in den Prozeß der Bildung einer neuen Nation bewirken wird, muß mangels Prognosefähigkeit der Sozial-, Geistes- und Kulturwissenschaften offen bleiben. Fest steht jedoch, daß die Bindungen Transnistriens und seiner überwiegend russophonen Bewohner an den moldauischen Zentralstaat in Bessarabien und seine ostromanischsprachige Bevölkerungsmehrheit heute noch schwächer sind als sie es jemals seit 1940 bzw. 1944 waren. Was aus der Sicht nahezu sämtlicher Betroffener auf dem linken wie dem rechten Dnestr-Ufer nicht zusammengehört, entsprechend auseinander gebrochen ist, wird mutmaßlich auch nicht zusammenwachsen.

---

<sup>97</sup> Ebenda, S. 15. Christopher M. Hann hat diesbezüglich indes zu bedenken gegeben: „Doing business on the golf course in the West is treated as an example of civil society. If post-socialist elites in Eastern Europe meet in a restaurant for the same purpose it is conceived as corruption.“ Zit. nach STEFAN TROEBST u.a.: Chancen und Risiken eines Schwerpunktprogramms zur geistes- und sozialwissenschaftlichen Ostmitteleuropaforschung, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 50 (2002), 3, S. 438-447, hier S. 446.

# Vom Mythos Region zum Staat wider Willen: Metamorphosen in Bosnien-Herzegowina

von

H o l m S u n d h a u s s e n

Seit Frühjahr 1992 ist Bosnien-Herzegowina ein international anerkannter Staat, einer der jüngsten Vielvölkerstaaten Europas. Keine der dort beheimateten nationalen Gruppen verfügt über eine absolute Mehrheit. Nach den Zählungsergebnissen von 1991 stellten die „Muslime“ mit 43,7% der insgesamt 4,5 Millionen Einwohner Bosnien-Herzegowinas die stärkste Gruppe dar, gefolgt von den Serben mit 31,3% und den Kroaten mit 17,3%. Der Rest verteilte sich auf verschiedene Minderheiten.<sup>1</sup> Seine Selbständigkeit bezahlte Bosnien-Herzegowina mit intensiven ethnischen Säuberungen während eines dreieinhalbjährigen Krieges (Frühjahr 1992 bis Herbst 1995), der mit dem Dayton-Abkommen beendet wurde. Das Besondere dieses Staates liegt darin,

1. daß er eine ungewöhnlich komplizierte Struktur aufweist als Föderation mit zwei „Entitäten“ (der bosniakisch-kroatischen Föderation – einer Föderation innerhalb der Föderation – auf der einen und der Serbischen Republik/Republika Srpska auf der anderen Seite, wobei die Subföderation ihrerseits von einer Zweiteilung bedroht ist),
2. daß Bosnien-Herzegowina als Gesamtstaat nur ein Schattendasein führt und das Dayton-Abkommen sich zunehmend als Hindernis für seine Realisierung erweist<sup>2</sup>,
3. daß der Staat unter internationalem Protektorat steht und
4. daß niemand ihn wollte.

Bosnien-Herzegowina ist ein Staat wider Willen. Zwar hatte sich in einem Referendum Ende Februar/Anfang März 1992 eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung für die Unabhängigkeit der damaligen Teilrepublik Jugoslawiens ausgesprochen.<sup>3</sup> Aber dieses Ergebnis war besonderen Umständen geschuldet: dem Zerfall des zweiten Jugoslawien infolge der Zerstörung der innerjugoslawischen Machtbalance durch Mi-

---

<sup>1</sup> Vgl. SRDJAN BOGOSAVLJEVIĆ: Bosna i Hercegovina u ogledalu statistike [Bosnien und Herzegovina im Spiegel der Statistik], in: Bosna i Hercegovina između rata i mira, Beograd 1992, S. 31-47, hier S. 31.

<sup>2</sup> EMANUELLE CHAVENAEU-LEBRUN: La ligne-frontière inter-entites: Nouvelle frontière, nouveau pays?, in: Balkanologie 5 (2001), 1-2, S. 79-91.

<sup>3</sup> Zwar beteiligten sich nur 63% der Stimmberechtigten am Referendum, von denen jedoch 99,4% für die Unabhängigkeit votierten. Einzelheiten bei MARIA-JANINE CALIC: Der Krieg in Bosnien-Herzegowina. Ursachen – Konfliktstrukturen – Internationale Lösungsversuche, Frankfurt am Main 1995, S. 42.

lošević sowie der Verselbständigung Sloweniens und Kroatiens.<sup>4</sup> Nur wenige Jahre zuvor wäre die Abstimmung völlig anders ausgefallen. In einer repräsentativen Umfrage in allen Republiken des früheren Jugoslawiens hatten sich noch im Herbst 1990 61% der Befragten gegen die These ausgesprochen, daß jede Nation einen eigenen Nationalstaat haben müsse.<sup>5</sup> Insbesondere in Bosnien-Herzegowina gab es eine breite Zustimmung zum Konzept des Vielvölkerstaates. Rund 80% der Befragten hatten die ethnischen Beziehungen in ihrer Heimatrepublik als positiv eingeschätzt. Allerdings hatten nur 10% dies auch für Gesamtjugoslawien gelten lassen wollen.<sup>6</sup> Das heißt, daß die Bewohner Bosnien-Herzegowinas die ethnischen Beziehungen in ihrer eigenen Republik anders und wesentlich positiver einschätzten als die Beziehungen in der jugoslawischen Föderation und positiver, als die Bewohner anderer Teile Jugoslawiens die interethnischen Beziehungen in ihrer jeweiligen Republik beurteilten. War diese abweichende Einschätzung Ausdruck einer akzeptierten Multikulturalität? Oder beruhte sie auf einer bewußten oder unbewußten Angst vor der Infragestellung des status quo? Sicher ist, daß die große Mehrheit der Bevölkerung Bosnien-Herzegowinas zu diesem Zeitpunkt nicht daran glaubte, daß es in ihrer Republik einen Krieg mit ethnischen Säuberungen geben würde.

Die Bevölkerung Bosnien-Herzegowinas hat schmerzhaft Erfahrungen mit Veränderungen der politischen Landkarte gesammelt.<sup>7</sup> Im Verlauf des 20. Jahrhunderts hat die Region fünfmal (mindestens fünfmal) ihren politischen Status gewechselt. Anfang des Jahrhunderts befand sich Bosnien noch unter osmanischer Hoheit, wurde jedoch bereits seit dem Berliner Kongreß von Österreich-Ungarn verwaltet. 1908 wurde es von der Doppelmonarchie annektiert, aber keiner der beiden Reichshälften zugeordnet, sondern mit einem Sonderstatus versehen. Zehn Jahre später ging Bosnien-Herzegowina im ersten jugoslawischen Staat auf, verlor 1929 den Charakter einer Verwaltungseinheit und wurde anlässlich der Einrichtung einer kroatischen Banschaft 1939 territorial amputiert. Nach dem Überfall der Achsenmächte auf Jugoslawien im April 1941 wurde die Region zur Gänze dem sog. Unabhängigen Staat Kroatien zugeschlagen, der sich ebensowenig realisieren konnte wie der bosnisch-herzegowinische Staat seit 1992. Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges veränderte sich der Status Bosnien-Herzegowinas zum vierten Mal innerhalb von weniger als vier Jahrzehnten. Es bildete fortan eine der sechs Gliedrepubliken der jugoslawischen Föderation, die bis in die sechziger Jahre hinein weitgehend nur auf dem Papier stand. Erst seit Ende der sechziger Jahre und endgültig mit der jugoslawischen Verfassung von 1974 konnten die Teilrepubliken einen enormen Kompetenzzuwachs verzeichnen. Die Erlangung der Souveränität 1992 stellte dann den fünften (und vorerst letzten) Wandel dar,

---

<sup>4</sup> Die Literatur über den Zerfall Jugoslawiens ist kaum noch überschaubar. Zu den wichtigsten Argumentations- und Interpretationsmustern, die zur Erklärung des Staatszerfalls entwickelt wurden, vgl. HEIKO HÄNSEL: Der Zerfall des sozialistischen Jugoslawien. Erklärungsmodelle und Forschungspositionen, Magisterarbeit an der FU Berlin 2002.

<sup>5</sup> LASLO SEKELJ: Yugoslavia: The Process of Desintegration, New York 1992, S. 277.

<sup>6</sup> CALIC (wie Anm. 3), S. 57.

<sup>7</sup> The Historical Boundaries Between Bosnia, Croatia, Serbia: Documents and Maps, 1815-1945, hrsg. von ANITE L.P. BURDETT, Neuchâtel 1995.

sofern man von der rigorosen Neuordnung des Staates infolge des Krieges und des Dayton-Abkommens sowie der Bildung zweier „Entitäten“ innerhalb der Republik absieht.<sup>8</sup> Der Weg führte somit vom Status einer Provinz (zunächst des Osmanischen Reiches, dann Österreich-Ungarns) über die Auflösung als Gebietskörperschaft im ersten Jugoslawien, die Amputation von 1939, die Angliederung an den Ustaša-Staat während des Zweiten Weltkrieges und die Wiederherstellung Bosnien-Herzegowinas in Gestalt eines Bundeslandes im zweiten Jugoslawien bis zur staatlichen Souveränität. Letztere hätte die Krönung eines langen Ringens um den Erhalt Bosnien-Herzegowinas sein können. Statt dessen läutete sie dessen Ende ein. Triumph und Untergang gingen unmittelbar ineinander über und bedingten sich wechselseitig.

Die Geschichte Bosniens im 20. Jahrhundert weist nicht nur aus politisch-administrativer, sondern auch aus nationsbildender Perspektive Besonderheiten auf. Als sich im Verlauf der siebziger Jahre die Kunde von einer (bosnisch)muslimischen Nation verbreitete, löste das vielerorts Verwirrung aus: nicht nur im Ausland, sondern auch im damaligen Jugoslawien. War damit eine Religionsgemeinschaft zur Nation deklariert worden? Oder handelte es sich um einen Kunstgriff zur Ausbalancierung der zwischennationalen, serbisch-kroatischen Beziehungen in Jugoslawien? Und wer gehörte zur muslimischen Nation: nur die bosnisch-herzegowinischen Muslime und ihre Verwandten in anderen Teilen Jugoslawiens oder auch andere Muslime? Der Umstand, daß im Serbokroatischen/Kroatoserbischen, der zu dieser Zeit noch realexistierenden Schriftsprache, die Muslime als Nation mit großem „M“, die Muslime im religiösen Sinn mit kleinem „m“ geschrieben wurden und daß die Mitglieder beider Gruppen nicht deckungsgleich waren, verstärkte die Irritationen. Warum gab es keine bosnische Nation, obwohl dies der „Logik“ der inneren Gliederung Jugoslawiens (jede Republik mit einer eigenen Titularnation) entsprochen hätte und obwohl alle größeren Bevölkerungsgruppen der Teilrepublik Bosnien-Herzegowina – Muslime, Orthodoxe und Katholiken – ein gemeinsames Territorium hatten, dieselbe Sprache sprachen und als Südslawen eng miteinander verwandt waren? Zumindest unter Intellektuellen (vor allem unter Muslimen) herrschte bis in die siebziger Jahre hinein die Auffassung vor, daß die Bewohner der Republik auf dem Weg zu einer gemeinsamen Nation seien. „Bosnische Serben, Muslime und Kroaten haben alle Attribute einer einheitlichen bosnischen Nation, ein gemeinsames Territorium, Bewußtsein, Sprache, Gebräuche, Psychologie, Vergangenheit; Millionen von Menschen würden gerne die bosnische Nationalität zum Ausdruck bringen; die Muslime von Bosnien-Herzegowina fühlen sich im nationalen Sinne nicht als Muslime, sondern als Bosnier [...]“<sup>9</sup>

---

<sup>8</sup> Überblick bei SREĆKO M. DŽAJA: Die politische Realität des Jugoslawismus (1918-1991). Mit besonderer Berücksichtigung Bosnien-Herzegowinas, München 2002, S. 159-261.

<sup>9</sup> SALIM ĆERIĆ: Dva prigovora i jedan odgovor [Zwei Einwände und eine Antwort], in: *Odjek* 22 (1969), 7, S. 9; zit. nach KSENJA CVETKOVIC-SANDER: Sprachpolitik im sozialistischen Jugoslawien von 1945 bis 1974: Serbokroatisch, Magisterarbeit an der FU Berlin 2001, S. 166. Ćerić, ein bosnisch-muslimischer Sprachwissenschaftler, faßte damit die Meinung seiner Kritiker zusammen; er selber vertrat die Auffassung, daß es jene „Millionen“ gar nicht gebe. „Bosnien-Herzegowina und seine Menschen kenne ich gut, ich habe mindestens tausend von seinen 5869 Ortschaften besucht, mit seinen Einwohnern pflege

Warum war dennoch der Rekurs auf eine Religionsgemeinschaft zum nationsstiftenden Kriterium (eines Teils) der Bevölkerung geworden? Daß es theoretisch auch anders sein konnte, zeigt das Beispiel der Albaner, die sich aus denselben drei Glaubensgemeinschaften zusammensetzen wie die Bewohner Bosniens (allerdings in anderer Gewichtung) und sich dennoch als Nation verstehen.<sup>10</sup> Warum gehörten zur muslimischen Nation in Bosnien auch Personen, die dem Islam indifferent oder ablehnend gegenüberstanden? Und weshalb erfolgte die Anerkennung dieser Nation ausgerechnet zu einer Zeit, da der Säkularisierungsprozeß weit fortgeschritten war?

Nach den Makedoniern waren die bosnischen Muslime die zweite Nation (sofern man vom Sonderfall der Montenegriner absieht)<sup>11</sup>, die erst im Rahmen des sozialistischen Jugoslawiens als Nationen anerkannt wurden. Wie erklärt sich diese „Verspätung“ gegenüber den Makedoniern? Im Unterschied zu Makedonien, das als Staat oder Provinz seit der Antike von der Landkarte verschwunden und erst Anfang des 20. Jahrhunderts als „Frage“ zurückgekehrt war<sup>12</sup>, hatte Bosnien als Fürstentum und Königreich im ausgehenden Mittelalter sowie als osmanische Provinz über Jahrhunderte hinweg eine mehr oder minder klar ausgeprägte territoriale Identität bewahrt, die erst in der Zwischenkriegszeit unterbrochen worden war. Im Unterschied zur Bevölkerung Bosnien-Herzegowinas, die im wesentlichen (nur) in religiöser Hinsicht seit Jahrhunderten heterogen war, war die Bevölkerung des imaginären Makedonien (bis zur Dreiteilung im Gefolge der Balkankriege von 1912/13) nicht nur in religiöser, sondern auch in sprachlicher und ethnischer Hinsicht heterogen gewesen. Dennoch waren die (Slawo-)Makedonier in Jugoslawien bereits Ende des Zweiten Weltkrieges als Nation anerkannt worden, während die Anerkennung der Muslime erst im Verlauf der sechziger Jahre erfolgte. Waren die Dreiteilung Makedoniens und die damit verbundenen Veränderungen in der ethnischen Komposition der Bevölkerung eine Vorbedingung für die (slawo)makedonische Nationsbildung gewesen? Und war die muslimische Nationsbildung eine Vorwegnahme der Teilung Bosnien-Herzegowinas und künftiger ethnonationaler Segregationen?

---

ich Kontakte als erwachsener Mensch schon seit über 30 Jahren, und überall nahm ich klare Unterschiede zwischen seinen drei Völkern wahr. [...] Besuchen Sie welches serbische, muslimische oder kroatische Dorf in Bosnien-Herzegowina auch immer [...] dann werden Sie die Unterschiede unter ihnen sehen; im Bewußtsein – in der Tiefe der Seele werden Sie das verdeckte historische Mißtrauen zu den beiden anderen Gruppen finden [...].“

<sup>10</sup> Rund 70% der Bevölkerung Albaniens sind Muslime, 20% Orthodoxe und 10% Katholiken.

<sup>11</sup> Die Montenegriner wurden nach dem Zweiten Weltkrieg als eigene Nation mit eigener Republik innerhalb Jugoslawiens anerkannt. Die Gesellschaft ist allerdings noch immer gespalten: Ein Teil fühlt sich als Montenegriner (im Sinne einer Nation), ein anderer Teil als Serben.

<sup>12</sup> Vgl. u.a. FIKRET ADANIR: Die Makedonische Frage. Ihre Entstehung und Entwicklung bis 1908, Wiesbaden 1979; STEFAN TROEBST: Makedonische Antworten auf die „Makedonische Frage“. Nationalismus, Republikgründung und nation-building in Vardar-Makedonien 1944-1992, in: Volksgruppen in Ostmittel- und Südosteuropa, hrsg. von GEORG BRUNNER und HANS LEMBERG, Baden-Baden, München 1994, S. 203-221.

Die makedonische Nationsbildung war der Dreiteilung der Region in einen griechischen, serbischen/jugoslawischen und bulgarischen Teil in einem Abstand von gut drei Jahrzehnten gefolgt, die muslimische Nationsbildung ging der faktischen Zwei- und tendenziellen Dreiteilung Bosnien-Herzegowinas um gut zwei Jahrzehnte voraus. In beiden Fällen war die Entwicklung eines multiethnischen Regionalismus an den nationalen Vereinnahmungsbestrebungen von außen gescheitert. In beiden Fällen hatte sich ein namhafter Teil der jeweiligen Bevölkerung nicht in die konkurrierenden Nationalbewegungen des Umfelds integrieren lassen und war als national unentschiedene Gruppe übriggeblieben. Die Aufrechterhaltung dieser nationalen Indifferenz, dieser Distanz zu den konkurrierenden Nationalbewegungen in der Nachbarschaft war prekär und stets gefährdet, da sie nicht in das dominante Gliederungsmuster im Zeitalter der Nationen und Nationalstaaten paßte. Eine Bevölkerungsgruppe ohne nationale Zuordnung war ebenso irritierend und unerwünscht wie eine Gruppe von Staatenlosen. Nationslose galten (und gelten) als Relikte der Vergangenheit, als rückständig, als Elemente der Unordnung und Resistenz. Ein „weißer Fleck“ auf der nationalen Karte zog die benachbarten Nationalbewegungen mit geradezu magischer Kraft an. Vieles spricht dafür, daß sich die beiden Residualgruppen, die Muslime in Bosnien und die Vorfahren der heutigen Makedonier, dem Sog der Nachbarnationen (Bulgaren, Griechen, Serben im makedonischen sowie Serben und Kroaten im bosnischen Fall) schließlich nur durch eine eigenständige Nationsbildung (unter unfreiwilliger Preisgabe des Regionalismus) entziehen konnten.

Was ist Regionalismus? Von Regionalismus zu sprechen macht nur Sinn, wenn es eine regionalbezogene Identität und Personen gibt, die diese Identität bewahren und sich damit von den Bewohnern anderer Regionen oder Gebiete unterscheiden wollen. Region wird hier verstanden als Teil eines Staates oder als Gebiet, das sich auf zwei bzw. mehrere Nachbarstaaten verteilt: als substaatliches oder im Grenzraum mehrerer Staaten liegendes Territorium *mit eigenem Profil*. Die regionale Identität basiert auf Gemeinsamkeiten (tatsächlichen oder konstruierten), die das betreffende Territorium und seine Bevölkerung von der Umgebung abgrenzen (*wobei Abgrenzung nicht mit Exklusion identisch ist*). Zumeist handelt es sich um Gemeinsamkeiten, denen eine lange Tradition zugeschrieben wird: z.B. um eine Geschichte mit spezifischen politischen, kulturellen und/oder ethnischen Ausprägungen. Im folgenden interessieren nur diejenigen Regionen, zu deren Spezifika die multiethnische und/oder multireligiöse Zusammensetzung der Bevölkerung gehört. Bosnien zählte ebenso wie das imaginäre Makedonien (bis zu den Balkankriegen von 1912/13) zu jenen zahlreichen Regionen in Europa, die dieses Kriterium erfüllten.

Regionale Identität ist eine der vier häufigsten und wichtigsten *raumbezogenen* Identitäten der Moderne. Sie ist mit anderen territorialen Identitäten vereinbar, solange es keine sich wechselseitig ausschließenden Konkurrenzen gibt. Lokale, regionale, staatliche und nationsräumliche Identität können unter dieser Voraussetzung zu einer Mehrfachidentität verschmelzen. (Eine transstaatliche, z.B. europäische, Identität als mögliche fünfte Ebene lasse ich hier außer Betracht.) Unter „nationsräumlicher“ Identität verstehe ich die Identifizierung mit einem Territorium, das von einer Nation als eigener Raum reklamiert wird. Da dieser Raum nicht deckungsgleich sein muß mit

einem Staat, ist es von Fall zu Fall sinnvoll und notwendig, zwischen staatlicher und nationsräumlicher Identität zu differenzieren. Solange keine der vier Raumbezüge die anderen ausschließt, liegt ein konfliktfreies (inkludierendes) Sowohl-als-auch-Verhältnis vor: Die lokale Identität ist eingebettet in eine regionale, die regionale in eine staatliche und die staatliche Identität in eine nationalterritoriale. Die Bedeutung dieser vier Identitäten und ihre Gewichtung sind nicht statisch, sondern haben sich im Lauf der Geschichte wiederholt verändert. In modernen Gesellschaften hat die lokale Identität an Bedeutung verloren (und auch der Kommunitarismus hat diesen Bedeutungsverlust bislang nicht rückgängig machen können), während die staatliche und/oder nationale Identität an Gewicht gewonnen haben. Die zwischen beiden Polen verortete regionale Identität unterliegt Schwankungen. Ein einheitlicher Trend ist m.E. nicht erkennbar. Einem zeitweiligen Bedeutungsverlust der Regionen in der jüngeren Vergangenheit steht ein Bedeutungsgewinn in der Gegenwart gegenüber (wobei es in beiden Phasen zahlreiche Abweichungen gibt). Das spannungsfreie Verhältnis zwischen den raumbezogenen Identitäten gerät unter Druck, wenn einer der identitätsstiftenden Bezugsräume in Widerspruch zu einem oder mehreren anderen gerät, wenn das Sowohl-als-auch- in ein Entweder-oder-Verhältnis umschlägt. Dies geschieht z.B. dann, wenn die regionale Identität in eine (scheinbar unaufhebbare) Schieflage zur staatlichen oder nationalen Identität rutscht bzw. wenn die emotionale Bindung an eine Region mit der Loyalität gegenüber einem Staat oder einer Nation als unvereinbar erfahren wird. Dieses Spannungsverhältnis kann mehrere Ursachen und Auslöser haben. Zum Beispiel die wirtschaftliche, infrastrukturelle oder kulturelle Vernachlässigung einer Region durch die Zentralregierung oder der Versuch der Zentralregierung, die Besonderheiten der Region zugunsten eines unitaristischen oder zentralistischen Konzepts aufzuheben. Oder den Zusammenprall sich wechselseitig ausschließender nationaler Raumkonzepte bzw. national unterschiedlich konnotierter Regionalismen. In allen diesen Fällen nimmt der Entscheidungsdruck auf die Individuen und Teilgruppen in der Region zu. Die Intensität des Drucks variiert und hängt von vielen Faktoren ab (die hier nicht im Detail untersucht werden können). Aber spätestens dann, wenn die Konflikte in Gewalt umschlagen, können die Individuen oder Gruppen dem Entscheidungsdruck nicht länger ausweichen (von Ausnahmen abgesehen). Sie müssen sich allen bisherigen Überzeugungen zum Trotz für die eine oder andere Seite entscheiden: für die Region und damit gegen den Staat oder für den Staat und damit gegen die Region oder für die Region und damit gegen die Nation usw.

Am Beispiel Bosnien-Herzegowinas soll dies in aller Kürze konkretisiert werden. Ich lasse mich dabei von der Frage leiten, ob Bosnien-Herzegowina, bevor es 1992 zu einem völkerrechtlich anerkannten Staat wurde, eine Region im o.g. Sinn darstellte oder nur eine dem politischen Kalkül geschuldete Verwaltungseinheit, eine Art Pufferzone zwischen kroatischen und serbischen Aspirationen. Die Frage ist nicht eindeutig zu beantworten. Ich habe behauptet, daß der Regionalismus eine regionale Identität der Bewohner und deren Wunsch nach Erhalt dieser Identität voraussetzt. Daran gemessen war Bosnien-Herzegowina für die bosnischen Muslime eine Region, während es für die Mehrheit der beiden anderen Großgruppen (für bosnische Serben und bosnische Kroaten) keine Region (oder nur in einem sehr eingeschränkten Sinn

eine Region) war. Obwohl Bosnien-Herzegowina zweifelsohne historische Besonderheiten aufweist, die es von den Nachbargebieten unterscheiden, unterlagen diese Besonderheiten unterschiedlichen Wahrnehmungen, Wertungen und Identitätskonstrukten.

Für die bosnischen Muslime weist die Region seit dem Mittelalter eigenständige Züge auf, die sich in der Perzeption und Interpretation zu einem Erlebnis- und Erfahrungsraum *sui generis* verdichtet haben.<sup>13</sup> Zu diesen Merkmalen gehören die Grenzlage Bosniens zwischen dem römisch-lateinischen und byzantinisch-griechischen Einflußbereich im Mittelalter, die daraus resultierende Pluralität der Religionsgemeinschaften in vorosmanischer Zeit (Katholizismus, Orthodoxie und v.a. der umstrittene Bogomilismus bzw. die „bosnische Kirche“ oder die „Krstjani“<sup>14</sup>), die Existenz eines mittelalterlichen bosnischen Staates, die ungewöhnlich intensive Islamisierung der bosnisch-südslawischen Bevölkerung unter osmanischer Herrschaft (vergleichbar nur mit den Islamisierungserfolgen im albanischen Siedlungsraum), die Existenz einer bosnischen Verwaltungseinheit im Osmanischen Reich und in Österreich-Ungarn sowie die aus alledem hervorgegangene Multikulturalität der Stadtbevölkerung im 20. Jahrhundert. Alle diese Elemente haben sich aus bosnisch-muslimischer Sicht zu einer Synthese verbunden, die nicht nur durch den gemeinsamen Raum, sondern auch durch die Gemeinsamkeiten zwischen den drei großen Bevölkerungsgruppen (ihre enge Verwandtschaft, den Gebrauch derselben Sprache und die „shared history“) zusammengehalten wird. Der bosnische „Sonderweg“ hat damit eine Region entstehen lassen, die ungeachtet zahlreicher Verbindungen zu den Nachbargebieten ein unverwechselbares multikulturelles Profil aufweist, das nur diesem Raum eigen ist. Kurz gesagt: Bosnien-Herzegowina stellt sich aus der Perspektive seiner Muslime anders dar als die Nachbargebiete Kroatien, Serbien, Montenegro oder Dalmatien (das ebenfalls eine Region eigener Art darstellt).

Auch für die bosnischen Serben und Kroaten ist ihre Heimatregion von größter Bedeutung, aber nicht als Region mit eigenem Profil, sondern als Teil, als mehr oder minder zentraler Teil, ihres jeweiligen nationalen Raums.<sup>15</sup> Bosnien und Herzegowina seien die „Kernlandschaft“, das „Herz“ des serbischen Volkes. „Beide Länder sind für Serbien und das serbische Volk nicht nur was Elsaß-Lothringen für die Franzosen, Trento und Triest für die Italiener oder die österreichischen Alpengebiete für

---

<sup>13</sup> Gesamtdarstellungen bei NOEL MALCOLM: Geschichte Bosniens, Frankfurt am Main 1996; FRANCINE FRIEDMAN: The Bosnian Muslims. Denial of a Nation, Boulder 1996; aus bosnisch-muslimischer Perspektive MUSTAFA IMAMOVIĆ: Historija Bošnjaka [Geschichte der Bosniaken], Sarajevo 1997; DERS.: Bosnien-Herzegowina bis 1918, in: Der Jugoslawienkrieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen, hrsg. von DUNJA MELČIĆ, Opladen, Wiesbaden 1999, S. 64-87.

<sup>14</sup> Zu den Forschungskontroversen vgl. SREĆKO M. DŽAJA: Die „Bosnische Kirche“ und das Islamisierungsproblem Bosniens und der Herzegowina in den Forschungen nach dem zweiten Weltkrieg, München 1978; JOHN FINE JR.: The Bosnian Church: A New Interpretation, New York 1975.

<sup>15</sup> Zum „Standort“ Bosnien-Herzegowinas in der serbischen und kroatischen Nationalideologie vgl. DŽAJA: Die politische Realität (wie Anm. 8), S. 192-207.

Deutschland, sondern was für Rußland die Moskauer Region, für die Deutschen und Franzosen die reinsten Teile Deutschlands und Frankreichs sind, das heißt, jene Teile, die am besten die deutsche und französische Rasse verkörpern.“ So erläuterte der serbische Anthropogeograph Jovan Cvijić 1909 die serbischen Ansprüche auf Bosnien im Schatten der Annexionskrise.<sup>16</sup> Für bosnische Serben und Kroaten stehen die Unterschiede innerhalb der Region im Vordergrund. Das gilt nicht nur mit Blick auf die „Erinnerung“ an die Bürgerkriegsfronten im Zweiten Weltkrieg (also für das „kommunikative Gedächtnis“), sondern auch für die Wahrnehmung der älteren Vergangenheit (bzw. für das „kulturelle Gedächtnis“). An der „shared history“ ändert dies zwar nichts, aber aus der Sicht des orthodoxen und katholischen Teils der Bevölkerung nimmt sich die gemeinsame Geschichte seit dem Hochmittelalter anders aus als aus Sicht der Muslime. Sie wirkt nicht verbindend, sondern trennend. Sie ist der Ausgangspunkt der Gegnerschaft. Da die Übertritte von Südslawen zum Islam ein Teil des osmanischen Erbes waren und das Osmanische Reich als Inkarnation des Bösen verstanden wurde, war auch die gemeinsame Geschichte seit der Eroberung Bosniens durch die Osmanen 1463 eine böse Geschichte. Die zum Islam übergetretenen Bosnier galten als „Gewinner“ der „Turkokratie“, während sich Katholiken und Orthodoxe als „Verlierer“ und „Opfer“ verstanden. Durch das Prisma der Religionszugehörigkeit spaltete sich die „gemeinsame“ Geschichte zuerst in zwei (eine muslimische und eine christliche), dann in drei Geschichten (eine muslimische, eine katholische und eine orthodoxe Geschichte) auf.

Dabei ging es nicht allein um Glaubensunterschiede oder um den vermeintlich Jahrhunderte langen Kampf zwischen Christentum und Islam, sondern es ging auch um die sozialen Gegensätze und Gerechtigkeitsdefizite, die sich als Folge der osmanischen Agrarverfassung und der Formierung einer bosnisch-muslimischen Aristokratie in der frühen Neuzeit herausgebildet hatten: um die Gegensätze zwischen bosnisch-muslimischen Notabeln und Grundbesitzern auf der einen und abhängigen christlichen Bauern auf der anderen Seite.<sup>17</sup> Diese sozialen Fronten verstärkten die konfessionellen Trennlinien (ähnlich wie in Nordirland) und wirkten bis in die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts hinein.

Nachhaltiger als die religiös konnotierten sozialen Unterschiede (die in vergleichbarer Form auch bei den Albanern im Süden des Landes existiert hatten, ohne zu einer nationalen Segregation zu führen) waren die Folgen der serbischen und kroatischen Nations- und Staatsbildungsprozesse seit Mitte des 19. Jahrhunderts. Bosnien-Herzegowina wurde seit Beginn der Nationsbildungsprozesse von den bosnischen

---

<sup>16</sup> JOVAN CVJIĆ: *L'annexion de la Bosnie et la question serbe*, Paris 1909, S. 17 f.; zitiert nach SREČKO M. DŽAJA: *Bosnien-Herzegowina in der österreichisch-ungarischen Epoche (1878-1918). Die Intelligentsia zwischen Tradition und Ideologie*, München 1994, S. 194 f.

<sup>17</sup> Vgl. die Zahlenangaben bei DŽAJA: *Die politische Realität* (wie Anm. 8), S. 40 f. Zur bosnischen Aristokratie (Ajanen) vgl. AVDO SUĆESKA: *Ajani. Prilog izučavanju lokalne vlasti u našim zemljama za vrijeme Turaka* [Die Ajanen. Ein Beitrag zur Erforschung der lokalen Macht in unseren Ländern während der Türkenzeit], Sarajevo 1965; zur Agrarverfassung MEHMED SPAHO: *Die Agrarfrage in Bosnien-Herzegowina*, Wien 1912; PETER DEMMELHUBER: *Das Kmetenwesen in Bosnien und der Herzegowina*, Eisfeld 1934.

Kroaten und Serben entweder in Gänze oder zu Teilen dem jeweiligen nationalen Kernraum (Kroatien resp. Serbien) zugeschlagen. Die Muslime galten entweder als Angehörige der kroatischen resp. serbischen Nation, die in den „Mutterschoß“ zurückzuholen seien, oder als verlorene, verstockte Renegaten, als Abtrünnige, getürkte oder vertürkte Serben resp. Kroaten. Als Verräter am Glauben ihrer Vorfahren und Vollstrecker des „türkischen Jochs“ mußten sie bekämpft, verdrängt und notfalls eliminiert werden. Serbische und kroatische Nationalisten wurden nicht müde, den Konstruktcharakter bzw. die „Künstlichkeit“ der bosnisch-muslimischen Ethnogenese zu betonen.

Während sich die bosnischen Muslime im 19. Jahrhundert noch grundsätzlich mit dem Osmanischen Reich als islamischem Gottesstaat identifizierten (und nur gegen tatsächliche oder vermeintliche Mißstände bzw. gegen Versuche zur Beschneidung ihrer Privilegien rebellierten), stand der orthodoxe und katholische Bevölkerungsteil Bosniens in zunehmender Opposition zum verfallenden islamischen Reich und orientierte sich an den Nationsbildungsprozessen außerhalb der Provinz. Die Religion fungierte dabei als identitätsstiftendes Differenzierungskriterium, da Sprache und ethnische Herkunft zur eindeutigen Unterscheidung der Bevölkerung Bosnien-Herzegowinas angesichts der konkurrierenden serbischen und kroatischen Nationalbewegungen nicht ausreichten. Die Orthodoxen entwickelten mehrheitlich eine serbische, die Katholiken mehrheitlich eine kroatische Identität. Und beide beanspruchten die bosnischen Muslime seit Mitte des 19. Jahrhunderts, seit den Auslassungen des serbischen Nationsbildners Vuk Stefanović Karadžić und seines kroatischen Gegenspielers Ante Starčević, als Teil (gar als „reinsten“ Teil) ihrer jeweiligen Nation.<sup>18</sup> Die Muslime verweigerten sich dieser Vereinnahmung und standen als „national indifferente“ Restgruppe mit einem stark ausgeprägten Regionalbewußtsein zwischen den Fronten. Wie den Muslimen in anderen Teilen der islamischen Welt, so waren auch den Muslimen in Bosnien-Herzegowina die aus West- und Mitteleuropa importierten Nationalstaats- und Nationsmodelle fremd. Diese waren ein westliches Produkt, für das es in der islamischen Welt keine Entsprechung gab. Das vielzitierte „Millet-System“ im Osmanischen Reich beruhte aus Sicht der staatstragenden Schicht nicht auf „Konfessionsnationalitäten“<sup>19</sup>, sondern auf (ethnisch übergreifenden bzw. ethnisch indifferente) Religionsgemeinschaften. „Tatsächlich legt keine einzige Belegstelle im Koran eine Übersetzung [von „milla“; Anm. d. Verf.] durch ‚Gemeinde‘, ‚Volk‘ oder

---

<sup>18</sup> WOLF D. BEHSCHNITT: Nationalismus bei Serben und Kroaten 1830-1914. Analyse und Typologie der nationalen Ideologie, München 1980, S. 65 ff. und 172 ff. Starčević erklärte die bosnisch-muslimische Aristokratie zum „ältesten europäischen und reinsten kroatischen Adel“, vgl. ANTE STARČEVIĆ: Misli i pogledi [Gedanken und Ansichten], hrsg. von BLAŽ JURIŠIĆ, Zagreb 1971, S. 90.

<sup>19</sup> Anders als bei den orthodoxen Christen, bei denen sich dank des Autokephaliesystems eine zunehmend enge Verknüpfung von Konfession und Proto-Nation herausbildete, vgl. EMANUEL TURCZYNSKI: Konfession und Nation. Zur Frühgeschichte der serbischen und rumänischen Nationsbildung, Düsseldorf 1977.

„Nation“ nahe.<sup>20</sup> Nicht ganz zu Unrecht ist daher das „Millet-System“ als Konstrukt abendländischer Orientalisten und „historical myth“ bezeichnet worden.<sup>21</sup> Für gläubige Muslime blieb der Nationalgedanke jedenfalls bis ins 20. Jahrhundert hinein ein Fremdkörper.

Während sich zunehmend große Teile der orthodoxen und der katholischen Bevölkerung Bosnien-Herzegowinas gegen Ende des 19. oder Anfang des 20. Jahrhunderts mit der serbischen resp. kroatischen Nationalbewegung identifizierten, konnte sich die Masse der Muslime weder der einen noch der anderen Nation anschließen, geschweige denn eine eigene Nation formieren. Zu sehr waren das Serben- und Kroatum aus Sicht der bosnischen Muslime mit der jeweiligen christlichen Konfession verknüpft, als daß sie als Identifikationsziel in Frage gekommen wären. Und der Islam bot keine nationsstiftenden Anhaltspunkte. Zwar hat es im 20. Jahrhundert immer wieder Vertreter der bosnisch-muslimischen Intelligenz gegeben, die sich als Serben oder Kroaten verstanden oder zwischen beiden Identitäten hin- und herwechselten (mitunter mehrfach), aber für die Mehrheit der Muslime war das Konstrukt der „islamisierten Serben“ (Serbomuslime) oder der „islamisierten Kroaten“ (Kroatomuslime) weder nachvollziehbar noch attraktiv.<sup>22</sup>

Als Alternative kam nur eine ethnisch- und religionsübergreifende Gemeinschaft in Betracht, am besten in Gestalt des Osmanischen Reiches oder – falls dieses nicht zu retten war – in Gestalt eines anderen Vielvölkerstaates (Österreich-Ungarns oder eines südslawischen Staates) mit weitreichender Autonomie für Bosnien-Herzegowina.<sup>23</sup> Die mit dem Namen des Ministers Benjamin Kállay verbundenen Versuche der österreichisch-ungarischen Verwaltung im ausgehenden 19. Jahrhundert, alle drei Religionsgemeinschaften Bosniens zu einer „bosniakischen“ Nation mit einer eigenen „bosnischen“ Sprache zu verschmelzen, kamen den Intentionen der Muslime entgegen, galten aber (vor allem bei Serben) als besonders perfide Variante einer „divide et impera“-Politik.<sup>24</sup> Während die Orthodoxen und Katholiken ihre „Mutternation“ und

---

<sup>20</sup> MICHAEL URSINUS: Zur Diskussion um „millet“ im Osmanischen Reich, in: *Südost-Forschungen* 48 (1989), S. 195-207, hier S. 200.

<sup>21</sup> BENJAMIN BRAUDE: *Foundation Myths of the Millet System*, in: *Christian and Jews in the Ottoman Empire*, Bd. 1, hrsg. von DEMS. und BENJAMIN LEWIS, New York, London 1982, S. 69-88.

<sup>22</sup> WOLFGANG HÖPKEN: *Konfession, territoriale Identität und nationales Bewußtsein: Die Muslime in Bosnien zwischen österreichisch-ungarischer Herrschaft und Zweitem Weltkrieg (878-1941)*, in: *Formen des nationalen Bewußtseins im Lichte zeitgenössischer Nationalismustheorien*, hrsg. von EVA SCHMIDT-HARTMANN, München 1994, S. 223-253.

<sup>23</sup> Vgl. NUSRET ŠEHIĆ: *Autonomni pokret Muslimana za vrijeme austrougarske uprave u Bosni i Hercegovini* [Die Autonomiebewegung der Muslime zur Zeit der österreichisch-ungarischen Verwaltung in Bosnien und Herzegowina], Sarajevo 1980.

<sup>24</sup> BENJAMIN KÁLLAY: *Die Lage der Mohammedaner in Bosnien*, Wien 1900; MALCOLM (wie Anm. 13), S. 175 ff.; TOMISLAV KRALJAČIĆ: *Kalajev režim u Bosni i Hercegovini (1882-1903)* [Kállays Regime in Bosnien-Herzegowina (1882-1903)], Sarajevo 1987. Grundlegend ROBERT J. DONIA: *Islam under the Double Eagle. The Muslims of Bosnia and Hercegovina, 1878-1914*, Boulder 1981; FERDINAND HAUPTMANN: *Die Mohammedaner in Bos-*

ihr „Vaterland“ außerhalb Bosnien-Herzegowinas – in Serbien und Kroatien – entdeckten, blieb die Region für die Muslime nach der jungtürkischen Revolution von 1908 und den anschließend zutage tretenden Turkifizierungsprozessen im Osmanischen Reich bzw. nach dem Untergang des osmanischen Imperiums (und erst recht nach Beginn der laizistischen Reformen in der kemalistischen Türkei) der einzige Bezugspunkt ihres kollektiv-territorialen Selbstverständnisses. Die emotionale Bindung an die Region verstärkte sich durch die Auflösung des islamischen Gottesstaates und die von Kemal Atatürk forcierte Säkularisierung und Nationalisierung der Türkei. Hatte das osmanische Anatolien seit Beginn der österreichisch-ungarischen Verwaltung für viele bosnische Muslime noch als religiöse Zufluchtsstätte und potentielle Ersatzheimat fungiert<sup>25</sup>, kam die kemalistische Türkei als Bezugsraum bosnisch-muslimischer Identität nicht mehr in Frage. Die bosnischen Muslime wurden ganz auf ihre Region zurückgeworfen.

Der außenzentrierten, *zentrifugalen* Identität von bosnischen Serben und Kroaten stand somit im 20. Jahrhundert eine nach innen gerichtete, *zentripetale* Identität der (nach wie vor national „unentschiedenen“) bosnischen Muslime gegenüber. Die Verbindung mit dem Territorium und die religiöse Bindung gingen eine identitätsstiftende Symbiose ein.<sup>26</sup> Im ersten jugoslawischen Staat galten die Muslime als Bestandteil

---

nien-Herzegowina, in: Die Habsburger Monarchie 1848-1918, Bd. 4: Die Konfessionen, Wien 1985, S. 670-701; MARTHA M. ČUPIĆ-AMREIN: Die Opposition gegen die österreichisch-ungarische Herrschaft in Bosnien-Herzegowina (1878-1914), Bern u.a. 1987; PETAR VRANKIĆ: Religion und Politik in Bosnien und der Herzegowina 1878-1918, Paderborn 1998.

<sup>25</sup> Zwischen 1878 und 1918 sollen bis zu 150 000 Muslime aus Bosnien in das Osmanische Reich ausgewandert sein. IMAMOVIĆ (wie Anm. 13), S. 372; VOJSLAV BOGIČEVIĆ: Emigracije muslimana Bosne i Hercegovine u Tursku u doba austro-ugarske vladavine 1878-1918. god. [Emigrationen der Muslime aus Bosnien-Herzegowina in die Türkei zur Zeit der österreichisch-ungarischen Herrschaft in den Jahren 1878-1918], in: Historijski zbornik 3 (1950), S. 175-188; SULEJMAN SMLATIĆ: Iseljavanje jugoslavenskih muslimana u Tursku i njihovo prilagodjavanje novoj sredini [Die Aussiedlung jugoslawischer Muslime in die Türkei und ihre Anpassung an die neue Umgebung], in: Iseljeničtvo naroda i narodnosti Jugoslavije i njegove uzajamne veze s domovinom, Zagreb 1978, S. 249 ff.; WOLFGANG HÖPKEN: Flucht vor dem Kreuz? Muslimische Emigration aus Südosteuropa nach dem Ende der osmanischen Herrschaft (19./20. Jahrhundert), in: Comparativ 6 (1996), 1, S. 1-24.

<sup>26</sup> Zur Entwicklung der bosnisch-muslimischen Identität existiert mittlerweile eine umfangreiche Literatur. Vgl. ROBERT DONIA, WILLIAM G. LOCKWOOD: The Bosnian Muslims: Class, Ethnicity, and Political Behavior in a European State, in: Muslim-Christian Conflicts. Economic, Political, and Social Origins, hrsg. von SUAD JOSEPH und BARBARA L.K. PILLSBURY, Boulder 1978, S. 185-207; ZACHARY T. IRWIN: The Islamic Revival and the Muslims of Bosnia-Herzegowina, in: East European Quarterly 17 (1984), 4, S. 437-458; PEDRO RAMET: Die Muslime Bosniens als Nation, in: Die Muslime in der Sowjetunion und in Jugoslawien. Identität, Politik, Widerstand, hrsg. von ANDREAS KAPPELER u.a., Köln 1989, S. 107-114; O ‚nacionaliziranju‘ Muslimana. 101 godina afirmiranja i negiranja nacionalnog identiteta Muslimana [Über die ‚Nationalisierung‘ der Muslime. 101 Jahre der Affirmation und Negierung der nationalen Identität der Muslime], hrsg. von ALIJA ISAKO-

einer ethnisch (und religionsneutral) definierten jugoslawischen Nation. Nachdem sich diese – v.a. infolge des serbischen und kroatischen Widerstands – als Chimäre erwiesen hatte und Bosnien während des Zweiten Weltkrieges zum Schauplatz blutiger nationaler Exzesse geworden war, vollzogen die Kommunisten einen Kurswechsel und ersetzten den ethnischen durch einen politischen Jugoslawismus bei gleichzeitiger Anerkennung der serbischen, kroatischen, slowenischen, montenegrinischen und makedonischen Ethnonationen. Dem „Phänomen“ der Muslime standen sie ratlos gegenüber. Vor allem konnten sie es nicht einordnen.<sup>27</sup> Deshalb wurde die Bevölkerungsgruppe in amtlichen Dokumenten und bei Volkszählungen zunächst durch das definiert, was sie nicht war: Sie war keine Nation und sie war auch keine nationale Minderheit. Ihre Mitglieder galten als „unentschieden“, indifferent. Sie standen bis Ende der sechziger Jahre irgendwo „zwischen“ den dominanten Ordnungsmustern und bewegten sich in einer Art ethnonationalem Niemandsland. Diese Zwei- bzw. Dreiteilung der bosnischen Gesellschaft (in national bewußte Serben und Kroaten auf der einen sowie national indifferente bosnische Muslime auf der anderen Seite) dauerte bis in die sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts hinein (z.T. noch darüber hinaus). Nachdem sich zunehmend große Teile der bosnischen Muslime von der Religion abgewandt hatten, konnte man auch nicht mehr von einer Glaubensgemeinschaft im ursprünglichen Sinn des Wortes sprechen. Dadurch wurde die Situation noch diffuser. Denn die Zahl der praktizierenden „muslime“ war im Verlauf der Nachkriegsjahrzehnte ständig zurückgegangen, so daß sich Ende der achtziger Jahre nur noch 37% der bosnischen „Muslime“ als gläubig bezeichneten.<sup>28</sup> 61% der muslimischen Jugendlichen gaben an, niemals eine Moschee zu besuchen. Mit der schrittweisen Anerkennung der „Muslime“ als „ethnischer Gruppe“ und „Nation“ änderte sich das Bild.<sup>29</sup> Aus „muslimen“ (mit kleinem „m“) wurden „Muslime“ (mit großem „M“).

---

VIĆ, Zagreb 1990; FUAD SALTAGA: Muslimanska nacija u Jugoslaviji: Porijeklo, islam, kultura, povijest, politika [Die Muslimische Nation in Jugoslawien: Herkunft, Islam, Kultur, Geschichte, Politik], Sarajevo 1991; IVO BANAC: Bosnian Muslims: From Religious Community to Socialist Nationhood and Postcommunist Statehood, 1918-1992, in: *The Muslims of Bosnia-Herzegovina. Their Historic Development from the Middle Ages to the Dissolution of Yugoslavia*, hrsg. von MARK PINSON, Cambridge 1993, S. 129-153; HANS-MICHAEL MIEDLIG: Zur Frage der Identität der Muslime in Bosnien-Herzegowina, in: *Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte* 1994/2, S. 23-42; TONE BRINGA: Being Muslim the Bosnian Way. Identity and Community in a Central Bosnian Village, Princeton 1995; AYDIN BABUNA: Die nationale Entwicklung der bosnischen Muslime, Frankfurt am Main 1996; FIKRET ADANIR: The Formation of a ‚Muslim‘ Nation in Bosnia-Herzegovina: A Historiographic Discussion, in: *The Ottomans and the Balkans. A Discussion of Historiography*, hrsg. von DEMS. und SURAIYA FAROQHI, Leiden u.a. 2002, S. 267-304.

<sup>27</sup> WOLFGANG HÖPKEN: Die jugoslawischen Kommunisten und die bosnischen Muslime, in: *Die Muslime in der Sowjetunion* (wie Anm. 26), Köln 1989, S. 181-210.

<sup>28</sup> Angaben bei CALIC (wie Anm. 3), S. 28, und bei XAVIER BOUGAREL: *L’Islam bosniaque, entre identité culturelle et idéologie politique*, in: *Le Nouvel Islam balkanique. Les musulmans, acteurs de post-communisme 1990-2000*, hrsg. von DEMS. und NATHALIE CLAYER, Paris 2001, S. 79-132, hier S. 83.

<sup>29</sup> Zu den Hintergründen HÖPKEN (wie Anm. 27), S. 196 ff.

Bei der Volkszählung von 1948 bekannten sich knapp 31% der Bewohner Bosnien-Herzegowinas als national „unentschiedene muslimen“ (mit kleinem „m“). Etwa gleich groß war der Anteil derjenigen, die sich anlässlich des Zensus von 1953 als „unentschiedene Jugoslawen“ bekannten. Bei der Zählung 1961 wurde die Kategorie „Muslime (ethnischer Zugehörigkeit)“ eingeführt, für die knapp 26% der Bevölkerung votierten, während über 8% der Bosnier für die ebenfalls neu eingeführte Kategorie „Jugoslawe“ optierten. Dabei blieb unklar, wie der Begriff „Jugoslawe“ zu interpretieren sei: als Proto-Nation oder neue zwischennationale Kategorie (da eine Interpretation im Sinne von Staatsbürgerschaft ausschied). Zu den „Muslimen im ethnischen Sinn“ heißt es in den Erläuterungen zur Volkszählung von 1961: Als Muslime sollten sich „lediglich jene Personen jugoslawischer [soll heißen: süd-slavischer] Herkunft eintragen, die sich als Muslime im Sinne ethnischer Zugehörigkeit fühlen. Als Muslime brauchen sich nicht die Angehörigen nicht-jugoslawischer Nationalitäten, wie Šiptaren, Türken, sowie nicht die Serben, Kroaten, Montenegriner, Mazedonen u.a. einzutragen, die sich als Angehörige der islamischen Glaubensgemeinschaft verstehen. Für diese Personen lautete die auf diese Frage einzutragende Antwort die Bezeichnung ihrer Nationalität, das heißt Šiptare, Türke, Serbe, Kroat, Montenegriner, Mazedone usw., ohne Rücksicht auf ihre Glaubenszugehörigkeit.“<sup>30</sup> Im Jahre 1971 bot sich erstmals die Möglichkeit, sich als „Muslim im Sinne einer Nation/Nationalität“ (Muslim u smislunarodnosti) zu deklarieren. Davon machten mehr als 39% der Einwohner Bosnien-Herzegowinas Gebrauch, während der Anteil der „Jugoslawen“ auf 1% schrumpfte. 1981 tauchte erstmals auf den Erhebungslisten der Begriff „Muslim“ (Musliman) ohne jeden Zusatz auf (gleichgestellt mit den anderen Nationsbezeichnungen) und fand bei über 39% der Bevölkerung Bosnien-Herzegowinas Zuspruch. Gleichzeitig schnellte der Anteil der „Jugoslawen“ wieder auf knapp 8% hoch.<sup>31</sup>

Angesichts dieser Schwankungen und begrifflichen Ambivalenzen bleibt festzuhalten, daß die Optionen für die Selbstdeklaration nicht frei wählbar waren, sondern amtlich vorgegeben wurden. Die bosnischen Muslime hatten 1948, 1953 und 1961 außer den genannten Kategorien nur die Möglichkeit, sich als Serben/Muslime, Kroaten/Muslime oder „Jugoslawen“ zu erklären. Sie konnten sich nie als „Bosnier“ oder „Bosniake“ bekennen. Und es muß offen bleiben, wie viele davon Gebrauch gemacht hätten. Die Ergebnisse der Volkszählungen sind deshalb nur bedingt miteinander vergleichbar. Sie sagen etwas aus über die Akzeptanz der jeweiligen Option, sind aber nur wenig aussagekräftig, wenn es um die Entwicklung der drei größten Bevölkerungsgruppen in Bosnien-Herzegowina seit Ende des Zweiten Weltkrieges und ihr Selbstverständnis geht. Daß es unter den bosnischen „Jugoslawen“ auch Nicht-Muslime gab, sei zumindest am Rande erwähnt. Ebenfalls erwähnt sei, daß es auch außer-

<sup>30</sup> Demografska kretanja i karakteristike stanovništva Jugoslavije prema nacionalnoj pripadnosti [Demographische Entwicklungen und Merkmale der Bevölkerung Jugoslawiens nach nationaler Zugehörigkeit], Beograd 1978, S. 15; zit. nach HÖPKEN (wie Anm. 27), S. 197.

<sup>31</sup> Alle Zahlenangaben nach: Jugoslavija 1918-1988. Statistički godišnjak [Jugoslawien 1918-1988. Statistisches Jahrbuch], hrsg. von Savezni zavod za statistiku, Beograd 1989, S. 44 f.

halb Bosnien-Herzegowinas Personen gab, die sich zur selben Kategorie bekannten wie die bosnischen Muslime. 1991 wurden im damaligen Jugoslawien knapp 2,4 Millionen „Muslime“ als Nation gezählt, von denen rund 1,9 Millionen in Bosnien-Herzegowina lebten (wo sie 43,7% der dortigen Bevölkerung stellten). Rund eine halbe Million „Muslime“ war in anderen Teilen Jugoslawiens beheimatet.<sup>32</sup>

Das in vieler Hinsicht verwirrende Bild, das sich aus den bisherigen Ausführungen ergibt, ist nicht zuletzt der Namensgebung und dem prozessualen Charakter von Identitäten geschuldet. Von Denominationen geht eine (oft übersehene) integrationsstiftende oder -vernichtende Kraft aus. Identitäten sind an Namen geknüpft. Was nicht benennbar ist oder nicht benannt wird, schafft keine Identität und keine emotionale Bindung. Andererseits haben Begriffe ihre eigene Geschichte und ihr spezifisches semantisches Umfeld. Deshalb geht es nicht allein darum, ob ein Begriff zutreffend bzw. logisch oder unzutreffend bzw. unlogisch ist. Es geht auch und vor allem um die jeweilige semantische Besetzung. Benennungen wie „Bosnier“, „Bosniake“, „bosnischer Muslim“, „Mohammedaner“, „Muslim“ (mit großem oder kleinem „m“) haben eine mehr oder minder lange und bewegte Vorgeschichte und wecken unterschiedliche Assoziationen. Der aus einer alten bosnischen Adelsfamilie stammende Gelehrte, Politiker und Mäzen Adil Zulfikarpašić (Jahrgang 1921) erklärte anlässlich eines Interviews im März 1994: „Ich wurde als Bosniak erzogen. Ich erinnere mich, daß ich einmal das Wort Bosnier benutzte, und mein Vater sagte, ein Bosnier sei ein bosnisches Pony, ein Mensch hingegen könne nur als Bosniak bezeichnet werden. Als ich in der Emigration war und das Bosniakentum als nationale und politische Identifikation der Muslime erneut ins Leben rief [in den 1960er Jahren], machte man mir diesen Begriff zum Vorwurf. Es sei ein archaischer Begriff und daher unpassend, der adäquate Begriff sollte ‚Bosnier‘ sein.“<sup>33</sup>

Der Streit um den „adäquaten Begriff“ und das, was er bezeichnet, ähnelt einer unendlichen Geschichte. Während sich die Regionalbegriffe „Bosnien“ und „Herzegowina“ über Jahrhunderte hinweg als stabil erwiesen haben, blieb die Bezeichnung der Bewohner wechselhaft und kontrovers. In den amtlichen osmanischen Quellen wurden die bosnischen Muslime entweder als „Bosniaken“ (Bosnaklar oder ähnlich) oder als „Türken“ (im nicht-ethnischen Sinn) bezeichnet. Die österreichisch-ungarische Verwaltung verwandte zunächst den Begriff „Muhammedaner“, doch wurde die slawische Übersetzung (Muhamedanci) von den Betroffenen zugunsten des Wortes „Muslimani“ zurückgewiesen. Der von Kállay favorisierte Name „Bosniak“ für alle Bewohner der okkupierten Region – unabhängig von der Religion – wurde schon seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts von den Katholiken und Orthodoxen abgelehnt, später auch von den bosnischen Muslimen. Als sich der Chef der stärksten bosnisch-muslimischen Partei im ersten jugoslawischen Staat, Mehmed Spaho, mit dem Gedanken trug, seine Partei als Bosniakenpartei zu bezeichnen, wurde ihm erklärt,

---

<sup>32</sup> IMAMOVIĆ (wie Anm. 13), S. 9 ff.

<sup>33</sup> MILOVAN DJILAS, NADEŽDA GAČE: Adil Zulfikarpašić. Eine politische Biographie aus dem heutigen Bosnien, München 1996, S. 201.

„davon dürfe er nicht einmal träumen, weil die Bosniaken von Benjamin Kállay erfunden worden seien“<sup>34</sup>.

Wie bereits erwähnt, waren auch die jugoslawischen Kommunisten ratlos, wenn es um die bosnischen Muslime ging. Zulfikarpašić, Anhänger der Tito-Bewegung im Zweiten Weltkrieg, führte in dem oben erwähnten Interview rückblickend aus: „[...] auch ich teilte wie alle anderen die Meinung, die Muslime seien eine religiöse Gruppe, die es noch nicht geschafft hatte, sich national zu differenzieren, und es sei am wahrscheinlichsten, daß sich die einen unter den neuen Bedingungen [nach 1945] den Serben, die anderen wiederum den Kroaten zurechnen würden. Wir gingen dabei von der Tatsache aus, daß die Religion nicht das Entscheidende für die Nation und das nationale Bewußtsein sein kann. Und tatsächlich, ich weiß nicht, ob es irgendwo auf der Welt überhaupt möglich ist, daß die Religion das ausschlaggebende Kriterium für die Nation und das nationale Bewußtsein ist. Uns hinderte unsere Ideologie daran, zu verstehen, daß die Muslime etwas Besonderes – nicht nur im religiösen Sinne – waren. Primäre Ursache war der Atheismus. Unser Atheismus, der nicht zugeben konnte, daß die Religion eine Form sein könnte, durch die eine Nation entsteht.“<sup>35</sup> Auf die Frage „Für Sie hatte demnach der Begriff Bosniak nicht nur religiösen Inhalt?“ antwortete Zulfikarpašić: „Das religiöse Element spielte die geringste Rolle. Ich glaube, wir sind Bosniaken, unserer Mentalität nach, unserer politischen Entscheidung nach und entsprechend unserer psychologischen Struktur. Das religiöse Element ist hier weniger wichtig und nicht ausschlaggebend, obwohl es ein wichtiger Faktor war.“<sup>36</sup>

Während des Bosnien-Krieges wurde Ende September 1993 die Nationalbezeichnung „Bosniak“ von einer „bosniakischen Versammlung“ in Sarajevo angenommen<sup>37</sup> und durch das Dayton-Abkommen und die Verfassung Bosnien-Herzegowinas vom November 1995 bestätigt. Damit hatte sich Zulfikarpašić gegen seinen Kontrahenten, Präsident Ilija Izetbegović, (formal) durchgesetzt. Aus „unentschiedenen Muslimen“, „unentschiedenen Jugoslawen“, „Muslimen (ethnischer Zugehörigkeit)“, „Muslimen im nationalen Sinn“ und „Muslimen“ (ohne weiteren Zusatz) waren „Bosniaken“ geworden. Der Verzicht auf die muslimische Komponente in der nationalen Selbstbezeichnung war und ist heftig umstritten. Und unklar blieb nach wie vor, wer zu den Bosniaken gehört: nur die gläubigen oder auch die nicht-gläubigen bosnischen Muslime sowie (potentiell) auch bosnische Serben und Kroaten? Überwiegt im Begriff des „Bosniaken“ eher das Muslimanentum (im Sinne der von Izetbegović angestrebten Re-Islamisierung) oder eher ein laizistisches, säkularisiertes bzw. religiös übergreifendes Bosniakentum?<sup>38</sup> Je nachdem, welche Konzeption sich durchsetzt, werden Inklusion und Exklusion unterschiedlich ausfallen. Bei der ersten Variante (Muslimanentum) geht es um die Frage, inwieweit muslimische Bevölkerungsgruppen außer-

---

<sup>34</sup> Nach Zulfikarpašić, ebenda, S. 106.

<sup>35</sup> Ebenda, S. 99.

<sup>36</sup> Ebenda, S. 200.

<sup>37</sup> Resolution vom 27. November 1993, abgedruckt in der Wochenzeitschrift Ljiljan, Jg. 2, Nr. 38 vom 6.10.1993.

<sup>38</sup> Zur Diskussion vgl. BOUGAREL (wie Anm. 28), S. 107 ff.

halb Bosnien-Herzegowinas ein- oder ausgeschlossen werden sollen. Im zweiten Fall (Bosniakentum) geht es um den Ein- oder Ausschluß der nicht-muslimischen Bevölkerung in Bosnien-Herzegowina. Letzterer hängt davon ab, ob die regionale Identität bei einem Teil der bosnischen Orthodoxen und Katholiken noch lebendig genug oder so weit revitalisierbar ist, daß sie die nationale Identität als Serben resp. Kroaten zugunsten einer bosnischen Identität ausbalancieren kann? Vor diesem Hintergrund wäre es wohl „adäquater“ gewesen (um auf Zulfikarpašićs Formulierung zurückzukommen), von „Bosniern“ statt von „Bosniaken“ zu sprechen? Denn der Begriff „Bosniak“ ist eng mit den bosnischen Muslimen (und/oder mit der verhaßten österreichisch-ungarischen Verwaltung) verknüpft. Zur Zeit wird „Bosniak“ vorwiegend als Ethnonym, der Begriff „Bosnier“ (Bosanac) dagegen im Sinne regionaler Zugehörigkeit, d.h. als Ableitung eines Toponyms verstanden. Aber das kann sich morgen schon wieder ändern.

„Was spricht man eigentlich in Bosnien-Herzegowina?“, lautet die Kapitelüberschrift in einer von Cvetkovic-Sander vorgelegten Untersuchung über die Sprachpolitik im ehemaligen Jugoslawien.<sup>39</sup> Eine berechtigte Frage. Solange das Serbokroatische/Kroatoserbische als gemeinsame Schriftsprache von Serben und Kroaten akzeptiert wurde, hatten die Bosniaken kein grundlegendes Problem. Doch die von kroatischen Linguisten favorisierte „Variantentheorie“, mit der die Unterschiede zwischen „Kroatisch“ und „Serbisch“ akzentuiert wurden, setzte die bosnisch-herzegowinischen Sprachwissenschaftler seit Mitte der sechziger Jahre zunehmend unter Druck und löste lebhaft Diskussionen über die „Koexistenz“, „Durchdringung“, „Kreuzung“ oder „Neutralisierung“ beider „Varianten“ in ihrer Republik aus. Auf einem Symposium bosnisch-herzegowinischer Linguisten, Lehrer und Politiker im Oktober 1973 in Mostar erklärte Srdjan Janković, ein bosnischer Arabist serbischer Zugehörigkeit: „Das Spezifikum unserer Sprache besteht darin, daß sie in einem Land existiert, aber eine polyzentrische Standardisierung hat. Jetzt kommt die prinzipielle Frage: Sollen bei der Arbeit an der Standardisierung unter unseren Bedingungen ein oder zwei Kulturkreise das Wort haben oder alle Kulturkreise? Für mich gibt es da kein Dilemma. Es gibt einen Kulturkreis im Osten, sein Zentrum ist Belgrad; es gibt einen zweiten im Westen, sein Zentrum ist Zagreb. Es gibt aber auch diesen bosnisch-herzegowinischen Kulturkreis, der ebenfalls ein eigenes Zentrum hat und dem es auch an Sprachtradition nicht mangelt [...] Wenn er bis vor kurzem gewissermaßen der ‚jüngere Bruder‘ war, ist er es nach unserem Symposium und nach dieser Beratung nicht mehr. Es ist normal, daß jeder Kulturkreis in dieser Hinsicht seinen Beitrag leisten muß, was aber nur dann möglich ist, wenn wir sie gleichberechtigt behandeln.“<sup>40</sup>

---

<sup>39</sup> CVETKOVIC-SANDER (wie Anm. 9), S. 157 ff.

<sup>40</sup> SRDJAN JANKOVIĆ: Književni jezik i književnojezička politika u Bosni i Hercegovini [Schriftsprache und Sprachpolitik in Bosnien-Herzegowina], in: Mostarsko savetovanje o književnom jeziku. Referati, diskusija, zaključci, Sarajevo 1974, S. 169; zit. nach CVETKOVIC-SANDER (wie Anm. 9), S. 183.

Schon früher hatte ein anderer Repräsentant Bosniens betont: „Wir wollen niemandes linguistische Kolonie sein!“<sup>41</sup>

Nach der definitiven Auflösung des Serbokroatischen in eine serbische und kroatische Standardsprache, sahen sich die Bosniaken mit demselben Dilemma konfrontiert, das sich bereits anlässlich ihrer „nationalen Affirmation“ gestellt hatte. Sollten sie fortan kroatisch oder serbisch sprechen? Oder sollten sie als einzige Nation des früheren Jugoslawien am Serbokroatischen/Kroatoserbischen festhalten, vergleichbar etwa den Österreichern, die trotz eigener Nationsbildung an der hochdeutschen Sprachgemeinschaft festgehalten haben? (Vermutlich hätten allerdings auch die Österreicher ein Namensproblem, wenn sich die deutsche Schriftsprache in mehrere Standardsprachen aufteilen würde.) Das Ministerium für Erziehung und Kultur in Sarajevo entschied sich 1994 für eine salomonische Lösung: für eine „einzige Sprache mit drei Namen (bosnisch, serbisch, kroatisch)“.<sup>42</sup> Diese Entscheidung erinnert an das Nationskonstrukt im ersten jugoslawischen Staat, an die amtlich propagierte „dreinamige Nation“ von Serben, Kroaten und Slowenen. Funktioniert hat diese Schöpfung bekanntlich nicht. Und ob die dreinamige Sprache in Bosnien-Herzegowina überleben wird, muß sich noch erweisen. Wenn sich Serbisch und Kroatisch als „Ausbausprachen“ weiter auseinander entwickeln, wird die dreinamige Sprache in Bosnien zur Chimäre. Das Dayton-Abkommen von 1995 deutet die Richtung an. Es ist in vier Sprachen abgefaßt: neben Englisch in Bosnisch, Serbisch und Kroatisch. Das wirkt skurril. Und auch die Tendenzen zur Entwicklung einer eigenen bosnischen (oder bosniakischen) Sprache durch Akzentuierung regionaler Besonderheiten und Wiederbelebung der „Turzismen“ wirken auf Außenstehende befremdend (wie einst die Kodifizierung einer makedonischen Schriftsprache befremdend gewirkt hatte). Aber nachdem das integrative Dach des Serbokroatischen (gleich dem gemeinsamen staatlichen Dach) weggebrochen war, blieb den Bosniaken realistischere Weise kaum eine andere Wahl, als dieser Entwicklung in der Benennung ihrer Sprache Rechnung zu tragen. Politisch korrekt muß es also heißen: Die Bosniaken sprechen bosnisch, während ihre serbischen und kroatischen Landsleute serbisch und kroatisch sprechen. Zur Multireligiosität und Multinationalität ist nun die Multilingualität hinzugekommen: Varietas delectat.

Zu Recht ist Bosnien-Herzegowina oft als Jugoslawien im kleinen bezeichnet worden. Es besaß ähnliche Überlebenschancen und -risiken wie der Gesamtstaat. Die Region war ein Ort der Pluralität. Noch zum Zeitpunkt der Winterolympiade in Sarajevo 1984 war es diese Vielfalt in der Einheit, die von einem Großteil der Bevölkerung positiv bewertet wurde: die Region als Musterbeispiel für gelebten Pluralismus, Vielfalt als Kapital. Im Alltag verlor die Wahrnehmung des Trennenden in der gemeinsamen Geschichte früherer Jahrhunderte für die Mehrheit der Bevölkerung an

---

<sup>41</sup> Zit. nach ebenda, S. 157 f.

<sup>42</sup> BOUGAREL (wie Anm. 28), S. 111. Ausführlich zur bosnischen Sprache SENAHD HALILOVIĆ: Bosanski jezik [Bosnische Sprache], 2. Aufl. Sarajevo 1998. Ferner ANTE GRANIĆ: Bosanski jezik, mit ili stvarnost? [Bosnische Sprache, Mythos oder Realität?], in: Bosna, Bošnjaštvo i bosanski jezik. Zbornik referata sa Osnivačke skupštine Matice Bošnjaka, Zagreb 1993, S. 23-47.

Bedeutung, wenngleich es Unterschiede von Stadt zu Land und von Mikroregion zu Mikroregion gab. Und die Frage, ob der Nachbar ein Muslim (mit großem oder kleinem „m“), ein Kroat, Serbe oder „Jugoslawe“ war, stellte sich als zweitrangig dar, zumindest in den städtischen Milieus. Eine Generation später wäre sie vermutlich gänzlich in den Hintergrund gerückt. Wenn es zudem gelungen wäre, die wirtschaftlichen Entwicklungsdefizite der Republik zu überwinden, wäre dies ein zusätzliches Argument für die Attraktivität der Region gewesen. Diese Chance wurde vertan. Auch die Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit bzw. der ideologiefreie Diskurs über die Massaker im Zweiten Weltkrieg wurde versäumt. Angesichts der ökonomischen Mißstände, des Defizits an Demokratie und der historischen Tabus blieb der polyzentrische bosnisch-herzegowinische Regionalismus ungeachtet der multikulturellen (Schein)Wirklichkeit störanfällig. Der grundlegende Wandel des öffentlichen Diskurses und der Politik in Serbien seit 1985/87, die nationalistische Aufbruchstimmung in Kroatien Ende der achtziger Jahre und die neuen/alten „Erinnerungen“ an die Massaker von 1941-1945 setzten nicht nur die bosnischen Muslime, sondern auch die bosnischen Serben und Kroaten unter Entscheidungsdruck. Die massive Revitalisierung und Emotionalisierung des serbischen und kroatischen Nationalismus ließen den fragilen Regionalismus der bosnischen Konnationalen verblassen. Vergeblich versuchten die politischen Führer der bosnischen Muslime zu Beginn der neunziger Jahre, in der Auseinandersetzung über die Umgestaltung des zweiten Jugoslawien zwischen den extremen Positionen der Republiken Serbien auf der einen und Slowenien (sowie Kroatien) auf der anderen Seite zu vermitteln. Erst als diese Versuche definitiv gescheitert waren, sprach sich die überwältigende Mehrheit der „Bosnier“ für die Unabhängigkeit ihrer Republik aus.

Bosnien-Herzegowina ist ein Musterbeispiel für eine Region, die nur unter einem übergeordneten Dach lebensfähig ist. Dies kann ein staatliches oder überstaatliches Dach sein. Wichtig für den Zusammenhalt einer multinationalen Region ist die doppelte Verankerung der Identität. Die regionale muß durch eine überregionale Identifikation gestützt werden, die mit der ersten kompatibel ist. Bricht das überregionale Dach auseinander, ist auch die Region von Zerfall bedroht. Und umgekehrt: Die Formierung von komplexen Staaten oder staatlichen Gemeinschaften verhilft Regionen wie Bosnien-Herzegowina erst zum Leben. Dies spricht zugunsten der These, daß ein Zusammenwachsen Europas verbunden sein wird mit der Revitalisierung alter (und der Formierung neuer) Regionen. Multikulturalität und Regionalismus sind nicht zwangsläufig zum Scheitern verurteilt (wie viele Beobachter des jugoslawischen Dramas behaupteten), sondern erhalten durch den transnationalen Integrationsprozeß Europas neue Perspektiven und Chancen.

# Der Zwang zur nationalen Eindeutigkeit und die Persistenz der Region: Oberschlesien im 20. Jahrhundert

von

Philipp Ther

Oberschlesien gehört zu jenen Gegenden Europas, in denen sich exemplarisch die Einwirkung konkurrierender und extremer Nationalismen, aber gleichzeitig die Persistenz der Region als Objekt der Identifizierung nachweisen läßt.<sup>1</sup> Bereits seit dem Mittelalter ist Oberschlesien von einer Überkreuzung und Mischung unterschiedlicher kultureller und sprachlicher Einflüsse geprägt und unterstand polnischer, böhmischer, österreichischer und ab 1740 preußischer Herrschaft. Die Region entspricht damit der diesem Band zugrunde liegenden Definition eines Zwischenraumes. Im 20. Jahrhundert gewannen die politischen, demographischen und territorialen Umbrüche eine neue Dynamik und Dimension. Allein zwischen 1922 und 1945 änderten sich die Grenzen dreimal. Bis zum Ersten Weltkrieg gehörte Oberschlesien zum Deutschen Reich, 1922 wurde es zwischen Deutschland und Polen geteilt, doch 1939 wurde der polnische Teil erneut ans Reich angeschlossen. 1945 kam ganz Oberschlesien unter polnische Herrschaft, die aber erst 1991 in den deutsch-polnischen Verträgen endgültig anerkannt wurde. Dieser mehrfache Wechsel der staatlichen Zugehörigkeit war von der gewaltsamen Verschiebung der ethnischen Grenzen, von Flucht und Vertreibung begleitet. Aufgrund dieser Umbrüche und Katastrophen ist die Geschichte der Region und ihrer Bewohner im 20. Jahrhundert nicht als ein Kontinuum zu erfassen. Eine „offene Regionalgeschichte“<sup>2</sup> muß berücksichtigen, daß Begriffe wie „die Oberschlesier“ je nach Zeitpunkt sehr unterschiedliche Bevölkerungsgruppen umfassen, umstritten waren und auch keine einheitliche oder universell anerkannte „Mental Map“ Oberschlesiens existierte. Vor diesem Hintergrund heben sich einige Kontinuitäten in der Geschichte der Region um so deutlicher ab: die fortwährenden, zeitweise gewaltsamen Versuche, die Bevölkerung Oberschlesiens im Sinne Deutschlands oder Polens zu nationalisieren, deren begrenzte Wirksamkeit und die eingangs erwähnte Persistenz der Region als ein Objekt von Diskursen und von Identifikationen.

---

<sup>1</sup> Dazu ist 2002 ein themenspezifisches Buch erschienen, dessen Methoden und empirische Erkenntnisse gleichzeitig Grundlage für den hier vorliegenden Band waren. Vgl. Die Grenzen der Nationen. Identitätenwandel in Oberschlesien in der Neuzeit, hrsg. von KAI STRUVE und PHILIPP THER, Marburg 2002 (Tagungen zur Ostmitteleuropaforschung 15). Der folgende Text beruht weitgehend auf diesem Band und einem vom Autor verfaßten Beitrag, der darin enthalten ist.

<sup>2</sup> Siehe zu dem Begriff den Beitrag von Robert Traba in diesem Band.

Den Beginn des nationalen Zeitalters kann man in Oberschlesien mit der Revolution von 1848 ansetzen, als die deutsche Einigungsbewegung um sich griff. Gleichzeitig entdeckte die polnische Nationalbewegung die Oberschlesier, die zum Großteil einen altertümlichen Dialekt des Polnischen sprachen, für sich. Beide Nationalbewegungen stießen aber auf schwer zu überwindende Hindernisse, die in der sozialen und konfessionellen Spezifik Oberschlesiens begründet waren. Die deutsche Nationalbewegung wurde wie überall im Osten Preußens überwiegend von den gesellschaftlichen Eliten und Protestanten getragen. Damit konnten sie die große Mehrheit der Bevölkerung, die überwiegend auf dem Lande lebte, zuhause und auf den Dörfern nicht deutsch sprach und katholisch war, nur begrenzt erreichen. Die Ausbreitung einer deutschen Nationalidentität wurde noch am meisten durch sozialen Aufstieg und die deutsche Prägung der Städte gefördert. Im Kulturkampf verstärkte sich die Distanz zwischen den national überzeugten und somit eindeutig als solchen erkennbaren Deutschen und den von ihnen als solche benannten „Schlonsaken“.<sup>3</sup> Zudem trennte diese Gruppen eine soziale Kluft, denn die dem regionalen Milieu entstammenden Oberschlesier waren meistens Arbeiter oder gehörten dem ländlichen Proletariat an. Dagegen stellten „die Deutschen“ Großgrundbesitzer, Industrielle, Beamte und Militärs, also die Eliten, die zudem häufig aus dem Inneren des Reiches importiert waren. Sie grenzten sich gegenüber jenen ab, die aufgrund ihres Dialekts und ihrer Herkunft nicht in das immer engere Verständnis des „Deutschtums“ in Preußen und im Kaiserreich paßten. Diese sozialen und kulturellen Barrieren äußerten sich in zahlreichen Stereotypen zwischen den vermeintlichen „Kulturträgern“ und den sogenannten „Schlonsaken“ oder „Polacken“. Der harte Akzent und die bäuerlich-katholische Prägung der Oberschlesier waren Anlaß zu vielen Witzen, brachten aber auch handfeste Nachteile im Alltag und im Berufsleben mit sich.<sup>4</sup> Relativ wenige Oberschlesier machten in der Staatsverwaltung, beim Militär und in der Privatwirtschaft Karriere. Das Verhältnis beider Seiten war von einer starken Asymmetrie geprägt, weswegen die Krakauer Soziologin Maria Szmeja die preußisch-deutsche Herrschaft über Oberschlesien als ein Beispiel des „internen Kolonialismus“ bezeichnet.<sup>5</sup>

---

<sup>3</sup> Vgl. zum Kulturkampf in Oberschlesien JOACHIM BÄHLCKE: Die Geschichte der schlesischen Territorien von den Anfängen bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, in: Schlesien und die Schlesier, hrsg. von DEMS., München 1996, S. 14-154, hier S. 103 f.

<sup>4</sup> Die durch diese Diskriminierungen erlittenen Kränkungen und Verletzungen waren nach dem Zweiten Weltkrieg im Bewußtsein der Schlesier immer noch präsent. Vgl. Die Interviews der Soziologen Stefan Nowakowski und Stanisław Ossowski in STEFAN NOWAKOWSKI: Adaptacja ludności na Śląsku Opolskim [Die Adaption der Bevölkerung im Opperlner Schlesien], Poznań 1957, S. 83; STANISŁAW OSSOWSKI: Zagadnienia więzi regionalnej i więzi narodowej na Śląsku Opolskim [Das Problem der regionalen Bindungen und der nationalen Bindungen im Opperlner Schlesien], in: Przegląd Socjologiczny 9 (1947), S. 73-124, hier S. 99 f.

<sup>5</sup> Vgl. MARIA SZMEJA: Niemcy? Polacy? Ślązacy! Rodzimi mieszkańcy Opolszczyzny w świetle analiz socjologicznych [Deutsche? Polen? Schlesier! Die einheimischen Einwohner des Opperlner Schlesiens im Lichte soziologischer Analysen], Kraków 2000, S. 65-74.

Auch der polnische Nationalismus stieß trotz der Zuwanderung zahlreicher Polen ins oberschlesische Industrieviertel auf erhebliche Hindernisse. Oberschlesien war seit dem 14. Jahrhundert kein Bestandteil Polens mehr, es gab also keine gemeinsame Erinnerung an die 1795 untergegangene Adelsrepublik. Da die polnische Nationalbewegung keinen eigenen Staat im Rücken hatte, blieb sie ein Nationalismus der Underdogs. Außerdem fielen die zahlreichen kulturellen Unterschiede zwischen den Polen und den polnischsprachigen Oberschlesiern ins Gewicht, die sich in den Jahrhunderten der österreichischen, preußischen und deutschen Herrschaft entwickelt hatten. So war der oberschlesische Dialekt für viele Polen aus dem angrenzenden Galizien oder Großpolen kaum verständlich oder klang nach einer seltsamen Mischung mit dem Deutschen. Vor allem auf dem Lande blieb deshalb unter der polnischsprachigen Bevölkerung eine auf die engere Heimat gerichtete Identität<sup>6</sup> bestimmend und dominierte meist über ein sekundäres deutsches oder polnisches Nationalbewusstsein.<sup>7</sup> Allerdings manifestierte sich diese „schlesische Identität“ vor 1918 noch nicht in einer politischen Bewegung, da die Oberschlesier im Kaiserreich keine säkulare politische Elite hervorbrachten.<sup>8</sup>

## 1. Die Zeit der Weltkriege

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde Polen wiedererrichtet und beanspruchte auf der Basis ethnischer Argumente einen Großteil Oberschlesiens. Das Deutsche Reich beharrte jedoch auf dem Besitz des größten Industrieviertels in Ostmitteleuropa und rief den „Volkstumskampf“ aus. Schließlich entschieden die Waffen den Konflikt. Beide Seiten bekämpften sich in den drei schlesischen Aufständen, die insofern etwas irreführend benannt sind, da sie von deutschen und polnischen Politikern außerhalb der Region sowie von paramilitärischen Einheiten, die sich nur zum Teil aus Oberschlesiern rekrutierten, gezielt angeheizt wurden. Viele Landesbewohner bestanden zwischen 1918 und 1921 auf der Einheit der Region und versuchten im Streit zwischen Deutschland und Polen zu vermitteln. Przemysław Hauser widmet seinen Beitrag in diesem Band dieser Periode, weswegen hier die Darstellung kurz gehalten werden

---

<sup>6</sup> Vgl. zur näheren Bestimmung und Problematik des Begriffs „Identität“ die Einleitung.

<sup>7</sup> Ein vollständiges Panorama über die verschiedenen nationalen und subnationalen Bevölkerungsgruppen in Oberschlesien und ihre Identitätsentwürfe erstellt TOMASZ KAMUSELLA: Schlonsko: Horní Slezsko, Oberschlesien, Górný Śląsk, Elbląg 2001, S. 30-40. Auf eine Übersetzung des Titels ist hier zu verzichten, da er die verschiedenen Bezeichnungen für Oberschlesien im regionalen Dialekt, im Tschechischen, Deutschen und Polnischen enthält.

<sup>8</sup> Vgl. dazu John Breuillys generelle These: „Local Autonomist movements with no dominant elite, without any social reform programme able to mobilize popular support, based on church institutions rather than privileges which themselves had ethnic dimensions – these could hardly give rise to nationalism.“ JOHN BREUILLY: Approaches to Nationalism, in: Formen des nationalen Bewusstseins im Lichte zeitgenössischer Nationalismustheorien. Vorträge der Tagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 31. Oktober bis 3. November 1991, hrsg. von EVA SCHMIDT-HARTMANN, München 1994, S. 15-38, hier S. 35.

kann. Die regionale Bewegung, der *Bund der Oberschlesier*, forderte eine Autonomie und zeitweise sogar die Selbständigkeit für Oberschlesien. Die Autonomiebewegung konnte zwar bis zu 350 000 Mitglieder mobilisieren, angesichts einer Einwohnerzahl von gut zwei Millionen ein erstaunlicher Erfolg, scheiterte aber schließlich daran, daß sie in dem Konflikt zwischen Polen und Deutschland auf Dauer keine Neutralität wahren konnte. Zudem wollten Deutschland, Polen, die Tschechoslowakei und die Alliierten keinen zweiten Freistaat wie Danzig. Am 21. März 1921 mußte sich die oberschlesische Bevölkerung in einem Plebiszit für Deutschland oder Polen entscheiden. Für den Verbleib bei Deutschland votierten 707 393 Menschen, für den Anschluß an Polen 479 365. Mehrheiten für Deutschland gab es vorwiegend in den Städten und in den Gebieten links der Oder, für Polen rechts der Oder und auf dem Land.<sup>9</sup>

Es wäre jedoch ein Fehler, das Abstimmungsverhalten als Ausdruck tief verwurzelten Nationalbewußtseins zu werten oder die Zahl der Stimmen mit der Anzahl von Deutschen oder Polen gleichzusetzen. Bei den Kommunalwahlen vom November 1919 hatten polnische Listen noch über 60% der Stimmen gewonnen – dies entsprach in etwa dem Anteil der polnisch- oder zweisprachigen Bevölkerung.<sup>10</sup> Beim Plebiszit votierte somit mindestens ein Sechstel der Oberschlesier mit polnischer bzw. polnisch-oberschlesischer Muttersprache für Deutschland.<sup>11</sup> Ökonomische Erwägungen und die Loyalität zu dem Staat, dessen Bürger sie waren, wogen also schwerer als scheinbar „objektive“ Kriterien der Nationszugehörigkeit wie die Sprache.

Bei der Teilung Oberschlesiens verblieben auf beiden Seiten der Grenze große Minderheiten. In Ostoberschlesien waren es 226 000, im Opper Schlesien 195 000 Menschen, die für Deutschland bzw. für Polen votiert hatten.<sup>12</sup> Nach der Teilung ging die Größe der national bewußten Minderheiten zurück. Die Bevölkerung in den Abstimmungsgebieten besaß nach der 1922 vereinbarten Genfer Konvention zum Minderheitenschutz das Recht, die Staatsbürgerschaft des jeweiligen Nachbarlandes an-

---

<sup>9</sup> Vgl. zur Vorgeschichte des Plebiszits den Beitrag von Przemysław Hauser in diesem Sammelband.

<sup>10</sup> Vgl. MICHAŁ LIS: Ludność rodzima na Śląsku Opolskim po II wojnie światowej (1945-1993) [Die einheimische Bevölkerung im Opper Schlesien nach dem Zweiten Weltkrieg (1945-1993)], Opole 1993, S. 7. Der Opper Historiker bezieht sich bei diesen Angaben auf Berechnungen von Józef Kokot. Ähnlich wie dieser begeht er allerdings den Fehler, alle Oberschlesier, die zwei- oder polnischsprachig waren, einfach als Polen zu zählen.

<sup>11</sup> Vgl. WACŁAW DŁUGOBORSKI: Górny Śląsk na tle innych ziem polskich w początkach XX wieku: gospodarka, społeczeństwo, kultura [Oberschlesien vor dem Hintergrund anderer polnischer Gebiete zu Beginn des 20. Jahrhunderts: Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur], in: Rola i miejsce Górnego Śląska w Drugiej Rzeczypospolitej, hrsg. von MARIA WANDA WANATOWICZ, Bytom 1995, S. 9-29, hier S. 28.

<sup>12</sup> Vgl. die Zahlenangaben zu Ostoberschlesien in TOMASZ FAŁECKI: Niemieckie szkolnictwo mniejszościowe na Górnym Śląsku w latach 1922-1939 [Das Schulwesen der deutschen Minderheit in Oberschlesien in den Jahren 1922-1939], Katowice 1970, S. 11. Vgl. zum Opper Schlesien JÓZEF KOKOT: Problemy narodowościowe na Śląsku od X do XX wieku [Nationalitätenprobleme in Schlesien vom 10. bis zum 20. Jahrhundert], Opole 1973, S. 53.

zunehmen und nach Deutschland bzw. nach Polen zu emigrieren. Allein bis 1925 machten auf beiden Seiten etwa 100 000 Personen von dieser Möglichkeit Gebrauch. Das deutsche und das polnische Oberschlesien wurden durch diese wechselseitigen Migrationen also homogener.

Im deutsch gebliebenen Westteil Oberschlesiens, dem Oppelner Schlesiens, assimilierten sich weiterhin zahlreiche Angehörige der Mischbevölkerung aus pragmatischen Erwägungen an die deutsche Sprache und Kultur. Für einen sozialen Aufstieg war dies die Voraussetzung, aber selbst Schulkinder distanzieren sich manchmal von ihren regionalen Wurzeln und ihrer slawischen Muttersprache, um nicht Hänseleien und einer Isolation von der deutschen Mehrheit ausgesetzt zu sein.<sup>13</sup> Diese „pragmatische Assimilation“ manifestierte sich in der sinkenden Zahl an Menschen, die sich in Volkszählungen als zwei- oder polnischsprachig erklärten, und dem Rückgang an Wählerstimmen für polnische Listen und Kandidaten.<sup>14</sup> Die Assimilationstendenz wurde nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten, die in Oberschlesien erst 1932 knapp 30% der Stimmen erzielen konnten, gestört. Als diese gegen den Katholizismus vorgingen, 1934 das Zentrum auflösten und schließlich auch systemkritische Priester immer schärfer verfolgten, trieben sie die Mischbevölkerung in die Arme der polnischen Minderheitenorganisationen, die nicht nur für die Verteidigung des Polentums, sondern auch der Kirche standen.<sup>15</sup> Die NS-Kirchenpolitik rief also eine ähnliche Reaktion hervor wie der Kulturkampf zwei Generationen früher: eine Abwehrreaktion gegen das, was nunmehr als deutsch definiert wurde, und eine Verbindung des Kampfes um sprachliche und kulturelle Rechte mit der Verteidigung der Kirche. Der Oberpräsident in Breslau erkannte diese Problematik und forderte daher 1935 in einem Bericht an den preußischen und Reichsinnenminister Wilhelm Frick: „Die hemmungslosen Angriffe, wie sie in der Vergangenheit üblich waren und die weit über

---

<sup>13</sup> Vgl. Bericht eines Gemeindevorstehers im Landkreis Oppeln über den Besuch des polnischen Kommuniionsunterrichts vom Mai 1926 in: Deutsche und Polen zwischen den Kriegen. Minderheitenstatus und „Volkstumskampf“ im Grenzgebiet. Amtliche Berichterstattung aus beiden Ländern 1920-1939, hrsg. von RUDOLF JAWORSKI und MARIAN WOJCIECHOWSKI, bearb. von MATHIAS NIENDORF und PRZEMYSŁAW HAUSER, 2. Halbband, München u.a. 1997, S. 904.

<sup>14</sup> Vgl. WOJCIECH WRZESIŃSKI: Polski Ruch Narodowy w Niemczech 1922-1939 [Die polnische Nationalbewegung in Deutschland 1922-1939], Poznań 1970, S. 222-232. Das beste Ergebnis erzielten polnische Listen im Oppelner Schlesiens bei den Reichstagswahlen von 1930 mit 72 913 Stimmen. Bei den Wahlen von 1932 waren es nur noch 34 674. Vgl. zur Zahl der Mitglieder beim Verband der Polen in Deutschland (Związek Polaków w Niemczech) WRZESIŃSKI, S. 83. Bei der Volkszählung von 1933 gaben noch an die 100 000 Menschen Polnisch und 266 375 Polnisch und Deutsch als ihre Muttersprache an.

<sup>15</sup> Vgl. „Der Regierungspräsident in Oppeln an den Reichs- und Preußischen Minister des Innern. Überblick über die polnische Bewegung“, Bericht vom 18.3.1935, in: Deutsche und Polen zwischen den Kriegen (wie Anm. 13), S. 857 f. Vgl. zur Oberschlesienpolitik des Dritten Reiches auch KAROL JONCA: Polityka narodowościowa Trzeciej Rzeszy na Śląsku Opolskim [Die Nationalitätenpolitik des Dritten Reiches im Oppelner Schlesiens], Katowice 1970.

den Kampf gegen den politischen Katholizismus hinausgingen, müssen aufhören. Jedenfalls dürfen sich Staat und Bewegung nicht damit identifizieren.“<sup>16</sup> Allerdings hielten sich die Behörden und die NSdAP nur kurze Zeit an diese Aufforderung und verstärkten den Druck auf die Gläubigen nach einer kurzen Entspannungsphase im Anschluß an das Konkordat.

Als ebenso kontraproduktiv wie der Antiklerikalismus erwies sich im ethnisch gemischten Oberschlesien der Rassismus der Nationalsozialisten. Der Oberpräsident in Breslau kritisierte in dem bereits zitierten Bericht „die in aller Öffentlichkeit vertretene Ansicht von der rassischen Minderwertigkeit der oberschlesischen Bevölkerung“.<sup>17</sup> Dies habe eine Abwehrreaktion und einen Zulauf zu Minderheitenorganisationen ausgelöst, weil sich die Menschen in ihrer Ehre getroffen fühlten. Ein weiteres Problem war das nationale Schwarz-Weiß-Denken. In den Augen vieler Nationalsozialisten gab es nur die Alternative, entweder ein Deutscher oder ein Pole zu sein. Das „schwebende Volkstum“, wie es pejorativ benannt wurde, akzeptierten sie nur als ein temporäres Phänomen. Generell wandelte sich das Image der Mischbevölkerung in der Zwischenkriegszeit von einer national und in ihrer gesamten Entwicklung zurückgebliebenen Gruppe zu dem von Profiteuren. Zwar notierten die „Volkstumskämpfer“ noch 1935 frohgemut, wie sie mit Freikarten zu Kulturereignissen, dem Erlaß von Mitgliedsbeiträgen bei den Pfadfindern und anderen Organisationen sowie kostenlosem Kuchen auf Frauentreffen Oberschlesier auf ihre Veranstaltungen locken konnten<sup>18</sup>, aber in anderen Berichten klang deutlich der Vorwurf durch, daß es sich nicht nur um eine national unzuverlässige, sondern auch eine korrumpierbare Volksgruppe handle.

Die zunehmende Unterdrückung aller Bestandteile oberschlesischer Kultur, die die Nationalsozialisten nicht als deutsch ansahen, kann auch als eine Reaktion auf die geringe Wirksamkeit der Assimilationspolitik angesehen werden. Bald nach der Machtübernahme und dann verschärft ab 1935/36 begann die Germanisierung von Orts- und Personennamen sowie die Verfolgung der Minderheit. Nach dem Auslaufen der Genfer Konvention ließen die Nationalsozialisten alle Rücksicht fahren. Nunmehr verfolgten sie die Bevölkerung bis in die Privatsphäre, wobei diese Maßnahmen immer von Angst getragen waren, daß sich unter dem Mantel äußerer Anpassung weiterhin anti-deutsche oder gar pro-polnische Identitäten hielten.

Wie die von Przemysław Hauser und Mathias Niendorf edierten Lageberichte aus Oberschlesien zeigen, lagen die Behörden mit dieser Einschätzung nicht immer falsch. Ein Indiz für die Persistenz kultureller Eigenheiten war die Verbreitung polnischer Gottesdienste. 1938 wurden nach den Schätzungen des nationalistischen Bundes Deutscher Osten (BDO) immer noch 30% der Gottesdienste auf polnisch abgehalten. Die Gesamtzahl der „polnischen Minderheit“ schätzte der BDO auf mindestens

---

<sup>16</sup> „9.12.1935: Der Oberpräsident in Breslau an den Reichs- und Preußischen Minister des Innern. Lagebericht“, in: Deutsche und Polen zwischen den Kriegen (wie Anm. 13), S. 877-881, hier S. 878. Vgl. auch mit ähnlichem Inhalt einen Bericht des Regierungspräsidenten in Oppeln vom März 1935, ebenda, S. 857-862, hier S. 862.

<sup>17</sup> Ebenda, S. 879.

<sup>18</sup> Vgl. diverse Berichte ebenda, S. 872, 881 und 895.

400 000 und inklusive des „eingedeutschten Anteils“ auf etwa 550 000 Menschen.<sup>19</sup> Dies stimmte auch mit Erhebungen des polnischen Untergrundes und der polnischen Regierung aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges in etwa überein.<sup>20</sup> Wie die deutschen Behörden selbst feststellten, war „Polnisch-sprachlich [...] nicht gleichbedeutend mit polnisch gesonnen“.<sup>21</sup> Das gleiche galt allerdings auch für die deutschsprachige Bevölkerung. Insbesondere wenn es sich um Katholiken handelte, war die Identifikation mit dem nationalsozialistischen Deutschland oft gering. Zahlreiche Oberschlesier, die sich nach außen hin anpaßten oder auch zuhause deutsch sprachen, hatten außerdem einen nahen verwandtschaftlichen, konfessionellen und kulturellen Bezug zu polnischen Oberschlesiern. Bei Bedarf konnten sie eine oberschlesische oder eine polnische Identität aktivieren, sei es aus Sympathie für Polen, aus Abneigung gegen den Nationalsozialismus oder aus pragmatischen Gründen.

Die nochmalige Verschärfung der Nationalitätenpolitik und das Verbot polnischsprachiger Gottesdienste am Vorabend des Zweiten Weltkrieges verstärkte unter der gemischten Bevölkerung die Tendenz zur Selbstisolation.<sup>22</sup> Erst unter dem Eindruck der deutschen Siege im Krieg und der Mobilisierung der Bevölkerung an der Heimatfront gelang es den Nazis, einen Teil der Mischbevölkerung für sich zu vereinnahmen. Ein „minderheitspolitischer Lagebericht“ des Opper Landrats vom April 1943 verzeichnete, daß der Arbeitsdienst und Dorfgemeinschaftsabende „in zunehmendem Maße das Zugehörigkeitsgefühl der Bevölkerung zum deutschen Volkstum und dessen Abneigung gegen das polnische Volkstum gestärkt“ habe.<sup>23</sup> Nach den Niederlagen an der Ostfront änderte sich jedoch die innere und nach außen getragene Einstellung gegenüber Deutschland. Die Bereitschaft, sich zu einer polnischen oder zu einer oberschlesischen Identität zu bekennen, nahm trotz des Nazi-Terrors zu.<sup>24</sup> Wie die Behörden mit Sorge vermerkten, sprachen Oberschlesier verstärkt polnisch (de facto meist den schlesischen Dialekt) und konspirierten mit dem polnischen Untergrund.

---

<sup>19</sup> Zit. nach JÓZEF KOKOT: *Wojenne i powojenne losy byłej ludności niemieckiej Śląska* [Kriegs- und Nachkriegsschicksal der ehemals deutschen Bevölkerung Schlesiens], in: *Ekonomia* 1 (1965), S. 5-51, hier S. 13-15.

<sup>20</sup> Vgl. dazu GRZEGORZ STRAUCHOLD: *Polska ludność rodzima ziem zachodnich i północnych. Opinie nie tylko publiczne lat 1944-1948* [Die einheimische Bevölkerung in den West- und Nordgebieten. Nicht nur öffentliche Meinungen aus den Jahren 1944-1948], Olsztyn 1995, S. 13; LIS (wie Anm. 10), S. 23 f.

<sup>21</sup> Vgl. „Der Regierungspräsident in Oppeln an den Reichs- und Preußischen Minister des Innern. Überblick über die polnische Bewegung“, Bericht vom 18.3.1935, in: *Deutsche und Polen zwischen den Kriegen* (wie Anm. 13), S. 858.

<sup>22</sup> Vgl. WRZESIŃSKI (wie Anm. 14), S. 374-380. Vgl. zur Nationalitätenpolitik der Nationalsozialisten während des Zweiten Weltkrieges auch PIOTR MADAJCZYK: *Przyłączenie Śląska Opolskiego do Polski 1945-1948* [Die Anschließung des Opper Schlesiens an Polen 1945-1948], Warszawa 1996, S. 45 und 121.

<sup>23</sup> Zitiert nach KAZIMIERZ POPIOŁEK: *Silesia in German Eyes 1939-1945*. Translated by Andrzej Potocki, Katowice 1964, S. 235.

<sup>24</sup> Vgl. POPIOŁEK (wie Anm. 23), S. 131-137, 238 f.

Im polnischen Ostoberschlesien, das zu Zwecken der Vollständigkeit und des Vergleichs einer eigenen Betrachtung bedarf, veränderten sich die Identitäten noch stärker als im deutschen Teil Oberschlesiens. Zwar sank die Zahl der sich eindeutig als deutsch empfindenden Bevölkerung bis 1931 vor allem durch Emigration von etwa einem Drittel auf ein Siebtel der Gesamtbevölkerung<sup>25</sup>, doch wandten sich auch zahlreiche polnisch- oder zweisprachigen Oberschlesier deutschen Parteien zu, um ihre Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in Polen auszudrücken. Deutsche Parteien erreichten bei den Kommunalwahlen von 1926 42% und bei den Wahlen zum oberschlesischen Sejm von 1930 18,4% der Stimmen, also weit mehr, als ihrem jeweiligen Bevölkerungsanteil entsprochen hätte. Eine „deutsche Option“ blieb also auch innerhalb Polens bestehen. Die Wahlergebnisse von 1926 und von 1930 waren jedoch weniger ein Ausdruck „ungebrochenen Deutschtums“, wie man damals im Deutschen Reich dachte, sondern vielmehr ein Beleg für die Vitalität der oberschlesischen Identität. Etliche Oberschlesier votierten für deutsche Parteien, um gegen die Aushöhlung der Autonomie der Wojewodschaft Schlesien zu protestieren. Die Enttäuschung mit der polnischen Herrschaft faßte Arkadiusz Bożek, der 1945 zum oberschlesischen Vizewojewoden avancierte, folgendermaßen zusammen: „Es haben sich nur die Herren geändert. Die Berliner sind gegangen und es kamen die Warschau-Krakauer.“<sup>26</sup>

Ende der zwanziger Jahre, als sich Polen zeitweilig stabilisierte, waren die deutschen Parteien wesentlich weniger erfolgreich. Auch die Teilnahme an deutsch-nationalen Kundgebungen sank in dieser Zeit stark. Selbst die Gegner des polnischen Staates gewöhnten sich also offenbar langsam an dessen Existenz.<sup>27</sup> Außerdem gab es

---

<sup>25</sup> Vgl. zur Schätzung des deutschen Bevölkerungsanteils Die statistische Erhebung über die deutschen Katholiken in den Bistümern Polens 1928 und 1936, hrsg. von KAZIMIERZ ŚMIGIEL, Marburg 1992, S. 220; MARIA WANATOWICZ: Niemcy wobec problemu integracji Górnego Śląska z Rzeczpospolitą (1922-1939) [Die Deutschen gegenüber dem Problem der Integration Schlesiens in die Republik (1922-1939)], in: Niemcy wobec konfliktu narodowościowego na Górnym Śląsku po I wojnie światowej, hrsg. von ANDRZEJ SZEFER, Poznań 1989, S. 141-156, hier S. 154; FRANCISZEK SERAFIN: Wpływ Drugiej Rzeczypospolitej na przemiany demograficzne i społeczne w województwie Śląskim w latach 1922-1939 [Der Einfluß der Zweiten Republik auf demografische und gesellschaftliche Veränderungen in der Wojewodschaft Schlesien von 1922 bis 1939], in: Rola i miejsce Górnego Śląska (wie Anm. 11), S. 163-182, hier S. 169 f.

<sup>26</sup> Zitiert nach MARIA WANATOWICZ: Ludność napływowa na Górnym Śląsku w latach 1922-1939 [Die zugewanderte Bevölkerung in Oberschlesien in den Jahren 1922-1939], Katowice 1982, S. 345. Vgl. zu den nationalen Einstellungen der Bevölkerung mit Schwerpunkt auf Ostoberschlesien auch PRZEMYSŁAW HAUSER: Zur Frage der nationalen Identität der oberschlesischen Bevölkerung in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, in: Grenzen und Grenzräume in der deutschen und polnischen Geschichte. Scheidelinie oder Begegnungsraum?, hrsg. von GEORG STÖBER und ROBERT MAIER, Hannover 2000, S. 205-216.

<sup>27</sup> Vgl. dazu MARIAN MAREK DROZDOWSKI: Górny Śląsk czasów Drugiej Rzeczypospolitej. Rzeczywistość, stereotypy, mity [Oberschlesien zu Zeiten der Zweiten Republik. Wirklichkeit, Stereotype, Mythen], in: Rola i miejsce Górnego Śląska (wie Anm. 11), S. 65-83, hier S. 75 f.

auch in Ostoberschlesien eine „pragmatische Assimilation“, also die Bereitschaft, sich aus sozialen und ökonomischen Gründen an die Mehrheitsnation anzupassen. Der Pragmatismus konnte aber jederzeit auch in die andere, deutsche Richtung ausschlagen. Zum Beispiel ließen Eltern ihre Kinder unter anderem deshalb in deutschen Schulen registrieren, weil dort die Schulspeisung zeitweise üppiger war als bei der staatlichen polnischen Konkurrenz.<sup>28</sup>

Verschiedene kulturelle Elemente und nationale Optionen koexistierten oft in kleinsten Kreisen. Wer sich als deutsch, polnisch oder schlesisch empfand, hing von der Generation oder der sozialen und beruflichen Stellung der einzelnen Menschen ab. Überliefert sind zum Beispiel einige Fälle, in denen die Frauen von polnischen Polizisten dem deutschen Volksbund angehörten.<sup>29</sup> Aktenkundig wurde das deshalb, weil sich der Oberkommandant der polnischen Polizei in der Wojewodschaft Schlesien über diese Praxis erboste, die mangelnde nationale Gesinnung der Beamten kritisierte und Verrat von Staatsgeheimnissen witterte. Im Opper Schlesien gab es ebenfalls Verhaltensweisen, die mit den nationalistischen Auffassungen der Behörden nicht in Einklang zu bringen waren: Dort war eine Gruppe von HJ-Mitgliedern zeitweise polnischen Sportvereinen beigetreten.<sup>30</sup> Selbst an einem einzigen Abend schwankten Menschen manchmal zwischen den verschiedenen Sprachen und Kulturen. Wie der Polizeipräsident in Gleiwitz 1929 berichtete, veranstaltete der polnische Gesangsverein in einem Vorort ein Fest, auf dem zu Beginn ein gastierender Chor polnisch sang, später aber auch deutsche Soldatenlieder angestimmt wurden.<sup>31</sup>

Diese Verhaltensweisen im Alltag zeigen, daß die nach außen getragenen und inneren Einstellungen zur nationalen Zugehörigkeit nicht stabil waren und je nach Kontext variierbar blieben. Wenn eine Identifikation stabil war, dann noch am ehesten jene mit der Region. Der mehrfache Wandel von Identitäten beiderseits der Teilungsgrenze von 1922 belegt außerdem, daß sich nationale und regionale Zugehörigkeitsgefühle abhängig von politischen und sozialen Rahmenbedingungen veränderten. Ein wichtiger Faktor war dabei die Attraktivität der jeweiligen Identitätsangebote. Die Oberschlesier verglichen die wirtschaftliche und politische Situation in Deutschland und Polen in aktueller und historischer Perspektive und wandten sich entsprechend mehr einer deutschen, deutsch-oberschlesischen, polnisch-oberschlesischen oder polnischen Identität zu. Allerdings waren auch das in den Augen vieler Menschen keine Alternativen, sondern verschiedene Bestandteile der eigenen Kultur und Person, die man je nach dem Kontext aktivierte oder auch verschwieg.

Die negative Veränderung der Einstellung zur Mischbevölkerung auf seiten der Behörden zeigt, daß man sich vor einer Romantisierung dieses kulturellen, sprachlichen und politischen Nebeneinanders und Gemischs hüten sollte. Wer sich nicht für eine nationale Option entschied, mußte mit einem schlechten Image und Sanktionen leben, die nicht nur weit entfernte Regierungen in Berlin oder Warschau, sondern ihre

---

<sup>28</sup> Vgl. FAŁĘCKI (wie Anm. 12), *Niemieckie Szkolnictwo*, S. 67.

<sup>29</sup> *Deutsche und Polen zwischen den Kriegen* (wie Anm. 13), S. 983.

<sup>30</sup> Ebenda, S. 949.

<sup>31</sup> Ebenda, S. 933.

örtlichen Vertreter verhängten. Der „Volkstumskampf“ – heute würde man dies als Kampf um die Identität der Menschen bezeichnen –, der in Oberschlesien von 1918 bis 1945 tobte, ging schon in jener Zeit in erster Linie auf die Kosten der einheimischen Mischbevölkerung.

## 2. Die Entwicklung nach 1945

Die Rahmenbedingungen für die Bildung und Veränderung kollektiver Identitäten in Oberschlesien wandelten sich im Jahr 1945 grundlegend. Es brachte den Einmarsch der Roten Armee, den Aufbau der polnischen Verwaltung, die Zuwanderung von Polen bei gleichzeitiger Vertreibung von Deutschen, die polnische Nationalitätenpolitik sowie den beginnenden Wandel des politischen und sozialen Systems. Die Zusammensetzung der Bevölkerung änderte sich also fundamental. Dies macht es schwierig, umstandslos über Oberschlesien oder gar „die Oberschlesier“ über diese Zäsur hinweg zu schreiben.<sup>32</sup>

In Oberschlesien lassen sich nach dem Krieg vier größere Bevölkerungsgruppen unterscheiden: Einheimische, die für Polen oder für polnisch genug gehalten wurden, um assimiliert zu werden, Oberschlesier, die von der polnischen Regierung als Deutsche angesehen und deshalb ausgesiedelt und vertrieben wurden, Umsiedler aus Zentralpolen sowie polnische Vertriebene aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten.<sup>33</sup> Die Darstellung konzentriert sich im folgenden auf die Einheimischen, also die schon vor 1945 ansässige Bevölkerung, die nach dem Krieg in der Region blieb.<sup>34</sup> Die Re-

---

<sup>32</sup> Die Einordnung der Oberschlesier bzw. im Polnischen der „Schlesier“ als eine „ethnische Gruppe“ mit einer Vorgeschichte bis weit ins 19. Jahrhundert erscheint vor diesem Hintergrund als problematisch. Vgl. als Beispiel SZMEJA (wie Anm. 5), S. 201-206. Der Widerspruch läßt sich dann auflösen, wenn die Definition eines Ethnikums sich an subjektiven, identitären Faktoren und nicht an der Existenz eines demographischen Kontinuums ausrichtet.

<sup>33</sup> In der polnischen Literatur werden Zentralpolen und vertriebene Ostpolen meist als „zugewanderte Bevölkerung“ (*ludność napływowa*) zusammengefaßt. Mit dem Verhältnis beider Gruppen zueinander befaßt sich PHILIPP THER: Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945-1956, Göttingen 1998, S. 293-301. Vgl. zur Herkunft der polnischen Zuwanderer JOACHIM ROGALL: Krieg, Vertreibung und Neuanfang. Die Entwicklung Schlesiens und das Schicksal seiner Bewohner von 1939-1995, in: Schlesien und die Schlesier (wie Anm. 3), S. 156-225, hier S. 188 f.

<sup>34</sup> Vorweg ist zu ergänzend, daß sich diese Kategorisierung nicht gegen die nach dem Zweiten Weltkrieg vertriebenen Deutschen oder die inzwischen auch schon bald 60 Jahre ansässigen polnischen Zuwanderer richtet. Auch diese Bevölkerungsteile waren in Oberschlesien einheimisch oder sind es inzwischen geworden. In der Volksrepublik Polen wurde diese Gruppe als „Autochthone“ bezeichnet, was wörtlich am Ort entstanden oder eingeboren bedeutet. Dieser Begriff wird hier aufgrund seiner nationalistischen und kolonisatorischen Untertöne nicht verwendet. B. Linek bringt ähnliche Einwände gegen den polnischen Terminus *ludność rodzima* (einheimische Bevölkerung) vor, die aber nicht überzeugen. Vgl. BERNARD LINEK: „Odniesienie“ województwa śląskiego w latach 1945-1950 (w świetle

gierung in Warschau begründete mit Verweis auf diese Gruppe ihre Ansprüche auf Oberschlesien und die gesamten deutschen Ostgebiete, die angeblich „urpolnischen“ Charakters seien.<sup>35</sup> Im Alltag nützte den sogenannten „Autochthonen“ diese Instrumentalisierung aber wenig. Sie besaßen in Polen zunächst keine Bürger- und Eigentumsrechte<sup>36</sup> und hatten nur die Möglichkeit, sich als Polen „verifizieren“ zu lassen. Eine dreiviertel Million Einheimische wurde auf diese Weise allein im Oppelner Schlesien zu polnischen Staatsbürgern. Im Kattowitzer Schlesien hieß dieser Prozeß nicht Verifikation, sondern „Rehabilitation“ und betraf die in der NS-Volksliste Eingetragenen. Die zwei weiteren größeren Bevölkerungsgruppen in Oberschlesien waren Umsiedler aus Zentralpolen, die dorthin freiwillig migrierten, sowie die sogenannten „Repatrianten“, also Flüchtlinge und Vertriebene aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten. Die Zusammensetzung der Bevölkerung, die man heute als Oberschlesier erfassen kann, veränderte sich 1945/46 zugrundelegend.

Als die Rote Armee im Winter 1945 in Oberschlesien einmarschierte, flohen zahlreiche Einheimische nicht oder widersetzten sich trotz der Greuelpropaganda der Nazis und der verbreiteten Furcht vor den Russen der Evakuierung. Sie hofften darauf, als Polen oder als Slawen erkannt und von der Roten Armee verschont zu werden.<sup>37</sup> Um sich von Deutschland abzugrenzen, hingen sie Plakate und Tücher mit polnischer Aufschrift aus den Fenstern oder versuchten, sich mündlich als Polen auszuweisen. In einigen Ortschaften, aus denen sich die Wehrmacht kampflos zurückgezogen hatte, begrüßten die Einwohner die neue Zeit mit Kirchengeläut. Die ersten polnischen Zuwanderer wurden in vielen Ortschaften freundlich empfangen.<sup>38</sup>

---

materiałów wojewódzkich) [Die „Entdeutschung“ der Wojewodschaft Schlesien in den Jahren 1945-1950 (im Lichte der Materialien in der Wojewodschaft)], Opole 1997, S. 18. Inzwischen ist vom gleichen Autor die noch umfangreichere Monographie *Polityka antyniemiecka na Górnym Śląsku w latach 1945-1950* [Die antideutsche Politik in Oberschlesien in den Jahren 1945-1950], Opole 2000, erschienen.

<sup>35</sup> Vgl. Archiwum Akt Nowych (AAN), Ministerstwo Ziemi Odzyskanych (MZO), sygn. 84, Bl. 18 ff. Dem nationalistischen Westmarkenverband zufolge war „die autochthone Bevölkerung die wesentliche politische und biologische Basis unserer Rückkehr in die wiedergewonnenen Gebiete“. AAN, MZO, sygn. 82, Bl. 45.

<sup>36</sup> Sämtliche Deutsche unterlagen in Polen grundsätzlich der Vertreibung. Dies bestimmte bereits vor dem Potsdamer Abkommen das „Dekret über den Ausschluß feindlicher Elemente aus der polnischen Volksgemeinschaft vom 28. Februar 1945“, das in der Dokumentation der Vertreibung, Bd. I/3, Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße, hrsg. von THEODOR SCHIEDER, Bonn 1953, S. 34-39 enthalten ist. Dieses Dekret und das „Gesetz vom 6. Mai 1945 über das verlassene und aufgegebene Vermögen“ (ebenda, S. 65-73) regelten außerdem die Konfiskation des deutschen Eigentums.

<sup>37</sup> Vgl. dazu MADAJCZYK (wie Anm. 22), S. 85 f.

<sup>38</sup> Vgl. zu den Reaktionen auf den Einmarsch *Pierwsze lata władzy ludowej we wspomnieniach Opolan* [Die ersten Jahre der Volksregierung in den Erinnerungen der Oppelner], hrsg. vom Instytut Śląski, Opole 1982, Bd. IV, S. 1405; MADAJCZYK (wie Anm. 22), S. 104 f.; ZBIGNIEW KURCZ: *Mniejszość niemiecka w Polsce* [Die deutsche Minderheit in Polen], Wrocław 1995, S. 155. Eine zusätzliche Quelle sind die im Posener Westinstitut (Instytut Zachodni, Poznań) in den Beständen „Pamiętniki Osadników“ [Erinnerungen von

Die Entscheidung gegen die Flucht erwies sich in der Regel als ein Fehler. Die Erste Ukrainische Armee erreichte in Oberschlesien erstmals das Reichsgebiet und rächte sich dort am Kriegsgegner. Zahlreiche Ortschaften wurden nach der „Befreiung“ niedergebrannt<sup>39</sup>, und es kam zu Massenvergewaltigungen und Massakern. Nach den Angaben der polnischen Verwaltung verschleppten die sowjetischen Behörden außerdem 16 000 Oberschlesier in den Donbas und nach Sibirien, von denen bis Juni 1947 nur 3000 zurückkehrten.<sup>40</sup> Das Bürgerkomitee der Polen des Oppelner und Breslauer Schlesiens (Komitet Obywatelski Polaków Śląska Opolskiego i Wrocławskiego) appellierte Anfang 1945 auf Plakaten an die Rote Armee, zwischen deutschen und polnischen Oberschlesiern zu unterscheiden: „Soldaten der siegreichen Roten Armee denkt daran: Die Einwohner dieser polnischen Lande haben deutsche Ausweise. Man kann sie unterscheiden: Der Pole spricht polnisch. Der Deutsche nicht.“<sup>41</sup> Dieser und andere Appelle kamen jedoch zu spät – nach dem schlimmsten Auswüchsen – und waren zudem in lateinischer Schrift verfaßt, die den meisten sowjetischen Soldaten nicht geläufig war. Außerdem hatte dieser Appell eine erhebliche Schwachstelle: Er definierte die Nationalität bipolar und nach dem Kriterium der Sprache. Die ober-schlesische Mischbevölkerung sprach aber polnisch mit einem harten Akzent, und die junge Generation konnte aufgrund der Germanisierungspolitik in der NS-Zeit häufig besser deutsch als polnisch.

Nach dem Durchzug der Roten Armee kamen die ersten Zuwanderer aus Zentralpolen. Auch sie behandelten das Oppelner Schlesien und die anderen „wiedergewonnenen“ Gebiete zunächst nicht wie einen zukünftigen Bestandteil des polnischen Staates. Zehntausende von sogenannten „Szabrownicy“ (Plünderern) zogen aus den angrenzenden Wojewodschaften in die deutschen Ostgebiete und raubten Häuser und die Bevölkerung aus.<sup>42</sup> Die polnische Regierung konnte die Lage nicht unter Kontrol-

---

Siedlern] von 1957 (künftig zitiert als IZ, P.) und „Pamiętniki mieszkańców ziem zachodnich“ [Erinnerungen von Einwohnern der Westgebiete] von 1970 zugänglichen Memoiren (künftig zitiert als IZ/2, P.). Vgl. hier speziell IZ, P. 54, 59 und 106. Vgl. auch den im Schlesischen Institut in Oppeln (Instytut Śląski w Opolu) gesammelten Bestand „Pamiętniki trzech pokoleń mieszkańców Ziemi Odzyskanych“ [Erinnerungen von drei Generationen der Einwohner der Wiedergewonnenen Gebiete] (künftig zitiert als IS, P.). Hier IS, P. 127.

<sup>39</sup> Vgl. zur Situation in Oppeln, das erst nach dem Einmarsch zu über 60% zerstört wurde, IS, P. 112; vgl. auch die Interviews von Zeitzeugen in KURCZ (wie Anm. 38), S. 152.

<sup>40</sup> Vgl. die Angaben des ober-schlesischen Wojewodschaftsamtes in AP w Katowicach, UW Śląskiego [Amt der Wojewodschaft Schlesien], Sp-Pol. [Gesellschaftspolitische Abteilung], sygn. 44, Bl. 3. Vgl. Zur Deportation auch ZYGMUNT WOŹNICKA: Z Górnego Śląska do sowieckich łagrów [Von Oberschlesien in die sowjetischen Lager], Katowice 1996.

<sup>41</sup> Zit. nach Pierwsze lata (wie Anm. 38), Bd. IV, S. 1047, wo weitere Appelle genannt werden.

<sup>42</sup> Vgl. zur Situation im Oppelner Schlesien die plastischen Berichte in: AAN, Ministerstwo Ziemi Odzyskanych (MZO), sygn. 84, Bl. 54-56; Pierwsze lata (wie Anm. 38), Bd. III, S. 601 und Bd. IV, S. 928; ZBIGNIEW KOWALSKI: Kształtowanie się władzy ludowej na terenie miasta Opola w latach 1945-1946 [Die Formierung der Volksregierung auf dem Gebiet

le bringen, denn bis zum Potsdamer Abkommen übte die Rote Armee die Souveränität über weite Teile Schlesiens aus.<sup>43</sup>

Die neue polnische Verwaltung setzte sich zu einem hohen Anteil aus rasch angeworbenen „Pionieren“ zusammen, die in der Verwaltung wenig Erfahrung besaßen.<sup>44</sup> Außerdem war ihr Gehalt zu gering, um davon eine Familie zu ernähren. Korruption wurde allgegenwärtig und unterwanderte die Polizei und die Verwaltung.<sup>45</sup> In zahlreichen Ortschaften brachen Bandenkriege aus, so beispielsweise in Cosel, wo 1945 innerhalb von nur vier Monaten der Miliz-Kommandant der Stadt, dessen Stellvertreter, der Nachfolger des Stellvertreters und der Miliz-Kommandant des Kreises bei bewaffneten Auseinandersetzungen, der Festnahme von korrupten Kollegen oder bei ominösen „Unfällen“ ums Leben kamen.<sup>46</sup> Unter diesen Zuständen, die den ehemaligen deutschen Ostgebieten bald den Namen „Wilder Westen“ (dziki zachód) eintrugen, litten die dort verbliebenen deutschen Staatsbürger, die durch mehrere Dekrete und Gesetze fast alle Rechte verloren hatten, am meisten.

---

der Stadt Oppeln in den Jahren 1945-1946], Opole Instytut Śląski A 315. Vgl. zur Plünderung in den gesamten deutschen Ostgebieten THER (wie Anm. 33), S. 126-130.

<sup>43</sup> Siehe einen Bericht über den negativen Einfluß der Roten Armee auf die polnische Verwaltung im Opper Schlesien in AAN, MZO, sygn. 546, Bl. 3-14. Vgl. zur Politik der Roten Armee auch STANISŁAW ŁACH: Społeczno-gospodarcze aspekty stacjonowania Armii Czerwonej na Ziemiach Odzyskanych po II wojnie światowej [Gesellschaftlich-wirtschaftliche Aspekte der Stationierung der Roten Armee in den Wiedergewonnenen Gebieten nach dem Zweiten Weltkrieg], in: Władze komunistyczne wobec Ziemi Odzyskanych po II wojnie światowej, hrsg. von DEMS., Słupsk 1997, S. 235-277.

<sup>44</sup> Vgl. zu den Schwierigkeiten beim Verwaltungsaufbau einen Bericht in AAN, MZO, sygn. 84, Bl. 57 f.; FRANCISZEK SERAFIN: Osadnictwo wiejskie i miejskie w województwie Śląsko-Dąbrowskim w latach 1945-1948 [Ländliche und städtische Ansiedlung in der Woiwodschaft Schlesien-Dąbrowa in den Jahren 1945-1948], Katowice 1973, S. 49 f.; KOWALSKI: Powrót Śląska Opolskiego do Polski. Organizacja władzy ludowej i regulacja problemów narodowościowych 1945-1948 [Die Rückkehr des Opper Schlesiens nach Polen. Die Organisation der Volksregierung und die Regulierung von Nationalitätenproblemen], Opole 1983, S. 306 f. Vgl. zur Rekrutierung der Staatsdiener Pierwsze lata (wie Anm. 38), Bd. III, S. 921.

<sup>45</sup> Vgl. zur Korruption in den Sicherheitsämtern die detaillierten Aufzeichnungen eines UBP-Mitarbeiters in IS, P. 80.

<sup>46</sup> Vgl. WŁADYSŁAW ŁACH: Notki biograficzne poległych w walce o utrwalenie władzy ludowej na Śląsku Opolskim [Biographische Notizen der im Kampf um die Aufrechterhaltung der Volksregierung im Opper Schlesien Gefallenen], Opole Instytut Śląski A 391, S. 3, 35, 74 und 78. Häufig verloren MO-Angehörige auch in Auseinandersetzungen mit Soldaten der Roten Armee ihr Leben. Ebenda, S. 9, 31, 37, 54, 60, 75, 88 und 89. Darüber hinaus starben viele bei der Verfolgung von Banden. Ebenda, S. 29, 36, 40-42, 83, 95 und 111. Diese Opfer verbrämte man später als im Kampf gegen den Faschismus und Hitlerismus Gefallene.

Die polnischen Beamten und Sicherheitskräfte vor Ort sahen die Oberschlesier meist ohnehin als Deutsche an<sup>47</sup>, womit sie nach dem Krieg auf der untersten Stufe der damals üblichen Werteskala der Gesellschaft standen. Die Vorurteile manifestierten sich unter anderem im internen Schriftverkehr der Behörden, in dem die Einheimischen unter anderem als „SS-Männer“ und „Hitleristen“ bezeichnet wurden, die „das Horst-Wessel-Lied wollen“.<sup>48</sup> Der oberschlesische Wojewode Aleksander Zawadzki befahl im Frühjahr 1945, deutsche Staatsbürger kollektiv in Arbeitslager einzuweisen. Auch dabei unterschieden die Sicherheitskräfte zunächst kaum zwischen Deutschen und der oberschlesischen Mischbevölkerung. Unter den 20 000 Einheimischen, die bis September 1945 in Lagerhaft kamen, befanden sich sogar ehemalige Teilnehmer an den schlesischen Aufständen.<sup>49</sup> Der einzige Ausweg für die Einheimischen lag darin, sich als Polen *verifizieren* zu lassen. Die Zielsetzung der Verifizierung faßte Zawadzki folgendermaßen zusammen: „Wir wollen nicht einen einzigen Deutschen, aber wir übergeben auch keine einzige polnische Seele.“<sup>50</sup> Die Bevölkerung sollte also in Polen und Deutsche getrennt werden. Zurückgewiesene Antragsteller galten weiterhin als Deutsche und unterlagen somit der Vertreibung, erfolgreiche Antragsteller hatten die Möglichkeit, die polnische Staatsbürgerschaft zu beantragen.

Für eine Verifizierung verlangten die Behörden 1945 zunächst eine Bestätigung über die Mitgliedschaft bei Organisationen der polnischen Minderheit im Deutschen Reich und eine von drei ortsansässigen, „echten“ Polen unterschriebene Bescheinigung, daß kein Zweifel am „Polentum“ des Antragstellers bestand. Die Kriterien waren also streng, wurden aber seit dem Sommer 1945 sukzessive aufgeweicht. Eine Verordnung des Ministeriums für die Wiedergewonnenen Gebiete vom 6. April 1946 legte fest: „Als im Besitz der polnischen nationalen Zugehörigkeit werden Personen anerkannt, die einen entsprechenden Antrag abgeben, ihre polnische Abstammung oder ihre Verbundenheit mit dem polnischen Volke nachweisen und darüber hinaus eine Treueerklärung gegenüber dem polnischen Volk und Staat abgeben.“ Sogar ehemalige Mitglieder der NSDAP konnten sich verifizieren, wenn sie den Nachweis erbrachten, daß sie unter Zwang in die Partei eingetreten waren.<sup>51</sup> Die Bevölkerung in den ehemaligen Abstimmungsgebieten von 1921 hatte also gute Aussichten, die pol-

---

<sup>47</sup> Vgl. einen interessanten Augenzeugenbericht in ANDRZEJ BROŻEK: *Polacy na Śląsku Opolskim w latach 1922-1945* [Polen im Opperler Schlesien in den Jahren 1922-1945], Opole 1978, S. 3.

<sup>48</sup> AAN, MZO, sygn. 1256, Bl. 73 und 75 (Bericht an das MZO vom 9. September 1946); vgl. auch weitere Situationsberichte in AAN, MZO, sygn. 1256, Bl. 7-28, die in ähnlichem Ton gehalten sind.

<sup>49</sup> Vgl. zur Problematik der Lager im Opperler Schlesien MADAJCZYK (wie Anm. 22), S. 244-254; LINEK: *Polityka antyniemiecka* (wie Anm. 34), S. 160-177.

<sup>50</sup> „Nie chcemy ani jednego Niemca, ale nie oddamy ani jednej duszy polskiej.“ Zitiert nach AAN, MZO, sygn. 84, Bl. 37.

<sup>51</sup> Die „Verordnung über das Verfahren zur Feststellung der polnischen nationalen Zugehörigkeit von Personen, die in den Wiedergewonnenen Gebieten wohnhaft sind“ ist in der Dokumentation der Vertreibung, Bd. I/3, S. 158-168, enthalten. Vgl. zur Kritik an der Verifizierungspraxis AAN, MZO, sygn. 84, Bl. 37 f.

nische Staatsbürgerschaft zu erlangen.<sup>52</sup> Man kann die Verifizierung daher insgesamt als eine *ingeschränkte Option* zum Bleiben ansehen.

Allerdings galt diese Einschränkung in zweifacher Hinsicht: Auf der einen Seite herrschte trotz der Verifizierung weiterhin große Willkür in der lokalen Nationalitätenpolitik. Etlichen Oberschlesiern, darunter auch polnischsprachigen, wurde die Verifizierung zunächst verweigert, weil lokale Beamte oder Angehörige der Sicherheitsorgane es auf ihr Eigentum abgesehen hatten oder sie einfach als Deutsche ansahen. Andererseits wurde mehreren zehntausend Einheimischen, die Polen verlassen wollten, die polnische Staatsbürgerschaft aufgezwungen. Dies hatte oft pragmatische Gründe, zum Beispiel den Mangel an Fachkräften in der Industrie, aber auch ideologische. Der Leiter des Westmarkenverbandes in Oberschlesien, Zygmunt Izdebski, warnte die Regierung davor, das „nationale biologische Potential“ des Erbfeindes Deutschland durch eine Vertreibung von zu vielen Menschen zu stärken.<sup>53</sup> Nach der Volkszählung vom 3. Dezember 1950 lebten in den Westgebieten 1,1 Millionen „Autochthone“, von denen knapp 850 000 im Opper Schlesien ansässig waren.<sup>54</sup> Angesichts dieser hohen Zahl besteht kein Zweifel, daß unter den „Autochthonen“ auch Menschen waren, die kein oder nur ein schwach ausgeprägtes polnisches Nationalbewußtsein besaßen und kaum polnisch sprachen. Sie hatten sich meist nur deshalb zur polnischen Nationalität und zum polnischen Staat bekannt, um in ihrer Heimat bleiben zu können.

Die aufgeweichte Verifizierung bestätigte die Meinung fast aller Zuwanderer, daß es sich bei Einheimischen um verkappte Deutsche handle. Ein Augenzeugenbericht über die Ankunft einer polnischen Verwaltungsequipe auf dem Bahnhof von Derschau bei Oppeln gibt dies wieder: „Auf dem Bahnsteig stand ein Priester in der Begleitung von Bauern. Er lüftete sein Barett als Zeichen des Willkommens. Eine Gruppe von Personen stieg aus den Waggons aus, und es entwickelte sich ein Gespräch mit ihnen. Sie wunderten sich, daß sowohl der Priester als auch die Bauern schön polnisch sprachen. Doch als der Zug sich bewegte, spotteten unsere jungen Pioniere, die wahrscheinlich die Vergangenheit dieses Gebiets nicht kannten, und lachten die aus,

---

<sup>52</sup> Parallel zur Verifizierung wurde auch die Rehabilitierung (polnisch *rehabilitacja*) von Angehörigen der deutschen Minderheit in Ostoberschlesien, die sich während der Besatzungszeit in verschiedenen Kategorien auf der Volksliste hatten eintragen lassen, erleichtert. Vgl. dazu WOJCIECH BŁASIAK: Śląska zbiorowość regionalna i jej kultura w latach 1945-1956 [Die Schlesische Regionalgemeinschaft und ihre Kultur in den Jahren 1945-1956], in: MIROSLAWA BŁASZCZAK-WAĆLAWIK, WOJCIECH BŁASIAK, TOMASZ NAWROCKI: Górny Śląsk. Szczególny przypadek kulturowy [Oberschlesien. Ein spezieller kultureller Fall], Warszawa 1990, S. 67-145, hier S. 71 f.

<sup>53</sup> AAN, MZO, sygn. 1245, Bl. 43.

<sup>54</sup> Vgl. zu den statistischen Angaben CZESŁAW OSEKOWSKI: Społeczeństwo Polski zachodniej i północnej w latach 1945-1956 [Die Gesellschaft in Nord- und Westpolen in den Jahren 1945-1956], Zielona Góra 1994, S. 98; LIS (wie Anm. 10), S. 32. In den Gebieten, in denen die polnischen Behörden ausschließlich Deutsche vermuteten, wie z.B. Niederschlesien und Pommern, wurde die Verifizierung wesentlich strenger gehandhabt als in den ehemaligen Abstammungsgebieten.

mit denen sie sich vor kurzem unterhalten hatten: Das sind vermutlich Deutsche, sie sprechen ganz anders polnisch als wir.“<sup>55</sup> Dieser Spott war Zeichen einer Asymmetrie, die sich im Laufe der Jahre noch verstärkte. Die polnischen Zuwanderer sahen sich selbst als Missionare des Polentums an, die den Einheimischen die richtige Sprache und nationale Einstellung vermitteln sollten. Dieses ungleiche Verhältnis wurde durch materielle Konflikte aufgeladen. Nach einer Verordnung der Wojewodschaftsverwaltung vom Januar 1945 fielen alle von ihren Inhabern verlassenen landwirtschaftlichen Betriebe, das Eigentum von Bürgern des Deutschen Reiches und von Angehörigen der Volksliste der Kategorien I und II unter vorläufige staatliche Verwaltung. Auch die Wohnungen und Bauernhöfe von Einheimischen, die vor der Roten Armee geflohen waren, galten als verlassen und fielen an den Staat.<sup>56</sup> Auf diesen Höfen siedelten die Behörden vor allem Vertriebene aus den polnischen Ostgebieten an.

Bald nach Kriegsende stellte sich heraus, daß viele Liegenschaften de facto nicht verlassen waren. Zahlreiche Einheimische oder ihre Angehörigen kehrten von der Flucht, aus der Kriegsgefangenschaft oder aus sowjetischen und polnischen Arbeitslagern zurück und forderten ihr Eigentum zurück. Doch erst das „Dekret vom 6. September 1946 über die Agrarverfassung und Ansiedlung in den Wiedergewonnenen Gebieten und der ehemaligen Freien Stadt Danzig“<sup>57</sup> regelte endgültig, daß verifizierte Einheimische ihre Immobilien zurückbekommen sollten. Bis dahin lagen sich die Kontrahenten in den Haaren oder versuchten ihre Ansprüche mit Gewalt durchzusetzen. Im gesamten Opolner Schlesien stritten und schlugen sich Einheimische und polnische Vertriebene. Wie der Ansiedlungsinspekteur des Kreises Cosel klagte, „geht es Dorf gegen Dorf“.<sup>58</sup> 1946 und 1947 eskalierten die Konflikte in einigen Landkreisen bis zum Totschlag.<sup>59</sup>

Diese Konflikte vertieften die nationale Spaltung der Bevölkerung. Zuwanderer denunzierten Einheimische als Deutsche oder Nazis, diese schimpften auf „die Polacken“.<sup>60</sup> Das Ministerium für öffentliche Verwaltung goß 1947 mit der Behauptung Öl ins Feuer, „Deutsche“ hätten sich mit falschen Zeugen und Angaben die Verifizierung erschlichen, und forderte zur „Enttarnung“ der „feindlichen Elemente“ auf.<sup>61</sup> In

---

<sup>55</sup> Zitiert nach ANDRZEJ BROŻEK: *Polacy na Śląsku Opolskim w latach 1922-1945* [Polen im Opolner Schlesien in den Jahren 1922-1945], Opole 1978, S. 3.

<sup>56</sup> Dies regelte ein Dekret des Landwirtschaftsministeriums vom 30. Mai 1945. Vgl. dazu AAN, MAP, sygn. 2467, Bl. 30 f.

<sup>57</sup> Das Dekret ist enthalten in: *Dokumentation der Vertreibung*, Bd. I/3, S. 282-292.

<sup>58</sup> AAN, MAP, sygn. 2467, Bl. 135 (Bericht des Ansiedlungsinspekteurs des Kreises Cosel an das Ansiedlungskomitee der Wojewodschaft Schlesien-Dąbrowa vom 24. Oktober 1945). Vgl. auch AAN, MZO, sygn. 1247, Bl. 30, und AAN, MAP, sygn. 2467, Bl. 131.

<sup>59</sup> Vgl. AAN, MZO, sygn. 1245, Bl. 40-42; AAN, MZO, sygn. 1247, Bl. 81 f.

<sup>60</sup> Vgl. AP w Katowicach, UW Śl, Sp-Pol., sygn. 42, Bl. 8; AP w Opolu, SP w Koźlu, die gesamten Signaturen 349 und 350; AP w Opolu, PUR Koźle, sygn. 2, Bl. 30; AP w Opolu, SP w Kluczborku, sygn. 79, Bl. 9 und 14; AP w Opolu, PUR w Kluczborku, sygn. 6, Bl. 224 f.

<sup>61</sup> AAN, MZO, sygn. 497, Bl. 55 f.; vgl. auch ein im Inhalt ähnliches geheimes Schreiben des MZO vom 24. Juni 1947 in AP w Opolu, PUR Kluczbork, sygn. 4, Bl. 9.

einigen Dörfern wurden tatsächlich Verifizierungen rückgängig gemacht und damit die eben gewonnene Rechtsicherheit wieder zerstört. Die Betroffenen unterlagen der Vertreibung, ihr Eigentum fiel an ihre lokalen Kontrahenten.<sup>62</sup>

Schon im Sommer 1945 wurden deutsche Aufschriften auf Bahnhöfen, Häusern, Geschäften und Straßenschildern übermalt und die Bevölkerung gezwungen, deutsch klingende Vor- und Nachnamen in polnische umzuwandeln. Ziel war die vollständige „Entdeutschung“ Oberschlesiens. Ab 1947 galt auch die Privatsphäre der Einheimischen nichts mehr. Zawadzki verlangte, „den deutschen Geist“ in den Ämtern und auf den Straßen aufzuspüren sowie Menschen, die deutsch sprachen, zu bestrafen.<sup>63</sup> Das MZO rief alle Staatsbediensteten dazu auf, den Gebrauch der deutschen Sprache bei Schulkindern zu kontrollieren, um gegen deren Eltern vorgehen zu können.<sup>64</sup> Die örtlichen Parteifunktionäre, die Miliz und die Sicherheitspolizei folgten diesem Aufruf nur zu willig und enttarnten vermeintliche Feinde und Verräter. Oberschlesien verwandelte sich noch vor dem Beginn des Stalinismus in eine nationalistische Gesinnungsdiktatur.

Dies wirkte sich drastisch auf die Position der Einheimischen in Staat und Partei aus. Das Bürgerkomitee der Polen des Opperler und Breslauer Schlesiens hatte Anfang 1945 noch selbstbewußt gefordert, daß „über das Opperler Schlesien nur Polen aus dem Opperler Schlesien entscheiden dürfen“.<sup>65</sup> Zawadzki entsprach dem teilweise.<sup>66</sup> Unter anderem stammten der Vizewojewode Arkadiusz Bożek, acht Landräte und die Bürgermeister fast aller größeren Städte aus der Region. Gemäß einer Statistik vom Herbst 1946 waren außerdem 44% der Verwaltungsangestellten in den Gemeinden und den Landratsämtern Oberschlesier.<sup>67</sup> Doch nach und nach verloren die

---

<sup>62</sup> Vgl. AP w Katowicach, UW Śl, Sp-Pol., sygn. 43, Bl. 40; AAN, MAP, sygn. 2467, Bl. 134, und AAN, MZO, sygn. 497, Bl. 217. Dabei gab es auch zahlreiche Fälle, in denen auch eindeutig polnische Oberschlesier denunziert und vertrieben wurden. Vgl. dazu AAN, MZO, sygn. 84, Bl. 58 f. und als konkretes Beispiel einen Bericht aus dem Kreis Kreuzburg in AAN, MZO, sygn. 1245, Bl. 114-123.

<sup>63</sup> CA MSW, MAP, sygn. 122, Bl. 18. Vgl. zur Polonisierung der Namen LINEK: *Polityka antiniemiecka* (wie Anm. 34), S. 223-235.

<sup>64</sup> Vgl. AAN, MZO, sygn. 68, Bl. 135-137. Entsprechende Vergehen wurden hart bestraft. Vgl. dazu AP w Katowicach, UW Śl, Sp-Pol., sygn. 46, Bl. 42; AP w Opolu, SP w Koźlu, sygn. 350. Die Sprachpolitik der polnischen Regierung glich somit in wesentlichen Aspekten jener der Nationalsozialisten.

<sup>65</sup> Vgl. WOJCIECH POLIWODA: *Mój pamiętnik – część II-ga, okres 1939-1968. Moja druga droga do wolności* [Mein Tagebuch – Teil zwei, 1939-1968. Mein zweiter Weg in die Freiheit], Opole Instytut Śląski A 435, S. 102.

<sup>66</sup> Vgl. eine Rede in AP w Opolu, PUR Kluczbork, sygn. 6, Bl. 177.

<sup>67</sup> Vgl. Śląsko-Dąbrowski Przegląd Administracyjny 1 (1947), S. 30. Der Bevölkerungsanteil der Einheimischen lag 1946 deutlich über diesen 44%, so daß sie also dennoch unterrepräsentiert waren. Zahlreiche Berichte aus einzelnen Gemeinden belegen außerdem, daß polnische Zuwanderer die Lokalpolitik dominierten, obwohl Einheimische in der Mehrheit waren. Vgl. entsprechende Berichte in AAN, MZO, sygn. 497, Bl. 47 f., und AP w Opolu, PUR Kluczbork, sygn. 4, Bl. 2 f. Im Sicherheitsapparat und in der PPR waren ohnehin nur

Einheimischen ihre Positionen.<sup>68</sup> Die Vorwürfe waren fast immer gleich und bezogen sich auf die Unterstützung der oppositionellen Bauernpartei, auf Verbindungen nach Deutschland oder die Unterstützung angeblicher Deutscher in Oberschlesien. 1947 und 1948 folgten weitere Säuberungswellen, die nun auch Sozialisten und sogenannte Abweichler unter den Kommunisten trafen, und 1950 trat schließlich Bożek gebrochen zurück. In den Kreisleitungen der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei in der neuen Wojewodschaft Oppeln war nun kein einziger Einheimischer mehr vertreten.<sup>69</sup> Auch in den Kreis- und Gemeindeämtern sah es ähnlich aus.<sup>70</sup> Die Propaganda hatte zuvor die „Autochthonen“ kollektiv beschuldigt, „Kulaken“ und „Klassenfeinde“ zu sein.<sup>71</sup>

Diese Diskriminierung führte zur Distanzierung von allem, was als Polnisch betrachtet wurde. Als eine Untersuchungskommission des MZO im Juni 1946 das Oppelner Schlesien bereiste, stellte sie fest: „Einheimische Polen, authentische Polen, das heißt solche, die sich sogar in der Hitlerzeit zum Polentum bekannten, die dazu Beweise hatten, wie zum Beispiel die Zugehörigkeit zum Verband der Polen in Deutschland, erklären, daß sie nicht mehr Polen sein wollen und nicht mehr Polen sind. Auf die Frage, warum sie nicht Polen sein wollen, antworten sie, daß alle Polen stehlen, gemeine Diebe sind, und wir wiederum keine Diebe sein möchten. Auf die weitere Frage, ob sie Deutsche seien, antworten sie, daß sie keine Deutschen seien, sondern gegenwärtig nur Leute und weiter nichts.“<sup>72</sup>

Die Einheimischen reagierten also auf die polnische Nationalitätenpolitik ähnlich wie zuvor auf die nationalsozialistische. Sie zogen sich in die Privatsphäre zurück und hielten vorwiegend zu eigenen Landsleuten Kontakt. Ein Inspekteur der Regierung berichtete: „Die Bevölkerung schweigt, blickt scheel auf die Regierung, die sie nicht unterstützt, lehnt Aussagen ab und teilt keine Informationen mit. Alle sind untereinander verwandt, unzugänglich und durch Geheimnisse miteinander verbunden.“<sup>73</sup> Während sich Oberschlesien 1945 noch ihr Verhalten während des Plebiszits von 1921 und unter dem Nationalsozialismus vorwarfen und sich manchmal sogar gegenseitig denunzierten, hatte sich nun also eine schlesische *Community* gebildet.

Die Träger des Kommunismus und der Nationalitätenpolitik in den Kreisen und Kommunen waren überwiegend polnische Zuwanderer. Die Einheimischen grenzten sich daher sukzessive nicht mehr nur vom polnischen Staat, sondern auch von „den

---

wenig Einheimische präsent. Vgl. zur Bürgermiliz und den Ämtern für öffentliche Sicherheit KOWALSKI: Powrót (wie Anm. 42), S. 235-238; BŁASIAK (wie Anm. 52), S. 92 f.

<sup>68</sup> Vgl. ausführlich dokumentierte Beispiele in AAN, MZO, sygn. 1256, Bl. 67 f., und AAN, MZO, sygn. 1251, Bl. 257.

<sup>69</sup> Vgl. AP w Opolu, KW PZPR. sygn. 40/IV/3, Bl. 221.

<sup>70</sup> Vgl. den Bericht der Wojewodschaftsverwaltung über das dritte Quartal 1949 in AAN, MAP, sygn. 142, Bl. 23.

<sup>71</sup> Vgl. dazu konkret AAN, KC PZPR, sygn. 237/VII-2618, Bl. 1-7.

<sup>72</sup> AAN, MZO, sygn. 84, Bl. 51-53.

<sup>73</sup> Der Leiter des Amtes für öffentliche Sicherheit im Kreis Oppeln formulierte es noch drastischer: „Das Gebiet des Oppelner Schlesiens ist nicht zu beherrschen.“ Vgl. den ausführlichen Bericht in AAN, MZO, sygn. 1256, Bl. 14 ff., hier Bl. 24.

Polen“ ab, die in Oberschlesien lebten. Im Kreis Kreuzburg weigerten sich 3000 Einheimische, einen Antrag auf Verifizierung zu stellen, obwohl sie polnisch sprachen und in polnische Gottesdienste gingen. Ein Berichterstatter des Westmarkenverbandes bemerkte entsetzt, daß man diese Menschen früher als „Polacken aus Kreuzburg“ bezeichnet habe, sie sich aber nun weigerten, Polen zu werden.<sup>74</sup>

Sogar das Alltagsleben von Neubürgern und Einheimischen verlief immer mehr auf getrennten Bahnen. Wie Behördenberichte und persönliche Überlieferungen belegen, weigerten sich Einheimische, mit Zuwanderern auf die Schule zu gehen, und saßen in den Gastwirtschaften getrennt. Auf öffentlichen Versammlungen erschienen die Einheimischen Ende der vierziger Jahre ohnehin nicht mehr.<sup>75</sup> Arkadiusz Bożek stellte 1950 voller Verbitterung fest: „Die Deutschen lachen sich ins Fäustchen – was wir innerhalb von siebenhundert Jahren nicht vollenden konnten, weil die Schlesier erfolgreich ihren Glauben und ihre Sprache verteidigten, das schaffen sie in sieben Jahren, die Ausrottung des Polentums in diesen Landen bis ins letzte Wurzelstück.“<sup>76</sup>

Der Stalinismus schuf auf dem Lande zusätzliche Fronten und Unterschiede. Einheimische waren von der 1948 beginnenden Kollektivierung weniger betroffen, da ihr im Grundbuch eingetragenes Eigentum durch die Verifizierung bestätigt wurde. Sie hatten daher eine rechtliche Handhabe gegen die Zusammenfassung ihres Bodens zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Dagegen verfügten die meisten Zuwanderer über keine Grundbucheintragung ihres Bodens und ihrer Bauernhöfe. Sie konnten sich daher gegen die Kollektivierung schlechter wehren.<sup>77</sup> Diese rechtlichen Unterschiede bewirkten, daß die Einheimischen im Opper Schlesien oft selbständige Bauern oder Nebenerwerbslandwirte blieben, während die Zuwanderer in den LPG arbeiten mußten. Wie die Bürgermiliz der Wojewodschaft Opper in einem Be-

---

<sup>74</sup> Vgl. dazu die Berichte in AAN, MZO, sygn. 697, Bl. 212, und in AP w Katowicach, UW Śl, Sp-Pol., sygn. 35, Bl. 20-26. Es handelte sich dabei um die Nachfahren von polnischen Protestanten, die während der Gegenreformation aus Polen abgewandert waren.

<sup>75</sup> Vgl. IZ, P. 716-415; Pierwsze lata (wie Anm. 38), Bd. III, S. 629; vgl. zu ähnlichen Reaktionen in Masuren und entlang der polnisch-deutschen Vorkriegsgrenze AAN, MZO, sygn. 83a, Bl. 61; AAN, MZO, sygn. 68, Bl. 126. Vgl. zur Reaktion von Schulkindern auf eine zwangsweise Polonisierung IZ, P. 106.

<sup>76</sup> Allerdings lag der Grund für Bożeks Enttäuschung auch darin, daß er als einer der Protagonisten des Polentums unter den Oberschlesiern deren tatsächliche Bindungen zur polnischen Nation stark überschätzt hatte.

<sup>77</sup> Vgl. zum Anteil der in den Grundbüchern eingetragenen Liegenschaften STANISŁAW ŁACH: Przekształcenia ustrojowo-gospodarcze w rolnictwie ziem zachodnich i północnych w latach 1945-1949 [Die Umgestaltung des Wirtschaftssystems in der Landwirtschaft der westlichen und nördlichen Gebiete in den Jahren 1945-1949], Słupsk 1993, S. 61-63. Vgl. zur Kollektivierung in Polen ADOLF DOBIESZEWSKI: Kolektywizacja wsi polskiej 1948-1956 [Die Kollektivierung des polnischen Dorfes 1948-1956], Warszawa 1993; vgl. zu deren Ablauf im Opper Schlesien Prezydium Wojewódzkiej Rady Narodowej w Opolu (PWRN), Wydział Organizacyjno-Prawny (Org-Pr.), sygn. 2, Bl. 76. AP w Opolu, PUR Koźle, sygn. 16, Bl. 72; AP w Opolu, PUR Nysa, sygn. 2, Bl. 37 f.; AP w Opolu, PUR Nysa, sygn. 3, Bl. 9; AP w Opolu, SP w Koźlu, sygn. 484, Bl. 6; AP w Opolu, SP w Kluczborku, sygn. 112, Bl. 98 f.

richt an die dortige Parteileitung 1951 feststellte, nahmen die Spannungen zwischen Einheimischen und Zugewanderten erneut zu.<sup>78</sup> In den Städten vermischte sich die Bevölkerung etwas mehr, doch blieben den Einheimischen Karrieren meist verwehrt.<sup>79</sup> Der Soziologe Stefan Nowakowski kritisierte 1957 den Fortbestand einer klassenspezifischen Spaltung der Gesellschaft wie zu deutschen Zeiten: „Der Schlesier sah eine Wiederholung des alten Zustands, als eine zugewanderte Nation der Herren und ein in der gesellschaftlichen Hierarchie niedrigeres örtliches Element existierte.“<sup>80</sup>

Unmittelbar nach dem Krieg identifizierten sich die meisten der in Oberschlesien verbliebenen Einheimischen mit der Region.<sup>81</sup> Doch die Regierung und die Zuwanderer mißtrauten einer oberschlesischen Identität. Sie befürchteten, daß Oberschlesien gesagt, aber Deutschland gemeint und gefühlt wird. Kommunisten und Nationalisten verwiesen auf die angeblich negativen Erfahrungen mit der Autonomie Ostoberschlesiens in der Zwischenkriegszeit. Sie unterdrückten daher abgesehen von einigen billigen Folkloreveranstaltungen die regionale Kultur, den oberschlesischen Dialekt und nahmen der Region 1950 auch administrativ jeden Spielraum. Oberschlesien war also keine identitäre, politische oder kulturelle Option mehr.

Die Distanzierung von Polen erfolgte deshalb immer häufiger über das Medium der Nation. Bezeichnend dafür ist ein Zwischenfall 1946 in Oppeln, wo Provokateure während einer Rede des Vizewojewoden Hakenkreuze an die Mauern schmierten.<sup>82</sup> Auch wenn sie damit Lagerhaft oder eine Vertreibung riskierten, bekannten sich immer mehr Menschen offen als Deutsche.<sup>83</sup> Das war Fundamentalopposition, denn stärker konnte man sich nicht vom kommunistischen Polen distanzieren. Im Laufe der 50er Jahre wurde Deutschland schließlich zu einem idealisierten Vaterland. Die Einheimischen verglichen die stalinistische Mangelwirtschaft mit der „guten alten Zeit“ und dem beginnenden Wirtschaftswunder in der Bundesrepublik, von dem sie durch

---

<sup>78</sup> Vgl. AP w Opolu, KW PZPR, sygn. 40/IV/5, Bl. 162. Der Bericht betraf den Zeitraum vom 1. August 1950 bis zum 28. Februar 1951.

<sup>79</sup> Vgl. zu den Integrationsprozessen CA MSW, MAP, sygn. 122, Bl. 43; AAN, MZO, sygn. 1248, Bl. 16; IS, P. 79; BOHDAN JAŁOWIECKI: Przyczynek do badań nad procesem adaptacji i integracji społecznej repatriantów na Opolszczyźnie [Beitrag zu den Forschungen über den Prozeß der Adaption und gesellschaftlichen Integration unter Repatrianten im Oppelner Land], Opole 1966; DOROTA SIMONIDES: Problem unifikacji narodowej na Śląsku na przykładzie Kędzierzyna [Das Problem der nationalen Unifizierung in Schlesien am Beispiel von Kandziern], in: Znak 55, 1959, S. 3-22; STEFAN NOWAKOWSKI: Narodziny miasta [Die Geburt einer Stadt], Warszawa 1967.

<sup>80</sup> NOWAKOWSKI: Adaptacja (wie Anm. 4), S. 36.

<sup>81</sup> Vgl. dazu OSSOWSKI (wie Anm. 4), S. 115.

<sup>82</sup> AAN, MZO, sygn. 1256.

<sup>83</sup> Vgl. Berichte über die Versorgungslage im oberschlesischen Industrieviertel im dritten Quartal 1949 in AP w Katowicach, UW Śl, Sp-Pol., sygn. 54/1, Bl. 44. Vgl. für die Periode danach STANISŁAW SENFT: Gospodarcze i społeczne skutki polityki uprzemysłowienia Śląska Opolskiego w latach 1950-1955 [Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der Politik der Industrialisierung des Oppelner Schlesiens in den Jahren 1950-1955], Opole 1995, hier besonders S. 199 und S. 227-233.

Verwandte Bescheid wußten.<sup>84</sup> Zudem war Deutschland bald das Codewort für Freiheit, denn die Aussiedlung war ab 1956 die beste Möglichkeit, sich der kommunistischen Herrschaft zu entziehen.

Zur Verbreitung einer deutschen Identität trug auch der bipolare nationale Diskurs bei, mit dem im Opper Schlesien Einheimische und Zuwanderer ihre sozialen und kulturellen Konflikte ausfochten. Während der Nachkriegszeit betrachteten und diskriminierten die Zuwanderer die Einheimischen nicht als Oberschlesier, sondern als Deutsche. Diese reagierten darauf, indem sie die Neubürger über einen Kamm scherten und sich möglichst weit von „den Polen“ distanzieren. Das wirksamste Mittel dazu war, sich selbst als Deutsche zu bezeichnen, was mit der Außenbeschreibung korrespondierte. Die Fremdwahrnehmung als Deutsche und die Konfrontation mit „den Polen“ führten innerhalb weniger Jahre dazu, daß sich auch solche Einheimische als Deutsche fühlten, die sich zuvor nicht oder nur begrenzt so verstanden hatten.<sup>85</sup>

Die Ausgabe von Ausweispapieren im Jahr 1952 ermöglicht es, die Abwendung der Oberschlesier von Polen ansatzweise in Zahlen zu fassen. 70 000 Einheimische bezeichneten sich aus diesem Anlaß allein im Opper Schlesien ihrer Nationalität nach als Deutsche.<sup>86</sup> Dem ist eine nicht bekannte Zahl von Menschen hinzuzurechnen, die sich aus Angst vor Repressionen nicht zu ihrer Identität bekannten. Das Ende des Stalinismus in Polen führte zwar zu einem allgemeinen politischen Tauwetter, doch nicht zu einer durchgreifenden Änderung in der Einstellung gegenüber den Deutschen. Die Regierung von Władysław Gomułka machte ihre Vorgänger für die Mißstände im Opper Schlesien und in Masuren verantwortlich, setzte die bisherige Nationalitätenpolitik aber weitgehend fort. Der wichtigste Unterschied zur Phase des Stalinismus lag darin, daß von nun an in mehreren größeren Wellen die Ausreise nach Deutschland gestattet wurde. Mit der massenhaften Spätaussiedlung gestand die Volksrepublik Polen den Fehlschlag ihrer assimilatorischen Nationalitätenpolitik ein und verringerte deren Brisanz. Von 1956 bis 1959 emigrierten über 100 000 Einheimische aus den Wojewodschaften Opper und Kattowitz in die Bundesrepublik.

Die Entwicklung belegt, wie sehr Nationalstaaten und Nationalismen selbst im Zeitalter der Extreme an Grenzen stießen. Auch wenn man die Anpassung an die jeweiligen Titularnationen nicht unterschätzen sollte, so waren deren Versuche, den einheimischen Oberschlesiern mit Gewalt eine nationale Identität überzustülpen, bemerkenswert erfolglos. Gerade die Nationalitätenpolitik der Diktaturen erzeugte Gegenbewegungen, und die im nationalen Sinne unentschiedene, also scheinbar zurückgebliebene Bevölkerung entwickelte verschiedene Strategien, um mit dem Assimilationsdruck umzugehen. Allerdings brachte dies für die Bevölkerung in Oberschlesien

---

<sup>84</sup> Vgl. zu diesen vergleichenden Reflexionen und ihren Auswirkungen auf das Nationalbewußtsein der Oberschlesier KURCZ (wie Anm. 38), S. 177-184.

<sup>85</sup> Vgl. dazu auch die nach der Wende durchgeführten Interviews in KURCZ (wie Anm. 38), S. 149 f.

<sup>86</sup> Unter massivem Druck der Behörden nahmen 30 000 ihre Angabe einer deutschen Nationalität zurück, 39 500 bestanden jedoch darauf, sich als Deutsche zu deklarieren. Vgl. LIS (wie Anm. 10), S. 37.

hohe Kosten und Opfer, die von Lagerhaft bis zur Verleugnung der eigenen Kultur reichte.

Kritik an der polnischen Nationalitätenpolitik und ihrer Auswirkung auf die gemischte Bevölkerung Oberschlesiens gab es fast nur im Exil. In Polen wurden wissenschaftliche Analysen, die der Desintegration auf den Grund gingen, von der Zensur unterdrückt.<sup>87</sup> Der anti-deutsche Nationalismus, die Ängste vor dem westlichen Nachbarn und vor den Minderheiten im eigenen Land waren zu stark, um eine solche Debatte oder eine Änderung der Politik zu ermöglichen. Kritische Stimmen wie die von Stanisław Ossowski fanden kein Gehör.

Die bis 1956 entstandene politische Konstellation im Opper Schlesien blieb bis 1989 weitgehend erhalten. Die deutsche Sprache war bis zum Ende der kommunistischen Herrschaft verboten. Obwohl deren Kenntnis und Gebrauch zurückgingen, sahen die polnischen Zuwanderer die Mischbevölkerung meist als verkappte Deutsche an, und die Einheimischen grenzten sich weiterhin gegen „die Polen“ ab. Dies galt häufig auch für die Generation, die den Krieg nur als kleine Kinder oder gar nicht mehr miterlebt hatte. Trotz oder gerade wegen der massenhaften Auswanderung blieben die Bindungen der Einheimischen nach Deutschland erhalten oder verstärkten sich noch, da Aussiedler Kontakt mit ihren Verwandten in Polen hielten. Eine Rolle spielte auch die Politik der Vertriebenenverbände und der von den Christdemokraten geführten Bundesregierungen, die gezielt versuchten, das Zusammengehörigkeitsgefühl mit den im Osten verbliebenen deutschen Minderheiten zu stärken. Die polnische Regierung unterdrückte alle Versuche der Einheimischen, sich zu organisieren, öffnete aber mit der Emigration ein Ventil, um die Lage zu entspannen. Bis 1989 ließ das Regime in mehreren Schüben eine halbe Million Menschen in die Bundesrepublik ausreisen. Die Einheimischen wurden somit zu einer Minderheit, die zur Wende etwa ein Drittel der Bevölkerung im Opper Schlesien ausmachte. In der Wojewodschaft Kattowitz blieben nur noch einige zehntausend Menschen übrig, die sich zur deutschen Nationalität bekannten.

### 3. Ausblick und Zusammenfassung

Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus änderten sich die Rahmenbedingungen für die Identität der einheimischen Bevölkerung in Oberschlesien erneut fundamental. Die Opper Soziologin Danuta Berlińska hat die Auswirkungen dieser Veränderungen auf die nationale Identität der Oberschlesier in zahlreichen quantitativen und qualitativen Untersuchungen minutiös belegt, so daß im folgenden weitgehend auf ihre

---

<sup>87</sup> Zum Beispiel blieb die Studie KAZIMIERZ ŻYGULSKI: *Przyczyny wyjazdu ludności rodzimej z woj. opolskiego na Zachód*, Referat [Die Gründe für die Ausreise der einheimischen Bevölkerung aus der Wojewodschaft Opper in den Westen. Referat], Opper Instytut Śląski A 1454, bis zur Wende im Archiv des Schlesischen Institut unter Verschuß. Vgl. zur Diskussion im Exil JOACHIM GEORG GÖRLICH: *Autochtoni* [Autochthone], in: *Kultura*, 1965, 1, S. 133-138.

Forschungen zurückgegriffen werden kann.<sup>88</sup> Zunächst löste die Wende einen weiteren Nationalisierungsschub aus. Die Aktivisten der deutschen Minderheit nutzten die neue Freiheit und sammelten im Sommer 1989 innerhalb weniger Wochen über 250 000 Unterschriften für die Zulassung von Minderheitenorganisationen. Das oberste Gericht in der Wojewodschaft Oppeln lehnte die Registrierung der „Sozial-Kulturellen Gesellschaft der deutschen Minderheit im Oppelner Schlesien“ (Towarzystwa Społeczno-Kulturalnego Mniejszości Niemieckiej na Śląsku Opolskim) im Juli 1989 zwar ab, aber dies verstärkte den Zulauf zur Minderheit nur. Da die Oder-Neiße-Grenze noch nicht anerkannt war, reagierte die polnische Mehrheitsgesellschaft auf die Selbstorganisation der Deutschen mit Furcht, Ablehnung und einer bewußten Hinwendung zum polnischen Nationalismus. Die Spannungen zwischen beiden Bevölkerungsgruppen gingen erst mit dem Abschluß der Deutsch-Polnischen Verträge von 1990/91 zurück. Auch formal fand eine Nationalisierung statt, da die Bundesregierung auf Antrag die Staatsbürgerschaft von ehemaligen Bürgern des Deutschen Reiches und ihrer Nachfahren „wiederaufleben“ ließ. Dahinter verbarg sich die Rechtsansicht, daß der Mischbevölkerung in Oberschlesien, die nach dem Zweiten Weltkrieg nicht vertrieben wurde, die polnische Staatsbürgerschaft aufgezungen worden sei. Die ehemaligen Reichsbürger und deren Nachfahren seien daher deutsche Staatsangehörige und überhaupt Deutsche geblieben. Innerhalb weniger Jahre wurden über 200 000 Pässe ausgestellt, so daß die Angehörigen der Minderheit nun auch schwarz auf weiß bestätigt bekamen, daß sie Deutsche waren.

Durch die Reisefreiheit und die Wiedervereinigung veränderte sich das Bild der Bundesrepublik in Oberschlesien aber rasch. Aus der ideellen Heimat wurde ein binnen wenigen Stunden erreichbares Nachbarland. Praktisch alle Oberschlesier nutzten die Reisemöglichkeiten zu Besuchen, vor allem jene, die deutsche Pässe und damit auch eine Arbeitserlaubnis hatten. Die Konfrontation mit dem realen Deutschland war allerdings oft überraschend. Erstens entsprach die Wirklichkeit nicht immer den Darstellungen im Fernsehen, den Broschüren der Vertriebenenverbände oder den Briefen der ausgesiedelten Verwandten, die schon zur Rechtfertigung der eigenen Entscheidung zur Auswanderung dazu neigten, ihre oft schwierigen Lebensverhältnisse als Immigranten zu schönen. Zudem wurden die Oberschlesier in der Bundesrepublik nicht als Landsleute begrüßt, sondern gerade in den Neuen Bundesländern als Polen abgelehnt. Ihr Dialekt, sofern sie nach der langen Unterdrückung gut deutsch sprachen, war den Menschen westlich der Oder noch wesentlich fremder als in der Vorkriegszeit. Ein weiterer Faktor war, daß Arbeitssuchende aus Schlesien weniger als verlorene Söhne des Vaterlandes, sondern vielfach als Konkurrenten betrachtet wurden. Aufgrund dieser erneuten Erfahrung von nationaler Differenz wandten sich nach

---

<sup>88</sup> Auf deutsch ist erschienen: DANUTA BERLIŃSKA: Identität und nationale Identifikation der Schlesier in der Region Oppeln nach 1989, in: Die Grenzen der Nation. Identitätenwandel in Oberschlesien in der Neuzeit, hrsg. von KAI STRUVE and PHILIPP THER, Marburg 2002, S. 275-308. Zu den wichtigsten Werken der Autorin in polnischer Sprache gehört: DIES.: Mniejszość niemiecka na Śląsku Opolskim w poszukiwaniu tożsamości [Die deutsche Minderheit im Oppelner Schlesien auf der Suche nach einer Identität], Opole 1999.

der Wende zahlreiche Angehörige der Mischbevölkerung von Deutschland und einer deutschen Nationalidentität ab.

Wie Danuta Berlińska in mehreren fundierten soziologischen Studien nachweisen konnte, empfanden sich bereits wenige Jahre nach der Wende über zwei Drittel der Bevölkerung ausschließlich oder primär als Schlesier, während nur etwa ein Zehntel sich als Deutsche definierte. Auch die Veränderungen in Polen trugen dazu bei, die eigene Heimat stärker als primären Bezugspunkt wahrzunehmen. Die Minderheit besaß mit der Wojewodschaft Oppeln ein konkretes Gebiet, in dem sie ihre politischen Vorstellungen verwirklichen konnte. Die „Sozial-Kulturelle Gesellschaft der Deutschen in Polen“ stellt seit der Wende zahlreiche Bürgermeister, Landräte, einige Sejmabgeordnete und zeitweise auch einen Senator in der zweiten Kammer des polnischen Parlaments. Als politische Akteure lernten auch die erklärten deutschen Nationalisten unter der Minderheit, daß man mit Polen zusammenarbeiten kann.

Ein starker Beleg für die gewachsene Identifikation mit der engeren Heimat war die polnische Verwaltungsreform von 1998. Die Regierung schlug vor, das Oppelner Schlesien an die benachbarte Wojewodschaft Kattowitz anzuschließen, wodurch das historische Oberschlesien nach 48 Jahren als eine administrative Einheit wiedererstande wäre. Doch die Minderheit und ein Teil der polnischen Parteien kämpften gemeinsam für die Erhaltung der Wojewodschaft Oppeln und setzten sich schließlich sogar durch. Die deutsche Minderheit ging dieses Bündnis ein, weil sie nur im Oppelner Schlesien eine starke Position besaß und sich bei einem Anschluß an die Wojewodschaft Kattowitz die politischen Gewichte zu ihren Ungunsten verlagert hätten.<sup>89</sup> Dies bedeutete aber auch, daß sie Abschied von der Vision des historischen Oberschlesien nahm, das bis weit in die Nachkriegszeit den Horizont der Mischbevölkerung bestimmt hatte. Auch das Territorium des 1922 gebildeten deutschen Teils von Oberschlesien war offenbar aus dem Bewußtsein verschwunden, denn sonst hätten sich die Minderheitenvertreter für den Anschluß von Gleiwitz oder Zabrze, die 1950 der Wojewodschaft Kattowitz zugeschlagen wurden, an eine vergrößerte Wojewodschaft Oppeln eingesetzt. Kurzum, das „Mental Mapping“, also die räumliche Vorstellung Oberschlesiens und damit auch der Schlesier von sich selbst, hat sich verändert – ein weiteres Warnzeichen für Historiker oder Sozialwissenschaftler, der Regionalgeschichte ein räumliches oder demographisches Kontinuum zugrunde zu legen. Vor dem Hintergrund der Konflikte in der Nachkriegszeit war es überraschend, daß einige polnische Parteien dieses Bündnis für den Erhalt der Wojewodschaft Oppeln eingingen. Das traditionelle Muster hätte darin gelegen, auf die administrative Neuordnung des Zentralstaates zu vertrauen und dem Anschluß an die viel stärker polnisch geprägte Wojewodschaft Kattowitz zuzustimmen. Doch in der Zeit seit 1989

---

<sup>89</sup> Nicht nur die deutsche Minderheit, auch die oberschlesische Regionalbewegung ist in der Wojewodschaft Kattowitz bislang bedeutungslos geblieben. Vgl. dazu KAZIMIERA WÓDZ, JACEK WÓDZ: Regional Revindication in Upper Silesia and their Influence on the Decomposition of the Traditional National Identity of Poles, in: Die Grenzen (wie Anm. 88), S. 309-322.

hatten die regionalen politischen Eliten das Oppelner Schlesien offenbar auch als einen politischen Aktionsraum schätzen gelernt, den sie einer Neuordnung vorzogen.

Die Zusammenarbeit von 1998 spiegelt auch das gestiegene Vertrauen der beiden Bevölkerungsgruppen ineinander wider, das Berlińska anhand verschiedener Indikatoren belegt hat, und bildet gleichzeitig eine Grundlage für weiter wachsendes Vertrauen. Die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wirksame negative Spirale der Nationalitätenbeziehungen, als Mißtrauen und Stereotype immer mehr Ablehnung und Haß nach sich zogen, scheint also durchbrochen und durch eine positive Dynamik abgelöst worden zu sein.<sup>90</sup> Ein Faktor ist auch, daß die Minderheit heute nicht mehr in einem kommunistischen, von ständigen Mangelerscheinungen geprägten, sondern einem freien und prosperierenden Land lebt. Viele der traditionellen Stereotype gegen Polen, die zum Teil noch aus der Nazizeit überliefert sind, verloren so ihre frühere Prägekraft. Die ehemaligen Zuwanderer in Oberschlesien erkannten wiederum in den Jahren seit 1990/91, daß die Vertreter der Minderheit keine deutschen Revanchisten sind, sondern lernten sie als meist recht pragmatische Lokalpolitiker kennen. Mit der Akzeptanz einer Minderheit durch die polnische Regierung und Gesellschaft und paradoxerweise auch der Vergabe von deutschen Pässen, die aufgrund des spezifischen Rechtsverfahrens des „Wiederauflebens“ de facto über 200 000 doppelte Staatsbürgerschaften mit sich brachte, ist in Oberschlesien der im Ersten Weltkrieg verhängte „Zwang zur Eindeutigkeit“ aufgehoben. Die Nachfahren der Mischbevölkerung dürfen wieder sein, was ihrer Kultur wohl am ehesten entspricht, Deutsche *und* Polen oder einfach nur Oberschlesier mit einem sekundären Nationalbewußtsein. Laut Umfragen ist dies im Moment die meistgenannte Identifikation und eine ganz überwiegende unter der jungen Generation. Vor diesem Hintergrund erscheinen die Nationalismen als ein Abweg des „kurzen“ 20. Jahrhunderts.

---

<sup>90</sup> Grundsätzliche Überlegungen zur Eigendynamik von Nationalitätenkonflikten entwirft: PETER WALDMANN, Konfliktkontinuität versus Friedensdynamik in Nordirland, in: Nationalitätenkonflikte im 20. Jahrhundert. Ursachen von inter-ethnischer Gewalt im Vergleich, hrsg. von PHILIPP THER und HOLM SUNDHAUSSEN, Wiesbaden 2001, S. 219-238.

## Kommentare und Konzepte

# Integrating the Histories of Regions and Nations in European Intermediate Areas

von

Celia Applegate

These four papers together constitute a challenge to any effort to confine the term “region” too narrowly or define it too precisely. The conference itself avoids the term in favor of the more open-ended term “regionalisms” with its clear constructivist overtones, and the places treated by these scholars certainly suggest such pluralism. Just among the four “in-between spaces” (*“Zwischenräume”*) in this session, we encounter a dizzying array of variables, in maximum variability, defying orderly generalizations. In terms of space itself, there are easily identifiable regions and ones with ever-changing, ambiguous borders. In terms of historical provenance, some are deeply rooted in past lived experiences, and some were created in the late eighteenth century. In terms of ethnic composition, several distinct ethnic (and linguistic) groups exist in some spaces (for instance central European Galicia of Ralph Schattkowsky’s article, Moravia of Robert Luft’s, and the Tyrol of Laurence Cole’s), and other spaces present essentially mono-ethnic and mono-linguistic populations (like the Catalonians analyzed by Josep Fradera). To this variety, we could certainly add the differentiation between regions marked by religious diversity and those in which one religion is overwhelmingly dominant. Finally, in terms of just what these spaces are in between, we encounter them within or next to empires (like the Austro-Hungarian and the Russian), within or next to nation-states (like the Spanish and the German), pulled in one national direction, pulled in multiple directions, or some of all of the above.

Obviously, this degree of variability ought to make us reluctant to produce rules or laws of regions and regionalism, even while we try to articulate what, if anything, these particular historical experiences have in common. The main source of commonality emerges in the case of these essays, and perhaps not surprisingly, as politics, that classic ground of comparative analysis. For if these papers collectively illuminate anything more pointed than the existence of sub-national spaces in Europe, it is the extent to which regionalism became available for political uses in periods of expansive political participation. Perhaps this leaves us simply with the confirmation of a truism about the importance of mobilizing ideologies within increasingly politically active populations. But if this be a truism, then it is one that does indeed, as Josep Fradera suggests, tilt against uni-directional notions of an all-consuming nationalism coming as a consequence of processes of modernization and democratization. These papers convey a picture of politically active, regionally minded populations that, again in Fradera’s words, remind us of the “diversity of human actors and historical

discourses” and tell us that the tools in the tool-box of modern politics are extensive and cannot be reduced only to a few.

To put that otherwise, the region serves in each of the places under discussion as a useful concept, for us *and* for the historical actors we are studying. It is both a category of analysis and a category of practice, especially political practice. For some of the Catalans of Fradera’s work, the idea that Catalonia was a region, not a nation, reflected the dominance of Spanish nation-building over locally-generated understandings of identity. Thus regionalism had to be denied as a cultural reality or a political force, and the whole history of the space needed to be reconstructed as the history of a nation, a Catalanian one, in the making. But for others in Catalonia, the idea of Catalan regionalism remained a viable, even desirable focus for “collective action aimed at political integration within a defined Spanish space”, and as such the basis for making claims for some kind of home rule within the overarching Spanish state. Any account of regionalism in Europe would need, Fradera’s work suggests, to hold firmly in view the multiple valences of politically active regionalism, even within a single place.

That point comes through equally strongly in Robert Luft’s categorization of regional political milieus in nineteenth century Moravia, a place in which superficial scrutiny would seem to reveal no regional “problem” like that of Catalonia. Of the six milieus he delineates, only two, at most three, actually deployed the idea of the region as a category of political mobilization, as, in other words, a claim to political power and a touchstone for identity. For the Pan-Slavs in the region, Moravia itself was at most a favored site of Slavic development but not otherwise a category of great significance. Within the *bürgerlich-liberal* milieu, activists regarded Moravian regional sentiment perhaps as a means to strengthen the case for more democratic, anti-aristocratic political participation, but otherwise had little interest in regionalism as such. The relative paucity of explicitly regionalist politics in Moravia demonstrates the importance of regarding the region as a native category, as something that historical actors may or may not take up and use, depending on local configurations of power. There is no point in trying to come up with our own definition of a region that would encompass both Moravia and Catalonia, but there is a great deal of point in comparing the ways that the “region-ness” of those places either emerged or failed to emerge in the course of political practice.

Between the ends of the spectrum defined by the political intensity of regional consciousness in the case of Catalonia and its near political irrelevance in the case of Moravia fall both central European Galicia and the Austrian Tyrol. Schattkowsky explains why the “power political pragmatism of the Polish elites” in Galicia oriented itself “on a regional Galician framework”, and likewise why the Ruthenian minority took up Galicia as such as a cause. The usefulness of the region as more than a place in which political mobilization could take place but rather as itself a focus for political demands represents an essentially unlikely development, Schattkowsky suggests. How could one expect that a region marginal to the main populations within it and distant from the traditional centers of those populations’ collective identity nevertheless gains considerable importance in their nationalist movements? The “regionaliza-

tion of the nationalist movement”, as Schattkowsky calls this phenomenon, again reminds us of the unpredictability of a region’s political significance – its viability within the political goals and practices of any group remains a fluid quality, dependent on circumstances outside the region as well as within it.

The politics of regional consciousness in the Austrian Tyrol presents yet another variation on the possible uses of a region for those living in it. Laurence Cole draws attention especially to two political groups in the region, the liberals and the conservatives, and their divergent orientation toward Tyrolian patriotism. In some ways, both groups acted in ways consistent with the classic model of modernization, with the liberals as centralizers, secularists, and state builders and the conservatives as traditionalists, localists, and upholders of established religion. Cole’s examination, however, goes beyond these generalizations to the political practices and the socio-economic interests expressed in such positions. Responding to liberal success in passing legislation challenging the power of the Catholic Church, conservatives in the Tyrol built a coalition of property-owning farmers, nobility, and the clergy. But this coalition’s ability to mobilize the local population beyond its own narrow socio-economic and institutional interests came from an explicit appeal to Tyrolian regionalism itself – indeed to a purposeful creation of Tyrolian regional feeling to serve the purposes of anti-liberal politics. Cole’s analysis carries no suggestion that regional political consciousness had an intrinsically conservative tilt to it, or even that regional consciousness need have had any political overtones at all. Conservatives simply proved themselves better impresarios of local material, directing to their own advantage the historical figure of Andreas Hofer or the old religious practices surrounding the Sacred Heart of Jesus. The analysis would seem to imply that had liberals been less oriented to the Habsburg state and more attentive to the potential of popular mobilization, they too could have built a popular following on the basis of Tyrolian fellow feeling.

To study this modern deployment of regionalism we need not, of course, confine ourselves to in-between spaces. But border regions are particularly fruitful grounds for the politicization of regional identities, perhaps because alternative scenarios of sovereignty are plainly visible to the actors, if not necessarily desirable to them. One should emphasize that the politicization of regional consciousness is by no means the same thing as separatism, though it could take that form. The people of the border region of the Pfalz, for instance, acknowledged the reality of French influences on their regional customs and traditions but nevertheless saw themselves as “most German”, the front line of defense against new French incursions. In Laurence Cole’s Tyrol, a hypertrophied nationalism was certainly a form that regional consciousness took under certain political circumstances, and even proved a more potent political force than the liberal nationalism oriented away from the region. Indeed, one of the failings of modernization theory in its analysis of regions has been the tendency of its practitioners to regard regions as places of significant political activity only when they try to break away from constituted nations. In this sense, the regionalist movements of the postwar era created a gigantic red herring for historians. For instance, the most focused attention to regionalism in the prestigious journal *Geschichte und Gesellschaft*

came in an issue in 1994, devoted to “*Nationalismen und Regionalismen in Westeuropa*”, in which the only regions mentioned were ones in which separatist or autonomist movements existed – Catalonia, Northern Ireland, the Basque lands, and various peripheral regions in France.

But as these essays all show, regions have politics and exist in political practice even when they are not fractious or centrifugal. Certainly autonomist or separatist regional movements are an important element of the regionality of the in-between spaces this volume considers, but they cannot provide us with a working definition of regionality, regionalization, regional identity, or regionalism. The most promising historical work on regions, and a second feature held in common by these essays, understands regional politics as constitutive, not imitative, of the politics of the nation-state, in effect the infrastructure of the political process altogether. This is not to say that national politics had a local face to it, or could gaze at its reflection in the regional mirror. On the contrary: when Schattkowsky speaks of the “regionalization” of national movements or Fradera insists that “nationalism did not construct a hollow idea of a ‘nation’”, they are saying that the very operation of national politics took place in regional political milieus, and each of these milieus constituted and reconstituted itself across the great junctures in political history. Regions were the actual sites and sources of change and modernization, not the places either left behind or dragged along by all-powerful centers. Moreover, very real trends toward a nationalization of political issues, political parties, and political behavior were accompanied by contrary and complicating trends toward regional divergence and at times outright resistance. To emphasize the active rather than the reactive quality of regional politics and movements is to avoid an unfortunate tendency of center-periphery studies within the modernization paradigm, and that is its implicit sentencing of regional peripheries to exist in passive, almost pre-programmed relation to the controlling center. None of these regions under consideration here fit such a pattern, indeed if anything, centers must scramble to accommodate and keep up with the pace of developments on the periphery. Finally, looked at over time and through the many lenses available to historical analysis, regions, like nations, persist by dint of constant adaptation and adjustment. In other words, regions persist by changing, and the role of the historian of regions is to depict how they change, not how they disappear.

National political culture, insofar as the concept survives the challenge to it posed by such work as this, must emerge as a multifaceted thing, more a complex amalgam of crisscrossing movements toward integration and differentiation than a set of finite and quantitatively manifest characteristics or a collective of hegemonic and centralizing strategies. It was forever in process and never achieved, and the challenge of studying it will be to depict change, event, and the actions of individuals in many places within our national narrative. As this conference has demonstrated in many ways, the study of regions both within a single state and between them does not so much replace the study of nations as complicate it. However, this complication might turn out to be quite fruitful, especially in the case of border regions, and emphasize the ambiguities and instabilities of the nationalizing project. Nationally extensive classes likewise begin to seem like unwarranted constructions to impose on a region-

ally differentiated reality of social cleavage, and the political force of such social cleavages will be most accurately depicted – as we see suggested in all these essays – by analyzing the intersection of social structure and political opinion and system at the regional level.

In the end, we must abandon the metaphorical notion, once so crucial to modern nation-builders themselves, that many small pictures of regional places can accumulate and mystically bond into a composite portrait of the nation. Certainly we should be studying regions in their own right, not just as case studies of larger trends, and certainly we need to find a place for regionalist movements, whether aiming at autonomy within a nation-state or separation from it, within a broader, more complicated narrative of modernization. But we can no longer write about nations themselves without taking into account their “regionality”, the dynamic political and social processes of territorial redefinition by which nations became real to their inhabitants. Both as sources of identity and as sites of collective action, nations existed *in* their regions through regional institutions, regional histories, regional monument building, and countless other forms of cultural practice that referred to the nation through the mediation of the region. From this perspective, the region served as a category of perception, of “vision and division” of the world in Pierre Bourdieu’s terms, just as capable of making sense of changes in collective life as was the nation – in fact, eminently capable of making sense of the nation itself.

Still, the textbook writers of the future face daunting tasks of generalization, and this difficulty in putting together all our observations about the political valence or cultural meaning of regional consciousness in all the places it existed must, in fact, be the point. The existence of regions and their constitutive place in the practices of modern politics – whether we label those politics national or local – seem at times to be the pure expression of diversity, exceptionalism, incommensurability, and the general mess of it all. And that, in turn, would seem to leave us with many loose ends and fraying edges, no matter how carefully and intricately we weave together these stories into larger ones. But this situation need not be regarded as unfortunate. A renewed engagement with the regional level of experience is productively destabilizing our perceptions of European history, without rendering utterly useless all of the ways in which we attempt to think big. At the very least, this engagement ought to remind us how difficult and imperfect a process nation-building-through-centralization has been, how unlikely an outcome is the homogenization of cultural and social life even within a single nation, and how little to be desired is any closure on the national question. The liberal nationalists who once envisioned a world of nations as a place of peace, prosperity, and political self-determination bequeathed to us not only a century of bloody national conflicts but a conceptual vocabulary that stigmatized the provincial, the particular, and the parochial. Restoring those features to the history of nations may not make them any more peaceful, just more plausible.

# Nationalismus und Regionalismus – Konflikt oder Koexistenz?

von

Peter Haslinger

Das Ziel dieser Synthese ist es, die Ergebnisse der in der Tagungssektion „Nation versus Region“ vertretenen vier Beiträge vergleichend zu bewerten; entsprechend sollen für die Zwischenkriegszeit Parallelen und Unterschiede zwischen den Entwicklungen in Oberschlesien, im Elsaß, in Siebenbürgen und in der weißrussisch-polnischen Grenzregion herausgearbeitet werden. Um jedoch zu einem neuen Verständnis gerade der Übergangsphänomene zwischen Nationalismus und Regionalismus zu gelangen, sollen darüber hinaus auch generelle Überlegungen über das Verhältnis von „Region“ und „Nation“ im modernen Vergesellschaftungsprozeß angestellt werden, und zwar für eine institutionelle und eine diskursive Ebene. Daran knüpft sich ein Plädoyer dafür, das bislang dominierende Bild eines Antagonismus zwischen nationaler und regionaler Mobilisierung grundsätzlich in Frage zu stellen – selbst dann, wenn, wie bei den hier behandelten Beispielfällen, eine klare Dominanz nationaler über regionale Identifikationsmuster festgestellt werden kann.<sup>1</sup>

## Diskurse über die Nation und die Funktion des Regionalen

Wenn wir den Stellenwert des Regionalen im Reden über die Nation zwischen dem ausgehenden 19. und der Mitte des 20. Jahrhunderts betrachten, ergibt sich für die Aktivisten vieler nationaler Konzepte ein Dilemma: Um eine mobilisierende Wirkung entfalten zu können und sich so als dominantes Deutungsmuster gegenüber anderen – regionalen wie universalistischen (Konfession, Weltbürgertum) – durchzusetzen, ist nationalstaatliche Politik bis zu einem gewissen Grad darauf angewiesen, antiregional zu agieren. Verwaltungs- und Rechtsmonopole müssen gegen konkurrierende Institutionen durchgesetzt und nationale Selbstentwürfe innerhalb der Gesamtbevölkerung als verbindliche Orientierungssysteme verankert werden. Demgegenüber besteht auf der diskursiven Ebene die Notwendigkeit einer positiven Bezugnahme auf regionale

---

<sup>1</sup> Entsprechend der Form eines Kommentars wird in diesem Beitrag auf Fußnoten weitgehend verzichtet. Weiterführende Grundlagenliteratur zur Thematik und eine umfassende Auseinandersetzung mit den hier vertretenen Thesen finden sich allerdings in: PETER HASLINGER, KLAUS HOLZ: Selbstbild und Territorium. Dimensionen von Identität und Alterität, in: Regionale und nationale Identitäten. Wechselwirkungen und Spannungsfelder im Zeitalter moderner Staatlichkeit. Identitäten und Alteritäten, Bd. 5, hrsg. von PETER HASLINGER, Würzburg 2000, S. 15-37.

Elemente, auch um ein abstraktes Nationskonzept an die Begriffswelt einzelner Bevölkerungsgruppen heranzuführen: Eine Summe von Regionen ist besser abbildbar als ein imaginiertes nationales Kollektiv und zudem auch besser geeignet, die im nationalen Konzept angelegten Widersprüche konfliktlos aufzulösen – etwa durch den Rückgriff auf die Vielfältigkeit von Landschaft.

Der klassische Regionalismusansatz der sechziger und siebziger Jahre geht vom Modellfall eines Antagonismus aus; demgegenüber muß jedoch betont werden, daß gerade aus historischer Sicht die problemarme, ja mitunter harmonische Koexistenz beider Vergesellschaftungsformen den Regelfall europäischer Entwicklung darstellt. Als These kann daher formuliert werden, daß wir regionale und nationale Identifikation als kompatible integrative Konzepte begreifen können, die in den meisten Fällen in arbeitsteiliger Weise aufeinander aufbauen: Dieser Lesart gemäß übertragen die „Region“ und ihre Repräsentanten die Souveränitätsbehauptung an die Nation, erfahren jedoch im Gegenzug eine Anerkennung als konstitutiver Teil der Nation, und zwar in einem „nebenordnenden“, „einordnenden“ Sinn. Hier dient die Region der „Verdolmetschung“ des Nationalen, etwa durch die Metapher des gemeinsamen „nationalen Besitzes“ von Gebiet und einzelnen Regionen: Für alle Bevölkerungssegmente, vom Bauern über den Arbeiter bis hin zum Bürger, sollte die integrative Präsenz und Dominanz des Staates plausibel und akzeptabel erscheinen. War die Nation als Kollektiv in ihrem Kern zudem egalitär angelegt, wurde Region bewußt als Schauplatz von Differenz inszeniert – etwa von sozialen oder kulturellen Unterschieden. Über diesen Umweg konnten die unleugbaren Ungleichheiten innerhalb eines nationalen Territoriums auf unproblematische Weise erklärt werden (wie z.B. durch Verweise auf Geländemorphologie, Verkehrsverhältnisse, Klima und die auf dieser Grundlage entwickelten Siedlungsformen). Sie wurden so in ihrer Brisanz für das Gleichheitsgebot des Nationalen gleichsam diskursiv „entsorgt“.

Die institutionelle Grundlage für diese Entwicklung bot die integrative Dynamik, die sich in den Herrschaftssystemen der spätabolutistischen Monarchien entwickelt hatte (allerdings ohne bereits die identifikatorische Dimension späterer nationalstaatlicher Zentralisierungspolitik aufzuweisen). Hier sind in erster Linie die „Verstaatlichung“ und Ausdifferenzierung lokaler und regionaler Verwaltung zu nennen, wobei sich zunächst die kartographische und statistische Präsenz staatlicher Organe<sup>2</sup> für die Verankerung des Staates im kleinregionalen und lokalen Kontext als bestimmend erwiesen. Zunehmend begriffen Bürokratie wie politische Eliten ein bestimmtes Territorium als ein Gebiet, das es bis in seine Randbereiche hinein zu durchdringen und nach gleichen Richtlinien zu organisieren galt. Diese Entwicklungen führten dazu, daß sich nun auch in peripheren Regionen Europas das Prinzip der territorialen Aus-

---

<sup>2</sup> Siehe hierzu: DAVID GUGERLI: Politics on the Topographer's Table: The Helvetic Triangulation of Cartography, Politics, and Representation, in: *Inscribing Science. Scientific Texts and the Materiality of Communication*, hrsg. von TIMOTHY LENOIR, Stanford 1998, S. 91-118; HENK VAN DIJK: State Borders in Geography and History, in: *Nationalising and Denationalising European Border Regions, 1800-2000*, hrsg. von HANS KNIPPENBERG und JAN MARKUSE, Dordrecht u.a. 1999, S. 21-36.

schließlichkeit als Grundsatz durchzusetzen begann und damit das Ende selbstverwalteter Regionen „zwischen“ den Staaten eingeläutet wurde.<sup>3</sup> Die Summe aller zwischenstaatlichen Grenzen durfte in letzter Konsequenz kein Territorium mehr unberücksichtigt lassen, und entsprechend wurde eine eindeutige Zuordnung von „Zwischenräumen“ als notwendig erachtet, etwa eine genaue Festlegung von Grenzlinien in bilateralen Abkommen erzielt.

Die Entwicklung eines nationalstaatlichen Integrationsgebots, welches das Souveränitätsprinzip von der Spitze des Herrschaftssystems zunehmend an deren Basis verlagerte, ergab jedoch weitreichende Konsequenzen für das semantische Bezugsfeld zwischen Nation und Region, und zwar sowohl für das kollektive Selbstbild wie auch für die administrative Praxis. Seit der Französischen Revolution galt nationalisierenden Eliten eine in ihrem Rechts- und Partizipationsanspruch möglichst egalitäre, vollintegrierte Nationalgesellschaft als Zielvorgabe. Die identifikatorische Dimension dieser Perspektive lenkte den Blick weg von individualistisch-abstrakten universalistischen Deutungsmustern hin zu integrierten „Teilwahrheiten“, die auf nicht weiter hinterfragte Kollektive zugeschnitten waren. Fortan galt es, in einem Territorium, das einer bestimmten Bevölkerung als Siedlungsgebiet diente, einheitliche Partizipations- und Emanzipationsvorstellungen durchzusetzen. In einer ersten Phase (um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert) war hierbei die Zahl möglicher Nationalismen noch keineswegs festgelegt, und entsprechend oszillierten Mobilisierungsbewegungen noch zwischen Nationalismus und Regionalismus. Im Laufe des 19. Jahrhunderts erfolgte jedoch vom Westen Europas her die Stabilisierung eines Referenzsystems, das die Reihe souveräner Nationen erweiterte und kodifizierte.

Diese Entwicklung leitete in den sich nationalisierenden bürgerlichen Schichten der multinationalen Reiche der östlichen Hälfte Europas einen Wettlauf um eine zweifache Anerkennung ein – die internationale Akzeptanz der eigenen nationalen Gruppenindividualität und die Anerkennung eines bestimmten nationalen „Besitzstandes“. Im Ineinanderwirken von Natur- und Geschichtswissenschaften, Literatur, Musik und bildenden Künsten wurden die Topographie (Flüsse, Gebirgszüge) wie auch einzelne Regionen (charakteristische Landschaften ebenso wie festgelegte administrative Gebiete) national „markiert“. So kristallisierte sich parallel zum nationalen Kollektiv die quasiverbindliche Vorstellung von einem „imagined territory“ des Nationalen heraus: Dieses beinhaltete eine Liste „zugehöriger“ Regionen und anzustrebender Außengrenzen, wobei der regionale Bezug im übrigen auch dazu verwendet wurde, bestehende staatliche Einheiten in ihren Akzeptanzstrukturen zu dekonstruieren und so ihren Legitimitätsanspruch zu untergraben. So blieb es nun der Geschichtsschreibung der „Sieger“ vorbehalten, die eigene Konzeption als „nationale“ und im Diskurs verbindliche zu etablieren – und alle anderen als regionale Spielarten in das nationale Deutungsangebot zu integrieren oder als „Separatismen“ auszusondern. Nach einer ersten

---

<sup>3</sup> So erfolgte als letztes eine Aufteilung des Grenzgebietes zwischen Norwegen und Rußland im Jahr 1825. Vgl. hierzu JEREMY BLACK: Boundaries and Conflict. International Relations in Ancien Régime Europe, in: Eurasia. World Boundaries, Bd. 3, hrsg. von CARL GRUNDY-WARR, London, New York 1994, S. 19-55.

Festlegung war das „imagined territory“ jedoch nur sehr bedingt erweiterbar oder reduzierbar<sup>4</sup>; entsprechend kam im nationalen Diskurs gerade jenen Regionen eine symbolisch überhöhte Funktion zu, die wegen ihrer geographischen Randlage oder ihrer Besiedlungsstruktur im nationalen Sinne exponiert, „gefährdet“ erschienen.

Diese Gesamtentwicklung bedeutete in der Folge natürlich auch eine „identifikatorische Wende“ für kleinregionale und lokale Strukturen. Waren bislang nationale Konzepte schichtspezifisch, d.h. an der überwiegenden Mehrheit der Wohnbevölkerung vorbei verhandelt und gegeneinander abgegrenzt worden, gingen nun nationale Kräfte daran, lokale und transnationale Lebenswelten und Bezugshorizonte aufzubrechen, sie miteinander zu einer transparenten und politisch abrufbaren „Bedeutungsgemeinschaft“ zu vernetzen. Statt hierarchisierter Netzwerke einerseits und kleinräumiger geschlossener Lebenswelten andererseits sollten alle Bewohner eines bestimmten Territoriums füreinander eine umfassende Näheillusion entwickeln. Die emanzipatorische Botschaft und ein gewisser Gruppendruck halfen dabei, gegenläufige Botschaften im Diskurs in das nationale Deutungsangebot zu integrieren (konfessionelle und lokale Identifikation), sie ihrer identifikatorischen Dimension zu berauben (ständische Identitäten) oder sie zu „verfremden“ (z.B. Kosmopolitismus).<sup>5</sup>

Zwar war der Grad der für die nationale Integration nötigen Zentralisierung des Staatswesens unter den Zeitgenossen durchaus umstritten; es wurde jedoch im allgemeinen davon ausgegangen, daß rechtlich-administrative „Sonderregelungen“, etwa in Form einer Autonomie, als Hindernis für eine erfolgreiche nationale Integration anzusehen waren. Um 1900 lautete daher der generelle Tenor, derartige Strukturen stabilisierten nur die unerwünschten lokalen und kleinregionalen Bezugshorizonte, erschwerten daher die Mobilisierung der Bevölkerung für die nationale Idee und das damit verbundene Modernisierungsprojekt und verhinderten die Umsetzung des gesamten Kräftepotenzials der Nation. Mit der errungenen Nationalstaatlichkeit erhielt das Bezugspaar Nation-Region gerade in den „Zwischenräumen“ Ostmitteleuropas eine neue Qualität der Diskursivität. Nach dem Ersten Weltkrieg dominierte auch in diesem Teil Europas die Vorstellung, eine historisch-kulturelle Individualität einer bestimmten Bevölkerungsgruppe sei für die Ausstattung mit „eigener“ Staatlichkeit und einem „eigenen“ Territorium entscheidend. Die in umstrittenen Regionen durchgeführten Volksabstimmungen der unmittelbaren Nachkriegsjahre folgten einem streng nationalstaatlichen Imperativ. Selbst das unter der Ägide des Völkerbundes eingerichtete Minderheitenschutzsystem war keineswegs als Forum regionalistischer Repräsen-

---

<sup>4</sup> Hier wäre z.B. auf das Scheitern der Konzeptionen des Jugoslawismus, Iberismus oder Tschechoslowakismus zu verweisen. Vgl. zu letzterem ELISABETH BAKKE: *Doomed to Failure? The Czechoslovak Nation Projekt and the Slovak Autonomist Reaction, 1918-38*, Oslo 1998. Auf den wichtigen Unterschied der „Kodifizierung“ der territorialen Grundlagen des Staates im Nationalismus (im Gegensatz zu vernationalen Imperien) verweist BERNHARD GIESEN: *Kulturelle Vielfalt und die Einheit der Moderne*, in: *Leviathan* 24 (1996), S. 93-108.

<sup>5</sup> Eine außerordentlich gelungene Fallstudie zur lokalen Dynamik der Nationalisierung agrarisch strukturierter Gesellschaft bietet KEELY STAUTER-HALDED: *The Nation in the Village. The Genesis of Peasant National Identity in Austrian Poland, 1848-1914*, Ithaca/London 2001.

tation konzipiert; rein regionale Probleme, auch kultureller Art, waren nach wie vor mit innerstaatlichen Mitteln zu lösen.<sup>6</sup>

Hierbei war jedoch in der Regel ein zentralstaatlicher Reflex bestimmend: Regionale Differenz wurde als ein naturgegebenes oder als zeitgebundenes Phänomen angesehen, das durch eine nun verstärkt mögliche gesamtstaatliche Entwicklung abgeschwächt oder ausgeglichen werden würde. Gerade jene Regionen, die durch eine zwischenstaatliche Konkurrenzsituation zu einer nationalen Landschaft verklärt oder durch die neue Grenzziehung überhaupt erst geschaffen worden waren, wurden von den gesamtstaatlichen Eliten als hybrid, d.h. durch eine Fremdherrschaft fehlgeleitet und verformt angesehen. Diese Auffassung war mit Ansätzen zu repressivem bzw. deklassierendem Einschreiten vor Ort verbunden<sup>7</sup>, und die Teile der Wohnbevölkerung, die in dieser Region fremden nationalen Einheiten zugeordnet wurden, unterlagen einem mehr oder minder repressiven Akkulturations- oder Migrationsdruck.

### Reaktion in nationalsymbolischen Regionen: Oberschlesien, Elsaß, Siebenbürgen

Przemysław Hauser, Zsuzsanna Török, Christiane Kohser-Spohn und Christian Trepte widmen sich in ihren Beiträgen ebenfalls Phänomenen der Politisierung peripherer regionaler Kommunikation. Wenn wir von ihrem jeweiligen Endergebnis ausgehen, belegen vor allem die Entwicklungen in Oberschlesien und Siebenbürgen, wie eng die Grenzen für regionalistisches Argumentieren im untersuchten Zeitraum letztendlich gezogen waren: Identitätsangebote in Richtung einer sprachübergreifenden regionalen Einheit erwiesen sich im politischen Diskurs als nur begrenzt wirksam, die Sprachnation blieb als Wahrnehmungs- und Partizipationskonzept letztendlich alternativlos. Vor allem das Beispiel Oberschlesiens zeigt jedoch auch, wie sehr sich der diskursive Spielraum für die Propagierung regionaler interethnischer Zusammengehörigkeit erweitern konnte. Die weltanschaulichen Vieldeutigkeiten der Wendezeit 1918/20 eröffneten regionalen Eliten die Gelegenheit, angesichts konkurrierender nationaler Konzepte Definitionsmacht an sich zu reißen. Das Motiv des „Einheimischen“ diente in Rückgriff auf eine räumliche Einheit dazu, „Identität“ nach innen und Abgrenzung nach außen über bisherige nationale Normgrenzen (Sprachgrenzen) hinweg zu stabilisieren. Diese Art eines reaktiven Separatismus geriet jedoch rasch in die Defensive,

---

<sup>6</sup> Als autonome Region im nationalen bzw. staatsrechtlichen Sinne wurde nur die Karpatoukraine konstituiert, und die entsprechenden Verfügungen wurden nur zögernd umgesetzt; zudem erhielt das Burgenland als einziges neu übernommenes Gebiet den Status einer föderalen Region zugesprochen. Vgl. hierzu PETER HASLINGER: Building a Regional Identity: The Burgenland, 1921-1938, in: Austrian History Yearbook 32 (2000), S. 105-123.

<sup>7</sup> Dies leistete auch der Vorstellung Vorschub, in „Sonderzonen“ seien Grundrechte für eine begrenzte Zeit der staatsbürgerlichen Sozialisierung außer Kraft zu setzen (wie etwa in unterschiedlichem Ausmaß in den drei Teilen Makedoniens nach der Übernahme des Gebietes durch Serbien, Bulgarien und Griechenland, in Elsaß-Lothringen nach 1871 oder in der Slowakei in den ersten Jahren des tschechoslowakischen Staates).

als das nationale Zentrum einen Teil der regionalen Forderungen in seiner Politik berücksichtigte.

Auch Zsuzsanna Török verweist in ihrem Beitrag zur Transilvanismusbewegung der Zwischenkriegszeit auf die Zusammenhänge zwischen einer regionalistischen Rhetorik und den innenpolitischen Rahmenbedingungen des jeweiligen Nationalstaates. Török wertet jedoch in diesem Zusammenhang die regionalistische Politik der Siebenbürger Magyaren auch als eine Art der Distanzierung vom vormaligen Mutterland Ungarn. Regionalismus bedeutet hier nicht nur Streben nach einer territorialen oder kulturellen Autonomie im staatsrechtlichen Rahmen Rumäniens, sondern auch die bewußte Entwicklung alternativer Ebenen von Identifikation, welche den nationalstaatlichen Imperativ scheinbar unterliefen. Auch in diesem Falle scheiterte das regionalistische Programm, selbst in der weitgehend entpolitisierten Variante eines romantischen Transilvanismus, an der antiregionalen Gangart Rumäniens und der Verschärfung der interethnischen Gegensätze in den 1930er Jahren.

Im Fall der elsässischen Regionalbewegung boten antiregionalistische Regelungsansätze der Zentrale zahlreiche Anknüpfungspunkte für einen reaktiven Regionalismus. Gerade an diesem Beispiel wird deutlich, wie in umstrittenen Grenzregionen eine wechselseitige nationale Disziplinierungspolitik regionales Sonderbewußtsein schrittweise konsolidieren kann. Christiane Kohser-Spohn weist in diesem Zusammenhang auf eine wichtige Strukturkomponente regionalistischer Bewegungen allgemein hin: Der elsässische Regionalismus als Ganzes argumentierte sowohl mit Verweisen auf eine transnationale Ebene (gleichsam in Vorwegnahme des späteren Konzeptes eines „Europa der Regionen“) als auch mit einer stark deterministisch unterlegten, gegenüber Migration und Modernisierung skeptischen Verwurzelungsrhetorik. In diesem Umfeld entwickelte ein Teil der regionalen Eliten eine Art von Schaukelidentität: Sie verkehrten den nationalstaatlichen Hybriditätsvorwurf ins Positive, um sich dadurch als Repräsentanten einer Mittlergruppe in einem gespannten bilateralen Verhältnis definieren zu können.

Den Fall eines Verzichts auf jede Form der regionalistischen Mobilisierung stellen demgegenüber die Tutejsi (Hiesigen) dar, denen sich Christian Trepte in seinem Beitrag widmet. Ein stark regionaler Selbstbezug schien hier an ein vornationales soziales Milieu gebunden – dies verdeutlichte bereits die binnenfokussierte Selbstbezeichnung „Hiesige“. Offensichtlich verfügte die Bevölkerung weder über die Eliten noch über das argumentative und infrastrukturelle Arsenal, um eine regionalistische Identitätskonzeption zu konstruieren und zu propagieren. Es unterblieben sowohl der Versuch, eine autochthone Gruppe in einer fernen Vergangenheit zu verankern, als auch der Schritt, aus den Vorgaben einer regionalen Alltagskultur heraus Vorstellungen von einer regionalistischen Volkskultur zu konstruieren.<sup>8</sup> Die Assimilierung sozialer Aufsteiger in unterschiedliche nationale Bewegungen schien das Minimalsegment bürgerlicher Gesellschaft erst gar nicht entstehen zu lassen, das für die Wiederentdeckung und Verklärung ländlicher Kulturformen notwendig war.

---

<sup>8</sup> Zum Unterschied zwischen „regionalem“ und „regionalistischem“ Bauen siehe FRIEDRICH ACHLEITNER: *Region, ein Konstrukt? Regionalismus, eine Pleite?*, Basel u.a. 1997, S. 101-111.

## Nationen und Regionen – Gegensätzliche Prinzipien oder verschränkte Strukturen?

Was die strukturellen Verzahnungen zwischen nationaler und regionaler Identifikation betrifft, legen die hier zusammengefaßten Beiträge letztendlich nahe, über die jeweiligen innen- und außenpolitischen Rahmenbedingungen hinaus auch die diskursive Funktion eines bestimmten Landesteiles im jeweiligen nationalstaatlichen Konzept stärker im Blick zu behalten. Während z.B. im Fall von Schottland, Katalonien, Kroatien oder der Slowakei Initiativen, die der jeweiligen Region im „nationalen“ Diskurs eine symbolische Stellvertreterfunktion zukommen lassen, äußerst beschränkt blieben, verhielt sich dies im Falle des Elsaß und Siebenbürgens, zum Teil auch beim Beispiel Oberschlesien, grundsätzlich anders. Die französische Bezugnahme auf das Elsaß und die rumänische auf Siebenbürgen (wie auch die serbische auf das Kosovo) dienten explizit dazu, die Anbindung des Gebietes an den jeweiligen Nationalstaat wirkungsvoll zu unterstreichen. Die Region diente vielfach als Rückzugsgebiet des „wahren Nationalen“, was wiederum Bezugnahmen auf Elemente regionaler Identifikation geradezu zwingend erscheinen ließ.

Wie am Beispiel Oberschlesiens und des Elsaß gezeigt werden konnte, ergaben sich daraus für regionale Eliten zwar durchaus Mobilisierungspotentiale, um sich der doppelten Inanspruchnahme durch das Zentrum – der administrativ-politischen Disziplinierung und der fremdbestimmten symbolischen Definition – zu entziehen. Aufgrund der Einbindung regionaler Selbstdefinitionen in nationale Bedeutungshorizonte und des hohen nationalstaatlichen Zentralisierungsanspruchs verfügten alle drei analysierten Regionen jedoch über keine strukturellen Voraussetzungen, Staatlichkeit konzeptionell einzufordern und strukturell umzusetzen. Auch der ethnische Faktor bewirkte, daß kein umfassendes, vom nationalisierenden Umfeld differierendes Identitätsangebot erarbeitet werden konnte. Die meist sehr heterogenen Trägereliten mußten sich unter diesen Umständen früher oder später wieder in etablierte nationale Handlungs- und Deutungskontexte zurückfinden bzw. sich einem benachbarten, „fremdnationalen“ Konzept annähern. Insofern wäre eine regionalistische Option, die über die kulturelle Sphäre hinausging, nur in solchen Fällen politisch durchzuhalten gewesen, in denen die Staatsorgane keine nationalisierende Option verfolgten oder in denen konkurrierende Nationalstaaten argumentative und logistische Unterstützung leisteten. Erst dieser Umstand schien auch die Erarbeitung einer nationalen Zwischenposition, dem Charakter eines geographischen Zwischenraumes entsprechend, eröffnet zu haben.

Die Beispiele, auf die die Sektion „Nation versus Region“ Bezug nimmt, sind in einer Periode europäischer Entwicklung angesiedelt, in der die Dominanz des Nationalen unbestritten war. Gerade an den Details des Scheiterns der drei regionalistischen Bewegungen wird jedoch ebenso deutlich, daß es durchaus möglich war, regionales Bewußtsein zu einer Botschaft zu synthetisieren und mit einem nationalstaatlichen Attribut, der Formulierung eines eigenständigen Identitätskonzeptes, versehen aufzutreten. In anderen Beispielfällen (Bayern, Katalonien) dienten diese Konzepte im Laufe der Zeit dazu, eine auf die Region bezogene und zunehmend kohärentere

politische Programmatik zu entwickeln. Im letzteren Fall entwickelte sich diese auch zu einem umfassenden Gegenentwurf zur schwachen nationalstaatlichen Konzeption.

Es soll daher nun abschließend die Frage nach einer Einordnung der Übergangsphänomene zwischen Nationalismus und Regionalismus aufgeworfen und der Versuch unternommen werden, alle Ausprägungen als Mischphänomene zu begreifen und entsprechend auf einer einzigen Skala zu verorten: Ist die Ausgangsposition des Nationalen der Bezug auf ein Kollektiv, gründet sich die Region zunächst auf eine Territorialeinheit – frühere Herrschaftsräume, symbolische Orte, scheinbar evidente naturräumliche Einheiten. In der Regel ist in diesem Szenario weder das nationale noch das regionale Prinzip in reiner Form vorhanden. So hebt auch die Region auf die Einheit von Land und Leuten ab, und die Nation nennt Orte und Landschaften als konstitutive Elemente. Wichtig sind in diesem Zusammenhang jedoch die Verschiebungen, die auf dieser imaginären Skala stattfinden können: So können Regionalismen in Nationalismen umschlagen, indem sie den Souveränitätsanspruch formulieren, und Nationalismen gleichsam durch Souveränitätsverzicht „regionalisiert werden“, wie dies im titoistischen Jugoslawien oder in der Sowjetunion vor dem Amtsantritt Gorbatschows zu beobachten war.

Wenn wir beide Phänomene als stufenweise ineinander übergehend betrachten, bleibt dennoch eine „harte“ Unterscheidung zwischen beiden integrativen Konzepten zu treffen – die Ausstattung mit herrschaftsstiftender und -legitimierender staatlicher Souveränität. Hier sind Regionen klar von Nationalstaaten zu trennen, denn auch jegliche Abgaben von Souveränitätsrechten an Regionen erfolgten nur auf einer internationalen oder nationalen Ebene, etwa durch den verfassungsrechtlichen Kompromiß zwischen Zentrum und den einzelnen Regionen untereinander; außerdem gibt es, abgesehen von einigen wenigen Ausnahmen, auf der Ebene der Region auch keine der Staatsbürgerschaft ähnliche „harte“ Definition individueller Zugehörigkeit bzw. Nichtzugehörigkeit (Ausnahmen bilden etwa die bosnische Landeszugehörigkeit nach 1878 oder das Statut für die Åland-Inseln).

In dieser Beziehung jedoch hat die europäische Integration nach der vor- und frühnationalen und der nationalstaatlichen Phase eine dritte Periode für das Verhältnis zwischen Nation und Region eingeläutet: In „Westeuropa“ tritt seit den fünfziger Jahren, in „Osteuropa“ seit 1989/91 das Komplementäre regionaler und nationaler Identifikation erneut zunehmend in den Vordergrund. Die beschleunigte Integrationsdynamik hat hierbei bewirkt, daß durch den Einbezug der regionalen Ebene der Abbau zwischenstaatlicher „Erbfeindschaften“ (Frankreich-Deutschland) ebenso befördert wird wie Demokratisierung und Systemwandel nach einer längeren Phase autoritärer Herrschaft (Spanien). Diese europapolitische Ressource des Regionalen wird nun vor allem in den Reformstaaten Ostmitteleuropas, aber auch in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und Jugoslawiens als möglicher Ansatz rezipiert, wie die jüngst durchgeführten Dezentralisierungen in Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn nahelegen. Ob sich in allen Fällen das Bild der Grenzregion als ein nationenverbindender Zwischenraum durchzusetzen vermag, bleibt allerdings noch abzuwarten.

# Regionalismus in Polen: Die Quellen des Phänomens und sein neues Gesicht nach 1989

von

Robert Tr a b a

Nach 1989 kann man in Polen geradezu von einer Karriere des „Regionalismus“ sprechen. Für die einen wurde die Regionalisierung des Landes fast zu einer Beschwörungsformel, die den erstarrten Zentralismus der Volksrepublik Polen kurieren und zu einem Motor der polnischen demokratischen Reformen werden sollte. Für andere symbolisierte sie eine weitere Teilung Polens, eine „Verländerung“, d.h. eine Übernahme der deutschen föderativen Muster und praktisch den Verlust der nationalen Souveränität. Schon ein Vergleich der neuen Regionen in Polen mit den Ländern zeigt, daß die Regionalisierung dem politisch verstandenen deutschen Föderalismus näher stand als der kulturellen Interpretation des Begriffs.<sup>1</sup> Die Wahrheit ist jedoch, daß das deutsche „Bundesland“ und die polnische „Region“ gar nicht so weit voneinander entfernt sind. Denn das Äquivalent der deutschen Länder sind in Polen die „Ziemie“ (die „Länder“) – z.B. die Ziemia Wschowska (Fraustädter Land), Dobrzyńska (Dobruiner Land) oder Chełmińska (Culmer Land) im Westen und weiter im Osten die Ziemia Łęczycka, Sanocka, Przemyska oder Lwowska –, nur daß sie sich nie durch Beständigkeit kennzeichneten, wie es für die deutschen Territorialstaaten typisch war. Dennoch wurde gerade in Anknüpfung an die Tradition dieser „Länder“ der damaligen Republik häufig über die historische Verwurzelung der neuen Regionen diskutiert.<sup>2</sup> Auf diese Diskussion folgte ein neues Phänomen: die Bildung von re-

---

<sup>1</sup> ROBERT TRABA: Regionalismen: Von der „Heimat“ zu „Europa der Regionen“, in: Deutsche und Polen. Stichworte zum Gesellschaftsvergleich, hrsg. von ANDREAS LAWATY und HUBERT ORLOWSKI, München 2002 (im Druck); vgl. außerdem Regionalizm jako folklorizm, ruch społeczny i formuła ideologiczno-polityczna [Regionalismus als Folklorismus, gesellschaftliche Bewegung und ideologisch-politische Formel], hrsg. von MAREK LATOSZEK, Gdańsk 1993; KRZYSZTOF KWAŚNIEWSKI: Regionalizm [Regionalismus], Poznań 1986; JANUSZ DAMROSZ: Region i regionalizm (studium interdyscyplinarne) [Region und Regionalismus (ein interdisziplinäres Studium)], Warszawa 1987; Regionalizm Polski u progu XXI wieku [Der Regionalismus Polens an der Schwelle des 21. Jahrhunderts], Wrocław 1994; Problematyka przestrzeni europejskiej [Die Problematik des europäischen Raumes], hrsg. von ANTONI KUKLIŃSKI, Warszawa 1997.

<sup>2</sup> STANISŁAW OSSOWSKI: Zagadnienie więzi regionalnej i więzi narodowej na Śląsku Opolskim [Die Frage der regionalen und nationalen Bindung im Opperlner Schlesien], in: Dzieła, Bd. 3, Warszawa 1967, passim; ROMAN WAPIŃSKI: Polska i małe ojczyzny Polaków [Polen und die Heimaten der Polen], Wrocław 1994; vgl. auch im polnisch-deutschen Kon-

gionalen Bewegungen, die in der „Heimat“ Inspirationen für den Aufbau oder die Bereicherung der eigenen Identität in der Realität nach dem Ende der Volksrepublik Polen suchten. Dieses Thema brach so plötzlich hervor, daß parallel in öffentlichen Diskussionen einige inhaltlich gleichwertige Bezeichnungen auftauchten, die sich auf dasselbe Phänomen bezogen. Betrachtungen über Regionalismen müssen also zwangsläufig auf dem Schnittpunkt politischer und kultureller Interpretationen stehen.

Die Quellen des polnischen Regionalismus erwachsen aus dem Geist der Romantik, die – ähnlich wie in den deutschen Ländern – einen neuen Blick auf die „Heimatgeschichte“, die Eigenart der Volkskultur und die Bedeutung der heimatlichen Scholle mit sich brachte. Die Strophen Mickiewiczs am Ende des Nationalepos „Herr Thaddäus“ („Pan Tadeusz“) sind nichts anderes als eine Verteidigung des Heimatlandes, der glücklichen Kindheit und Jugend:

Kraju lat dziecięcych! On zawsze zostanie  
Święty i czysty jak pierwsze kochanie

(Land der Kinderjahre! Es bleibt immer  
heilig und rein wie das erste Lieben)

Schon in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts entstanden erste regionale wissenschaftliche Gesellschaften, die wissenschaftliche Untersuchungen der Regionen sowie populärwissenschaftliche und verlegerische Arbeiten initiierten. Das Fehlen eines eigenen Staates im ganzen 19. Jahrhundert, verschiedene Formen des Kampfes um die Wiedererlangung der Unabhängigkeit sowie die bis in die siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts andauernde zivilisatorische Abgelegenheit der polnischen Länder waren die Ursache dafür, daß die Heimat nie zu einer der zentralen Kategorien der polnischen nationalen Idee wurde.<sup>3</sup> Die Heimat funktionierte auch nicht als eindeutiger Begriff. Neben der „ziemia rodzinna“ spricht man heute von der „mała ojczyzna“, „ziemia ojczysta“ und der „prywatna ojczyzna“. Jede dieser Bezeichnungen, die eine Variation des Wortes Vaterland sind, entspricht mehr oder weniger der deutschen „Heimat“, nur daß sie je nach Kontext einen unterschiedlichen Grad emotionaler und interpretatorischer Einfärbung besitzt. In der Vergangenheit dominierte das Denken in Kategorien der staatlichen Nation der „Republik beider Nationen“ (Rzeczpospolita Obojga Narodów). Die Nation und der Staat unterlagen in breiten Gesellschaftsschichten in verschiedenen Zeiträumen geradezu einer Sakralisierung als absolutem

---

text REINHARD KOSELLECK: *Struktury federalne a kształtowanie się narodu w Niemczech / Föderale Strukturen und Nationenbildung in Deutschland*, Warszawa 2001.

<sup>3</sup> JERZY JEDLIŃSKI: *Jakiej cywilizacji potrzebują Polacy? [Welche Zivilisation brauchen die Polen?]*, 2. Aufl. Warszawa 2002; ROMAN WAPIŃSKI: *Regionalizm – doświadczenia z przeszłości (od schyłku wieku XIX do roku 1939) [Regionalismus – Erfahrungen aus der Vergangenheit (von der Wende des 19. Jahrhunderts bis 1939)]*, in: *Regionalizm jako folklorizm (wie Anm. 1)*, S. 39-63.

Wert – neben der römisch-katholischen Konfession.<sup>4</sup> Erst an der Wende des 19. Jahrhunderts wuchs im öffentlichen Leben das Interesse an den Regionen. Inspirierend wirkte bei diesem Prozeß, ähnlich wie etwas früher in anderen westeuropäischen Ländern, die Entdeckung des „Volkes“. In den „Landsleuten“ suchte man Kraft und einen Ort der Zuflucht besonderer nationaler Werte. Von dort aus führte der Weg über die Faszination durch Folklore, Volksbräuche und die Dorfkultur zu einem Interesse auch an den Regionen. Nach der Erlangung der Unabhängigkeit entwickelten sich die regionalen Interessen nicht sehr dynamisch.<sup>5</sup> Überraschend mag jedoch erscheinen, daß sie eine erneute Blütezeit in der Zeit der Volksrepublik Polen erlebten. Sichtbar wird dies am Beispiel der regelrechten Explosion regionalgeschichtlicher Publikationen und der Entstehung regionaler Wissenschaftszentren und Kulturvereine. Sie fügten sich in den Rahmen der zentral gelenkten Kultur- und Wissenschaftsverwaltung und eröffneten Nischen für interessante Forschungen und die Entwicklung regionaler Kulturzentren. Die Blütezeit der Regionalistik begann erst mit der schrittweisen Erweichung des politischen Systems nach 1956.<sup>6</sup>

Nach 1989 wurden fast 1200 regionale Kulturgesellschaften verzeichnet, die sich in 752 Orten organisiert hatten und in der Struktur des „Nationalen Rates der Regionalen Kulturgesellschaften“ (Rada Krajowa Regionalnych Towarzystw Kultury) vereint waren. Die stärksten Impulse kamen aus Regionen mit traditionell ausgeprägtem Gefühl für ihre regionale Eigenart, wie z.B. aus der Region Großpolen/Wielkopolska, und waren z.T. verbunden mit einem deutlichen Empfinden einer ethnisch-regionalen Identität, wie bei den Kaschuben<sup>7</sup> und Oberschlesiern.<sup>8</sup> Neben dieser traditionellen

---

<sup>4</sup> Die neueste Arbeit über die „Idee der polnischen Nation“ bietet TOMASZ KIZWALTER: *O nowoczesności narodu. Przypadek Polski* [Über die Modernität der Nation. Der Fall Polen], Warszawa 1999; vgl. ANDRZEJ WALICKI: *Philosophy and Romantic Nationalism: the Case of Poland*, 2. Aufl. Notre Dame 1994.

<sup>5</sup> *Program regionalizmu polskiego* [Das Programm des polnischen Regionalismus], in: *Ziemia 1926*, 13-14; WAPIŃSKI: *Regionalizm* (wie Anm. 3), S. 52-60.

<sup>6</sup> STANISŁAW HERBST: *Regionalne badania historyczne w przeszłości i w Polsce Ludowej* [Regionalgeschichtliche Untersuchungen in der Vergangenheit und in der Volksrepublik Polen], in: *Kwartalnik Historyczny 1956*, 4/5, S. 456-468; vgl. *Region i ludzie a historiografia i tożsamość. Materiały z II Zjazdu Historyków Regionalistów w Gdańsku-Starbieniu* [Die Region und die Menschen sowie die Historiographie und die Identität. Materialien des II. Kongresses der Regionalhistoriker in Gdańsk-Starbienen], bearb. von JÓZEF BORZYSZKOWSKI, Gdańsk, Ciechanów 1999.

<sup>7</sup> CEZARY OBRACHT-PRONDZYŃSKI: *Pomorski ruch regionalny (Szkic do portretu)* [Die pommerellische Regionalbewegung (Entwurf einer Beschreibung)], Gdańsk 1999; ANDRZEJ KWILECKI: *Wielkopolska XX wieku. Przemiany i ciągłość* [Das Großpolen/Wielkopolska des 20. Jahrhunderts. Wandel und Kontinuität], in: *Przegląd Zachodni*, 2001, 1, S. 27-51; vgl. auch die Themen-Ausgabe in *Przegląd Zachodni: Wielkopolska u progu nowego wieku* [Großpolen/Wielkopolska an der Schwelle eines neuen Jahrhunderts], 1999, 4.

<sup>8</sup> Zu diesem Thema gibt es umfangreiche Literatur, vgl. MAREK S. SZCZEPAŃSKI: *Regionalizm górnośląski: między plemiennością a systemem globalnym* [Oberschlesischer Regionalismus: zwischen Stammesangehörigkeit und dem globalen System], in: *Kultura i Społeczeństwo*, 1998, 1, S. 3-22; DANUTA BERLIŃSKA: *Mniejszość niemiecka na Śląsku Opol-*

Form der Entwicklung einer Regionalbewegung entstand ein neues Phänomen, das am häufigsten mit dem Begriff „Heimatbewegung“ bezeichnet wird. Auf der kulturellen Landkarte Polens fand dieses Phänomen sofort nach der Wende von 1989 seinen Platz. Es bildete keinerlei formalisierte Strukturen aus. Auch hat bisher niemand versucht, es in der breiten Perspektive der sich wandelnden Landschaft der nationalen und bürgerlichen Verhältnisse der polnischen Gesellschaft umfassend zu bewerten. Fürs erste scheint gerade dieser Kontext am interessantesten, berührt er doch wichtige Phänomene der kulturellen Transformation Polens: das historische Gedächtnis sowie die direkte Konfrontation mit den „Gespenstern“ der Vergangenheit, also mit der häufig noch immer „fremden“ und unverständlichen Kulturlandschaft, hauptsächlich in den Gebieten im Westen und Norden, die einst „Ostdeutschland“ waren.

„Demokratischer Zentralismus“ war Paradebeispiel der kommunistischen Propaganda. Die neuen Initiativen wollten u.a. neue Wertesysteme bilden, also die alten Klischees „abreagieren“, sowie neue Formen einer authentischen Selbstverwirklichung in einer Welt der sich verändernden Werte – in Anbetracht der Abwertung der Begriffe „Heimat“ und „Patriotismus“ und einer unsicheren Stabilität der demokratischen Staatsstrukturen – suchen. Dieser Impuls war mit den neuen Prozessen des gesellschaftlichen Wandels untrennbar verbunden. Gerade die Mikrowelt einer einzelnen Ortschaft, einer Gemeinde oder einer Region schaffte eine Nische für die eigene Aktivität und die Suche nach neuen kulturellen Werten. Grundsätzlich herrschte eine ähnliche Motivation wie einerseits in der ersten Renaissance-Welle der „Heimatbewegung“ Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts, wie auch andererseits in der Phase der Regionalistik im Zeitraum der Volksrepublik Polen.<sup>9</sup> Die hervorragende polnische Soziologin Antonina Kłoskowska fragt in diesem Zusammenhang, ob man die Regionalbewegungen als eine Reaktion auf die fortschreitende Globalisierung bezeichnen kann. Gleichzeitig taucht die Frage auf, ob sie auch die Antwort auf eine eventuelle Schwächung der nationalen Gemeinschaft sind.<sup>10</sup>

Nach der Wende wurde die „Heimat“ in der literarischen Dimension meist als wesentliches Kettenglied der sogenannten Neuentdeckung Polens wahrgenommen und identifiziert.<sup>11</sup> Das Universum für die in der Zeit differenzierten Strömungen bildete das sentimentale, emotionale Verhältnis zur „Heimat“ oder, wie sie Stanisław Ossowski, einer der Schöpfer der modernen polnischen Soziologie, bezeichnete, zur „privaten Heimat“. Seiner Meinung nach war die Faszination des Regionalismus einst

---

skim w poszukiwaniu tożsamości [Deutsche Minderheit im Opper Schlesien auf der Suche nach ihrer Identität], Opole 1999.

<sup>9</sup> ROBERT TRABA: Świadomość historyczna i postawy narodowe w Polsce po roku 1939 [Historisches Bewußtsein und nationale Verhältnisse in Polen nach 1939], in: Fenomen nowoczesnego nacjonalizmu w Europie Środkowej, hrsg. von BERNARD LINEK u.a., Opole 1997, S. 155-163.

<sup>10</sup> ANTONINA KŁOSKOWSKA: Kultury narodowe wobec globalizacji a tożsamość jednostki [Die Stellung der Nationalkulturen zur Globalisierung und die Identität des Individuums], in: Kultura i społeczeństwo, 1997, 4, S. 3-18.

<sup>11</sup> LESZEK SZARUGA: Dochodzenie do siebie. Wybrane wątki literatury po roku 1989 [Zu sich kommen. Ausgewählte Inhalte der Literatur nach 1989], Sejny 1997.

gestützt durch ein eigentümliches Moralgebot: „Ich sollte die Umgebungen, die meine persönliche Heimat ausmachen, lieben, denn sie repräsentieren für mich die Heimat in der ideologischen Bedeutung, sie sind Teil der Heimat, auf sie bezieht sich das heilige Wort ‚Heimat‘.“<sup>12</sup>

Diese Sakralisierung der ideologischen Heimat durch die private Heimat hat heute ihre Schärfe verloren und distanziert sich auch entschieden von den traditionellen Definitionen der Regionalismen, wie den Volks- und Antireformationsbewegungen. Im Verständnis des „Polentums“ herrscht die Tendenz vor, die Koexistenz verschiedener Kulturen wahrzunehmen und nicht die Überlegenheit einer dieser Kulturen nachzuweisen. Doppelte nationale Identitäten werden akzeptiert, so daß von einer sogenannten offenen und nicht verschlossenen nationalen Haltung gesprochen werden kann. Dies brachte in der Praxis die Entstehung der Idee des „offenen Regionalismus“ mit sich, die beispielsweise in Allenstein/Olsztyn realisiert worden ist.<sup>13</sup> Charakteristisch ist eine Geographie von Initiativen unterschiedlichster Art. Sie umfaßt vor allem die Gebiete, in denen die Tradition der Multikulturalität noch besteht oder sich dem gesellschaftlichen Gedächtnis eingepreßt hat. So entstehen die interessantesten Projekte auf den ehemals deutschen Gebieten im Westen und Norden Polens sowie in Zentral- und Ostpolen, wo die Tradition der katholisch-jüdisch-protestantischen Koexistenz noch immer lebendig ist. Für die Mehrheit der Initiativen ist die Auswertung der Traditionen im Prozeß der Bildung und Fortentwicklung neuer bürgerlicher Einstellungen wesentlich. Es geht nicht um die Betrachtung seiner selbst in Kategorien des homogenen, lediglich gleichartigen Teils der eigenen Nation, sondern um die Wahrnehmung seiner selbst als Glied eines zusammengesetzten verschiedenartigen Mosaiks von Einstellungen und Kulturen. Dank einer solchen Bewertung verschiebt sich die „nationale Denkweise“ deutlich von einer „verschlossenen“ in Richtung einer „offenen“ nationalen Haltung. Es charakterisieren sie:

1. die Akzeptanz nationaler Doppel-Identifikationen und der Konvertierung;
2. Elemente der kulturellen Bi- oder Polyvalenz, zumindest wohlmeinendes Interesse an den Kulturen anderer Nationen;
3. das Fehlen negativer Stereotype fremder Nationen;
4. das Ablegen allgemeiner nationaler Vorurteile.

Die Negation der „offenen“ ist die „verschlossene“ nationale Haltung, die sich charakterisiert durch:

1. die Zurückweisung der Möglichkeit doppelter Identifikationen und nationaler Konvertierungen;

---

<sup>12</sup> STANISŁAW OSSOWSKI: *O ojczyźnie i narodzie* [Über die Heimat und die Nation], Warszawa 1984, S. 37.

<sup>13</sup> HUBERT ORŁOWSKI: „Atlantis des Nordens“ oder vom Gesamtkunstwerk Borussia. Kulturregionale Aktivitäten im polnischen Ostpreußen, in: *Literarisches Schreiben aus regionaler Erfahrung. Westfalen – Rheinland – Oberschlesien und darüber hinaus*, hrsg. von WILHELM GÖSSMANN und KLAUS-HINRICH ROTH, S. 348-362, Paderborn 1996; DERS.: *Auf der Suche nach regionaler Identität. Borussia als Programm und Praxis*, in: *Regionalität als Kategorie der Sprach- und Literaturwissenschaft*, Frankfurt am Main 2002, [im Druck].

2. negative Stereotype der „fremden“ Nationen;
3. Vorurteile, d.h. Ausdrücke verallgemeinerter Abneigung und/oder Verachtung anderer Nationen;
4. kulturelle Univalenz in Verbindung mit der Ablehnung des Bedürfnisses, den Kanon anderer Kulturen kennenzulernen;
5. die Überzeugung von der absoluten Überlegenheit der eigenen Kultur über andere;
6. die Bevorzugung der Interessen der eigenen Nation unter allen Bedingungen und um jeden Preis.<sup>14</sup>

Das kollektive Gedächtnis ist im Prozeß der Bildung einer neuen Identität ein wesentlicher Faktor. Ein charakteristisches Beispiel ist u.a. die Erfahrung der Allensteiner Kulturgemeinschaft „Borussia“. Allein die provokante Wahl des Vereinsnamens sorgte für Kontroversen, Verwunderung und Unverständnis. In Wirklichkeit ging es um die Zurückweisung des nationalen Kanons in der Wahrnehmung der Vergangenheit der Region. Der Kern des Verständnisses des Polentums sollte nach Meinung der Gründer im Zusammenleben verschiedener Kulturen liegen und nicht im Nachweis der Dominanz einer dieser Kulturen, in ihren wirklichen Werten und nicht in einer künstlichen Schaffung eines „Rechts auf Landbesitz“ durch die Mythologisierung der Errungenschaften der eigenen Nationalkultur. Der latinisierte Name „Borussia“ spiegelt das Bedürfnis einer Verbindung des spezifischen *genius loci* mit den universellen polnischen, deutschen und europäischen Werten wider.<sup>15</sup> Sechs Jahre nach der Gründung des Vereins galt sein Name in vielen Kreisen als Synonym für die Umwertung des hermetischen Denkens über die Nation. Nach Meinung eines der Schöpfer des so genannten Heimatpreises sehen viele Menschen ähnliche Prozesse in den Kategorien der gesellschaftlichen Modernisierung nicht gern. Ohne in einen terminologischen Streit zu verfallen, scheint es so, daß dieser Typ des offenen Denkens den modernen kulturellen Veränderungen in Europa entgegensteht.<sup>16</sup> Er hebt sich auch entschieden von den traditionellen Definitionen des Regionalismus (oder der „Heimatabewegungen“ vom Anfang des 20. Jahrhunderts) ab, wie den Volks- und Antireformationsbewegungen. Die eigentümliche Attraktivität des „Heimat“-Projektes bestätigt die Tatsache, daß es vor nicht langer Zeit einen europäischen Charakter angenommen hat: Ihm schlossen sich fünf neue Staaten an (Litauen, Lettland, Estland, Slowenien und Ungarn), und eine Art von Schirmherrschaft nahmen Schweden und Großbritannien ein.

In der derzeitigen Situation ist es schwer zu beschreiben, wie groß das Ausmaß und die gesellschaftliche Reichweite dieses Phänomens sind, bis zu welchem Punkt es authentisch bleibt und wo die Trivialisierung oder die gewöhnliche Kommerzialisierung beginnt. Seine Geographie ist jedoch charakteristisch genug. Allein am Wettbewerb „Heimat – Tradition für die Zukunft“ („Mała ojczyzna – tradycja dla przyszłości“)

<sup>14</sup> ANTONINA KŁOSKOWSKA: *Kultury narodowe u korzeni* [Nationale Kulturen an der Wurzel], Warszawa 1996, S. 381 f.

<sup>15</sup> *Otwarty regionalizm. Rozmowa z Robertem Trabą* [Offener Regionalismus. Ein Gespräch mit Robert Traba], in: *Kultura. Szkice. Opowiadania. Sprawozdania* 9 (1996), S. 102-109.

<sup>16</sup> TRABA: *Świadomość historyczna* (wie Anm. 9), S. 161 f.

ści“) nehmen jährlich 250 verschiedene Organisationen teil. Das Ausmaß ihrer Tätigkeiten umfaßt meist nur gewisse Kreise, praktisch jedoch geht es über diesen engen Kreis hinaus und wendet sich an ganze Gemeinde-Gesellschaften oder sogar Regionen.

Durch Publikationen, Zeitschriften und Fernsehaktionen vergrößert sich diese Reichweite weiter, und es entstehen neue Initiativen. Die „Heimatbewegung“ kann eine interessante und schöpferische Alternative gegenüber den traditionellen Bedrohungen durch eine nationalistische Ideologie sein, doch ist ihre weitere Entwicklung, die mitunter auf gefährliche Weise zwischen einer traditionellen Volkstümlichkeit und einem kreativen „offenen Regionalismus“ schwankt, schwer vorherzusehen. Man sollte nicht vergessen, daß die „Heimatbewegung“ keinerlei wundersames und einzigartiges Präventivmittel schafft. Ähnlich wie der uns gegenwärtige Ethnozentrismus muß sie sich nämlich nicht zwangsläufig mit Ausländerfeindlichkeit verknüpfen, also mit der Angst vor dem Fremden und der dadurch angeborenen Abneigung.

Eines der zentralen Leitmotive und eine der wichtigsten Inspirationsquellen der Regionalbewegungen war und ist ihre Verbindung mit der Natur- und Kulturlandschaft. Den früheren Topos der Flucht vor der bedrohlichen Zivilisation in die reine Natur ersetzen heutzutage die ökologischen Bewegungen. Eine besondere Rolle im deutsch-polnischen Kontext spielt die Kulturlandschaft, die bei der Schaffung neuer Regionalbewegungen häufig zur zentralen Erkenntniskategorie aufsteigt und zu einem der Hauptmotive der „Heimatliteratur“ der neunziger Jahre wird.<sup>17</sup> Im Falle der mit dem deutschen Erbe „belasteten“ Gebiete im Westen und Norden Polens erhält diese Landschaft noch eine zusätzliche Dimension: Sie wird zum Faktor, der die kollektive (nationale, regionale) Identität ihrer Bewohner beeinflusst. Eine weitere Perspektive eröffnet die Tatsache der Kollision von Familientraditionen und kollektivem Gedächtnis der Bewohner dieser Gebiete mit der „fremden“ Welt des physischen Raumes, dessen Schöpfer und Träger nicht nur eine andere Nation war, sondern vor allem der „Erzfeind“, die Deutschen. Diese Perspektive der ersten Nachkriegsjahre hat mittlerweile ein anderes Ausmaß erreicht. Heute kann man fünf Archetypen nennen, die die preußische Landschaft in den westlichen und nördlichen polnischen Gebieten ausmachen: die gotische bzw. neogotische Backsteinkirche, das Kreuzritterschloß, Paläste und Gutshäuser, Kriegs- und evangelische Friedhöfe sowie Bahnhöfe, hauptsächlich Kleinstadtbahnhöfe, für die die Entfernung zum Stadtzentrum charakteristisch ist. Über diesen einzelnen Dominanten schwebt noch die Aura der Bewirtschaftung des städtischen und dörflichen Raumes, der sich stark von den benachbarten Landschaften, z.B. Masowien und Podlasie, unterscheidet. Heute ist die Patina der polnischen Amnesie meist schon furchtlos von den preußischen Spuren entfernt worden. Die Entkrampfung des Themas der Aussiedlung der Deutschen aus Polen schuf eine Zone der Sicherheit in der Berührung auch solcher Themen, was besonders deutlich wird am Beispiel der Initiativen in Landsberg/Gorzów Wielkopolski, im kleinen Chojna, in Allenstein/Olsztyn, Breslau/Wrocław und Danzig/Gdańsk und Dutzenden anderen Groß- und Kleinstädten. Die Denkmäler können wieder zu „preußischen“ werden,

---

<sup>17</sup> STEFAN CHWIN: „Grenzlandliteratur“ und das mitteleuropäische Dilemma, in: *Transodra*, 1997, 17, S. 5-13.

ohne das Empfinden der polnischen Identität zu gefährden.<sup>18</sup> Die Identifikation mit der Kulturlandschaft und der unverlogenen Geschichte ihrer Entstehung, folglich auch mit der Anwesenheit des „Deutschtums“ in unserer nächsten Nachbarschaft, gibt eine Chance für die Entzauberung des negativen Stereotyps des Deutschen.<sup>19</sup>

Man kann diese Chance im Alltag der zweiseitigen grenzübergreifenden Beziehungen beobachten, welche die entlang der Grenze gelegenen Euroregionen pflegen. Von diesen Regionen gibt es vier: Neiße (die älteste Region, entstanden 1991), Pro Europa Viadrina, Spree-Neiße-Bober und Pomerania.<sup>20</sup> Sie schaffen beständige Strukturen auf der Basis sogenannter gezielter Gemeindeverbände, d.h. rechtlicher Selbstverwaltungsstrukturen auf beiden Seiten der Grenze. Deutschland hat auf diesem Gebiet eine lange Tradition, die bis in die fünfziger Jahre zurückreicht, als an der Grenze zu Holland die erste Euroregion Gronau entstand.

Die Übertragung der populären Devise „Grenzen sollten verbinden, nicht teilen“ auf die deutsch-polnischen Beziehungen rief in der ersten Hälfte der neunziger Jahre rege Diskussionen hervor. Die traditionelle deutsch-polnische Asymmetrie des wirtschaftlichen Niveaus, die durch die Ungleichheit im Zugang zu finanziellen Mitteln der Europäischen Union verstärkt wird, führten auf polnischer Seite zu Beunruhigungen. Die konkrete Arbeit der Euroregionen machte jedoch Fortschritte und realisierte sich auf hauptsächlich zwei Ebenen: Die erste, die man als kulturelle Ebene bezeichnen kann, besteht in der Schaffung eines günstigen Klimas, das es erlaubt, alte Wunden und Ressentiments sowie Sprachbarrieren zu überwinden. Die zweite Ebene besteht im Aufbau gemeinsamer finanzieller und wirtschaftlicher Grundlagen mit Hilfe von EU-Mitteln. Fachleute sagen voraus, daß sich die Konjunktur der „Euroregionalisierung“ besonders auf dieser zweiten Ebene erschöpfen wird, ähnlich wie es in Westeuropa geschehen ist. In der modernen Verwaltungsstruktur Polens, die dem deutschen Modell angenähert ist, werden immer häufiger Selbstverwaltungseinheiten zum Gegenstand der grenzübergreifenden Zusammenarbeit. Der Ort der Euroregionen sollte sich unter diesen Bedingungen auf die fördernde Funktion sowie den ökologischen und kulturellen Bereich konzentrieren.<sup>21</sup>

---

<sup>18</sup> Die Diskussion zu diesem Thema wird seit Jahren geführt. Eine gewisse Art der Zusammenfassung gibt *Wspólne dziedzictwo? Ze studiów nad stosunkiem do spuścizny kulturowej na Ziemiach Zachodnich i Północnych* [Gemeinsames Erbe? Aus den Studien über die Beziehung zum kulturellen Nachlaß in den westlichen und nördlichen Gebieten Polens], hrsg. von ZBIGNIEW MAZUR, Poznań 2000.

<sup>19</sup> ROBERT TRABA: Kollektives Gedächtnis und die kulturelle Landschaft. Der Soldatenfriedhof in Drwęck/Dröbnitz, in: *Erinnern, Vergessen, Verdrängen. Polnische und deutsche Erfahrungen*, hrsg. von EWA KOBYLINSKA und ANDREAS LAWATY, Wiesbaden 1998, S. 317-330.

<sup>20</sup> Vgl. *Pogranicze z Niemcami a inne pogranicza Polski* [Der Grenzraum mit Deutschland und anderen Grenzgebiete Polens], hrsg. von ZBIGNIEW KURCZ, Wrocław, 1999 [hier auch umfangreiche Literatur].

<sup>21</sup> D. DŁUGOSZ: *Regiony wobec integracji europejskiej* [Die Stellung der Regionen zur europäischen Integration], in: *Integracja europejska. Implikacje dla Polski*, Kraków 1999, S. 225-267; ZBIGNIEW KURCZ: *Współpraca regionalna pomiędzy Polską a Niemcami* [Regio-

Einen letzten Aspekt der Regionalismen zeigen die von Zeit zu Zeit wiederkehrenden öffentlichen Debatten über das „Europa der Vaterländer“ respektive das „Europa der Regionen“ als künftige Konstruktion eines „vereinten Europas“. Dem Begriff „Europa der Regionen“ begegneten wir erstmals in den sechziger Jahren. Auf der Welle der Infragestellung der Werte des zentralisierten Staates entstanden zu jener Zeit die bereits berühmten Aufsätze von Guy Héraud und Denis de Rougemont.<sup>22</sup> Später, in den siebziger Jahren, begann der Prozeß der tatsächlichen Dezentralisierung in vielen westeuropäischen Staaten. In den achtziger Jahren schließlich entstanden die ersten Strukturen eines regionalen Europas: 1985 entstand der Rat der Europäischen Regionen (The Assembly of European Regions), 1988 verabschiedete das Europaparlament die „Charta der Regionalisierung“, und 1992 rief das Traktat über die Europäische Union den Ausschuß der Regionen ins Leben.

Heute besteht die Dichotomie zweier Visionen eines sich vereinigenden Europas nicht mehr in diesen drastischen Dimensionen. Es bleibt die Rhetorik, die die Gespenster der Vergangenheit weckt und „Regionalisten“, die die Souveränität der Nationalstaaten bedrohen, Furcht einflößen will.<sup>23</sup> Der Streit um die künftige Gestalt Europas ist einer weitgehenden Pragmatisierung unterlegen und spielt sich zwischen den Anhängern der „intergouvernementalen Methode“ und der „Gemeinschaftsmethode“ ab. Die ersteren geben den Regierungen der Mitgliedsstaaten das Recht zur Formulierung der politischen Ziele. Die Befürworter der zweiten Option geben die Priorität der Entscheidungsgewalt in die Hände der europäischen Institutionen, wie der Kommission und des Parlaments. Dies schafft für mittlere und kleine Staaten größere Chancen der gleichberechtigten Teilhabe am EU-Leben und bei der Entscheidungsfindung. An diesem Punkt erblicken viele Polen eine Bedrohung für die nationale Souveränität, vergessen dabei jedoch, daß die Glanzperiode der polnischen Republik in die Zeit des dezentralisierten polnisch-litauischen Staates im 15. und 16. Jahrhundert fiel.<sup>24</sup>

*Aus dem Polnischen von André Drewelowsky*

---

nale Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland], in: *Integracja europejska a ruch regionalny w Polsce*, hrsg. von ANATOL J. OMELANIUK, Wrocław, Ciechanów 1998, S. 87-98.

<sup>22</sup> DENIS DE ROUGEMONT: *List otwarty do Europejczyków* [Offener Brief an die Europäer], Warszawa 1996.

<sup>23</sup> STEFAN BEDNAREK: *Regionalizm polski wobec jednoczącej się Europy* [Die Stellung des polnischen Regionalismus zum sich vereinigenden Europa], in: *Integracja europejska a ruch regionalny* (wie Anm. 21), S. 11-24.

<sup>24</sup> Vgl. die interessanten Betrachtungen im Band: *Róża wiatrów Europy. O środkowoeuropejskiej tożsamości kulturowej* [Windrose Europas. Über die mitteleuropäische kulturelle Identität], hrsg. von ANDRZEJ TYSZKA, Warszawa 1999; außerdem *Tożsamość narodowa a ruch regionalny w Polsce* [Die nationale Identität und die Regionalbewegung in Polen], hrsg. von ALEKSANDER KOCISZEWSKI und ANATOL J. OMELANIUK, Ciechanów 1998; siehe auch *Polska będzie państwem regionalnym* [Polen wird ein Regionalstaat sein], hrsg. von GRZEGORZ GORZELAK und BOGDAN JAŁOWIECKI, Warszawa 1993.

# Zur aktuellen Bedeutung regionaler Akteure in Europa

von

Hans Heiss

Dieser Kommentar umreißt einige Voraussetzungen und Merkmale des jüngsten Aufstiegs verschiedener Regionen in Westeuropa. Er verweist auf die Komplementärbeziehung zwischen Nationalstaaten und Regionen in der Auffassung, daß letztgenannte den staatlichen Bestand nur selten gefährden, sondern ihn vielmehr stützen. Die Kernthese des Beitrags lautet, daß Regionen grundsätzlich einen konstruktivistischen Charakter aufweisen, der zwar ein Basiselement ihres Erfolgs darstellt, aber auch einen Moment ihrer Gefährdung konstituiert.

## I.

Obwohl sich gegenwärtig viele Nationalstaaten in der Krise befinden, ist das nationalstaatliche Prinzip in seiner Existenz und in seinen Kernkompetenzen stark gefestigt. Fortschreitende Globalisierung und Internationalisierung politischen Handelns sowie ökonomischer Prozesse übersteigen zwar nationalstaatliche Grenzen, stärken aber auch ihr eigentliches „*core-business*“. Nur Nationalstaaten scheinen in der Lage zu sein, politische Interessen scharf zu artikulieren oder druckvolle politische und militärische Interventionen zu betreiben, wie jüngste Beispiele zeigen: Das absichtsvoll de-internationalisierte, der Kontrolle supranationaler Instanzen enthobene Eingreifen der USA und Englands in Afghanistan, die Militärinterventionen von Israel in Palästina oder die russische Repression in Tschetschenien sind nur drei Beispiele ungebrochener, ja sogar potenziertes Handlungsfähigkeit von Nationalstaaten. Trotz der defensiven Züge, die sie begleiten, bekunden sie neben militärischer Machtentfaltung zugleich auch die uneingeschränkten Souveränitätsansprüche und das beachtliche, ja sogar wachsende Aggressionspotenzial von Nationalstaaten.<sup>1</sup>

Die bis vor kurzem verbreitete Einschätzung, der autonom handelnde Zentralstaat verkomme „im Zuge einer allgegenwärtigen Entwicklung der ‚Denationalisierung‘ von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft am Beginn des dritten Jahrtausends zuneh-

---

<sup>1</sup> Vgl. WERNER LINK: Die Neuordnung der Weltpolitik, München 2001.

mend zur Fiktion“<sup>2</sup>, bedarf daher mit Blick auf jüngste Entwicklungen eingehender Präzisierung. Zwar sind Nationalstaaten im Begriff, ihr Politikangebot und ihre Ressourcen neu zu definieren, von Abdankung sind sie jedoch weit entfernt.

Parallel zur gefestigten Bedeutung von Nationalstaaten wächst auch das Gewicht von Regionen. In vielen westeuropäischen Staaten haben Regionalisierungstendenzen im letzten Jahrzehnt an Dynamik und Tempo gewonnen, wie bereits ein flüchtiger Überblick mühelos zeigt<sup>3</sup>:

- In traditionell föderalen EU-Staaten wie Deutschland und Österreich nimmt der Einfluß der Länder zu, zumal in der Bundesrepublik, wo die Präsenz der „neuen Bundesländer“ den Blick auf regionale Unterschiede, Disparitäten und Einflußzonen ständig neu fokussiert. Neu hinzugekommen ist Belgien, das sich erst seit einem knappen Jahrzehnt einem entschiedenen Föderalismus verschrieben hat.
- Auch in Staaten, die bereits regional konstituiert sind, schreitet der Regionalisierungsprozeß voran<sup>4</sup>: In Spanien bauen die „Autonomen Gemeinschaften“ der Großterritorien ihre Rolle aus. In Italien setzt die rechte Regierung von Silvio Berlusconi die von den im Jahr 2001 abgelösten Mitte-Links-Regierungen betriebene Regionalreform zumindest deklaratorisch fort.
- In unitarischen Großstaaten wie Frankreich öffnet sich der staatliche Zentralismus zugunsten ernsthafter Autonomiereformen für Krisenregionen wie die „*Collectivité territoriale*“ in Korsika. In England geht der Prozess der „*devolution*“, der Gewährung regionaler Autonomie an Schottland, Wales und Nordirland unumkehrbar voran.
- Selbst strikt zentralistische Staaten wie die nordischen Länder Dänemark und Schweden oder die Mittelmeerländer Griechenland und Portugal gewähren sporadische Konzessionen an den Großtrend des Regionalismus.

Auf der Agenda der europäischen Einigung nehmen Regionen einen festen Platz ein. Der Maastricht-Vertrag hat ihre Rolle vor einem Jahrzehnt mit dem Grundsatz der Subsidiarität aufgewertet<sup>5</sup>; und die Forderung, ihre Position durch einen Ausschuß der Regionen zu verankern, hat trotz zäher Debatten gute Durchsetzungschancen.

---

<sup>2</sup> ALEXANDER GRASSE: Italiens langer Weg in den Regionalstaat. Die Entstehung einer Staatsform im Spannungsfeld von Föderalismus und Zentralismus (Regionalisierung in Europa, 2), Opladen 2000, S. 27.

<sup>3</sup> Vgl. die Länderberichte im Jahrbuch des Föderalismus 1 (2000).

<sup>4</sup> Vgl. die komparative Studie von EUGÉNIA DA CONCEIÇÃO-HELDT: Dezentralisierungstendenzen in westeuropäischen Ländern. Territorialreformen Belgiens, Spaniens und Italiens im Vergleich, Berlin 1998.

<sup>5</sup> Vgl. RUDOLF HRBEK: Die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips in der Europäischen Union – Bedeutung und Wirkung für ausgewählte Politikbereiche, Baden-Baden 1995.

## II.

Der Prozeß der Regionalisierung bezieht seine Schubkraft aus dem Doppelleffekt einer *top-down*- und einer *bottom-up*-Bewegung.<sup>6</sup>

Der Anstoß „von oben“ rührt von der wachsenden Bereitschaft vieler Nationalstaaten, erhebliche Anteile politischer Partizipation, Entscheidungsbildung und ökonomischer Steuerung an nachgeordnete Körperschaften abzutreten. Diese Konzessionen entspringen meist der Einsicht der jeweiligen Regierungen, daß eine Reihe von Problemen und Herausforderungen besser auf der regionalen Ebene gelöst werden kann. Eine Strategie vorsichtigen *Auslagerns* verteilt den Druck politischer Handlungszwänge und Finanzierungsanforderungen auf mehrere Träger, sie steigert die Handlungsfähigkeit von Zentralregierungen, ohne gravierende Kontrollmöglichkeiten einzubüßen. Diese Verschlankungstendenzen staatlicher Aufgaben tragen deutlich erkennbar Züge neoliberaler Unternehmenspolitik, die darauf zielt, die Eigenverantwortung einzelner Geschäftsbereiche im Sinne des Gesamterfolgs zu stärken. Zudem stehen Regionen seit der Öffnung des EG-Binnenmarktes in einer Bewegung wachsender Konkurrenz und bemühen sich intensiv um die Optimierung ihrer Standortvorteile und Ressourcen, zumal der Innovationsdruck zu ständigen Anpassungen und Leistungssteigerungen zwingt.

Zugleich ist die progressive Regionalisierung in Europa auch das Ergebnis einer Basisbewegung, einer „von unten“ angestoßenen Aufwertung der überschaubaren Lebenswelten von „Heimat“ und Region. Individuelle gesellschaftliche Akteure verspüren in ihrer jeweiligen Rolle als Bürger, Konsumenten, Produzenten und Betroffene gesellschaftlicher Entscheidungen zunehmend das Bedürfnis, individuelle und soziale Sinnressourcen in ihrem unmittelbar erfahrbaren gesellschaftlichen Umfeld zu finden und dauerhaft zu sichern. Die Ebene der Region eröffnet auch erweiterte Spielräume politischer Partizipation, zumal auf ihrem Feld das Zusammenwirken von kommunaler und regionaler Politik die Interventionschancen zusätzlich erhöht.

Dabei spielt der sich rasch globalisierende Handlungsrahmen, auf den sich Individuen ebenso wie andere Akteure verwiesen sehen, eine wesentliche Rolle. Die als beunruhigend erfahrene Einbettung der eigenen Lebensvollzüge in ein weiträumiges, beinahe unübersichtliches Feld wird durch die wachsende Verankerung im „unmittelbaren“ Nahraum Region zumindest teilweise aufgefangen.

Obwohl Regionen mithin zunehmend „aus dem Schatten der Nationalstaaten heraustreten und neben diesen einen eigenen Ort“<sup>7</sup> einnehmen, besteht also kein Grund

---

<sup>6</sup> Vgl. GRASSE (wie Anm. 2), S. 22 ff.

<sup>7</sup> UDO BULLMANN: Regionen im Integrationsprozeß der Europäischen Union, in: Die Politik der dritten Ebene. Regionen im Europa der Union, hrsg. von dems., Baden-Baden 1994, S. 22.

zur Annahme, daß die nationalstaatliche Verfassung etwa durch ein „Europa der Regionen“ gesprengt werden könnte.<sup>8</sup>

Regionen entfalten sich zumeist komplementär zu Nationalstaaten, transnationalen Verbänden und Einrichtungen. Sie sind Räume mit je eigenen Territorialisierungskriterien, begrenzten Politikfeldern, bestimmten ökonomischen Schwerpunkten und einem Identitätspotenzial, das sich oft zu kohärenten sozialmoralischen Milieus verdichtet.

Detlev Ipsen nennt drei Voraussetzungen für eine intensive Bindung gesellschaftlicher Akteure an einen Raum als Bedingungen der Regionalisierung von Gesellschaften<sup>9</sup>:

- die *Kontur* einer spezifischen Region mit klaren politischen Forderungen;
- die innere *Kohärenz* von Raum und Gesellschaft, die Notwendigkeit, die Region trotz erheblicher Widersprüche als „Ganzes“ zu begreifen;
- die *Komplexität* der Region, ihre Betonung als Feld dynamischer, Aktivität ermöglichender Prozesse.

### III.

Regionalisierungsprozesse entspringen also – so der wichtigste Befund Ipsens – vorab der gesteigerten Fähigkeit der Akteure, einen Raum und seine Gesellschaft als ein „je Eigenes“, als eine Einheit, wahrzunehmen. Eine Region muß nach außen abgrenzbar sein und sich durch eine Serie askriptiver Merkmale konstituieren. Hierzu gehören politische Ziele wie ein gesichertes Maß an Selbstverwaltung, wirtschaftliche Schwerpunkte und Optionen, Elemente sprachlich-kultureller Distinktion wie Dialekte oder Idiome, die sich von der jeweiligen Nationalsprache abheben, sowie eine landschaftsorientierte Symbolbildung, zu der bestimmte Gebirgs- und Flußpartien, Stadtbilder und Raumentsembles, aber auch vereinzelt Landschaftsikonon wie markante Bauten rechnen.

Region bleibt freilich ein „schillerndes Konstrukt“<sup>10</sup>, bildet sie doch einen Raum, der sich trotz territorialer Bindung nicht mit klar markierten Verwaltungsgrenzen deckt und dessen Gesellschaften trotz eines Clusters an historischen, religiösen, wirt-

---

<sup>8</sup> Vgl. die Einschätzung von ROLAND STURM: Aktuelle Entwicklungen und Schwerpunkte in der internationalen Föderalismus- und Regionalismusforschung, in: Jahrbuch des Föderalismus 1 (2000), S. 29-41.

<sup>9</sup> Vgl. DETLEV IPSEN: Regionale Identität. Überlegungen zum politischen Charakter einer psychosozialen Raumkategorie, in: Die Wiederkehr des Regionalen. Über neue Formen kultureller Identität, hrsg. von ROLF LINDNER, Frankfurt am Main 1994, S. 232-254, hier S. 239 f.

<sup>10</sup> MICHAEL GEHLER: Zeitgeschichte im dynamischen Mehrebenensystem. Zwischen Regionalisierung, Nationalstaat, Europäisierung, internationaler Arena und Globalisierung, Bochum 2001 (Herausforderungen, 12), S. 27.

schaftlichen und kulturellen Formen der Gemeinsamkeit die Definitionsmerkmale ihrer Zugehörigkeit kontinuierlich wandeln.

Die Selbstwahrnehmung als Angehörige einer Region wird durch mediale Perzeption entscheidend gefördert. Angehörige einer Region entwickeln die Zugehörigkeit zu ihrem Bezugsraum durch die Fähigkeit, „Kohärenz“ wahrzunehmen, sich mit ihr zu identifizieren und sie schließlich zu internalisieren. Die erfolgreiche Herausbildung einer Region bedarf daher einer regionalen „Medienlandschaft“, die ihren Rezipienten erfolgreich die Vorstellung vermittelt, einem bestimmten Raum mit distinkter Identität anzugehören. Ebenso wie bei Vorgängen der Nationalisierung sind auch Regionalisierungsprozesse ohne intensive Kommunikationsverdichtung nicht denkbar.<sup>11</sup> Bezeichnend ist dabei ihre Dichte und Heterogenität, die sich durch einen komprimierten Mix von medialer und personaler Kommunikation sowie einen vielfältigen Symbolhaushalt hervorhebt.

Die Möglichkeiten regionaler Bevölkerungsgruppen oder Eliten, sich als zusammengehörig zu begreifen, haben in den letzten Jahrzehnten sprunghaft zugenommen. Die Verschmelzung scheinbar disparater Elemente eines Raumes zu kohärenten Sinnzusammenhängen, mit denen sich größere Gruppen identifizieren können, geschieht in immer rascherer Folge. Mediale Impulse spielen dabei eine entscheidende Rolle, da die von Presse, Rundfunk und Fernsehen generierten Symbole und Diskurse geeignet sind, den Eindruck regionaler Gemeinschaft zu vermitteln. Medien wecken latente Dispositionen, stoßen Diskurse an, popularisieren sie und konstituieren dadurch regionale Identitäten. Diese bleiben mitunter ephemere, so daß sie oft bereits nach kurzer Zeit zerfallen; sie können sich fallweise aber auch dauerhaft verfestigen.

Die erhöhte Fähigkeit, Bilder regionaler Zusammengehörigkeit in kurzer Zeit ausprägen, sie breitenwirksam zu dynamisieren und sie politisch erfolgreich einzusetzen, unterscheidet die aktuelle Situation grundlegend von den Voraussetzungen des 19. und den ersten zwei Dritteln des 20. Jahrhunderts. Bis zu diesem Zeitpunkt konstituierten sich Länder oder regionale Bezugsgrößen oft nur mühsam unter Rekurs auf historische oder ethnische Legitimation: Die Rechte von Ländern wurden durch das in umständlicher Quellenarbeit verfestigte Narrativ vergangener Einheit und historischer „Staatsrechte“ begründet, unter Verweis auf die Unterdrückung durch später entstandene Staatsnationen. Die Popularisierung solcher Diskurse war umständlich und mühsam, da es lange dauerte, sie vom komplexen Argumentationsniveau intellektueller Eliten in leichter handhabbare und vermittelbare Diskurs- und Kommunikationsebenen zu überführen.<sup>12</sup> Seit einigen Jahrzehnten haben sich hingegen die Chancen regionaler Selbstwahrnehmung und -repräsentation enorm ausgeweitet.

Zugleich traten an die Seite „klassischer“ Politiksubjekte wie Staat, Parteien und Verbände neue politische Akteure, an die sich Regionen direkt anschließen konnten: Im Zuge der Dekolonialisierung der „Dritten Welt“ entstanden um 1960 zunehmend

---

<sup>11</sup> Zentral immer noch KARL W. DEUTSCH: *Nationalism and Social Communication*, Cambridge 1966.

<sup>12</sup> Zur Diffusion von Nationalismen zusammenfassend vgl. HANS-ULRICH WEHLER: *Nationalismus. Geschichte, Folgen, Formen*, München 2001, S. 45-50.

organisierte Befreiungsbewegungen, an welche die Menschenrechtsbewegungen vor allem in den Vereinigten Staaten anknüpften, bis ab 1965 mit dem Protest von Studenten und Arbeitern „neue soziale Bewegungen“ die USA, Westeuropa und Teile Osteuropas voll erfaßten. Wenig beachtet blieb bisher, daß all diese Bewegungen sich innerhalb regionaler Szenarien bewegten und neben ihrer politischen Programmatik und Handlungsdynamik auch einen neuen Raumbezug der Politik herstellten. Denn nun wurden Orte und Regionen vielfach zu Synonymen der neuen sozialen Bewegungen: So etwa Metropolen wie Chicago, Paris und Berlin, aber auch kleine Handlungsräume wie Berkeley, Trento oder Marburg, die als Orte bestimmter Formen und Inhalte studentischen Protests bekannt wurden. Die Bewegungen vermittelten ab 1967 gleichsam im Nebeneffekt Raumbilder und Anmutungen ganzer Regionen wie etwa der amerikanischen Westküste mit dem Epizentrum Kalifornien oder einen bleibenden Eindruck bislang unbekannter, wenig attraktiver Landstriche wie Niedersachsen, Niederbayern oder Kleinregionen wie des Kaiserstuhls. Der erste Schub an Regionalisierung in Westeuropa und der Aufstieg neuer sozialer Bewegungen stand zweifellos in einem engen Zusammenhang.<sup>13</sup>

Um 1970 war ein neuer Raumbezug in Politik und Kultur eingeleitet, ein kaum merklicher Raumwechsel<sup>14</sup>, eine neue Aufmerksamkeit für die räumliche Dimension politischen Handelns und soziokultureller Erfahrungsweisen.

#### IV.

Neben historisch „gewachsenen“ Ländern generieren mithin neue Wahrnehmungshorizonte zunehmend neue regionale Bezugseinheiten. Ihr konstruktivistischer Charakter macht es schwierig, oft sogar schlichtweg unmöglich, Regionen über externe Parameter zu definieren. Ihre eigentümlich schwammige Kontur mag definitorisch ärgerlich sein, sie ist jedoch das Grundkonzept von Regionen.

Der konstruktivistische Grundzug von Regionen fördert und gefährdet in paradoxer Weise ihren Erfolg. Zwar fällt es heute leichter denn je, regionale Wahrnehmungshorizonte herzustellen und das Bild einer Region zu implementieren. Ungleich schwerer ist es freilich, den Bezugsrahmen dauerhaft zu verfestigen und institutionell auszugestalten. Zur Verfassung von Regionen gehört eine latente Schwäche und Dependenz der institutionellen Basis. Die gegenseitige Kontrolle von Regionen und übergeordneten Territorialeinheiten wie den Nationalstaaten bleibt gekennzeichnet durch ein erhebliches Eingriffsrecht der Nationalstaaten auf Grundlage ihrer Verfassung, durch staatliche Rahmengesetzgebung und die Präsenz der Exekutive des Nationalstaates. Legislative und exekutive Einrichtungen von Regionen sind vielfach von staatlichen oder supranationalen Instanzen abgeleitet und diesen zur Kontrolle

---

<sup>13</sup> Vgl. GABRIELE MORDT: Regionalismus und Spätmoderne, Opladen 2000 (Forschung Politikwissenschaft, 93), vor allem S. 57-60.

<sup>14</sup> Vgl. den anregenden Essay von KARL SCHLÖGL: Kartenlesen, Raumdenken. Von einer Erneuerung der Geschichtsschreibung, in: Merkur 56 (2002), S. 308-318.

verpflichtet. Sie erreichen mitunter zwar erhebliche, grundsätzlich aber stets eingeschränkte und prekäre Reichweite.

Einen Teil dieser Schwäche gleichen regionale Gesellschaften und Akteure durch Erzeugung von Identitäten aus. In diesem Feld sind sie unübertroffen und überbieten spielend die nationalstaatliche Konkurrenz. Die aktuellen Bilder von Regionen in Westeuropa sind überragend positiv konnotiert und speisen sich aus einem schier unerschöpflichen Imagereservoir.

Authentizität der Lebensformen, Unmittelbarkeit und Echtheit sozialer Interaktion, Genuinität und Reinheit der Erzeugung sind jene Ressourcen, mit denen Regionen marktbeherrschend und überregional, vielfach sogar global auftrumpfen. Ihre volle Leuchtkraft entwickeln diese Bilder freilich auch aus der Negativfolie ihres Umfeldes und weiterer Hintergründe. Staatliche und suprastaatliche Reformunfähigkeit, Lethargie und Repression, zudem das abschreckende Exempel naher und entfernter „Krisenregionen“ intensivieren das positive Selbstgefühl regionaler Akteure.

Vielfach gelten Regionen sogar als jener „Jungbrunnen“, der dazu geeignet ist, nationalen Dekompositionerscheinungen zu begegnen, etwa in ihrer Funktion als Rekrutierungsräume für Regierungschefs und als ökonomische Vorreiter.

Der hier nur kurz umrissene Identitätsüberhang ist freilich Teil einer großen Risikozone, in der sich Regionen und ihre Gesellschaften bewegen. Selbstbewußte Regionen neigen dazu, die Begrenztheit und relative Überschaubarkeit ihrer Verhältnisse zu verabsolutieren. Die gelungene Komplexitätsreduktion verleitet ihre politischen Eliten dazu, die eigenen Verhältnisse in ihrer Bedeutung, nachhaltigen Erfolgsträchtigkeit und Übertragbarkeit überzubewerten. Die häufig feststellbare Selbstreferentialität regionaler Gesellschaften führt dazu, daß Vergleiche mit anderen Regionen unterbleiben bzw. nur dann herangezogen werden, wenn sie der Bestätigung des eigenen Erfolgs dienen.

Mit der Eigenfixierung wächst auch das Risiko ethnistischer Ansätze, die im Versuch gipfeln können, regionale Gesellschaften aufgrund bestimmter, vorgeblich essentialistischer Merkmale ihrer Angehörigen zur Ethnie zu hypostasieren. Diese Versuchung hat nicht nur in chronischen Krisenregionen wie im spanischen Baskenland konkrete Gestalt angenommen, sondern tritt auch in der italienischen Lega-Nord-Bewegung, mitunter auch in alpinen Regionen wie Kärnten oder Südtirol bedenklich in den Vordergrund.

Regionen sind nur dann auf Dauer erfolgreich und bewähren sich nur dann langfristig als politische Subjekte, ökonomische und kulturelle Akteure, wenn ihre Gesellschaften sich bewußt sind, daß sich Identitäten stets in der Schwebe befinden, daß sie stets neu definiert und verhandelt werden müssen. Regionen sind nur als „ständige Baustellen“ wirklich erfolgreich, sie sind niemals abgeschlossen, sondern bleiben nur „*under construction*“ nachhaltig entwicklungs- und konkurrenzfähig.

## Verzeichnis der Autoren

**Celia Applegate** promovierte 1987 an der Stanford University und ist heute Professorin für Geschichte an der University of Rochester/New York, USA. Sie ist Autorin von „A Nation of Provincials: The German Idea of Heimat“ (University of California Press, 1990) und Mitherausgeberin von „Music and German National Identity“ (University of Chicago Press, 2002, mit Pamela Potter). Ihre jüngste Arbeit zum Regionalismus ist „A Europe of Regions: Reflections on the Historiography of Sub-National Places in Modern Times“, in: *American Historical Review*, Vol. 104, Nr. 4, October 1999.

**Laurence Cole** studierte Geschichte an der University of Oxford und am Europäischen Hochschulinstitut Florenz, wo er auch promovierte. Er lehrt zur Zeit Moderne Europäische Geschichte an der University of East Anglia. Sein Buch „Für Gott, Kaiser und Vaterland. Nationale Identität der deutschsprachigen Bevölkerung Tirols, 1860-1914“ erschien im Jahr 2000 beim Campus Verlag (Frankfurt a.M./New York).

**Josep Fradera** ist Professor für Neuere und Zeitgeschichte an der Universität Pompeu Fabra in Barcelona. Seine Forschungsgebiete sind die moderne Sozial-, Politik- und Kulturgeschichte Kataloniens und Spaniens im 19. Jahrhundert und die Geschichte des spanischen Kolonialismus in Amerika und auf den Philippinen im 18. und 19. Jahrhundert. Neben mehreren Sammelbänden hat er folgende Monographien publiziert: *Indústria i mercat: les bases comercials de la indústria catalana moderna (1814-1845)* [Industrie und Markt. Die wirtschaftlichen Grundlagen der modernen katalonischen Industrie (1814-1845)], Barcelona 1986; *Cultura nacional en una societat dividida: patriotisme i cultura a Catalunya (1838-1868)* [Nationale Kultur in einer gespaltenen Gesellschaft: Patriotismus und Kultur in Katalonien (1838-1868)], Barcelona 1992, und *Gobernar colonias* [Die Kolonien regieren], Barcelona 1999.

**Peter Haslinger** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Collegium Carolinum in München. Er hat in Wien promoviert. Seine Arbeitsgebiete sind die Geschichte der böhmischen Länder, der Slowakei und Ungarns 1867-1938, Nationalismus, Regionalismus und Minderheitenfragen in Ostmittel- und Südosteuropa, Akkulturationsforschung, Diskursgeschichte und Erinnerungskultur. Er hat drei Monographien publiziert, u.a.: *Hundert Jahre Nachbarschaft. Die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn 1895-1994*, Frankfurt/Main 1996; *Der ungarische Revisionismus und das Burgenland 1922-1932*, Frankfurt/Main 1994; Peter Haslinger ist auch Herausgeber etlicher Sammelbände, wie z.B. *Regionale und nationale Identitäten*, Würzburg 2001; *Grenze im Kopf*, Wien 1999.

**Przemysław Hauser** ist Professor für Geschichte an der Adam-Mickiewicz-Universität in Posen. Zu seinen Arbeitsgebieten gehören die Zeitgeschichte Polens und Deutschlands, die deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert und die Minderheitenfrage in Polen in der Zwischenkriegszeit. Er hat zahlreiche Sammelbände und Monographien veröffentlicht, darunter das *Słownik Polityków Polskich XX wieku* [Das Wörterbuch polnischer Politiker im 20. Jahrhundert], Poznań 1998; *Mniejszość niemiecka na Pomorzu w okresie międzywojennym* [Die deutsche Minderheit in Pommern in der Zwischenkriegszeit], Poznań 1998. Auf deutsch erschienen ist u.a. die Quellenedition *Deutsche und Polen zwischen den Kriegen. Minderheitenstatus und „Volkstumskampf“ im Grenzgebiet. Amtliche Berichterstattung aus beiden Ländern 1920-1939*. Hrsg. von Rudolf Jaworski und Marian Wojciechowski; bearb. von Mathias Niendorf und Przemysław Hauser, 2. Halbband, München u.a. 1997.

**Hans Heiss** studierte Geschichte und Germanistik an der Universität Innsbruck und habilitierte sich dort im Jahr 2001. Seit 1994 ist er Mitarbeiter des Südtiroler Landesarchivs Bolzano/Bozen, seit 1996 Stellvertreter des Direktors. Seine Arbeitsschwerpunkte sind: Regionale Zeit-, Stadt-, Bürgertums- und Tourismusgeschichte. Er ist Mitbegründer der Zeitschrift „Geschichte und Region/Storia e regione“, zu seinen wichtigsten Publikationen gehören u.a. „Durch Arbeit, Besitz, Wissen und Gerechtigkeit. Bürgertum in der Habsburgermonarchie II“, Köln-Wien 1992 (Hrsg., mit Hannes Steckl u.a.); „Am Rand der Revolution. Tirol 1848/49“, Wien/Bozen 1998 (mit Thomas Götz); „Der Weg des ‚Elephanten‘. Geschichte eines großen Gasthofs“, Bozen/Wien 2002.

**Robert Luft** studierte Geschichte und Mathematik an den Universitäten Mainz und Wien. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Geschäftsführer am Collegium Carolinum in München. Seine Forschungsschwerpunkte sind politische Kultur, soziale Entwicklung, nationaler Utraquismus und Regionalismus in der Habsburgermonarchie im 19. Jahrhundert und in der Tschechoslowakei. Zu seinen wichtigsten Publikationen zählen: „1848/49 – Revolutionen in Ostmitteleuropa“ (München 1996, Hrsg. zus. mit R. Jaworski); „Politischer Pluralismus und Nationalismus“, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ÖZG), Vol. 2, Nr. 3 (1991); „Politische Kultur und Regionalismus in einer Zentrallandschaft zweiten Grades“, in: Politische Kultur in Ostmittel- und Südosteuropa, hrsg. von W. Bramke (Leipzig 1999); „Tschechische Parteien, Vereine und Verbände vor 1914“, in: Revolution und Recht. Systemtransformation und Verfassungsentwicklung in der Tschechischen und Slowakischen Republik, hrsg. von J. Marko u.a. (Frankfurt/Main 2000).

**Xosé-Manoel Núñez** studierte Neuere Geschichte und Zeitgeschichte an den Universitäten Santiago de Compostela und Dijon und promovierte am Europäischen Hochschulinstitut Florenz. Seit 1994 ist er Professor für Neuere Geschichte Europas an der Universität Santiago de Compostela. Er war Gastprofessor an den Universitäten Paris VII, Paris X, an der City University of New York und der Universität Bielefeld. Zu seinen wichtigsten Veröffentlichungen gehören „Historiographical Approaches to Nationalism in Spain“, Saarbrücken/Fort Lauderdale 1993; „Nationalism in Europe. Past

and Present“, Santiago de Compostela 1994, 2 Bde. (Hrsg.); „O nacionalismo galego“, Vigo 1995; „Movimientos nacionalistas en Europa. Siglo XX“, Madrid 1998; „Los nacionalismos en la España contemporánea“, Barcelona 1999; „Entre Ginebra y Berlín. La cuestión de las minorías nacionales y la política internacional en Europa, 1914-1939“, Madrid 2001; „La Galicia Austral. La inmigración gallega en la Argentina“, Buenos Aires 2001 (Hrsg.).

**Christiane Kohser-Spohn** promovierte im Fach Geschichte an der Universität Strasbourg über „Le mouvement étudiant allemand et la critique du fascisme dans l'Allemagne des années 60“. 1999 ist in Paris ein Buch unter diesem Titel erschienen. Nach der Promotion war Christiane Kohser-Spohn als Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Freien Universität Berlin beschäftigt. Seit Oktober 2001 arbeitet sie am Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung in Braunschweig. Zu ihren Forschungsgebieten gehören: Protestbewegungen, Identität als historische Kategorie, Grenze und Grenzregionen. Im Mittelpunkt ihres Forschungsinteresses steht ein Projekt über Denunziationen im Elsaß und in Lothringen vom 18. bis 20. Jahrhundert. Zu diesem Thema hat sie mehrere Beiträge veröffentlicht, u.a. „Das Private wird politisch“, in: M. Hohkamp/C. Ulbrich (Hrsg.), Der Staatsbürger als Spitzel. Denunziationen während des 18. und 19. Jahrhunderts aus europäischer Perspektive, Leipzig 2001, S. 211-269.

**Ralph Schattkowsky** ist Professor für Osteuropäische Geschichte am Historischen Institut der Universität Rostock. Seine Forschungsschwerpunkte sind: Deutsch-polnische Beziehungen; Nationalismus in Ostmitteleuropa; historische Landschaften Ostmitteleuropas im Vergleich; Religion und gesellschaftlicher Wandel in Ostmitteleuropa. Zu seinen wichtigsten Publikationen gehören u.a. Deutschland und Polen von 1918/19 bis 1925. Deutsch-polnische Beziehungen zwischen Versailles und Locarno, Frankfurt/Main 1994; Locarno und Osteuropa. Fragen eines europäischen Sicherheitssystems in den 20er Jahren, Marburg 1994; Separatism in the Eastern Provinces of the German Reich at the End of the First World War, in: Journal of Contemporary History, Bd. 29 (1994), S. 305-324, und Historische Grenzlandschaften Ostmitteleuropas im XVI.-XX. Jh. (Hrsg.), Toruń 1996.

**Holm Sundhaussen** studierte Osteuropäische Geschichte und Slavistik in München, promovierte 1973 und habilitierte sich 1981 an der Universität Göttingen. Seit 1988 ist er Professor für Südosteuropäische Geschichte an der Freien Universität Berlin. Zudem ist er Co-Direktor des Zentrums für Vergleichende Geschichte Europas, Herausgeber der „Forschungen zur osteuropäischen Geschichte“ und Mitherausgeber der „Südost-Forschungen“. Seine wissenschaftlichen Publikationen umfassen ca. 100 Veröffentlichungen zur Geschichte Jugoslawiens und des Balkanraums im 19./20. Jahrhundert.

**Philipp Ther** ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Vergleichende Geschichte Europas. Seine Forschungsgebiete sind die Kulturgeschichte Deutschlands und Ostmitteleuropas im 19. Jahrhundert, Nationalismusstudien, Migrationen und

Zwangmigrationen in Europa. Zu seinen wichtigsten Publikationen gehören: Deutsche und polnische Vertriebene: Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945-1956, Göttingen 1998; Philipp Ther and Ana Siljak (Hrsg), Redrawing Nations: Ethnic Cleansing in East-Central Europe 1944-1948, Lanham 2001; Philipp Ther und Holm Sundhaussen (Hrsg.), Nationalitätenkonflikte im 20. Jahrhundert: Ursachen von inter-ethnischer Gewalt im Vergleich, Wiesbaden 2001, und Geschichte und Nation im Musiktheater Deutschlands und Ostmitteleuropas, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 2/2002, S. 119-140.

**Borbála Zsuzsanna Török** studierte Englische und Ungarische Sprache und Literatur (B.A.) an der Babeş-Bolyai Universität in Klausenburg/Cluj in Rumänien, und Geschichte (M.A.) an der Central European University, Budapest. Dort promoviert sie gegenwärtig. Sie war Gaststudentin am Randolph-Macon Woman's College, VA/USA (1995-1996), Gaststipendiatin am Zentrum für Vergleichende Geschichte Europas (1999-2000) und an der Georg-August Universität in Göttingen (2002). Ihr Forschungsschwerpunkt ist die Kulturgeschichte der Nationalismen im multiethnischen Ostmitteleuropa. Publiziert hat sie über die informelle Politik der siebenbürger Minderheiteneliten.

**Robert Traba** studierte Geschichte und Archivkunde an der Mikołaj-Kopernik-Universität in Toruń/Thorn und promovierte an der Breslauer Universität. Nachdem er lange Zeit am Deutschen Historischen Institut in Warschau tätig war, arbeitet er jetzt an der Universität Warschau und an der Polnischen Akademie der Wissenschaften. Zudem ist er Chefredakteur der kultur-regionalen Zeitschrift „Borussia“ in Olsztyn/Allenstein. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte Ostpreußens, Deutschlands und Ostmitteleuropas sowie das kulturelle Gedächtnis. Zu den Veröffentlichungen in deutscher Sprache gehören: „Selbstbewußtsein und Modernisierung. Sozialkultureller Wandel in Preußisch-Litauen vor und nach dem Ersten Weltkrieg“, Osnabrück 2000 (Hrsg.); „Vertreibung aus dem Osten. Die Deutschen und Polen erinnern sich“, Olsztyn 2000 (Hrsg.).

**Hans-Christian Trepte** studierte Slavistik und Anglistik in Greifswald und Leipzig sowie Polonistik in Leipzig, Warschau und Breslau und promovierte auf dem Gebiet der Literaturwissenschaft (Polonistik). 1988 erhielt er die *facultas docendi*. Er ist Übersetzer und zudem Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Slavistik der Universität Leipzig. Zu seinen wichtigsten Veröffentlichungen gehören u.a. „Meinungen, Wertungen, Prognosen polnischer und deutscher Literaturwissenschaftler“, Leipzig 1996; „Zwischen Oder und Peipussee. Zur Geschichtlichkeit literarischer Texte im 20. Jahrhundert“, Lüneburg 2001.

**Stefan Troebst** studierte Geschichte, Slavistik, Balkanologie und Islamwissenschaften an der Freien Universität Berlin sowie an den Universitäten in Tübingen, Sofia (Bulgarien), Skopje (Jugoslawien, heute Makedonien) und an der Indiana University in Bloomington, IN/USA. 1995 habilitierte er sich mit dem Thema „Handelskontrolle – ‚Derivation‘ – Eindämmung. Schwedische Moskaupolitik 1617-1661“. Er ist Pro-

fessor für Kulturstudien Ostmitteleuropas an der Philologischen Fakultät der Universität Leipzig und stellvertretender Direktor des außeruniversitären Geisteswissenschaftlichen Zentrums Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO), ebenfalls in Leipzig. Sein Forschungsgebiet sind die zwischenstaatlichen und interethnischen Beziehungen im neuzeitlichen Osteuropa im europäischen Vergleich. Zu seinen neueren Veröffentlichungen zählen „Radical Ethnic Movements in Contemporary Europe“, Oxford, New York 2003 (Hrsg. zus. mit Farimah Daftary, im Erscheinen); „Intermarium‘ und ‚Vermählung mit dem Meer‘: Kognitive Karten und Geschichtspolitik in Ostmitteleuropa“, in: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002), H. 3, S. 435-469.

# Europa vor dem Ersten Weltkrieg



Grenzen nach dem Ersten Weltkrieg (Stand: 1923)  
 Kartengrundlage: Putzger. Historischer Weltatlas, Berlin 1961,  
 Karte: Europa vor dem Ersten Weltkrieg (1914), S. 106  
 Kartograph. Bearb.: Wolfgang Schekanski  
 0 100 200 300 400 500 km